

Chancengleichheit in der Privatwirtschaft

Der Ruck ist ausgeblieben

Die Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit zwischen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft im Juli 2001 hat wenig bewirkt. Das belegt eine repräsentative Unternehmensbefragung im Auftrag von DGB und Hans-Böckler-Stiftung. In 70 Prozent der Unternehmen hat sich seit 2001 weder der Frauenanteil unter den Beschäftigten noch der im Management oder im technischen Bereich erhöht. „Ein Durchbruch ist nicht erkennbar“, so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. „Die Idee, wir könnten auf ein Gleichstellungsgesetz verzichten, ist gescheitert.“ Auch wenn es einige vorbildliche Unternehmen gebe, sei die Vereinbarung „völlig unzureichend“.

Um ein Gesetz zu verhindern, hatte die Wirtschaft vor drei Jahren freiwillige Maßnahmen versprochen. Ende Januar wollen Bundesregierung und Arbeitgeberverbände eine erste „offizielle Bilanz“ präsentieren. Fällt die negativ aus, könnte das Gesetz wieder anstehen – so die Vereinbarung.

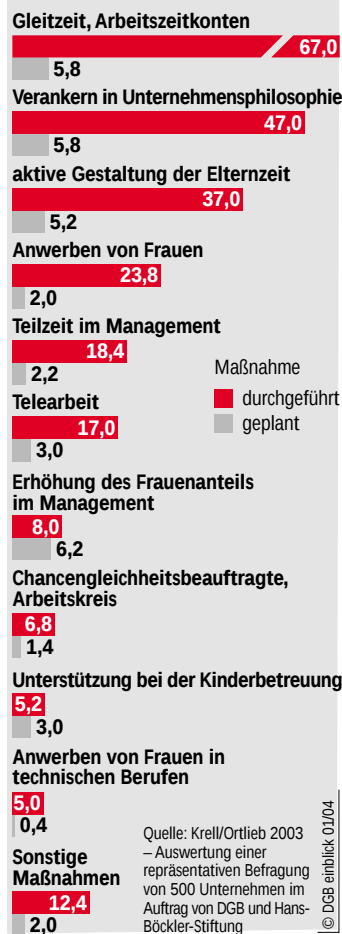
Die Ergebnisse der DGB-Studie sind ernüchternd. Die Berliner Wirt-

schaftswissenschaftlerinnen Gertraude Krell und Renate Ortlieb haben dafür Telefoninterviews mit 500 Unternehmen ausgewertet. Nur ein Viertel führt überhaupt nach Geschlecht differenzierte Personalstatistiken. Nicht mal zwei Prozent interessieren sich dafür, wie hoch der Anteil von Frauen und Männern auf den verschiedenen Hierarchiestufen ist. Zwar gab die Hälfte der Unternehmen an, die Wünsche der Beschäftigten zur Vereinbarkeit von Job und Familie zu ermitteln. Dennoch unterstützen nur gut fünf Prozent Eltern bei der Kinderbetreuung. Verbessert haben sich die Chancen von Frauen am ehesten in größeren Unternehmen, die einen hohen Frauenanteil und einen engagierten Betriebsrat haben.

In jedem achten Unternehmen gibt es keinerlei Maßnahmen zur Chancengleichheit, nur ein Viertel kann mehr als drei Aktivitäten vorweisen. Mehr als 70 Prozent aller Unternehmen planen keine weiteren Schritte. Das belege, so Engelen-Kefer, dass die Vereinbarung schon jetzt zu verpuffen drohe. DGB und Gewerkschaften fordern

Vor allem flexible Arbeitszeiten

Durchgeführte und geplante Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Unternehmen (in Prozent)



Häufigste Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit in Unternehmen sind flexible Arbeitszeiten.

deshalb nach wie vor gesetzliche Regelungen. Die anstehende Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Erwerbsleben dürfe keine Minimallösung werden. Der DGB schlägt zum Beispiel eine nationale Gleichbehandlungsstelle mit Klage-recht, Einrichtungen mit Ombuds-funktion in den Regionen sowie ein verbindliches Auditierungsver-fahren vor.

inhalt

Seite 3

Flächentarifvertrag

Mit Beginn der Tarifrunde 2004 steht die Tarifautonomie erneut auf der Tagesordnung

Seite 5

Diskussion um Mindestlohn

Viele Wege zum Ziel

Seite 6

Europäischer Aktionstag

Gemeinsam für ein soziales Europa

plusminusBERLIN

+ Der Bundestagsabgeordnete **Willi Brase** (SPD) hat die Bundesregierung aufgefordert, sicherzustellen, dass auch Beamte und Parlamentarier die 10-Euro-Praxisgebühr zahlen müssen. Für sie müssten die gleichen Regelungen gelten wie für gesetzlich Versicherte.

- DIHK-Präsident **Ludwig Georg Braun** hat eine Nullrunde für die kommenden drei Jahre gefordert. Dadurch könne die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Aber nicht alle sollten Lohnverzicht üben. Für die Beschäftigten erfolgreicher Unternehmen müsse es Öffnungsklauseln geben.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.nachdenkenseiten.de

Eine Initiative zur Verbesserung der Qualität politischer Meinungsbildung

www.einblick.dgb.de

Unternehmensbefragung über die Effekte der Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit in der privaten Wirtschaft.

Auszüge

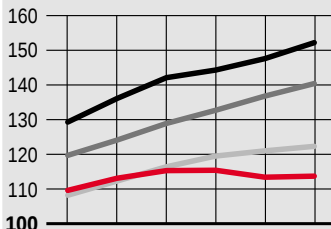
www.chancengleich.dgb.de

Die komplette Studie zum Download

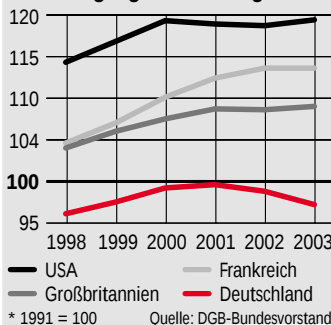
Das Kaufkraftargument zieht doch

Entwicklung von Inlandsnachfrage und Beschäftigung im internationalen Vergleich 1998 – 2003*

Entwicklung der Inlandsnachfrage



Beschäftigungsentwicklung



Von den Arbeitgeberverbänden bis zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage: Alle fordern von den Gewerkschaften Lohnzurückhaltung. Völlig ausgeblendet wird, dass Löhne auch Kaufkraft bedeuten – und Arbeitsplätze schaffen. Wo die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen steigt, wächst die Beschäftigung.

Gerichtsbarkeit

Sozialgerichte bald aufgelöst?

Das Ende der Sozialgerichte rückt näher. Die Bundesregierung wird bis Jahresmitte einen Gesetzentwurf vorlegen, der den Ländern gestattet, „die Sozialgerichtsbarkeit durch besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte und der Oberverwaltungsgerichte auszuüben“. Das hat – wie erst jetzt bekannt geworden ist – der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat Mitte Dezember vereinbart. Mit der Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichten sollen die Auslastungsunterschiede zwischen beiden Gerichtsbarkeiten ausgeglichen werden.

Der DGB lehnt das Vorhaben ab und bezweifelt dessen Verfassungsmäßigkeit. Das Grundgesetz schreibe getrennte Gerichtszweige vor, so Helga Nielebock, Leiterin der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht beim DGB-Bundesvorstand. Eine Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichten würde der Komplexität des Sozialrechts nicht gerecht. •

in eigener Sache

Die neue Technik hält in den Räumen des einblick wieder Einzug: Nachdem schon im November Kommunikationsdienstleister versatel die Redaktion mit einem bezahlbaren und passabel schnellen Internetzugang versorgte, steht nun ein neuer E-Mail-Server zur Verfügung. Neue E-Mail-Adressen sind die Folge: **redaktion@einblick.info** (Sybille Pape, Redaktionssekretariat), **u.boehlefeld@einblick.info** (Udo Böhlefeld), **a.graef@einblick.info** (Anne Graef), **n.huesson@einblick.info** (Norbert Hüsön), **s.hegger@einblick.info** (Stephan Hegger), **u.perina@einblick.info** (Udo Perina, Geschäftsführung). Die alten Adressen nach dem Muster nachname.einblick@t-online.de werden demnächst abgeschaltet.

Ebenfalls der technologischen Entwicklung zum Opfer fallen unsere Faxabrufe. Hintergrundtexte sind ab sofort ausschließlich über Internet zu beziehen, unter **www.einblick.dgb.de** bieten wir entsprechende PDF-Dateien zum Herunterladen an. Die existierenden Faxabruf-Dokumente stehen noch bis Ende Januar zum Abruf zur Verfügung (Übersicht unter 0211/43 01 689).

Gewerbeaufsicht

BDA fordert Abschaffung

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat in Musterschreiben an die Ministerpräsidenten der Länder die Abschaffung der staatlichen Arbeitsschutzaufsicht gefordert. Die Auf-

gaben von Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften sollten „allein den Berufsgenossenschaften zugeordnet werden“. Kame es dazu, so befürchtet der DGB, seien Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten „nicht mehr in der bisherigen Qualität gewährleistet“. Arbeitsschutzexperte Wolfgang Hien: „Gesetze haben keinen Wert, wenn ihre Einhaltung nicht kontrolliert wird.“ •

Fragen an ...

Dass die SPD Bildung zum Spitzenthema machen wolle, freue sie. Aber das Signal von Weimar, die Abkehr von der Breitenförderung, habe sie doch „stark irritiert“, sagt **Eva-Maria Stange**, 46, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).



Foto: Inge Werth

- Hat dich die Wende der SPD in der Bildungspolitik, ihr Bekenntnis zur Elite-Uni, überrascht?
- Mich hat dieses Signal von Weimar schockiert: Wir verabschieden uns von einer breiten Förderung der akademischen Bildung. Die Fokussierung auf Elite-Unis könnte dazu führen, dass wir ein paar gut ausgestattete Universitäten haben, der Großteil aber ums Überleben kämpft. Am meisten ärgert mich

dieser Rückschritt hinter die Diskussion seit Pisa: Dieses Land hat kaum Probleme mit der Spitze, wir sind schlecht in der Breite. Und nirgendwo sonst entscheidet die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg wie bei uns.

- Ist das Liebäugeln der SPD mit der US-Kaderschmiede Harvard nicht Effekthascherei?
- Das ist reiner Populismus. Und zeugt von großer Unkenntnis. Harvard hat ein Milliardenvermögen, davon können deutsche Universitäten nur träumen.
- Außer der geplanten Förderung von Spitzenhochschulen steht nichts Neues in den Weimarer Leitlinien der SPD. Das meiste propagiert die Partei schon seit Jahr und Tag. Wie glaubwürdig sind ihre Ankündigungen?
- Es ist positiv, dass der Bundeskanzler die Bildungspolitik zum Spitzenthema gemacht hat. Ich befürchte nur, dass es auf die Förderung von einigen wenigen Hochschulstandorten re-

duziert wird. Und damit wäre das Thema verfehlt. Die Weimarer Leitlinien sehen keinerlei konkrete Maßnahmen vor – abgesehen von der Elite-Förderung. Schade, dass die Chance nicht genutzt worden ist, ernst zu machen mit der Herstellung von Chancengleichheit im Bildungssystem und der Anhebung des durchschnittlichen Leistungsniveaus. Beides hatte Schröder in seiner Regierungserklärung vom März 2003 angekündigt.

- Bundeskanzler Schröder kann leicht den Mund vollnehmen, der Bund ist gar nicht zuständig für Kitas, Schulen und Universitäten...
- Der Bund hat es nicht leicht, Reformen im Bildungswesen anzustoßen. Wäre der gemeinsame Wille von Bund und Ländern da, ließen sich die Hürden der Zuständigkeit überwinden. Daran fehlt es. Insofern hielte ich es für sinnvoll, dass der schon für 2003 geplante Bildungsgipfel jetzt tatsächlich stattfindet.

Betriebsräte sind skeptisch

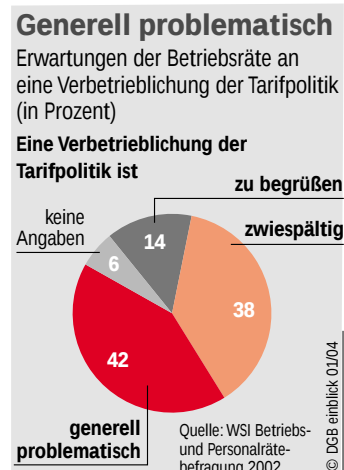
Ende 2003 konnten sich die Hardliner im Unternehmerlager, bei Union und FDP, die bereits das Ende des Flächentarifvertrags eingeläutet hatten, im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat nicht durchsetzen. Diese Politik hat der DGB erfolgreich blockiert. Aber mit Beginn der Tarifrunde 2004 gerät die Debatte über eine Verbetrieblichung der Tarifpolitik erneut auf die Tagesordnung. Gesamtmetall will es den Betriebsparteien überlassen, Dauer und Bezahlung der Arbeitszeit festzulegen.

Der Auftritt war nicht nur vom Tonfall her ruppig. „Man müsste Lagerfeuer machen und erst einmal die ganzen Flächentarifverträge verbrennen“, hatte BDI-Präsident Michael Rogowski im vergangenen Jahr gefordert. FDP-Vorsitzender Guido Westerwelle träumte öffentlich vom Verschwinden branchenweiter Tarifverträge. Und Unions-Fraktionsvize Friedrich Merz forderte gar den „Rückzug der Gewerkschaften“ aus den „Angelegenheiten der Firmen“. Dass die Einschränkung der Tarifautonomie in der Schlussphase des Parteiengeschachers um Hartz-Gesetze und Steuerreform keine Rolle mehr spielte, lag nicht nur am Widerstand von SPD und Gewerkschaften, sondern auch an den Arbeitgebern. Die hatten erklärt, dass sie keinen Handlungsbedarf des Gesetzgebers in Bezug auf die Tarifautonomie sehen.

Beendet ist die Auseinandersetzung um die Zukunft des Flächentarifvertrags damit keinesfalls. „In den Arbeitgeberverbänden gibt es unterschiedliche Auffassungen zur Bedeutung des Flächentarifvertrags, aber auch seine Befürworter streben einen nachhaltigen Funktionswandel an“, warnt Reinhard Bispinck vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) vor falschen Hoffnungen. Für die Anhänger des Flächentarifvertrags stehe die Ordnungs- und Befriedungsfunktion des Tarifvertrags im Vordergrund, nicht dessen Verteilungsfunktion.

Wie weit die Verbetrieblichung der Tarifpolitik entgegen der öffentlichen Wahrnehmung bereits vorangeschritten ist, zeigt eine erste Aus-

wertung der Sonderbefragung 2003, die das WSI Anfang Dezember vorgestellt hat: Bereits seit zwanzig Jahren gebe es einen schleichenden Umbau des Flächentarifvertrags, so WSI-Tarifexperte Bispinck. Nach ersten Vereinbarungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit (1984), der Ein-



Der überwiegende Teil der Betriebs- und Personalräte steht einer weiteren Verbetrieblichung der Tarifpolitik skeptisch bis ablehnend gegenüber. 38 Prozent bewerten sie als zweispältig. 42 Prozent halten sie für generell problematisch.

führung von Härtefall- und Öffnungsklauseln (1993) und der Aufnahme von Elementen der ertragsabhängigen Entgeltgestaltung (2002) gebe es inzwischen mehrere hundert Öffnungsklauseln für 15 Millionen Beschäftigte in 80 Tarifbereichen. Zum Teil werde dadurch bereits die Regulierungskraft der Tarifverträge „spürbar beeinträchtigt“.

Kritik kommt auch von den Betriebs- und Personalräten. Nur jeder vierte sieht in einer stärkeren Verbetrieblichung der Tarifpolitik „Chan-

cen für eine bessere Berücksichtigung betrieblicher Belange“, 56 Prozent der Personal- und 67 Prozent der Betriebsräte sehen hingegen die Arbeitgeberposition gestärkt.

Weniger kritisch beurteilen die WSI-ForscherInnen betriebliche Bündnisse. Bereits in 23 Prozent aller Betriebe mit Betriebsrat und mindestens 20 Beschäftigten gibt es sie. Betriebliche Bündnisse seien in der Regel Tauschabkommen, bei denen die Beschäftigten Zugeständnisse bei Arbeitszeit und Einkommen machen und die Arbeitgeber sich in Gegenzug zu beschäftigungs- und standortsichernden Zusagen verpflichten, so WSI-Leiter Hartmut Seifert. In über der Hälfte aller Fälle (58 Prozent) ging die Initiative vom Betriebsrat oder der Gewerkschaft aus, nur in jedem dritten Fall (28 Prozent) vom Arbeitgeber.

Die weit verbreitete These, dass der Flächentarifvertrag betriebliche Bündnisse verhindere, wird durch die WSI-Daten widerlegt. Nur fünf Prozent der Betriebsräte nennen das Fehlen einer tariflichen Öffnungsklausel als Grund dafür, dass ein betriebliches Bündnis nicht zustande gekommen ist. In 14 Prozent der Betriebe sei das Bündnis hingegen am Widerstand der Geschäftsführung gescheitert. Das zeige, so Seifert, „dass die Arbeitgeberseite häufig kein Interesse an einer Beschäftigungsvereinbarung hat“.

Ihr Interesse an einer weiteren Öffnung der Tarifverträge aber bleibt bestehen. Und der Druck auf die Gewerkschaften, nicht nur über Lohnprozente zu verhandeln, wird zunehmen. Dass es dabei auch Grenzen der Kompromissbereitschaft gibt, haben etliche Gewerkschafter zum Jahreswechsel erklärt. Wer den Flächentarifvertrag durch ein betriebliches System der Lohnfindung ersetzen wolle, habe schlicht den Sinn der Einheitsgewerkschaft, die die berufsständische Begrenzung des Einzelnen überwunden hat, nicht erkannt, warnt IG Metall-Vize Berthold Huber. •

Nicht nur in Krisenbranchen

Betriebliche Bündnisse für Arbeit sind weit verbreitet. Sie gibt es nicht nur in Krisenbranchen sondern längst auch in florierenden Unternehmen. Das zeigt eine erste Auswertung der Sonderbefragung 2003 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). In 23 Prozent aller Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten besteht ein betriebliches Bündnis, in drei Prozent der Betriebe wird darüber verhandelt.

Mit 71 Prozent aller Vereinbarungen liegt der Ausschluss von Kündigungen an der Spitze aller Arbeitgeberzusagen im Bündnis. Gefolgt von der Verpflichtung zum Erhalt des Standortes (44 Prozent) bzw. der Belegschaftsstärke (26 Prozent) und der Übernahme der Auszubildenden (26 Prozent). Neueinstellungen spielen hingegen nur in acht Prozent der betrieblichen Bündnisse eine Rolle.

Nicht immer sind die betrieblichen Bündnisse für die Beschäftigten ohne Risiko: In dreizehn Prozent aller Vereinbarungen haben die Arbeitgeber überhaupt keine Zusage für eine Gegenleistung gemacht. In weiteren zehn Prozent haben sie ihre Zusage nicht gehalten.

Eine detaillierte Analyse der Sonderbefragung 2003 wird in den WSI-Mitteilungen 5/2004 vorgestellt.

FU Berlin

Lehren aus Weimar

Wie die Gewerkschaften mit der Sozialstaatskrise Ende der 1920er Jahre umgegangen sind, zeigt die Tagung „Gewerkschaften und Gesellschaft am Ende der Weimarer Republik“ am 30. Januar in Berlin. Die TeilnehmerInnen diskutieren zudem die Frage, welche Parallelen sich zum gegenwärtigen Sozialabbau ziehen lassen. Veranstalter ist die Kooperationsstelle von Freier Universität Berlin und Gewerkschaften.

Tel. 030/838 51 469
avdh@zedat.fu-berlin.de

Techno-Beratung

Firmenwandel begleiten

Neue Technologien zwingen Unternehmen zu Veränderungen. Wie Betriebsräte diesen Wandel begleiten können, zeigt die Broschüre „Organisations- und Personalentwicklung in transformierten Betrieben“. Das Heft der DGB-Technologieberatungsstelle (TBS) NRW erklärt die Prinzipien von Zielvereinbarungen, Jobrotation, Gruppenarbeit oder Feedback-Prozessen und sagt, was es im Interesse der Beschäftigten zu beachten gibt. Das Heft kostet 4,50 Euro, im Einzelversand kommen drei Euro dazu.

Tel. 0208/820 76 32
www.tbs-nrw.de

Hans-Böckler-Stiftung

Umgang mit Arbeitszeit

Starre Arbeitszeiten haben ausgedient. Wie sich Zeitkonten oder Vertrauensarbeit zum Vorteil für Betrieb und Beschäftigte nutzen lassen, steht im Mittelpunkt der Tagung „Balance von Arbeit und Leben – Zur Regulierung und Nutzung flexibler Arbeitszeiten“. Die

Veranstaltung am 19. und 20. Februar in Berlin organisieren Hans-Böckler-Stiftung und Wissenschaftszentrum Berlin gemeinsam. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Tel. 0211/77 78 123
ralf-guthoff@boeckler.de

GendA-Netzwerk

Arbeit unter Druck

Hohe Erwerbslosenquoten und Deregulierung prägen den Arbeitsmarkt überall in Europa. Wie können dennoch Qualitätsstandards von Arbeit gesichert werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt der internationalen Tagung „Arbeit unter Druck. Qualitätsstandards von Arbeit im Arbeitsraum Europa – Feministische Einsprüche und Anstöße“ vom 25. bis 27. Februar in Marburg. Veranstaltet wird die Konferenz vom Projekt „GendA – Netzwerk für feministische Arbeitsforschung“ am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Ziel des Projektes unter der Leitung von Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf ist, über eine systematische Einbeziehung der Kategorie Geschlecht in die Forschung sowie bei der Formulierung eines zukunftsfähigen Leitbildes von Arbeit die Arbeitsfor-



„Reformanstöße des DGB für Wachstum und Beschäftigung, Bildung und Innovation“ heißt eine Broschüre der Grundsatzabteilung beim DGB-Bundesvorstand, die Zukunftskonzepte des DGB und der Gewerkschaften zusammenfasst. Einzel-exemplare werden kostenfrei versandt.
Tel. 030/240 60 722, Fax 030/240 60 405

schung weiterzuentwickeln. GendA organisiert thematische Workshops oder Tagungen und betreut Internetforen. Der in Berlin angesiedelte Arbeitsbereich „Praxiskooperation – Praxiskompetenz“ fördert den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis.
www.gendanetz.de

Nord-Süd-Netz

Medienmacht macht Politik

Ob Italien, Russland oder China: Wer Medienmacht besitzt, kann Politik und BürgerInnen beeinflussen. Welche Gefahren die Konzentration des Mediengeschäftes birgt, zeigt das Heft „Medien im Globalisierungsrausch – Kommt die Demokratie unter die Räder?“. Die Broschüre des Nord-Süd-Netzes beim DGB-Bildungswerk untersucht da-

rüber hinaus, ob Modelle wie öffentlich-rechtlicher Rundfunk oder Bürgerradio als Alternativen taugen. Das Heft kommt im Einzelversand für 6,44 Euro ins Haus.
Tel. 0211/43 01 258

WSI-Tarifarchiv

Lohnabschlüsse im Jahr 2003

Einen Überblick über Tarifabschlüsse im vergangenen Jahr verschafft das Heft „Tarifpolitik 2003 auf einen Blick“. Die Broschüre des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung bündelt alle Pressemitteilungen sowie informative Statistiken aus 2003. Einzelexemplare des Hefts sind kostenlos.

Tel. 0211/77 78 248
Fax 0211/77 78 250
tarifarchiv@wsi.de
www.tarifvertrag.de

interregio

... Die **DGB Region Westpfalz** wagt mit der Broschüre „Druck aus Lautern“ einen Rückblick auf ihre Veranstaltungen und Aktionen des vergangenen Jahres. Im Mittelpunkt steht die Dokumentation der Podiumsdiskussion „Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik“ mit Oskar Lafontaine im April 2003. Der Irak-Krieg, die Reformen der Bundesregierung und der Schutz der Tarifautonomie sind weitere Themen. Infos: Thomas Schulz, Tel. 0631/366 65 44, E-Mail: thomas.schulz@dgb.de

... Die **DGB Region Bodensee-Oberschwaben** dokumen-

tiert in einer Broschüre die Ergebnisse ihrer Tagung „Grenzenlose Gesundheit? Gesundheitssysteme am Bodensee im Vergleich“. Die Vorstellung der Systeme in Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz soll die Beratung grenzüberschreitend pendelnder ArbeitnehmerInnen erleichtern und in Diskussionen zu deutschen Reformen den Vergleich mit europäischen Vorbildern wie der Schweiz ermöglichen. Mehr Infos und Bestellung (gegen Rückporto): DGB Region Bodensee-Oberschwaben, Jahnstr. 26, 88214 Ravensburg, Tel. 0751/36 151 0.

ver.di

Alterssicherung für Selbständige

Zwei Tagungen bietet „mediafon“, die ver.di-Beratung für Selbstständige, im Januar: Unter dem Titel „Selbstständig – gesichert!“ steht am 26. Januar in Berlin ein Reformvorschlag der Uni Bremen zur Alterssicherung Selbstständiger zur Diskussion. Ein Fazit der bisherigen Beratungsarbeit zieht „mediafon“ während der Veranstaltung „Bilanz und Perspektiven eines Erfolgsprojekts“ am 27. Januar in Berlin. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Tel. 01805/75 44 44
info@mediafon.net

GEWERKSCHAFTEN

Existenzsicherndes Erwerbseinkommen

Viele Wege zum Ziel

Die neuen Zumutbarkeitsregeln haben die Diskussion um Mindestlöhne neu belebt. Konsens unter den DGB-Gewerkschaften ist, dass ein Arbeitseinkommen aus Vollzeittätigkeit die Existenz sichern muss. Verschieden sind die Auffassungen über den Weg dorthin.

Arbeitslose müssen – geschützt – jede legale Arbeit annehmen. Damit falle Deutschland hinter die EU-Standards zurück, kritisiert DGB-Vorsitzender Michael Sommer. „In den meisten europäischen Ländern gilt wenigstens ein Mindestlohn.“ Von der Politik erwartet Sommer deshalb „eine Präzisierung, was legale Arbeitsverhältnisse sind“.

Dass auch Arbeit unterhalb der Sozialhilfeschwelle zumutbar ist, „er-

genargument, der Gesetzgeber greife damit in die Tarifautonomie ein, lässt ihr Vorsitzender Franz-Josef Möllenberg nicht gelten: „Ich kann doch in den Branchen, in denen sich die Menschen aus Angst um ihren Arbeitsplatz nicht gewerkschaftlich organisieren, nicht die Fahne der Tarifautonomie hoch halten.“ Früher sei er selbst gegen gesetzliche Löhne gewesen, habe sich aber „vom Saulus zum Paulus gewandelt“. In den EU-Ländern mit

ziehen, ist in den EU-Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich. Mal beträgt er 0,9 Prozent (Spanien), mal 15,5 Prozent (Luxemburg). Und: Er ist bei Frauen durchgängig höher als bei Männern (Spanien: 1,3 Prozent, Luxemburg: 20,0 Prozent).

Für die IG Metall ist ein gesetzlicher Mindestlohn kein Thema. Für sie ist der Tariflohn der Mindestlohn. Der öffentliche Eindruck, die Gewerkschaften seien in dieser Frage zerstritten, sei aber falsch, betont ihr Sprecher Georgios Arwanitidis. „Wir haben Verständnis für die Position der NGG.“

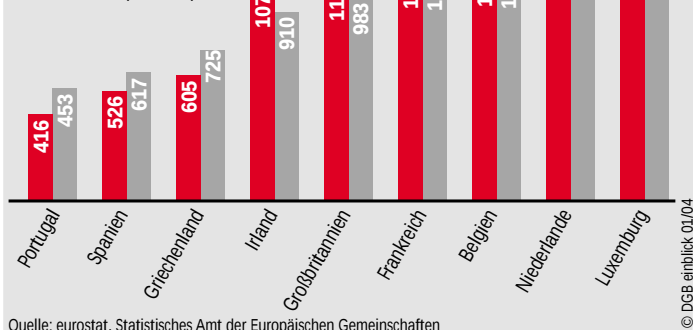
Eine mittlere Position nimmt ver.di ein: Die Tarifvertragsparteien vereinbaren – bezogen auf ihre jeweilige Branche – einen Mindestlohn, den die Bundesregierung dann für allgemeinverbindlich erklärt. Das habe „den Reiz, dass wir als Tarifpartei im Geschäft bleiben“, so ver.di-Sprecher Hermann Zoller.

Auf dem Bau gilt dank EU-Entsendegesetz ein Mindestlohn. Per Allgemeinverbindlichkeitserklärung werden Helfertätigkeiten mit 10,36 bzw. 8,95 Euro (West/Ost), qualifizierte Arbeiten mit 12,47 bzw. 9,65 Euro entlohnt. Gesetzliche Mindestlöhne hält die IG BAU denn auch für kontraproduktiv. Ihr Sprecher Michael Knoche: „Sie lägen unterhalb der niedrigsten Tarifföhne und würden diese noch weiter runterziehen.“

Nach Feststellung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) hat das deutsche Tarifsysteem bei der Bekämpfung von Niedriglöhnen „ein Defizit“. Zwölf Prozent der Vollzeitbeschäftigten verdienen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Vollzeitlohns. Es sollte deshalb geprüft werden, ob nicht auch in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn bei der Bekämpfung von Armutslöhnen hilfreich sei. •

Mindestlöhne – üblich in Europa

■ Bruttomindestlöhne und ■ nach Kaufkraftstandard bereinigte Bruttolöhne, Januar 2003 (in Euro)



Nationale Mindestlöhne gibt es mittlerweile in neun der 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) und in zwölf der insgesamt 13 Beitrittskandidatenländer. In der EU reicht er von 416 bis 1338 Euro (Portugal/Luxemburg). Rechnet man die Preisunterschiede heraus, um den so genannten Kaufkraftstandard (KKS) zu ermitteln, verringern sich die Unterschiede.

öffnet Lohndumping Tür und Tor“, warnt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Notwendig sei jetzt, „untere Haltelinien“ einzuziehen. Laut Rechtsprechung beginnt sittenwidriger Lohnwucher erst 30 Prozent unterhalb des normalen Arbeitslohns. Engelen-Kefer: „Ist das wirklich das Gelbe vom Ei?“ Damit würden Hungerlöhne zugelassen, „die nicht einmal das gesellschaftliche Existenzminimum sichern können“.

Die NGG fordert deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn. Das Ge-

setzlichem Mindestlohn „sagt keine Gewerkschaft, das behindert unsere Tarifpolitik“.

In Europa sind Mindestlöhne mittlerweile üblich. Sie gelten meist für alle ArbeitnehmerInnen ab 18 Jahre und werden in der Regel einmal im Jahr vom Staat festgelegt – entsprechend der staatlichen Inflationsprognose oder auf Empfehlung der Sozialpartner, sprich Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die einen Mindestlohn be-

Was ist zumutbar?

Langzeitarbeitslose, die ein Jahr und länger ohne Job sind, müssen ab 2005 grundsätzlich jede Arbeit annehmen. Auch wenn sie unter Tarif bezahlt wird. Selbst ortsübliche Löhne dürfen unterschritten werden. Werden sie allerdings um mehr als 30 Prozent unterschritten, wird's kritisch. Dann spricht die Rechtsprechung von sittenwidrigen Löhnen. Und die sind unzumutbar.

Arbeitslosenhilfeempfänger, die früher Vollzeit gearbeitet haben, müssen sich auch mit Teilzeitarbeit, Mini- oder Midijobs (400/800 Euro) zufrieden geben.

Lehnt jemand zumutbare Arbeit ab, werden ihm zunächst 30 Prozent der Regelleistung gestrichen. Sie beträgt für Alleinstehende im Westen 345, im Osten 331 Euro. Das künftige Arbeitslosengeld II liegt auf Sozialhilfeniveau. Es wird erst bei Arbeitseinkommen über 1500 Euro (bisher 681 Euro) ganz gestrichen.

Schon länger gilt: Ein Berufsschutz besteht nicht mehr. Jobs müssen angenommen werden, auch wenn sie der Ausbildung oder der früheren Tätigkeit des Arbeitslosen nicht entsprechen. In den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit darf das neue Einkommen 20 Prozent unter dem letzten Netto liegen, in den folgenden drei Monaten 30 Prozent darunter. Ab dem siebten Monat ist ein Einkommen in Höhe des Arbeitslosengelds zumutbar.

kurz & bündig



Die IG BAU hat die Sprechstunden ihres Service-Telefons auf dreizehn Stunden täglich erweitert: Montags bis freitags ist der Mitgliederservice der Geschäftsstelle (069/957 37 556) von 7 bis 20 Uhr erreichbar. Am Samstag nimmt ein kostenpflichtiges Service-Center (01805/07 07 77) zwischen 9 und 18 Uhr Fragen entgegen (12 Cent/Minute).



ver.di und DGB stellen gemeinsam unter dem Titel „Erste Hilfe – Wegweiser Gesundheitsreform“ in einer Broschüre die wichtigsten Änderungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung vor. Die Info-Broschüre kann unter www.verdi.de heruntergeladen werden.



Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt will mit Lohnzuschüssen der Bundesagentur für Arbeit (BA) verhindern, dass Arbeitsplätze aus Niedriglohngruppen ins Ausland verlagert werden. Stellen, die von Konkurrenzunternehmen aus Niedriglohnländern bedroht seien, sollten befristet mit zwanzig Prozent des Tariflohnes von der BA finanziert werden.



Die IG Metall hat ihre erst im Oktober erschienene, schnell vergriffene Broschüre „Mobbing wirkungsvoll begegnen“ neu aufgelegt. Der Ratgeber kann für drei Euro plus Mehrwertsteuer und Versand online unter www.igmetall.de/gesundheits/material/mobbing bestellt werden.

Europaweite Aktionstage

Gemeinsam für ein soziales Europa

Für den 2. und 3. April hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu Europäischen Aktionstagen aufgerufen. Der DGB hat sich wie zahlreiche andere nationale Gewerkschaftsbünde dem Aufruf des EGB bereits angeschlossen. Ziel der europaweiten Protestaktionen ist es, im Vorfeld der EU-Erweiterung und der Europawahlen der gewerkschaftlichen Forderung nach einem sozialen Europa Nachdruck zu verleihen. Unter dem Motto „Unser Europa – frei, gleich und gerecht“ will sich der DGB nicht nur an den beiden Aktionstagen für ein soziales Europa engagieren. Der

Slogan ist auch die zentrale Botschaft der Mai-Kundgebungen 2004. Für den 2. April schlägt der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des DGB eine Veranstaltung zum Thema Mitbestimmung in Europa vor. Am 3. April sollen zentrale Demonstrationen, unter anderem in Berlin, folgen. Vom 22. März bis 3. April sollen Schwerpunktaktionen in den Regionen für die Aktionstage mobilisieren. Über die genaue Ausgestaltung der Aktionstage wird der DGB-Bundesvorstand in seiner Klausurtagung am 21. Januar beraten. •



Europa – das sind vor allem seine Menschen. Das ist die zentrale Botschaft des DGB am 1. Mai.

DGB-Beschäftigte

Fünf Prozent dürfen früher gehen

Bis zu 45 der derzeit knapp 900 Beschäftigten des DGB sollen die Möglichkeit erhalten, bis Ende 2006 vorzeitig über Altersteilzeit auszuscheiden. Darauf haben sich der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) und der Gesamtbetriebsrat (GBR) des DGB am 16. Dezember im Rahmen der Entgeltverhandlungen 2003/2004 verständigt. Vorzeitig ausscheiden können wegen des vom Bundeskabinett beschlossenen Auslaufens der Altersteilzeit allerdings nur die rund 80 Beschäftigten, die bis Ende 2003 eine entsprechende Vereinbarung geschlossen haben, sowie Kolleginnen bis zum Jahrgang 1951 und Schwerbehinderte. Nur diese Gruppen haben per Vertrauensschutz noch einen Anspruch auf Altersteilzeit.

Da die Zahl der Interessenten das zwischen GBV und GBR vereinbarte Volumen von maximal fünf Prozent der Beschäftigten übersteigt, stehen die entsprechenden Altersteilzeitvereinbarungen zur Zeit noch unter beiderseitigem Kündigungsvorbehalt. Bis Ende Mai wollen GBR und GBV endgültig ent-

scheiden, wer früher gehen kann.

Verständigt haben sich GBV und GBR auch auf die Erhöhung der Tarifgehälter der DGB-Beschäftigten. Sie steigen zum 1. Januar tabellenwirksam um 1,6 Prozent.

Weitere 0,3 Prozent sollen für die Finanzierung der Altersteilzeitregelungen sowie zusätzliche 0,4 Prozent für die Finanzierung der Einführungskosten des DGB-Entgeltsystems 2003 genutzt werden. •

2004: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

- 3.3.** DGB-Bundesausschuss, Themenschwerpunkt Europa, Berlin
- 8.3.** Internationaler Frauentag
- 2./3.4.** Europaweite Aktionstage der Gewerkschaften für ein soziales Europa
- 1.5.** „Unser Europa – frei, gleich, gerecht“, zentrale Mai-Kundgebung des DGB, Berlin
- DGB Nord, Job Parade, Schwerin
- Eröffnung der Ruhrfestspiele Recklinghausen
- 6.6.** DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Verleihung des DGB-Filmpreises, Emden
- 7. – 11.11.** „kreativ handeln“, 17. Gewerkschaftstag von TRANSNET, Berlin
- 16.11.** DGB, Schöneberger Forum, Berlin

14 Wahlen und der Beitritt von zehn Staaten in die Europäische Union prägen das politische Jahr 2004 und damit auch die politische Agenda der Gewerkschaften. Die Forderung nach einem sozialen Europa steht nicht nur im Mittelpunkt der Mai-Veranstaltungen des DGB und der Gewerkschaften, sondern sie bildet auch das Motto der europaweiten Aktions- und Demonstrationstage am 2. und 3. April. Die Wahlen etlicher Kommunal- und Landesparlamente spiegelt sich vor allem in den Aktionen auf Landesebene wieder. Unter dem Motto „kreativ handeln“ setzt die Gewerkschaft TRANSNET im November mit ihrem Gewerkschaftstag zudem einen eigenen Akzent.

Mehr Termine im Internet: www.einblick.dgb.de

Gewerkschaften als Lobbyorganisationen

Vagabunden im Feindesland

Statt miteinander zu konkurrieren, sollten die DGB-Gewerkschaften ihre Lobbyarbeit besser koordinieren, empfehlen die Politikwissenschaftler und Lobbyismus-Experten Thomas Leif und Rudolf Speth.

Gewerkschaftspolitik lebt von authentischer Kommunikation. Die Gewerkschaften handeln mit ideellen Werten, sie wollen eine gerechte, lebenswerte Gesellschaft. Ihre Ziele erreichen sie aber nur, wenn sie ihre Ideale glaubwürdig kommunizieren. Doch die meisten Funktionäre, die in der Öffentlichkeit auftreten, sind kommunikative Einsiedler, die auf stereotype Dramatik setzen: ein Handikap für wirksame Lobbyarbeit.

Ein Beispiel aus der regionalen Alltagswelt kann die Risiken und Nebenwirkungen ungesteuerter Lobbyarbeit illustrieren. Ende November 2003 lud der DGB-Bezirk West in Mainz zum parlamentarischen Abend ein. Der Politikwissenschaftler Jürgen Falter vermittelte ein empirisches Röntgenbild der Gewerkschaften. Eine diplomatische Präsentation, aber keine Diskussion. Keine Gegenrede.

Dass es auch anders geht, zeigten die selben Akteure schon am Tag danach. Der DGB lud die Landespressekonzferenz zu einem Hintergrundgespräch mit dem Trierer Bischof Reinhard Marx ein. Ungeschminkt, vital und kontrovers informierte der CDAMann über das anstehende neue Sozialwort der Katholiken. Gelungene, kontroverse Kommunikation für alle Beteiligten. Wirksamer als risikofreie Rituale.

Mit dem Scheitern des Bündnisses für Arbeit ging eine Ära des formalisierten Interessenabgleichs zu Ende. Dies hatte Folgen. Der Interessenkampf ist härter und direkter geworden. Das Bild der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit ist ramponiert, Gewerkschaftsmitglieder sind verunsichert, manche Funktionäre suchen nach neuen Konzepten. Eine Mehrheit klammert sich aber an den Status quo, der nicht mehr haltbar ist. Das Kernproblem: **Erfolgreiche Gewerkschaften sind auf der betrieblichen Ebene längst Co-Manager**, die mit kreativen Ideen und politischem Vermittlungsgeschick Betriebe retten und Produktionsfortschritte ermöglichen. Diese Realität wird aber oft geleugnet, zum Tabu erklärt. Die Gewerkschaften vertrauen offenbar nicht ihren Stärken, sondern verheddern sich im Gestrüpp ihrer Schwächen.

Wer aber kein aufgeklärtes Verhältnis zu seinen eigenen Erfolgen hat und das seit langem strapazierte Verhältnis zur SPD immer wieder aufs Neue belastet, reduziert die Spielräume für eine wirksame Positionierung.



Thomas Leif (links), 44, ist Chefreporter Fernsehen beim SWR in Mainz, Rudolf Speth, 46, ist Privatdozent an der FU Berlin.

Das Lobbying der Gewerkschaften kann nur erfolgreich sein, wenn sich auch das Bild der Gesamtorganisation in der Öffentlichkeit verändert. Lobbying beginnt bereits mit der Organisationsstruktur der Gewerkschaften. Sie haben – noch – den Zugang zum Kanzleramt, sprechen aber immer mit viel zu vielen Stimmen. Der DGB verliert an Einfluss, während IG Metall und ver.di weiter an Veto-Macht gewinnen. Eine wirksame Bündelung und Koordination der Interessen wird mit dieser Tendenz der „verdeckten Dominanz“ nicht möglich sein.

Weil die Gewerkschaften oft miteinander konkurrieren, kalkulieren sie den Nachteil der Partnergewerkschaft mit ein. Ohne die Pflege einer partnerschaftlichen Kommunikation und eines fairen Ausgleichs im DGB wird die Gewerkschaftslobby ihr Struktur- und Formtief aber nicht überwinden.

Einer organisatorischen Bündelung der vielstimmigen Akteure müsste eine Strategiebildung folgen. **Denn Lobbying kann nur erfolgreich sein, wenn die politischen Ziele klar sind.** Und eine Strategiebildung muss mit einer schonungslosen Lageanalyse beginnen. Für die politischen Gegenspieler ist es gegenwärtig ein Leichtes, das Feindbild Gewerkschaften zu kommunizieren. Fast zwei Dutzend Kampagnen widmen sich dieser Aufgabe. Die Gewerkschaften haben nicht einen einzigen Gegenakzent dazu gesetzt. Dies hängt auch damit zusammen, dass Kommunikation in den Gewerkschaften meist introvertiert geführt wird. Es wird zu wenig überlegt, ob und wie die Botschaften draußen ankommen.

Lobbying muss auch für die Gewerkschaften Teil einer umfassenden Strategie sein, um bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wirkungsvoll mitbestimmen zu können. Denn nur eine Gestaltungsmacht kann im Konfliktfall auch als Gegenmacht wirken. •

Einblicke in den Lobby-Dschungel

Die Lobby – das englische Wort für die Wandelhalle vor dem Parlament – ist längst nicht mehr Ort lobbyistischer Tätigkeit. Einfluss auf Ministerialbeamte und Parlamentarier, Parteien und Medien nehmen Lobbyisten per Telefon, Fax und E-Mail, im Café und beim Abendessen, in Arbeitskreisen, Beiräten und Kommissionen. Informell und anonym, geräuschlos, professionell und effizient.

„Die stille Macht“ nennen Thomas Leif und Rudolf Speth ihr Buch über „Lobbyismus in Deutschland“ (Westdeutscher Verlag, 385 Seiten, 32,90 Euro).

Lobbyisten tauschen Expertenwissen gegen politischen Einfluss, sie hören das Gras wachsen. Ihre Arbeit hat etwas Anrüchiges, Transparenz tut Not. Gleichwohl ist diese Art der Interessenvertretung notwendig. Auch für Gewerkschaften. Weil die traditionelle Staat-Verbände-Beziehung verblasst und die Gewerkschaftsmitgliedschaft von Abgeordneten allein keine Gewähr mehr für gewerkschaftsfreundliche Politik bietet.

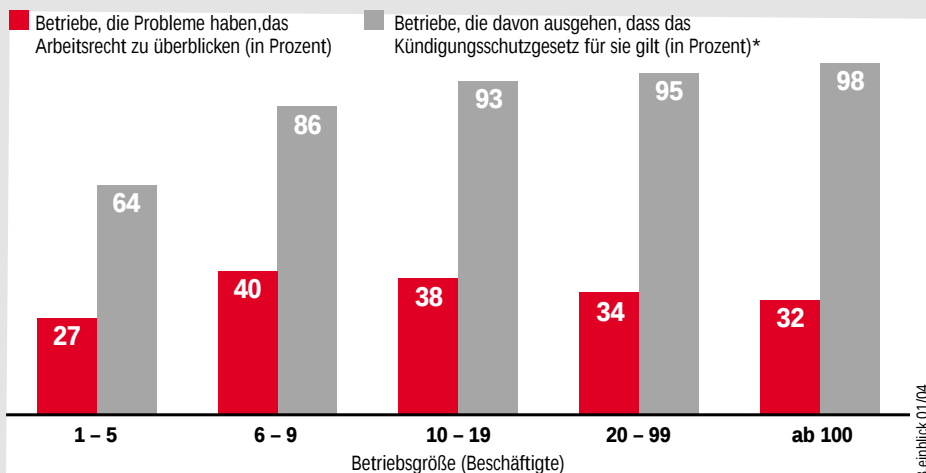
„Dagegen sein ist nicht alles“ überschreibt DGB-Lobbyist Konrad Klingenburg seinen Beitrag im Buch von Leif und Speth. Dass die Gewerkschaften ihr Lobbying verbessern müssten, verschweigt er nicht: In Berlin agiere „eher jeder für sich“.

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSRECHT: Unkenntnis der Betriebe verhindert Einstellungen

Das größte Hindernis bei der Einstellung neuer MitarbeiterInnen ist nicht der vermeintlich hohe Kündigungsschutz, sondern die fehlende Kenntnis der Betriebe über das Arbeitsrecht. Das zeigt eine Mitte Dezember veröffentlichte erste Auswertung der WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003. 31 Prozent aller Betriebe haben Probleme beim Überblick über das Arbeitsrecht. Zwei Drittel aller Betriebe mit bis zu fünf Beschäftigten glauben, dass für ihre Beschäftigten das Kündigungsschutzgesetz gilt.



* Die Befragung wurde vor den im Dezember beschlossenen Verschlechterungen beim Kündigungsschutz durchgeführt.

Quelle: WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik (2003)

© DGB einblick 01/04

Tipp

Film: Montags in der Sonne, Regisseur: Fernando León de Aranoa, Kinostart: 15. Januar

In Vigo, einer Hafenstadt im Norden der spanischen Atlantikküste muss eine Werft rentablen Neubauten weichen. Der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze ist längst verloren. Der „melankomische“, mit fünf Goyas und dem Spanischen Filmpreis ausgezeichnete Film, zeigt fünf Freunde, die das Schicksal der Arbeitslosigkeit auf ihre persönliche Art meistern. Javier Bardem, in der Hauptrolle des Santa, kämpft mit Humor gegen den Verlust der Identität und um seine Würde.

personalien

... **Dr. Martina Helmerich**, 38, Diplomjournalistin und zuletzt freie Autorin für ARD, Deutsche Presseagentur und Frankfurter Rundschau, ist seit dem 5. Januar stellvertretende Pressesprecherin der IG Metall. Sie folgt **Dagmar Opoczynski**, 61, die Ende 2003 aus Altersgründen ausgeschieden ist. Opoczynski hatte 1965 als Sekretärin in der Pressestelle angefangen, wurde 1979 dritte und 1993 stellvertretende Pressesprecherin.

... **Claus Matecki**, 55, seit Mitte November 2003 Koordinator der Vorstandsaufgaben beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt/M. (einblick 22/03), ist auch Leiter des Büros 1. Vorsitzender.

... **Carsten Burckhardt**, 30,

Bundesjugendsekretär der IG BAU, ist seit dem 1. Januar in Personalunion auch Leiter der Abteilung Organisation. Er folgt **Bernd Honsberg**, 47, der als Geschäftsführer zum Bezirksverband Nordhessen der IG BAU gewechselt hat.

... **Dr. Gudrun Trautwein-Kalms**, 59, Referentin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), ist seit dem 1. Januar verantwortliche Redakteurin der WSI-Mitteilungen. Sie folgt **Dr. Wolfgang Lecher**, 58, der in Altersteilzeit gegangen ist.

... **Klaus Dahmann**, 45, ist mit Wirkung zum 1. Februar zum Mitglied des Vorstands der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG (BGAG), Frankfurt/M., bestellt worden und wird dort vor allem für den Beteiligungsbereich Finanzen Verantwortung tragen. Dahmann kommt von der Aareal Bank AG,

Wiesbaden, wo er für sämtliche Geld- und Kapitalmarktaktivitäten zuständig war. Bis 2001 war Dahmann für das Treasury der SEB AG verantwortlich.

14TAGE

20.1. NGG, Betriebsrätekonferenz „Ausländische Werkvertragsunternehmen in Schlachthöfen. Einladung zu Vorstößen oder notwendiges Übel?“, Berlin

27.1. ver.di-Selbstständigenprojekt „mediafon“, Tagung „Bilanz und Perspektiven eines Erfolgsprojekts“, Berlin

28.1. NGG, HBS, Tagung „Brauwirtschaft unter dem Druck der Globalisierung“, Oberjosbach

30.1. DGB Niedersachsen, Tagung „Mitbestimmung in Europa“, Hannover

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlfeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.

Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt.

„Schröder auf Kohl-Niveau“

Die Berliner tageszeitung (taz) am 9. Januar 2004 über den Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahresschnitt 2003 auf 10,5 Prozent.

Tarifrunde 2004

Konterrevolution auf leisen Sohlen

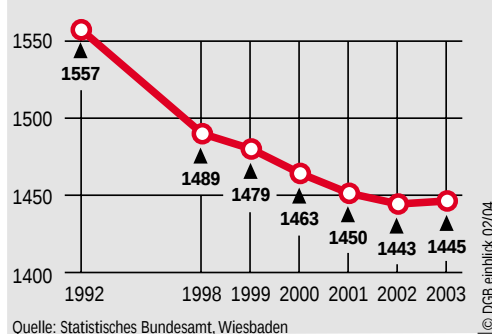
Deutschland im Jahr 2 der Agenda 2010: Die Verzichtsideologie, die in der Politik längst Fuß gefasst hat, soll auf die Tarifpolitik übertragen werden. Die Zeitungsverleger wollen die Gehälter der Redakteure einfrieren, Urlaub und Urlaubsgeld kürzen. Die Bauarbeitgeber wollen die Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden verlängern oder die Monatslöhne senken. Gesamtmetall fordert die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich – eine Lohnsenkung um 12,5 Prozent.

Dass sich die Stimmung in der Wirtschaft aufhellt, die Konjunktur anspringt und selbst Industriepäsident Michael Rogowski ein Wachstum von zwei Prozent in diesem Jahr für möglich hält, ist scheinbar egal. Kein Wunder, der Streit um Lohnerhöhungen spielt in dieser Tarifrunde nur vordergründig eine Rolle. Auch dass die Unternehmer flexiblere Tarifverträge benötigen, ist ein vorgeschobenes – und längst tot gerittenes – Argument.

Die Metalltarife bieten „jedes erdenkliche Maß an Arbeitszeitflexibilität“ sagt Reinhard Bispinck vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaft-

Arbeitszeit zieht wieder an

Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft 1992 – 2003



Erstmals seit 1992 hat sich 2003 die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen erhöht. Ausschlaggebend dafür waren die Reduzierung des Krankenstandes und der Anstieg der Nebenerwerbstätigkeit.

lichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), „nur eines nicht: Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich“. Und dabei soll es bleiben, legt sich IG Metall-Vize Berthold Huber fest: „Wir machen weder eine Verlängerung der Regelarbeitszeit mit noch reichen wir für unbezahlte Arbeit die Hand.“

Die eigentliche Sprengkraft der Tarifrunde 2004 aber liegt woanders: Die Weichen im tarifpolitischen Macht- und Verteilungskampf sollen verschoben werden. Gesamtmetall will die Tarifparteien umgehen und es den Betriebsparteien selbst überlassen, die Länge

der Arbeitszeit und deren Bezahlung zu regeln. Keine Frage, die Arbeitgeber wollen ihr Erpressungspotenzial gegenüber den Beschäftigten erhöhen.

Gewerkschaften stecken in der Bredouille. Gesetzliche Tariföffnungsklauseln konnten sie zwar verhindern. Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat erwartet aber von den Tarifvertragsparteien, dass „sie sich in den nächsten 12 Monaten auf eine neue Balance zwischen Regelungen auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene verständigen.“

Gesamtmetall fühlt sich nach der Streikniederlage der IG Metall im Osten von 2003 stark. Und die IG Metall muss jetzt beweisen, ob ihre Truppen stehen. Die erste Warnstreikwelle rollt. Einen Streik will keine Seite. Ob er aber zu verhindern ist, bleibt fraglich.

Die dreijährige Konjunkturschwäche und die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften bereits 2003 tarifpolitisch in die Defensive gedrängt. Die Tarifabschlüsse fielen im Laufe des vergangenen Jahres laut WSI „immer niedriger“ aus.

plusminusBERLIN

+ Bundespräsident **Johannes Rau** hat sich gegen die Pläne der Bundesregierung zur Eliteförderung ausgesprochen. Deutschland gebe für Bildung weniger aus als erforderlich. Spitzenleistung sei nur mit „mehr Breitenbildung“ zu erreichen.

- Der bayerische Bundestagsabgeordnete **Johannes Singhammer** (CSU) ist gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch Steuermittel. Jedes geborene Kind sei „ein Konsument – erst von Pampers, später von Autos. Und wir brauchen Konsumenten“.

inhalt

Seite 3

Zweifelhafte Effekte

Die neuen Minijobs beschleunigen den Abbau von Vollzeitstellen. Eine Jobmaschine sind sie nicht

Seite 5

Gefordert, gefördert – und abkassiert

DGB fordert einen Vertrauensschutz bei den Betriebsrenten

Seite 7

Herausforderung Kommunikation

Eine offene, kontroverse Debatte über die Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaften ist überfällig, meint IG BCE-Vorstandssekretär Michael Vassiliadis



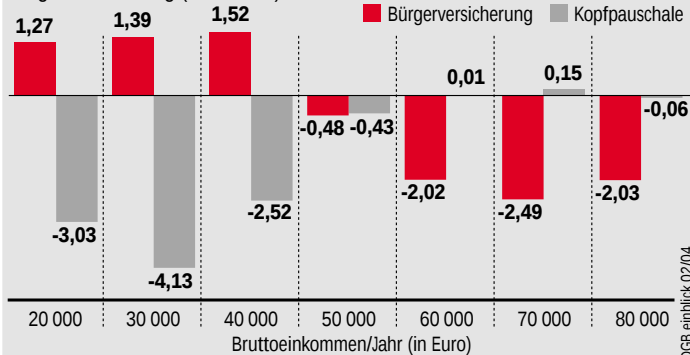
Der Surf-Tipp fürs Internet

www.einblick.dgb.de
Aufruf des DGB für den Aktionstag am 3. April

www.deutsche-sozialversicherung.de
Der neue Internetauftritt der Spitzenverbände der Sozialversicherung mit Basisinformationen zum deutschen Sozialversicherungssystem in drei Sprachen

Familien zahlen drauf

Veränderung des Nettoeinkommens von Familien mit zwei Kindern durch die Einführung von Kopfpauschalen in der Krankenversicherung im Vergleich zur Bürgerversicherung (in Prozent)



Um weitere Einschnitte im Gesundheitssystem zu verhindern, muss nach Vorstellungen des DGB das bestehende Krankenversicherungssystem in den nächsten Jahren schrittweise durch eine **Bürgerversicherung** abgelöst werden, die auch Selbstständige und neu eingestellte Beamte einbezieht. Das sei sozial gerechter, als die von der Union favorisierten Kopfpauschalen, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer. Bestätigt sieht sich der DGB in seiner Forderung nach einer Bürgerversicherung durch Berechnungen des Kölner Sozialexperten Professor Karl Lauterbach zu den Auswirkungen von Bürgerversicherung und Kopfpauschalen: Während die Bürgerversicherung Familien mit niedrigem Einkommen entlastet, profitieren von der Kopfpauschale vor allem gut verdienende Singlehaushalte. Sie hätten im Jahr rund 2000 Euro netto mehr zur Verfügung. Draufzahlen müssten dagegen Familien mit Kindern. Ihr Nettoeinkommen würde um bis zu vier Prozent sinken.

Auslandsaufenthalte

Förderung halbiert

Facharbeiter und junge Berufstätige, die ihre Qualifikation durch einen Auslandsaufenthalt verbessern wollen, können in Zukunft

kaum noch auf staatliche Unterstützung hoffen. Denn die Bundesregierung hat die Fördermittel für internationale berufliche Weiterbildung von fünf auf zwei Millionen Euro mehr als halbiert. Sieben Programme, die jungen Berufstätigen, Auszubildenden sowie Fach- und Führungskräften den Weg ins Aus-

land ebneten, mussten sogar ganz gestrichen werden.

Geldmangel sei offenbar „nicht der Grund für die Kürzungen“ gewesen, so Klaus Heimann, Leiter der Abteilung Berufsbildung der IG Metall. Denn parallel zur Halbierung der Mittel für den Nicht-Akademiker-Austausch hat die Bundesregierung die Gelder für den Austausch von Studenten und Wissenschaftlern um 14,5 Millionen Euro erhöht. Kritik kommt auch von den Arbeitgebern. Die Haltung des Bildungsministeriums sei nicht nachvollziehbar. „Es geht nicht um eine Dauerfinanzierung der Betriebe. Die Programme haben eine Anschubfunktion, den Austausch zwischen kleinen und mittleren Betrieben aufzubauen,“ so BDA-Berufsbildungsexperte Helmut Keim.

Berufsarmee

Ökonomisch sinnvoll

Deutschland solle „dem Beispiel anderer EU-Staaten folgen und eine Berufsarmee einführen“, rät das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Volkswirtschaftlich betrachtet sei eine Wehrpflichtarmee aufgrund ihrer „Übersättigung an Arbeitskräften“ ineffizient. Die Kosten des ineffizienten Personaleinsatzes ließen sich zwar nur schwer

geplant... beschlossen

Der DGB-Bundesvorstand in Berlin erhält eine neue Abteilung „Veranstaltungs- und Innenservice“ (vis). Die neue Abteilung wird dem Bereich Finanzen des DGB zugeordnet. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) am 20. Januar beschlossen.

ermitteln, die Prognosen möglicher Personaleinsparungen aber reichen „von 20 bis 50 Prozent“.

Auch das Problem der Wehrgerechtigkeit rechtfertige die Aufstellung einer Freiwilligenarmee. 38 Prozent der westdeutschen Männer leisteten weder Wehr- noch Zivildienst, das habe eine Untersuchung der Geburtsjahrgänge 1962 bis 1977 ergeben.

Die Befürchtung, eine Berufsarmee würde sich von der Gesellschaft isolieren, nennt das DIW „weitgehend unbegründet“, die Bundeswehr sei „heute schon überwiegend eine Berufsarmee“. Die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs als Alternative zum Wehrdienst verstieße gegen die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation zur Abschaffung der Zwangsarbeit.

wie wardie woche?



In ganz Europa werden die Gewerkschaften am 3. April für ein soziales Europa auf die Straße gehen. In Deutschland wollen sie den Aktionstag auch nutzen, um ein Zeichen gegen das Allparteienreformtheater zu setzen. DGB-Pressesprecher Hilmar Höhn, 35, bereitet den Tag mit vor.

Hart war sie, die Woche: Der Skandal um den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster, hat uns mindestens eine Woche Arbeit gekostet. Auch nach seiner Ablösung ging das Theater weiter, weil uns der

Nebelwerfer Nebel aus der FDP-Fraktion angeblich wirtschaftliche Eigeninteressen in Sachen Bundesagentur anzuhängen versucht. Das ist natürlich ein billiges Ablenkungsmanöver, um vom fortgesetzten Fehlverhalten des Herrn Gerster abzulenken.

Um so größer war der Kraftaufwand, neben diesem Irrsinn die Vorbereitungen für den Europäischen Aktionstag der Gewerkschaften am 3. April voranzutreiben. Die Bundesvorstandsklausur hat ein klares Signal gegeben: Natürlich stehen wir zur europäischen Dimension des Aktionstages. Denn in fast allen EU-Ländern kriegen die ArbeitnehmerInnen die

dumpfe Predigt zu hören: Sozialstaat zu teuer, Steuern runter, Löhne kürzen, Arbeitszeit verlängern. Das eint uns. Der Entwurf für einen Aufruf ist fertig. Er verbindet unsere Kritik an der Allparteien-Superreform mit dem europäischen Fortschrittsgedanken. Wir müssen jetzt aufstehen, damit es endlich besser wird. Für ein Europa, das frei, gleich und gerecht ist. Und sich keineswegs den vermachteten Interessen der Konzerne unterwirft.

Der Bundesvorstand wird am 3. Februar über den Entwurf abstimmen, ihn möglicherweise noch in Details verändern. Aber die Kernbotschaft steht: Wir müssen jetzt aufstehen!

Minijobs

Zweifelhafte Effekte

Umwandlung von Vollzeitstellen in Minijobs und Einnahmeverluste der Sozialversicherungen: Ein Dreivierteljahr nach Einführung der neuen Minijobs scheinen sich die von den Gewerkschaften befürchteten negativen Arbeitsmarkteffekte einzustellen.

Mehr als eine Million Minijobs seien bereits neu entstanden, vermeldete im letzten Herbst die Minijob-Zentrale der Bundesknappschaft, bei der diese Jobs seit dem 1. April 2003 gemeldet werden müssen. Insgesamt waren dort Ende September 2003 rund 6,7 Millionen Minijobber registriert. In seltener Einigkeit feierten Opposition und Regierung die Minijobs als den richtigen Weg, niedrig entlohnte Arbeit von Abgaben zu entlasten und so neue Impulse für den Arbeitsmarkt zu geben.

Zahlen aus der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Statistischen Bundesamt rücken die „Erfolge“ in ein anderes Licht. So hat es viele dieser Jobs bereits vor der Reform gegeben: Durch die Anhebung der Minijobgrenze von 325 auf 400 Euro sind nach Schätzungen der BA rund 100 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu Minijobs umgewandelt worden. Und während deren Zahl zugenommen hat, ist die Zahl der Erwerbstätigen im letzten Jahr insgesamt um 400 000 Personen zurückgegangen. Von Jobmaschine also keine Spur.

Um Minijobs attraktiver zu machen, wurde 2003 die Geringfügigkeitsgrenze auf 400 Euro an- und die Beschränkung der Arbeitszeit auf 15 Stunden je Woche aufgehoben. Bis zu dieser Grenze zahlen die Arbeitgeber pauschal einen ermäßigten Steuer- und Sozialabgabensatz. Die neuen Jobs sollten auch als Brücken in den ersten Arbeitsmarkt wirken. Doch registrierte Arbeitslose profitieren kaum von der Neuregelung, wohl aber wurde die Verdrängung von regulärer Arbeit weiter forciert. Attraktiver ist es vor allem für Arbeitgeber gewor-

den, Vollzeitstellen in Minijobs aufzuspalten. Das sei vor allem im konsumnahen Dienstleistungsbereich zu beobachten, wie etwa in Gaststätten, so Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG. Auch Discounter ersetzen zunehmend Vollzeitstellen durch mehrere Minijobs, bestätigt

Agnes Schreieder von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. „Diesen Trend in der Personalpolitik gab es bereits vorher, er ist aber noch verstärkt worden.“ Schreieder berichtet von großen Handelsketten, bei denen der Anteil der Minijobber in der Belegschaft bereits 40 bis 50 Prozent betrage und von Drogeriemarktfilialen mit zehn Verkäuferinnen, von denen gerade mal die Leiterin und die Stellvertreterin in einem regulären Arbeitsverhältnis angestellt sind. „Mit Lohndumping und besonders miesen Arbeitsbedingungen verschaffen sich Unternehmen Wettbewerbsvorteile im gnadenlosen Konkurrenzkampf im Handel.“ •

?...nachgefragt



Die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sind im Rahmen der Hartz-Gesetze am 1. April 2003 neu geregelt worden. Wie bewertet der DGB die neu geschaffenen 400-Euro-Minijobs? Das fragte einblick die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer.

Den angeblich großen Zuwachs der geringfügig Beschäftigten kann ich noch nicht erkennen: An-

fang 1999 gab es 6,5 Millionen dieser Beschäftigungsverhältnisse, im Herbst 2003 zählte die Bundesknappschaft nur gut 200 000 mehr. Ein größerer Zuwachs wäre im übrigen ein zweifelhafter Erfolg.

Die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf 400 Euro und der Wegfall der 15-Stunden-Grenze werden das Arbeitsplatzangebot in Betrieben bestimmter Branchen und Regionen weiter verändern. Erste Indizien dafür gibt es dafür bereits bei manchen Handelsketten oder in der Gastronomie. Diese Regelungen führen zu Lohndumping, und statt sozialversicherungspflichtigen Vollzeit- und vollzeitzahnen Teilzeitarbeitsplätzen setzen die Arbeitgeber zunehmend auf Minijobs. Zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten sind Frauen. Sie können in diesen Jobs kein existenzsicherndes Einkommen erzielen und erst recht keine vernünftige Altersvorsorge aufbauen.

Hinzu kommt, dass die Mini-Jobber sich kaum trauen, ihre verbrieften Rechte, wie zum Beispiel Lohnfortzahlung bei Krankheit und bezahlter Urlaub, einzufordern.

Die gerade geführte öffentliche Debatte über die Schwarzarbeit in den Privathaushalten geht in die falsche Richtung. Die Bundesregierung will der Schwarzarbeit zu Leibe rücken. Das ist richtig. Es geht aber nicht darum, dass die einzelne Haushaltshilfe von ihrem Lohn Beiträge zahlen sollte, sondern der private Haushalt, der ihre Dienste in Anspruch nimmt. Man wird doch wohl von den Haushalten erwarten können, dass sie die Haushaltshilfe anmelden, die Versicherungsbeiträge zahlen und eine Unfallversicherung abschließen. Das wirkliche Problem der Schwarzarbeit liegt in der gewerblichen Wirtschaft und muss mit aller Härte angepackt werden.

Freibetrag in der Sozialversicherung schafft Arbeit

Bereits im Januar 2003 hat der DGB vorgeschlagen, analog zum Steuerrecht auch in der Sozialversicherung einen monatlichen Grundfreibetrag von 250 Euro einzuführen. Die Beitragsausfälle der Sozialversicherung sollten aus Steuermitteln ersetzt werden.

Das Freibetragsmodell des DGB wurde in einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) untersucht. Ihr Fazit: Ein Freibetrag bei den Sozialabgaben kann mehr Beschäftigung schaffen und Strukturprobleme am Arbeitsmarkt mindern. Bei gleichzeitiger Gegenfinanzierung durch Steuern sei mit einem Beschäftigungszuwachs im sechsstelligen Bereich zu rechnen. Die gesamte Arbeitsnachfragewirkung eines Freibetrages sei etwa vier Mal so groß wie bei einer linearen Senkung der Sozialabgaben bei vergleichbaren Beitragsausfällen. GeringverdienerInnen und ihre Arbeitgeber würden überproportional entlastet.

Die Studie: Bruno Kaltenborn, Susanne Koch, Ulrike Kress, Ulrich Walwei, Gerd Zika: **Arbeitsmarkteffekte eines Freibetrags bei den Sozialabgaben**, Rainer Hampp Verlag, 19,80 Euro



Im Internet

<http://doku.iab.de/kurzber/2003/kb1503.pdf>
Die Kurzfassung zum Download

Arbeitskammer Saar

Servicepalette im Überblick

Das Beratungsangebot der Arbeitskammer (AK) des Saarlandes ist breit gefächert. Es reicht von Hilfestellung im Sozialrecht über Infos zum Arbeitsschutz bis zur Weiterbildungsberatung. Alle wichtigen AnsprechpartnerInnen, Internetseiten und Kooperationen fasst die Broschüre „Beraten – Bilden – Forschen: Die Dienstleistungen der Arbeitskammer im Überblick“ zusammen. Das 64-seitige Heft ist kostenlos. •

Tel. 0681/40 05 444
Fax 0681/40 05 411
info@arbeitskammer.de
www.arbeitskammer.de

Ärztfortbildung

Stress erkennen und bewerten

BetriebsärztInnen müssen stressbedingte Belastungen im Beruf ziel-sicher erkennen können. Wie das geht und wie sich die Probleme lösen lassen, lernen die MedizinerInnen im Fortbildungscurriculum „Arbeitsbedingter Stress – analysieren,



Das Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet Betriebsräte, die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Leichter gesagt als getan. An theoretischen Konzepten mangelt es nicht, wohl aber an prakti-

schaffen, vor allem für Betriebsräte in kleinen und mittleren Unternehmen. Diese Lücke schließt das Praxishandbuch „ChancenGleich“. Es liefert Ideen, rechtliche Grundlagen und eine Fülle von Beispielen guter Praxis. Es hilft bei der Analyse der betrieblichen Situation sowie der Planung und Umsetzung konkreter Verbesserungen. Die beiliegende CD-ROM enthält Checklisten, Musterschreiben und Betriebsvereinbarungen. •

Das zweiteilige Seminar am 9. Februar und 26. März organisiert die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Neben der Vermittlung von rechtlichen und fachlichen Grundlagen können die ÄrztInnen einen speziellen Stresstest an ArbeitnehmerInnen üben. Die Fortbildung kostet 330 Euro. •

Tel. 030/515 48 292
Fax 030/515 48 743
teubner.heidemarie@baua.bund.de
www.baua.de

Handbuch für die Praxis

Chancengleichheit – nicht nur ein Frauenthema

Die Autorinnen ermutigen, regen an und empfehlen ausdrücklich den „Ideenklau“. Wer immer sich für das Thema Chancengleichheit interessiert – egal ob Mann oder Frau: Er/Sie kann aus diesem Buch viel Honig saugen. •

Dorothee Beck/Anne Graef,
„ChancenGleich – Handbuch für eine gute betriebliche Praxis“,
Bund-Verlag, Frankfurt/M.,
2003, 185 Seiten plus CD-ROM
19,90 Euro

Migration-Online

Islam in der Arbeitswelt

Weit mehr als eine Million MuslimInnen arbeiten in Deutschland. Wie sich islamischer Glaube und deutscher Berufsalltag verbinden lassen, damit beschäftigt sich der Bereich Migration und Qualifizierung des DGB-Bildungswerks. Einen Überblick über das Angebot an Seminaren, Handreichungen und Filmen gibt der Flyer „Islam in der Arbeitswelt“. Das Flugblatt gibt's zum Download im Internet oder kostenlos per Post. •

Der Setzkasten
Fax 0211/408 00 90 40
mail@setzkasten.de
www.migration-online.de

Girls' Day

Aktionen online

Der Girls' Day 2004 soll am 22. April 10- bis 16-jährige Mädchen für technische Zukunftsjobs interessieren. Seit kurzem können Firmen und Organisationen, die Veranstaltungen zum Girls' Day planen, ihre Angebote im Internet in einer Aktionslandkarte eintragen. Auch für regionale Arbeitskreise gibt es eine Landkarte. •

www.girls-day.de

interregio

••• Der **DGB Bremen** präsentiert vom 26. Januar bis zum 20. Februar die **Ausstellung** „Aufgegriffen – Kunst aus Müll“ des Bremer Künstlers Joachim Fischer im DGB-Haus am Bahnhofsplatz 22-28. Fischers Bilder, die selbst das Land Bremen erworben hat, geben scheinbar nutzlosen Abfällen eine neue Form und Bedeutung. Die Werke mit Titeln wie „Wenn der Kanzler Geburtstag hat“ sind beim DGB montags bis donnerstags von 9 bis 17 Uhr und freitags von 9 bis 13 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei. Mehr Infos: DGB-Region Bremen/Bremerhaven, Tel. 0421/33 576 11

••• Der **DGB Hamburg** bietet am 5. Februar bei einem **„Spitzenkandidaten-Hearing“** die Möglichkeit, mit PolitikerInnen der Hansestadt über die anstehenden Bürgerschaftswahlen zu sprechen. Für SPD, Grüne und FDP stehen deren SpitzenkandidatInnen Thomas Mirow, Christa Goetsch und Reinhard Soltan Rede und Antwort. Die CDU wird von Wirtschaftsminister Gunnar Uldall vertreten. Die Veranstaltung an der Rothenbaumchaussee 80 startet um 18.30 Uhr. Mehr Infos und Anmeldung: Claudia Falk, Tel. 040/28 58 247

Fairer Handel

Bekanntheit mit Kampagne steigern

fair feels good.

EINE INFORMATIONSKAMPAGNE
ZUM FAIREN HANDEL

Rund 4,5 Millionen ProduzentInnen in 45 Ländern profitieren beim Anbau von Tee, Orangen, Kakao oder Kaffeebohnen vom Fairen Handel.

Die Informationskampagne „fair feels good.“ soll Bekanntheit und Nachfrage nach den Produkten steigern. Träger der Kampagne ist der Verein Verbraucher Initiative in

Kooperation mit Transfair und dem Weltladen-Dachverband. Der Faire Handel garantiert den ErzeugerInnen Preise über Weltmarktniveau sowie langfristige Lieferverträge. Auf der Internetseite der Kampagne lassen sich unter anderem Informationsmaterialien herunterladen und ein E-Mail-Newsletter bestellen. •

Verbraucher Initiative e.V.
Tel. 030/53 60 73 0
Fax 030/53 60 73 45
mail@verbraucher.org
www.fair-feels-good.de



Gefordert, gefördert – und abkassiert

Die Verdoppelung des Krankenkassenbeitrags für Betriebsrentner habe „für erheblichen Aufruhr gesorgt“, den die Gewerkschaften so nicht erwartet hätten, sagt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Der DGB dringt deshalb auf eine Abmilderung der neuen Belastung. Sein Ziel: „ausreichende Vertrauensschutzregelungen“.

Der Jubel war groß. Damals, 2001. Vorbei die Zeiten, in denen der Arbeitgeber allein bestimmte, ob er eine Betriebsrente gewährt. Seit 1. Januar 2002 haben ArbeitnehmerInnen einen individuellen Anspruch auf betriebliche Altersvorsorge per Entgeltumwandlung. Bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung können in die Betriebsrente fließen. Steuer- und sozialab-

stes und von Bezügen aus berufsständischen Versorgungswerken der volle Krankenkassenbeitrag gezahlt werden. Das sei politisch kontraproduktiv und „das falsche Signal“, warnt der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters. Gesetz wurde es durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung, das SPD, Grüne sowie CDU/CSU am 14. November beschlossen haben.

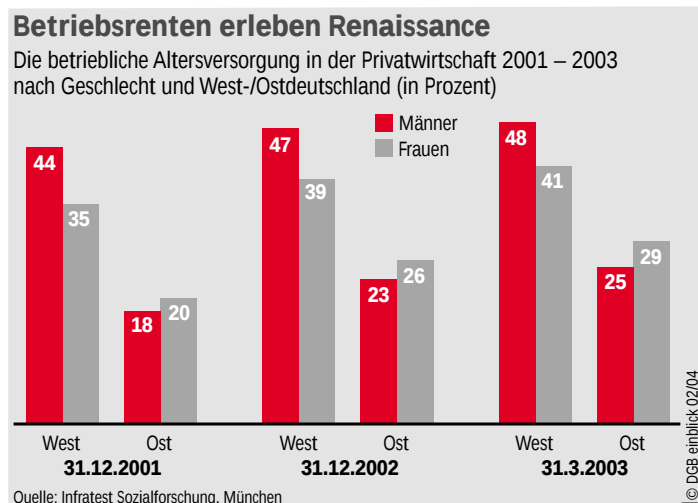
Verfassungshüter haben am 15. März 2000 die damals geltende Regelung – freiwillig versicherte Rentner zahlen den vollen Krankenkassenbeitrag, pflichtversicherte nur den halben – für verfassungswidrig und die jetzige Regelung (voller Beitragssatz für beide Versicherungsträgergruppen) ausdrücklich für möglich erklärt.

Den jetzt betroffenen vier Millionen Betriebsrentnern mag das schnurz sein. Sie werden abkassiert. 1,6 Milliarden Euro spült die Gesetzesänderung jährlich in die Krankenkassen. Die monatlich gezahlte Betriebsrente wird durchschnittlich um mehr als sieben Prozent gekürzt. Und die kapitalisierte Betriebsrente, sprich die Einmalzahlung, sogar um bis zu 15 Prozent. Denn sie war bislang nicht beitragspflichtig. Zugrunde gelegt wird der Beitragsbemessung 1/120 der Kapitalleistung, zahlbar monatlich, längstens zehn Jahre.

Die privat Rentenversicherten können sich ins Fäustchen lachen. Sie sind von allem nicht betroffen. Der DGB ermuntert die Betriebsrentner, gegen den Bescheid ihrer Krankenkasse Widerspruch einzulegen. Rechtsschutz wird gewährt.

Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) macht es sich leicht. Dass die Belastung der Betriebsrentner das Vertrauen in die Betriebsrente aushöhlt, wischt sie weg: Vertrauensschutz gebe es nicht. Niemand könne konstante Krankenkassenbeiträge garantieren. Recht hat sie. Politische Alternativen gibt es gleichwohl: Als 1983 der Gesetzgeber die Beitragspflicht der Rentner einführt, räumte er sogar eine Übergangszeit von mehreren Jahren ein.

Entgegenkommen signalisiert der SPD-Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner: Es müsse geprüft werden, ob in den Fällen, in denen die Rente aus bereits verbeitragtem Einkommen stamme, die volle Beitragspflicht rückgängig gemacht werden könne. •



Ende März 2003 hatten 10,3 Millionen sozialversicherungspflichtige ArbeitnehmerInnen Anwartschaften auf eine betriebliche Altersversorgung (43 Prozent). Bei In-Kraft-Treten des Altersvermögensgesetzes Anfang 2002 waren es 980 000 Beschäftigte weniger (38 Prozent). In den alten Bundesländern erhöhte sich der Anteil von 42 auf 46 Prozent, in den neuen von 19 auf 27 Prozent.

gabenfrei. Rot-Grün forderte nicht nur mehr Altersvorsorge, sondern förderte sie auch tatkräftig.

Zwei Jahre später herrscht Katastrophe. Wie überfallartig inszeniert wirkt, was erst Anfang des Jahres öffentlich bekannt geworden ist: Seit dem 1. Januar 2004 muss von so genannten Versorgungsbezügen, d.h. von Betriebsrenten, von der zusätzlichen Altersversorgung des öffentlichen Dien-

Den gewerkschaftlichen Sozialexperten war das schon länger bekannt. Bereits im Sommer vergangenen Jahres, in seiner Stellungnahme zur Gesundheitsreform, hat der DGB die geplante Gesetzesänderung abgelehnt, sich aber nicht durchgesetzt.

Zumal sich der Gesetzgeber recht sicher fühlen konnte und kann. Er hat die Rückendeckung des Bundesverfassungsgerichts. Die

Stichwort Alterseinkünfte

Mit dem geplanten Alters-einkünftegesetz (AEG) will die Bundesregierung die nachgelagerte Besteuerung der Alterseinkünfte einführen, die betriebliche Altersvorsorge verbessern und die Riester-Rente vereinfachen.

Ausgangspunkt ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2002, wonach die unterschiedliche Besteuerung von Renten und Pensionen verfassungswidrig ist und der Gesetzgeber bis 2005 eine Neuregelung finden muss.

Im Prinzip ist der DGB damit einverstanden. Denn die Steuerbelastung in der Ruhestandsphase wird niedriger sein als die Entlastung während der Berufstätigkeit. Doch der Teufel steckt im Detail. Die Übergangsfristen seien zu kurz, kritisiert der DGB. Sie schlossen eine Zweifachbesteuerung nicht aus. Zudem würden RentnerInnen und rentennahe Jahrgänge belastet, die keine Möglichkeit mehr haben, sich auf die Einkommensverluste einzustellen. Der DGB erwartet Nachbesserungen – „insbesondere großzügigere Übergangsregelungen“.

Kritik übt er auch an einer Neuregelung der betrieblichen Altersvorsorge. Die Möglichkeit, 1752 Euro jährlich in eine Direktversicherung einzuzahlen, soll entfallen. Außerdem ist geplant, die private Rente steuerlich besonders zu fördern, nicht aber die betriebliche.

kurz&bündig



Die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF)

und der Arbeitgeberverband Gemeinschaft Europäischer Bahnen (GEB) haben sich auf einen einheitlichen EU-Lokführerschein geeinigt. Beide Tarifpartner haben sich zudem auf maximale Fahrtzeiten von neun Stunden für LokführerInnen beim grenzüberschreitenden Bahnverkehr innerhalb der EU verständigt.



Die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange unterstützt den Vor-

schlag der SPD-Fraktion, die Goldreserven des Bundes für eine „Stiftung Bildung“ zu veräußern. Stange fordert außerdem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Damit stünden bis zu 20 Milliarden Euro zum Ausbau des Bildungssystems zur Verfügung.



IG BAU-Vize Hans-Joachim Wilms sieht 100 000 Arbeitsplätze

in der Landwirtschaft gefährdet, wenn die Verbraucher weiterhin durch Diskussionen über den Gentechnik-Anbau verunsichert würden. Die Überproduktion der EU-Landwirte zeige außerdem, dass es keinen Bedarf für Produktionssteigerungen durch die umstrittene Technik gebe.



Die IG Metall bietet online einen „Jobkiller-Rechner“, der aus-

rechnet, wie viele Jobs im eigenen Betrieb durch eine Verlängerung der Arbeitszeit wegfallen würden: www.bw.igm.de/arbeitsplatzvernichtungsformel/index.php

Rentenversicherung

Solo-Selbstständige einbeziehen

Auch Selbstständige sollten in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert werden. Das hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gefordert. Ansonsten sei für die zunehmende Zahl gering verdienender „Solo-Selbstständiger“ Altersarmut vorgezeichnet, warnt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Im Auftrag von ver.di haben WissenschaftlerInnen der Universität Bremen ein Alterssicherungskonzept erarbeitet, das insbesondere die 1,8 Millionen Selbstständigen ohne Beschäftigte – die so genannten Solo-Selbstständigen – in die Rentenversicherung mit einbeziehen soll. Diese Freiberufler mit Bruttoeinkommen von oft weniger

als 1000 Euro im Monat seien nicht in der Lage, allein für das Alter vorzusorgen. Das Konzept sieht vor, die Auftraggeber der Selbstständigen zur Hälfte an der Finanzierung zu beteiligen. Bereits 1998 waren knapp 15 Prozent der Selbstständigen-Haushalte ganz ohne Altersabsicherung. •

Bürgerschaftswahl

DGB will Politikwechsel

Vier Wochen vor der Wahl der Hamburger Bürgerschaft am 29. Februar, der ersten von 14 Wahlen im Superwahljahr 2004, hat der

DGB Hamburg seine Erwartungen an den künftigen Hamburger Senat vorgestellt. Die Politik des CDU/Schill/FDP-Senats habe sich „in wesentlichen Bereichen gegen die Interessen der Hamburger ArbeitnehmerInnen gerichtet“ heißt es in der Positionsbestimmung. Der DGB kritisiert den beabsichtigten Verkauf der landeseigenen Krankenhäuser, die geplante Privatisierung der Berufsschulen und die Kürzungen im sozialen Bereich.

Der Wahlauftrag des DGB ist kein Aufruf zur Wahl einer bestimmten Partei. „Die Gewerkschaften werden, unabhängig davon, wie die Wahl ausgeht, auch gegenüber einem neuen Senat die Interessen der ArbeitnehmerInnen offensiv vertreten“, heißt es im Aufruf, „wenn möglich in Kooperation, wenn nötig im Konflikt“. •

Internet-Auftritte der Gewerkschaften

Auch international wettbewerbsfähig

Die Website des DGB und der drei größten Mitgliedsgewerkschaften, ver.di, IG Metall und IG BCE, sind für die Internetnutzer attraktiv. Das zeigt eine von ver.di in Auftrag gegebene Benchmarkstudie, die zwölf deutsche und internationale Gewerkschaftsauftritte verglichen hat. Analysiert werden neben dem Nutzwert der einzelnen Sites (hochwertiger und exklusiver Content, Aktualität, zielgruppenspezifische und individuelle Angebote, Serviceleistungen) auch das Profil (unternehmens- und medien-gerechtes Design, nutzgerechte Aufarbeitung der Inhalte), die Dynamik (inspirierende Inhalte, Vernetzung mit anderen Sites) und der Komfort des Auftritts (Performance, klare und einfache Navigation).

Über den Internetauftritt des Auftraggebers heißt es in der Studie, die ver.di-Site vermittele einschließlich ihrer Unteresites der Fachbereiche und Landesbezirke „insgesamt ein harmonisches und konsistentes Designbild“, das Oberflächen- und

das Navigationsdesign griffen gut ineinander. Zudem sei der Internetauftritt „modern und zielgruppenspezifisch seriös gestaltet“. Inspiration und Event-Charakter der ver.di-Site sind hingegen verbesserungsfähig. Die „sachliche, über-

wiegend textorientierte Darstellung“ inspiriere nicht unbedingt dazu, „auf Entdeckungsreise zu gehen“. Zudem fehlten Online-Events wie Live-Chats, Übertragung von Veranstaltungen per Live-Stream, Online-Meetings und Umfragen. •

Schneller wäre besser

Datenvolumen und Ladezeit ausgewählter gewerkschaftlicher Websites

DGB (www.dgb.de)	550	70
ver.di (www.verdi.de)	228	36
IG BCE (www.igbce.de)	138	17
IG Metall (www.igmetall.de)	79	10
International Transport Workers Federation (www.itf.org.uk)	145	18
Communication Workers of America (www.cwa-union.org)	73	10
Union Network International (UNI) (www.union-network.org)	65	8
Syndikat (Schweizer Online-Gewerkschaft) (www.syndikat.ch)	1	15

* Anwahl über eine ISDN-Standardverbindung, bei der ver.di-Homepage per Modem
Quelle: Benchmarkstudie Online-Kommunikation von Gewerkschaften im internationalen Vergleich

Die deutschen Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel in die Modernisierung ihrer Online-Auftritte investiert. Im internationalen Vergleich ist die Zugriffsgeschwindigkeit auf die Startseiten zum Teil aber noch erheblich zu lang. Ursächlich dafür ist neben der technischen Ausstattung auch das jeweilige Datenvolumen.

Reformagenda 2004

Herausforderung Kommunikation!?

Raus aus der Defensive – das ist das wichtigste Ziel, das die Gewerkschaften auf ihre Agenda 2004 gesetzt haben. Über den Weg gibt es innerhalb des DGB unterschiedliche Vorstellungen. Michael Vassiliadis stellt die Strategie der IG BCE vor.



Michael Vassiliadis, 39, ist Vorstandsssekretär der IG Bergbau, Chemie, Energie.

Gewerkschaften standen in der öffentlichen Meinung schon einmal besser da. Unser Image hat in jüngster Zeit unverkennbar Schaden genommen. Was sind die Ursachen? Es wäre allzu einfach, ausschließlich Arbeitgeber oder konservativ-liberale Kreise dafür verantwortlich zu machen. Dass diese einen antigewerkschaftlichen Kurs fahren, ist nicht neu. Neu ist allerdings, dass antigewerkschaftliche Politik so erfolgreich sein kann. **Dafür tragen wir, die Gewerkschaften, selbst Verantwortung.**

Wir müssen uns fragen, warum wir Akzeptanz und Gehör verloren haben. Warum haben wir inhaltlich und kommunikativ den Zug der Zeit verpasst? Wie finden wir aus der Defensive heraus? Sicher nur mit der Fähigkeit zur Selbstkritik. Sind unsere Antworten auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wirklich überzeugend? Können wir mit dem, was wir anbieten, Akzeptanz und Vertrauen der Menschen gewinnen?

Im vergangenen Jahr ist es erschreckend leicht gelungen, Gewerkschaften in die Ecke der Blockierer zu drängen, sie als ideologieversessen, starrköpfig und realitätsfern zu stigmatisieren. Das war möglich, weil die Gewerkschaften dieses Bild selbst bedient und befördert haben.

Die im Frühjahr 2003 vom DGB gestartete Kommunikationskampagne will die tatsächlichen Ziele der Gewerkschaften in Zeiten von Globalisierung und Individualisierung deutlich machen. Wir wollen mit unseren Argumenten wieder in die Offensive kommen. Leider hat sich jedoch gezeigt, dass die Gewerkschaften nach wie vor **Kampagnenfähigkeit mit Protestfähigkeit verwechseln.**

In der Auseinandersetzung um die Agenda 2010 entwickelte sich die Kommunikationskampagne immer stärker zu einer klassischen Protest- und Mobilisierungsaktion. Ohne langes Federlesen wurde der Transport positiver, werbender und Vertrauen schaffender Botschaften der gewerkschaftlichen Alltagsarbeit geopfert. Eine strategische Prüfung, welche Kommunikations- und Aktionsform zu welcher Zeit die Zustimmung der Menschen findet, ist bis heute nicht erfolgt. Genauso wenig gibt es eine

kritische Nachbetrachtung, ob die anvisierten Ziele überhaupt erreicht wurden.

Wer heute **Inhalte erfolgreich in die Öffentlichkeit transportieren** will, muss Begriffe besetzen, Slogans über einen längeren Zeitraum beibehalten und den Transfer von Botschaften gewährleisten. Verschiedene nötige Aktions- und Kommunikationsformen müssen einem Generalthema folgen, das positiv besetzt ist und Identifikation ermöglicht. Die IG BCE berücksichtigt das mit ihrer **Image- und Zukunftskampagne „Modell Deutschland ... zuerst der Mensch“.**

Der Begriff „Modell Deutschland ... zuerst der Mensch“ steht für wirtschaftlichen Erfolg und Exportstärke, für Qualität, Know-how und technologischen Fortschritt. Er steht genauso für qualifizierte Arbeitnehmer, für soziale Gerechtigkeit, für intelligente und faire Partnerschaft zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern. Tarifautonomie, Betriebsverfassung, Beteiligung der Arbeitnehmer und Demokratie in der Arbeitswelt, das sind die großen Themen der Gewerkschaften. Unsere Botschaft lautet: Wir sind bereit, Deutschland zukunftsfähig zu halten und weiter zu entwickeln. Aber einen Systemwechsel oder **eine Amerikanisierung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems wird es mit uns nicht geben.** Gerade die Gewerkschaften könnten, da sie nicht der Logik politischer Wahlkämpfe unterworfen sind, ein Gegengewicht zur Belieblichkeit der Reformdebatte bilden.

Unsere Kampagne nimmt die Identität und Tradition der IG BCE auf und ist somit nicht als Rezept für alle Gewerkschaften zu verstehen. Sie kann sicherlich nicht eins zu eins übertragen werden. Anregen möchten wir jedoch, endlich **eine offene und konkrete Debatte um die Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaften** und die Kommunikation ihrer Ziele zu führen. Es ist an der Zeit. •

Auf Gewinnerthemen setzen

Gewerkschaften sind in der Defensive, weil sie in der Öffentlichkeit als Blockierer gelten. Als Verteidiger eines selbst in die Defensive geratenen Sozialstaatsmodells und als Verfechter der Vollbeschäftigung.



Aber es sind nicht die politischen Ziele, die die Gewerkschaften in die Defensive gebracht haben. Nicht das Recht jedes Menschen, von den Erträgen seiner eigenen Arbeit leben zu können. Und es geht auch nicht die Idee eines Sozialstaates, in dem die Lasten nicht nur den sozial Schwachen aufgeladen werden. Sondern es ist die Form des öffentlichen Auftritts, die die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren in die Defensive gebracht hat.

Die Kampagne „Modell Deutschland ...zuerst der Mensch“ der IG BCE setzt auf ein neues Themenmanagement in den Gewerkschaften. Es stellt „Gewinnerthemen“ in den Vordergrund, die die Mitglieder ansprechen und ihre Identifikation mit der Gewerkschaft steigern. Und sie setzt auf neue Formen der politischen Kommunikation.



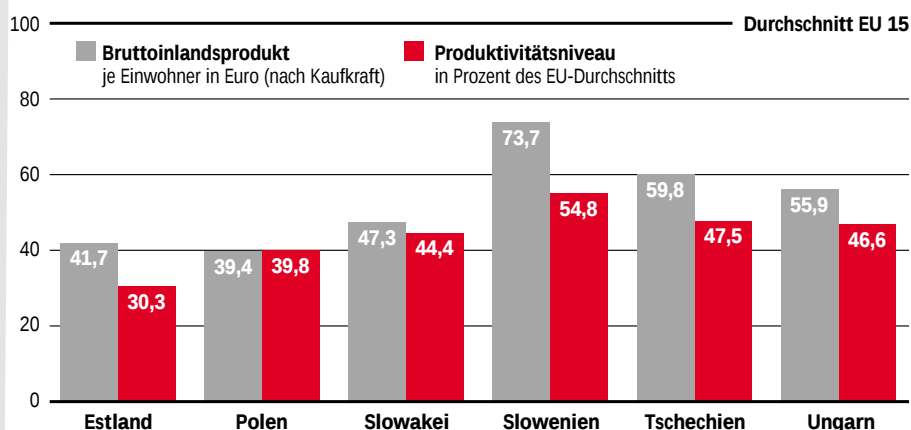
Im Internet

www.modell-deutschland.de

OSTEUROPA: Löhne und Produktivität niedrig

Die Einkommensunterschiede zwischen den zehn Ländern, die der Europäischen Union (EU) am 1. Mai beitreten, und den jetzigen 15 EU-Mitgliedsstaaten sind beträchtlich. Dem niedrigen Einkommensniveau entspricht aber auch ein niedriges Produktivitätsniveau. Wer also von den niedrigen Löhnen in den Beitrittsländern spricht, um Produktionsverlagerungen zu begründen, muss auch deren niedrige Produktivität beachten. Die hohe Produktivität in Deutschland gleicht die Lohnunterschiede vielfach aus.

Pro-Kopf-Einkommen (2002) und Produktivitätsniveau (1999) in ausgewählten osteuropäischen Beitrittsländern (EU 15 = 100)



personalien

... **Dieter Pleyer**, 43, Bereichsleiter Veranstaltungsorganisation der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, ist seit dem 1. Februar Leiter der neu geschaffenen Abteilung Veranstaltungs- und Innenservice des DGB.

... **Peter Hunnekuhl**, 44, Rechtsanwalt in Reutlingen, ist auf der Grundlage eines Beratervertrages seit 20. Januar Leiter des Justiziariats der IG Metall. Er folgt **Dr. Michael Blank**, 55, der die Funktion des Justiziars seit 1996 inne hatte.

te ausgemustert mit fünfzig – morgen arbeiten bis 67?“ , Bremen

4./5.2. ver.di, Fachtagung „Ausbildung im Handel“, Kassel

5.2. DGB Hamburg, Hearing mit den Spitzenkandidaten der Parteien für die Bürgerschaftswahl, Hamburg

5.2. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen Anhalt, Courage-Fachtagung „Der zivilgesellschaftliche Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus“, Hannover

11.2. DGB, Fachgespräch „Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinien in deutsches Recht“, Berlin

11.2. Kooperationsstellen Hochschule – Gewerkschaften Niedersachsen, Tagung „Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgaben – Pers-

pektiven von Arbeitszeit und Qualifizierung“, Braunschweig

18.2. ver.di, Vortragsrei-

he sieht.weisen, Prof. Dr. Joachim Wieland, „Föderalismusreform wohin?“ Berlin

Tipp

Buch: Uta-Maria Hangebrauck, Klaus Kock, Edelgard Kutzner, Gabriele Musemann (Hrsg.), Handbuch Betriebsklima, Rainer Hampp Verlag, München 2003, 27,80 Euro

„Schluss mit der Spielwiese, das Klima in der neuen deutschen Wirtschaft ist härter geworden“, titelte das Wirtschaftsmagazin „brandeins“ schon im Januar 2001, vor dem Zusammenbruch

der New Economy. Weil seitdem in vielen Unternehmen das einzig Beständige der dauernde Wandel ist, sind die weichen Faktoren längst aus dem Blick geraten. Dass es auch für das Management handfeste ökonomische Gründe gibt, den gern als „Sozialklimbim“ abgetanen sozialen Beziehungen im betrieblichen Alltag wieder mehr Beachtung zu schenken, zeigen die Beiträge des Handbuchs.

14TAGE

3.2. DGB Bremen, Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben, Arbeitsschutzkonferenz „Heu-

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlfeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38. Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Gerster nicht vermittelbar“

Die Berliner tageszeitung (taz) am 26. Januar zur Entlassung von Florian Gerster als Chef der Bundesagentur für Arbeit durch Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Zuvor hatten in einer geheimen Abstimmung 20 der 21 Mitglieder des Verwaltungsrates der Bundesagentur Gerster ihr Misstrauen ausgesprochen.

Aufruf zum europäischen Aktionstag

Zeichen für Reformen setzen

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat zu einem europäischen Aktionstag am 3. April aufgerufen. An drei Orten, in Berlin, Köln und Stuttgart, werden Mitglieder aller DGB-Gewerkschaften für ein soziales Europa demonstrieren. Sie sind damit Teil des europaweiten Aktionstages für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Europa von morgen.

Wenige Tage vor dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten zur Europäischen Union wollen die Gewerkschaften in ganz Europa darauf hinweisen, dass dieses Europa mit deutlichen Defiziten im sozialen Bereich daher kommt. Den wachsenden Herausforderungen an den Sozialstaat Deutschland etwa begegnen Politik und Arbeitgeber damit, dass sie die soziale Sicherung abbauen und Kürzungen durchsetzen wollen. Überall in Europa wird von unten nach oben umverteilt.

Der DGB hat deshalb beschlossen, neben Protestaktionen und Demonstrationen am 2. April mit einer Konferenz zum Thema „Globale Unternehmen: Teilhabe und



Der Aufruf des DGB zum europäischen Aktionstag am 3. April. Schwerpunkte sind Berlin, Köln und Stuttgart.

Mitbestimmung in Europa“ Politiker von Regierung und Opposition in Diskussionen um das Thema Mitbestimmung zu verwickeln. Mit Best-Practise-Beispielen wollen Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter die Diskussion um die Mitbestimmung aufgreifen und positiv besetzen.

Bereits im Vorfeld findet am 21. März eine Diskussion im Berliner Ensemble am Schiffbauerdamm statt. Teilnehmer unter anderem: **Claus Peymann**, Intendant des Berliner Ensembles, **Friedhelm**

Hengsbach, Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik, **Heinz Dürr**, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Bahn AG und **Michael Sommer**, Vorsitzender des DGB.

Thema der Diskussion: „Jeder für sich oder wer für alle – brauchen wir einen neuen Karl Marx?“ (Kartenbestellung: 5 Euro, Tel. 030 / 284 08 155)

Am 3. April heißt es dann „Aufstehn, damit es endlich besser wird!“. Große Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart sollen bundesweit Zeichen für Reformen setzen, „damit es besser wird“. Und schließlich wird das Thema Europa auch bei den Maikundgebungen die zentrale Rolle spielen – wie auch anders, ist doch genau der 1. Mai der Beitrittstermin für die zehn neuen EU-Mitglieder. Redner der zentralen Maikundgebung in Berlin wird der DGB-Vorsitzende Sommer sein, der die Forderung der Gewerkschaften für den 1. Mai vertritt: Wir wollen ein Europa, das frei, gleich und gerecht ist! •

plusminusBERLIN

+ **Frank-Jürgen Weise**, neuer Chef der Bundesagentur für Arbeit, hat vor übertriebenen Erwartungen an eine verbesserte Arbeitsvermittlung gewarnt. Durch ihre Professionalisierung könne die Arbeitslosigkeit lediglich „um einen Prozentpunkt“ reduziert werden.

- **Deutsche Eltern sind im internationalen Vergleich im Nachteil: Pro 1000 Kinder gibt es 85 Krippenplätze. An anderen Orten liegt die Versorgung über 60 Prozent. Familienministerin Renate Schmidt (SPD) lehnt einen Rechtsanspruch ab: wegen der Finanznot der Kommunen „nicht zu machen“.**

inhalt

Seite 3

Nicht unendlich Zeit

IG Metall-Vorsitzender

Jürgen Peters bevorzugt eine Lösung am Verhandlungstisch.

Seite 5

Vom ADAC lernen

„facts“, die infoline der **IG BAU**, will die Erreichbarkeit verbessern

Seite 7

Der Traum des Lobbyisten

Viele Jahre wie 2003 werden sich die Gewerkschaften nicht mehr leisten können, meint DGB-Lobbyist **Konrad Klingenburg**

CHANCEN!GLEICH

Der vierte Infoservice zum Aktionsprogramm von DGB und Gewerkschaften



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.vereinbarkeit.de
Infothek zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

www.einblick.dgb.de
Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie.
Positionspapier des DGB

Arbeitszeit

Männer gegen länger

Über 600 Männer haben Ende Januar in einem offenen Brief an die Spitzen von Politik und Tarifparteien ihren Unmut über die von den Arbeitgebern geforderte Verlängerung der Arbeitszeit geäußert. Gerade die jungen Männer hätten „die Morgenluft neuer Männerrollen geschnuppert“, heißt es in dem offenen Brief. Eine Arbeitszeitverlängerung mache partnerschaftliche Familienmodelle zunichte. Der Zwang zu immer längeren Arbeitszeiten sei ein Rückschritt in die 50er Jahre und zudem frauenfeindlich. Weil viele Männer sie nutzen könnten, um sich aus der Familien-

arbeit zurückzuziehen, schnappe die Vereinbarkeitsfalle bei den Frauen doppelt zu. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach, IG Metall-Vize Berthold Huber, Ulrich Mückenberger, Vorsitzender der deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, der Buchautor Paul Maar und der Sänger Konstantin Wecker. •

www.maenner-gegen-laenger@paps.de

Tarifkampf

Solidarisch mit der IG Metall

Die IG Metall kann in ihrem Widerstand gegen die von den Arbeitgebern geforderten längeren Arbeitszeiten auf die Unterstützung von

Betriebs- und Personalräten aller Branchen setzen. „Einen Persilschein zur kostenlosen Ausweitung der Arbeitszeit erhalten die Arbeitgeber von uns nicht“, so Ralf Blauth, Sprecher der „Initiative der Betriebs- und Personalräte für den Erhalt der Tarifautonomie“. Über 35 000 BelegschaftsvertreterInnen hatten sich im Herbst 2003 zu dieser Initiative zusammengeschlossen, um gesetzliche Einschränkungen der Tarifautonomie zu verhindern. Mit gemeinsamen Solidaritätsaktionen wollen auch der DGB und die Mitgliedsgegewerkschaften ihre Unterstützung für den tarifpolitischen Kurs der IG Metall bekräftigen. •

Mitbestimmung

Kein Hindernis für Investoren

Die deutsche Mitbestimmung ist kein Hindernis für ausländische Investoren, das geht aus einer Analyse der Universität München und der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Danach gehört jedes dritte der 767 Unternehmen, in denen 2002 ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat saßen, einer ausländischen Muttergesellschaft. Auch zahlreiche US-amerikanische Unternehmen hätten sich freiwillig für die deutsche Rechtsform entschieden – und damit für einen mitbestimmten Aufsichtsrat. •

Globalisierung

Frauen sind die Verliererinnen

Die restriktive Preispolitik global agierender Konzerne verschlechtert weltweit die Arbeitsbedingungen. Das zeigt eine Studie der Entwicklungshilfe-Organisation Oxfam. Die Folge seien häufig Löhne unterhalb der Mindestgehälter, Beschäftigung ohne Arbeitsverträge und die Verletzung des Mutterschutzes, so die Nichtregierungsorganisation. Während sich im Zuge der Globalisierung die rechtlichen Rahmenbedingun-

geplant... beschlossen

Gewerkschaftsmitglieder, die als Interessenvertreter der ArbeitnehmerInnen bei den Sozialwahlen 2005 kandidieren wollen, müssen neben sozialpolitischer und kommunikativer Kompetenz auch Kenntnisse im Bereich der Unternehmensführung mitbringen. Gefordert werden Kenntnisse im Bereich strategische Planung und Controlling, Organisations- und Personalentwicklung sowie Finanz- und Investitionsplanung. Das geht aus den Grundsätzen hervor, die der DGB-Bundesvorstand für die Auswahl von KandidatInnen der Gewerkschaftslisten beschlossen hat. Gewählt werden die Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherung am 1. Juni 2005. Die Kandidatenlisten müssen bis zum 18. November eingereicht werden.

www.einblick.dgb.de
Sozialwahl 2005: Grundsätze für die Auswahl der KandidatInnen für die Gewerkschaftslisten

?...nachgefragt



Anfang März will eine vom Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe einen neuen Versuch unternehmen, um doch noch zu einem parteiübergreifenden Kompromiss in der Einwanderungspolitik zu kommen. **einblick** hat DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, 62, gefragt, wo die Schmerzgrenze liegt.

Der Suche nach einem Kompromiss mit den Unionsparteien dürfen nicht auch noch die letzten Fortschritte des Zuwanderungsgesetzes geopfert werden. Wir brauchen moderne Instrumente für die Steuerung der Einwanderung von Arbeitskräften und nicht weiter einen Dschungel von Ausnahmebestimmungen, die keiner mehr versteht. Mit der Erweiterung der EU kommen neue Sonderregelungen hinzu. Wir brauchen einfache, überschaubare Regeln. Das Auswahlssystem für qualifizierte Arbeitskräfte, die Aufhebung von Arbeitsverboten für bereits in Deutschland lebende MigrantInnen und eine nachhaltige Integrationspolitik sind unverzichtbare Bausteine einer zukunftsorientierten Einwanderungsgesetzgebung. Noch immer müssen in Deutschland ausgebildete WissenschaftlerInnen nach ihrem Abschluss das Land verlassen. Diese Verschwendung von Kompetenz können wir uns nicht leisten. Sie ist innovationsfeindlich. Im Vermittlungsausschuss wird bereits seit dem letzten Spätsommer verhandelt, bislang ohne Erfolg. Die Unionsparteien beharren wider besseren Wissens auf dem mehr als 30 Jahre alten, wenig erfolgreichen Anwerbestopp. Die CDU/CSU sollte nicht länger Politik machen für die ewig Gestrigen, sondern aus ihrer ideologischen Ecke herauskommen. Kirchen, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften setzen gemeinsam auf eine zukunftsfähige Einwanderungs- und Integrationspolitik. Ihnen sollten die Parteien folgen.

gen für die Konzerne entscheidend verbessert hätten, entwickle sich der Schutz der Arbeitsrechte in die entgegengesetzte Richtung. Leidtragende seien vor allem Frauen.

Die Studie basiert auf mehr als 1000 Interviews mit Beschäftigten in zwölf Ländern, von Bangladesch und Chile bis zu Großbritannien und den USA. So arbeiteten Obstpflückerinnen in Chile ohne festen Basislohn bis zu 18 Stunden am Tag. In Bangladeschs Textilindustrie gilt laut Oxfam für die meisten Arbeiterinnen weder Mutterschutz noch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Doch auch Tomatenpflückerinnen im US-Staat Florida leisteten monatlich bis zu 148 Überstunden ohne faire Vergütung. •

www.oxfam.de

Interview mit IG Metall-Chef Jürgen Peters

Nicht unendlich Zeit

Der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters drängt auf eine friedliche Lösung des Metalltarifkonflikts. Im einblick-Interview sagt er: „Wir werden jede nur mögliche Chance nutzen, um ein Ergebnis am Verhandlungstisch zu erreichen.“ Allerdings habe die IG Metall „nicht unendlich Zeit“.

■ Was wollen die Arbeitgeber eigentlich: Die Lohnkosten senken, die Arbeitszeit verlängern oder die IG Metall ein Stück weit aus dem Tarifgeschäft verdrängen, sprich, es den Betriebsparteien überlassen, über die Länge der Arbeitszeit und deren Bezahlung zu entscheiden?

■ Alles gemeinsam. Sie sehen offenbar die Zeit für gekommen, die IG Metall in ihren Kernthemen zu attackieren und sie zu einer flächendeckenden Rückkehr zur 40-Stunden-Woche zu zwingen. Sie wissen: Wenn es ihnen in der Metallbranche gelingt, hätte dies Auswirkungen auf alle anderen Branchen. Die Arbeitgeber wollen, dass wir ein System im Tarifvertrag unterschreiben, das unsere Betriebsräte unter Erpressungsdruck stellt und sie zur Zusage unbezahlter Mehrarbeit zwingt. Ein gigantisches Entlassungsprogramm für mehrere hunderttausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

■ Gesamtmetallpräsident Martin Kannegiesser hat 100 000 Jobs in Aussicht gestellt, falls die IG Metall auf die Forderungen der Arbeitgeber eingeht. Verlockend?

■ Mit Verlaub, aber das ist eindeutig eine PR-Nummer. Auf eine vage formulierte Hoffnung hin werden wir nicht zulassen, dass über 400 000 Kolleginnen und Kollegen in kurzer Zeit ihren Arbeitsplatz verlieren. Ich erinnere darüber hinaus an das Bündnis für Arbeit 1995, wo Klaus Zwickel moderate Abschlüsse angeboten hatte, wenn die Arbeitgeber den Zuwachs von 300 000 Arbeitsplätzen zusagen. Damals haben sich die Arbeitgeber verweigert. Jetzt brauchen sie nicht damit kommen. Von dieser Art von Nebelkerzen lassen wir uns nicht mehr beeindrucken.



Foto: Manfred Vollmer

Für Jürgen Peters, den 1. Vorsitzenden der IG Metall, ist das Angebot von Gesamtmetall, 100 000 Jobs zu schaffen, „eine PR-Nummer“.

■ Gesamtmetall sagt: Keine Lohn-erhöhung ohne Tariföffnung. Warum regt sich die IG Metall über dieses Junktim so auf?

■ Der einzige Tarifvertrag, der geöffnet ist, ist der Tarifvertrag über Lohn und Gehalt. Die Verträge über Arbeitszeit sind bis Ende 2005 geschlossen. Es hat schon eine neue Qualität, wenn die Arbeitgeber nur über Lohn reden wollen, wenn sie in einen geschlossenen Vertrag eingreifen können. Laufzeiten sollen Planungssicherheit bieten, das gilt nicht nur für die Arbeitgeber, das gilt auch für die Arbeitnehmer. Wenn das einreißt, dann verlassen wir eine über Jahrzehnte gewachsene Verhandlungskultur.

■ Die Forderung der Arbeitgeber beherrscht die Diskussion. Die der IG Metall ist ein bisschen in Vergessenheit geraten.

■ Unsere Forderung ist ja auch nicht maßlos. Die Leute reden über die Maßlosigkeit der Arbeitgeber. Arbeitszeitverlängerung auf bis zu 40 Stunden ohne Bezahlung bedeutet ein Minus von 17,5 Prozent! Und das Angebot von 1,2 Prozent bedeutet bei einem durchschnittlichen Einkommen eine Erhöhung von 82 Cent. Das ist eine bodenlose Frechheit. Ein Zeichen für die Geringschätzung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gerade dafür gesorgt haben, dass Deutschland wieder Exportweltmeister geworden ist.

■ Auch am Ende dieser Tarifrunde wird ein Vertrag unterschrieben. Wie hoch sind die Chancen einer Einigung am Verhandlungstisch?

■ Die IG Metall will eine Einigung. Mittlerweile haben wir 35 Verhandlungen geführt, ohne dass wir entscheidend weitergekommen sind. Wir werden jede nur mögliche Chance nutzen, um ein Ergebnis am Verhandlungstisch zu erreichen. Aber wir haben nicht unendlich Zeit. Wenn bis zu einem bestimmten Zeitpunkt keine Lösung am Verhandlungstisch möglich ist, dann werden wir auch den Arbeitskampf ins Auge fassen. Schließlich wollen wir ja nicht als Bettler am Verhandlungstisch sitzen.

■ Was sind – mit Blick auf diese Tarifrunde – die Lehren aus dem Streikabbruch in Ostdeutschland 2003?

■ Der Streik im Osten wurde unter bestimmten Rahmenbedingungen geführt, und er ist auf unglückliche Art zu Ende gegangen. Aber wer daraus schließt, dass die IG Metall dadurch geschwächt wäre, der sieht sich spätestens seit Ende der Friedenspflicht am 29. Januar eines Besseren belehrt. Bis zum 10. Februar haben sich bereits mehr als 420 000 Metallerinnen und Metaller an den Warnstreiks beteiligt. Wir haben eine Tarifbewegung der Belegschaften. Ich hoffe, dass sie Bewegung in die Verhandlungen bringt.

■ Gesetzliche Tariföffnungsklauseln konnten die Gewerkschaften abwehren. Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat erwartet aber, dass sich die Tarifparteien auf eine neue Balance tariflicher und betrieblicher Regelungen einigen. Wie könnte diese neue Balance aussehen?

■ Die IG Metall hat zugesagt, dass sie die betrieblichen Entscheidungsräume erweitern wird, wenn es erforderlich ist. Dazu stehen wir auch. Wir haben nicht zugesagt, dass wir sie auf Wunsch der Arbeitgeber einführen. Wie solche betrieblichen Spielräume aussehen können, hängt vom konkreten Gegenstand ab und kann nicht allgemein beantwortet werden. •

Das Zeitfenster schließt sich

Die Warnstreik-Welle rollt seit dem Ende der Friedenspflicht in der Metallindustrie am 29. Januar, bundesweit in allen sieben Bezirken der IG Metall. Die Beteiligung ist beachtlich.

Dass sie mehr arbeiten sollen für weniger Geld – das treibt die Beschäftigten auf die Straße. Auch auffallend viele nicht Organisierte und Angestellte.

Trotz der massiven Warnstreiks sind die Verhandlungen festgefahren. IG Metall-Vize Berthold Huber ist „skeptisch, dass wir eine Lösung am Verhandlungstisch finden werden“, sagte er der in London erscheinenden „Financial Times“. Tage zuvor hatte er den Arbeitgebern eine letzte Frist bis Ende Februar gesetzt. Die IG Metall werde sich bis dahin entscheiden, ob sie Urabstimmungen für einen Streik einleite. Der „Berliner Zeitung“ sagte Huber: „Dann heißt es hü oder hott. Entweder wir haben einen Tarifabschluss oder wir müssen tatsächlich einen Arbeitskampf vorbereiten.“

Die IG Metall fordert für die knapp 3,5 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie vier Prozent mehr Geld für zwölf Monate. Gesamtmetall hat zwei Mal 1,2 Prozent für 27 Monate angeboten. Vorangesetzt, die Gewerkschaft verlagere Kernelemente der Tarifpolitik auf die Betriebsparteien. Diesen „Selbstmord aus Angst vor dem Tod“ lehnt sie strikt ab.

Frau geht vor

Wichtige Kitas

Kindertageseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Entwicklung von Kindern, schaffen Freiräume für Erwerbstätigkeit und bieten Möglichkeiten zur Integration. Dies betont der aktuelle Infobrief „Frau geht vor“ der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstands. Das Heft „Kindertageseinrichtungen – Chancen schaffen und nutzen“ zeigt, was gute Einrichtungen ausmacht und warum qualifizierte Weiterbildung der ErzieherInnen unverzichtbar ist. Der Info-Brief erscheint alle zwei Monate, ein Jahresabo kostet 13 Euro. •

DGB-Bundesvorstand
Abt. Gleichstellungs- und
Frauenpolitik
Tel. 030/240 60 728
gfr@bvv.dgb.de

Leitfaden

Gute Software erkennen

Unübersichtliche Bildschirmmasken, unverständliche Meldungen oder Abweichungen von der gewohnten Bedienungsweise, all das macht Computerprogramme unnötig kompliziert. Woran Betriebs- und Personalräte gute Programme

erkennen, zeigt der „Projektleitfaden Software-Ergonomie“, herausgegeben vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Die Broschüre ist 130 Seiten stark und als Internet-Download und Printversion für Privatpersonen kostenfrei. •

TechnologieStiftung Hessen
Tel. 0611/77 46 12
info@hessen-it.de
www.ergonomie-leitfaden.de

Gesundheitsreform I

Neuerungen kritisch im Blick

Die aktuelle Reform in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) geht eindeutig zu Lasten von SeniorInnen, Frauen und BezieherInnen niedriger Einkommen. Kostenersparungen im Gesamtsystem sind indes keineswegs garantiert. Zu diesem Schluss kommen VolkswirtInnen der Uni Augsburg in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie. Die Ergebnisse liegen unter dem Titel „Zuzahlungen nach dem GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) unter Berücksichtigung von Härtefallregelungen“ vor. Das Heft aus der Volkswirtschaftlichen Diskussionsreihe (Beitrag Nr. 253) steht im Internet zum kostenlosen Download. •

www.wiwi.uni-augsburg.de/
vwl/institut/paper/253.htm

DGB-Jugend NRW

Sonnengelbe Schülerkarte



Den Bekanntheitsgrad von Gewerkschaften bei Jugendlichen steigern – das ist das Ziel der SchülerInnen-Card. Mit der Aktion begleitet die DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen SchülerInnen aus NRW beim Sprung vom Schul- in den Berufsalltag. Der Ausweis kostet zwölf Euro im Schuljahr – und die sind gut investiert: Die InhaberInnen der sonnengelben Karte können ohne weitere Kosten drei Seminare rund

um Bewerbung, Sozialkompetenz, Konfliktlösung und Rhetorik belegen. Sie eignen sich das nötige Know-how für den Jobstart an. Darüber hinaus gibt's Rabatte beim Jugendbildungsangebot „Streber“ und den Ferienfahrten von „anders reisen“. Die Seminare und der regelmäßige Kontakt sollen gewerkschaftliche Kompetenzen herausstellen und für eine ehrenamtliche Tätigkeit begeistern. Über die SchülerInnen-Card informiert die DGB-Jugend im Internet sowie über ein Faltblatt und ein Poster. •

DGB-Jugend NRW
Tel. 0211/36 83 133
info@schuelerinnencard.de
www.dgb-jugend-nrw.de

Ruhrfestspiele

Keine Angst

Der Angst vor Terror, Sozialabbau und Wertewandel treten die Ruhrfestspiele 2004 entschieden entgegen. Der Schwerpunkt des mutmachenden Programms „No Fear“ (keine Angst) liegt auf dem kulturellen Austausch zwischen Polen, Berlin, Ruhrgebiet, Spanien und Amerika. Für die Spielzeit vom 30. April bis 13. Juni hat der neue

Festivalleiter Frank Castorf sechs Uraufführungen nach Recklinghausen geholt. Im Programm zum Beispiel das Stück „Gier nach Gold“ nach einem Roman von Frank Norris, eine Arbeiter- und Punkliederrevue des Musikers Schorsch Kamerun oder die kritische „Geschichte von Ronald dem Clown von McDonalds“. Für Gewerkschaftsmitglieder gibt's in vielen Betrieben in NRW ermäßigte Tickets. •

Tel. 023 61/92 18 0
www.ruhrfestspiele.de (ab März)

interregio

••• Der **DGB Nord** hat sich Anfang Februar erstmals mit **nord-deutschen Abgeordneten der Unions-Fraktion** (dem so genannten „Küstenkreis“) getroffen. Auf der Tagesordnung standen neben der aktuellen Arbeitsmarktpolitik auch verkehrspolitische Fragen: Beide Seiten sprachen sich dabei für die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck trotz fehlender Einnahmen aus der Lkw-Maut aus. Der DGB Nord plant nun regelmäßige Gespräche zu

Schwerpunktthemen mit dem CDU-Küstenkreis, wie sie mit norddeutschen SPD-Abgeordneten bereits üblich sind. Das nächste Treffen ist noch für dieses Jahr geplant. Infos: Alfons Grundheber-Pilgram, Tel. 040/28 58-207

••• Der **DGB NRW** hat zu einem **„Grenzübergreifenden Parlamentartreffen“** eingeladen. Gemeinsam mit Abgeordneten der nationalen Parlamente aus Deutschland und den Niederlanden, Mitgliedern des Europäischen Parla-

ments und Vertretern deutscher, niederländischer und belgischer Gewerkschaften diskutierte der DGB Probleme grenzüberschreitender Pendler. Ziel solcher Gespräche sei die „Schaffung eines Instrumentariums, das nationale und Landesgesetze auf Grenzkompatibilität prüft“, so der Vorsitzende des DGB NRW Walter Haas. Derzeit entstünden durch fehlende Harmonisierung noch Lücken in der sozialen Sicherung für Grenzpendler. Infos: Jutta Reiter, Tel. 0211/36 83 156

Arbeit und Leben

Jugendseminare

Prallvoll ist das „Jugendprogramm 2004“ von Arbeit und Leben, der Bildungseinrichtung von DGB und VHS. Insgesamt rund 70 Veranstaltungen sind geplant. Auf dem Programm stehen ein Öko-workshop im Künstlerdorf, ein Segeltörn für Frauen, Radiowerkstätten sowie internationale Seminare in Frankreich, Polen oder Ungarn. Teilnehmen können Jugendliche von 14 bis 26 Jahre. •

www.arbeitundleben.de

GEWERKSCHAFTEN

„facts“ – Die Infoline der Gewerkschaft

Vom ADAC lernen

Erreichbarkeit ist ein wichtiger Faktor für die Zufriedenheit von Gewerkschaftsmitgliedern. Doch genau hier hapert es oft. Um das zu ändern, hat die IG BAU vor zwei Jahren die Infoline „facts“ gestartet.

„Die Gewerkschaften können vom ADAC lernen“, sagt Klaus Hentschel, einer der beiden Geschäftsführer der „facts“ GmbH, und stellt klar: Damit meine er nicht, dass sie unpolitischer werden sollten. Aber sie könnten sich beim „Pannenhelfer der Nation“ einiges in Sachen Service und Mitglieder-nähe abgucken. Der ADAC vermittelt seinen Mitgliedern das Gefühl: „Wenn ich mit dem Auto liegen bleibe, sind die gelben Pannenhelfer prompt zur Stelle.“ Dieses positive Image sorgte letztendlich auch dafür, dass der ADAC so erfolgreich als politische Lobby wirke.

Aus vielen Telefonaten mit unzufriedenen Gewerkschaftsmitgliedern weiß Hentschel, dass es weniger die großen politischen Themen sind, die für Unmut sorgen, sondern eher mehrfache Kontaktversuche, die ins Leere liefen. Er ist sich sicher: Auch Gewerkschaftsmitglieder erwarten von ihrer Interessenorganisation vor allem schnelle Hilfe bei Problemen am Arbeitsplatz. „Wer gerade eine fristlose Kündigung oder eine Abmahnung bekommen hat, braucht direkt einen kompetenten Ansprechpartner.“

Die Erreichbarkeit für die Mitglieder ist eines der großen Probleme der Gewerkschaften. Mitgliederverluste, finanzielle Mindereinnahmen, daraus folgender Personalabbau und Rückzug aus der Fläche vergrößern das Dilemma. Um das zu verändern, hat die IG BAU 2001 ihre „facts – Die Infoline der Gewerkschaft GmbH“ gegründet.

„facts“ ging am 2. Januar 2002 ans Netz und bietet IG BAU-Mitgliedern montags bis freitags von 7 bis 20 Uhr und samstags von 10 bis 18 Uhr den direkten Draht zur IG BAU. Mit einem herkömmlichen Callcenter ist „facts“ nicht ver-

gleichbar. 38 auf gewerkschaftliche Themen geschulte MitarbeiterInnen können die meisten Anfragen binnen weniger Augenblicke kompetent beantworten. Eine eigens entwickelte Wissensdatenbank mit sämtlichen IG BAU-Tarifverträgen sowie arbeits- und sozialrechtlichen Grundlagen ist die Basis. Während alle Mitglieder eine Erstberatung erhalten, haben eine Reihe von Bezirksverbänden der IG BAU für die Mitglieder das „Full-Service-Paket“



gebucht. Ziel ist dabei, die Probleme der AnruferInnen möglichst abschließend zu klären. Unterstützt werden die Callcenter-Agents von einer ausgefeilten Mitglieder-Kontaktsoftware. Hentschel erläutert: „Ruft etwa jemand an, der soeben eine Kündigung erhalten hat, bekommt er zunächst erste moralische Unterstützung und rechtlichen Rat am Telefon. Gleichzeitig werden die Falldaten elektronisch erfasst und ein Termin mit einem Gewerkschaftssekretär vor Ort gebucht. Wenn das Mitglied dort erscheint, kann es gleich individuell und detailliert beraten werden.“

Der Service kommt an: Eine Mitgliederbefragung zeigte eine hohe Zufriedenheit, 86 Prozent begrüßten vor allem die bessere Erreichbarkeit. Die gute Bilanz lässt sich auch in Zahlen ausdrücken: Über 129 000 Anrufe hat das Service Center allein 2003 bearbeitet, nur ein Bruchteil der Anrufe ging verlo-

ren. 75 Prozent der Probleme konnten sofort gelöst werden. Für den anderen Teil wurden Rückrufe oder die Vermittlung anderer ExpertInnen notwendig.

Neben der Hotline bietet das Servicecenter weitere Dienstleistungen an – von Sonderaktionen bei Tarifaufeinanderstetzungen über die Bearbeitung der Internetanfragen bis zu Telefonaktionen, um ausgetretene Mitglieder zurück zu gewinnen. Und kann auch dabei gute Ergebnisse vorweisen. Die BeraterInnen der Infoline riefen rund 1200 Mitglieder an, die gekündigt

hatten; knapp 20 Prozent von ihnen konnten überzeugt werden, ihren Austritt wieder rückgängig zu machen. Innerhalb der letzten zwei Jahre hat

„facts“ durch die telefonischen Kontakte außerdem über 2000 neue IG BAU-Mitglieder gewonnen. „Wir sind da sehr beharrlich“, verspricht Hentschel, „und fassen mehrfach nach.“

Die Gesellschaft arbeitet längst nicht mehr nur für die IG BAU. Die „facts-academy“ soll das Know-how auch für andere Gewerkschaften nutzbar machen. Sie bietet Beratungsleistungen, Telefon-Trainings oder Seminare zu Themen wie Kündigungsrückholung an. Für die NGG hat „facts“ bereits eine Machbarkeitsstudie zur telefonischen Erreichbarkeit erstellt und betreut eine Hotline für Beschäftigte im Hotel- und Gaststättenbereich. Auch mit weiteren Gewerkschaften ist die GmbH im Gespräch. •

„facts“ – Die Infoline der Gewerkschaft
Tel. 01805/442281
E-Mail: info@facts-infoline.de

Beispiele guter Praxis

Mitgliederverluste sind kein Naturgesetz. Mit neuem Service, Angeboten für bislang kaum organisierte Zielgruppen und konsequenter Interessenvertretung bemühen sich die Gewerkschaften, den Trend umzukehren. Und können erste Erfolge vorweisen: So ist es ihnen zum Teil bereits gelungen, mit Berufsschulaktionen, einer Verjüngung bei den Jugendsekretärinnen und zielgruppenspezifischem Service und Infomaterial den Rückgang unter den jugendlichen Mitgliedern zu verringern oder zu stoppen.

Immer besser gelingt es den Gewerkschaften auch, neue Zielgruppen zu erschließen: Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kann zum Beispiel überproportional viele Neueintritte in der Gruppe der Selbstständigen vorweisen – dank neuer innovativer Projekte wie etwa „mediafon“, dem Beratungsnetzwerk für Selbstständige. Zählte ver.di bei der Gründung 22 000 Selbstständige als Mitglieder, sind es heute rund 30 000.

Solche Beispiele guter Praxis in der Mitgliederbetreuung und -gewinnung wird einblick künftig in lockerer Folge vorstellen.

kurz&bündig



Der Chemie-Pensionsfonds von IG BCE und dem Bundesarbeitsgeberverband Chemie hat 2003 mit 10,9 Prozent seine bisher höchste Durchschnittsrendite erzielt. Die englische Fachzeitschrift „Investment & Pensions Europe“ (IPE) hat den Fonds als „einen der besten europäischen Pensionsfonds“ in der Kategorie „Beitragszusage“ bewertet. Die Metall-Rente von IG Metall und Gesamtmetall wurde von IPE als „bester industriewweiter Pensionsfonds Europas“ ausgezeichnet.



Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hat die Schirmherrschaft des Theaterprojekts „Stauffenberg heute“ übernommen. Das Stück „Stauffenberg – Die Tragödie des 20. Juli 1944“ wird Pfingsten in Berlin uraufgeführt. Danach gastiert das Drama über das misslungene Hitler-Attentat an historischen Schauplätzen. Im Internet:

www.stauffenberg-heute.de



TRANSNET hat Musterklagen gegen die Belastung von Betriebsrenten angekündigt, auf die seit kurzem der volle Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung gezahlt werden muss. Mehrere andere Einzelgewerkschaften haben ebenfalls Widerstand gegen die Zusatzbelastung angekündigt. Vor einer Klage müssen die betroffenen RentnerInnen Widerspruch bei ihrer Kasse einlegen. Musterschreiben dafür gibt es unter www.transnet.org und www.igmetall.de.

Seniorenarbeit

DGB koordiniert

Der DGB richtet auf der Bundesebene einen „Koordinierungskreis Seniorenarbeit“ ein. Der mindestens zweimal im Jahr tagende Koordinierungskreis soll dem Informationsaustausch über Aktivitäten und Veranstaltungen der Mitglieds-gewerkschaften im Bereich Senioren dienen. Die Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse des Koordinierungskreises zu sozialpolitischen Fragen haben allerdings keinen Beschluss- und Entscheidungscharakter. Das hat der DGB-Bundesvorstand am 3. Februar beschlossen. Vorausgegangen war dieser Entscheidung eine mehrjährige Debatte über eine vor allem von den Se-

niorenvertreterInnen der Gewerkschaften geforderte Stärkung der Seniorenarbeit im DGB. Mitglied des neuen Koordinierungskreises sind die für Seniorenarbeit Verantwortli-

chen bei den Vorständen der Gewerkschaften. Innerhalb des DGB liegt die Federführung bei der Abteilung Organisation und Kommunikationssysteme. •

„Ohne Regeln geht es nicht“ – unter diesem Motto hat die IG BAU eine Mobilisierungskampagne zur Sicherung des Tarifsystems im Bausektor gestartet. Auf Plakaten, Werbeflyern und T-Shirts wirbt die Gewerkschaft für die Einhaltung der Tarifverträge, die Durchsetzung des Mindestlohns auf den Baustellen und eine sozial gerechte Gestaltung der EU-Osterweiterung. „Weniger als der Mindestlohn ist unanständig“ heißt es auf einem der Plakate. „Dumpinglohn vernichtet Arbeitsplätze“ erklärt die Gewerkschaft und fordert „saubere Verhältnisse“ im Wettbewerb.



Fragen an

Fünf Millionen Euro muss die DGB Rechtsschutz GmbH ab 2004 jedes Jahr einsparen, weil mit dem Rückgang der Mitgliederzahlen auch ihre Einnahmen gesunken sind. Anfang März will der Aufsichtsrat entscheiden, wo gespart werden kann. einblick hat den stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden Gerd Herzberg, 53, gefragt, wie er das von der Geschäftsführung vorgelegte Konsolidierungskonzept beurteilt.



■ Als Mitglied des Aufsichtsrates muss ich akzeptieren, dass es hierfür eine Obergrenze gibt. Der DGB muss insgesamt handlungsfähig bleiben. Etwas anderes ist die Bereitstellung von Einmalmitteln für die Modernisierung des DGB-Rechtsschutzes, wie sie die Lang-Kommission bereits angeschoben hat. Diesen Bereich müssen wir uns noch einmal ansehen.

■ Reicht das, um das Finanzierungsproblem der DGB Rechtsschutz GmbH zu lösen?

■ Nein. Im Übrigen gibt es ja nicht nur beim DGB-Rechtsschutz Finanzierungsprobleme, sondern auch bei den Gewerkschaften. Deshalb müssen wir uns unsere Strukturen sehr genau ansehen. Wir müssen prüfen, wo ist der DGB-Rechtsschutz vertreten und wo bieten die Gewerkschaften parallel dazu ebenfalls Rechtsschutz an. Und dann müssen wir zu konkreten Verabredungen kommen, wie wir diese Strukturen besser aufeinander abstimmen können. Wir müssen überlegen, wer was für den anderen übernehmen kann, ohne dass wir die grundsätzliche Arbeitsteilung zwischen dem DGB-Rechtsschutz und dem der Gewerkschaften verändern. Wir müssen verhindern, dass wir zu Regionen kommen, in denen die Einzelgewerkschaften nicht mehr in der Lage sind, den Rechtsschutz bereitzustellen, und in denen sich auch der DGB-Rechtsschutz aus Kostengründen zurückzieht.

■ Die Geschäftsführung will die Zahl der Rechtsschutzbüros weiter reduzieren. Die Zahl der Verfahren je RechtsschutzsekretärIn soll auf 400 bis 500 Fälle pro Jahr steigen. Ist das realistisch?

■ Das Konzept der Geschäftsführung lässt sich so nicht umsetzen. Der Rechtsschutz ist eine der Kernaufgaben der Gewerkschaften, gleich nach der Tarifpolitik. Er muss deshalb für die Mitglieder erreichbar sein. Ein Mitglied, das für eine Rechtsberatung fünfzig Kilometer fahren muss, wird sich gut überlegen, ob es den Rechtsschutz überhaupt in Anspruch nimmt. Und wenn diese Frage von unseren Mitgliedern negativ beantwortet wird, würde uns das sehr schnell auf unsere eigenen Füße fallen. Auch einen Korridor von 400 bis 500 Fällen je RechtsschutzsekretärIn halte ich für zu hoch.

■ Das Problem ließe sich auch dadurch lösen, dass der Anteil des Rechtsschutzes an den Mitgliedseinnahmen erhöht wird.

Reformagenda der Gewerkschaften

Der Traum des Lobbyisten

Je geräuschloser Lobbyarbeit ist, desto besser – insbesondere, wenn es um das Ansehen einer Organisation geht, um die es nicht zum Besten gestellt ist. Konrad Klingenburg will der Lobbyarbeit der Gewerkschaften trotzdem eine Stimme geben.

Wir müssen wieder mehr über Ziele und Werte reden, nicht nur über Spiegelstriche. Politischer Einfluss leitet sich nicht aus der Zahl der Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen ab. Das ist nur das Schwarzbrot der täglichen Lobbyarbeit. Aber **wir müssen auch beim Brotbelag mehr bieten als Magerkost**. Wir müssen offensiver für unsere Vision einer modernen Gesellschaft werben. Denn Vorschläge für eine sozial gerechte Modernisierung Deutschlands haben die Gewerkschaften genug. Vieles steht seit langem auf unserer Agenda – auch das nun modische Thema Innovation. Wir fordern die Bürgerversicherung und mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen. Und wir wollen eine wirkliche Neuausrichtung bei den Sozialabgaben durch einen Freibetrag für niedrige Einkommen.

Diese Vorschläge haben wir lange unter Wert verkauft, uns vom Gegenwind – auch aus den eigenen Reihen – entmutigen lassen. Aber die Umsetzung politischer Ziele braucht einen langen Atem. Das haben uns die Arbeitgeber mit der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ voraus. Sie predigen seit Jahren dieselbe Botschaft und haben die Meinungsführerschaft erobert, von den Stammtischen bis in die Chefredaktionen. Mit dieser Kampagne können wir finanziell nicht mithalten. **Aber wir können ihr unsere Kreativität entgegenzusetzen**. Wenn wir uns selbst mehr Zeit „zum Spinnen“ geben, den Mut haben, jenseits von Gewerkschaftstagen auch das Unvorstellbare zu denken. Freie Gedanken entwickeln sich nicht in Sitzungsritualen, sondern in flexiblen Arbeitsabläufen. Projektarbeit und flache Hierarchien dürfen auch in den Gewerkschaftszentralen nicht länger Fremdworte sein. Wir brauchen mehr Phantasie und weniger Bürokratie. Wir müssen mehr als bisher den herrschaftsfreien Diskurs pflegen.

Wissen ist Macht. Deshalb müssen wir bereit sein, es mit denen zu teilen, die die Gewerkschaften arbeits- und leistungsfähig machen, und nicht nur mit denen, die Posten besetzen. Deshalb brauchen wir im DGB **ein strategisches Zentrum, damit wir das Gras wieder wachsen hören**. Mit dem Instrumentenkasten der Lobbyisten und ihren Netzwerken: Hier konzentrieren wir uns auf die Auseinandersetzung mit BDA und Co. Wir nehmen sie als unseren politischen Gegner wieder ins Visier. Wir

suchen regelmäßigen Kontakt zu Trend- und Zukunftsforschern, die uns über zukünftige Märkte, Berufe und Arbeitsmöglichkeiten informieren. Und fragen genauer, was die KollegInnen in den Bezirken, in den Regionen und vor allem in den Betrieben umtreibt. Und was unsere Mitglieder von den Apparaten erwarten, die sie bezahlen. Ein strategisches Zentrum wäre ein Ort des Austausches mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Ein Ort der Streitkultur, wo auch andere Meinungen zu hören sind – um in der Auseinandersetzung das eigene Profil zu schärfen. Es würde uns helfen, die Wagenburg der Gewerkschaftszentralen zu verlassen und die Selbsttäuschung zu überwinden, dass wir als „die Guten“ ständig nur von bösen, mächtigen Neoliberalen umzingelt sind.

Wir machen es „den anderen“ im politischen Geschäft zu leicht. Wir entsprechen zu oft durch reflexhafte Reaktionen, durch unsere Sprache und durch überholte Veranstaltungsrituale den Vorurteilen über Gewerkschaften. Wer diese Stigmatisierung durchbrechen will, darf **nicht versuchen, jede Sau zu packen, die von der Politik durchs Dorf getrieben wird**. Wir müssen lernen, Dinge auch einmal unkommentiert und Mikrophone unbeachtet zu lassen. Als Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind wir seriös, nicht marktschreierisch.

Stille Diplomatie kann hin und wieder wirksamer sein als lautstarker Protest. Wir müssen deshalb weniger drohen und mehr überzeugen. Und **wir müssen zurück zum Mannschaftsspiel finden**. Wie Michael Sommer es umschrieben hat: Die einen müssen wollen, die anderen aber auch lassen. Wir brauchen wieder mehr Teamgeist und weniger Ellenbogen im Umgang miteinander. Oder glaubt wirklich jemand, den Gewerkschaften hilft es, wenn jeder sich mit einer eigenen Kampagne in gesellschaftliche Debatten einmischt?

Auch für die Gewerkschaften gilt: Wir müssen nicht alles anders, aber vieles besser machen. Wie, darüber lässt sich streiten. Nur bitte bald, denn noch **viele Jahre wie 2003 werden wir uns nicht mehr leisten können**. Aber: Es gibt auch keinen Grund für den gebückten Gang. Denn wir können mehr, als viele uns zutrauen – auch in den eigenen Reihen. •



Konrad Klingenburg, 38, ist in der Grundsatzabteilung des DGB für den Kontakt zu den Parteien und politischen Organisationen zuständig.

Risikofaktor Gewerkschaft

Rechtzeitig mit dem Beginn der Tarifrunde 2004 hat die Politik ein Lieblingsthema wiederentdeckt: die Gewerkschaften.

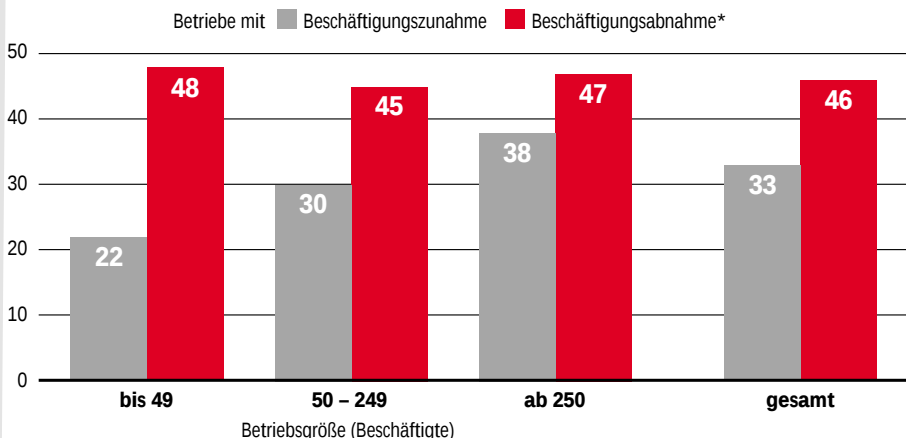
Die „überzogenen Forderungen“ der IG Metall würden die „Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands“ aufs Spiel setzen, hat Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ erklärt. CDA-Mann Karl-Josef Laumann drohte per „Bild am Sonntag“, dass die Union notfalls per Gesetz klarstellen werde, dass über die Arbeitszeit auch durch betriebliche Bündnisse entschieden werden kann. Und die FDP fordert in einem mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) entwickelten „Ostpapier“ gar die Schaffung von Modellregionen, in denen das Tarif- und Betriebsverfassungsgesetz „zeitweise außer Kraft gesetzt werden kann“.

Ähnliche Angriffe hat es auch in den Tarifrunden der vergangenen Jahre gegeben. Aber der Ton ist härter geworden. Die Fragen nach dem Zukunftskonzept der Gewerkschaften droht dadurch erneut in den Hintergrund gedrängt zu werden. Lobbyarbeit für die Gewerkschaften ist aber nur dann erfolgreich, wenn sie die eigenen Reformoptionen nicht aus dem Blick verliert, meint DGB-Lobbyist Konrad Klingenburg.

JOB MOTOR KLEINBETRIEB: Ein Trugschluss

Gut die Hälfte aller Betriebe (46 Prozent) hat zwischen 2000 und 2002 Personal abgebaut. Nur jedes dritte Unternehmen (33 Prozent) hat hingegen die Zahl seiner Beschäftigten erhöht. Kleinere Unternehmen schneiden beim Beschäftigungszuwachs sogar schlechter ab: Nur in 22 Prozent der Unternehmen mit weniger als 50 MitarbeiterInnen gab es einen Beschäftigungszuwachs. Bei größeren Unternehmen gilt dies immerhin für 38 Prozent. Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) ermittelt.

Beschäftigungsentwicklung der Betriebe 2000 – 2002 (in Prozent)



* Abweichung von 100: keine Veränderung

Quelle: WSI-Mitteilungen 1/2004

© DGB einblick 03/04

personalien

... **Ulrich Freese**, 52, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE, soll stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft werden. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende **Klaus Südhofer**, 60, und Vorstandsmitglied **Jürgen Walter**, 56, werden ausscheiden. Für sie sollen **Alfred Geißler**, 51, bislang Landesbezirksvorsitzender Westfalen, und IG BCE-Vorstandssekretär **Michael Vassiliadis**, 39, in den Vorstand nachrücken. Über diesen Vorschlag des Vorstands wird der Beirat der Gewerkschaft Mitte März beraten.

... **Helmut Platow**, 55, Bereichsleiter Kollektives Arbeitsrecht/Recht der Wirtschaft von ver.di, davor Justiziar der IG Medien, ist seit dem

5. Februar Leiter der Rechtsabteilung von ver.di.

... **Bärbel Feltrini**, 39, Referentin der Bildungsstätte Steinbach/Taunus der IG BAU, ist seit dem 1. Februar 2004 Personalentwicklerin der IG BAU.

... **Lothar Judith**, 46, Referatsleiter der Abteilung Jugend des DGB, ist seit dem 14. Januar Organisationssekretär des DGB in Cottbus.

... **Petra Bratzke**, 48, Referentin für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des DGB Sachsen-Anhalt, ist seit dem 1. Januar Leiterin der Agentur für Arbeit in Dessau.

... **Prof. Dr. Peter Bofinger**, Wirtschaftswissenschaftler der Universität Würzburg, ist auf Vorschlag

der Gewerkschaften von Bundesregierung mit Wirkung zum 1. März in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Rat der fünf Weisen“) berufen worden. Bofinger folgt dem Berliner Wirtschaftswissenschaftler **Prof. Dr. Jürgen Kromphardt**, 70.

14 TAGE

19.2. DGB Thüringen, Vortrag „Bürgerversicherung – Weg aus der vermeintlichen Sackgasse“, Erfurt

19.2. DGB Baden-Württemberg, Diskussionsrunde „Mit dem Kopftuch unterrichten?“

19./20.2. DGB Nord, Sachsen, Berlin-Brandenburg, Auftaktkonferenz „Geschlechterdimension

in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“, Berlin

24.2. DGB Thüringen, Podiumsdiskussion „Welche Reform in Thüringen?“, Erfurt

26./27.2. ver.di, Symposium „Aufgaben von Betriebs- und Personalräten bei wirtschaftlichen und strukturellen Veränderungen in Banken, Sparkassen und Versicherungen“, Hannover

29.2. Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft

29.2. Volksentscheid über den vom Hamburger Senat geplanten Verkauf der städtischen Krankenhäuser

2.3. DGB Nord, „Agenda 2010 und das Sozialstaatsgebot – ist unser Sozialstaat am Ende?“, Flensburg

3.3. DGB-Bundesauschuss, Berlin

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüßon, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt.

„Schröder entlässt sich“

Die Berliner Zeitung am 7. Februar über den Rücktritt von Gerhard Schröder als SPD-Vorsitzender

Streit um Betriebsrenten

Ruf nach Korrektur wird lauter

Die Diskussion über die Belastung der BetriebsrentnerInnen durch die Gesundheitsreform reißt nicht ab. Zwar wollen Bundeskanzler Gerhard Schröder und der designierte SPD-Vorsitzende Franz Müntefering auf keinen Fall nachbessern, aber der Vorsitzende des mächtigsten SPD-Landesverbandes, der nordrhein-westfälische Arbeits- und Wirtschaftsminister Harald Schartau, lässt nicht locker: „Ich wirke mit allem Nachdruck darauf hin, dass dies geändert wird.“

Gemeint ist die schlagartige Verdoppelung des Krankenkassenbeitrags auf Betriebsrenten zum 1. Januar. Damit werde der Vertrauensschutz missachtet. In dieselbe Kerbe schlägt der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BDV). Die Menschen hätten ihre Altersversorgung „an den bestehenden gesetzlichen Regelungen orientiert“, erklärte BDV-Vize Ulrich Zander, und die würden „jetzt nachträglich entwertet“.

Auch die Tarifparteien in NRW machen Druck. In einer gemeinsamen Erklärung unterstützen IG Metall-Bezirksleiter Peter Gasse und

Unterversorgt

Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge in der Privatwirtschaft 2003 (in Prozent)



Seit 2002 haben alle ArbeitnehmerInnen einen Rechtsanspruch auf eine Betriebsrente. Von einer flächendeckenden Verbreitung kann aber keine Rede sein.

Metallarbeitsgeber-Präsident Michael Jäger Arbeitsminister Schartau. Die Betriebsrente dürfe „nicht untergraben“ werden. Es müsse sich auch künftig lohnen, in sie zu investieren.

Vor einem nachhaltigen Vertrauensverlust in die Betriebsrente warnt auch IG BAU-Vize Ernst-Ludwig Laux. Bei den SeniorInnen seiner Organisation sei „mächtig Dampf auf dem Kessel“. Die volle Belastung der Betriebsrenten mit

Krankenkassenbeiträgen konterkarieren die Bemühungen der Bundesregierung, einen Ausgleich für das sinkende gesetzliche Renteniveau zu schaffen. Laux: „Den Menschen reicht es langsam.“ Diese Erfahrung macht auch der Zweite IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber – „und wenn die Leute die Nase voll haben, hat die Politik die Aufgabe, auf die Leute zuzugehen“, sagt er.

2,2 Millionen Menschen beziehen derzeit eine Betriebsrente, im Schnitt 330 Euro im Monat. Durch die Verdoppelung des Krankenkassenbeitrags von sieben auf 14 Prozent haben sie 25 Euro weniger. Damit nicht genug. Ab dem 1. April wird der volle Beitragssatz zur Pflegeversicherung fällig; das macht bei einer Durchschnittsrente von 1000 Euro 8,50 Euro aus. Zum 1. Juli wird es zudem keine Rentenerhöhung geben; das bedeutet einen weiteren Verlust von zehn Euro. Und in der parlamentarischen Beratung ist der so genannte Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenanpassungsformel. Er soll ab 2005 die steigende Zahl der Rentner im Verhältnis zur sinkenden Zahl der Beschäftigten berücksichtigen. Die Rentenerhöhung fällt dadurch 7,50 Euro pro 1000 Euro Rente niedriger aus. Das Nettorentenniveau – also das Verhältnis von Arbeits- und Renteneinkommen – sinkt bis 2030 von jetzt 69 auf 53 Prozent.

„Die gesetzliche Rentenversicherung steckt in ihrer größten Vertrauenskrise“, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer. „Die Balance von Beiträgen und Rentenhöhe stimmt nicht mehr.“ Der DGB fordert deshalb eine Niveausicherungsklausel. •

plusminusBERLIN



Hellmut Wißmann, Präsident des Bundesarbeitsgerichts, hält die geplante Zusammenlegung der Arbeits- und Zivilgerichte für eine „große Gefahr“. Die Qualität der Rechtsprechung werde negativ beeinflusst. Der Richter sei dann Generalist und nicht mehr Spezialist.



CSU-Vorsitzender Edmund Stoiber hat die Metallarbeitgeber scharf kritisiert. Sie hätten einem „zu hohen Abschluss“ zugestimmt. Dieselben Arbeitgeber würden anschließend Arbeitsplätze ins Ausland verlagern und der Politik Vorwürfe über zu hohe Lohnkosten machen.

inhalt

Seite 3

Arbeitnehmer zurück an den Katzentisch

Neoliberale gegen Mitbestimmung

Seite 5

Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinien der EU

Von einer Kultur der Antidiskriminierung ist Deutschland noch weit entfernt

Seite 7

DGB-Kampagne 2004

Damit Arbeit nicht zum Lotteriespiel wird

Neue Mail-Anschrift: redaktion@einblick.info



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.elearning.iao.fraunhofer.de/

Prozessorientiertes Bildungscontrolling

www.einblick.dgb.de Gleichstellung gleich umsetzen! DGB-Aufruf zum Internationalen Frauentag am 8. März

Frankfurter Rundschau

BGAG prüft Finanzbeteiligung

Die BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG prüft derzeit ein finanzielles Investment bei der *Frankfurter Rundschau* (FR), nachdem die wirtschaftlich angeschlagene FR auf der Suche nach neuen Finanzpartnern auch an die Gewerkschaftsholding herangetreten ist. Die BGAG hat erklärt, dass sie die Anfrage der FR sorgfältig prüfen werde. Entscheidend sei aus ihrer Sicht, ob ein solches Engagement hinreichende Chancen hat und wirtschaftlich erfolgreich sein kann.

Der Verlag der FR, die Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main

GmbH, war im Zuge der allgemeinen Krise der Druck- und Medienbranche in die roten Zahlen geraten. Ein Sanierungsplan sieht unter anderem den Abbau von mehr als 650 Arbeitsplätzen vor. 2001 waren bei der FR noch 1650 MitarbeiterInnen beschäftigt. Ferner wurde mit der Belegschaft die Verringerung der bezahlten Regelarbeitszeit auf 33,5 Stunden und ein Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld vereinbart. Um neue LeserInnen zu gewinnen, hat die *Frankfurter Rundschau* außerdem Ende 2003 ihr redaktionelles Konzept und Erscheinungsbild erneuert. •

in eigener Sache

Manchmal ist der Wurm drin. Gleich zweimal ist es uns gelungen, eine falsche Telefonnummer von „facts – der Infoline der Gewerkschaft“ zu veröffentlichen (einblick 1/04 und 3/04). Aller guten Dinge sind drei: **Die richtige Nummer zur Infoline der IG BAU lautet: 0180 1 44 22 81 – gesprochen!**

Fragen an ...



Nach der Insolvenz von Maatwerk, Deutschlands größtem Betreiber von Personal-Service-Agenturen (PSA), stehen 10 000 Beschäftigte auf der Straße. einblick hat den Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik des DGB, Wilhelm Adamy, 54, nach den Konsequenzen gefragt.

- Ist nach der Insolvenz von Maatwerk mit einer Pleitewelle unter den PSA-Betreibern zu rechnen?
- **Nein.** Soweit diese PSA im regionalen Arbeitsmarkt gut verankert sind und sie die zugewiesenen Arbeitslosen tatsächlich in Dauerjobs vermitteln können, ist das nicht zu befürchten. Die Agenturen für Arbeit müssen allerdings genauer hinsehen und die Spreu vom Weizen trennen.
- Was ist die Ursache des Maatwerk-Desasters?
- **Das Unternehmen besaß so gut wie keine Erfahrung im Verleihgeschäft und hat sich maßlos überschätzt. In Neuruppin zum Beispiel hat Maatwerk 500 Stellen angeboten, obwohl die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes dort bekanntermaßen begrenzt ist.**
- Hätte die Bundesagentur für Arbeit die Pleite verhindern können?
- **Die Bundesagentur hat Maatwerk offensichtlich auf Risiken und**

? ...nachgefragt



Mehr als vier Wochen waren die Tageszeitungsredakteure im Streik. Um was es ging und warum die Zeitungen trotzdem erschienen, fragte einblick Inez Kühn, 48, Bereichsleiterin Medien von ver.di und Streikkoordinatorin.

Um bei den heutigen technischen Möglichkeiten das Erscheinen einer Zeitung zu verhindern, müssten wir an jeden Redaktions-Computer einen Streikposten stellen. Dann geht der Chefredakteur mit ein paar Getreuen und Notebooks in die Kneipe und macht die Zeitung. Spaß beiseite: Bestreikte Zeitungen sind im verminderten Umfang erschienen. Viele Blätter erscheinen als Mantelausgabe mit bis zu 20 und mehr Regionalausgaben. In diesen Außen- oder Regionalredaktionen waren unsere „kampfstarken Truppen“. Auch in den Zentralredaktionen arbeiten die Kolleginnen und Kollegen oft am Limit, die Situation in den Außenredaktionen ist noch schwieriger: Die wenigen Festangestellten absolvieren mit Pauschalisten und Freien ein abenteuerliches Tagespensum. Termin reiht sich an Termin, und kurz vor Redaktionsschluss wird unter Zeitdruck geschrieben. Aber auch bei den überregionalen Zeitungen gab es Streikende. Mit dem Hinweis „Verschlechterungen im Manteltarifvertrag heißt weniger Qualität“ erschienen Ausgaben der „Frankfurter Rundschau“ mit weißen Flecken. Die Redaktionen vor Ort entschieden selbst über die Streiktaktik, und die meisten bevorzugten den Flexi-Streik. Dank der Aktionen konnten einige Verlegerangriffe wie eine Nullrunde beim Gehalt, die Ausweitung der Arbeitszeit und Öffnungsklauseln abgewehrt werden. Dafür mussten wir Zugeständnisse bei der Urlaubsdauer machen, und dass das Urlaubsgeld auf 80 Prozent gesenkt wird, ist bitter. Das ist ein Kompromiss, mit dem wir nicht voll zufrieden sind.

Fehlsteuerungen aufmerksam gemacht. Eine PSA ist aber keine Unterabteilung der BA, sondern ein normales Unternehmen.

- Ist die Vergabepraxis zu stark an Billigangeboten orientiert?
- **Die BA setzt ganz klar auf Wettbewerb. Das war auch politisch so gewollt. Der Markt soll es wieder einmal richten. Nur über ein „billiges Angebot“ konnte Maatwerk zum größten PSA-Betreiber werden. Bei der Lizenzvergabe muss das Verhältnis von Preis und Qualität neu gewichtet werden. Zurzeit spielt das Preisangebot mit 60 zu 40 im Vergleich zur Qualität des Anbieters eine zu große Rolle. Auch den Arbeitgeberkontakten und der betriebsnahen Qualifizierung in verleihfreien Zeiten muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.**
- Die PSA sind das Herzstück der Hartzschen Arbeitsmarktreform. Von 47 000 PSA-Beschäftigten seit April 2003 konnten nur 6400 in Dauerjobs vermittelt werden. Ist das Konzept gescheitert?
- **Nein. Über die PSA können Vorurteile bei Arbeitgebern abgebaut und Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose erschlossen werden. Aber das braucht Zeit. Und wir haben immer davor gewarnt, dieses neue Instrument der Arbeitsmarktpolitik zu überschätzen.**

Zurück an den Katzentisch

Hinter den Angriffen auf die Unternehmensmitbestimmung steckt System. Ihr Ziel: die paritätische Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in den Aufsichtsräten großer Kapitalgesellschaften zu beseitigen.

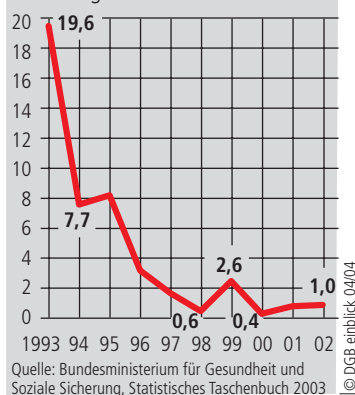
Die Verwicklung von Ex-IG-Metall-Chef Klaus Zwickel in den Mannesmann-Prozess bietet immer wieder Gelegenheit, Stimmung gegen die Mitbestimmung zu machen. Zwickel hatte sich im Aufsichtsrat der Stimme enthalten, als die umstrittenen Millionen-Prämien für Ex-Manager beschlossen wurden. Dass die Gewerkschaften aus diesem Fehler gelernt haben, geht in der Medienschele unter: Künftig werde es in solchen Fällen „keine Enthaltung mehr geben“, erklärte DGB-Vorstand Dietmar Hexel gegenüber der *Frankfurter Rundschau*.

Die Attacken auf die Mitbestimmung haben jedoch längst grundsätzlichen Charakter. Selten werden sie so offen vorgetragen wie vom „Berliner Netzwerk Corporate Governance“, einem Zusammenschluss von sechs konservativen Professoren der FU, TU und Humboldt-Universität. In ihren „12 Thesen zur Modernisierung der Mitbestimmung“ fordern sie schlicht deren Abschaffung: Sie solle „aus dem

Aufsichtsrat herausgelöst und einem Konsultationsrat übertragen werden“, heißt es darin. Dahinter stecke „eine elitäre Sicht, die besagt: Arbeitnehmer haben in den

Mitbestimmung löst Konflikte

Streiks und Aussperrungen: ausgefallene Arbeitstage je 1000 Beschäftigte 1993 – 2002



Streiks haben in Deutschland Seltenheitswert – auch ein Ergebnis der hierzulande praktizierten Mitbestimmung.

Führungsgremien eines Unternehmens nichts zu suchen“, kommentiert die *Mitbestimmung*, das Magazin der Hans-Böckler-Stiftung.

Dieselben neoliberalen Botschaften verbreiten auch „die Trommler für ein anderes Deutschland“ (*Stern*): die von Gesamtmetall mit 50 Millionen Euro finanzierte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) und der „Bürger-Konvent“, die „neue APO von rechts“ (*taz*). Als deren Sprecher fungiert Meinhard Miegel, der Direktor des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft.

Aushängeschild der INSM ist der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, der Schröders Agenda 2010 für „noch zu zaghaft“ hält: „Das grundsätzliche Beharren auf den bisherigen Regeln der Mitbestimmung“, mäkelte Tietmeyer, sei „kein Signal für mehr Flexibilität und Beschäftigung in Deutschland“. Der „Bürger-Konvent“ wird unterstützt von Hans-Olaf Henkel, dem

früheren Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der die Mitbestimmung gern als „Mühlstein um den Hals der deutschen Wirtschaft“ bezeichnet.

Die Argumente der Mitbestimmungskritiker seien „pure Ideologie“, meint der noch amtierende SPD-Generalsekretär Olaf Scholz. Das Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung hat sie unter die Lupe genommen – und kommt zu dem Ergebnis, dass an ihnen nicht viel dran ist. Die Mitbestimmung mindere weder die Rentabilität der Unternehmen noch drücke sie die Börsenkurse. Die Personalfuktuation in mitbestimmten Unternehmen sei niedriger, die Arbeitszeitflexibilität höher als in anderen Firmen. Zwar schlugen die Kosten der Mitbestimmungsgremien negativ zu Buche, der entscheidende, oft verschwiegene Vorteil der Mitbestimmung sei jedoch „das hohe Maß an Arbeitsfrieden“: Fast nirgendwo wird so selten gestreikt wie in Deutschland.

Falsch ist die Behauptung, internationale Investoren machten wegen der Mitbestimmung einen Bogen um deutsche Firmen. Von den 727 Unternehmen, in deren Aufsichtsräten Arbeitnehmervertreter sitzen, gehören 30 Prozent einer ausländischen Muttergesellschaft, so eine Studie der Uni München. Das bestätigt auch das Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung: Eine Befragung von Managern der 400 größten deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen hat ergeben, dass die Mitbestimmung kein ausschlaggebender Standortfaktor ist; wichtiger seien Marktgröße und -dynamik, das Vorhandensein von guter Infrastruktur und qualifizierten Arbeitskräften.

Sogar eine Studie von Unternehmensberater Roland Berger belegt, dass Firmen, die Mitbestimmung praktizieren, wesentlich weniger krisenanfällig sind und eingetretene Krisen besser und schneller überwinden als andere. •

Bekenntnisse

„Es gibt wohl in der deutschen Nachkriegsgeschichte kein Beispiel, bei dem ein Unternehmen aufgrund der Mitbestimmung in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten wäre. Sie hat im Gegenteil geholfen, betriebliche Anspannungen und Umstrukturierungen im großen Stil zu bewältigen – ohne soziale Brüche.“

Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD)

„Die Aktionäre deutscher Unternehmen sollten sich glücklich schätzen, dass es hier Aufsichtsräte gibt. Gewiss sind Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaftsfunktionäre in den Aufsichtsräten lästig. Sie bieten aber auch Schutz gegen die allzu große Selbstherrlichkeit der Chefs.“

„Financial Times Deutschland“, 14. Januar 2003

Literatur-Tipp

Grundsätze ordnungsgemäßer Aufsichtsratsstätigkeit, Arbeitshilfen für Aufsichtsräte 10 der Hans-Böckler-Stiftung (kostenlos)

Bestellnummer 25010,
Fax 0211 / 408 00 90 40
mail@setzkasten.de

Angemessene Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen, DGB-Broschüre (kostenlos)
DGB-Bundesvorstand
Fax 030 / 240 60 670
sabine.bobzin@bvv.dgb.de



Im Internet

www.boeckler.de/unternehmensmitbestimmung
Literaturempfehlung: „Zur aktuellen Kritik der Mitbestimmung im Aufsichtsrat“

Die Gegner der Mitbestimmung

http://otto.www.tu-berlin.de/FB14/Organisation/BNCG/
Das Berliner Netzwerk Corporate Governance

www.chancenfueralle.de
Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
www.buergerkonvent.de
Der Bürger-Konvent

ver.di

Gute Argumente für Gerechtigkeit

Fundierte Fakten gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit liefern die „Argumente“ der ver.di-Bundesverwaltung: Acht Faltbroschüren im Taschenformat bringen gewerkschaftliche Positionen zu Bildungsförderung, Kaufkraftstärkung, Umverteilung und Unternehmenssteuern auf den Punkt. Alternativen zur Agenda 2010 der Bundesregierung formuliert ein Extraheft. Die Publikationen sind kostenlos erhältlich. •

ver.di-Bundesverwaltung
Fax 030/263 66 11 31
wirtschaftspolitik@verdi.de

Hans-Böckler-Stiftung

Qual der Wahl bei der Kasse

Freie Kassenwahl, Bonusprogramme, Zuzahlungen und Behandlungsalternativen verlangen Entscheidungen von den Krankenversicherten. Welche Unterstützung die Kassen dabei leisten können, ist Thema des Workshops „Informierte Versicherte und kompetente Nutzer im Gesundheitswesen“ der Berliner Beratung Braintools, der Hans-Böckler-Stiftung und der IKK Westfalen-Lippe. Die Veranstaltung am 31. März in Dortmund richtet sich

an Beschäftigte von Krankenkassen und Selbstverwaltung. Die Teilnahme ist kostenfrei. •

Braintools
Tel. 030/612 34 73
braintools@t-online.de

Berliner Ensemble

Zukunft der Solidarität

Eigenverantwortung ist das Zauberwort aller Reformen. Die Tauglichkeit dieser Idee und die Zukunft der Solidarität stehen im Mittelpunkt der politischen Matinee „Jeder für sich – und wer für alle? Brauchen wir einen neuen Karl Marx?“. Bei der Veranstaltung am 21. März sitzen ab 11 Uhr der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, Ensemble-Intendant Claus Peymann sowie UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler auf dem Podium. Die Karten kosten fünf Euro. •

Berliner Ensemble, Theaterkasse
Tel. 030/284 08 155
theaterkasse@berliner-ensemble.de

anders reisen

Spannendes Urlaubsprogramm

Aktiven Sommerurlaub bietet das Reiseprogramm von anders reisen. Beim Reiseabnehmer der DGB-Jugend NRW stehen dieses Jahr zum Beispiel Fahrradtouren in Ir-

Arbeit und Gesundheit

Balance zwischen Job und Freizeit

Neue Arbeitsformen und ihre Auswirkungen auf Beschäftigte stehen im Mittelpunkt der Konferenz „Gesundheitsmanagement und Stressbewältigung in einer sich ändernden Arbeitswelt“. Am 15. und 16. April in Dresden diskutieren die TeilnehmerInnen unter anderem über

die optimale Balance zwischen Job und Freizeit. Veranstalter ist das Berufsgenossenschaftliche Institut Arbeit und Gesundheit (BGAG). Die Teilnahme kostet 500 Euro. •

BGAG, Sigrid Köhler
Tel. 0351/457 19 18
sigrid.koehler@hvb.g.de

land, Kanuwandern in Schweden, Trekking auf Korsika oder Klettern in Südfrankreich auf dem Plan. Und auf einer Studienfahrt werden Spuren deutsch-polnischer Vergangenheit zwischen Auschwitz und Krakau gesucht. Die Reisen richten sich an Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren. •

Tel. 0251/136 72 75
andersreisen@dgb.de

DGB-Positionen

Vereinbarung zur Chancengleichheit

Mit der Bilanz der zwischen Bundesregierung und Arbeitgebern getroffenen Vereinbarung zur „Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ beschäftigt sich die zweite Ausgabe einer neuen Publikationsreihe der Abteilung Gleichstellung und Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstands.

Ergebnis einer Unternehmensumfrage: Nur rund die Hälfte von 500 Firmen kannte die Vereinbarung aus dem Jahr 2001, davon wiederum knapp zwei Drittel nur aus den Medien. Die neue Serie „Positionen und Hintergründe“ erscheint in lockerer Folge und widmet sich jeweils umfassend einem Schwerpunkt. Einzelexemplare gibt's gegen adressierten und mit 77 Cent frankierten C4-Rückumschlag. •

DGB-Bundesvorstand
Abt. Gleichstellung
und Frauenpolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Online-Stream

Live auf dem Podium

Der „Verein der Techniker e.V.“ (VdT) veranstaltet am 18. und 19. März zwei Podiumsdiskussionen, die live im Internet übertragen werden. Bei den Online-Streams dreht es sich um die „Reform des Arbeitsmarktes und des Handwerksrechts“ sowie um die „berufliche Bildung und deren Anerkennung in Staat und Gesellschaft“. Der VdT ist eine Mischung aus Berufsverband und Förderverein der Studierenden und der Technikerschulen. Beteiligt an den beiden Online-Diskussionen sind mehrere Bundestagsabgeordnete sowie VertreterInnen von Unternehmen, der IG Metall und des DGB. •

www.vdt-portal.de
18.3. ab 18.00 Uhr
19.3. ab 9.00 Uhr

interregio



••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** hat am 20. Februar das **Kunstprojekt** „mit Bestimmung“ eröffnet. Bis zum 9. Juli werden

nacheinander insgesamt 15 KünstlerInnen in und am Berliner DGB-Haus in der Keithstraße an ihren Werken arbeiten. Die Kunst-

reihe startet mit der Installation „Der Große Kuchen“ von Olf Kreisel. Die Ausstellung ist montags bis freitags von 9 bis 20 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei. Infos:

www.berlin-brandenburg.dgb.de

••• Der **DGB Sachsen-Anhalt** will den **Gesetzentwurf** der Landesregierung zur Umgestaltung der Landesmedienanstalt mit Hilfe des DGB-Bundesvorstands medienrechtlich prüfen lassen. Bisher wählt die 25-köpfige Versammlung

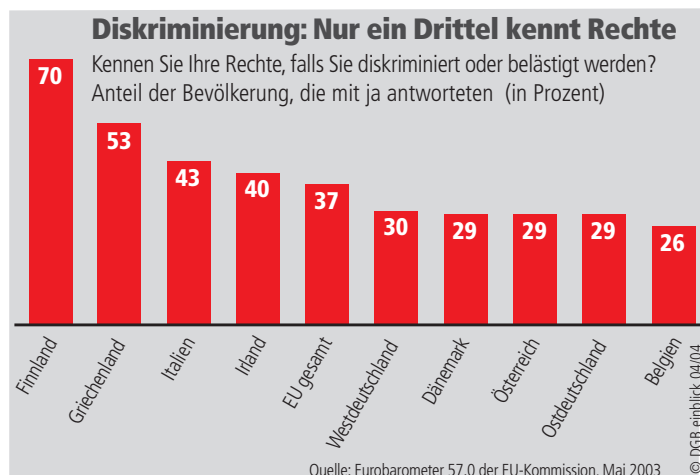
aus Vertretern „relevanter gesellschaftlicher Gruppen“ den Vorstand der Medienanstalt. Dieser soll nun durch einen vom Landtag gewählten Medienrat ersetzt werden. Der DGB befürchtet, dass die Anstalt so zum politischen Spielball der Landesregierung wird. Derzeit vertreten der DGB und der Deutsche Beamtenbund im Wechsel die Arbeitnehmerorganisationen in der Medienanstalt. Infos: Bernhard Becker, Tel. 0391/6 25 03 22

DGB fordert Kultur der Antidiskriminierung

Die Umsetzung der EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung in nationales Recht ist überfällig. Die Bundesregierung hat sich immerhin vorgenommen, im Sommer einen ersten Entwurf in den Bundestag einzubringen.

Ende 2005 ist Schicht: Bis dahin muss die Bundesregierung drei EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung in deutsches Recht umgesetzt haben. Ansonsten könnte ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission drohen. Die Fristen für die Antirassismus- und die Rahmenrichtlinie zur Gleichbehandlung sind bereits abgelaufen. Die Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Berufsleben hat zwar noch

Auch die übrigen EU-Mitgliedsstaaten sind bei der Umsetzung der Richtlinien im Verzug. Doch in vielen Ländern gibt es anders als in Deutschland zum Beispiel Institutionen, die Anlaufstellen für Opfer von Diskriminierungen sind. Etwa in Schweden, Großbritannien oder in Österreich: In der Alpenrepublik existieren bereits seit über zehn Jahren unabhängige Gleichbehandlungsstellen.



Nicht nur bei gesetzlichen Regelungen zur Antidiskriminierung gehört Deutschland zu den Schlusslichtern in der Europäischen Union. Die Deutschen zählen auch zu den EU-BürgerInnen, die ihre bereits bestehenden Rechte, sich gegen Diskriminierungen zu wehren, am seltensten kennen.

Zeit bis Oktober 2005. Doch es mache Sinn, sie ebenfalls in das überfällige Gesetzesverfahren einzubeziehen, so Anne Jenter, Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB, „um im Arbeits- und Sozialrecht einheitliche Standards für alle Diskriminierungstatbestände zu entwickeln.“ Immerhin sieht das die Bundesregierung ähnlich. Doch Details gibt sie noch nicht preis. Das Verfahren befinde sich noch „in einem Vorstadium“, so Beate Moser, Sprecherin des Frauenministeriums.

Von einer Antidiskriminierungskultur sei Deutschland dagegen noch weit entfernt, stellt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer fest. „Es fehlt ein Klima der Ächtung von Diskriminierung.“ Beispiele wie das der Wuppertaler Kosmetikfirma Titania, die keine Türkinnen einstellen will, oder der Modekette Takko, die alle Beschäftigten über 50 auf die Straße setzen möchte, zeigten: Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Herkunft, der Religion oder der sexuellen Orientierung gehören zum Alltag hierzulande.

Der DGB fordert, die Gleichbehandlung endlich auf die politische Tagesordnung zu setzen. Dabei dürfe sich die Umsetzung der EU-Richtlinien „nicht in politischer Symbolik erschöpfen“, so Engelen-Kefer. Kriterien für einen wirksamen rechtlichen Schutz gegen Diskriminierung hat der DGB bereits vor längerem entwickelt. Er setzt sich dafür ein, unabhängige Gleichbehandlungsstellen mit regionalen Anlaufstellen und eine von den Sozialpartnern paritätisch besetzte Gleichbehandlungskommission zu schaffen.

Mit regelmäßigen Berichten an den Bundestag soll die politische und gesellschaftliche Ächtung von Diskriminierung nachhaltig gestärkt werden. Eine Kampagne für Antidiskriminierung allein reiche nicht aus. Engelen-Kefer: „Die Gleichbehandlungsstelle braucht eigene, gesetzlich geregelte Kompetenzen, um positive Signale für die Betroffenen setzen zu können.“ Sie müsse über einen ausreichenden Etat verfügen und brauche ein eigenständiges Klagerecht.

Für eine neue Antidiskriminierungskultur sollten auch Gewerkschaften, Verbände und Institutionen eingebunden werden. „Dazu gehört auch ein Verbandsklagerecht bei Diskriminierungen“. So sei den Betroffenen häufig nicht zuzumuten, gegen den eigenen Chef zu klagen.

Zudem müssten die Rechte der Betroffenen, inklusive ihrer Schadensersatzansprüche, in einem Antidiskriminierungsgesetz gestärkt werden: „Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.“ Wichtig sei, dass die EU-Definitionen von Diskriminierung und Belästigung in deutsches Recht übernommen würden. Dazu gehört der Begriff der „mittelbaren Diskriminierung“: Danach liegt Diskriminierung auch dann vor, wenn „neutrale“ Kriterien eine Person aufgrund eines bestimmten Merkmals gegenüber anderen Personen benachteiligen können. •

www.europa.eu.int/eur-lex/de/index.html

EU-Erweiterung nicht zu Lasten von Frauen

Die unklare Definition der Dienstleistungsfreiheit im EG-Vertrag kann zu Lohndumping und Abbau von Arbeitsschutz führen – gerade in klassischen Frauenbranchen. Darauf wies DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer in Berlin auf der Konferenz „Geschlechterdimensionen in der transnationalen Zusammenarbeit“ hin. Möglich sei etwa, dass eine polnische Pflegeagentur in Deutschland ihre Dienstleistungen anbiete und die hierzulande üblichen Tarife unterlaufe.

Auf Einladung des DGB Berlin-Brandenburg diskutierten am 19./20. Februar GewerkschafterInnen und ExpertInnen aus Deutschland, Polen und Tschechien, wie der Prozess der EU-Erweiterung so gestaltet werden kann, dass Frauen nicht zu den VerliererInnen im neuen Europa werden.

Der geschlechtersensible Blick auf die Erweiterung wird in regionalen Veranstaltungen fortgesetzt. Sie sind, wie die Konferenz, Teil des von der EU geförderten Projekts GRIPS. Mit ihm wollen die an Polen und Tschechien angrenzenden DGB-Bezirke in den Grenzregionen in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Ängste abbauen, Netzwerke knüpfen und dafür werben, die EU-Erweiterung als Chance zu begreifen.

www.grips.dgb.de

kurz&bündig



Die GdP hat mit dem Deutschen Richterbund einen „intensiven Dialog“ vereinbart. Neben einem Austausch über die Arbeitsbedingungen bei Polizei und Justiz ist auch die gemeinsame „Erörterung künftiger Gesetzesvorhaben“ geplant.



ver.di hat Bund und Länder zu Verhandlungen über ein „Spartenfenster Wissenschaft“ aufgefordert. Durch die Neugestaltung des Tarifrechts soll die Attraktivität öffentlicher Forschung gesteigert und die Abwanderung von WissenschaftlerInnen verhindert werden.



IG BAU und GdP haben gemeinsam Nachbesprechungen am Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit gefordert. Es müsse klarer zwischen privater und gewerblicher Schwarzarbeit unterschieden werden. Die Ausnahmeregelungen, die Schwarzarbeit erst bei „erheblichem Umfang“ von Dienst- oder Werkleistungen feststellen, müssten eingeschränkt werden. Auch die NGG fordert eine klare Definition.



Die IG BCE hat elf Anforderungen an den Entwurf des „Nationalen Allokationsplans“ zum europäischen Emissionshandel von Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) formuliert. Der Plan soll den 2005 beginnenden Handel mit Emissionszertifikaten regeln. www.igbce.de/Upload/0213_anforderungen_igbce_nap_52338.pdf.

DGB-Zukunftsprojekte

Abschlussbericht profil 03

Wie lassen sich Innovation und soziale Sicherheit miteinander verbinden? Wie können die Gewerkschaften darauf reagieren, dass sich der soziale Konsens in der Bundesrepublik verschoben hat? Wie kann Solidarität wieder einen Platz auf der gesellschaftlichen Werteskala finden? Das sind die Ausgangsfragen, mit deren Hilfe der DGB 2003 ein Jahr lang unter dem Titel „profil 03“ über seine Zukunftsvisionen diskutiert hat. Jetzt liegt der Abschlussbericht in Form eines Magazins vor.

„Kompetenz finden, wo andere nicht mehr suchen“ lautet eine der Botschaften des Teilprojekts Bildung und Qualifizierung, in dem Möglichkeiten für eine bessere Förderung von Jugendlichen mit schlech-

ten Startchancen erarbeitet wurden. Andere Beiträge setzen sich mit der Idee der Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Einführung höherer Freibeträge in der Sozialversicherung (Projekt Finanzierung und Gestaltung des Sozialstaates), den Anforderungen an einen familienfreundlichen Betrieb (Projekt Gleichstellung verwirklichen) und dem ungenutzten Arbeitsmarktpotenzial

älterer ArbeitnehmerInnen (Projekt Finanzierung und Gestaltung des Sozialstaates) auseinander.

Die profil-Werkstatt des DGB wird 2004 mit zwei neuen Teilprojekten zu den Bereichen „Innovation für eine moderne Industrie- und Dienstleistungspolitik“ und „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ fortgesetzt. •

christiane.zerfass@bw.dgb.de

8. März

Tag der Abrechnung

Um gegen geschlechterspezifische Tarife in der privaten Renten- und Krankenversicherung zu protestieren, haben Frauen zum „Tag der Abrechnung“ aufgerufen. Ab dem 8. März werden Frauen Kanzler Gerhard Schröder auffordern, zu viel gezahlte „Frauenstrafprämien“

zurückzahlen oder sich für Unisex-Tarife stark zu machen. Nach wie vor verlangen private Versicherungen hierzulande von Frauen höhere Beiträge oder zahlen ihnen weniger aus. Die EU arbeitet an einer Richtlinie, um die Unternehmen zu Unisex-Tarifen zu verpflichten. Bisher wird das von der Bundesregierung blockiert. Zu den Initiatorinnen gehören u.a. ver.di-Vize Margret Mönig-Raane, die Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung Heide Pfarr, und Leni Breymaier, stellvertretende Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg. •

www.tagderabrechnung.de

164 596 Gewerkschaftsmitglieder sind im vergangenen Jahr von der DGB Rechtsschutz GmbH vor Gericht vertreten worden. Das entspricht einem Zuwachs von 5,2 Prozent gegenüber 2002. Im Arbeitsrecht entfiel die Hälfte aller Verfahren auf Kündigungsschutzklagen, in 41 Prozent der Fälle ging es um Lohn und Gehalt. Im Sozialrecht betrafen 80 Prozent aller Verfahren Fragen der Arbeitslosenversicherung, der Rentenversicherung und des Schwerbehindertenrechts.

2003 hat die DGB Rechtsschutz GmbH 496 Millionen Euro für die Gewerkschaftsmitglieder erstritten. 329 Millionen Euro vor den Arbeits-, 167 Millionen Euro vor den Sozialgerichten.

Wie ein flächendeckender Rechtsschutz auch bei knapper werdenden Ressourcen erhalten werden kann, will der Aufsichtsrat der DGB Rechtsschutz GmbH am 3. März entscheiden. In ländlich strukturierten Gebieten, in denen kein ständig besetztes Rechtsschutzbüro bereit gehalten werden kann, sollen nach Möglichkeit lokale Angebote entwickelt werden, um die Anfahrtswege der Gewerkschaftsmitglieder kurz zu halten.

Nicht nur Kündigung & Co

Streitgegenstand von Verfahren der DGB Rechtsschutz GmbH 2003 (in Prozent)

Arbeitsrecht

betriebsbedingte Kündigung 37,6

verhaltensbedingte Kündigung 6,9

krankheitsbedingte Kündigung 1,8

sonstige streitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses 2,4

Arbeitsentgelt 40,8

Sonstiges (z.B. Zeugnis, betriebliche Altersversorgung) 9,7

Sozialrecht

Rentenversicherung 26,2

Unfallversicherung 9,8

Kranken- und Pflegeversicherung 5,0

Arbeitslosenversicherung 28,6

Schwerbehindertenrecht 23,5

Sonstiges (z.B. Sozialhilfe, Kindergeld, Erziehungsgeld) 6,9

Quelle: DGB Rechtsschutz GmbH

Stiftung Mitbestimmung

HBS-Vorläufer wird 50

Drei Jahre nach dem fünfzigsten Jahrestag der Verabschiedung des Montanmitbestimmungsgesetzes durch den Bundestag am 10. April 1951 rückt das Thema Mitbestimmung beim DGB erneut in den Vordergrund. Ende April werden mit der Hans-Böckler-Gesellschaft, gegründet am 23. April 1954, und der Stiftung Mitbestimmung, gegründet am 1. Mai 1954, auch die beiden Vorläuferorganisationen der heutigen Hans-Böckler-Stiftung 50. Gefeierte wird am 2. Juni in Düsseldorf. Bereits zuvor, am 2. April, geht die Stiftung in Berlin unter dem Titel „Teilhaben und Mitbestimmen in globalen Unternehmen“ der Frage nach der Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften mit gewerkschaftlich geregelten Märkten nach. •

DGB-Kampagne 2004

Damit Arbeit nicht zum Lotteriespiel wird

Die Gewerkschaften werden im diesem Frühjahr den Aktionsradius der DGB-Kommunikationskampagne erweitern. Denn entgegen vieler Unkenrufe war sie 2003 durchaus erfolgreich – etwa dabei, gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie zu verhindern. Meint DGB-Öffentlichkeitsarbeiter Hilmar Höhn.

In der wohl tiefsten wirtschaftlichen Krise, die unser Land in den vergangenen 30 Jahren erlebt hat, ist die Politik in Bewegung geraten. Unser Land allein? Nein, über die Jahre 2001 bis 2003 ist der Globalisierungsprozess insgesamt ins Stocken geraten. Die Traumzuwächse im Welthandel der 90er Jahre ließen sich nicht bruchlos verlängern. Die Blase der New Economy platzte, Träume schwanden mit den Aktienkursen dahin. Und überall dort, **wo sich Finanz- und Geldpolitiker zu einer unheiligen Allianz der Sparer zusammengetan hatten, entwickelten sich die Inlandsmärkte nicht stabilisierend, sondern krisenverschärfend.** Damit gerieten natürlich alle auf Wachstum ausgerichteten Systeme unter enormen Druck, seien es Sozialversicherungen oder das deutsche System der Lohnfindung, die Tarifautonomie.

Statt über eine richtige Wirtschaftspolitik nachzudenken, betrieben die Regierungen in Europa Sozialabbau. Angetrieben von der Verzweiflung über wachsende Defizite in den sozialen Sicherungssystemen, über den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit und durch rückwärtsgewandte Grundüberzeugungen wurden Einschnitte in die an der schwachen Konjunktur leidenden Sicherungssysteme diskutiert und beschlossen.

Den Gewerkschaften kommt jetzt eine besondere Verantwortung zu. Wir müssen die Systeme von den Sozialversicherungen über die Mitbestimmung bis hin zur Tarifautonomie **wieder begründen und unsere Politik neu justieren** – siehe etwa die Reformagenda des DGB. In Zeiten großen Zweifels ist es kein einfaches Unterfangen, für eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einzutreten, die eine stetige Entwicklung der Wirtschaft mit einem gerüttelt Maß an Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbindet.

Der DGB hat dazu die „Kommunikationskampagne“ entwickelt. Ein zugegeben technischer Begriff. Aber letztlich geht es um Technik. Es geht darum, **den politischen Handlungsspielraum der Gewerkschaften über Betriebe und Unternehmen hinaus zu erweitern.** Wenn wir die BürgerInnen von unserer richtigen Politik überzeugen wollen, müssen wir uns der Öffentlichkeit stellen, ungefiltert durch Vermittler wie Werber oder Journa-



Hilmar Höhn, 35, leitet seit einem Jahr die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit beim DGB-Bundesvorstand.

listen. Was im ersten Halbjahr 2003 begonnen wurde, schien angesichts der Dimension der Themen, mit denen die ArbeitnehmerInnen konfrontiert waren, gering. Ich erinnere mich wohl an die Beschreibungen von „feuerroten Spielmobilen“, mit denen durch die Landschaft zu fahren nicht ausreichen würde, um die Politik zu beeinflussen. Oder gar den Vormarsch des Neoliberalismus zu stoppen.

Aber entgegen vieler Unkenrufe waren wir durchaus erfolgreich. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit vor Ort, mit Ständen, Flugblattaktionen und Gesprächen mit Bürgern und Politikern, begleitet durch eine zentrale Lobby- und Pressearbeit **haben wir es geschafft, gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie zu verhindern.** Ohne eine vielschichtige Mobilisierung wäre das nicht gelungen.

In diesem Jahr weiten wir den Aktionsradius aus. Statt uns auf elf Regionen zu bescheiden, beteiligen sich im März nahezu 40 Schwerpunktregionen und damit fast die Hälfte der DGB-Regionen an der Kampagne. Natürlich sind alle Regionen aktiv. Und natürlich werben wir für unsere Arbeit, dass ohne die Gewerkschaften gute und vor allem anständig bezahlte Arbeit zum Lotteriespiel würde.

Natürlich nutzen wir den März auch, um für den europäischen Aktionstag am 3. April zu mobilisieren. Die Kommunikationskampagne ist 2003 angelaufen, zahllose engagierte Kolleginnen und Kollegen haben mit ihrem Einsatz zum Erfolg gewerkschaftlicher Politik beigetragen. In diesem wie im kommenden Jahr werden wir den Beweis antreten müssen, dass unsere ehren- und hauptamtlichen KollegInnen stabile Strukturen entwickelt haben, um für unsere Politik erfolgreich zu werben. In 2005 müssen wir daran gehen, die gesamte Struktur einzubeziehen. **Es gibt in den nächsten Monaten viel zu tun:** Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten durchsetzen, das unerträgliche Zumutbarkeitsgesetz kippen und das Sperrfeuer gegen die überfällige Ausbildungsumlage durchbrechen. •

Aufstehen, damit es endlich besser wird

Unter diesem Motto mobilisieren DGB, Gewerkschaften und viele Bündnispartner für den europäischen Aktionstag am 3. April. Auch die vierte Welle der DGB-Kommunikationskampagne steht ganz in seinem Zeichen.

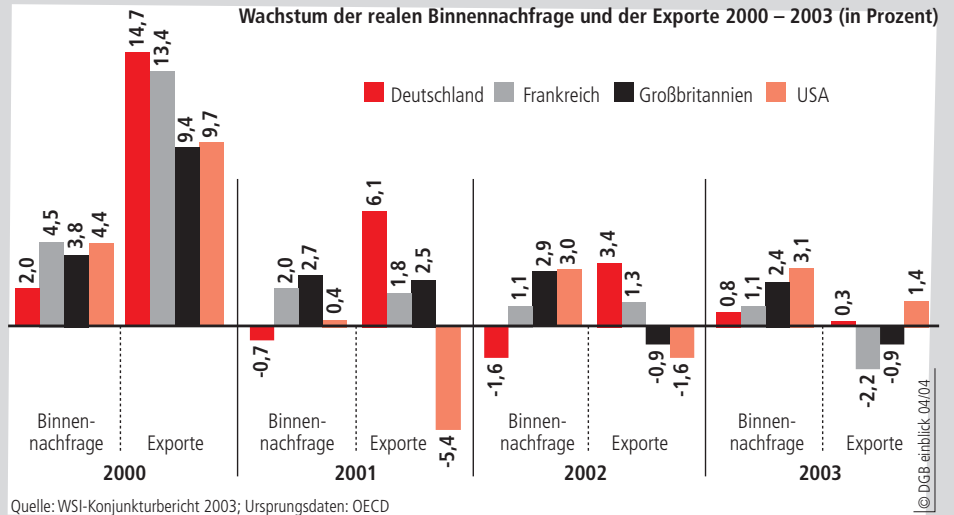
Knapp 40 Schwerpunktregionen werden den gesamten März über mit vielfältigen Aktionen Zeichen setzen für eine andere Reformpolitik. Ob Fahrgast-TV in Hannover, Aktionszeitung in Köln oder Europa-Glücksrad in der Ingolstädter Innenstadt: Ziel der Aktivitäten ist, mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Den Reigen eröffnet ein Sozialgipfel in Dresden am 1. März. Der DGB Sachsen will gemeinsam mit Kirchen und Wohlfahrtsverbänden Flagge zeigen für ein soziales Europa. Ergänzt wird der Gipfel durch Veranstaltungen in den Regionen, in denen grenzüberschreitende Netzwerke mit polnischen und tschechischen ArbeitnehmerInnen ausgebaut werden sollen. Von Gera bis Weimar: In „Zukunftszelten“ wollen die thüringischen GewerkschafterInnen über Arbeit und Bildung in der Region diskutieren. Durch Baden-Württemberg tourt der „Circus Sociale“, und auf dem Münchner Marienplatz werden zahlreiche Wecker unüberhörbar verkünden: München, aufwachen!

Mehr Infos: www.dgb.de

BINNENNACHFRAGE: Schlusslicht Deutschland

Die wichtigste Ursache für die Wachstumsschwäche in Deutschland ist die fehlende Dynamik der Binnennachfrage, darauf hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) hingewiesen. In den vergangenen vier Jahren ist die Binnennachfrage in Deutschland im Gegensatz zu vergleichbaren Industriestaaten wie Frankreich, Großbritannien und den USA zweimal gesunken: 2001 um 0,7 Prozent, 2002 sogar um 1,6 Prozent. Die Exporte lagen dagegen im gleichen Zeitraum in Deutschland kontinuierlich über dem Vorjahresniveau.



personalien

Die Gesellschafterversammlung der DGB Rechtsschutz GmbH hat am 9. Februar die Mitglieder für den Aufsichtsrat berufen. Auf der Seite der Anteilseigner gehören dem Aufsichtsrat neben dem DGB-Vorsitzenden **Michael Sommer**, 52, der GdP-Vorsitzende **Konrad Freiberg**, 52, sowie die Vorstandsmitglieder **Heiko Gosch**, 51, GEW, **Fritz Kollorz**, 58, IG BCE, **Gerd Herzberg**, 53, ver.di, **Regina Rusch-Ziemba**, 48, TRANSNET, **Dietmar Schäfers**, 48, IG BAU, **Kirsten Rölke**, 54, IG Metall, **Werner Weck**, 56, NGG, sowie der Frankfurter Rechtsanwalt **Wolfgang Apitzsch**, 57, an. Für die ArbeitnehmerInnen sitzen im Aufsichtsrat die Rechts-

schutzsekretäre **Sigfried Engel**, 49, **Günter Dorsch**, 50, **Frank Ott**, 40, und **Engelbert Winter**, 46, sowie die Verwaltungsangestellte **Beate Mertel**, 48. **Wera Reineke**, 53, Regionalbeauftragte Hessen/Thüringen der DGB Rechtsschutz GmbH, ist seit dem 1. Februar Regionalbeauftragte für Nordrhein-Westfalen. Das Bundesland Hessen bildet zusammen mit Rheinland-Pfalz und dem Saarland die neue DGB-Rechtsschutz-Region Südwest. Regionalleiter ist **Matthias Bauer**, 54, der bislang bereits für Rheinland-Pfalz/Saar zuständig war. **Edelgard Westermann**, 49, bislang Regionalbeauftragte Sachsen/Sachsen-Anhalt, ist jetzt Regional-

beauftragte der unter Einschluss des Landes Thüringen gegründeten DGB-Rechtsschutz-Region Südost. **Klaus Zimmermann**, 53, Projektleiter von „Arbeit und Leben“ in Dessau, ist seit dem 16. Februar Referent für Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik des DGB Sachsen-Anhalt. **Patricia Grillo**, 38, leitet seit Anfang des Jahres die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Brüssel. Die Französin, die vorher unter anderem für die EU-Kommission im Bereich Kommunikation arbeitete, folgt **Wim Bergans**, 61, der, seit dem Gründungsjahr 1973 beim EGB beschäftigt, 1980 die Verantwortung für die Pressearbeit übernommen hatte.

14 TAGE

- 1.3.** Gespräch von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit dem Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, Berlin
- 2.3.** DGB Nord, „Agenda 2010, und das Sozialstaatsgebot“, Flensburg
- 3.3.** DGB-Bundesausschuss, Berlin
- 8.3.** Internationaler Frauentag
- 8.3.** DGB, Verabschiedung von Prof. Dr. Jürgen Kromphardt aus dem Sachverständigenrat, Berlin
- 8.-10.3.** ver.di, Arbeitstagung Beamtenpolitik, Berlin
- 11.3.** DGB Thüringen, Konferenz „Das paritätische Prinzip in den sozialen Sicherungssystemen“, Erfurt

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38. Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Allein der Rücktritt von Kanzler Schröder vom SPD-Vorsitz reicht dafür nicht.“

IG BAU-Vorsitzender **Klaus Wiese** in einem Interview der Frankfurter Rundschau vom 24. Februar auf die Frage, ob die SPD unter dem künftigen Parteivorsitzenden **Franz Müntefering** auf die Unterstützung der Gewerkschaften setzen kann.

Sozialabbau auf breiter Front

Schwarz greift an, Rot-Grün blockt ab

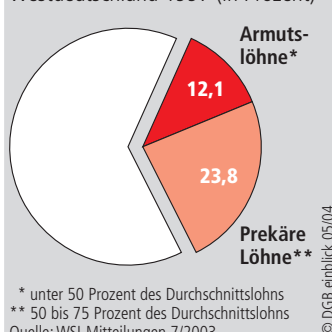
„Steuern für Reiche runter, Rechte für Arbeitnehmer weg“ – auf diese Faustformel bringt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die radikalen Sozialabbau-Pläne von CDU und CSU. Ob Lockerung des Kündigungsschutzes oder Schwächung der Tarifautonomie: Was die Union plane, sei „ein Anschlag gegen Beschäftigte, Arbeitslose und ihre Familien“.

Während die Union den Sozialstaat angreift, blockt Rot-Grün DGB-Forderungen nach einem „Politikwechsel“ (Sommer) ab. Ob Betriebsrentenreform oder neue Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose – in wichtigen politischen Streitfragen kommen sich DGB und Regierung keinen Schritt näher.

Auch die Proteste gegen die Verdoppelung des Krankenkassenbeitrags auf Betriebsrenten prallen an der Koalition ab. Selbst pfiffige Alternativ-Ideen fallen nicht auf fruchtbaren Boden. So hat die IG Metall vorgeschlagen, dass Betriebsrenten bis 121 Euro in jedem Fall beitragsfrei bleiben (bislang wird die gesamte Betriebsrente beitragspflichtig, sobald sie 121 Euro übersteigt).

Immer mehr

Beschäftigte im Niedriglohnssektor, Westdeutschland 1997 (in Prozent)



Mehr als ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland (6,3 Millionen) arbeitet seit Ende der 90er Jahre im Niedriglohnssektor.

Müsste nur für den übersteigenden Betrag der volle Beitrag gezahlt werden, würde das die Mehrzahl der Betriebsrentner erheblich entlasten. Aber es würde auch die Einnahmen der Krankenkassen schmälern. Und deshalb habe der Vorschlag „wenig Realisierungschancen“, ergab eine einblick-Nachfrage im Kanzleramt. Der Griff ins Portmonnaie der Betriebsrentner soll den Kassen immerhin 1,6 Milliarden Euro bescheren.

Dramatische Auswirkungen auf die Rente könnte die Einführung des so genannten Nachhaltigkeitsfaktors haben, der ab 2005 das Verhältnis von BeitragszahlerInnen und RentnerInnen berücksichtigen soll. Danach darf die Durchschnittsrente bis 2020 auf 46 und bis 2030 auf 43 Prozent des Bruttolohns minus Sozialabgaben sinken (derzeit beträgt sie 52 Prozent). Im letzten Moment fügte die SPD-Fraktionspitze eine Revisionsklausel ein. Danach muss die Regierung Vorschläge unterbreiten, wie das Niveau von 46 Prozent gehalten werden kann, wenn es unter diese Marke zu fallen droht. Das sei „ein Teilerfolg“, sagt DGB-Sozialexperte Heinz Stapf-Finé, „besser als nichts“.

Massive Probleme schaffen auch die neuen Zumutbarkeitsregeln, wonach Langzeitarbeitslose ab 2005 jeden Job annehmen müssen. Dass für sie nicht einmal ortsübliche Löhne gelten sollen, beschwört die Gefahr des Lohndumpings herauf. Dennoch gab es in dieser Frage beim Treffen des Bundeskanzlers mit dem Geschäftsführenden DGB-Vorstand und den neun Bezirksvorsitzenden am 1. März „nur wenig Fortschritt“ (DGB-Chef Sommer). Aber: „Unser Druck hat Bewegung in die Politik gebracht“.

Und zwar beim Thema Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten. Jetzt soll ernsthaft geprüft werden, wie verhindert werden kann, dass jährlich zehntausende Arbeitszeitkonten Unternehmenspleiten zum Opfer fallen. Auch in Sachen Ausbildungsplatzumlage soll etwas passieren. •

plusminusBERLIN



Die Grünen wollen das Betreuungsangebot für Kinder erheblich ausweiten. Der Bund solle eine Kinderkasse einrichten, die durch Einschränkungen beim Ehegattensplitting gefüllt werden könne, fordert die parlamentarische Geschäftsführerin Ekin Deligöz.



FDP-Fraktionsvize Rainer Brüderle hat das so genannte Wachstumsprogramm der CDU/CSU als „zu mutlos“ bezeichnet. Notwendig sei „weniger Gewerkschaftseinfluss“ in den Betrieben. Nur so kämen Arbeitslose wieder in Lohn und Brot.

inhalt

Seite 3

Wachsende Kritik an Banken und EZB

Mit ihrer Zinspolitik gefährdet die Europäische Zentralbank (EZB) den Aufschwung

Seite 5

Nachhaltigkeit angestrebt

In über 100 Projekten erprobt der DGB neue Wege der ehrenamtlichen Arbeit in der Region

Seite 7

Der Schmoldt-Winkel ist produktiver

Wie können die Gewerkschaften den Herausforderungen der Agenda-Politik begegnen? Fünf Antworten von Hans-Jürgen Arlt

Neue Mail-Anschrift: redaktion@einblick.info



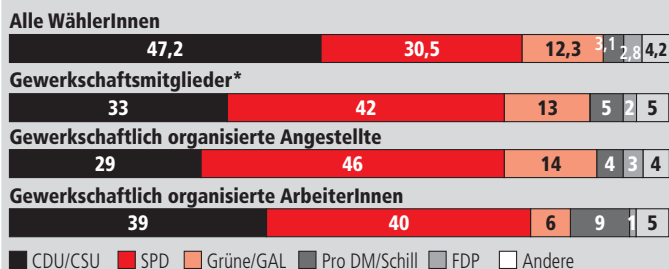
Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/psa/maat/index.html
 Die Geschichte einer Vorzeige-PSA**

**www.einblick.dgb.de
 Baustein zur Integration: Curriculum Orientierungskurse. Diskussionspapier der DGB-Vorstände
 Heinz Putzhammer und Dietmar Hexel**

SPD bei GewerkschafterInnen noch vorn

Stimmenanteil bei der Hamburger Bürgerschaftswahl vom 29.02.2004 (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)
 Quellen: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Bürgerschaftswahl vom 29.02.2004/ Landeswahlleiter Hamburg, Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 05/04

Bei der **Hamburger Bürgerschaftswahl** gewann die CDU unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen unterdurchschnittlich: Während die CDU gegenüber 2001 insgesamt um 21 Prozent zulegen konnte, gewann sie unter den Gewerkschaftsmitgliedern 15 Prozent (gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen: 20 %, Angestellte: 13 %). Mehr als andere WählerInnen votierten Gewerkschaftsmitglieder dagegen für die Pro DM/Schill-Partei. Fünf Prozent aller GewerkschafterInnen und sogar neun Prozent der organisierten ArbeiterInnen gaben ihre Stimme der neuen Partei des Rechtspopulisten Ronald Schill (insgesamt 3,1 %).

Sozialgerichte

DGB sammelt Unterschriften

Der DGB-Bundesvorstand sorgt sich um die Zukunft der Sozialgerichte. So hat er eine Unterschriftenaktion „für die Eigenständigkeit der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit“ gestartet. Damit soll ein Gesetzentwurf der Bundesregierung gestoppt werden, der es den Ländern gestatten würde, die Sozialgerichte den Verwaltungsgerichten zuzuschlagen. Dasselbe könne auf die Arbeitsgerichte zukommen, befürchtet der DGB.

Gleichzeitig hat DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer Bundessozialministerin Ulla Schmidt (SPD) aufgefor-

dert, Sozialgerichtsverfahren auch weiterhin kostenfrei zu halten. Anlass des Schreibens: Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach Streitverfahren vor den Sozialgerichten 75 bis 300 Euro kosten sollen. Damit würde „eine generelle Zugangsbarriere“ zu den Sozialgerichten geschaffen, schreibt Engelen-Kefer. Die Kostenfreiheit der sozialgerichtlichen Verfahren sei jedoch „eine der tragenden Säulen für die Verwirklichung der sozialen Rechte“. Unterschriftenlisten beim DGB-Bundesvorstand, per Fax (030/240 60 761) oder E-Mail (asr@bvv.dgb.de).

Germanwatch

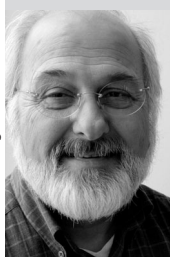
Kritik an ILO-Kommission

Die entwicklungspolitische Nord-Süd-Initiative Germanwatch hat kritisch auf den Bericht der Weltkommission der International Labour Organization (ILO) zur Sozialen Dimension der Globalisierung reagiert. Die Kommission der ILO hatte die Auswirkungen der Globalisierung analysiert und Vorschläge zu einer sozialeren Gestaltung erarbeitet. In ihrer Stellungnahme begrüßt Germanwatch die Botschaft sowie die grundsätzliche Stoßrichtung des Berichts, demzufolge sich der „aktuelle Pfad der Globalisierung“ ändern müsse.

Dennoch merkt die Nord-Süd-Organisation kritisch an, dass die Kommission beim Thema multinationale Unternehmen verbindliche Regeln vermissen lässt. Verbindliche Instrumente wie OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen würden nur als „Benchmarks“ oder „Referenzrahmen“ aufgeführt, weitergehende UN-Normen fänden gar keine Erwähnung. „Bei der Regulierung von multinationalen Unternehmen fällt der von der Kommission geforderte Kurswechsel nur halbherzig aus“, kritisiert Cornelia Heydenreich, Referentin für Unternehmensverantwortung bei Germanwatch.

wiewardiewoche?

Foto: Christian Lungeblott



Am 17. März geht Herman Zoller, 64, nach insgesamt 39 Jahren Arbeit bei der Gewerkschaft in seinen Jahresurlaub und von da aus in Rente. Zoller war zunächst Redakteur, dann Pressesprecher der IG Druck und Papier, später der IG Medien und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. einblick hat ihn gefragt, wie seine letzten Arbeitstage in der ver.di-Zentrale waren.

Der Ton in Berlin ist rauer, alles ist schnellebiger. Die Zusammenarbeit mit den JournalistInnen ist nicht so intensiv wie in Stuttgart, wo nicht nur die IG Medien, sondern auch die ÖTV ihre Zentrale hatte. Statt auf Journalisten zu treffen, die in ihr Thema langfristig eingearbeitet sind, haben viele oft nur Zeit, um ein kurzes Zitat einzuholen. Zwei oder drei Sätze O-Ton, nur wenig Tiefgang. Der Zeitdruck, unter dem JournalistInnen heute schreiben, ist enorm. Viele haben einfach nicht die Möglichkeit, sich in komplexe Themen einzuarbeiten. Und es gibt eine enorme Konkurrenz der Themen. Beherrscht wurden die Schlagzeilen der vergangenen Woche nicht nur von dem Erdrutschsieg der CDU in Hamburg, sondern auch von der Nominierung Horst Köhlers als Unions-Kandidat für die Rau-Nachfolge. Nicht ganz einfach, dagegen die Tarifeinensatzung bei der Post und die Vorbereitungen für den Aktionstag am 3. April in die Schlagzeilen zu bringen. Aber unser Konflikt mit Schlecker ist gut gelaufen, ebenso unsere Reaktionen auf den Angriff von CDU/CSU auf den Sozialstaat.

Auch die ver.di-Gründung mit den inzwischen 16 Vorstandsmitgliedern hat die Pressearbeit grundle-

gend verändert. Dass die Journalisten inzwischen nicht nur nach einem Statement des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske fragen, sondern zum Beispiel in Sachen Einzelhandel mit Franziska Wiethold sprechen wollen, oder, wenn es um Banken geht, mit Hinrich Feddersen, zeigt, dass die Idee, den ver.di-Fachbereichen eigenen Gestaltungsspielraum zu geben, auch in der Öffentlichkeit angekommen ist. In der Darstellung unserer Politikangebote müssen wir Gewerkschaften trotzdem besser werden. Wir müssen Themen langfristig besetzen. Wir dürfen das Ausfüllen von Begriffen wie „soziale Sicherheit“ nicht den politischen Gegnern überlassen. Und wir müssen aufhören, bei der Lösung politischer Probleme zu sehr auf die SPD zu schießen. Das Pfund, das wir viel stärker in die Waagschale werfen müssen, sind unsere Mitglieder.

Zweieinhalb Jahre war ich gemeinsam mit meiner Frau Ursula in der Pressestelle in Berlin. Viel gesehen von der Stadt haben wir leider trotzdem nicht. Im Mai gehen wir zurück nach Stuttgart. Dort will ich noch einmal etwas ganz anderes machen: Bücher herausgeben. Nicht nur das Gewerkschaftsjahrbuch „werden“, sondern bei „internet-editionen.de“ auch aktuelle und vergriffene Literatur.

Wachsende Kritik an Banken und EZB

Ein hoher Euro-Kurs, teure Bankkredite und die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank gefährden die wirtschaftliche Erholung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der Ruf nach niedrigeren Leitzinsen und nach günstigeren Darlehen wird lauter. Der Aufschwung 2004, so der neue Wirtschaftsweiser Peter Bofinger, dürfe nicht dem starren Blick auf die Inflationsrate geopfert werden.

Geht dem Aufschwung die Luft aus, noch ehe er recht begonnen hat? Das Jahr fing zwar vielversprechend an, inzwischen aber hat sich die wirtschaftliche Erholung spürbar verlangsamt. Die Auftragseingänge der Industrie, die Ausgaben der Verbraucher, die Arbeitslosenquote – die meisten volkswirtschaftlichen Daten sind im Februar schlechter ausgefallen als erwartet.

Eine der Hauptursachen für den Rückschlag sehen die Experten im festen Euro. Der hohe Wechselkurs verteuert die Exporte und schwächt damit die europäischen Unternehmen im Wettbewerb. Um den Anstieg des Eurokurses zu stoppen, wären niedrigere Zinsen wichtig. Doch trotz eindringlicher Appelle weigert sich die Europäische Zentralbank (EZB) bisher beharrlich, die Leitzinsen zurückzunehmen.

Mit dieser Geldpolitik, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, werde die EZB „zunehmend zu einem Wachstums- und Beschäftigungshindernis“. Weil die EZB mit ihrer Zinspolitik den Euro stärkt und so dem Export schadet. Und weil sie die Investitionen der Firmen und die Kaufkraft der privaten Haushalte bremst. Eine Senkung der Leitzinsen von 2,0 auf 1,5 Prozent sei notwendig, um die Investitionsbereitschaft anzukurbeln, sagt Putzhammer. Vor dem Hintergrund historisch niedriger Preissteigerungsraten und sinkender Inflationserwartungen gebe es keinen sachlichen Grund gegen eine Zinssenkung.

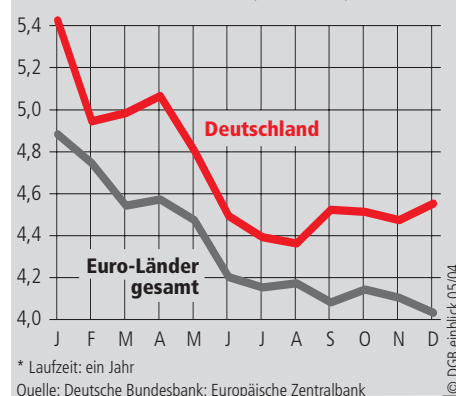
Die Gefahr, dass ein Zinsschritt der EZB die Inflationsgefahr erhöht, ist gering. Für 2004 wird inzwischen nur noch eine Preissteigerungsrate von 1,6 Prozent vorausgesagt –

deutlich weniger als die von der EZB angepeilte Zielmarke von knapp unter 2,0 Prozent.

Immer mehr Ökonomen und auch die Kommentatoren der Wirtschaftspresse – von der FAZ bis zur

Hochzinsland Deutschland

Zinssätze für Unternehmenskredite bis eine Million Euro* in Deutschland und in den Euro-Ländern 2003 (in Prozent)



Deutsche Banken verlangen von ihren Firmenkunden deutlich höhere Zinsen als Kreditinstitute in anderen Euro-Ländern. Bei den für die mittelständischen Betriebe wichtigen Krediten von bis zu einer Million Euro lag die Differenz 2003 im Schnitt bei einem halben Prozent.

Zeit – legen der Notenbank nahe, den Spielraum zu nutzen, der sich aus der geringen Inflationsrate ergibt. Sie sehen die Gefahr, dass eine allzu harte Haltung der EZB den Aufschwung gefährden könnte. Nach drei Jahren Stagnation wäre es fatal, wenn die wirtschaftliche Erholung auch 2004 nicht gelingt. „Wenn der Aufschwung in Deutschland in diesem Jahr ausfällt“, sagte Peter Bofinger, künftiges Mitglied im Sachverständigenrat, gegenüber einblick, „dann hätte das gravierendere Folgen, als wenn die Inflationsrate auf 2,5 Prozent steigen würde“.

Ob sich aus den ersten positiven Konjunktursignalen zu Jahresbeginn ein sich selbst tragendes Wachstum entwickelt, wird entscheidend auch davon abhängen, ob die Wirtschaft mit genügend finanziellen Mitteln versorgt wird. Aber nicht nur die EZB ist gefordert. Auch die Kreditinstitute müssen ihre Zinsen senken, damit der Aufschwung eine Chance hat. Bisher haben die deutschen Banken noch nicht einmal die letzte Leitzinssenkung der EZB vom Juni 2003 in vollem Umfang an ihre Kunden weitergegeben. Besonders bei Überziehungs-, Wohnungsbau- und Unternehmenskrediten blockieren sie. „Die deutschen Firmen müssen für Kredite deutlich mehr bezahlen als ihre Wettbewerber im Rest der Euro-Zone“, klagt die *Financial Times Deutschland*.

Nach Berechnungen der Bundesbank sind kurzfristige Kredite in Deutschland um 0,22 Prozentpunkte und langfristige um bis zu 0,51 Prozentpunkte teurer als im europäischen Ausland. Die Zinspolitik der Banken trifft vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, die nur über eine geringe Eigenkapitaldecke und wenige Sicherheiten verfügen. Aber gerade diese Unternehmen sind die Hoffnungsträger für die Konjunktur. Ohne Kredite blieben die Investitionspläne vieler Firmen auf der Strecke, sagt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Er fordert, dass die Banken endlich ihrer Verantwortung nachkommen und die Wirtschaft stärken, statt ihre Bilanzen auf Kosten von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu sanieren. ●

Die Preise im Visier

Vorrangiges Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) ist es nach den Verträgen

von Maastricht, für Preisniveaustabilität im Euro-Währungsraum zu sorgen.

Die Politik der 1998 gegründeten EZB ist deshalb sehr restriktiv auf eine Begrenzung der Geldmenge gerichtet. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Leitzins, von dem die Konditionen abhängen, zu denen die Geschäftsbanken mit Geld ausgestattet werden.

Mit ihrer ausschließlich am Preisniveau orientierten Politik unterscheidet sich die EZB von anderen wichtigen Zentralbanken, die auch das Wirtschaftswachstum im Auge haben. So hat die US-Notenbank die amerikanischen Leitzinsen in den vergangenen drei Jahren deutlich stärker heruntergefahren als die EZB, um der Wirtschaftsflaute entgegen zu wirken.

Die Politik der EZB ist ein wesentlicher Grund für den festen Kurs des Euro, da die vergleichsweise hohen Zinsen Kapital aus Amerika und Asien anziehen. Der starke Euro belastet die hiesige Wirtschaft, weil er europäische Waren international teuer macht. Wenn die Devisenexperten Recht behalten und der Euro schon bald auf über 1,30 Dollar steigt, wäre das Gift für Europas Exportindustrie.

18.–24.3.2004
Hannover · Germany

CeBIT 2004



Gewerkschaften mit großem Programm

„Get the spirit of tomorrow“, unter dem Motto der diesjährigen CeBIT sind auch IG Metall und ver.di wieder dabei. Die IG Metall ist vom 18. bis 24. März bereits zum fünften Mal auf der weltgrößten Computermesse in Hannover vertreten. Dabei will sie 2004 die Neuauflage ihrer – fast schon traditionellen – IT-Gehaltsanalyse vor-

stellen. Darüber hinaus gibt es Infos zum Arbeitsvertrag und rund um den Job, über Einstiegsgehälter sowie zahlreiche fachspezifische Vorträge. Betriebsräte und Jugendvertreter aus IT-Unternehmen stehen für Gespräche zur Verfügung. Auch die ver.di-VertreterInnen zählen inzwischen zu den alten Hasen der Computermesse. Von OnForTe über die Kampagne „Online-Rechte für Onlinebeschäftigte“, Veranstaltungen zu Arbeitszeitpolitik, E-Learning, Innovationspolitik, den Projekten connex-av, ver.di-Innotec und der ver.di-Jugend verspricht der ver.di-Stand ein umfangreiches und spannendes Programm. Der Stand ist auch Ausgangspunkt für Fachführungen. •

www.igmetall.de/branchen/it_industrie/cebit_2004
www.verdi-tk-it.de/fachinfo/downloads/komml_i_cebit

•

Workshop Zukunft

Schulprojekt über Europa

In einem gemeinsamen Schulprojekt können deutsche und polnische SchülerInnen ab September mehr über Leben und Arbeiten in Europa erfahren. Das Projekt „Mobil in Europa“ ist eine Initiative von DGB und der polnischen Lehrerergewerkschaft. Die PädagogInnen der DGB-Lernwelt Workshop Zukunft erarbeiten dafür in den kommenden Monaten zweisprachige Unterrichtsmaterialien, richten ein virtuelles Klassenzimmer im Internet ein und planen eine Lehrerfortbildung. Teilnehmen am Projekt können bilinguale Schulen aus Polen und Brandenburg. •

www.workshop-zukunft.de

und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen. Anmeldeschluss ist der 17. März. •

Tel. 0211/136 22 219
Fax 0211/136 22 52 19
brunhilde.glar.nrw@spd.de

DGB-Bildungswerk

Kooperation beim Gesundheitsschutz

Krankenkassen, Unfallversicherer, Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften arbeiten beim betrieblichen Gesundheitsschutz zusammen. Überblick über Aufgabenteilung und Strategie der Kooperation vermittelt der Workshop „Betriebliche Gesund-

heitsförderung“ vom 27. bis 30. Juni in Pöcking am Starnberger See. Veranstalterin ist das DGB-Bildungswerk, Kooperationspartner sind u.a. Hans-Böckler-Stiftung und IG BAU. Die Teilnahme kostet 450 Euro, Kost und Logis zusätzliche 150 Euro. •

Tel. 0211/43 01 372
marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de

Saubere Kleidung

Kampagne zur Olympiade

Rechtzeitig vor den Olympischen Spielen in Athen soll die Kampagne „Play Fair at the Olym-

DGB-Bildungswerk

Integration durch Einbürgerung

Eine unkomplizierte Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an MigrantInnen ist wichtig für eine reibungslose Integration. Wie es bestens in der Praxis läuft, steht im Mittelpunkt der Tagung „Einbürgern – Mitentscheiden“ des DGB-Bildungswerks. Die Veranstaltung am 24. und 25. März in Düsseldorf zeigt, was MigrantInnenorganisationen, Stadtverwaltungen oder Gewerkschaften beitragen können. Tagungskosten, Verpflegung und Reisekostenzuschuss zahlt der Veranstalter. •

Fax 0211/43 01 137
migration@dgb-bildungswerk.de

pics“ auf die Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie hinweisen. Die Aktion wird getragen von der Kampagne für „saubere“ Kleidung, Oxfam und DGB. Grundlage ist eine Studie, die zeigt, wie globale Unternehmen systematisch Arbeitsschutz und ArbeitnehmerInnenrechte untergraben. Ziel der Kampagne ist eine sozial verantwortliche Beschaffungspolitik in der Sportartikelindustrie. •

www.faiolympics.org

Hans-Böckler-Stiftung

Zukunft der Kassenkarten

Krankenversichertenkarten sollen zukünftig auch Patientendaten speichern können. „Wird die Elektronische Gesundheitskarte die Kosten dämpfen und die Qualität sichern?“ ist Titel einer Veranstaltung am 27. März in Düsseldorf. OrganisatorInnen sind die Hans-Böckler-Stiftung und die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen

••• Der **DGB NRW** hat gemeinsam mit dem Westdeutschen Handwerkskammertag und dem Kolping-Landesverband NRW eine **Initiative** zur Änderung der Vergabekriterien bei der Ausschreibung von Weiterbildungsdienstleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) gestartet. Unter dem Motto „Qualitätsoffensive statt Ausverkauf“ fordern alle drei Verbände, dass die Aufträge regional ausgeschrieben werden. Die Anbieter müssten „Nähe zum regionalen Arbeitsmarkt“ mitbringen. Zudem müsse bei der Vergabe der bislang

erreichte Integrationsgrad in den ersten Arbeitsmarkt „ausschlaggebendes Kriterium“ sein. Infos: Ralf Bartels, Tel. 0211/36 83 145

••• Der **DGB Bayern** und der Bayerische Beamtenbund (BBB) haben gemeinsam **Widerstand** gegen die Sparbeschlüsse der Bayerischen Staatsregierung angekündigt. Die Vorsitzenden Fritz Schösser (DGB) und Rolf Habermann (BBB) protestieren gegen die erneute Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamte ohne Gehaltsausgleich sowie das Fehlen eines „klaren Konzepts“ bei der Verwaltungsreform.

Es ist das erste Mal, dass DGB und BBB gemeinsam gegen Pläne der Landesregierung protestieren.

Infos: Christiane Voigt, Tel. 089/5 17 00 204.

••• Der **DGB Hamburg** war mit dem von ihm mit initiierten **Volksentscheid** gegen die Privatisierung städtischer Krankenhäuser erfolgreich. Am 29. Februar votierten fast 590 000 HamburgerInnen für den Verbleib der Krankenhäuser in städtischer Hand. Nötig für einen Erfolg wären lediglich 220 000 Stimmen gewesen. Infos: Claudia Falk, Tel. 040/28 58 247

interregio

GEWERKSCHAFTEN

Binnenstruktur der DGB-Regionen

Auch der Spaßfaktor muss stimmen

Die Bedingungen für ehrenamtliche Arbeit im DGB sind nicht leichter geworden, seitdem in den meisten Betrieben die Folgen der Wirtschaftskrise zu spüren sind. Wenn's im Betrieb brennt, wird auch die Zeit fürs Ehrenamt knapp. Dass ehrenamtliche Arbeit trotzdem erfolgreich sein kann, zeigen die noch bis Ende Juli vom DGB-Bundesvorstand geförderten Projekte zur „Binnenstruktur der Regionen“.

180 Projekte hatten die DGB-Regionen im vergangenen Jahr vorgeschlagen, knapp 120 haben eine zeitlich befristete Anschubfinanzierung erhalten. Ihr Ziel: neue Wege der ehrenamtlichen Arbeit erproben. Vor allem aber: Modelle entwickeln, die später auch in anderen Regionen umgesetzt werden können.

Die inhaltliche Spannweite der Projekte ist groß. Die Schwerpunkte liegen nicht nur in der Umset-

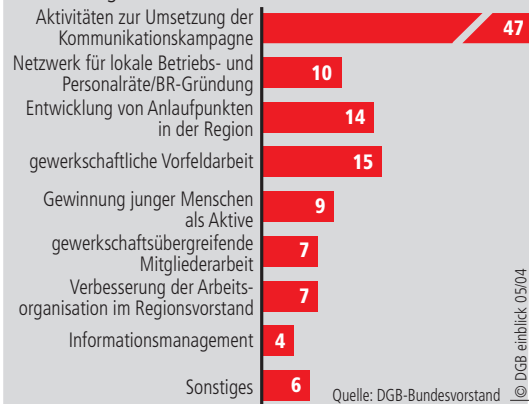
tischer Hilfskräfte zielt. In der Region Vogtland-Zwickau fördert der DGB die mobile Sozialberatung der örtlichen Arbeitsloseninitiative. Ob die Ratsuchenden Gewerkschaftsmitglied sind, ist dort zweitrangig. Niemand wird weggeschickt. Aber das Projekt versucht erfolgreich, Arbeitslose in der Gewerkschaft zu halten. Und in Kassel hat der DGB einen Stadtverband gegründet, trotz des örtlichen Regionssit-

hen. In Landshut hat der DGB eine eigene Werbekampagne zu den Sozialwahlen 2005 gestartet. Sie soll „die Zusammenarbeit der Ehrenamtlichen in der Region beflügeln“, hofft Organisationssekretär Hans-Dieter Schenk. Und im Ortenau-Kreis hat der DGB ein Seminarkonzept zur Qualitätssteigerung der Ortsverbandsarbeit entwickelt. Jürgen Höfflin, mit 37 Jahren jüngster Regionsvorsitzender, ist gleich für drei ehemalige DGB-Kreise zuständig. Die Schließung des früheren DGB-Kreises Lörrach-Waldshut hält er für einen Fehler. Um trotzdem vor Ort aktiv zu sein, träumt er von der Entwicklung eines „A-Teams“, von 10 bis 15 Aktiven, die in Greenpeace-Manier aktiv werden. Seine Erfahrung: „Die Mitglieder, die in den Gewerkschaften aktiv sind, laufen meist selbst am Limit.“ Der DGB müsste sich deshalb von Routinearbeit befreien und mehr Projektarbeit und Foren anbieten, um in der Fläche wahrgenommen zu werden. Und er müsste mehr zuhören, was in den Betrieben läuft, und die Probleme aufgreifen. Zum Beispiel den Stellenabbau. Aber vor allem: „Die Arbeit im DGB muss Spaß machen, damit wir wieder für junge Leute attraktiv werden.“

Ende Juli läuft die Förderung der Projekte aus. Die Befristung hatte der DGB von vornherein bewusst gewählt. In die Förderung aufgenommen wurden nur Projekte, die auch von den Gewerkschaften vor Ort mitgetragen werden. Sie sollen nachhaltig sein. •

Nachhaltigkeit angestrebt

Projekte zur Weiterentwicklung der Binnenstruktur der DGB-Regionen



In 47 der 119 vom DGB-Bundesvorstand geförderten Projekte zur Weiterentwicklung der Binnenstruktur der Regionen steht die Umsetzung der Kommunikationskampagne im Vordergrund. In 39 Projekten geht es um neue Wege in der DGB-Vorfeldarbeit, um die Entwicklung von Anlaufpunkten für Mitglieder und Aktive in der Region und um den Aufbau lokaler Netzwerke für Betriebs- und Personalräte.

zung der im vergangenen Jahr gestarteten Kommunikationskampagne und im Aufbau regionaler Netzwerke für die Betriebs- und Personalräte, sondern bei etlichen Projekten auch in der Entwicklung von Angeboten für Nichtmitglieder und in der Gewinnung jüngerer Menschen.

In Freiburg zum Beispiel unterstützt der DGB das Hochschulinformationsbüro, eins von fünf Uni-Projekten. Neben der Beratung von StudentInnen und der Organisation einer Veranstaltungsreihe gibt es dort eine Tarifvertragsinitiative, die auf eine bessere Bezahlung studen-

tes, und ist damit auf einmal für junge Mitglieder attraktiv. „Einen Ortsverband gibt es eigentlich nur auf dem flachen Land und in Städten ohne Regionssitz“, sagt die Regionsvorsitzende Katharina Seewald. „Ich fand das ein Unding.“ Sieben Mitglieder zählt der aktive Kern des neuen Stadtverbands, keiner ist älter als Anfang 30. Ihr Ziel: der Aufbau eines mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Organisiert werden aber auch JAV-Seminare und Bildungsveranstaltungen über Globalisierung.

Auch konventionelle Themen lassen sich unkonventionell ange-

Aktionstag am 3. April

Überall in Europa das gleiche Bild: Der Sozialstaat wird abgebaut, staatliche Leistun-

gen werden privatisiert, Arbeitnehmerrechte eingeschränkt.

Gegen diesen Sozialabbau wollen die europäischen Gewerkschaften am 2./3. April mit zahlreichen Veranstaltungen, Aktionen und Demos Zeichen setzen.

„Aufstehen, damit es endlich besser wird!“ Unter diesem Motto ruft der DGB für den 3. April 2004 zu Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart auf. Hauptredner in Berlin: Michael Sommer, DGB; Bernard Thibault, CGT Frankreich; in Stuttgart: Frank Bsirske, ver.di; Giorgio Caprioli, CISL Italien; in Köln: Jürgen Peters, IG Metall; Wanja Lundby, LO Schweden.

Ein umfangreiches kulturelles Rahmenprogramm ergänzt die politische Demonstration. In Berlin treten Die Prinzen aus Leipzig, Heinz Rudolf Kunze mit Band sowie die Folkrockband Die Transsylvanians auf.

In Stuttgart werden neben Fools Garden und den hessischen Rodgau Monotones die Ska Band Blue Babies sowie Chain of Fools aufspielen. Für Bewegung nach der Demo sollen in Köln die Popgröße Nena und die Költsch-rocker von Brings sorgen.

www.dgb.de



kurz&bündig

DGB

Der DGB und die Evangelische Kirche in Deutschland

(EKD) werden ihre Gespräche zur Wirtschafts- und Sozialpolitik fortsetzen. EKD-Ratsvorsitzender Wolfgang Huber und DGB-Vorsitzender Michael Sommer vereinbarten ein breites Themenspektrum, von der Reform der Sozialsysteme bis zu familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen.

NGG

Die Gewerkschaft NGG prüft eine Klage gegen die EU-Kommission, weil diese das Unkrautvernichtungsmittel Paraquat in eine Positivliste für zulässige Substanzen aufgenommen hat. Paraquat ist in vielen EU-Staaten wegen gesundheitsschädlicher Wirkungen verboten. Nationale Entscheidungen zum Schutz der Menschen dürften nicht durch EU-Recht unterlaufen werden.

DGB

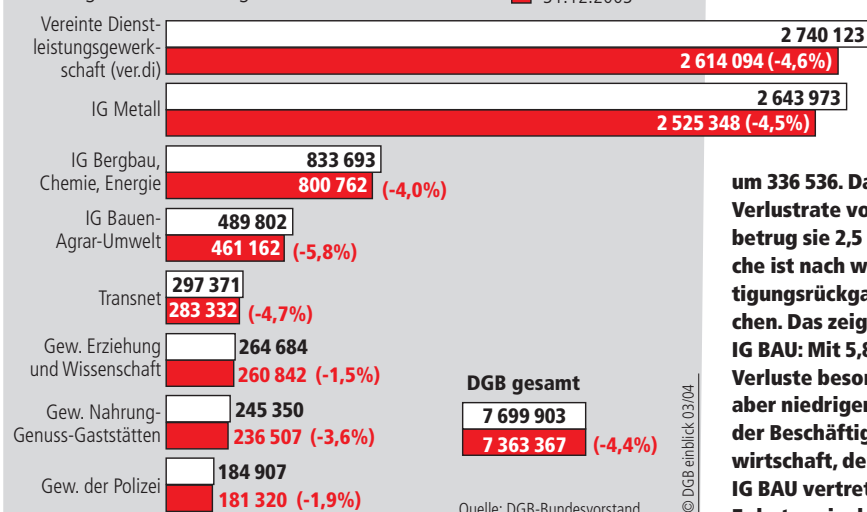
Der DGB hat sich dagegen ausgesprochen, Arbeitszeit oder Entgelt von BeamtInnen durch Verordnungen und Gesetze zu regeln und umfassende Tarifverhandlungen gefordert. Nur so würde die Reform des Beamtenrechts auch von den ArbeitnehmerInnen mitgetragen, so DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock.



Die IG Metall hat eine Verfassungsklage gegen das Urteil des Bundessozialgerichts angekündigt, wonach Arbeitslose bei vorgezogener Rente Abschläge von bis zu 18 Prozent in Kauf nehmen müssen. Das sei unzumutbar.

Erhöhte Verluste

DGB-Mitgliederentwicklung 2002 – 2003



Die Hoffnung auf eine Trendwende in der Mitgliederentwicklung hat sich

noch nicht erfüllt: 2003 sank die Mitgliederzahl in den DGB-Gewerkschaften

um 336 536. Das bedeutet eine Verlustrate von 4,4 Prozent. 2002 betrug sie 2,5 Prozent. Eine Ursache ist nach wie vor der Beschäftigungsrückgang in vielen Branchen. Das zeigt das Beispiel der IG BAU: Mit 5,8 Prozent sind ihre Verluste besonders hoch. Sie sind aber niedriger als der Rückgang der Beschäftigten in der Bauwirtschaft, der größten von der IG BAU vertretenen Branche: Er betrug im letzten Jahr sieben

Prozent. Erfolge konnte die IG BAU – wie auch die anderen Gewerkschaften – beim Nachwuchs erzielen: Mit 9324 neu aufgenommenen Azubis 2003 hat die IG BAU ihr Vorjahresergebnis um knapp 1000 übertroffen.

Fragen an ...



Am 3. März hat der Aufsichtsrat der DGB Rechtsschutz GmbH beraten, wie die Ausgaben an die gesunkenen Einnahmen angepasst werden können. einblick fragte DGB-Vorstand Dietmar Hexel, 54, wie trotz der Einsparungen von fünf Millionen Euro ein qualitativ guter Rechtsschutz erhalten werden kann.

nicht länger werden, es also keinen Rückzug aus der Fläche gibt?

■ „Rückzug aus der Fläche“ ist ein Kampfbegriff. Er hilft uns nicht weiter. Die Zahl eigener Büros sagt noch nichts über die Qualität der Erreichbarkeit. Wenn es in einem Ort nur 200 Fälle pro Jahr gibt, können wir dort kein Rechtsschutzbüro unterhalten, aber ein Rechtsschutzsekretär kann z.B. zwei Tage vor Ort sein. Und ob er dann in einem Büro der IG Metall sitzt oder in einem anderen Büro, ist nebensächlich. Wir müssen die hohen Overheadkosten für ständig besetzte Büros, die nicht ausgelastet sind, verringern. Um trotzdem an möglichst vielen Orten präsent zu sein, ist eine Reihe von Maßnahmen denkbar: Teilzeitbesetzungen einzelner Standorte, Aufbau flexibler Beratungsteams, Formen der Kooperation mit den Gewerkschaften.

■ Das Finanzierungsproblem ließe sich auch dadurch lösen, dass der Anteil des Rechtsschutzes an den DGB-Einnahmen erhöht wird.

■ Diese Annahme ist falsch. Der Anteil von 40 Prozent ist eine Maximalgrenze, und zwar nicht nur aus steuerlichen Gründen. Das sehen auch die Gewerkschaftsvorsitzenden so.

■ Der Aufsichtsrat hat am 3. März nur einen Grundsatzbeschluss gefasst. Wie sollen die Kosten konkret reduziert werden?

■ Die Geschäftsführung wird bis zur Aufsichtsratssitzung am 8. Juni ein auf die Bedingungen der einzelnen Regionen zugeschnittenes Konzept vorlegen. Gesucht sind intelligente Lösungen, die auch Ideen der Beschäftigten einbeziehen. Ich bin hier sehr optimistisch.

- Der Rechtsschutz ist eine der wichtigsten Leistungen der Gewerkschaften. Führen die geplanten Sparmaßnahmen nicht zu einem Qualitätsverlust?
- Nein, denn unser Ziel ist es, den Rechtsschutz trotz rückläufiger Mittel auf hohem Qualitätsstandard zu halten. Wir haben mit rund 850 Beschäftigten, darunter über 200 Volljuristen, eine tolle Mannschaft mit vielen Talenten und eine in Europa einmalige Kompetenz im Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsrecht. Der Aufsichtsrat hat zur Kostenanpassung einstimmig drei Maßnahmen vorgeschlagen: Erstens brauchen wir eine intelligente Betriebs- und Arbeitsorganisation, die die vorhandenen Ressourcen optimal nutzt und auf die unterschiedlichen Belastungen Rücksicht nimmt. Zweitens sollen die Sachkosten durch eine Reduzierung der ständig besetzten Standorte gesenkt werden. Und drittens müssen wir die Personalkosten durch einen sozialverträglichen, behutsamen Stellenabbau verringern. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen sollen vermieden werden.
- Wie kann der Rechtsschutz so organisiert werden, dass die Anfahrtwege für die Mitglieder

Agenda 2010

Der Schmoldt-Winkel ist produktiver

Seit auch Rot-Grün das Stopfen großer Löcher mit dem Geld kleiner Leute zur höchsten Regierungskunst erkoren hat, tun sich die Gewerkschaften schwer, darauf eine politische Antwort zu finden. Vielleicht, weil es mit einer Antwort nicht getan ist. Der Publizist Hans-Jürgen Arlt schlägt fünf vor.

1. Sich nicht gekränkt und beleidigt in den Schmollwinkel zurückziehen. Da finde ich den Schmoldt-Winkel produktiver. Gewerkschaftsvorstände werden nicht dafür bezahlt, dass sie beleidigt sind, sondern dass sie verhandeln, verhandeln, verhandeln. Mit wem wollen sie mit Aussicht auf Erfolg reden, wenn nicht mit einem SPD-Kanzler? Gerade weil eine rot-grüne Koalition den Agenda-Kurs niemals mit innerer Überzeugung fahren wird, gibt es Anknüpfungspunkte, um auf Widersprüche hinzuweisen, um Verbesserungen zu erreichen oder um böse Verschlechterungen zu verhindern.

2. Öffentlichen Protest organisieren. Der gewerkschaftliche Widerspruch gehört in große Säle, in die Medien, auf die Straßen und Plätze. **Aber bitte nicht mit dieser martialischen Geste, hier stehe ich und wenn ich falle, geht die Welt unter.** Nein, wir werden nur kleiner, wenn wir fallen. Fundamentalopposition ist nicht mehr als das Muskelspiel von Möchtegern-Riesen, die in die Wirklichkeit als politische Zwerge zurückkehren müssen.

3. Nicht rumschimpfen, sondern Aufklärungsarbeit leisten. Wer morgen eine bessere Regierungspolitik haben will, muss heute beginnen, gesellschaftliche Mehrheiten für seine Positionen zu gewinnen. Es hätte zum Beispiel keine ökologische Regierungspolitik gegeben ohne ein ökologisches Bewusstsein in der Gesellschaft. Der Zustand der Regierungspolitik verrät vor allem etwas über den Zustand der Gesellschaft. Solange die Interessen und Erwartungen der gesellschaftlichen Akteure bleiben, wie sie sind, wird auch die Regierung ihre Politik nicht nennenswert ändern.

Ein Beispiel: Mit wachsender Begeisterung wird erzählt, wie schrecklich es ist, dass heute vier Erwerbstätige einen Rentner finanzieren müssen und 2050 knapp zwei Erwerbstätige. Wenn das die ganze Wahrheit ist, wären wir alle längst verhungert. Hätten wir zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen Bauern gefragt, ob er – wie heute – 88 Menschen ernähren kann, hätte er uns für verrückt erklärt, denn er konnte froh sein, wenn er für seine Familie genug erwirtschaftete. Vor hundert Jahren kamen übrigens zwölf Erwerbstätige auf einen Rentner, also drei Mal so viel wie heute. Solche Zahlen in die Welt zu setzen und die Entwicklung der Produktivität zu verschweigen, das ist unlauterer politischer Wettbe-

werb. **Aufklärung, hier verstanden als Befreiung des Menschen aus selbst- oder fremdverschuldeter Unwissenheit, bleibt ein gutes Programm.** Deshalb darf man auch nicht verschweigen: Je stärker die Produktivität wächst, desto unwahrscheinlicher wird es, dass zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

4. An anderen Lösungen arbeiten. Hätten die Gewerkschaften die Jeremiaden von Jammergestalten auf Chfesseln stets für bare Münze genommen, dass der Wettbewerb immer schlimmer, die Kosten immer höher, die Steuern eine Last, die Löhne unbezahlbar seien – die ArbeitnehmerInnen wären nie auf einen grünen Zweig gekommen. Die Gewerkschaften tun gut daran, an arbeitnehmerfreundlichen Vorschlägen in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu arbeiten und ihre Lösungen zu propagieren. **Mein Eindruck ist allerdings, dass wir hier schwächer auf der Brust sind, als uns gut tut, dass wir uns zu viel mit der Verteidigung des Erreichten, zu wenig mit der Entwicklung neuer Ideen beschäftigen, dass wir zu oft auf Abschiedsfeiern, zu selten bei Grundsteinlegungen dabei sind.**

5. Wieder über Alternativen zu kapitalistischen Sackgassen reden. Wer auf den höchst möglichen Gewinn aus ist, der will und muss ausbeuten, die Menschen und die Natur. Arbeit wird zur hässlichen Restgröße des Wertschöpfungsprozesses degradiert, statt die humane Basis für ein gutes Leben zu bilden. „(Markt)Wirtschaftlich“ und „kapitalistisch“ sind zwei paar Stiefel. **Der Begriff „Wirtschaftlichkeit“ muss aus seiner kapitalistischen Engführung herausgeholt und strikt gekoppelt werden mit Sozialpflichtigkeit, Nachhaltigkeit und Chancengleichheit.**

Kurzfassung: Die Herausforderungen der Agenda-Politik annehmen, bedeutet für die Gewerkschaften, erstens zu verhandeln, zweitens öffentlich zu protestieren, drittens Aufklärungsarbeit zu leisten, viertens an anderen Lösungen zu arbeiten, fünftens wieder über Alternativen zum Kapitalismus zu reden. **Das Wichtige bei alledem ist, dass man alle fünf Dinge gleichzeitig tut.** Cäsar hat sieben Dinge auf einmal gekonnt, also das wird doch zu schaffen sein. •

Union toppt Agenda 2010

Eingriffe in die Tarifautonomie stehen bei den Unionsparteien nach wie vor auf der Tagesordnung. Am 8. März präsentierten sie ihr „Sofortprogramm“ im Arbeits- und Steuerrecht im Fall einer Regierungsübernahme. Danach soll der Kündigungsschutz massiv gelockert werden. So wollen CDU/CSU die mögliche Befristung von Arbeitsverhältnissen auf vier Jahre ausdeh-



Der Publizist Hans-Jürgen Arlt, 56, leitete von 1990 bis 2002 die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des DGB.

nen. Bei der Einstellung von ArbeitnehmerInnen über 50 Jahre soll das Kündigungsschutzgesetz nicht mehr gelten, falls eine freiwillige Abfindung gewählt wird. Langzeitarbeitslose sollen ein Jahr lang unter Tarif bezahlt werden können. Betriebliche Bündnisse sollen erleichtert, das Recht auf Teilzeitarbeit eingeschränkt werden.

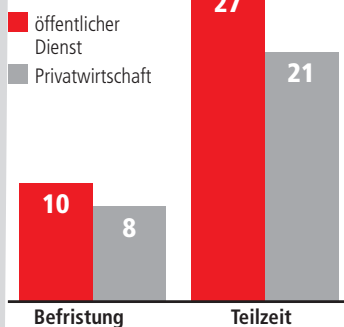
Weitergehende Vorschläge zum Arbeitsrecht und zur Schwächung der Tarifverträge wurden nach heftigem Protest aus den eigenen Reihen zurückgenommen. Vorläufig. Die Parteivorsitzenden Angela Merkel (CDU) und Edmund Stoiber (CSU) stellten klar, dass sie radikalere Änderungen in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch regeln wollen.

Foto: Karsten Thielker

ÖFFENTLICHER DIENST: Flexibler als die Privatwirtschaft

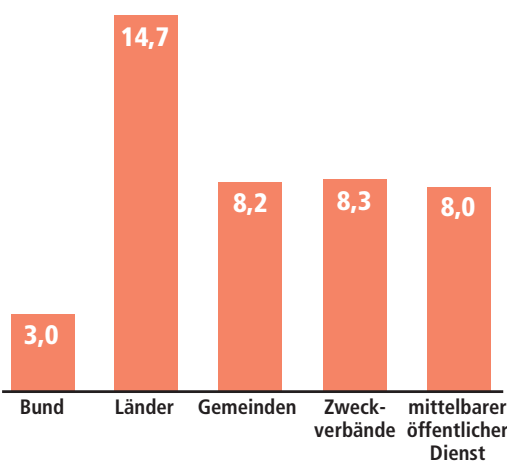
Bei öffentlichen Arbeitgebern arbeiten prozentual mehr Menschen befristet oder in Teilzeit als in der Privatwirtschaft. Während in der Privatwirtschaft vor allem mit Aufhebungsverträgen und betriebsbedingten Kündigungen Personal abgebaut wird, wurden die Personalkosten im öffentlichen Dienst auch durch Befristung und Teilzeit reduziert. Dabei nutzen die öffentlichen Arbeitgeber die Instrumente unterschiedlich. Der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse beträgt beim Bund drei Prozent, bei den Ländern 14,7 Prozent.

Befristete Arbeitsverhältnisse und Teilzeitstellen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft 2002 (in Prozent)



Quelle: WSI-Mitteilungen 2/2004

Befristung nach Anstellungsträgern im öffentlichen Dienst (in Prozent)



© DGB einblick 05/04

personalien

... Der Aufsichtsrat der DGB Rechtsschutz GmbH hat am 3. März in seiner konstituierenden Sitzung den Frankfurter Rechtsanwalt **Wolfgang Apitzsch**, 57, zum Vorsitzenden gewählt.

... Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat am 8. März die ver.di-Vorstandsmitglieder **Franz Tremel**, 59, und **Erhard Ott**, 51, sowie den Arbeitsdirektor des Bremer Unternehmens EUROGATE, **Heinz Brandt**, in das Kuratorium der Hans-Böckler-Stiftung berufen. Die Amtsperiode läuft noch bis Ende 2004.

... **Hermann Zoller**, 64, Redakteur und dann Pressesprecher der IG Druck und Papier, später der IG Medien, seit März 2001 stellvertre-

tender Leiter der Pressestelle der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, geht am 17. März in seinen Jahresurlaub und von dort in Rente.

14 TAGE

16.3. DGB Bayern, Demonstration gegen die bayerische Kürzungspolitik, München

16.3. DGB Sachsen-Anhalt, Tagung „Im Osten was Neues? – Wirtschaft und Arbeitsmarkt“, Halle/Saale

17.3. ver.di-Reihe Sicht-Weisen, „Übernimmt Deutschland das amerikanische Modell? Innovationspolitik unter Globalisierungsdruck“, Berlin

17.3. DGB Thüringen, „MigrantInnen in Thüringen – Perspektiven zur Landtagswahl“, Erfurt

17.3. DGB Saar, Politischer Empfang zum Europäischen Aktionstag, Neunkirchen

18.3. DGB Frankfurt-Rhein-Main, Veranstaltung „Nach Hartz, Agenda 2010 und dem sozialen Kahlschlag der hessischen Landesregierung“, Frankfurt/Main

18.3. DGB Augsburg, Diskussion „Gewerkschaften und SPD: Gemeinsame Wurzeln – gemeinsamer Weg?“, Augsburg

18./19.3. DGB-Bundesvorstand, Internationale Fachkonferenz „Organisieren, nicht resignieren – Das Recht auf Vereinigungsfreiheit für die informelle Wirtschaft“, Berlin

20.3. DGB Berlin-Brandenburg, Tagung „Europa 2004 –

Erweiterung ohne Verfassung?“, Potsdam

21.3. „Jeder für sich – und wer für alle? Brauchen wir einen neuen Karl Marx?“, Politische Matinee des Berliner Ensemble gemeinsam mit dem DGB, Berlin

23.3. DGB West, Diskussionsrunde „Sozialabbau – konzertrierte Aktion in Europa?“, mit Horst Schmitthener, IG Metall, Mainz

25.3. DGB Köln-Leverkusen-Erft-Berg, Podiumsdiskussion „Im Osten geht die Sonne auf?“ – Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung, Köln

25.-27.3. GEW, Zukunftskonferenz „Interkulturelle Öffnung der GEW“, Goslar

27.3. DGB Baden-Württemberg, Zukunftsdebatte: Positionen des DGB zur Politik der Zukunft, Ulm

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlfeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38. Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt.

„Post-Chef Zumwinkel bleibt im Tarifstreit hart – Höhere Dividende geplant“

Überschrift eines Interviews mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post AG, Klaus Zumwinkel, in der Berliner Morgenpost vom 2. März

Ausbildungsplatzumlage

Kommt sie, kommt sie nicht...

Nach Jahren der politischen Auseinandersetzung soll die Finanzierung der Berufsausbildung nun endlich gesetzlich geregelt werden. Und doch sorgt ein erster „Formulierungsvorschlag“ aus dem Bildungsministerium selbst bei Befürwortern der Umlage für heftige Kritik.

Der „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und Förderung des Fachkräftenachwuchses und der Berufsausbildungschancen der jungen Generation“ – kurz: „Berufsausbildungssicherungsgesetz“ – sieht vor, dass künftig Betriebe zur Kasse gebeten werden, wenn ihre Ausbildungsquote unter sieben Prozent liegt. Die Umlage soll in jedem Jahr auf der Basis fehlender Ausbildungsplätze neu berechnet werden. Dadurch will die Bundesregierung es der deutschen Wirtschaft überlassen, wie viel oder wie wenig ausgebildet wird. Auch öffentliche Arbeitgeber unterliegen dem Ausbildungs-sicherungsgesetz. Ausgenommen sind lediglich Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten.

Die Proteste aus dem öffentlichen Dienst sind neben jenen aus der Privatwirtschaft denn auch ge-



Aufstehen – auch für genügend Ausbildungsplätze. Worum es sonst am 3. April geht, steht auf Seite 5.

wiss. So werden – nicht ohne Grund – weitere Millionendefizite in den öffentlichen Haushalten befürchtet, denn auch dort wurden in der Vergangenheit Jahr für Jahr Ausbildungsplätze abgebaut. Indes begrüßt ver.di den Gesetzentwurf. Der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Frank Werneke verspricht sich mithilfe des Gesetzes eine stabile Ausbildungsfinanzierung. „Die Unternehmen haben es selbst in der Hand, ob die Abgabe

**AUF-
STEHN!**
Europäischer Aktionstag 03. April 04
DGB

fällig wird“. Überdies ziehe das Gesetz nur, wenn insgesamt nicht genügend ausgebildet werde.

Zustimmung gibt es auch aus der IG Metall. Deren Vorsitzender Jürgen Peters bezeichnete den Gesetzentwurf als „gute Grundlage für die weiteren Beratungen“. Er forderte die im Bundestag vertretenen Parteien auf, Tempo zu machen: „Wir brauchen noch in diesem Halbjahr ein Gesetz, damit im Sommer genügend Plätze für die neuen Auszubildenden zur Verfügung stehen.“

Widerspruch erntet der Entwurf hingegen von IG BCE und IG BAU. So erklärte der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoltdt, man erwarte, „dass die Zusage von Bundeskanzler Schröder und Fraktionschef Müntefering eingehalten wird, tariflichen Lösungen Vorrang zu geben“. Ein Versprechen, auf das auch die IG BAU mit ihrem existierenden Umlagesystem vertraut hatte. Aber jetzt, so Gregor Asshoff, Leiter der Hauptabteilung Politik und Grundsatzfragen, „muss man die Vermutung haben, dass der entsprechende Paragraph 11, der den tariflichen Lösungen Vorrang einräumen soll, einem anderen Ziel diene: die Gewerkschaften, die ein Interesse an tariflichen Vorrangregelungen haben, aus der Phalanx der Gesetzesbefürworter heraus zu brechen.“ Sinn würde es machen, denn neben Bundeswirtschaftsminister Clement hat auch eine Mehrheit der SPD-Länderministerpräsidenten erklärt, dass sie die Umlage nicht will. •

plusminusBERLIN



Gegen „durchsichtige Versuche“ von BDI-Präsident Rogowski zum „Generalangriff auf Arbeitnehmerrechte“ wendet sich Gerald Weiß, Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im Bundestag. Die Unternehmensmitbestimmung trägt zum sozialen Frieden bei.



Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), Ex-Grünen-Abgeordneter, hat Zeugnis seines Demokratieverständnisses ablegt und die Annahme von knapp 70 000 Unterschriften gegen den BKA-Umzug von Wiesbaden nach Berlin verweigert. Sie seien „nicht relevant“.

inhalt

Seite 3

Signale alleine reichen nicht

Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer über seine Forderungen an Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Erwartungen an den Aktionstag am 3. April und die Performance der Gewerkschaften

Seite 5

Aufstehen gegen den Stillstand

Für Heinz Rudolf Kunze, die Rodgau Monotones, die Kölsch-rock-Band Brings und für Fool's Garden ist der Auftritt beim Aktionstag am 3. April kein gewöhnlicher Gig

Seite 7

Aus der Mitte heraus verteidigen!

Die Gewerkschaften dürfen bei der Debatte über den Umbau des Sozialstaates nicht allein aus der Perspektive der Verlierer argumentieren, meint Sabine Groner-Weber



Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.einblick.dgb.de
DGB-Aufruf zu den Personalratswahlen 2004
www.ostermarsch.info
Informationen rund um die Ostermärsche**



Toennes Druck + Medien



Sie entscheiden,

wer der richtige Partner für die Produktion Ihrer Unternehmenskommunikation sein soll. Deshalb geben Sie uns die Möglichkeit, Sie von unserem vielseitigen Leistungsangebot zu überzeugen.

- Konzeption und Design
- Pre-Print
- Print
- Weiterverarbeitung
- Dialogmarketing

Wir bieten Ihnen das gesamte Spektrum der Medienproduktion aus einer Hand – Sie entscheiden, welche Komponenten für Sie interessant sind.

Setzen Sie sich mit unseren Kundenberatern in Verbindung, wir machen Ihnen gern ein Angebot.

Ihr Medienpartner.

Toennes Druck + Medien GmbH

Niermannsweg 3-5
40699 Erkrath

info@toennes-online.de
www.toennes-online.de

Telefon 0211.9 20 08-0
Telefax 0211.9 20 08-38

einblick^{6/04} POLITIK

Hartz IV

Mautdebakel war Spaziergang

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer warnt vor einem sturen Beharren auf dem Zeitplan für die Umsetzung von Hartz IV. Dem Gesetzentwurf zufolge sollen Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe ab Anfang 2005 von einer Stelle ausgezahlt werden. Gleichzeitig soll diese Stelle für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen zuständig sein. Engelen-Kefer befürchtet, dass die IT-In-

frastruktur Probleme bereiten könnte. Überdies sei das Modell insgesamt untauglich. Nach dem Optionsmodell sollen sich die Kommunen bis Ende August entscheiden, ob sie die Durchführung der Maßnahmen in eigener Regie übernehmen. Nach zunächst fünf Jahren können die Kommunen dann neu entscheiden und von da an alle drei Jahre. „Da müssen komplette Parallelstrukturen bereit gehalten werden. Nimmt man die IT-Probleme hinzu, droht ein Desaster, gegen das das Mautdebakel ein Spaziergang war.“ •

wiewardiewoche?



Um gegen geschlechtsspezifische Tarife in der privaten Renten- und Krankenversicherung zu protestieren, haben Frauen aus dem gewerkschaftlichen Umfeld am 8. März die Aktion „Tag der Abrechnung“ gestartet (einblick 4/04). Leni Breymaier, 44, stellvertretende Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg, ist eine der Initiatorinnen.

Phantastisch war die Woche – nicht nur weil die Resonanz auf unsere Aktion für Unisex-Tarife groß ist.

Auch die Mobilisierung für den 3. April läuft gut. Und außerdem habe ich noch einen Preis für Tapferkeit, Mut und Courage erhalten – den Barbara-Künkeln-Preis der Stadt Schorndorf. Gemeinsam mit der „Qualitätsoffensive Brustkrebs“ des Landesfrauenrates Baden-Württemberg wurde ich ausgezeichnet für mein Engagement für eine bessere Früherkennung und Behandlung von Brustkrebs. Das macht Mut und gibt neuen Elan, ebenso wie die große Zustimmung vieler Frauen zum „Tag der Abrechnung“. Tausende haben Bundeskanzler Schröder die „Rechnung“ präsentiert und ihn aufgefordert, die – in der Riester-Rente oder anderen privaten Rentenversicherungen – zu viel gezahlten „Frauenstrafprämien“ zurückzuzahlen und sich für Unisex-Tarife stark zu machen. Denn nach wie vor verlangen private Versicherungen von Frauen höhere Beiträge. Das ist besonders bitter deshalb, weil die Versicherten durch die Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus gezwungen sind, die Versorgungslücke privat aufzufüllen. Doch die Privaten behandeln Frauen als größere Risiken und bestrafen sie – bei gleichen Prämien – mit 15 Prozent weniger Rente als Männer. Eine Frauendiskriminierung, wie sie offensichtlicher kaum sein kann. Die Europäische Union arbeitet deshalb an einer Richtlinie, um die Unternehmen zu Unisex-Tarifen zu verpflichten. Bisher wird die aber von der Bundesregierung blockiert. Gezahlt hat der Kanzler noch nichts, es gibt bislang keine Reaktion vom Bundeskanzleramt. Dennoch bin ich guten Mutes, dass an den Unisex-Tarifen kein Weg vorbei führt. Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben eine Bundesratsinitiative gestartet. Inzwischen haben sich über 1000 Frauen auf unser Homepage eingetragen – als erste übrigens DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Und dank Alice Schwarzer als Schirmherrin gehören auch aktive Frauen aus anderen Bereichen zu den Unterstützerinnen.

www.tagderabrechnung.de

Signale allein reichen nicht

■ Stehen die Massen für den Aktionstag?

■ Die Mobilisierung läuft gut. Wir haben mit dem Aktionstag die Stimmung vieler Menschen getroffen. Auch die rot-grüne Bundesregierung schaut genau hin. Der 3. April wird zeigen, dass wir mit der Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte die Politik beeinflussen können. Ich bin optimistisch.

■ Im Bundestagswahlkampf 2002 haben die Gewerkschaften sich noch für Rot-Grün engagiert. Heute gehen sie gegen die Politik der Bundesregierung auf die Straße.

■ Es geht nicht um eine andere Regierung, sondern um eine andere Politik. Denn die Alternativen sind nicht besser, sondern schlimmer. Das gilt für die erpresserischen Forderungen der Arbeitgeber, die Ziele verfolgen, die vor zwanzig Jahren noch als verfassungsfeindlich gebrandmarkt worden wären. Das trifft aber auch auf das Programm von Angela Merkel zu. Sie will das Ende der sozialen Marktwirtschaft und damit auch das Ende der sozialen Demokratie. Aber diese Zuspitzungen entlasten Rot-Grün nicht. Denn hoffähig gemacht hat diese Politik die Agenda 2010. Deshalb sage ich: Wer diese Politik fortsetzt und zu Korrekturen nicht bereit ist, der hilft den falschen Leuten.

■ Richtet sich deine Kritik nur gegen die Umsetzung der Agenda oder auch gegen ihr Konzept?

■ Der Agenda 2010 fehlt die Perspektive. Die Analyse ist willkürlich, der Weg ist schwammig. Derzeit bestimmt aber auch nicht Rot-Grün die Politik, sondern eine große Koalition, die sich offensichtlich darauf verständigt hat, den Sozialabbau zum Programm zu machen und die Massenarbeitslosigkeit als gegeben hinzunehmen.

■ Wieso ist in der Regierungspolitik kaum eine sozialdemokratische Handschrift erkennbar?

■ Offenbar herrscht die Überzeugung vor, dass bei knapper Kassenlage die Umverteilungspolitik von unten nach oben stattfinden muss. Es gibt zurzeit in der Bundesregierung nur wenige Ansätze einer spezifischen rot-grünen Politik. Etwa in der Außenpolitik, zu der die Gewerkschaften keinen Dissens haben, oder in Teilen der Innovationspolitik. Nicht einverstanden sind wir aber mit einer Politik, die glaubt, mit sozialpolitischen Kürzungen die Arbeitslosigkeit oder die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen. Genau das Gegenteil wird eintreten.

■ Die Gewerkschaften reden zwar oft mit dem Kanzler, aber es gibt kaum konkrete Ergebnisse.

■ Das stimmt nicht ganz. Ich war gerade mit der Betriebs- und Personalräteinitiative für Tarifautonomie beim Kanzler. In diesem Gespräch hat Schröder erklärt, dass die Ausbildungsplatzumlage kommt. Er hat sich eindeutig dagegen ausgesprochen, Nacht- und Sonntagszuschläge der Steuerpflicht zu unterwerfen. Und es gibt endlich Bewegung beim Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten. Es ist nicht so, als ob der Widerstand der Gewerkschaften nichts bewirken würde.

■ Reichen die Signale der SPD aus, sich wieder auf die Gewerkschaften zubewegen zu wollen?

■ Signale allein reichen nicht. Wir haben die Interessen von Betroffenen zu vertreten. Wenn es uns nicht gelingt, die Zumutbarkeitsregelungen für Langzeitarbeitslose zu verhindern, bedeutet das für 2,6 Millionen Menschen, dass sie gezwungen werden sollen, 30 Prozent unter ortsüblichem Tarif Arbeit anzunehmen. Und für die, die Arbeit haben, bedeutet das, dass ihre Konkurrenz 30 Prozent billiger arbeitet und zwar im eigenen Land, nicht in Polen. Das führt zu einer Massenverarmung der Menschen, und das kann und will ich nicht hinnehmen.

■ Wie reagiert der Kanzler auf die

Forderung nach einer Veränderung der Zumutbarkeitsregeln?

■ Er hat erklärt, dass sich nichts ändern werde. Freundlich im Ton, aber hart in der Sache. Ich habe ihm entgegnet, dass er dann die Kritik der Gewerkschaften weiter aushalten muss.

■ Warum finden die Gewerkschaften mit ihren Argumenten in der öffentlichen Debatte kaum Gehör?

■ Die Gewerkschaften haben in den 90er Jahren den Kampf um die Meinungsführerschaft verloren. Wir haben in den letzten fünf Jahren ein Trommelfeuer einer „Initiative für die neue soziale Marktwirtschaft“ erlebt, das Wirkung zeigt. Wenn Gesamtmetall dafür 50 Millionen Euro ausgibt, tun sie es mit Bedacht. Wir haben nicht die finanziellen Mittel, um dem etwas Vergleichbares entgegenzusetzen – aber unsere Stärke ist etwas, was die andere Seite nie erreichen wird: Wir bringen Menschen in Bewegung.

■ Welchen Anteil haben die Gewerkschaften selbst daran, dass sie die Meinungsführerschaft verloren haben?

■ Wir haben versäumt, bestimmte Inhalte immer wieder aufs Neue zu erklären. Tarifautonomie, Sozialstaat, soziale Demokratie, die Verpflichtung des Eigentums erklären sich nicht aus sich selbst heraus. Wir müssen anfangen, wieder über Selbstverständlichkeiten zu reden, und wir müssen für diese Selbstverständlichkeiten Bündnispartner gewinnen. Die Vorbereitungen für den 3. April haben auch dazu geführt, dass wir die Diskussionen mit sozialen Bewegungen wieder aufgenommen haben. Da ist viel versäumt worden. Meine Aufgabe als DGB-Vorsitzender ist es, diese Kontakte wieder dauerhaft zu knüpfen. •

Michael Sommer, 52, ist seit Mitte 2002 DGB-Vorsitzender.



Aktionstag zeigt Wirkung

Einsicht oder der Druck der Straße, bevor sich überhaupt ein Bus zu den Kundgebungen am 3. April in Bewegung gesetzt hat? Kaum als neuer SPD-Parteivorsitzender gekürt, kündigte Franz Müntefering an, dass die SPD die Kontakte zu den Gewerkschaften wieder vertiefen wolle. Und Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte nicht nur zu, dass die Ausbildungsplatzumlage kommt,

er versprach auch, dass Nacht- und Sonntagszuschläge steuerfrei bleiben. „Allein die Mobilisierung für den

3. April führt dazu, dass sich Teile der rot-grünen Koalition überlegen, welche Signale sie an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aussenden“, so der Eindruck des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.



Im Internet

www.einblick.dgb.de
Langfassung des Interviews mit Michael Sommer, unter anderem zu

- der schlechten Performance der Gewerkschaften im vergangenen Jahr
- der Mitgliederentwicklung
- neuen Themen und Akzenten in der Gewerkschaftspolitik
- weltweiten Arbeitsstandards
- der Chancengleichheit von Frauen und Männern
- Gewerkschaften und Jugend
- EU-Erweiterung und Europawahl
- der Gründung einer neuen linken Partei
- einer persönlichen Halbzeitbilanz

Sozialnetz Hessen

Ratgeber bei Überschuldung

Mit zunehmender Verschuldung privater Haushalte steigt auch der Beratungsbedarf. Wege aus der Schuldenfalle zeigt die Verbraucher-Zentrale Hessen in ihrem „Wegweiser Schulden“. Er steht auf den Internetseiten vom Sozialnetz-Hessen und gibt Tipps zum Umgang mit Gläubigern, Verjährungsfristen, Pfändungen und dem neuen Insolvenzrecht. •

www.sozialnetz-hessen.de/schulden

IG Metall

Wirkungen der Reformmodelle

Bierdeckel hin oder her – einfache Steuerkonzepte führen nicht zu mehr Gerechtigkeit. Dies ergibt ein Vergleich der Reformideen der Parteien. Das kostenlose Heft „Steuerpolitik: Die neuen Steuerreformkonzepte“ (Blaue Reihe, Band 405) des IG Metall-Vorstands erklärt leicht verständlich, was die Modelle für verschiedene Einkommensgruppen bringen. Das Heft fasst die Ergebnisse einer ausführlichen Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung zusammen, die im Anhang abgedruckt ist. •

www.igmetall.de/download

Sachverständigenrat

Sondervoten auf einen Blick

Vier Jahre lang war Jürgen Kromphardt auf Vorschlag der Gewerkschaften ein „Wirtschaftsweiser“. Seine Beiträge zu den Jahresgutachten des Sachverständigenrates hat die Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB im Wipo-Schnelldienst gebündelt. Titel der Sonderausgabe vom 8. März: „Prof. Dr. Jürgen Kromphardt: Minderheitsmeinungen in den Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Be-

gutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 1999/2000 bis 2003/2004“. Das Heft gibt's kostenlos per Post. •

DGB-Bundesvorstand
Abteilung Wirtschaftspolitik
Tel. 030/240 60 727
carina.ortmann@bvv.dgb.de

Arbeitskammer

Nettolohn errechnen

Von A wie Arbeitskammer bis Z wie Zeitpunkt der Antragstellung auf Lohnsteuerermäßigung – in verständlicher Sprache erläutert die neue Broschüre der Arbeitskammer des Saarlandes „Wie errechne ich meinen Nettolohn?“ die neuen Lohnsteuerwerte. Zahlreiche Beispiele ergänzen den kommentierenden Text, so unter anderem zu den sozialversicherungspflichtigen Bezügen und deren Berechnungsarten. Die hilfreiche Broschüre ist für saarländische ArbeitnehmerInnen kostenlos, Bezieher aus anderen Bundesländern zahlen 6 Euro zzgl. Porto. •

Bestell-Fax: 0681/40 05-444
info@arbeitskammer.de

interregio

... Der **DGB Baden-Württemberg** hat der Landesregierung einen **Vertrag** zur geplanten Verwaltungsreform angeboten. Das Land und seine Dienststellen sollen sich verpflichten, im Zuge der Reform auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Der DGB fordert außerdem einen Interessenausgleich und einen Sozialplan für die von der Reform betroffenen Verwaltungen. Nur so seien die Beschäftigten bereit, den Prozess aktiv mit zu gestalten. Mehr Infos: Jürgen Klose, Tel. 0711 / 20 28 213.

... Der **DGB Niedersachsen** und die niedersächsische Landesarmutskonferenz informieren mit der gemeinsamen **Broschüre** „Ab-

Bundesanstalt Arbeitsschutz

Arbeiten im Gesundheitssektor

Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten im Gesundheitssektor ist hoch. Wie sich die Bedingungen verbessern lassen, fragt die Frühjahrstagung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz (BAuA) in Dortmund. Unter dem Titel „Qualität der Arbeit im Gesundheitssektor“ lernen die Teil-

nehmerInnen am 7. und 8. Juni Beispiele guter Praxis aus Deutschland, den Niederlanden oder England kennen. Die Teilnahme kostet 30 Euro. •

Tel. 0231/90 71 22 86
berkels.hilke@baua.bund.de
www.baua.de/term/fruehjahrstagung.htm

DGB-Bildungswerk

Älter werden im Arbeitsleben

Mit dem demografischen Wandel rücken auch ältere ArbeitnehmerInnen wieder stärker ins Interesse der Unternehmen. Was Gewerkschaften tun können, damit ältere Menschen im Job volle Leistung bringen, zeigt das Seminar „Altern im Arbeitsleben“ des DGB-Bildungswerks. Der Kurs vom 03. bis 08. Oktober am Starnberger See kostet 850 Euro plus Kost und Logis. •

Tel. 0211/43 01 372
marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de

Aktionstag

Mobil ohne Automobil

Stadt und Land ohne Stau und Motorenlärm neu erleben, das soll am autofreien Sonntag, 20. Juni, und am autofreien Hochschultag, 22. Juni, möglich sein. In vielen Städten sind Raddemos, Infostände und Podiumsdiskussionen geplant. Organisator ist das Bündnis „Mobil ohne Auto“. Mehr als ein Dutzend Umweltverbände machen mit, darunter auch die Naturfreunde. Eine Übersicht über Programm und Aktionsideen gibt's im Internet. •

www.mobilohneauto.de

ver.di-Jugend

Spektakel auf der Loreley

Ein Bundesjugendtreffen mit Festivalatmosphäre erwartet junge ver.di-GewerkschafterInnen vom 10. bis 13. Juni auf der Loreley. Beim „1. Sommerspektakel“ gibt's Workshops zu Welthandel und JAV-Arbeit, ein Camp-Radio sowie einen Fun-Park. Abends stehen Disco, Diskussionsrunden und ein Open-Air-Konzert auf dem Programm. Die Teilnahme kostet für ver.di-Mitglieder 30 Euro, Nichtmitglieder zahlen 45 Euro. Busanreise, Übernachtung in Großzelten und Verpflegung sind inklusive. •

Anmeldung bei den JugendsekretärInnen von ver.di oder in Kürze unter: www.sommerspektakel.de

sturzgefahr“ über die Auswirkungen der Reformen der Bundesregierung auf sozial Schwächere. Die beiden Verbände wollen außerdem Alternativen wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder Arbeitszeitverkürzungen erläutern. Die Broschüre kann bei der Landesarmutskonferenz bezogen werden. Landesarmutskonferenz Niedersachsen, Tel. 0511 / 131 99 30, E-Mail: zepra.niedersachsen@t-online.de



GEWERKSCHAFTEN

3. April: Europäischer Aktionstag

Aufstehen gegen Stillstand

Ob in Italien, Frankreich oder Spanien: Überall in Europa laufen die Vorbereitungen für den 2./3. April, dem Aktionstag für ein soziales Europa, auf Hochtouren. Und nicht nur GewerkschafterInnen wollen an diesem Tag Flagge zeigen. Auch für die KünstlerInnen und ModeratorInnen, die am 3. April in Berlin, Köln oder Stuttgart dabei sind, ist der Auftritt am Aktionstag kein gewöhnlicher Gig.



Heinz Rudolf Kunze und seine Band sind neben den Prinzen musikalischer Top Act in Berlin:

„Dass auf unser Land große und einschneidende Veränderungen zukommen, steht außer Frage – diese Erkenntnis ist bei allen Bürgern angekommen. Als Künstler sollte einem daran gelegen sein, dass diese Prozesse sozial verträglich und gerecht ablaufen.“

Der Fernsehmoderator Peter Großmann moderiert die Kundgebung in Köln:

„Als Sportmoderator des ARD-Morgenmagazin betrachte ich das Motto „Aufstehen“ sportlich: Stillstand kann nur durch Aufstehen unterbrochen werden. Aufstehen bedeutet Bewegung, und Bewegung ist das Gegenteil von Stillstand!“



Die Rodgau Monotones, Rockband aus dem Hessischen, spielen in Stuttgart auf:



„Die Rodgau Monotones unterstützen die Gewerkschaften in dem Versuch, den schleichenden permanenten Abbau notwendiger Sozialleistungen zu beenden. Der Weg in die Zwei- oder gar Drei-Klassen-Gesellschaft kann nicht hingenommen werden. Einer Gesellschaft, in der die „Besserverdienenden“ über sinkende Renten und Praxiszuzahlungen nur lächeln, während dies beim „normalen“ Arbeitnehmer, Rentner oder Arbeitslosen zu einer eklatanten Verschlechterung der Lebensqualität führt. Außerdem haben die Schwaben es verdient, mal wieder eine anständige Band zu hören!!“ ;-)

Die Kölschrock-Band Brings sorgt in ihrer Heimatstadt für Bewegung bei der Kundgebung:

„Wenn alle Netze und Rettungsleinen unserer Solidargemeinschaft gekappt werden, befinden wir uns im freien Fall in die Abgründe eines völlig entfesselten Kapitalismus. Dann erreichen wir sehr bald den Level, auf dem viel zu viele Menschen in unserer zweigeteilten Welt bereits ihr karges Leben fristen müssen. Wir haben viel zu verlieren und noch mehr zu verteilen.“



Tagtäglich führen die beiden Radiomoderatoren Volker Wieprecht und Robert Skuppin im Berliner Radio EINS durch die Sendungen „radio EINS – der Tag“ und freitags durch „Die Schöne Woche“. Am 3. April moderieren sie gemeinsam die Berliner Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor:

„Wir sind jahrelang früh aufgestanden für einen schönen Morgen. Da stehen wir jetzt gerne noch einmal früh auf, damit es endlich besser wird.“

Die Pforzheimer Band Fool's Garden, bekannt durch ihren Welthit „Lemontree“, ist in Stuttgart dabei:



„Ein Konzert am Europäischen Aktionstag spielen? Diese Frage war sehr schnell beantwortet. Man kann sich diesem Aktionstag von attac und DGB nur anschließen. Menschen, die aufstehen, etwas bewegen wollen und sich dabei für andere Menschen engagieren: Dazu wollen wir mit unserem Konzert einen Teil beitragen. Der Traum, Berge versetzen zu können, beginnt mit dem gemeinsamen Gedanken, und dieser muss laut und stark demonstriert werden!“

Die SchauspielerIn Renan Demirkan moderiert die Kundgebung in Stuttgart:

„Kein Mensch erträgt Demütigung: weder eine kulturelle, noch eine politische noch eine wirtschaftliche. Ich warne alle Verantwortlichen, die Wirtschaft und die Politiker: Bitte vergessen Sie niemals den ersten Artikel der Menschenrechtscharta – die Würde des Menschen ist unantastbar! Heute klopfen die Gedeemütigten nur an Ihre Türen, aber wenn Sie so weitermachen, werden sie diese bald eintreten.“ Denn Erniedrigung ist eine direkte psychosoziale Gewalt in jede einzelne menschliche Seele. Und die Antwort darauf wird immer eine gewalttätige sein!



Politik & Kultur

„Aufstehen, damit es endlich besser wird!“: Unter diesem Motto ruft der DGB am Europäischen Aktionstag am 3. April gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften, Sozialverbänden, globalisierungskritischen Organisationen wie attac und weiteren Bündnispartnern zu Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart auf. Hauptredner in Berlin: Michael Sommer, DGB; Bernard Thibault, CGT Frankreich; in Stuttgart: Frank Bsirske, ver.di; Giorgio Caprioli, FIMI CISL Italien; in Köln: Jürgen Peters, IG Metall; Wanja Lundby, LO Schweden. Ein umfangreiches kulturelles Rahmenprogramm ergänzt die politische Demonstration (einblick 5/04).

Vorprogramm und Demos beginnen um zehn Uhr, die Abschlusskundgebungen starten um 12 Uhr. Mit Bus, Bahn oder Bike reisen die TeilnehmerInnen an. Wer noch eine Mitfahrgelegenheit sucht, sollte sich an den DGB vor Ort wenden.



Im Internet

www.dgb.de

Aktionstag insgesamt

www.berlin-brandenburg.dgb.de/aufstehn

Berlin

www.dgb-bw.de/aufstehn/

Stuttgart

www.nrw.dgb.de/Aktionen/Demo_03.04.04/

Info_Brief_Nr_01

Köln

www.our-europe.org/12

Europa

kurz&bündig



Die GdP hat vor Einsätzen der Bundeswehr bei der Kriminalitätsbekämpfung gewarnt. Die Union dürfe nicht versuchen, die von ihr gewünschte Verfassungsänderung durch eine Blockadehaltung bei der Verabschiedung des „dringend notwendigen“ Luftsicherheitsgesetzes zu „erpressen“.



Die Gewerkschaft TRANSNET will den Stellenabbau in Reisezentren der Bahn verhindern. In diesem Jahr sollen dort 600, im nächsten Jahr 400 Arbeitsplätze wegfallen. Vor allem in ländlichen Regionen müssten dann Verkaufsstellen schließen. Statt des notwendigen „Service-Aufbruchs“ käme die Bahn in eine „Service-Defensive“.



Der DGB setzt seine Reihe „Schöneberger Forum“ in diesem Jahr mit dem Schwerpunkt Gender Mainstreaming fort. „Männer und Frauen im öffentlichen Dienst – Arbeiten im Spannungsverhältnis von Lebenszeit-, Laufbahn- und Leistungsprinzip“ lautet das Thema am 16. und 17. November.



Die ver.di-Zeitschrift PUBLIK und das Kinderhilfswerk „terre des hommes“ haben unter dem Motto „Schule statt Schuft“ gemeinsam zu Spenden für Schulprojekte für Kinderarbeiter in Indien aufgerufen:

Konto 1000 700 804

BLZ 265 900 25

Volksbank Osnabrück

Stichwort: Aktion ver.di

Gewerkschaften

Mehr ausgebildet

DGB und Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren die Zahl ihrer Auszubildenden erhöht, obwohl sie insgesamt Personal abgebaut haben. Bundesweit gab es Ende 2003 in den Gewerkschaften 117 Auszubildende. Das hat die Abteilung Personal des DGB ermittelt. Nicht enthalten sind in dieser Zahl die Auszubildenden in den eigen-

ständigen Dienstleistungs- und Servicegesellschaften des DGB und der Gewerkschaften wie dem Berufsbildungswerk, den Bildungs- und Ferienhäusern der Gewerkschaften, der DGB-Rechtsschutz GmbH und dem DGB-Bildungswerk. Außerdem bilden die Gewerkschaften noch politische Nachwuchssekretäre aus.

Die meisten Ausbildungsplätze im Verwaltungsbereich gibt es beim DGB und bei der IG Metall. Beim DGB liegt die Ausbildungsquote

bezogen auf die Gesamtzahl aller Beschäftigten, also einschließlich der politischen Sekretäre, bei 2,44 Prozent. Ohne die DGB-Regionen, die wegen ihrer geringen Beschäftigtenzahl von oft nicht mehr als drei Angestellten pro Region nicht ausbildungsfähig sind, liegt die Ausbildungsquote bei rund 4 Prozent. Bei der IG Metall liegt die Ausbildungsquote bezogen auf alle Beschäftigte bei 2,15 Prozent. In der Vorstandsverwaltung beträgt sie 5,62 Prozent. •

Zukunft der HWP

Entscheidung bis September

Der DGB-Hamburg hat die CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft aufgefordert, ihren in der vergangenen Legislaturperiode entwickelten Plan aufzugeben, die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in die Universität Hamburg einzugliedern. Die HWP ist vor allem für Quereinsteiger mit Berufserfahrung attraktiv. Zwei Drittel der StudentInnen haben vor dem Studium eine Berufsausbildung hinter sich. 40 Prozent kommen ohne Abitur über eine Aufnahmeprüfung zur Hochschule. Dass dieses Konzept erfolgreich ist, zeigt der Karriereweg vieler HWP-AbsolventInnen, darunter nicht nur der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olf Henkel, sondern auch etliche Gewerkschaftsfunktionäre.

Die HWP ist „als Hochschule des zweiten Bildungswegs unverzichtbar“, so Hamburgs DGB-Vorsitzender Erhard Pumm. Der besondere Charakter praxisnaher Studiengänge ginge bei einer Integration der HWP in die Hamburger Universität verloren. Auch HWP-Präsidentin Dorothee Bittscheidt kämpft für den Erhalt der Eigenständigkeit ihrer Hochschule. Alle würden vom lebenslangen Lernen reden, aber die CDU-Regierung sei dabei, eine „moderne, praxisnahe Hochschule zu zerschlagen“. Ob der Widerstand

erfolgreich sein wird, ist ungewiss. Im neuen CDU-Senat ist mit Jörg Dräger der alte Wissenschaftssenator auch der neue. Die Entscheidung über die Zukunft der HWP wird voraussichtlich bis September fallen. •

Perspektiven

Es geht auch anders

Über Perspektiven für eine andere Politik will ein breites Bündnis von politischen Initiativen, Kirchengruppen und Gewerkschaften auf einem „Perspektivenkongress“ vom 14. bis 16. Mai in der TU Berlin diskutieren.



ES GEHT AUCH ANDERS!
Perspektiven für eine andere Politik

kutieren. Veranstalter des Kongresses sind attac, der Sozialverband Deutschland, der Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften, der Bund der Wissenschaften und die Gewerkschaften ver.di, IG BAU, IG Metall und GEW. Die sozialen Bewegungen und Initiativen wollen ihre alternativen Ansätze darstellen und gemeinsam weiter entwickeln. •

Perspektivenkongress

10499 Berlin

tagungsbuero@perspektivenkongress.de

1. Mai-Aufruf

Für ein soziales Europa

Vier Wochen nach den europäischen Demonstrationen am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart sowie in etlichen anderen europäischen Städten will der DGB am 1. Mai erneut für sozial gerechte Reformen und für ein soziales Europa auf die Straße gehen. „Unser Europa – frei, gleich, gerecht“ lautet das Motto der diesjährigen Mai-Demonstrationen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird in Berlin reden, DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer in Regensburg. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel spricht in Dortmund, Heinz Putz-

hammer in Chemnitz und Ingrid Sehrbrock in Papenburg/Ostfriesland. Auftrittsorte der Gewerkschaftsvorsitzenden sind u.a. Leipzig (Frank Bsirske), Mannheim (Klaus Peters), Marl (Hubertus Schmoldt) und Mülheim/Ruhr (Klaus Wiesehegel).

In Schwerin startet an diesem Tag die „Job-Parade“ des DGB Nord und bereits einen Tag zuvor, am 30. April, beginnen in Recklinghausen die vom DGB mitgetragenen Ruhrfestspiele 2004. •

www.einblick.dgb.de

Aufruf des DGB zum 1. Mai 2004

Umbau des Sozialstaates

Aus der Mitte heraus verteidigen!

Die Forderung nach Einschnitten bei der sozialen Sicherung und nach einem Verzicht auf eine gerechtere Besteuerung eint die Parteien. Die Gewerkschaften wären dennoch schlecht beraten, bei der Suche nach Alternativen allein aus der Perspektive der Verlierer im Strukturwandel zu argumentieren, meint Sabine Groner-Weber.

Seit März 2003 haben sich die Gräben zwischen Gewerkschaften und Politik vertieft. Angesichts der Einigkeit, mit der alle Parteien nach Einschnitten bei der sozialen Sicherung rufen oder Initiativen für eine gerechtere Besteuerung ablehnen, werden in den Gewerkschaften die **real vorhandenen Unterschiede in den Reformkonzepten kaum mehr wahrgenommen**: Dass FDP und CDU die Tarifautonomie erneut schleifen wollen, während starke Mehrheiten bei SPD und Grünen sie verteidigen, scheint Rot-Grün kaum Sympathien zu bringen. Die Regierungspraxis der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin rundet den Eindruck ab, dass die Gewerkschaften derzeit in den Parlamenten keine Ansprechpartner finden.

Bei fehlender Resonanz im Parlament müssen die Gewerkschaften außerhalb der Parlamente mobilisieren – und jeder, der sich beteiligt, signalisiert der Politik: Wir wollen auch in Zukunft sozialstaatlichen Schutz, und wir wollen, dass unsere Stimme Gehör findet. Dabei sollten wir **die Türen zum Parlament und zur Regierung nicht zuschlagen** – denn damit überlässt man in allen Fraktionen denen das Feld, die die Krise des Arbeitsmarktes über Liberalisierung und Sozialabbau lösen wollen. Dasselbe gilt, wenn man alle Hoffnungen auf noch unbekannte politische Heilsbringer setzt. Wer Politik für ArbeitnehmerInnen machen will, muss den Dialog mit allen gewählten Parteien auch dann suchen, wenn ihm die Ergebnisse parlamentarischer Entscheidungsprozesse nicht gefallen. Gerade dann muss man aber auch mit öffentlichen Aktionen wie den Aktionstagen am 2. und 3. April Kräfte sammeln, um diese Entscheidungen zu beeinflussen.

Eine Sackgasse wäre es, **allein aus der Perspektive der Verlierer im Strukturwandel oder vom linken Rand her zu argumentieren**. Erstens ist denen, die durch die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses existenziell bedroht sind, mit einer Wiederbelebung der Randgruppenstrategie nicht geholfen. Für sie müssen konkrete Auffanglinien und Schutzwälle gegen ein Abgleiten in Armut entwickelt werden. Zweitens würden wir einen Trumpf

aus der Hand geben: Nur die Gewerkschaften mit ihren mehr als 7 Millionen Mitgliedern, deren politische Heimat das gesamte Parteienspektrum abdeckt, sind in der Lage, **das europäische Sozialmodell aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu verteidigen**. Nur wir können unterstreichen, dass auch Facharbeiter und Ingenieurinnen, Lehrer und Kaufleute ein Sozialmodell wollen, das soziale Ausgrenzung erfolgreicher verhindert als das amerikanisch-angelsächsische Alternativmodell.



Foto: Christian Jungblott

Dr. Sabine Groner-Weber, 46, ist Leiterin der Abteilung Politik und Planung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Wenn wir dieses europäische Sozialmodell verteidigen wollen, dürfen wir den **Strukturwandel weder ignorieren noch schicksalsergeben erdulden**, sondern müssen ihn gestalten. Aus dieser Perspektive heraus müssen wir unsere Kritik an der bisherigen Umsetzung der Agenda 2010 auf den Punkt bringen: Sie ist kontraproduktiv, weil sie Mobilität und Flexibilität nicht gefördert und unterstützt, sondern verhindert hat. Denn die damit verbundenen drastischen Einschnitte haben den Menschen schlicht und einfach **Angst vor Veränderung eingejagt, wo Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein gebraucht werden**. Damit sich Menschen auf Veränderungen einlassen, brauchen wir statt dessen erstens eine bildungspolitische Initiative, zu der eine Ausbildungsumlage, ein Weiterbildungs-gesetz und eine Verbesserung der Hochschulausstattung gehören. Zweitens eine soziale Flankierung der Veränderung, zum Beispiel durch einen gesetzlichen Mindestlohn, denn wer arbeitet, darf nicht in Armut abgleiten. Drittens eine Hinwendung zu den Herausforderungen und Chancen des Strukturwandels: Stichworte wie Bildungs- und Qualifizierungsdefizite, Mobilitätsprobleme, demografische Veränderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf weisen auf zusätzliche Bedarfe an sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen hin. Hier müssen qualifizierte Arbeitsplätze erschlossen werden. Und viertens ein Mindestrentenniveau, das Altersarmut verhindert.

Darüber gilt es, mit Parlament und Regierung zu streiten: Mit dieser Ausrichtung **könnte die Politik verlorenes Terrain zurückgewinnen** und die Erfahrung und Kompetenz der Gewerkschaften nutzen, die praxisnäher ist als die teuren Elaborate vieler Beratungsfirmen. •

Verhaltenes Echo

In den Vorstandsetagen der Gewerkschaften findet eine Parteigründung links von der SPD nur ein verhaltenes Echo. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske wies darauf hin, dass jeder eine Partei gründen könne, aber „wenn Gewerkschaftsmitglieder eine Partei gründen wollen, dann tun sie das genauso wie Bäcker oder Bankangestellte.“

Auch Jürgen Peters distanzierte sich von der geplanten Parteigründung. „Die IG Metall gründet keine Partei“, sie wolle weiterhin gewerkschaftliche Instrumente nutzen, um Einfluss zu nehmen. Der IG Metall-Vorsitzende machte zugleich deutlich, dass hinter den Überlegungen für eine mögliche Linkspartei „ein außerordentlicher Unmut über die Politik der Bundesregierung“ stehe.

Der Vorsitzende der IG BCE, Hubertus Schmoldt, bezeichnete es als illusionär, zu glauben, es könne eine Partei geben, die die Interessen der Gewerkschaften unverändert in politisches Handeln umsetze.

DGB-Chef Michael Sommer beurteilt die „Agenda 2010“ zwar als „Beginn einer falschen Politik“, die Gewerkschaften würden jedoch „einen Teufel tun und eine Partei gründen“. Vorwürfe, dass sich eine Vorbereitungsgruppe in Räumen des Berliner DGB-Bezirks getroffen habe, wies er mit dem Hinweis zurück, dass es Privatpersonen gewesen seien, die die Räume gemietet hätten.

DIES & DAS

dieDGBgrafik

STANDORTVERLAGERUNG: Kostengründe greifen oft zu kurz

Die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland ist betriebswirtschaftlich oft unsinnig. Jedes dritte Unternehmen, das seine Produktion ins Ausland verlagert, nimmt diese Entscheidung zurück. Besonders hoch ist das Risiko des Scheiterns bei Verlagerungen aus Kostengründen. Das hat das Karlsruher Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung ISI ermittelt. Rückkehrer bedauerten, dass sie Kriterien wie Flexibilität und Qualität zu wenig Beachtung geschenkt hätten.
www.isi.fhg.de

Motive von Unternehmen für den Aufbau von Produktionsstätten im Ausland (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)*



14TAGE

30./31.3. TRANSNET, Fachkonferenz „Personalvertretungsrecht – Beamtenrecht“, Karlsruhe

31.3. DGB Hessen, Tagung „Integration oder was?“, Hanau

31.3. ver.di, Konferenz zum Postpersonalrechtsgesetz, Berlin

1.4. DGB Thüringen, „Zuckerbrot und Peitsche – Die Rolle der Gewerkschaften beim Ausbau und Erhalt der Sozialen Sicherungssysteme“, Erfurt

2.4. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „Teilhaben und Mitbestimmen in globalen Unternehmen“, Berlin

2.4. DGB Niedersachsen, Diskussion „Die Zukunft eines sozialen Europas mitgestalten“, Hannover

2.4. DGB-Jugend Berlin – Brandenburg, „Pop gegen Neoliberalismus – Die Verhältnisse zum Tanzen bringen“, Berlin

3.4. DGB, Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau, „Aufstehen, damit es endlich besser wird“, Demonstrationen in Berlin, Köln, Stuttgart

9.-11.4. Ostermarsch 2004, Friedensdemonstrationen u.a. in Augsburg, Berlin, Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt/M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Leipzig, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Rostock, Saarbrücken, Wiesbaden und Würzburg

15.4. DGB-Thüringen, Arbeitsmarktkonferenz, Erfurt

Tipp

Buch: Jürgen Prott, Öffentlichkeit und Gewerkschaften, Theoretische Ansätze und empirische Erkenntnisse, Schriftenreihe der Hans-Böckler-Stiftung, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1993, 253 Seiten, 24,80 Euro

Sind Gewerkschaftspublikationen Bestandteil „etablierter Öffentlichkeit“ oder verkörpern sie eine „Gegenöffentlichkeit“? In seinem Ende 2003 erschienenen Buch stellt Jürgen Prott die wichtigsten kommunikationstheoretischen Ansätze vor und fragt, was Gewerkschaften daraus für die Weiterentwicklung ihrer eigenen Medien lernen können.

Sein Fazit: Gewerkschaftspublikationen sind Ausdruck einer

nach innen wie nach außen gerichteten Öffentlichkeitsarbeit des Herausgebers. Sie können nach Inhalt und Form vielgestaltig sein, ihre Redaktionen mögen mit beachtlichen Freiräumen ausgestattet sein, aber dies ändere nichts an ihrer „prinzipiellen Sprachrohrfunktion“. Gewerkschaftsmassenmedien sind kein Teil der „Gegenöffentlichkeit“, weil sich auch die Gewerkschaften nicht in einer andauernden Frontstellung zur herrschenden öffentlichen Meinung befinden. Innerhalb dieses strukturellen Rahmens können sie aber die demokratische Meinungsbildung nach innen und außen beflügeln. Und sie können Themen und Perspektiven zur Sprache bringen, die im Konzert der veröffentlichten Meinung „notorisch zu kurz“ kommen.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhllefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Ganz Deutschland diskutiert die Tränen der Kanzler-Gattin. Uns ist auch zum Heulen, Doris!“

Schlagzeile des Internetportals www.bild.de vom 22. März zum Rücktritt von Gerhard Schröder als SPD-Vorsitzender

Reformkraft der Gewerkschaften

Wir sind wieder da

Mehr als 500 000 Menschen sind dem Aufruf des DGB zum europäischen Aktionstag am 3. April gefolgt. „Deutschland hat sich an diesem Wochenende bewegt“, kommentierte *Die Welt*. Die Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart haben „ein unübersehbares Signal für eine andere Politik gesetzt – nicht nur in Deutschland sondern in Europa. Lohn- und Sozialdumping sind der falsche Weg, um unser Land und Europa wieder nach vorne zu bringen“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer gegenüber *einblick*. Die Demonstrationen am 3. April hätten nicht nur die Erwartungen der Gewerkschaften weit übertraffen, sondern zeigten auch, „der Protest kommt aus der Mitte der Gesellschaft“.

Den Vorwurf, die Gewerkschaften hätten keine Alternativen zur gegenwärtigen Politik zu bieten, wies Sommer zurück: „Wir haben vor einem knappen Jahr die wirtschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen aus der seit drei Jahren anhaltenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise gezogen. Aktive Kon-



Foto: Ilija C. Hendel/VISUM/DGB

Gemeinsam mit dem DGB hatten Sozialverbände und Globalisierungskritiker zu den Protesten am Europäischen Aktionstag aufgerufen. In Berlin beteiligten sich an der Demonstration auch ArbeitnehmerInnen aus Polen.

junktur- und Innovationspolitik, Umbau der Sozialversicherungen zu Bürger- und Erwerbstätigenversicherungen sowie der Einbau von Freibeträgen in die sozialen Sicherungssysteme sind eine sozial ausgewo-

gene Alternative zur etablierten Politik.“ Dass die Reformschläge der Gewerkschaften von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung getragen werde, habe der 3. April eindrucksvoll belegt. „Ich kann die Politiker nur auffordern, unsere Analyse der wirtschaftlichen Lage und die Folgerungen daraus nachzulesen“, betonte der DGB-Vorsitzende.

Am Protest der Gewerkschaften könne auch die Bundesregierung nicht vorbeigehen. Korrekturbedarf sieht Sommer insbesondere beim Lohndumping-Gesetz, „das Jobs bis an die Grenze der sittenwidrigen Bezahlung für Langzeitarbeitslose für zumutbar erklärt“. Auch die Erhebung des vollen Krankenkassensatzes auf Betriebsrenten „muss in dieser Form geändert werden“.

Scharf kritisierte Sommer die Haltung von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, der die Gewerkschaften als „Ewiggestrige“ bezeichnet und die Arbeitnehmer aufgefordert hat, sie sollten gegen die Gewerkschaften aufstehen. „Das zeigt den Realitätsverlust, unter dem viele Spitzenkräfte der Arbeitgeber leiden.“

Die Gewerkschaften wollen ihren Druck auf die Politik in den kommenden Monaten weiter aufrecht erhalten. „Nach dem 3. April kommt der 1. Mai“, sagte Sommer. „Auch an diesem Tag werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Studenten, Rentner und ihre Familien klar machen: ‚Unser Europa ist frei, gleich und gerecht – Arbeitgeberdiktaten, Lohn- und Sozialdumping erteilen wir eine Absage.‘“ •

plusminusBERLIN

+ **Bundespräsident Johannes Rau hat die Parteien aufgefordert, Elemente direkter Demokratie in das Grundgesetz aufzunehmen. Bislang gibt es Volksabstimmungen nur auf Länder- und Kommunalebene. Sie seien ein Zeichen von „solidem demokratischem Engagement“.**

- **Die Verkehrsminister der Bundesländer haben sich unter Vorsitz von Hans-Artur Bauckhage (FDP) gegen ein Tempolimit für Kleintransporter auf Autobahnen ausgesprochen. Die Geschwindigkeitsbegrenzung für die unfallträchtigen Fahrzeuge sei schwer durchsetzbar.**

inhalt

Seite 3

Groß-Europa macht Angst – zu Unrecht

Mit der EU-Osterweiterung wächst die Angst vor Produktionsverlagerungen und Job-Abwanderung. Die nüchternen Zahlen sprechen eine andere Sprache

Seite 5

Wir brauchen eine Reformpause

Wirtschaftsweiser Peter Bofinger rät nach vier Jahren intensiver Reformen zu einer nüchternen Bestandsaufnahme

Seite 7

Ein mächtiges Zeichen gesetzt

Dass die Gewerkschaften mehr als 500 000 Menschen auf die Straße gebracht haben, hat viele überrascht. Jetzt müssen sie dem Protest eigene Reformvorschläge folgen lassen, fordert der Journalist Dieter Wonka



Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.gutachternetzwerk.de
Das Netzwerk von IG BCE, IG Metall, ver.di und Hans-Böckler-Stiftung für GutachterInnen von Bachelor- und Masterstudiengängen in den Ingenieur- und Naturwissenschaften**

Arbeitszeitverlängerung

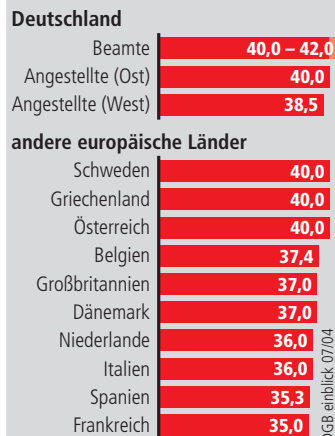
ver.di will trotz Kündigung über Tarifreform verhandeln

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will trotz der Kündigung des Arbeitszeittarifvertrags für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch die Tarifgemeinschaft der Länder die im vergangenen Jahr begonnenen Verhandlungen über die Modernisierung des Tarifsystems für den öffentlichen Dienst fortsetzen. Die Kündigung des Arbeitszeittarifvertrags durch die Länder sei destruktiv, so ver.di-Verhandlungsführer Kurt Martin. ver.di will den Prozess der Neugestaltung des Tarifrechts dennoch „mit allen fortsetzen, die weiterhin konstruktiv und zukunftsorientiert daran mitwirken“.

Kritik hat die Entscheidung der Länder, den Tarifvertrag zu kündigen, um die Arbeitszeit der Angestellten im öffentlichen Dienst auf bis zu 42 Stunden pro Woche zu erweitern, auch bei den Tarifvertretern von Bund und Kommunen her-

In Deutschland jetzt schon höher

Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst in Deutschland und in anderen europäischen Ländern (in Stunden)



Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiten in Deutschland bereits jetzt länger als ihre KollegInnen in den meisten anderen europäischen Ländern. Würde die Arbeitszeit, wie vom bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber gefordert, auf 42 Stunden erhöht werden, müssten sie pro Woche sieben Stunden länger arbeiten als ihre KollegInnen in Frankreich.

vorgerufen. Dies sei „der falsche Schritt“, so der Vorsitzende der Kommunalen Arbeitgeberverbände, Bochums Oberbürgermeister Ernst-Otto Stüber (SPD). Auch Bundesinnenminister Otto Schily (Bündnis 90/Grüne) hat angekündigt, dass die Verhandlungen über ein neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst erfolgreich zu Ende gebracht werden sollen.

Ganz anders die Reaktion aus den Ländern. Nach dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU), der bei Neueinstellungen die 42-Stunden-Woche einführen will, fordert inzwischen auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) eine Arbeits-

zeitverlängerung auf 41 Stunden. Sollte es dazu kommen, hat ver.di bereits massiven Widerstand angekündigt. Für die Beschäftigten würde die Arbeitszeitverlängerung faktisch einen Gehaltsverlust von zehn Prozent bedeuten. Und das bei Bruttoeinkommen zwischen 1500 und 2000 Euro für den größten Teil der Beschäftigten.

Auch der DGB fordert eine Fortsetzung der Verhandlungen. DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock fürchtet, „dass eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei den Angestellten zu erneuten Eingriffen im Beamtenrecht führen wird“. Zudem führe eine Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden „zur Vernichtung von über 60 000 Stellen im Beamtenbereich“, so Sehrbrock. Bezogen auf alle Beschäftigte fürchtet ver.di allein bei den Ländern sogar den Verlust von bis zu 100 000 Stellen. ●

Sozialgerichte

Netzwerk für Eigenständigkeit

Der bislang vor allem von den Gewerkschaften getragene Widerstand gegen die in mehreren Bundesländern geplante Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichte (einblick 1/2004) trifft auch bei den Krankenkassen und Sozialverbänden auf Unterstützung. Anfang April hat der DGB zusammen mit mehreren Krankenkassen, Sozialverbänden sowie einzelnen Bundestagsabgeordneten von SPD und CDU ein eigenes „Netzwerk für die Diskussion um die Zusammenlegung der Fachgerichte“ gegründet.

Die von der Verfassung geforderte Eigenständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit sei von der Aufgabenverteilung her erforderlich, heißt es in der Plattform des Netzwerks. Die Befürworter einer Fusion von

Sozial- und Verwaltungsgerichten wollten bewährte Institution auflösen, „ohne den Beweis dafür zu liefern, welche Fortschritte sich für die Durchsetzung der Rechte der Betroffenen daraus ergeben sollen“. Auch trage die Eigenständigkeit der Sozialgerichte der „Komplexität des ma-

teriellen Rechts und der Spezialisierung der Richterschaft“ Rechnung.

Zu den Unterstützern der Plattform gehören unter anderem der AOK-Bundesverband, der IKK-Bundesverband, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), das Kolpingwerk, der Sozial-

verband Deutschland (SovD), der Sozialverband VdK und der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. Unter den Bundestagsabgeordneten zählen Klaus Brandner (SPD), Karl-Josef Laumann (CDU), Erika Lotz (SPD) und Gerald Weis (CDU) zu den Initiatoren. ●

Langzeitarbeitslose

Unterschiedliche Standards verhindern

Der DGB will verhindern, dass die von der CDU geforderte Verlagerung von Kompetenzen bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen auf die Kommunen zur Entstehung regional unterschiedlicher Chancen bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt führt. Die Vorschläge für ein Optionsgesetz seien überflüssig und hielten den Aufbau von Job-Centern unnötig auf, heißt es dazu in den Ende März vom Geschäfts-

führenden DGB-Bundesvorstand beschlossenen „Gewerkschaftlichen Eckpunkten zur Trägerschaft der Grundsicherung für Arbeitslose“. „Ein Wettbewerb, der auf unterschiedliche Eingliederungschancen und unterschiedliche lokale Standards zu Lasten der Betroffenen setzt, bringt keine neuen Arbeitsplätze“, kritisiert der DGB. Der Aufbau der Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Sozialämtern müsse

unverzüglich beginnen. Zudem fordert der DGB eine einheitliche Regelung der Aufgaben und Kompetenzen der Arbeitsgemeinschaften. Die Fristen für die Einführung des neuen Arbeitslosengelds II müssten so angepasst werden, dass „eine friktionslose Umsetzung“ sichergestellt sei. Zudem fordert der DGB die finanzielle Entlastung der Kommunen bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. ●

Groß-Europa macht Angst – zu Unrecht

Der 1. Mai, Stichtag der EU-Osterweiterung, rückt näher – und die Angst vor Produktionsverlagerung und Job-Abwanderung wächst. Nüchterne Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache.

Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner ifo-Instituts, warnt vor dem Exodus deutscher Produktionsstätten nach Osteuropa, er sieht Deutschland schon auf dem Weg in eine „Basar-Ökonomie“. Der Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, Wolfgang Wiegand, sorgt sich um das nationale Steueraufkommen: Es sei mit Einnahmeausfällen zu rechnen, wenn Firmen in die neuen EU-Beitrittsländer wechseln, um von deren niedrigen Steuersätzen zu profitieren. Die Zahl der Arbeitsplätze, die dorthin verlagert würden, beziffert das Münchner Institut für Osteuropa auf 450 000. Gesamtmetall-Chef Martin Kanne-giesser stößt in dasselbe Horn: „Selbst bei einem spürbaren Aufschwung dürfte die Abwanderung zunehmen“, mutmaßt er.

Schlagzeilen produzieren auch andere: Ob Siemens, Lufthansa oder Exxon-Mobil, der Rolltreppenbauer Otis im niedersächsischen Stadthagen oder der Heizgerätehersteller Vaillant in Gelsenkirchen/NRW – überall ertönt der Schlachtruf „west goes east“.

Die Botschaft lautet allenthalben: Die hohen Arbeitskosten am Standort D vertreiben die Unternehmen, die niedrigen Steuern und Abgaben in Osteuropa locken sie an. Aufzuhalten sei das Fiasko nur, wenn die Beschäftigten hierzulande den Gürtel enger schnallten. Wie ein Rufer in der Wüste klingt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, wenn er sagt: „Ein Wettlauf um längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne würde zum Totalschaden für unsere Volkswirtschaft führen.“ Denn die Standortklagen häufen sich. Das Schreckgespenst vom Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geht um. Kein Wunder, dass die Angst vorm wilden Osten wächst: 84 Prozent glauben mittlerweile, so das Leipziger Institut für Marktforschung, dass mit der EU-Erweiterung noch mehr Firmen abwandern, und 82 Prozent, dass billige Arbeitskräfte auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen.

Bei aller – aus einzelbetrieblicher Sicht – berechtigten Sorge um tatsächliche oder angedrohte Standortverlagerungen: Die öffentliche Wahrnehmung des Problems und die ökonomisch-statistische Realität klaffen weit auseinander. „Es gibt keine Statistik, die die Abwanderungen von Firmen und Arbeitsplätzen ins Ausland verlässlich misst“, teilt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung mit. Die Aussage, dass deutsche Arbeitsplätze verstärkt ins Ausland verlagert würden, beruhe „auf Spekulationen und einzelnen Fallbei-

spielen“. Die Verlagerungsdebatte sei „ideologisch aufgeheizt“, befindet die *Mitbestimmung*, das Magazin der Hans-Böckler-Stiftung.

Jedes dritte Unternehmen, das seine Produktion ins Ausland verlagert hat, nimmt diese Entscheidung inzwischen zurück, hat das Karlsruher Fraunhofer-Institut herausgefunden. Besonders hoch sei das Risiko des Scheiterns bei Produktionsverlagerungen aus Kostengründen. Projektleiter Steffen Kinkel benennt die Fehler, die Unternehmen immer wieder machen: Die Modernisierungspotenziale am Heimatstandort würden außer Acht gelassen und die Kosten für den Aufbau von Netzwerken am ausländischen Standort oft unterschätzt.

Dabei sind die niedrigeren Produktionskosten in Osteuropa noch das Hauptmotiv für den Aufbau von Produktionsstätten dort. Steuern und Abgaben zählen hingegen überraschenderweise nicht zu den wichtigsten Beweggründen.

Jeder dritte Industriebetrieb hat bereits ein Standbein im Ausland; der Verlagerungsboom der 90er Jahre ist jedoch längst passé, seit 1999 sei die Tendenz rückläufig, berichtete das Fraunhofer-Institut schon vor anderthalb Jahren. Das ist nicht überraschend, sind doch die EU-Binnenmarktregeln für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital im Osten längst Realität. „Wer meint, erst mit dem Beitritt würden sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Beitrittsländern ändern, irrt“, sagt der IG Metall-Wirtschaftsexperte Rudolf Welz Müller.

Zudem: Auslandsproduktion geht nicht zwangsläufig zu Lasten der Inlandsbeschäftigung. Eher im Gegenteil. Die 460 vom Fraunhofer-Institut befragten Betriebe, die ausländische Standorte haben, steigerten von 1999 bis 2000 die Zahl ihrer Inlandsbeschäftigten um 12 176. ●

Beschränkter Zugang

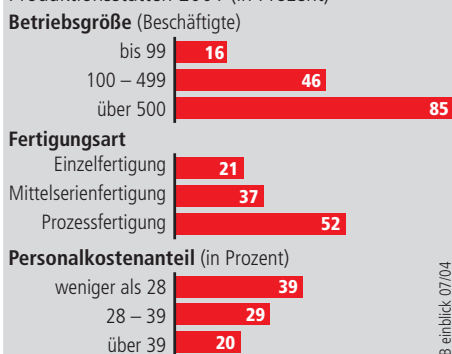
Deutschland soll bis zu sieben Jahren nach der EU-Erweiterung vor billigen Arbeitskräften aus Osteuropa abgeschottet werden. Das hat der Bundestag Mitte März einstimmig beschlossen. Damit kann die Freizügigkeit, die beispielsweise die freie Wahl des Arbeitsplatzes beinhaltet, für Angehörige der zehn neuen EU-Staaten während einer Übergangszeit eingeschränkt werden.

Die Sorge um eine gewaltige Abwanderungswelle aus den Beitrittsländern ist allerdings unbegründet. Laut einer Studie der EU-Kommission und der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zieht es nur ein Prozent der Arbeitsbevölkerung von dort in die Alt-EU. Das entspricht pro Jahr 220 000 der insgesamt 455 Millionen EU-Bürger.

Die bisherigen Erfahrungen mit Beitrittsrunden der EU stützen die Ergebnisse der Studie. Danach nimmt die Abwanderung nach einer Erweiterung eher ab als zu: So sank die Migration aus Spanien in die anderen EU-Länder von mehr als 200 000 im Jahr 1970 auf 120 000 Ende der 70er Jahre. Spanien trat 1986 der EU bei. Anfang der 90er Jahre lag die Zahl der spanischen Migranten nur noch bei 2000 bis 3000 pro Jahr.

Standortverlagerung: Wen drängt's raus?

Charakteristik der Betriebe mit ausländischen Produktionsstätten 2001 (in Prozent)



Quelle: Fraunhofer-Institut Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe

Groß, kapitalintensiv und stark automatisiert – das sind die typischen Charakteristika eines Betriebs mit ausländischem Standort.

Girls' Day Mädchen-Zukunftstag

Girls' Day

Mädchen Mut machen

Die Berufswahl vieler Mädchen ist immer noch auf das schmale Spektrum Frisieren, Verkaufen, Erziehen und Pflegen eingeengt. Der Girls' Day am 22. April bietet ihnen die Chance, sich mit Alternativen vertraut zu machen – in technischen und innovativen Zukunftsberufen. Der DGB gehört zu den Mitveranstaltern des Mädchen-Zukunftstages, der bereits zum vierten Mal stattfindet. DGB-Bundesvorstandsverwaltung, Bezirke und Regionen beteiligen sich ebenso mit Angeboten am Girls' Day wie Gewerkschaften, Unternehmen, Unis und Verbände.

Beim DGB-Bundesvorstand in Berlin wird es um „Politik als Beruf für Frauen“ gehen. Eingeladen sind Schülerinnen der Hans-Carossa-Schule sowie die 14- bis 16-jährigen Töchter von DGB-MitarbeiterInnen, die unter anderem von DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock erfahren, wie ihr Weg in die Gewerkschaftsspitze verlaufen ist. Praxis-

orientiert ist das Angebot der Jugendbereiche von IG Metall und DGB in Reutlingen: 40 Teilnehmerinnen können hier Vorstellungsgespräche trainieren und erhalten Tipps für die Auswahl eines geeigneten Ausbildungsbetriebes. Die DGB Rechtsschutz GmbH in Koblenz ermöglicht Mädchen Einblicke in die gewerkschaftliche Rechtsberatung und arbeitsgerichtliche Auseinandersetzungen.

Mehr als 100 000 Teilnehmerinnen werden in diesem Jahr erwartet. Erstmals präsentiert sich der Zukunftstag bei der Hannover Messe (19. bis 24. April), die im „Jahr der Technik“ einen Schwerpunkt zum Thema Jugend und Ausbildung setzt. •

www.girls-day.de

WSI-Tarifhandbuch

Europäische Tarifsyste

Im enger zusammenrückenden Europa ist es wichtig, Tarifverträge anderer Länder zu kennen. Das Tarifhandbuch 2004 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung bietet diese Chance. Außerdem enthält das Ende April erscheinende Handbuch die wichtigsten Tarifabschlüsse 2003, Übersichten

Hans-Böckler-Stiftung

Gute Praxis im Umweltmanagement

Um positive Beispiele aus Umweltmanagement und integrierter Produktpolitik geht es bei einem Workshop der Hans-Böckler-Stiftung am 17. Juni in Düsseldorf: Eingeladen sind zu dieser Veranstaltung AkteurInnen des betrieblichen Umweltschutzes – GeschäftsführerInnen, UmweltmanagerInnen und Be-

triebsrätInnen sowie VertreterInnen aus Verbänden und Wissenschaft, um unter anderem Erfahrungen mit umweltgerechter Produktgestaltung, Beschäftigtenbeteiligung und Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Anmeldeschluss: 1. Juni. •

herbert.klemisch@kni.de

martina-klein@boeckler.de

Fachtagung

Neue Aufgaben für die Schulen

Angesichts von Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit sind verstärkt die Schulen aufgerufen, Jugendlichen möglichst rechtzeitig Orientierungshilfen bei der Berufswahl anzubieten. Mit „Schule im kooperativen Staat“ befasst sich eine Fachtagung des Instituts Arbeit und Technik am 28. April in Gelsen-

kirchen. In Referaten, Arbeitsgruppen und bei einem abschließenden Round Table soll herausgearbeitet werden, dass Schule zunehmend eine soziale und vernetzte Einrichtung werden muss. Die Teilnahmegebühr beträgt 30 Euro. •

schlaeng@iatge.de

<http://iat-info.iatge.de>

zu Tarifvergütungen, Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen sowie eine Einführung in das Tarifsysteem. Bund-Verlag, 278 Seiten, 14,90 Euro (Rabatt ab 20 Exemplare). •

Baerbel-Kirchner@wsi.de

Bildungsbeteiligung

Ärmere haben schlechte Karten

Ein Junge aus armen Verhältnissen, dessen Eltern jung sind und der in einem Ballungsraum des Saarlandes lebt, hat die geringsten Chancen, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Eine aktuelle Untersuchung der Arbeitskammer des Saarlandes belegt ein deutliches Roll-back beim Bildungszugang. Die empirische Studie hat aber auch ergeben, dass einkommensschwache Eltern oder allein Erziehende ihren Kindern eine höhere Bildung durchaus ermöglichen möchten. Sie können das allerdings oft nicht leisten, weil sie dafür einen erheblich größeren Anteil des Familieneinkommens einsetzen müssen als das bei betuchteren Eltern der Fall ist. •

www.arbeitskammer.de

info@arbeitskammer.de

interregio

••• „Europa bringt Frauen nach vorn“: Mit einer **deutsch-polnischen Postkarte** macht der **DGB Berlin-Brandenburg** darauf aufmerksam, dass bei der Gestaltung der EU-Erweiterung die Chancengleichheit von Frauen und Männer berücksichtigt werden muss. Die Postkarte erscheint im Rahmen der „Grenzlandinitiative für ArbeitnehmerInnen von der Ostsee bis zu den Alpen“; kurz: GRIPS. Mit diesem Projekt wollen die an Polen und Tschechien angrenzenden DGB-Bezirke in Zusammenarbeit mit polnischen und tschechischen Gewerkschaften Ängste der Menschen in

den Grenzregionen abbauen, Netzwerke knüpfen und dafür werben, die EU-Erweiterung als Chance zu begreifen. Eine Reihe GRIPS-Pro-



jekte widmen sich der Situation von Frauen diesseits und jenseits der Grenzen. Infos:

Petra Meyer, Tel. 030 / 21 240 132, E-Mail: Petra.Meyer@dgb.de

••• Der **DGB Nord** ist Mitveran-

stalter der Hamburger **Friedenskonferenz** am 23. und 24. April. Die TeilnehmerInnen können sich vormittags in sieben Arbeitsgruppen über sicherheitspolitische Themen wie die Militärstrukturen der EU oder die friedenspolitischen Positionen der Gewerkschaften informieren. Nachmittags bieten sieben Workshops die Möglichkeit, alternative Konzepte zu den Themen des Vormittags zu entwickeln. Der Konferenzbeitrag beträgt 10 Euro. Anmeldung: Hamburger Forum, Renate Kirstein, Fax: 040 / 551 38 91, hamburger.friedenskonferenz@hamburg.de

Interview mit dem Wirtschaftsweisen Peter Bofinger

Wir brauchen eine Reformpause

In der Reformdiskussion der vergangenen Jahre hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wichtige Anstöße gegeben. Einblick hat den Wirtschaftsweisen Peter Bofinger nach einer Zwischenbilanz der Reformen gefragt.

■ In den letzten Jahren gab es einschneidende Reformen in der Arbeitsmarktpolitik, bei Renten und Steuern. In der FAZ haben Sie eine Reformpause gefordert.

■ Wir haben vier Jahre intensiver Reformtätigkeit hinter uns. Wir müssen jetzt überprüfen, ob alle Reformen tatsächlich die erhoffte Wirkung erzielt haben und ob wir nachjustieren müssen. Reformaktivismus wäre das Falscheste, was man machen kann.

■ Die Arbeitslosenzahlen sind trotz Reformen gestiegen. Ist der Ansatz des Hartz-Konzepts falsch?

■ Zum Teil gingen die Vorschläge in die falsche Richtung. Im Vorfeld habe ich vehement gewarnt, dass die neuen Minijobs Jobkiller sind. Das sieht man jetzt. Wir hatten im vergangenen Jahr einen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um eine halbe Million. Jeder Erfolg, der von der Minijobzentrale verkündet wird, bedeutet doch, dass ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis durch Minijobs verdrängt worden ist. Deshalb müssen wir die Minijobs in ihrer jetzigen Form auf den Prüfstand stellen.

■ In der politischen Debatte werden die hohen Personalkosten in Deutschland für die Arbeitslosigkeit mit verantwortlich gemacht.

■ Es lohnt sich, hier genauer hinzusehen: Hohe Arbeitskosten haben wir vor allem in Westdeutschland. Aber hier ist die Arbeitslosigkeit nicht dramatisch, jedenfalls wenn man sie nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation misst. In Ostdeutschland gibt es dagegen Arbeitskosten, die am unteren Rand in der EU liegen, aber dort haben wir eine hohe Arbeitslosigkeit. Zum zweiten verweise ich gerne auf das Beispiel Japan. Dort sind

die Löhne zwischen 1998 bis 2003 jährlich nominal um 0,6 Prozent gesunken und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Die Lieschen-Müller-Sicht, dass man die Beschäftigung hoch kriegt, wenn man nur die Lohnkosten senkt, ist in dieser Einfachheit nicht zu halten.

■ Was wollen Sie neben den Minijobs noch auf den Prüfstand stellen?

■ Das betrifft die gesamte Förderung der privaten Vorsorge im Rahmen der Riesterrente. Es ist nicht einzusehen, dass jemand wie ich staatlich gefördert wird, wenn er für seine Alterssicherung spart. Die Zulagen für ArbeitnehmerInnen mit geringen Einkommen halte ich für vernünftig, aber steuerliche Förderung von Menschen mit höheren Einkommen halte ich für eine Fehlsteuerung. Das ist aus drei Gründen schlecht: Erstens ist die Förderung der Ersparnis vor dem Hintergrund der Brutto Lohnentwicklung ein Problem. Wir brauchen eine Stärkung der Binnennachfrage, damit die Wirtschaft wieder in Gang kommt. Zweitens haben wir im internationalen Vergleich schon jetzt eine der höchsten Sparquoten. Es gibt keinen Grund, noch mehr zu sparen, mit Ausnahme der Leute mit geringem Einkommen. Und drittens bewirkt die Riester-Förderung, dass nicht mehr, sondern dass nur anders gespart wird. Das hat eine völlige Fehlallokation am Kapitalmarkt zur Folge.

■ Die Förderung der privaten Vorsorge ist für die ArbeitnehmerInnen wichtig, weil sie mit erheblichen Eingriffen bei der Rente rechnen müssen.

■ Ich würde das Rentenproblem lieber anders lösen. Wenn wir eine dynamische Entwicklung bis 2030 erreichen, kann ein geringeres Rentenniveau real eine höhere Rente

bedeuten. Deshalb sollten wir alles tun, um wieder einen dynamischen Wachstumspfad zu bekommen.

■ Wo wollen Sie noch umsteuern?

■ Als erstes müssen wir bei den sozialen Sicherungssystemen klären, in welche Richtung wir sie weiterentwickeln wollen. Wir müssen entscheiden, ob wir in der Krankenversicherung eine Bürgerversicherung oder eine Gesundheitsprämie einführen wollen. Und wir müssen klären, wie wir den Sozialstaat in Zukunft finanzieren wollen. Ist es eigentlich richtig, dass der Sozialstaat vor allem über Sozialabgaben finanziert wird und erstaunlich wenig über Steuern? Diese Fragen hängen alle zusammen. Bei der CDU ist das besonders eklatant. Ich kann nicht große Steuersenkungen versprechen und gleichzeitig eine Gesundheitsprämie fordern, die eine Steuerfinanzierung von 15 Milliarden Euro notwendig macht. Dass auf einem Parteitag keiner gemerkt hat, dass beides nicht zusammenpasst, ist für mich einer der Gründe für eine Reformpause. Wenn die Politiker, aber auch die Journalisten den Überblick verloren haben, brauchen wir eine Auszeit.

■ Wie können die Gewerkschaften eine stärkere Rolle in der Reformdebatte spielen?

■ Sie müssen sich an der Grundsatzdebatte beteiligen, wie die soziale Grundsicherung in zehn oder zwanzig Jahren aussehen soll. Wollen wir wirklich ein soziales Sicherungssystem, das an abhängiger Beschäftigung orientiert ist? Oder ist die Bürgerversicherung eine Alternative? Und gilt das nicht auch für die Arbeitslosenversicherung? •



Prof. Dr. Peter Bofinger, 49, ist seit März Mitglied des Sachverständigenrates.

Fünf Weise

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurde 1963 von der damaligen Bundesregierung ins Leben gerufen. Er soll zur Meinungsbildung in wirtschaftspolitischen Grundsatzen beitragen. Bei seiner Beratung ist er dem Ziel verpflichtet, die Stabilität des Preisniveaus, einen hohen Beschäftigungsstand, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein angemessenes Wachstum in ein Gleichgewicht zu bringen. Die wichtigste Veröffentlichung des Sachverständigenrates ist das jeweils im November veröffentlichte Jahresgutachten.

Mitglieder des Sachverständigenrates sind zurzeit Prof. Dr. Peter Bofinger, Universität Würzburg, Prof. Dr. Wolfgang Franz, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim, Prof. Dr. Bert Rürup, Vorsitzender der Kommission für Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Prof. Dr. Axel A. Weber, Universität Köln, und Prof. Dr. Wolfgang Wiegand, Universität Regensburg.



Im Internet

**www.einblick.dgb.de
Interview mit Prof. Dr. Peter Bofinger über die Zwischenbilanz der Reformdiskussion (Langfassung)**

kurz & bündig



Die Gewerkschaft TRANSNET, die Deutsche Bahn und der Konzernbetriebsrat haben sich auf die Gründung eines Europäischen Betriebsrates geeinigt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber streben ein unbürokratisches Gründungsverfahren an, damit der Euro-Betriebsrat noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen kann.



Die Gewerkschaft NGG hat mit den Gastgewerbe-Gewerkschaften aus Österreich und der Schweiz einen gemeinsamen Rechtsschutz für ihre Mitglieder vereinbart. Außerdem wollen die Gewerkschaften der deutschsprachigen Länder im Gastgewerbe einheitliche Standards durchsetzen.



Mit Unterstützung der GEW ist an der Berliner Alice-Salomon-Fachhochschule der Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ eingeführt worden. Es ist der erste Studiengang, der ErzieherInnen an einer Hochschule pädagogisch-didaktisch für die Arbeit mit Vor- und Grundschulkindern ausbildet. Die GEW fordert, dass auch an weiteren Hochschulen Studiengänge eingerichtet werden.



Die IG Bauen-Agrar-Umwelt hat die von Bundeskanzler Gerhard Schröder geplante Streichung der Eigenheimzulage als „konzeptionlos“ kritisiert. Die geplante Innovationsoffensive dürfe nicht einseitig zu Lasten der Baubranche finanziert werden.

Mai-Meeting der GEW

Von Bildung bis Internet

Kein gemeinsames Dachthema, sondern sechs eigenständige Workshops prägen das diesjährige Mai-Meeting der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vom 20. bis 23. Mai in Halberstadt. Themen der bereits zum fünften Mal stattfindenden zentralen Bildungsveranstaltung sind in



diesem Jahr neben der „Schulentwicklung in Europa“ und der „Nachwuchsarbeit“ auch der „Internetauftritt der GEW“. Vorgestellt wird dort das von den Landesverbänden Bremen, Hamburg und Thüringen eingeführte Content-Management-System „additor“. Gleich zwei von sechs Workshops der Tagung widmen sich zudem dem Thema „Konfliktmanagement und persönliches Konfliktverhalten“. • www.gew.de

Ausbildung

IG Metall stoppt Modellversuch

Der IG Metall-Vorstand hat es seinen Bezirksleitungen NRW und Küste untersagt, sich weiter an dem Vorhaben der nordrhein-westfälischen und der schleswig-holsteinischen Landesregierung zur Schaffung eines neuen Ausbildungsberufs im Kfz-Handwerk zu beteiligen. In einem Schreiben an alle Bezirksleiter heißt es, die Zu-

ständigkeit für die Schaffung oder Überarbeitung von Ausbildungsberufen liege ausschließlich beim Vorstand. Das gelte auch „für Modellversuche oder Erprobungsverordnungen“. Außerdem habe es der Gewerkschaftstag 2003 abgelehnt, „unterwertige zweijährige Schmalspurberufe einzuführen“. Und dieser Beschluss sei „konsequent einzuhalten“.

Der umstrittene, auf fünf Jahre befristete Modellversuch sieht vor, dass ab Herbst in NRW eine begrenzte Zahl von 400 Hauptschü-

TRANSNET

Gemeinsames Europamagazin

Die Gewerkschaft TRANSNET hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die neue Formen der Kooperation mit anderen europäischen Gewerkschaften im Bahn- und Verkehrssektor entwickeln soll. TRANSNET reagiert damit auf die immer stärkere Liberalisierung der Verkehrs- und Schienenpolitik in der EU. Als erstes konkretes Kooperationsprojekt ist die Herausgabe eines gemeinsamen Europa-Magazins geplant. •

lern, die maximal den 10A-Abschluss erreicht haben, in nur zwei Jahren zum Kfz-Servicemechaniker ausgebildet werden. Nach erfolgreicher Abschlussprüfung können sie ihre Ausbildung um 1,5 Jahre verlängern und Kfz-Mechatroniker (früher Kfz-Mechaniker) werden. Der von der Düsseldorfer Landesregierung initiierte und gemeinsam mit den Tarifparteien konzipierte Modellversuch soll die Chancen lernschwacher Jugendlicher verbessern, den Einstieg in einen Ausbildungsberuf zu schaffen. •

Alternde Belegschaften

Metaller suchen Alternativen zur Rente mit 67

Der IG Metall-Bezirk Hannover hat Ende März mit einem Workshop unter dem Titel „Rente mit 67?“ ein Demographie-Projekt gestartet. Das Ziel: Die IG Metall will sich mit eigenen Reformvorschlägen aktiv an der Debatte über die Bewältigung des demographischen Wandels beteiligen. Neben den Auswirkungen der älter werdenden Gesellschaft auf die Finanzierung der Sozialsysteme will sich der IG Metall-Bezirk auch mit den Folgen älter werdender Belegschaften auseinandersetzen.

Dass die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland nicht nur deutlich altern, son-

dern auch schrumpfen wird, sei unumstritten, heißt es in einem beim Projektauftritt präsentierten Diskussionspapier. Über die Frage, wie Politik und Gewerkschaften auf den demographischen Wandel reagieren sollen, bestehe hingegen erheblicher Diskussionsbedarf. Und das gilt aus Sicht der IG Metall vor allem für die Frage, ob eine Anhebung des Rentenalters auf 67 tatsächlich unvermeidbar ist, wie das in vielen Politikerstatements heute anklingt. Entscheidend für die künftige Finanzierbarkeit der Sozialsysteme sei die Zahl der Beitragszahler, so die IG Metall. Es gehe nicht in erster

Linie darum, wie viele Menschen erwerbsfähig sind, sondern wie viele tatsächlich erwerbstätig sein können und Beiträge zahlen. Von den 46 Millionen Erwerbsfähigen im Jahre 2002 seien nur 38,7 Millionen erwerbstätig und nur 32,3 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen.

Am 2. September will der IG Metall-Bezirk die Debatte mit einer weiteren Tagung fortsetzen. Dort soll auch die Forderung nach einer Verlängerung des Altersteilzeitgesetzes diskutiert werden. •

www.diskussionsforum-demographie.de

Europäischer Aktionstag der Gewerkschaften

Ein mächtiges Zeichen gesetzt

500 000 Menschen haben die Gewerkschaften in Berlin, Köln und Stuttgart am 3. April auf die Straße gebracht. Sie haben ein mächtiges Zeichen gesetzt. Das hat manche überrascht – das ist auch gut so. Aber jetzt müssen sie ihrer eigenen Kundschaft sagen, wie sie den Sozialstaat reformieren wollen. Meint der Journalist Dieter Wonka.

700 Milliarden Euro werden im deutschen Sozialstaat umverteilt. Die Summe ist so gewaltig, dass viele meinen, das müsse doch für alle reichen. Tut es aber nicht. Die unveränderte Fortführung des Sozialstaates, trotz Massenarbeitslosigkeit, globalem Lohn- und überbordender Abgaben, **hat zu einer Politik der faktischen Ungerechtigkeit geführt.** Die Rentner protestieren gegen Nullrunden, steigende Versicherungsbeiträge und beklagen zugleich, die Jugend habe keine Zukunft mehr. So viel wie benötigt wird, um die Sozialsysteme ins Lot zu bringen, wird selbst eine mächtige Gewerkschaftsbewegung den Reichen nicht wegnehmen können.

Die Kosten für das Sozialsystem, nicht die Lohnkosten, sind zu hoch. Das System ist zu undurchsichtig. Die Mittelschicht hat durch hohe Belastungen das Interesse an der Aufrechterhaltung des Sozialsystems verloren. Verantwortlich für diese harte Wirklichkeit ist nicht Gerhard Schröder, und der Deutschbanker Ackermann ist bloß die billigste Adresse. Es gab zu lange sinnlose Abwehrgeschehen und wenig Platz für ein gerechtes, alternatives Denken. Die höchsten Lohnzusatzkosten bei gleichzeitig niedrigstem Mehrwertsteuersatz – das verstehe, wer will.

Demokratie lebt nur, wenn zur Bewegung auch die Gegenbewegung kommt. Schon deshalb war es ein bemerkenswertes Zeichen, dass dem vereinten Ruf der Gewerkschaften rund eine halbe Million BürgerInnen gefolgt ist. Reformen zu gestalten bei knappen Mitteln und fehlenden Jobs ist ein Teufelsgeschäft für Politiker, die von Wahlen abhängig sind. Weil der schnelle brutale Schnitt nicht möglich ist, **wird heute zugemutet und beim Profit auf morgen vertröstet.** Das geht grundsätzlich schief, egal ob sich Linke oder Rechte dem neoliberalen Zeitgeist nähern. Aber die Macht der Straßen in Berlin, Köln und Stuttgart hat mit ihren „Nein“-Parolen noch kein probates Gegenmittel zur Reformschneise geliefert, die die große Allianz von Wirtschaft, Politik und öffentlicher Meinung geschlagen hat.

In der Praxis haben sich Gewerkschaften und Betriebsräte überaus flexibel gezeigt. Das kann eine Position der Stärke sein, wenn man mit diesem Paket

offensiv und nicht nur defensiv umgeht. Je weniger praktische Erfolge auf dem Arbeitsmarkt, in den Kassen der Sozialsysteme und bei Familien, Jugendlichen, Bildungswilligen ankommt, umso schneller haben sich bis jetzt die Reformer im Hamsterrad bewegt. Noch härter, noch schärfer, noch radikaler müsse gekürzt und gestrichen werden. Dabei wird die noch so brutalste Reform der Regierung weder der Opposition noch der Wirtschaft genügen. Wie die Teletubies rufen Merkel, Rogowski und Hundt: Mehr, mehr, mehr.



Dieter Wonka, 49, ist Leiter des Berliner Büros der Leipziger Volkszeitung.

Verloren gegangen ist dabei das notwendige Maß an Mitte und Leistungspartnerschaft. Das lag zum einen daran, dass die Regierung kein Ziel angab, bei den Mitteln zu konfus war und dass sie den BürgerInnen so begegnet, als habe sie nicht einmal das Herz am rechten Fleck. Das eine Lager läuft heiß und die sozialstaatliche Gegenmacht ist in ihrem Streitwert auf beinahe Null gesunken. Das macht wütend. Das führt zur Wahlverweigerung. Und das animiert beispielsweise Bayerns Stoiber, den öffentlichen Dienst zum Vorkämpfer einer puren Lohnsenkungspolitik zu missbrauchen.

Bleibt die Frage: Was kann die Politik damit anfangen? Fein raus ist die Opposition. **Würde Merkel schon heute regieren, würden die Arbeitnehmervertreter noch lauter aufschreien.** Bei gleich schönem Wetter wäre dann mit Sicherheit eine Million Nein-Sager auf den Beinen gewesen. Für Schröder gibt es kein Zurück hinter die Agenda 2010, weil es schon längst für ihn nur noch um den Nachweis der Standfestigkeit seiner Regierung geht. Wer heute reformiert, fliegt morgen auf die Oppositionsbänke. Das ist der neue demokratische Zyklus. Die Gewerkschaften, auch wenn sie mächtig mobilisieren, sind nur Kontroll- und Korrekturorgan, aber keine Gegenregierung. Falls nicht im Lauf dieses Jahres die Konjunktur anspringt, rückt die Kanzlerschaft von Angela Merkel unaufhaltsam näher.

Es wäre ein großer Erfolg des Demonstrations-Sonnabends, wenn von allen Antworten und Alternativen abverlangt würden. Der Wind im Land kann sich drehen. **Die Agenda 2010 ist nicht alternativlos,** die Kopfpauschale nicht unbedingt sozial und die Gewerkschaften müssen mehr als nur das Abwehr-Nein bieten. •

Schulterschluss für Politikwechsel

Mehr als 250 000 in Berlin, 110 000 in Köln, 150 000 in Stuttgart: über eine halbe Million Menschen folgte dem Aufruf der DGB-Gewerkschaften zum Europäischen Aktionstag am 3. April. Die eigenen Erwartungen sind damit weit übertroffen worden. Der DGB hat sein politisches Gewicht auf der Berliner Bühne erhöht; das darf Regierung und Opposition nicht unbeeindruckt lassen. Zumal die Gewerkschaften auch für eine schweigende Mehrheit sprechen: Laut einer Forsa-Umfrage empfinden drei von vier Befragten die rot-grünen Reformen als sozial ungerecht.

Von Berlin, Köln und Stuttgart geht ein klares Signal für einen politischen Kurswechsel aus. DGB-Vorsitzender Michael Sommer sagte vor dem Brandenburger Tor: „Es muss Schluss sein mit einer Politik, die der Masse der Bevölkerung schadet, die Reichen immer reicher und das Kapital und seine Manager immer dreister werden lässt.“

Am 3. April, so Sommer, habe „der große Schulterschluss“ stattgefunden: zwischen Gewerkschaftern und Studenten, Sozialverbänden und Rentnern, von Arbeitslosen und Auszubildenden, von linken Kritikern in den Parteien über kirchliche Gruppen, der Friedensbewegung bis zu den Globalisierungskritikern.

Mehr Infos: www.dgb.de

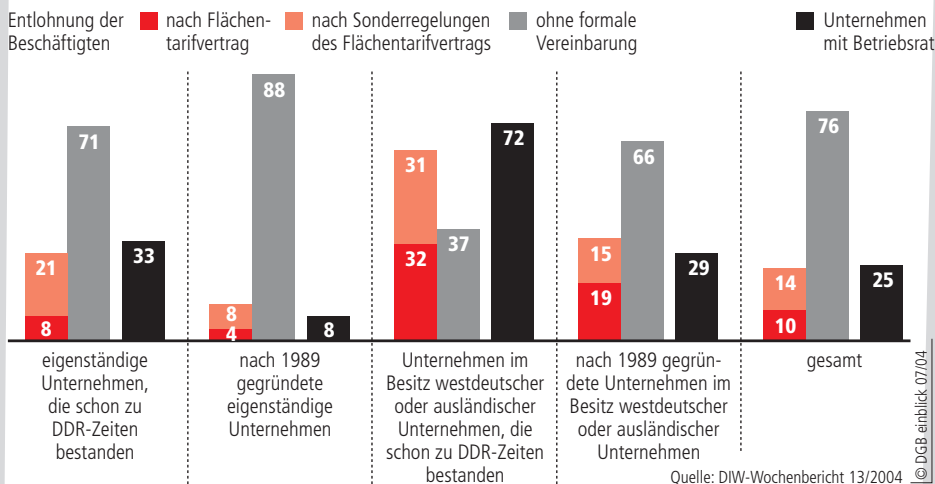
DIES & DAS

die DGB grafik

OSTDEUTSCHLAND: Eigentumsstatus für Tarifbindung entscheidend

In den neuen Bundesländer werden die Beschäftigten nur in jedem vierten Unternehmen auf der Grundlage eines Tarifvertrags oder darauf basierender Sonderregelungen bezahlt. In den vor 1989 gegründeten Unternehmen, die heute in westdeutschem oder ausländischem Besitz sind, ist die Tarifbindung mit 63 Prozent am höchsten. In eigenständigen, nach 1989 gegründeten Unternehmen ist sie mit 12 Prozent am niedrigsten. In Unternehmen, in denen ein Tarifvertrag Anwendung findet, gibt es meistens einen Betriebsrat.

Tarifbindung von Unternehmen in den neuen Bundesländern nach Eigentumsstatus (in Prozent)



personalien

... **Sven Gehrdau**, 28, Stahlbetonbauer, Ausbildung als Gewerkschaftssekretär bei der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt/M., ist seit dem 1. April Bundesjugendsekretär der IG BAU. Er folgt **Carsten Burckhardt**, 31, der seit Anfang des Jahres die Abteilung Organisationspolitik leitet. ... **Rainer Jöde**, 47, Managing Direktor bei Wolters Kluwer Deutschland, ist seit dem 5. April Leiter des Bund-Verlags, Frankfurt/M. Zu Wolters Kluwer gehören unter anderem die Verlage Hermann Luchterhand, Carl Link und Deutscher Wirtschaftsdienst sowie die juristische Datenbank Juriforum. **Christian Paulsen**, 42, ist

in Folge der personellen Umstrukturierung seit dem 1. April alleiniger Geschäftsführer des Bund-Verlags.

14 TAGE

15.4. DGB Thüringen, Arbeitsmarktkonferenz, Erfurt
16.4. DGB Verbindungsbüro Brüssel, Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU, Chansonabend „Wenn ich mir was wünschen dürfte...“, Mit Friedrich Hollaender durch Dur und Moll, Brüssel
21.4. ver.di., Vortragsreihe sieht.wissen, „Föderalismusreform zwischen Vision und Pragmatismus“, Berlin

22.4. ver.di Bremen, „Wir sind schuld! – Sind die Gewerkschaften schuld an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere?“ Diskussionsrunde mit dem Sozialforscher Klaus Dörre, Bremen

22.4. Girl's-Day, Mädchen-Zukunftstag 2004, Schnuppertag für Schülerinnen in die Praxis technischer Berufe

23./24.4. DGB Nord, Friedenskonferenz „Militarisierung der EU oder ein friedliches Europa“, Hamburg

23.4. DGB Niedersachsen, SPD Wissenschaftsforum Hannover, „Von Bologna nach Lüneburg“, 3. niedersächsischer Hochschultag, mit Bildungsministerin Edelgard Bulmahn

24.4. DGB, Fachkonferenz, „Zusammenlegung von Fachgerichtsbarkeiten?“, Kassel

Tipp

Buch: Stefan Bringezu, Erdlandung, Navigation zu den Ressourcen der Zukunft, Hirschel Verlag, Stuttgart 2004, 176 Seiten, 18,50 Euro

Wochenlang haben Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) und Umweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Grüne) gefeilscht, in welchem Umfang die Industrie die Luft verschmutzen darf. Dass für das Überleben der Menschen ganz andere Prioritäten notwendig sind und die bereits heute entwickelten Technologien Perspektiven für einen ressourcenschonenden Einsatz der Natur eröffnen, zeigt der Band Erdlandung von Stefan Bringezu vom Wuppertal Institut.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38. Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Schlechtes Konsumkarma“

Die Financial Times Deutschland am 2. April über die mangelnde Einkaufslust der Deutschen

Langzeitarbeitslose

Die Opfer der Agenda 2010

Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt dramatisch. 1,54 Millionen Menschen sind länger als ein Jahr ohne Arbeit – 13 Prozent mehr als im März 2003. Schröder hat Kohl getoppt: Es gibt wieder mehr Langzeitarbeitslose als 1998. Die vor Jahresfrist verkündete Agenda 2010 hat die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessert. Im Gegenteil. Sie hat sie verschlimmert: Zum einen haben viele Langzeitarbeitslose ihren Anspruch auf Arbeitslosenhilfe verloren, weil Einkommen und Vermögen stärker angerechnet werden. Zum anderen stehen mit Einführung von Arbeitslosengeld II am 1. Januar 2005 weitere Leistungskürzungen ins Haus – und der Zwang zur Annahme auch niedrigst entlohnter Arbeit.

Der Freibetrag beim anzurechnenden Einkommen des Arbeitslosen-Partners ist 2003 von 100 auf 80 Prozent des Existenzminimums gesenkt worden. Und der Vermögensfreibetrag ist von 520 auf 200 Euro pro Lebensjahr abgesackt. Die Folge: 183 614 Anträge auf Arbeitslosenhilfe sind im vergange-

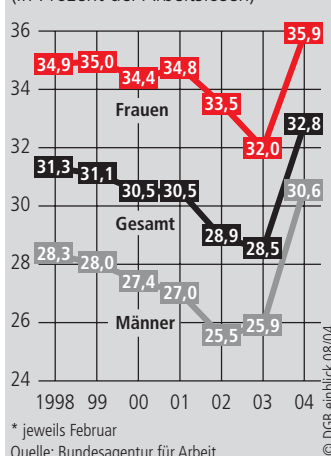
nen Jahr abgelehnt worden – 107 Prozent mehr als im Jahr davor. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe weiter leicht gesunken – auf knapp 517 Euro Ende 2003. Im Januar 2004 erhielten 2,18 Millionen Frauen und Männer Arbeitslosenhilfe – 14 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

Ab 2005, mit Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, sind Langzeitarbeitslose faktisch auf Sozialhilfe angewiesen: Bei Gewährung von Arbeitslosengeld (ALG) II wird das Partnereinkommen voll, eigenes Einkommen zu 70 bis 85 Prozent angerechnet.

Laut DGB bedeutet das, dass von den gut zwei Millionen Arbeitslosenhilfeempfängern mit Einführung von ALG II über eine halbe Million keine Leistung mehr erhalten werden, und fast eine Million eine geringere. Auch wer jahrzehntelang beschäftigt war, wird in Zukunft nach zwölf bzw. 18 Monaten Arbeitslosigkeit auf ALG II verwiesen. Außerdem ist ihm laut Paragraph 10 Sozialgesetzbuch II „jede Arbeit zumutbar“.

Neuer Negativ-Rekord

Bestand an Langzeitarbeitslosen* (in Prozent der Arbeitslosen)



Jeder dritte Erwerbslose ist seit mehr als einem Jahr ohne Arbeit.

Das alles erhöht den Druck auf die Löhne. Nicht umsonst preisen Besserverdienende aus Politik und Wissenschaft Niedriglöhne als Wunderwaffe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit an. Dass es einen Niedriglohn längst gibt, wird verschwiegen. Allein in Westdeutschland ist der Anteil der Niedriglohnempfänger – Beschäftigte mit weniger als 75 Prozent des Durchschnittseinkommens – zwischen 1980 und 1997 von 31 auf 36 Prozent gestiegen.

Es gibt keinen empirischen Beweis für die These, dass die hohe Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter und Jugendlicher sowie der hohe Anteil Langzeitarbeitsloser das Ergebnis einer zu geringen Lohnspreizung ist. So ist zwar in den USA und in Großbritannien die Einkommensungleichheit am stärksten ausgeprägt, die Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter und Jugendlicher aber höher als in Deutschland, der Anteil Langzeitarbeitsloser hingegen niedriger. •

plusminusBERLIN



Mario Ohoven, Präsident mittelständischen Wirtschaft und Anhänger verschärfter Zumutbarbeitsregeln, hat die Bundesagentur kritisiert. Die plötzliche Verdreifachung der Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld lasse sich kaum anders als durch Willkür erklären.



BDI-Präsident Michael Rogowski fordert laschere Regeln für die Gentechnik. Bei der Stammzellenforschung und der Gentechnik würden die Risiken für die Gesundheit und das Leben von Menschen überschätzt, das Innovationspotenzial unterschätzt.

inhalt

Seite 3

Zusammenarbeit über Grenzen

Gewerkschaften suchen im Europajahr den Schulterchluss

Seite 5

Rückbesinnung auf die Mitbestimmung

Die Denkfabrik der Gewerkschaften wird 50

Seite 7

TINA in Deutschland?

Neoliberale Politik ist nicht alternativlos – aber die Gewerkschaften müssen die Alternativen denken, fordert der Wirtschaftswissenschaftler Ewald Nowotny.

ZEUGEN GESUCHT

HOTLINE 0180/234 0000

29.04.04: 10 bis 20 Uhr

Lohndumping, miese Arbeitsbedingungen, Schikane bei der Jobsuche Anrufen, damit es besser wird!



Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.bmbf.de/de/1896.php
Berufsbildungsbericht 2004**

**www.einblick.dgb.de
Zur Zukunft einer zeitgemäßen betrieblichen Gesundheitspolitik
Gemeinsame Erklärung von BDA und DGB**

Ausbildungsplätze

Rückgang trifft junge Frauen

Der Rückgang der Ausbildungsverträge geht vor allem auf Kosten junger Frauen. Das belegt der gerade veröffentlichte Berufsbildungsbericht 2004. Während die Zahl der Verträge mit männlichen Auszubildenden um 0,1 Prozent leicht stieg, nahmen die Verträge mit weiblichen Auszubildenden um 4,9 Prozent ab. „Die Daten sind alarmierend“, so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Zumal die Statistik belege, dass junge Frauen viel eher als Männer bereit seien, wegen eines Ausbildungsplatzes umzuziehen. „Das neue Berufsbildungsgesetz muss dem Rechnung tragen: Der Zugang zu Ausbildungsplätzen muss für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet sein“, fordert Engelen-Kefer. •

Foto: Udo Böhlhoff



Martin Künkler, 36, hat mit drei anderen „Neuen“ der Koordinierungsstelle gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit ein Büro in Berlin bezogen.

Seit Anfang April hat die gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit wieder ein Zuhause: in Berlin. Fast alle Gewerkschaften haben ihren Sitz oder eine wichtige Geschäftsstelle dort, da kann räumliche Nähe sehr von Nutzen sein. Kurze Wege sollen uns bei dem Unterfangen helfen, die Kooperationsbeziehungen zu verbessern. Wir hoffen, dass wir es auch in punkto Pressearbeit leichter als in Bielefeld haben. Eineinhalb Jahre hat es gedauert, bis wir mit dem Umzug nun einen beinahe kompletten Neustart hinlegen müssen. Nachdem die Finanzierung der Koordinierungsstelle aus öffentlichen Mitteln Ende 2002 auslief, haben wir in Bielefeld nur einen Notbetrieb aufrecht erhalten können. Nun startet ein neues Team unter neuen Bedingungen. Das Team besteht

aus zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen, zwei ReferentInnen und Ulla Derwein, ehemaliges ver.di-Vorstandsmitglied und nun ehrenamtliche Geschäftsführerin der Koordinierungsstelle.

Parallel zu den Umzugsvorbereitungen haben wir uns mit der Mobilisierung zum Europäischen Aktionstag am 3. April beschäftigt. Die Proteste kamen aus der Mitte der Gesellschaft, viele haben zum ersten Mal in ihrem Leben demonstriert. Aber damit ist natürlich unsere Arbeit nicht abgeschlossen: Im Hinblick auf die bevorstehende Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe Anfang 2005 bedarf es erheblicher Aufklärung. Tipps zum Überleben mit ALG II sollen die Arbeitslosen dabei unterstützen, dass sie sich nach dem 1. Januar 2005 zumindest das holen können, was ihnen laut Gesetz zusteht. Daneben stehen zwei wichtige Termine in unserem Kalender: Im Juni findet die Jahrestagung der gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen in Bielefeld statt. Und für den Herbst bereiten wir eine Fachtagung vor, bei der es um Best-Practise-Projekte aus der Erwerbslosenarbeit geht.

Ausgewiesene Experten für Sozialrecht und Betriebsverfassungsrecht informieren Sie als Betriebs- und Personalrat kompakt und praxisorientiert über die neuesten Gesetzesänderungen und Auswirkungen.

Unterlagen /Anmeldung:

DGB Bildungswerk e.V.
Postfach 103055 | 40021 Düsseldorf
anmeldung@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
Tel.: 0211/4301-122 | Fax: 0211/4301-500

Schicken Sie die Unterlagen an:

Name _____

Adresse _____

e-mail _____

Tagungsgebühr: 725,- Euro
Frühbucher: 625,- Euro bis 24.5.2004
incl. Büfett, Tagungsgetränke



DGB Rechtsschutz GmbH

DGB BILDUNGSWERK

Arbeitsrecht in der Betriebsrats-Praxis:

Hartz und der Kündigungsschutz

Konferenz

24. bis 25.06. 2004 in Düsseldorf



Donnerstag 24.06.2004

09:00 Eröffnung und Begrüßung

09:15 I. Beendigung von Arbeitsverhältnissen

1. Änderungen bei Kündigung und Kündigungsschutz
■ Prof. Dr. Ulrich Preis, Universität Köln
2. Beendigungsvereinbarungen
■ Prof. Dr. Ulrich Preis, Universität Köln
3. Diskussion der geänderten Bedingungen und ihrer Auswirkungen auf die Betriebsratsarbeit
■ Prof. Dr. Ulrich Preis, Universität Köln

14:00 II. Änderungen im Arbeitszeitgesetz

- Peter Schmidt, Vorsitzender Richter am LAG Hamm

15:45 III. Altersteilzeit

- Peter Schmidt, Vorsitzender Richter am LAG Hamm

17:15 IV. Rechtsberatung und Prozessvertretung

- Werner Gierschke, DGB Rechtsschutz, Regionalbeauftragter Nordost

Freitag 25.06.2004

09:00 V. Befristungen nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz

- Susanne Bost-Klatt, Juristin, DGB Bildungszentrum Hamburg

10:45 VI. Sozial- und steuerrechtliche Folgen bei Beendigung von Arbeitsverhältnissen

- Dietmar Welslau, Personalleiter der Deutschen Telekom AG

13:15 VII. Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung – Exemplarisch bedeutsame Entscheidungen für Betriebsräte

- Johannes Schaller, DGB Rechtsschutz GmbH, Leiter d. Bundesrechtsstelle

Zusammenarbeit über Grenzen

Im Jahr der EU-Erweiterung rücken auch die europäischen Gewerkschaften enger zusammen, damit im „Europa der 25“ nicht Shareholder und Konzerne den Ton angeben, sondern die arbeitenden Menschen.

Europajahr 2004: Die EU wird erweitert, die europäische Verfassung weiter diskutiert, das Europäische Parlament am 13. Juni neu gewählt und eine neue EU-Kommission eingesetzt. Gemeinsam wollen die europäischen Gewerkschaften erreichen, dass bei allen Weichenstellungen das europäische Sozial-

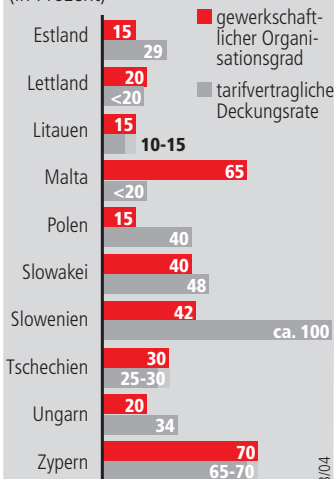
modell gestärkt wird. Ein erstes deutliches Signal setzten sie mit ihrem Aktionstag am 3. April: Europaweit gingen mehr als 1,6 Millionen Menschen auf die Straße. „Diesen Schwung müssen wir für eine erfolgreiche Mobilisierung für den Tag der Arbeit nutzen“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Und zwar in ganz Europa: Erstmals mobilisiert am Tag der EU-Erweiterung eine Großzahl der im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) vereinten Gewerkschaften parallel für ein soziales Europa. Ziel der Gewerkschaften in den alten und neuen EU-Ländern ist es, dass bei der EU-Erweiterung nicht eine Seite zu Lasten der anderen profitiert. Gemeinsam mit dem EGB und dem irischen Gewerkschaftsbund ICTU wird der irische Regierungschef Bertie Ahern, amtierender EU-Ratspräsident, am 1. Mai in Dublin dazu ein Zeichen setzen. Feierlich wird dort GewerkschafterInnen aus den neuen Mitgliedsstaaten eine „Europäische Unionskarte“ mit

den Grundrechten der ArbeitnehmerInnen in der EU überreicht.

Nach dem 1. Mai geht es gleich mit dem Europawahlkampf weiter. Dazu hat der EGB die Kampagne „Unser Europa – Europa, das sind wir!“ initiiert (www.our-europe.org). „70 Prozent aller politischen Entscheidungen, die die Arbeitnehmer in Deutschland betreffen, fallen in Europa. Das haben wir bisher in der Alltagsarbeit zu wenig berücksichtigt“, merkt Sommer selbstkritisch an. Das soll sich ändern – erklärte Ziel des DGB ist es, die grenzüberschreitenden Kooperationen mit den europäischen Gewerkschaften noch intensiver zu gestalten. Zum Beispiel im Rahmen der Interregionalen Gewerkschaftsräte (IGR) in den Grenzregionen. Insgesamt existieren vier IGRs an der deutschen Grenze zu den neuen EU-Mitgliedern. Alle vier wirken auch beim GRIPS-Projekt mit. Damit wollen die an Polen und Tschechien angrenzenden DGB-Bezirke in Zusammenarbeit mit polnischen und tschechischen Gewerkschaften Ängste abbauen, Netzwerke knüpfen und dafür werben, die EU-Erweiterung als Chance zu begreifen. •

Große Unterschiede

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Anteil der Beschäftigten in den neuen EU-Mitgliedsstaaten, die von Tarifverträgen erfasst werden (in Prozent)



Quelle: EIROOnline/ Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbeziehungen, Dublin, www.eiro.eurofound.eu.int/2002/07/feature/t0207104f.html

© DGB einblick 08/04

Die Gewerkschaftslandschaft in den Beitrittsländern ist höchst unterschiedlich und nur bedingt mit den Strukturen hierzulande – Einheitsgewerkschaft, duale Interessenvertretung durch Gewerkschaft und Betriebsrat – vergleichbar. Sektorale Tarifverträge gibt es in den meisten Ländern nicht, die betriebliche Ebene ist häufig der einzige Ort der Lohnfindung. So ist die Gewerkschaftslandschaft zum Beispiel in Polen durch das gesetzliche Vertretungsmonopol der Gewerkschaft im Betrieb zersplittert: Es existieren etwa 25 000 Betriebsgewerkschaften, aber nicht alle haben sich den Dachorganisationen angeschlossen.

Daten, Fakten, Positionen

DGB und Gewerkschaften informieren in einer Reihe von Veröffentlichungen über Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften in den Beitrittsländern und stellen die Praxis der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit in Europa vor. Gerade erschienen ist die Broschüre „Mai 2004: Die EU wird größer“ der DGB-Abteilung für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik. Bestellungen: Tel. 030/240 60 742, Fax 030/240 60 408, E-Mail: karin.hammermann@bvv.dgb.de Das Soli-Extra der DGB-Jugend „Für ein solidarisches Europa“

gibt einen Überblick über die Auswirkungen der Erweiterung, europäische Politikfelder und Gewerkschaftsprojekte. Als Download unter www.dgb-jugend.de Das Team Europäische Betriebsräte (EBR) beim IG Metall-Vorstand hat zwei informative Materialien zur EU-Erweiterung herausgegeben: „Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretung in den neuen EU-Ländern“ sowie „EBRs go East“, eine Anleitung zur EBR-Erweiterung. www.igmetall.de/betriebsraete/eurobr/material/ Weitere Infos und Links: www.einblick.dgb.de

Unser Europa – frei, gleich, gerecht

Unter diesem Motto rufen DGB und Gewerkschaften zu den Maikundgebungen in diesem Jahr auf. Neben der zentralen Veranstaltung in Berlin werden in Hunderten von Städten ArbeitnehmerInnen für ein soziales Europa demonstrieren.

Gemeinsam mit polnischen und tschechischen GewerkschafterInnen will der DGB in einer Reihe der an die neuen EU-Staaten angrenzenden Regionen und Bezirken Zeichen dafür setzen, dass die Gewerkschaften gemeinsam ein soziales Europa der Freiheit, Gleichheit und Toleranz gestalten wollen.

So treffen sich beispielsweise in Görlitz polnische, tschechische und deutsche GewerkschafterInnen auf der Stadtbrücke zur gemeinsamen Demonstration, an die sich Kundgebung und Bürgerfest anschließen.

Ein Brückenfest soll in Frankfurt/Oder steigen. An einer Talkrunde zu den Themen EU-Osterweiterung, Migration und Arbeitsmarktzugang wird ein Vertreter der polnischen Gewerkschaft Solidarność teilnehmen.

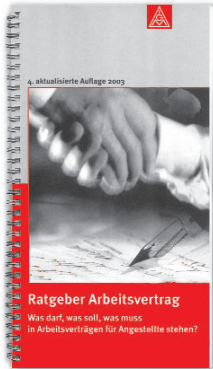
In Guben wollen die TeilnehmerInnen eines deutsch-polnischen Seminars des Interregionalen Gewerkschaftsrates Viadrina um Mitternacht gemeinsam mit anderen Gubenern auf der Europabrücke die neuen EU-BürgerInnen begrüßen.

Veranstaltungen und Aufruf zum 1. Mai 2004: www.dgb.de

Arbeitsvertrag

Erst prüfen

So hart die Zeiten für Jobsuchende auch sein mögen: Ungeprüft sollte niemand einen Arbeitsvertrag unterschreiben. Was in welcher Form geregelt sein sollte, beschreibt der in 4. Auflage erschienene „Ratgeber Arbeitsvertrag“ der IG Metall. Auf 88 Seiten findet sich alles Wis-



senswerte über den gesetzlichen und tarifvertraglichen Rahmen von Arbeitsverhältnissen, über Form und Inhalt des Arbeitsvertrages sowie über Mitbestimmung bei der Einstellung

und Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Der Anhang enthält Auszüge aus einschlägigen Gesetzestexten wie dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Tarifvertragsgesetz. Bestellnr. 132-1365, Einzelpreis: 2,33 Euro plus Porto und Versand, erhältlich unter: www.igmetall.de; „Recht und Rat“ oder bei den IG Metall-Verwaltungsstellen. •

Industriepolitik

EU-Erweiterung und die Folgen

Je näher der 1. Mai rückt, desto drängender werden die Fragen nach Veränderungen durch die neuen zehn EU-Mitglieder. Der DGB-Bezirk West lädt gemeinsam mit dem IG Metall-Bezirk Frankfurt am 5. Mai nach Würth zu einer Industriepolitischen Konferenz unter dem Titel: „EU-Erweiterung: Chance oder Risiko für die Automobilindustrie in Rheinland-Pfalz?“ Über den sich verändernden Arbeitsmarkt, die Gefahr von Lohndumping und die Konkurrenzfähigkeit der Autoindustrie diskutieren u.a. Prof. Hajo Weber von der Uni Kaiserslautern, Nikolaus Schmidt aus der IG Metall-Vor-

standsverwaltung sowie Betriebsräte von Opel und Daimler Chrysler. Anmeldungen bis zum 30.4. •

Tel. 061 31/28 1638

christa.nakowitsch@dgb.de

Spendenaktion

Soziale Globalisierung

Das DGB-Bildungswerk startet am 1. Mai eine Spendenaktion, mit der die internationalen Projekte des Nord-Süd-Netzes gefördert werden sollen. Die diesjährige Aktion steht unter dem Motto: „Ohne Gewerkschaften keine soziale Gestaltung der Globalisierung“. Mit den Spenden soll die Projektarbeit von GewerkschafterInnen in Lateinamerika, Asien und Afrika unterstützt werden. •

www.nord-sued-netz.de

Tagung

Zukunft der GKV

Mit der Einführung der Praxisgebühr und höheren Zuzahlungen für Arzneimittel ist das Gesundheitswesen nicht hinreichend „reformiert“. Stellt sich die Frage, welche Richtung die gesetzliche Krankenversicherung nehmen wird. Mit den kontrovers behandelten Systemen „Bürgerversicherung oder Kopfpauschale?“ befasst sich eine Tagung, zu der der Arbeitskreis „Kirche und Arbeitswelt“ sowie der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen am

ver.di-Projekt connexx.av

Umfrage bei Medienbeschäftigten

Klassische Gewerkschaften haben bei vielen MitarbeiterInnen der Neuen Medien keinen guten Ruf – sie gelten als verstaubt und bürokratisch. Das ver.di Projekt connexx.av will vieles anders machen: Eine Image- und Zufriedenheitsanalyse unter 44 Betriebsräten der Branche sowie zwanzig ver.di-Mitgliedern förderte interessante Informationen für die connexx.av-MacherInnen zu Tage. Dickes Lob konnte das Projekt für seine Beratungsarbeit einheimsen. 49 der 64 Befragten gaben an, dass ihnen connexx.av schon einmal weitergeholfen hätte. Gut kamen auch die unbürokratische und schnelle Reaktion auf Anfragen und Wünsche an. Die Berliner Sozialwissenschaftlerin Hanna Knorr, die zwi-

schen Juli und September 2002 die Betriebsräte und Mitglieder telefonisch befragt hatte, bilanzierte in ihrer Analyse, connexx.av werde positiv wahrgenommen als „vor Ort engagiert, kompetent, offen, flexibel“; außerdem arbeite das Projekt partnerschaftlich mit Betriebsräten zusammen.

Auch einige Schwächen wurden in der Befragung benannt: So war vielen die Beziehung von connexx.av zu ver.di nicht klar. Nicht alle kannten das Angebotsprofil. Und schließlich meinten die Befragten mehrheitlich, dass die Erfolge des ver.di-Projekts connexx.av öffentlich kaum wahrgenommen würden. •

www.connexx-av.de

Hannaknorr@hotmail.com

3. und 4. Juni in die Evangelische Akademie Hofgeismar einladen. •

www.akademie-hofgeismar.de

Leitfaden für Arbeitslose

Neues Recht im Überblick

Kaum etwas ändert sich derzeit so rasant wie das Arbeitslosenrecht. Um Betroffene und in der Beratung von Arbeitslosen Tätige auf den aktuellen Stand zu bringen, hat

das Arbeitslosenprojekt TuWas seinen „Leitfaden für Arbeitslose“ in der 21. Auflage veröffentlicht. Der Leitfaden präsentiert Informationen zu Zumutbarkeitsregelungen, Höhe des Arbeitslosengeldes, zu Aus- und Weiterbildung und den Klagemöglichkeiten. Er basiert auf der bis zur Einführung des neuen Arbeitslosengeldes II geltenden Rechtslage. 11 Euro (inkl. Versand). •

Fachhochschulverlag

Tel. 069/15 33 - 28 20

www.fhverlag.de

interregio

••• Der **DGB Baden-Württemberg** präsentiert bis zum 11. Juli den **Wanderzirkus** Circus Sociale. Das regelmäßig wechselnde Programm kombiniert Veranstaltungen vom Familienzirkus über gesellschaftspolitische Diskussionen bis zu Kabarett mit Gästen wie Konstantin Wecker und bietet immer wieder die Möglichkeit zum Mitmachen. Der Zirkus macht Halt in Ulm (30. April bis 2. Mai), Pforzheim

(13. bis 15. Mai), Waiblingen (6. bis 10. Juni), Karlsruhe (5. und 6. Juli) und Stuttgart (08. bis 11. Juli). Komplettes Programm und Infos: Markus Kling, Tel. 0711 / 20 28 222, www.circus-sociale.de

••• Der **DGB Hessen** lädt am 25. Mai zum **Zukunftsforum** „Beschäftigung und Innovation“ nach Frankfurt/M. ein. Im Vordergrund der Tagung stehen die Innovations-

potenziale der hessischen Wirtschaft und daraus resultierende gewerkschaftliche Positionen. In Arbeitsgruppen diskutieren die TeilnehmerInnen beteiligungsorientierte Umsetzungen von Innovation im Betrieb. An der Veranstaltung nehmen Vertreter der hessischen Unternehmerverbände und des Wirtschaftsministeriums teil. Infos und Anmeldung: DGB Hessen-Thüringen, Tel. 069 / 27 30 05 53

GEWERKSCHAFTEN

50 Jahre Hans-Böckler-Stiftung

Rückbesinnung auf die Mitbestimmung

Mit einem Etat von knapp 40 Millionen Euro und 130 MitarbeiterInnen gehört die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) eher zu den kleineren wissenschaftlichen Einrichtungen. Doch die Denkfabrik der Gewerkschaften, die mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) über eine eigene Forschungseinrichtung verfügt, pro Jahr fast 10 Millionen in die Forschungsförderung investiert und eine eigene Studienförderung betreibt, hat sich einen Namen gemacht. Ende April wird die HBS 50.

Ihren Ursprung hat die HBS in der im April 1951 vom Bundestag beschlossenen Montanmitbestimmung. Drei Jahre später, am 23. April 1954, gründeten DGB, IG Metall und die damalige IG Bergbau die Hans-Böckler-Gesellschaft. Ihr Ziel war die wissenschaftliche Förderung der Montanmitbestimmung. Am 1. Mai 1954 wurde die Stiftung

Mitbestimmung als Studienförderungswerk des DGB gegründet. Als Folge des 76er Mitbestimmungsgesetzes wurden beide Organisation am 1. Juli 1977 zur Hans-Böckler-Stiftung verschmolzen. 1995 folgte die Integration des bis dahin beim DGB angesiedelten WSI.

Um eigene Akzente in der Debatte über die Zukunft des Arbeits-

marktes und die Weiterentwicklung der Mitbestimmung zu setzen, konzentriert die HBS ihre Mittel auf Schwerpunktthemen. Flexicurity heißt der aktuelle Arbeitsschwerpunkt des WSI, in dem nach einer Neujustierung des Verhältnisses von Flexibilisierung und sozialer Sicherheit gesucht wird. Eigene Datenbestände wie die Betriebs- und Personalrätebefragung und das WSI-Tarifarchiv erhöhen die öffentliche Wahrnehmung.

Eine Denkfabrik muss Fragen aufwerfen, die quer zur Beschlusslage liegen. In den neunziger Jahren ist das der HBS mit dem gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung initiierten Projekt Mitbestimmung und mit dem

„Sachverständigenrat Bildung“ gelungen. Heute heißen die Stichworte „Innovative Tarifpolitik“ und „Kooperativer Staat in der Dienstleistungsgesellschaft“. Der dritte Arbeitsbereich der Stiftung, die Mitbestimmungsförderung, ist stark serviceorientiert.

Vor zwei Jahren wurde eine Dokumentation von Betriebsvereinbarungen aufgebaut. Zudem entwickelt die HBS für Betriebs- und Personalräte einen eigenen Internetauftritt zu Grundfragen der Bilanzanalyse und arbeitet am Aufbau eines Netzwerks für die mitbestimmte Personalarbeit.

Weil die Hans-Böckler-Stiftung vor allem von den Förderbeiträgen der ArbeitnehmervertreterInnen in den Aufsichtsräten lebt, steht sie finanziell auf einem soliden Fundament. Der Strukturwandel der Gewerkschaften hat aber auch die HBS erfasst. Die Erwartungen an die Stiftung, kurzfristig verwertbare Service- und Beratungsleistungen anzubieten, ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. •

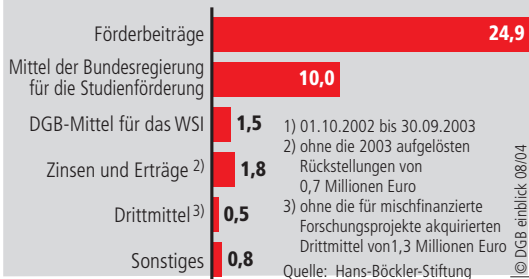
Beides ist wichtig

Muss die Hans-Böckler-Stiftung als Denkfabrik der Gewerkschaften vor allem die Zukunftsfragen der Gewerkschaften in den Blick nehmen oder soll sie sich stärker auf kurzfristig nutzbare Serviceleistungen konzentrieren? Für den Vorsitzenden des HBS-Vorstands, den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, ist beides wichtig. „Die HBS muss Themen aufgreifen, die für die strategische Ausrichtung der Gewerkschaften wichtig sind“, so Sommer. Aber neben den langfristigen Linien würden die Betriebs- und Personalräte „auch eine wissenschaftliche Unterfütterung für die Bewältigung von Alltagsfragen“ brauchen.

Zur Zeit wird in den Gremien der Stiftung diskutiert, wie die HBS die Gewerkschaften vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung um die Mitbestimmung stärker unterstützen kann. „Der Druck auf die Gewerkschaften, auch kurzfristige Probleme zu lösen, ist enorm gewachsen“, so Sommer. Eine mögliche Verschiebung der Mittel dürfe aber „nicht dazu führen, dass die HBS die langfristigen Herausforderungen aus dem Blick verliert.“

Zwei Drittel von den Förderern

Einnahmen der Hans-Böckler-Stiftung im Geschäftsjahr 2002/2003 (in Millionen Euro) ¹⁾

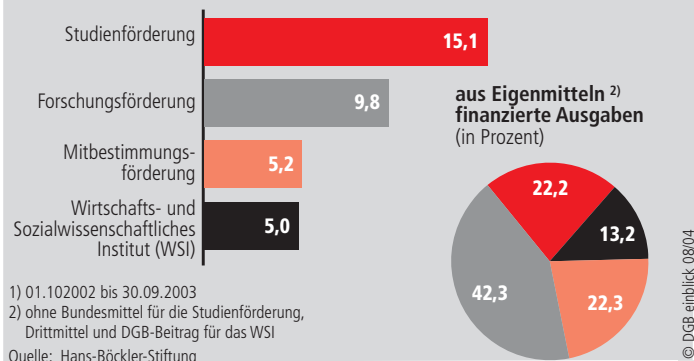


Im Geschäftsjahr 2002/2003 hat die Hans-Böckler-Stiftung Einnahmen von 39,5 Millionen Euro erzielt. Wichtigste Einnahmequelle sind die Vergütungen der ArbeitnehmervertreterInnen in den Aufsichtsräten, die einen Teil ihrer Bezüge an die HBS abführen. Mit 24,9 Millionen Euro machten die Förderbeiträge im vergangenen Jahr fast zwei Drittel (63,2 Prozent) aller Einnahmen aus.

Forschungs- und Mitbestimmungsförderung

Ausgaben der Hans-Böckler-Stiftung im Geschäftsjahr 2002/2003 und deren Anteil an den aufgewandten Eigenmitteln ¹⁾

Ausgaben (in Millionen Euro)



Mit 15,1 Millionen Euro ist die Studienförderung der größte Ausgabenposten der Hans-Böckler-Stiftung. Zehn Millionen Euro davon werden zweckgebunden von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Nimmt man nur die Verwendung der Eigenmittel in den Blick, liegt die Forschungsförderung mit 9,8 Millionen Euro vorne, gefolgt von der Mitbestimmungsförderung mit 5,2 Millionen Euro.



Im Internet

www.boeckler.de

Der Internetauftritt der Mitbestimmungsexperten

kurz & bündig



Die IG BAU hat eine „telefonische Meldestelle“ gegen illegale Beschäftigung eingerichtet. Unter 0800 1 442 28 02 können wochentags zwischen 7 und 20 Uhr und samstags von 9 bis 18 Uhr Angaben zu „irregulärem Geschehen auf Baustellen“ gemacht werden. Die Hinweise werden an den Zoll weitergeleitet. Die Aktion ist Teil der IG BAU-Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht!“.

DGB

Die DGB Jugend informiert mit einem Flyer über die Europawahl am 13. Juni. Neben Kontaktadressen zu Parteien gibt es kurze Erklärungen zum Wahlrecht und zur Bedeutung der Wahl. Der Flyer kann kostenlos unter www.dgb-jugend.de bestellt werden.



TRANSNET lehnt den Börsengang einzelner Unternehmensanteile der Bahn ab. Dieser Schritt sei nur mit dem Gesamtkonzern denkbar. Der TRANSNET-Vorsitzende Norbert Hansen hat Verkehrsminister Stolpe (SPD) und Bahn-Chef Mehdorn noch vor einem möglichen Börsengang zu „konkreten Verhandlungen“ aufgefordert, um „grundsätzliche Fragen“ wie den Fortbestand des Bahn-Beschäftigungsbündnisses bis 2010 zu klären.



Die NGG will künftig auf ihrer Homepage (www.ngg.net) Unternehmen des Gastgewerbes aufführen, gegen die ein Gerichtsverfahren wegen Nichteinhaltung von Arbeitnehmeransprüchen läuft.

DGB-Tagung

Mehr Prävention im öffentlichen Dienst

Nur 20 Prozent aller Verwaltungen des öffentlichen Dienstes setzen auf betriebliche Gesundheitsförderung. Die Folge: Weil durch den massiven Personalabbau das Durchschnittsalter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den

vergangenen Jahren stark gestiegen ist, steigt seit Jahren auch die Zahl der Frühpensionierungen. Mit weitreichenden Folgen für die leeren öffentlichen Kassen.

Wie sich dieser Trend umkehren und die Zahl der Frühpensionierungen

aus Gesundheitsgründen reduzieren lässt, diskutiert der DGB mit Arbeitsschutzexperten, Personalräten und Personalverantwortlichen des öffentlichen Dienstes am 25. Mai in Dortmund. •

www.dgb.de

Medienpolitik

Workshop für gewerkschaftliche Rundfunkräte

Massenmedien wie das Fernsehen können bei Deutschlands Intellektuellen kaum Punkte sammeln. Anlässlich eines Medienpolitischen Workshops des DGB Ende März in Hamburg zur Arbeit der Rundfunkräte in ARD und ZDF warnten Medienexperten gar vor einer „Selbstkommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems“. Der Zwang, auf der Unterhaltungsbüh-

ne zu punkten, führe zur Annäherung des öffentlich-rechtlichen an das Kommerzsyste:m: Auf das RTL-Quiz folgte ein ARD-Quiz, auf die Volksmusik bei Sat1 die öffentlich-rechtliche Musikantenscheune. Die Containershow Big Brother provoziert das „Schwarzwaldhaus“ – intelligente Unterhaltung nenne das die ARD. Hier hätten Rundfunkräte Wächterfunktion. Sie sollten auf

journalistische und auf Qualitätsstandards achten. Die Hamburger Medientagung setzte fort, was im September 2003 in Berlin begonnen wurde: Der DGB will seine Medienpolitik verstärken, gewerkschaftliche MedienvertreterInnen sollen professionalisiert werden, um sich in die aktuelle Debatte um Gebühren und Programmausrichtung einschalten zu können. •

ver.di-Fachbereich 9

Die 34-Stunden-Woche kommt

Die Tarifkommission des ver.di-Fachbereichs Telekommunikation, Datenverarbeitung hat dem Verhandlungsergebnis zum Beschäftigungsbündnis Telekom zugestimmt: Die 34-Stunden-Woche bei der Telekom ist so beschlossene Sache.

Das Beschäftigungssicherungspaket steht auf drei Eckpfeilern. Zum einen wurde ein langfristiger Kündigungsschutz vereinbart, der betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2008 ausschließt. Zweiter Eckpfeiler ist die Schaffung von 10 000 neuen Arbeitsplätzen durch die Einführung der 34-Stunden-Woche. An dritter Stelle steht ein Moratorium zu personalbedarfsabsenkenden Maßnahmen.

Damit ist es ver.di gelungen, langfristigen Schutz und unmittelbare Beschäftigungswirkung mit-

einander zu verknüpfen. Franz Tremel, zuständiger stellvertretender ver.di-Vorsitzender: „Wir setzen damit einen deutlichen Kontrapunkt – zur scheinbar endlosen Debatte um die perspektiv- und gegenleistungslose Verschlechterung der Arbeits- und Entgeltbedingungen. Und wir treten auch den Beweis für die nach wie vor vorhandene Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie an.“ •

Gewerkschaft TRANSNET

Neue Website mit unioncms

Alles neu macht der Mai: Die Eisenbahnergewerkschaft TRANSNET präsentiert zum 1. Mai ihren überarbeiteten Internet-Auftritt. Neben der klaren und übersichtlichen Struktur kommt die neue TRANS-

NET-Site mit zwei wesentlichen Neuerungen daher. Die Redaktion wird die Site mit einem eigens dafür erstellten Redaktionssystem pflegen. Dieses Redaktionssystem wurde im Rahmen eines umfassenden Contentmanagementsystems von mehreren Gewerkschaften entwickelt. ver.di, die NGG und der DGB beteiligen sich neben TRANSNET an dieser gemeinsamen Entwicklung unter dem Namen „unioncms“. TRANSNET macht nun den Vorreiter mit der Realisation seines Internet-Auftritts mit Hilfe des neuen Werkzeugs.

Neu im TRANSNET-Internet wird auch ein geschützter Bereich sein. Die Gewerkschaft stellt dort Informationen nur für Mitglieder zur Verfügung. Um auf solche Informationen zuzugreifen, ist ein Benutzername und ein Passwort erforderlich. Mitglieder erhalten von TRANSNET ihr Passwort, nachdem sie sich mit Mitgliedsnummer und Geburtsdatum registriert haben. •

Perspektiven einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik

TINA in Deutschland?

Die neoliberale Politik, die massive Lohnsenkungen und den Abbau von Sozialleistungen fordert, ist nicht alternativlos. Aber die Gewerkschaften müssen die Alternativen auch denken, fordert der Wirtschaftswissenschaftler Ewald Nowotny.



Prof. Dr. Ewald Nowotny, 59, lehrt an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist Redner des Perspektivenkongresses für eine andere Politik Mitte Mai in Berlin.

Für Margaret Thatcher, Ikone aller Neoliberalen, hatte sich in Großbritannien die Kurzformel TINA eingebürgert, abgeleitet von ihrer stets wiederholten Aussage: „**There Is No Alternative**“. Auch in Deutschland finden sich heute in Medien und Politik viele TINAs, die unwissende Gewerkschaften und ein verbohrt Volk von Besitzstandswahrern aufklären, man müsse einfach die Sachzwänge zur Kenntnis nehmen und die Reformen akzeptieren.

Sicher gibt es grundlegende Strukturveränderungen, die wirtschafts- und sozialpolitische Reaktionen erfordern. Aber **nicht alles, was als Sachzwang bezeichnet wird, ist einer**. Und: Nur für sehr wenige gesellschaftliche Herausforderungen gibt es nur eine Lösung. Um dies an einigen wenigen Beispielen zu illustrieren:

Eine der zentralen TINA-Thesen lautet, die wirtschaftliche Rolle des Staates müsse zurückgedrängt werden, um Dynamik und Innovationskraft zu stärken. Als Beleg werden die USA herangezogen, deren Staatsquote mit 35,1 Prozent deutlich unter der Deutschlands (49,1 %) bzw. der EU (48,4 %) liegt. Als Alternative lässt sich aber auf Staaten wie Finnland oder Dänemark hinweisen, deren Staatsquoten mit 50,9 bzw. 55,4 Prozent über dem deutschen Wert liegen und die gleichzeitig in allen internationalen Studien als innovative Volkswirtschaften hervorgehoben werden. Gerade **die dynamischen europäischen Staaten haben einen starken und ausgleichend orientierten öffentlichen Sektor** – und starke Gewerkschaften.

Richtig ist aber, dass eine Gesellschaft, die im Interesse des sozialen Ausgleichs ein hohes Niveau öffentlicher Leistungen anbietet, diese auch seriös finanzieren muss. Dafür gibt es keine andere Antwort als Steuern, Abgaben und Gebühren. Ein Staat, der als Instrument einer sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wirksam sein soll, wird notwendigerweise ein Staat mit einer hohen Abgabequote sein. Es ist daher notwendig, dass öffentliche Leistungen so attraktiv und effizient sind, dass von der Mehrheit der Bevölkerung eine höhere Abgabequote gesellschaftlich akzeptiert wird, wie dies z.B. in Skandinavien der Fall ist. Man muss sich darüber klar sein, dass eine der erfolgreichsten neoliberalen

Strategien die ist, für Steuersenkungen einzutreten – um das dann entstehende höhere Defizit in Kauf zu nehmen und daraus den Zwang zur Senkung der Staatsquote, speziell im Sozialbereich, abzuleiten.

Ein weiterer Bereich, wo Denken in Alternativen gefragt ist, ist die Finanzierung der Altersvorsorge. Unter Hinweis auf die demografische Entwicklung propagieren die Neoliberalen eine Abkehr vom Umlageprinzip. Als Ergänzung und für hohe Einkommen ist ein Kapitaldeckungsverfahren unproblematisch. Aber bei kleinen und mittleren Einkommen sprechen sowohl empirische wie gesellschaftspolitische Aspekte dafür, **das Umlageprinzip als Grundlage der Alterssicherung offensiv zu vertreten**. Das schließt freilich eine stärkere Bedeutung der Steuerfinanzierung ein.

Aus ökonomischer Sicht gilt nach wie vor, dass jede Rentnergeneration nur aus dem laufenden Sozialprodukt alimentiert werden kann. Auch bei offenen Kapitalmärkten ist davon auszugehen, **dass die relevanten Kapitalmärkte vor ähnlichen demografischen Konstellationen stehen**. Relevant für die Finanzierung der Altersvorsorge sind dagegen Renteneintrittsalter und Erwerbsquote. Beide sind angesichts der demografischen Entwicklung zu erhöhen. Sicherlich werden langfristig Beitragsätze und Steuerzuschüsse steigen und das Rentenniveau wird sinken, was aber bei langfristig insgesamt höheren Einkommen verkraftbar ist.

Der Übergang zum Kapitaldeckungsverfahren ist eines der wichtigsten Instrumente zur gesellschaftlichen Machtverschiebung. Konkurrierende Pensionsfonds, die gar nicht anders können, als eine möglichst brutale Shareholder-Value-Orientierung zu verfolgen, würden die wichtigsten gesellschaftspolitischen Akteure. Die ArbeitnehmerInnen wären dieser Entwicklung im doppelten Sinn ausgeliefert: Einerseits haben sie keinen Einfluss auf die Pensionsfonds, die mit ihren Geldern arbeiten, andererseits sind sie in ihrer Produzentenrolle der von den Pensionsfonds verfolgten Shareholder-Value Politik unterworfen.

Diese wenigen Beispiele zeigen: Entgegen der TINA-These ist es **notwendig, mit dem eigenen Kopf zu denken** – gerade auch für die vielen Köpfe der Gewerkschaftsbewegung. ●

Alternativen denken

„Es geht auch anders!“

Unter diesem Motto hat ein breites Bündnis aus Globalisierungskritikern, Sozialverbänden und Gewerkschaften für den 14. bis 16. Mai nach Berlin eingeladen. Erwartet werden rund 1000 TeilnehmerInnen. Auf acht parallelen Foren wollen sie über Alternativen zur zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und zur Abdrängung einer wachsenden Gruppe von ArbeitnehmerInnen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse diskutieren. Weitere Themen sind das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft, Alternativen bei der Reform des Sozialstaates und die Perspektive einer demokratischen Bildungspolitik.

Zu den Veranstaltern des Kongresses zählen die Gewerkschaften GEW, IG BAU, IG Metall und ver.di sowie die DGB-Jugend. Zu den außergewerkschaftlichen Veranstaltern gehören unter anderem das globalisierungskritische Netzwerk attac, die entwicklungspolitische Organisation WEED und der Sozialverband Deutschland (SoVD).

Tagungsbüro

Tel. 0180/590 4000

tagungsbüro@perspektivenkongress.de

www.perspektivenkongress.de



Im Internet

www.einblick.dgb.de

Es geht auch anders!

Perspektiven für eine

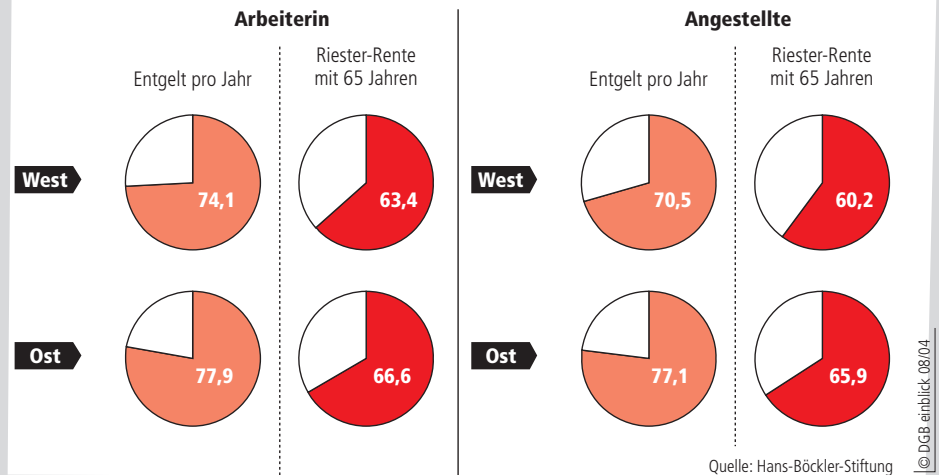
andere Politik. Aufruf zum

Perspektivenkongress

RIESTER-RENTE: Fehlende Unisex-Tarife diskriminieren Frauen

Die Riester-Rente soll die Senkung der gesetzlichen Rente auffangen. Dennoch werden Frauen, die „riestern“, diskriminiert: Sie erhalten weniger Riester-Rente als Männer. Der Grund: Die private Altersvorsorge kennt – anders als die gesetzliche – keine Unisex-Tarife (gleiche Tarife für Frauen und Männer). Die EU-Kommission und das Europäische Parlament wollen deshalb das Kriterium Geschlecht für die Errechnung von Tarifen verbieten. Mehr Infos unter www.boeckler.de/pdf/wsi_expertise_riester

Anteil der Frauenentgelte bzw. -renten an den Männereinkommen (in Prozent)



14TAGE

26.4. TRANSNET, Fachkonferenz, „Arbeitszeitmodelle in der Verkehrswirtschaft“, Kassel

28.4. DGB Frankfurt/M., Rhein-Main-Runde zur Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik, „Wachstum – das neue alte Wundermittel?“, Frankfurt/M.

29.4. Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, Vortragsveranstaltung „Sozialer Wandel und Mutationen der Familienpolitik“, Bonn

29.4. Mai-Empfang von Bundespräsident Johannes Rau für ehrenamtliche GewerkschafterInnen und Betriebsräte, Berlin

30.4.-2.5. DGB Baden-Württemberg, 2. Station des Wanderzirkus „Circus Sociale“, Ulm

30.4.-13.6. Ruhrfestspiele

Recklinghausen – „No Fear“

1.5. „Unser Europa – frei, gleich, gerecht“, zentrale Mai-Kundgebung des DGB, Berlin

1.5. DGB Nord, Job Parade, Schwerin

2.5. DGB Thüringen, Enthüllung einer Gedenktafel für die von den Nationalsozialisten ermordeten Gewerkschafter, Erfurt

5.5. DGB-Bezirk West, Industriepolitische Konferenz „EU-Erweiterung, Chance oder Risiko für die Automobilindustrie in Rheinland-Pfalz?“, Würth

6.5. DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen, Tagung, „Chancengleiches Personalmanagement in Unternehmen und Verwaltungen“, Dortmund

Tipp

Buch: Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels (Hrsg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Ein Handbuch, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2003, 725 Seiten, 42,90 Euro

Gewerkschaften werden in der Öffentlichkeit meist nur dann zur Kenntnis genommen, wenn sie

streiken, wenn sie zerstritten sind oder wenn sich ihre Politik personalisieren oder skandalisieren lässt. Diesem Zerrbild halten Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels eine umfangreiche Analyse entgegen, in der mehr als zwei Dutzend WissenschaftlerInnen zahlreiche Aspekte gewerkschaftlicher Politik und deren Wirkung auf die Gesellschaft detailliert darstellen.

7.5. DGB, Konferenz „Türkei – Europäische Union, Wege der Annäherung“, Berlin

11.5. DGB-Bezirk Nord und Berlin-Brandenburg, Deutsch-polnisches Betriebsräteforum im

Rahmen der GRIPS-Initiative, Passau

12.5. DGB Sachsen, Konferenz „Die erweiterte EU: eine Aufgabe für die Gewerkschaften!“, Dresden

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüßon (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38. Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Die Ich-Pleiten“

Die Leipziger Volkszeitung vom 16. April über die Zwischenbilanz der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu den Ich-AGs. Von den 127 000 bislang geförderten Ein-Personen-Unternehmen ist bereits ein Zehntel wieder aus der Förderung herausgefallen. Ob die Ich-AGs wegen ihres Geschäftserfolgs keine Förderung mehr erhalten oder ob sie gescheitert sind, kann die Bundesagentur nicht sagen.

Bürokratieabbau à la Clement

Baustellenminister ohne Richtfest

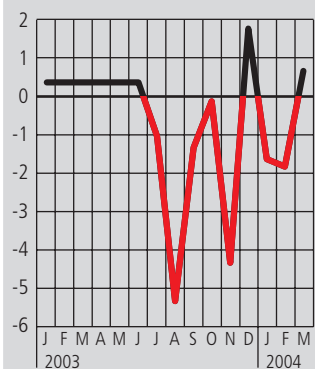
„Weg mit dem Ladenschluss“, was unlängst Bundeswirtschaftsminister Clement nur wenige Monate nach der letzten Debatte um Öffnungszeiten gefordert hat, verstellt den Blick auf seinen kompletten Maßnahmenkatalog zum Bürokratieabbau. Denn in der öffentlichen Diskussion um die völlige Liberalisierung der Ladenöffnung gehen eine Reihe anderer Deregulierungsmaßnahmen unter. Die Vorschläge zum Bürokratieabbau, die Clement dem Kabinett vorgelegt hat, umfassen eine Liste von 34 Punkten.

Widersprüche Dritter gegen Verwaltungsentscheidungen sollen etwa künftig ohne aufschiebende Wirkung bleiben. Clement will vermeiden, dass entsprechende Einwendungen unternehmerische Maßnahmen behindern oder die Gewährung von Leistungen an Unternehmen verzögern. Setzt er sich durch, dürften künftig in vielen Fällen Fakten geschaffen werden, bevor ökologische Einwendungen gewürdigt werden.

Dazu fügt sich, dass das bisher dreistufige Verfahren zur Aufstel-

Einbußen

Umsätze im Einzelhandel nach Lockerung der Ladenöffnungszeiten (Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Prozent)



Quelle: Destatis

Längere Ladenöffnungszeiten haben keineswegs zu höheren Umsätzen im Einzelhandel geführt. Den Menschen fehlt nicht die Zeit zum Einkaufen sondern das Geld.

lung von Bebauungsplänen auf zwei Stufen verringert werden soll. Diese Vereinfachung hat zwar positive Seiten für den Eigenheimbau – verkürzt aber eben auch Einspruchszeiten, wenn es um kritische Bau-

maßnahmen geht. Hinsichtlich der Themen Arbeitsstättenverordnung und Arbeitsschutzvorschriften gilt es zunächst abzuwarten, wie die Detailregelungen aussehen werden. So sollen „flexible Grundvorschriften“ die bisherige Arbeitsstättenverordnung ablösen, die Zuständigkeiten von Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften soll auf die Berufsgenossenschaften konzentriert werden.

Die Früchte der Lobbyarbeit kann bald das Tourismusgewerbe ernten: „Nichtamtliche Hinweisschilder“ dürfen heutzutage erst nach aufwändigen Prüfverfahren installiert werden. Das Ministerium will derartige Prüfungen vereinfachen.

Viele weitere Themen hat Clement auf der Agenda: Die Verantwortung für die Einhaltung technischer Vorschriften bei Schwertransporten soll auf die Fahrer übertragen werden, den Unternehmen sollen Genehmigungsverfahren erleichtert, Überwachung und Dokumentation auch kritischer Anlagen vereinfacht werden. Dabei zeigt die Bilanz der bislang einzig realisierten „Entbürokratisierung“, mit welchen Erfolgen zu rechnen ist. Im November bereits zog ver.di-Vorstandsmitglied Franziska Wiethold nach fünf Monaten Lockerung der Ladenschlusszeiten Bilanz: Statt zu steigen, seien die Umsätze im Einzelhandel gesunken. Und Hans-Joachim Schabedoth, Abteilungsleiter beim DGB Bundesvorstand, charakterisiert das Deregulierungspaket mit den Worten: „Im Hinblick auf Entbürokratisierung ist Clement Baustellenminister. Aber er hat bislang nicht ein einziges Richtfest gefeiert.“

inhalt

Seite 3

Ich sehe mich nicht chancenlos

Interview mit Gesine Schwan, Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten

Seite 5

Nicht nur Quantität, auch Qualität

Es geht nicht nur um genügend Ausbildungsplätze, sondern auch um die Qualität der Ausbildung. Und dafür muss das Berufsbildungsgesetz reformiert werden

Seite 7

Manager der Arbeitswelt statt Gegenmacht

Der Journalist Nico Fickinger rät den Gewerkschaften zu einer neoliberalen Strategie

**Schneller zum einblick
Die neue E-Mail-Version
des Info-Service Seite 8**

plusminusBERLIN



Die Grüne Fraktionsvorsitzende Christa Sager fordert, dass SchülerInnen bis zur neunten Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Das dreigliedrige Schulsystem müsse abgeschafft werden. Die gemeinsame neunjährige Ganztagschule sei „die Schule der Zukunft“.



CSU-Generalsekretär Markus Söder will junge Menschen zum „Arbeitsdienst“ verpflichten. Die Wehrpflicht solle durch ein allgemeines Dienstjahr ersetzt werden. Die jungen Menschen sollten „selbst entscheiden, ob sie ein Jahr zur Bundeswehr gehen oder sozial aktiv werden“.



Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.swef-radiportal.de
Das erste Spartenradio für
Soziales im Internet**

**www.einblick.dgb.de
Demokratische und soziale
Teilhabe – Gleichwertigkeit
der Lebensverhältnisse
Eckpunkte des DGB zur
Reform der bundes-
staatlichen Ordnung**

Frühjahrsgutachten:

DGB fordert Konjunkturspritze

DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer hat die Bundesregierung aufgefordert, der Konjunktur mit einer 10-Milliarden-Spritze auf die Sprünge zu helfen. Anlässlich der Veröffentlichung des Frühjahrsgutachtens erklärte Putzhammer: „Die jüngsten Zahlen zeigen, dass die anziehende Weltkonjunktur an Deutschland vorbeizugehen droht.“ Die so genannten Strukturreformen seien als gescheitert anzusehen, die Agenda 2010 habe das Konsumentenvertrauen nachhaltig eingetrübt. Wenn schon die Europäische Geldpolitik sich unbelehrbar einer weiteren Unterstützung der Auftriebskräfte verweigere, so Heinz Putzhammer weiter, „dann ist die nationale Finanzpolitik gefordert, expansiv zu handeln.“ •

wie wardi ewoche?



Hilmar Höhn, 35, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des DGB, sorgte mit seinen MitarbeiterInnen dafür, dass die Hotline zu miesen Arbeitsbedingungen am 29. April reibungslos funktionierte.

Am Donnerstagabend wussten wir: Unsere Hotline war angenommen worden. Rund 500 Männer und Frauen aus allen Teilen des Landes haben am 29. April angerufen und über schlechtest bezahlte Jobs berichtet, über nicht bezahlte Überstunden, über Selbstausbeutung in „Ich-AGs“. 22 KollegInnen hatten sich für einen Telefondienst zwischen zehn und zwanzig Uhr einteilen lassen. Auch Ursula Engelen-Kefer und Michael Sommer waren stundenweise ganz Ohr für die zum Teil haarsträubenden Schilderungen aus dem bundesdeutschen Arbeitsalltag anno 2004. Die Tage vor dem Hotline-Termin standen im Zeichen der letzten Vorbereitungen. Am Montag etwa haben sieben MitarbeiterInnen ein spezielles Training bei Ulf Imiela absolviert, der ein Servicebüro betreibt und viel

Erfahrung mit gewerkschaftlichen Telefon-Hotlines hat. Außerdem bekam der Fragebogen, der Grundlage für die Telefoninterviews sein sollte, noch seinen letzten Schliff. Wir mussten einschätzen, wie viele Telefonapparate und – noch wichtiger – wie viele KollegInnen wir für die Aktion benötigen würden, um durchgehend die Besetzung der Hotline sicher zu stellen. Noch am Donnerstag haben sich einige MitarbeiterInnen spontan zum Mitmachen bereit erklärt. Die „übrige“ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit lief natürlich ganz normal weiter.

Die Anrufe haben die schlimmsten Befürchtungen bestätigt: Da rief eine 50-jährige Modeverkäuferin an, die gerade entlassen worden war, weil sie ihrem Chef zu alt war. Oder ein Bauarbeiter aus den neuen Ländern, der in fünf Monaten keinen Lohn, nur einmal 80 Euro „Abschlag“ erhalten hat; inzwischen ist die Firma in Insolvenz. Unser Eindruck war, dass die Menschen lieber einen mies bezahlten Job annehmen, als sich auf Sozialleistungen zu verlassen. Nach Auswertung der Fragebögen werden wir die gesammelten Ergebnisse der Hotline dokumentieren.

An Ihrer Gesundheit sollte nicht gespart werden!



Egal ob Sie gesetzlich versichert oder beihilfeberechtigt sind, die Kostenbeteiligung der Patienten steigt. Private Vorsorge wird immer wichtiger.

Seit Jahren bietet die Debeka sowohl Beamten als auch gesetzlich Krankenversicherten vielfältige Versicherungsmöglichkeiten, individuell abgestimmt auf den persönlichen Bedarf.

Möchten auch Sie von den hohen Leistungen und günstigen Beiträgen profitieren? Dann entscheiden Sie jetzt über Ihre persönliche Krankheitsvorsorge und sprechen Sie mit uns. Wir unterbreiten Ihnen einen Versorgungsvorschlag.

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.
Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.

Hauptverwaltung: Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18,
56058 Koblenz, Telefon (0261) 498-1399,
Fax (0261) 498-41402, Internet www.debeka.de

Die Debeka-Gruppe –
überzeugende
Testergebnisse!

Capital

4/04, 1/04, 25/03

FINANZtest

12/03, 11/03, 10/03

Interview mit Gesine Schwan

Ich sehe mich nicht als chancenlos

Am 23. Mai wählt die Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten oder eine -präsidentin. Im einblick-Interview: Gesine Schwan, die Kandidatin von SPD und Grünen.



Foto: Christian Plambeck

Die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Gesine Schwan, 60, SPD, ist Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

■ Was reizt Sie besonders an diesem Amt?

■ Mich lockt vor allem die Möglichkeit, verschiedene Positionen im Gespräch zusammenzubringen. Gerade weil das Amt keine direkte Macht hat, kann es im politischen Vorfeld Wirksamkeit entfalten. Die Bundespräsidentin kann zur Klärung des Terrains beitragen und damit Sachpolitik vorbereiten.

■ Für welche Werte stehen Sie?

■ Ich möchte für Vertrauen und Ehrlichkeit in der Politik werben. Damit verbunden ist auch die Wertschätzung von Gerechtigkeit. Ich halte es hier mit Kant, der den gerechten Charakter einer Absicht daran festmacht, ob man sie auch offen verkünden kann. Doppelbödigkeit in politischen Debatten – dass man das eine sagt und das andere tut – schafft Misstrauen. Dagegen möchte ich angehen.

■ Welches Deutschland würde eine Bundespräsidentin Schwan repräsentieren?

■ Ich hoffe, ein tolerantes und ein weltoffenes Deutschland. Und eines, das sich nicht immer bierernst nimmt. Humor kann auch in der Politik eine wichtige Tugend sein. Es kann nicht schaden, wenn die Würde des Amtes zumindest ab und an mit der Leichtigkeit des Lachens verbunden wird.

■ Als Präsidentin der Viadrina sind Sie mit den Ängsten und Hoffnungen von alten und neuen EU-BürgerInnen vertraut. Was ist zu tun, damit die Menschen diesseits und jenseits der Grenze die Erweiterung als Chance sehen?

■ Wir müssen Kooperation über die Grenze hinweg ermöglichen. Dazu müssen Einzelne vorangehen

und zeigen, dass ein vertrauensvolles Miteinander möglich ist. Das ist der beste Weg, Fremdheit, Hürden und Vorurteile zu überwinden. Da diese vor allem in Gefühlen begründet sind, kann ihnen nur durch andere Gefühle – der Neugier, der Freude an anderer Kultur, der Vertrautheit mit ihr und mit ihren Repräsentanten – der Boden entzogen werden.

■ Sie gelten als meinungsfreudig, ein Bundespräsident soll vor allem integrieren und über den Parteien stehen. Ist das ein Widerspruch?

■ Nein. Zumal ich von klein auf auch das Vermitteln habe lernen müssen. In der komplizierten Dynamik meiner Familie musste ich schon früh diplomatisch agieren. Ich glaube, dass ich das ganz gut kann. Das muss nicht heißen, dass ich mir nicht auch selbst, auf der Basis eigener Analyse, eine Meinung bilden kann.

■ Deutschland braucht Reformen für Wachstum, Beschäftigung, Bildung und Innovation. In welche Richtung sie gehen sollen, darüber wird heftig gestritten. Wohin soll die Reise gehen?

■ Wir müssen die Reformdebatte mit einer Debatte über Werte verknüpfen. Man muss klar machen, dass es Grundwerte und -standards gibt, hinter die wir nicht zurückgehen werden, verdeutlichen, dass es Solidarität zwischen Generationen und Geschlechtern geben muss. Und Gerechtigkeit. Mir geht es zunächst einmal darum, den Grundkonsens in unserer Gesellschaft wieder herzustellen, damit wir in vernünftiger Weise über den

richtigen Weg in die Zukunft streiten können.

■ Der Begriff Reform ist heute häufig nur noch ein Synonym für Sozialabbau. Welche Zukunft hat der Sozialstaat?

■ Menschen brauchen Sicherheit, wenn sie Veränderungen erleben. Sie müssen wissen, dass sie nicht abstürzen können, weil die Gesellschaft, weil das soziale Netz sie trägt. Deshalb ist der Umbau und Erhalt der sozialen Sicherungssysteme auch in Zukunft eine zentrale politische Aufgabe. Nur sie können auch die gemeinschaftszerstörenden Kräfte der Ökonomie so bändigen, dass alle ein gutes und sicheres Leben führen können.

■ Am 3. April ist eine halbe Million Menschen gegen Sozialabbau auf die Straße gegangen. Was ist zu tun, damit sich die Menschen von der Politik wieder ernst genommen fühlen?

■ Politik muss ehrlich bleiben, das habe ich bereits gesagt. Und wir müssen eine Wertedebatte für und über die Zukunft führen. Dabei brauchen wir auch eine funktionierende Zivilgesellschaft. Regierungen können eine sehr viel überzeugendere, solidere und auch transparentere Politik betreiben, wenn Nichtregierungsorganisationen als Mahner und Vertrauensträger helfen, die gesellschaftlichen Koalitionen zu bilden.

■ Drei gute Gründe, weshalb GewerkschafterInnen in der Bundesversammlung für Sie stimmen sollten.

■ Erstens: Ich stehe für einen politisch umfassenden Politikansatz und möchte ökonomische Fragen in einen größeren politisch-kulturellen Zusammenhang eingebettet sehen. Zweitens: Ich würde versuchen, den Grundkonsens in unserer Gesellschaft zwischen den großen Interessengruppen, und dazu gehören die Gewerkschaften, wieder herzustellen. Drittens: Ich würde engagiert für eine gerechte Zukunft eintreten.

■ Frau sein allein ist kein Programm. Würde sich eine Bundespräsidentin Schwan in besonderer Weise für gleiche Chancen von Frauen und Männern engagieren?

■ Ich bin nie auf dem Frauenticket gereist. Trotzdem glaube ich, dass Frauen andere Sozialisationen und damit andere Erfahrungen als Männer haben. Diese in das höchste Staatsamt einzubringen, finde ich schon deshalb wichtig, weil es bislang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nur Männer in diesem Amt gegeben hat. Frauen haben in der Regel ein anderes Verständnis von Macht – und damit auch von Politik. Aber das bedeutet ja noch längst nicht, dass dieses Verständnis von Macht nicht auch Männern zugute kommen kann.

■ Ärgert es Sie nicht, dass Frauen bislang nur als Kandidatin für das höchste Amt im Staat benannt wurden, wenn ihre Chancen, gewählt zu werden, gering scheinen?

■ Ich sehe mich nicht als chancenlos. Wenn ich das tun würde, dann wäre ich nicht angetreten. Ich glaube sehr wohl, dass ich am 23. Mai gewählt werden kann.

■ Worauf begründen Sie Ihren Optimismus?

■ Erstens bin ich ein zuversichtlicher Mensch. Zweitens habe ich genügend Personen in allen Parteien kennen gelernt, die – wenn es ihnen richtig erscheint – bereit sind, sich nicht an die Parteidisziplin zu halten. Ich selbst habe das bisweilen auch so gemacht. Nach meinem Eindruck glauben eine ganze Reihe von Personen, dass neue Akzente nötig sind, auch in diesem Amt. Und wenn ich diesen Menschen deutlich machen kann, was ich unternehmen möchte, um der deutschen Politik in Europa und in der Welt weiter zu helfen, dann kann ich mir schon vorstellen, dass eine genügend große Zahl in der Bundesversammlung den Eindruck gewinnt: Die wollen wir unterstützen. ●

Gesundheitspolitik

Alternativen-Symposium

Zum zweiten Symposium „Gesundheitsökonomische Grundlagen für die Gesundheitspolitik“ laden die Hans-Böckler-Stiftung und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung am 10. und 11. Juni nach Potsdam ein. Referenten und Diskussionsteilnehmer wollen gesundheitspolitische Alternativen aufzeigen. Die Referate befassen sich unter anderem mit Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung, dem optimalen „Risikopool“ sowie dem Einfluss der Arzthonorare auf den Einsatz neuer Techniken. Anmelde-schluss ist der 15. Mai, die Teilnahme ist kostenfrei. •

ralf-guthoff@boeckler.de
0211/77 78 123

Arbeitslosengeld

Aktuelle Übersicht

Wenn es je eine „soziale Hängematte“ gegeben hat, ist sie längst so durchlöchert, dass sich niemand freiwillig hineinlegen würde. Die Broschüre „Arbeitslosengeld“ der Arbeitskammer des Saarlandes listet die aktuell geltenden Regeln für den Bezug dieser Versicherungsleistung auf. Beispiel Zu-

mutbarkeit: Nach siebenmonatiger Arbeitslosigkeit muss auch eine Beschäftigung angenommen werden, deren Bezahlung lediglich dem Arbeitslosengeld entspricht. Die Broschüre stellt diese und andere Regelungen übersichtlich auf 160 Seiten dar und gibt außerdem einen kurzen Ausblick auf die Änderungen, die ab 1. Januar 2005 sowie ab 1. Februar 2006 in Kraft treten sollen. Für saarländische ArbeitnehmerInnen kostenlos, alle anderen zahlen 6 Euro zzgl. Porto. •

0681/40 05 444

info@arbeitskammer.de

Lohnsteuer 2004

Neue Regeln nach der Entlastung

ArbeitnehmerInnen werden spätestens beim Lohnsteuerjahresausgleich für 2004 feststellen, dass sich Grundlegendes im Steuerrecht geändert hat. In der Reihe „Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik“ hat der DGB die Broschüre „Das ABC von 45 Lohnsteuer-Grundbegriffen 2004“ veröffentlicht. Dort werden die Änderungen bei der Entfernungspauschale, der Eigenheimzulage, dem Sparerfreibetrag und andere grundlegende Neuerungen beschrieben. •

DGB-Bundesvorstand

carina.ortmann@bvv.dgb.de
030/240 60 727

Ver.di-Wanderausstellung

Menschen handeln



Foto: Werner Bachmeier

Sie schleppen tonnenweise Waren und räumen sie in die Verkaufsregale ein. Sie sitzen stundenlang an der Kasse und ziehen Produkt um Produkt über den Scanner. Sie bedienen, beraten, bestellen und berechnen: Beschäftigte im Groß- und Einzelhandel. ver.di hat im März die Kampagne „Menschen handeln“ gestartet, zu der eine Wanderausstellung mit Bildern des Fotografen Werner Bachmeier und Texten des Journalisten Andreas Hamann produziert wurde.

„Ich werde als Kostenfaktor gesehen, muss dankbar sein und dienen“, so bringen Handelsbeschäftigte eine Sichtweise auf den Punkt, die das Gros der Arbeitgeber gerne zum gesellschaftlichen Konsens erheben würde. Ausstellung und Begleitband spiegeln ein anderes Bild: Sie zeigen Menschen, ohne deren engagierte Arbeit sehr viele Räder still stünden.

Die Ausstellung im Rahmen der Kampagne ist derzeit in Stuttgart zu sehen. Weitere Präsentationsorte: Kassel, Willingen, Hamburg, Berlin und Nürnberg. •

Bild-Text-Katalog zur Ausstellung (7 Euro):
sekretariat@ver.di-bw-bayern.de

Gesundheit im Betrieb

Vorbeugen hilft

Es hapert am betrieblichen Gesundheitsschutz in der Bundesrepublik: Zu diesem Ergebnis kommt die Expertenkommission „Betriebliche Gesundheitspolitik“ in ihrem Abschlussbericht. Seit 2001 arbeiteten

Fachleute in der von Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann Stiftung gebildeten Kommission. Die wichtigste Empfehlung lautet, in Vorbeugung zu investieren. Allein 2002 entstand durch Arbeitsunfähigkeit ein Produktionsausfall in Höhe von rund 44 Milliarden Euro. •

www.boeckler.de
0211/77 78 108

interregio

••• Der **DGB Sachsen** hat im **Strategie-Papier** „Zusammen-Wachsen: Grenzfall und solidarische Entwicklung“ die Politik der Bundes- und Landesregierung im Vorfeld der EU-Osterweiterung kritisiert. Weder sei eine ressortübergreifende Politik zur Förderung der Grenzregionen im Freistaat etabliert worden, noch sei für die Zeit nach 2006 die gleich bleibende Förderung aus den EU-Strukturfonds gesichert. Der DGB fordert deshalb von Bund und Land die Einrichtung einer Steuer-

ungsgruppe, die unter Beteiligung aller Ressorts und der Wirtschafts- und Sozialpartner den Erweiterungsprozess begleitet. Erste Förderungsmaßnahmen sieht das Papier in Investitionshilfen und Steuererleichterungen für kleine und mittelständische Unternehmen und in einer speziellen Qualifizierungsoffensive für Langzeitarbeitslose in den Grenzregionen. www.dgb-sachsen.de/news/download.htm

••• Der **DGB Bayern** hat sich gegen die **Auflösung** des Bayeri-

schen Obersten Landesgerichts ausgesprochen. Die Staatsregierung plant, die Aufgaben des Obersten Landesgerichts auf die drei Oberlandesgerichte zu verteilen. Derzeit ist das Oberste Landesgericht unter anderem erste Instanz für Strafsachen des Hoch- und Landesverrats sowie in Fällen terroristischer Kriminalität. Der DGB befürchtet Verzögerungen und qualitative Einbußen bei der Bearbeitung der Fälle. Infos: Heide Langguth, Tel. 089/5 17 00 201

••• Der **DGB Thüringen** hat sich einer **Initiative** angeschlossen, die ein Bildungsfreistellungsgesetz für den Freistaat fordert. Unter dem Motto „Nicht blau, sondern schlau machen!“ fordern neben dem DGB auch SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Landesjugendring und „Arbeit und Leben“ das Arbeitnehmerrecht auf fünf Tage Freistellung für „politische, arbeitsweltbezogene und ehrenamtliche Bildung“. Infos: Sandra Littmann, Tel. 0361/59 61 430

GEWERKSCHAFTEN

Berufliche Bildung

Nicht nur Quantität, auch Qualität

Mit dem Ausbildungsplatzsicherungsgesetz will Rot-Grün erreichen, dass die Unternehmen ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen. Doch auch die Qualität der Ausbildung muss gesetzlich verankert werden. Mit einer Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG).

Eckpunkte für eine Modernisierung des Berufsbildungsgesetzes von 1969 hat die Bundesregierung im Februar vorgelegt (www.bmbf.de/de/1644.php), Ende Mai soll ein Gesetzentwurf folgen, und für den 21. Juni ist eine Anhörung zur BBiG-Reform im Bundestag geplant. Die Gewerkschaften haben bereits vor

einem Jahr eine Kampagne zur Reform des Gesetzes gestartet (www.bbig-reform.de). Vertreter verschiedener Jugendverbände, unter ande-

rem DGB-Jugend, Jusos, Naturfreundejugend, Grüne Jugend und Bundesjugendring, haben in einer gemeinsamen Erklärung jetzt bekräftigt: „Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes muss eine Stärkung der dualen Berufsbildung darstellen.“ Auf fünf zentrale Forderungen haben sich die Verbandsvertreter geeinigt:

- **Einlösung des Rechtsanspruchs auf Ausbildung**
- **Einführung der Ausbildungsumlage**
- **Verankerung einer modernen Berufsschule im BBiG**
- **Durchlässigkeit zur Hochschule auch ohne Abitur stärken**
- **Gleiche Rechte für alle – auch für die über 60 000 Azubis in überbetrieblichen Maßnahmen**

Anders als betriebliche Azubis haben Letztere nicht das Recht, eine eigene Interessenvertretung zu wählen. Ihre Zahl ist insbesondere im Osten in den letzten Jahren erheblich gewachsen – da immer weniger Unternehmen selbst ausbilden. Wer nicht ausbildet, soll zahlen, fordert die Gewerkschaftsjugend seit zig Jahren. Ende März 2004 hat Rot-Grün dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt (*einblick* 6/04). Er wurde vor der abschließenden Lesung im Bundestag am 7. Mai überarbeitet. Es wurde ein Passus eingefügt, nach dem die Umlage nicht ausgelöst wird, wenn ein verbindlicher Ausbildungspakt zustande kommt. Außerdem sollen tarifliche Lösungen Vorrang haben. Verändert wurden auch die Besetzung des Beirats und die Ausnahmeregelungen, zusätzlich soll eine Berufsbildungsstiftung errichtet werden. Doch das Gesetz hat auch nach der Bundestagslesung noch nicht alle Hürden passiert. So haben die SPD-Ministerpräsidenten Peer Steinbrück und Kurt Beck ihren Widerstand noch nicht aufgegeben und einen eigenen Gesetzentwurf zu einem Ausbildungsfonds angekündigt. ●

Keine Kleinstaaterei in der Berufsbildung

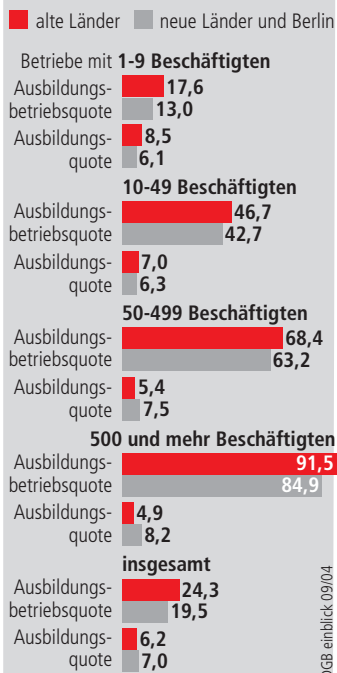
Alle Welt redet von der Europäisierung des Berufsbildungssystems, doch die Föderalismuskommission von Bund und Ländern berät derzeit darüber, die Zuständigkeit für die berufliche Bildung auf die Länder zu übertragen. „Die Bundeszuständigkeit in der Berufsbildung muss erhalten bleiben“, fordert DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock und ist sich dabei mit der Arbeitgeberseite einig.

Sie habe sich bewährt. Das Berufsbildungssystem mit seinen bundesweit einheitlichen Anforderungen bilde einen einheitlichen Rahmen für die Ausbildungsberufe. Eine Verlagerung der Zuständigkeit auf die Länder würde zu mehr Bürokratie bei der Entwicklung der Ausbildungsgänge, den Abschlussprüfungen und der gegenseitigen Anerkennung über die Landesgrenzen hinweg führen. Zudem könnten sich ausgebildete ArbeitnehmerInnen nicht mehr sicher sein, dass ihr Abschluss bundesweit uneingeschränkt anerkannt ist.

„Die Verbesserung der Lernortkooperation, die Erhöhung der Durchlässigkeit des dualen Systems und die Europäisierung des Berufsbildungssystems sind nur in Kooperation von Bund und Ländern zu leisten. Eine Verlagerung der Kompetenzen für den betrieblichen Teil der Ausbildung auf die Länder würde diesen Prozess verhindern“, so Sehrbrock.

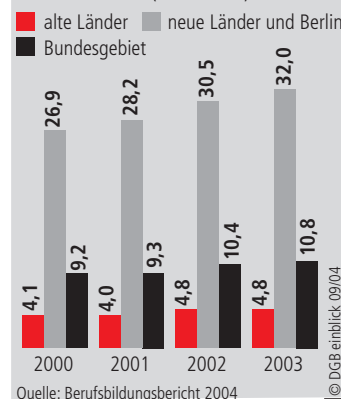
Nicht mal ein Viertel aller Betriebe bildet aus

Anteil der Ausbildungsbetriebe unter allen Betrieben sowie Anteil der Auszubildenden unter den Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen 2002 (in Prozent)



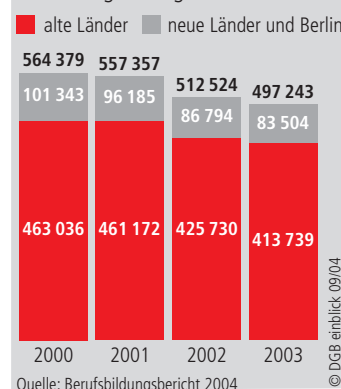
Mehr als ein Zehntel öffentlich finanziert

Anteil der öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze unter allen Ausbildungsplätzen im dualen System 2000 bis 2003 (in Prozent)



Weiter gesunken

Neu abgeschlossene betriebliche Ausbildungsverträge 2003



Deutschland droht ohne ausreichende Ausbildung bis zum Jahr 2015 ein enormer Fachkräftemangel von bis zu 3,5 Millionen unter den 30- bis 45-Jährigen. Das ist eine der Schlussfolgerungen des Berufsbildungsberichtes 2004, den das Bundeskabinett am 21. April verabschiedet hat. Der Bericht zeigt, dass sich im Jahr 2003 die Krise auf dem Ausbildungsmarkt weiter verschärft hat. Während immer weniger betriebliche Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden, ist der Anteil der zusätzlichen, öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze weiter gestiegen. Mittlerweile bilden von den fast 2,1 Millionen Betrieben nur noch rund 23 Prozent aus. Der Berufsbildungsbericht zum Download im Internet: www.bmbf.de/publbbb_2004.pdf

kurz & bündig



ver.di organisiert erstmals eine Fachmesse für Betriebsräte der Logistik- und Verkehrsbranche. Am 27. und 28. September stellen verschiedene Anbieter in Berlin ihre Angebote für die Betriebsratsarbeit vor. Begleitet wird die Messe von zwölf Diskussionsforen. Infos: www.betriebsrat-aktiv.de



Die IG BAU hat den Arbeitgebern des Baugewerbes vorgeschlagen, die Lohnerhöhungen für 2004 in einen Fonds einzuzahlen. Unternehmen, die ihre ArbeitnehmerInnen zwölf Monate beschäftigen und nicht während der Wintermonate entlassen, sollen die in den Fonds eingezahlten Beträge zurückerhalten.



Der diesjährige ver.di Fernsehpreis geht an den Drehbuchautor Holger Carsten Schmidt für den Fernsehfilm „Zwei Tage Hoffnung“ über den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 (Co-Produktion SWR und WDR) sowie an den Regisseur René Reisig für den ZDF-Fernsehfilm „Geht nicht, gibt's nicht“. Die Preise sind mit je 7500 Euro dotiert.



Das WSI in der Hans-Böckler-Stiftung hat in Kooperation mit DGB und Bundesfamilienministerium die Studie „Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb“ erstellt. Ein Ergebnis: Drei Viertel der Befragten würden den Erziehungsurlaub mit Teilzeitarbeit oder beruflicher Weiterbildung kombinieren. Download: www.boeckler.de

GEW - Debatte

Moderneres Bildungskonzept

Wie soll das Bildungssystem in zehn Jahren aussehen? Wie soll die Vermittlung von Fähigkeiten und Qualifikationen so organisiert werden, dass nicht nur die Jüngeren auf die Anforderungen der Wissensgesellschaft vorbereitet werden? Und wie können die Konzepte der verschiedenen Bildungsträger vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung, vom Studium bis zur lebenslangen Weiterbildung zu einem flexiblen System verknüpft werden? Das sind die Leitfragen der Debatte über ein neues Bildungskonzept der GEW. Ende März hat die Gewerkschaft unter dem Titel „Bildung 2015“ einen ersten Entwurf ihres Bildungskonzepts präsentiert. Bis Ende Juni

soll der Entwurf auf vier regionalen Zukunftsforen diskutiert werden.

„Die Unzufriedenheit mit dem Bildungswesen, seinen Methoden und Arbeitsweisen, seinen Bedingungen und seinem Personal ist groß“, heißt es in dem Entwurf des Bildungskonzepts. Die Kindertagesstätten seien mit Betreuungsaufgaben überlastet, die ErzieherInnen nicht adäquat ausgebildet. Die Schulen litten nicht nur an zu großen Klassen und schlechter Ausstattung, sondern auch daran, dass der Umbau von der bürokratischen, selektiven Halbtagschule zur offenen Lernwerkstatt nicht gelinge. Die berufliche Bildung sei wegen des skandalösen Mangels in der

Kritik. Zudem würden soziale, geschlechtsspezifische und ethnische Ungleichheit verstärkt werden. Und die Hochschulen wären ausgebaut worden, ohne dass über das Verhältnis von Studium und Beruf nachgedacht worden sei.

Welche Antworten die GEW auf die nicht erst seit PISA desolade Lage des Bildungssystems geben will, soll bis zum Gewerkschaftstag im kommenden Jahr entschieden werden. Bis dahin soll die Debatte offen sein. Dass der GEW-Hauptvorstand auf inhaltliche Vorgaben verzichtet hat, ist intern allerdings auch auf Kritik gestoßen: Zwei der sechzehn Landesbezirke, Hessen und Niedersachsen, haben auf eine Teilnahme an den Zukunftsforen verzichtet. •

IG Bauen-Agrar-Umwelt

Neues Angebot für Entsendearbeiter

Mit einer Umfrage hat sich die IG Bauen-Agrar-Umwelt bei Entsendearbeitern auf Baustellen umgehört. Die zentrale Frage: Sind die Arbeiter in ihrer Heimat organisiert oder können sie hier organisiert werden?

Angesichts hunderttausender Entsendearbeiter, die oft zu Dumpinglöhnen auf Baustellen, in der Landwirtschaft und anderswo eingesetzt werden, wollte die IG BAU mehr über eine bislang kaum organisierte Klientel erfahren: Was erwarten Entsendearbeiter von der IG BAU? Mit wem hat es die Gewerkschaft zu tun? Im Auftrag der IG BAU hat Polis Entsendearbeiter aus vier mittelosteuropäischen Ländern auf 54 deutschen Baustellen befragt. Die Ergebnisse der Umfrage überraschen zum Teil.

So sind viele der Entsendearbeiter im Gegensatz zu gängigen Annahmen hoch qualifiziert: 62 Prozent der Befragten haben mittlere Reife, 23 Prozent Abitur. Vier Prozent haben sogar studiert. Und nur

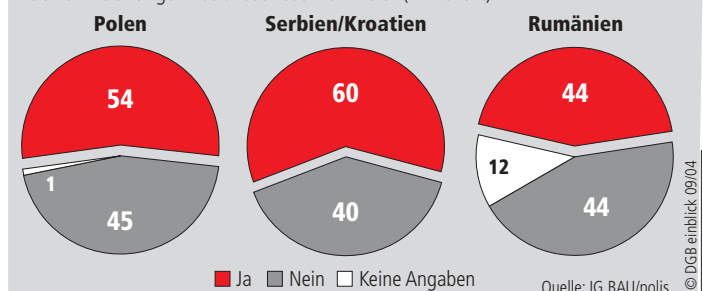
wenige sind berufs fremd. 49 Prozent gaben an, mindestens zum dritten Mal zu einem Arbeitseinsatz in Deutschland zu sein.

Indirekt kritisch bewertet wurde die Präsenz der Gewerkschaft auf den Baustellen: Nur wenige kannten die IG BAU. Zwar sind die meisten Befragten in ihrem Heimatland nicht organisiert, aber immerhin würden 54 Prozent einer speziell auf sie ausgerichteten Organisation beitreten, 36 Prozent auch der IG BAU.

Ein Thema, das die IG BAU aufgreifen will. Die Gewerkschaft will künftig die Entsendearbeiter organisieren. Deshalb wurde auch nach Erwartungen an die Gewerkschaft gefragt. Die wichtigsten: Hilfestellung bei Krankheit, günstige Versicherungen, Beratung bei Konflikt, Rechtsschutz, muttersprachliche Informationen, Durchsetzung der Bezahlung aller Stunden und des Mindestlohns, Erreichen besserer Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz und Unterkünfte sowie die Herstellung von Kontakten zu deutschen Kollegen. •

Großes Interesse

Könnten Sie sich vorstellen, einer Organisation beizutreten, die sich um Arbeiter wie Sie mit einem zeitweiligen Auslandseinsatz kümmert? (in Prozent)



Nur wenige Entsendearbeiter sind in ihren Heimatländern gewerkschaftlich organisiert. Stimmt der Service, würde jeder Zweite einer Gewerkschaft beitreten.

Reformstrategie der Gewerkschaften

Manager der Arbeitswelt statt Gegenmacht

Wie sollen Gewerkschaften auf den durch die Globalisierung ausgelösten radikalen Wandel des Arbeitsmarktes reagieren? Statt den Kapitalismus zu bekämpfen, müssen sie eine eigene neoliberale Antwort finden, meint der Journalist Nico Fickinger.

Um den Begriff gleich zu entdämonisieren: Eine „neoliberale“ Strategie zu entwickeln, verlangt von den Gewerkschaften nicht mehr und nicht weniger, als **die grundlegenden ökonomischen Zusammenhänge zwischen Arbeitskosten und Beschäftigung anzuerkennen**, die Zwänge der verschärften Standortkonkurrenz zur Kenntnis zu nehmen und ihre Tarifpolitik darauf auszurichten. In einem abstrakteren Sinne beinhaltet eine „neoliberale“ Strategie die Abkehr vom Glauben an die Überlegenheit regulierender oder umverteilender staatlicher Einmischung und die Einsicht, dass sich die individuelle Leistung im freien Wettbewerb am besten entfalten und nur so einen Wohlstand schaffen kann, der Voraussetzung für jeden sozialen Ausgleich ist.

Für die Lohnpolitik heißt das konkret, Sie **muss sich an der Wettbewerbssituation der Betriebe orientieren**. Ist der Konkurrenzdruck hoch, dürfen die Arbeitskosten nicht steigen, sondern müssen sinken. Hier sind elegante Antworten möglich. Längere Arbeitszeiten können ohne nominale Lohn einbußen Beschäftigung sichern oder schaffen. Vom Unternehmenserfolg abhängige Lohnbestandteile oder die Beteiligung am Anlagenkapital entlasten die Betriebe und nutzen zugleich den Beschäftigten: In der Krise sichern sie deren Arbeitsplätze, im Aufschwung die Teilhabe am Gewinn. Welche Regelungen angewendet werden, sollen Geschäftsleitung, Betriebsräte und Belegschaften selbst entscheiden. Die Verbände haben ihnen diese Freiheit durch Öffnungsklauseln im Flächentarif einzuräumen. Dieser müsste gar nicht abgeschafft, sondern lediglich auf eine Mindestsicherung zurückgeführt werden. Der Basislohn könnte nach Maßgabe einer produktivitätsorientierten und die Arbeitslosigkeit berücksichtigenden Lohnformel jährlich erhöht werden; prosperierenden Betrieben bliebe es unbenommen, ihn aufzustocken.

Eine solche Verstetigung der Lohnpolitik würde die Energie der Gewerkschaften auf nützlichere Felder lenken – neben der Modernisierung der Lohnstrukturen (ERA, BAT) zum Beispiel auf die Arbeitszeitpolitik. Eine „neoliberale“ Strategie bedeutet zwar den **Verzicht auf kostentreibende Arbeits-**

zeitverkürzung, nicht aber auf eine intelligente Arbeitszeitgestaltung: Flexible Wochenarbeitszeiten helfen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren; flexible Jahresarbeitszeiten lassen Raum für Qualifizierungsphasen; eine flexible Lebensarbeitszeit schafft die Möglichkeit des vorzeitigen Ausstiegs. All das ließe sich kostenneutral über insolvenzgeschützte Zeitkonten und den Wegfall der Überstundenzuschläge finanzieren.

Die Tarifaufonomie gibt den Sozialpartnern auch Pflichten: die Arbeitsbeziehungen zum Wohle der Allgemeinheit zu regeln und für eine hohe Beschäftigung zu sorgen. Eine „neoliberale“ Gewerkschaftsstrategie würde **aufhören, die Besitzstandssicherung der Belegschaften über die Arbeitswünsche der Erwerbslosen zu stellen** und die Kosten der Allgemeinheit aufzubürden. Wenn die Tarifparteien Ausbildungstarifverträge schließen, sind öffentliche Lehrstellenprogramme überflüssig. Wenn sie die Lebensarbeitszeit flexibilisieren, braucht man keine subventionierte Altersteilzeit. Wenn sie niedrige Einstiegstarife für Arbeitslose vereinbaren, kann man auf Lohnkostenzuschüsse verzichten. Je stärker die Verbände den Staat von kostspieligen Reparaturarbeiten entlasten, um so mehr stärken sie die Tarifaufonomie – und schaffen durch niedrige Einstiegsbarrieren und sinkende Sozialabgaben die besten Voraussetzungen für mehr Beschäftigung.

Gleiches gilt für die Sozialpolitik. Eine „neoliberale“ Strategie würde **die Sicherungssysteme einer radikalen Effizienzkontrolle unterstellen** und leistungsfeindliche Anreizstrukturen beseitigen. Nicht der Transferbezug, sondern der rasche Wiedereinstieg ins Erwerbsleben muss Ziel aller Anstrengungen sein. Dies käme gerade der klassischen Klientel der Gewerkschaften zugute: Denn es sind nicht die Millionäre, sondern die Krankenschwestern, Elektriker und Chemielaboranten, deren Einkommen durch die steigenden Sozialabgaben immer weiter aufgezehrt werden.

Wenn die Gewerkschaften endlich ihre tarifpolitische Verantwortung übernehmen, erwürben sie eine **neue, viel umfassendere gesellschaftliche Legitimation**. Würden sie zu unideologischen, kostenbewussten und lösungsorientierten Managern der Arbeitswelt, gewönnen sie das Ansehen zurück, das sie sich seit Jahren verspielen. ●

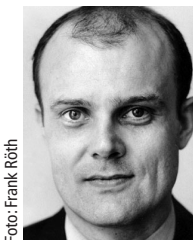


Foto: Frank Röth

Nico Fickinger, 39, ist Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Berlin.

Widerspruch des Bundespräsidenten

Das Lamento ist bekannt: Deutschland muss seine Strukturen verändern. Der Sozialstaat muss entschlackt, das Lohnniveau gesenkt und die Arbeitszeit wieder erhöht werden – sonst droht der Abstieg. Bei einem Empfang für Betriebs- und Personalräte Ende April hat Bundespräsident Johannes Rau diesem Zerrbild eine andere Realität entgegengehalten: Bei den Forderungen nach Veränderung ginge es oft um Interessen, und das seien „häufig nicht die Interessen der Arbeitnehmer, die immer noch das größte und wichtigste Kapital der deutschen Unternehmen sind“.

In vielen Erklärungen aus Verbänden und Wissenschaft vermisste er die Kenntnis davon, wie es in den Betrieben aussieht. „Manche Kritik klingt zynisch, wenn man weiß, mit wie wenig viele leistungsbereite und leistungsfähige Menschen auskommen müssen“, so Rau. Wenn Unternehmen in Schwierigkeiten stecken, seien zudem oft „Betriebsräte und Gewerkschafter ganz vorne dabei, wenn es darum geht, den Betrieb zu modernisieren und die Arbeit neu zu organisieren“.



Im Internet

www.einblick.dgb.de
Grußwort des Bundespräsidenten beim Arbeitnehmerempfang am 29. April in Schloss Bellevue

coupon

einblick PER E-MAIL Schneller zum einblick

22-mal pro Jahr erscheint der *einblick* als Printausgabe, immer montags.

Wer den *einblick* früher lesen möchte, kann ihn künftig bereits am **Freitag vor dem Erscheinen per E-Mail**

(pdf-Datei) erhalten. Komplett mit allen Seiten zum Lesen am Bildschirm und zum Ausdrucken.

Wer sein *einblick*-Abo auf E-Mail-Versand umstellt, ist nicht nur früher informiert, sondern hilft auch der Redaktion beim Sparen. Denn jedes Abo, das per Post verschickt wird, kostet den Verlag 10 Euro pro Jahr für Porto und Vertrieb.

Deshalb gilt: **Jeder bekommt den einblick nur einmal.** Wer auf das schnelle E-Mail-Abo setzt, wird nicht zusätzlich per Post beliefert.

Änderung des einblick-Abos

- ☐ Ich möchte den *einblick* in Zukunft früher erhalten. Bitte stellt/stellen Sie mein Abo auf E-Mail-Versand um.
- ☐ Ich möchte den *einblick* nicht als E-Mail, sondern wie bisher in der Printversion erhalten.
- ☐ Das *einblick*-Abo soll ganz gestrichen werden.

Bitte alle Felder ausfüllen:

E-Mail	ID-Nummer (siehe Adressaufkleber)
Name, Vorname	Telefon
Institution/Betrieb	Gewerkschaft
Straße	
PLZ, Ort	

zurück an:
Redaktion einblick
Wallstraße 60
10179 Berlin
Fax: 030 / 30 88 24 20

oder Antwort-Coupon
im Internet nutzen:
www.einblick.dgb.de

personalien

... **Klaus Beck**, 51, Leiter des Verbindungsbüros des DGB zum Europäischen Parlament, ist seit dem 3. Mai Bundesvorstandssekretär des DGB. Er folgt **Wolfgang Jäger**, 49, der als weiterer Geschäftsführer in die Hans-Böckler-Stiftung wechselt. Er ist dort für die Geschäftsbereiche Studienförderung sowie Marketing und Transfer und für das Aufgabengebiet Gewerkschaftliche Zukunftsforschung zuständig.

... **Detlef Wetzel**, 51, IG Metall-Bevollmächtigter in Siegen, soll Leiter des mitgliederstärksten IG Metall-Bezirks NRW werden. Das hat die Bezirkskommission dem IG Metall-Vorstand vorgeschlagen. Der jetzige Bezirksleiter **Peter Gasse**,

51, wechselt Anfang Juli als Arbeitsdirektor zu den Duisburger Hüttenwerken Krupp-Mannesmann.

... **Hartmut Limbeck**, 54, Landesbezirksleiter NRW von ver.di, geht Ende August aus familiären Gründen in Altersteilzeit. Nach dem politischen Willen des Landesbezirksvorstands soll eine Frau Nachfolgerin werden. Gewählt wird auf einer außerordentlichen Landesbezirkskonferenz am 9. September.

... **Ludwig Hartenstein**, 64, Geschäftsführer der Vermögensverwaltungs GmbH von TRANSNET, geht am 31. Mai in Rente. Alleiniger Geschäftsführer ist ab dem 1. Juni **Anton Hofmann**, 53, der zugleich Abteilungsleiter Finanzen und Mitgliederverwaltung von TRANSNET ist.

14TAGE

12.5. DGB Sachsen, Konferenz „Die erweiterte EU: eine Aufgabe für die Gewerkschaften“, Dresden

13./14.5. TRANSNET, Bundesfrauenkonferenz, Eisenach

14.5. DGB Thüringen, Fachtagung „Berufliche Weiterbildung in Thüringen“, Erfurt

14.-16.5. ver.di, IG Metall, IG BAU, GEW, globalisierungskritisches Netzwerk attac, Perspektivenkongress „Es geht auch anders“, Berlin

17.-19.5. Hans-Böckler-Stiftung, DGB-Bildungswerk, Tagung „Arbeit auf der Flucht? Deutschland im globalen Wettbewerb“, Hattingen

17.-19.5. TRANSNET, Bundesjugendkonferenz, Bad Homburg

19.5. ver.di, Vortragsreihe sicht.weisen, „Arbeitsrecht – Beschäftigungshemmnis oder durchlöcherter Schutzschild?“, Berlin

19.-21.5. Gewerkschaft NGG, Weltzuckertagung, Oberjosbach

20.-22.5. IG BCE, 2. Frauentag, Bad Wildungen

20.-23.5. GEW, Mai-Meeting, Halberstadt

23.5. Wahl des Bundespräsidenten, Berlin

25.5. DGB, Tagung, „Gesundheit als Ressource – Gesundheitsförderung für einen modernen öffentlichen Dienst“, Dortmund

25.5. DGB Hessen – Thüringen, Zukunftsforum, „Beschäftigung und Innovation“, Frankfurt/M.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich Herausgeber: DGB Verlag:

einblick Verlagsgesellschaft mbH Geschäftsführer: Udo Perina, Christian Paulsen

Redaktion: Udo Böhlfeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info

Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de

Layout: zang.design, Sprockhövel Infografik: Klaus Niesen Druck und Vertrieb: Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt.

„DGB: Riester ist frauenfeindlich“

Die tageszeitung (taz) am 24. April über ein von DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer vorgestelltes Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung über die Verfassungswidrigkeit höherer Versicherungsbeiträge für Frauen bei der Riester-Rente.

Arbeitslosengeld II

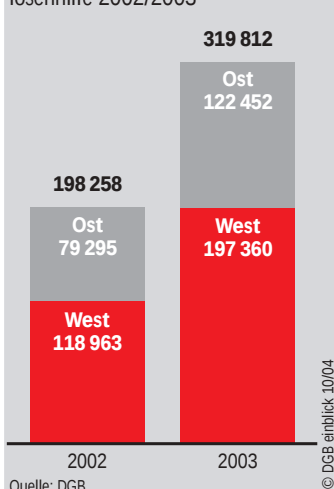
Wachsende Zweifel am Starttermin 2005

Ob der größte Systemwechsel in der deutschen Sozialpolitik, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu Arbeitslosengeld (ALG) II, pünktlich zum 1. Januar 2005 gelingt, ist fraglich. Zunächst muss das von CDU/CSU abgelehnte Kommunale Optionsgesetz den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat passieren. Es sieht die Möglichkeit vor, dass die Städte und Gemeinden alle Aufgaben zur Grundsicherung für Arbeitslose übernehmen, d.h. auch die Auszahlung von ALG II, des Sozialgeldes und die Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt. Bestünde darüber nicht im Juni Klarheit, sei der Starttermin 2005 für ALG II „kaputt“, vermutet Burghard Schwoil, Leiter der ver.di-Fachgruppe Arbeitsverwaltung.

Das Hickhack zwischen Regierung und Opposition habe bereits so viel Zeit gekostet, dass eine termingerechte Umsetzung der Reform „nicht garantiert“ werden könne, meint DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. Eberhard Einsiedler, Vorsitzender des Hauptpersonalrats

Regelrecht explodiert

Abgelehnte Anträge auf Arbeitslosenhilfe 2002/2003



Um 38 Prozent ist die Zahl der abgelehnten Anträge auf Arbeitslosenhilfe gestiegen.

der Bundesagentur für Arbeit (BA), glaubt zwar, dass die BA das ALG II pünktlich auszahlen könne, die arbeitsteilige Betreuung der Arbeitslosen durch BA und Kommunen werde aber „mit Sicherheit nicht flächendeckend“ zum Jahreswechsel durchorganisiert sein.

Wie das gelingen soll, ist auch dem ehemaligen Leiter des Kölner Sozialamtes, Arnd Schwendy, „rätselhaft“. Schwendy gilt als Vater des JobCenters Köln, das der Hartz-Kommission als Vorbild diente für die Idee, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern „Hilfe aus einer Hand“ anzubieten. Der Aufbau des JobCenters hat fünf Jahre gedauert.

Zur Berechnung von ALG II müssen die Daten von 4,5 Millionen Menschen überprüft werden. Dieses IT-Projekt sprengt die Dimensionen des Maut-Systems – und wird womöglich auch so enden.

Ein menschliches Desaster befürchten die elf DGB-Bezirksvorsitzenden. In einer gemeinsamen Erklärung – so etwas hat es zuletzt 1986 gegeben – lehnen sie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab. Das ursprüngliche Ziel der ALG II-Reform, Langzeitarbeitslose besser zu betreuen, habe sich ins Gegenteil verkehrt. Von der Idee des Förderns und Forderns seien nur „massive Leistungseinschnitte“ zu Lasten der Arbeitslosen übrig geblieben. „Und dieses Problem“, erklärt Dieter Scholz, DGB-Vorsitzender von Berlin-Brandenburg, „fällt uns vor Ort jetzt richtig auf die Füße.“ Deshalb habe man die Reißleine gezogen und fordere die Rücknahme des ALG II-Gesetzes.

DGB-Experte Adamy vertritt die Position, dass die geplanten Leistungskürzungen nicht in Kraft treten dürfen, „solange keine bessere Betreuung der Arbeitslosen gewährleistet ist“.

Beide Forderungen stoßen bei Rot-Grün auf taube Ohren. •

plusminusBERLIN



Der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troke, will den Flugverkehr in den Emissionshandel einbeziehen oder mit anderen Abgaben belegen. Mehr Nachhaltigkeit erreiche dieser Verkehrsträger nur, wenn er für die von ihm verursachten Umweltkosten aufkomme.



Der FDP-Abgeordnete Rainer Funke will nicht, dass Vorstandsbezüge veröffentlicht werden müssen. Das Justizministerium dürfe mit solchen Plänen nicht dem Standort Deutschland schaden – nur weil Bundespräsident Rau in seiner letzten Berliner Rede den Eliten Gier vorgeworfen habe.

inhalt

Seite 3

Das Ende des BAT naht
Reform des Tarifsystems für den öffentlichen Dienst soll bis Jahresende stehen

Seite 5

Bürgerversicherung
Wettbewerb, bessere Versorgung und Beitragsgerechtigkeit winken

Seite 7

Das Reformtempo reicht nicht
Deutschland braucht keinen Systemwechsel – aber es muss viel dramatischer umgebaut werden, meint Weltbank-Exekutivdirektor Eckhard Deutscher

CHANCEN!GLEICH
Der fünfte Infoservice zum Aktionsprogramm von DGB und Gewerkschaften



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.gefahrstoffe-im-griff.de
Infos und Handlungshilfen für das Gefahrstoffmanagement

www.einblick.dgb.de
13. Juni 2004 – Deine Stimme für ein soziales Europa! DGB-Aufruf zur Europawahl

ver.di & attac

Steuer-Freibetrag erhöhen

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und das globalisierungskritische Netzwerk attac haben gemeinsam ein Konzept für eine „Solidarische Einfachsteuer“ präsentiert. Der Kern: Der Grundfreibetrag soll auf 8000 Euro angehoben werden. Darüber hinaus gehende Einkünfte sollen mit einem Eingangssteuersatz von 15 Prozent belastet werden, der Steuersatz linear bis zu einem Einkommen von 60 000 Euro auf 45 Prozent steigen. Die mit dem Konzept verbundene Steuerentlastung für untere und mittlere Einkommen soll durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und durch die Streichung von Steuervergünstigungen gegenfinanziert werden. Gefordert wird unter anderem eine Reduzierung des Ehegattensplittings bei gleichzeitiger Anhebung der Sätze für die Kinderbetreuung, eine stärkere Besteuerung größerer Vermögen und höhere Immobiliensteuern. attac will zudem die Eigenheimzulage abschaffen.

?...nachgefragt



Sieben Tage lang reiste der DGB-Vorsitzende Michael Sommer durch China und machte sich ein eigenes Bild von dem Land, das von vielen deutschen UnternehmerInnen zum neuen Eldorado erklärt worden ist.

Dank gewaltiger neuer Märkte, billiger Arbeitskräfte und zweistelliger Wachstumsraten ist das „Reich der Mitte“ zum Mekka von Investoren aus aller Welt geworden. Ohne Frage – China bietet Rahmenbedingungen, von denen die Unternehmer in anderen Ländern nur träumen können. Einerseits eine sich sprunghaft entwickelnde „sozialistische Marktwirtschaft“ ohne große Reglementierungen, andererseits ein Staatswesen, das sich noch der politischen und gesellschaftlichen Kontrollmechanismen eines Einparteiensystems bedient. Genau diese Mischung birgt aber auch sozialen und wirtschaftlichen Sprengstoff, und wir sollten immer wieder deutlich machen: Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen brau-

chen soziale Regeln und demokratische Mitbestimmung, damit sie für alle Beteiligten Nutzen bringen. China befindet sich im Wandlungsprozess – wirtschaftlich, aber auch politisch. Auch die Gewerkschaften verändern sich. Der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) hat sich auf den Weg gemacht: von einem Ausführungsorgan der Partei zu einer unabhängigen Interessenvertretung für die chinesischen ArbeitnehmerInnen. Es wird aber noch dauern, bis man in China von Vereinigungsfreiheit und wirklich freien Gewerkschaften sprechen kann. Wir sind gefordert, diesen Transformationsprozess nach Kräften zu fördern – ohne Bevormundung, aber mit dem klaren Hinweis, dass gewerkschaftliche Interessenvertretung Demokratie braucht. Deutsche Gewerkschaften sollten den Austausch mit chinesischen KollegInnen verstärken, das Interesse ist von chinesischer Seite auf jeden Fall vorhanden. Wir können so einen Beitrag dazu leisten, dass die sozialen Rechte von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht dem chinesischen Turbokapitalismus zum Opfer fallen.

Durch das Konzept der „Solidarischen Einfachsteuer“, an dem unter anderem die Wissenschaftler Sven Giegold (attac), Rudolf Hickel (Uni Bremen) und Achim Truger (WSI) mitgearbeitet haben, soll die Steuerlast gerechter verteilt und so die Binnennachfrage gestärkt werden. •

Faxaktion

Unisextarife europaweit

Am 1. Juni berät der EU-Ministerrat über den Entwurf der Richtlinie zur Gleichbehandlung von Frau-

en und Männern bei Gütern und Dienstleistungen. Er sieht unter anderem vor, geschlechtsspezifische Tarife in Versicherungen zu verbieten und Unisex-Tarife verbindlich einzuführen. Ob die Richtlinie verabschiedet wird, ist ungewiss; eine Reihe EU-Staaten, unter ihnen Deutschland, lehnt sie bisher ab. Mit einer Fax-Aktion an den Bundeskanzler wollen die Initiatorinnen vom „Tag der Abrechnung“, einer Aktion für Unisextarife (einblick 4/04) zeigen, dass sie von der Bundesregierung erwarten, sich in Brüssel für die Richtlinie stark zu machen. Zwar sieht das am 29. April im Bundestag beschlossene Alterseinkünftegesetz vor, dass ab 2006 private Rentenversicherungsverträge nur noch staatlich gefördert werden, wenn ihre Beiträge und Leistungen nicht zwischen Männern und Frauen unterscheiden. Doch schreibt es Unisex-Tarife lediglich für die private Rentenversicherung und weder für die betriebliche Altersvorsorge noch für die Kranken- oder die Kfz-Versicherung vor. •

Infos und Muster-Fax
www.tagderabrechnung.de

wiewardiewoche?



Siegfried Hörmann, 55, ist zuständig für Presse und Bildung in der Bezirksleitung Bayern der IG Metall. Er hat die Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute im Siemens-Konzern mit vorbereitet und begleitet.

Die Woche stand ganz im Zeichen von Europa und Arbeitsplatzverlagerung: angefangen beim Vorbereitungstreffen für das „Interregionale Netzwerk Tarifpolitik“ mit den Metallgewerkschaften Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Sloweniens und Österreichs im slowakischen Teplice über Planungen für den Herbst zu Themen wie EU-Osterweiterung und Übergangsfristen bis hin zu den Drohungen der Siemens-Führung, eine große Zahl Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Höhepunkt war zweifelsfrei die zentrale Konferenz aller Siemens-Betriebsräte und Vertrauensleute aus dem gesamten Bundesgebiet am 14. Mai. Die Konfe-

renz in Nürnberg war ein voller Erfolg. 400 TeilnehmerInnen verabredeten ein gemeinsames Vorgehen. Die Pläne der Geschäftsführung, massiv Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, will die IG Metall mit Warnstreiks beantworten. Für den 18. Juni wurde ein bundesweiter Aktionstag verabredet, um gewerkschaftlichen Positionen bei den Gesprächen mit der Konzernführung den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Von den Verlagerungsplänen sind akut mindestens 5000 Arbeitsplätze betroffen, langfristig könnten der Globalisierungsstrategie der Siemens-Geschäftsführung über 70 000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, forderte die Siemens-Führung zu einer weitreichenden Vereinbarung auf, die Standorte und Arbeitsplätze langfristig sichern soll. Betriebsbedingte Kündigungen müssten dabei ausgeschlossen werden – der Tarifvertrag bietet dazu ausreichende Möglichkeiten.

Reform soll bis Ende 2004 stehen

8,3 Millionen Beschäftigte fallen direkt oder indirekt unter das Tarifsysteem des öffentlichen Dienstes. ver.di will gemeinsam mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) bis Ende 2004 den über 40 Jahre alten Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) durch ein modernes Tarifrecht für den öffentlichen Dienst (TVöD) ersetzen. Trotz der Kündigung des Arbeitszeittarifvertrags durch die Länder.

Über das grundsätzliche Ziel der Verhandlungen besteht Einigkeit zwischen den Tarifparteien: Das über Jahrzehnte gewachsene, in seiner Anwendung nur noch von Experten durchschaubare Tarifsysteem des öffentlichen Dienstes mit seinen über 17 000 Eingruppierungsmerkmalen soll durch ein neues, schlankes Tarifsysteem ersetzt werden. Die im öffentlichen Dienst noch geltende Unterscheidung zwischen ArbeiterInnen und Angestellten soll entfallen und die allein im Westen geltenden sechs verschiedenen Einkommenstabellen sollen zu einem einheitlichen System zusammengeführt werden. Zudem soll der neue TVöD auch mit anderen, überkommen Traditionen brechen. So soll zum Beispiel die familienbezogene Komponente beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu Gunsten einer deutlichen Verbesserung der Bezüge für jüngere Beschäftigte entfallen.

Auch die so genannte Unkündbarkeit, die für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gilt, die seit 15 Jahren angestellt sind und das vierzigste Lebensjahr erreicht haben, steht zur Disposition. ver.di will mit dem Bund und den Kommunen über eine Aufgabe der Unkündbarkeit verhandeln, wenn sich diese im Gegenzug zu einem Verzicht auf sachgrundlose Befristungen verpflichten.

Trotz der Einigung in zahlreichen Details sind allerdings noch mehrere zentrale Elemente strittig. Neben der Arbeitszeitgestaltung, über die am 17. und 18. Mai erstmals in der eigens eingerichteten Lenkungsgruppe verhandelt wurde,

gibt es in Bezug auf die Eingruppierung, die Einbeziehung von leistungsorientierten Elementen in die Vergütung, bei der Entgeltfortzahlung und bei der Unkündbarkeit/Befristung noch erhebliche Differenzen. Nach dem Anfang Mai zwischen dem Bund, den kommunalen Arbeitgeberverbänden und ver.di verabredeten Zeitplan sollen die

Mehr als acht Millionen

Beschäftigte, die direkt oder indirekt vom Tarifsysteem des öffentlichen Dienstes betroffen sind, 2002 (in Millionen)

Arbeiter und Angestellte im unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienst	2,97
Beamte	1,99
Kirchen	1,30
Wohlfahrtsverbände (AWO, DPWW, DRK)	1,02
private Altenpflege, private Krankenhäuser und Heim	0,85
Sonstiges (Bildungseinrichtungen, Bundesknappschaft, Berufsgenossenschaften)	0,15

Quelle: ver.di-Bundesvorstand

8,3 Millionen Beschäftigte sind in Deutschland von den Tarifvereinbarungen für den öffentlichen Dienst betroffen. Neben den knapp drei Millionen ArbeiterInnen und Angestellten des öffentlichen Dienstes, die unter den Bundesangestelltentarif (BAT) fallen, gilt das auch für die zwei Millionen Beamte bei Bund, Ländern und Gemeinden, auf die die Tarifvereinbarungen in der Vergangenheit übertragen wurden, wenn auch mit Abstrichen. Auch die Tarifverträge für die Angestellten bei den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und privaten Trägern nehmen in der Regel Bezug auf den BAT, allerdings ebenfalls oft nur zum Teil.

Differenzen bis Ende September in sechs weiteren Sitzungen der Lenkungsgruppe beigelegt werden.

Die Chancen, dass das überkommene Tarifsysteem für den öffentlichen Dienst tatsächlich bis Ende 2004 durch einen modernen Tarifvertrag abgelöst wird, stehen nicht schlecht. „Das wird Tarifgeschichte schreiben“, zeigt sich Rainer Frieberthäuser, einer der Verhandlungsführer bei ver.di, optimistisch. Auch Thomas Böhle, Personaldezernent der Stadt München und Vertreter der kommunalen Arbeitgeberverbände, gibt sich gegenüber *einblick* zuversichtlich: „Wir sind zum Erfolg verdammt“. Allerdings müssten bis Anfang September belastbare Teilergebnisse vorliegen, auch in den bislang strittigen Punkten.

Spannend dürfte zudem die Frage werden, ob auch die Länder, die sich selbst durch die politisch motivierte Kündigung des Arbeitszeittarifvertrags aus den Verhandlungen über die BAT-Reform katapultiert haben, den neuen TVöD anwenden wollen. „Die Länder haben sich selbst eine Falle gestellt“, meint Frieberthäuser. An den Verhandlungen über die BAT-Reform sind sie nicht mehr beteiligt, aber sie hätten ein eigenes Interesse daran, das neue Tarifsysteem zu übernehmen. „Sonst stehen sie in der Öffentlichkeit als diejenigen da, die an einem antiquierten Tarifsysteem festhalten.“

Bessere Bedingungen will ver.di den Ländern aber nicht einräumen. Eine Voraussetzung, auf der auch die übrigen Vertreter der öffentlichen Arbeitgeber bestehen. Sie wollen eine Meistbegünstigungsklausel durchsetzen, mit der verhindert werden soll, dass ver.di den Ländern bessere Konditionen einräumt als dem Bund und den Kommunen, kündigte Böhle gegenüber *einblick* an. •

Schöneberger Forum

Auch das 7. Schöneberger Forum des DGB greift die Debatte über die Neugestaltung des öffentlichen Dienstes auf. Unter dem Titel „Männer und Frauen im öffentlichen Dienst – Arbeiten im Spannungsverhältnis von Lebenszeit-, Laufbahn- und Leistungsprinzip“ lädt der DGB am 16./17. November ins Rathaus Berlin-Schöneberg ein, sich mit den Kernthemen aller Modernisierungsvorschläge zu befassen: transparente Leistungsbeurteilung und leistungsge-rechte Bezahlung, Karriere und Laufbahnen, Aus- und Weiterbildung sowie eine neue Führungskultur.

Gemeinsam mit ExpertInnen und VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften sollen die zentralen Eckpunkte der Erneuerung des öffentlichen Dienstrechts diskutiert werden.

Themenübergreifend widmet sich das Forum 2004 der Gender Mainstreaming-Strategie. Das Forum soll zeigen, wie die Gleichstellung von Frauen und Männern mithilfe dieser Strategie im Modernisierungsprozess verwirklicht werden kann.

Der Teilnahmebeitrag beträgt 175 Euro, für FrühbucherInnen 150 Euro (bis zum 31. August 2004).

www.schoeneberger-forum.de

Antirassismus

Baustein für die Bildungsarbeit

Rassismus ist ein Problem von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft – und nicht das diskriminierte Rassismuskriterium bzw. von Angehörigen einer Minderheit. Dieser Gedanke war einer der Ausgangspunkte für das DGB-Bildungswerk Thüringen, als es 1998 erstmals unter dem Titel „Baustein“ eine Materialsammlung für die



nicht-rassistische Bildungsarbeit veröffentlichte. Jetzt liegt eine gründlich überarbeitete und ergänzte Neuauflage vor. 17 AutorInnen haben Themen wie Rassismus und Sprache, rechte Bilderwelten, Migration, Antisemitismus und Diskriminierung aufbereitet. Das Material eignet sich als Grundlage für die gewerkschaftliche und außerschulische Bildungsarbeit. Auch LehrerInnen und Menschen, die in der Jugendarbeit aktiv sind, können dem Baustein eine Menge Anregungen für ihre Arbeit entnehmen. Er kostet zehn Euro plus Porto und Verpackung; neun Euro ab zehn Exemplare. •

www.dgb-bwt.de

Weiterbildungsangebot

Mehr Kompetenz in Genderfragen

Frauen und Männer haben gleiche Chancen – auf dem Papier. Dabei helfen, Anspruch und Wirklichkeit zusammenzurücken, soll ein Weiterbildungsangebot von ISA-Consult, das die TeilnehmerInnen zu Gender-Change-ManagerInnen qualifiziert. Sie lernen, Veränderungsprozesse geschlechtergerecht zu gestalten. Die berufsbegleitende Ausbildung beginnt im November 2004 und setzt sich aus vier Modulen – genderspezifische Organisationsanalyse, Mikropolitik in Organi-



sationen, Organisationsentwicklung und Genderperspektive sowie gendersensibles Personalmanagement – und

einem Kolloquium zusammen. Das Angebot richtet sich an Führungskräfte und PersonalentwicklerInnen sowie an Frauen und Männer aus Unternehmen, Verwaltungen und Verbänden, die für Genderthemen zuständig sind. Die Weiterbildung kostet 3450 Euro plus MwSt (10 Prozent Rabatt bei Anmeldung bis 1.7., 5 Prozent bis 2.8.). •

Tel. 030/27 87 39 0

Handbuch

Wissenswertes zur JAV

Die Qualität einer Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) hängt auch vom Informationsstand der Gewählten ab. Eine aktuelle Publikation der ver.di Bildung und Beratung GmbH gibt JAV-Mitgliedern eine gute Arbeitshilfe an die Hand. Die Autorin Annette Malottke, selbst lange JAV-Vorsitzende, erläutert die Aufgaben der JAV, die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, Rechtsfragen und vieles mehr. Neben einem A bis Z der Mitbe-

stimmung enthält der 160 Seiten starke Band Erläuterungen zum Berufsbildungsgesetz sowie zum Jugendarbeitsschutz. Das Handbuch kostet 13 Euro. •

Tel. 0211/90 46 823
verlag@verdi-bub.de

Gewerkschaftshäuser

Alte Berliner Zentralen

Arbeitskämpfe finden in den Betrieben und auf der Straße statt. Wo sie bis zum Verbot der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten im Mai 1933 geplant wurden,

zeigt der Stadtführer „Mit dem Groschen der Mitglieder. Gewerkschaftshäuser in Berlin 1900 bis 1933“ (Trafo Verlag, 15,80 Euro, ISBN 3-89626-398-6). Der von der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft herausgegebene Band stellt über 20 Gewerkschaftszentralen der Weimarer Republik vor, von der vom Architekten Max Taut errichteten Zentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in der Wallstraße bis zum Verbandshaus des einst mächtigen Deutschen Holzarbeiterverbands. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den von gewerkschaftlichen Genossenschaften errichteten Wohnanlagen.

Der mit zahlreichen Fotos und Lageplänen illustrierte Band macht auch für Nichtberliner nachvollziehbar, wo früher Gewerkschaftsgeschichte geschrieben wurde. •

Interkulturelle Tage

Europa sind wir!

Die EU-Erweiterung ist mit dem 1. Mai formal Realität geworden. Doch für ein echtes Zusammenwachsen unter gerechten Bedingungen bleibt noch viel zu tun. Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg lädt gemeinsam mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage vom 28. bis 31. Mai (Pfingsten) zu Interkulturellen Tagen unter dem Motto „Our Europe – Europe That's Us!“ in die IG Metall-Bildungsstätte Pichelssee in Berlin ein. Diskussions- und Workshop-Themen werden u.a. sein: Europa der Märkte oder der Menschen?, Türkei/EU/Islamismus – passt das?, Nicht-neoliberale Bildungsarbeit. Am Pfingstsonntag beteiligen sich die TeilnehmerInnen am Straßenumzug des Karnevals der Kulturen. Teilnahmepreis inkl. Übernachtung, Verpflegung, Programm: 15 Euro für Gewerkschaftsmitglieder, 25 Euro für Nichtmitglieder. •

www.dgb-jugend-bb.de

interregio

••• Die **DGB Region Bremen-Bremerhaven** hat gemeinsam mit der Technologie-Beratungsstelle der Arbeitnehmerkammer Bremen (TBS) eine **Umfrage zur Internetnutzung** von ArbeitnehmervertreterInnen gestartet. Die Ergebnisse sollen helfen, bestehende Internet-Informationssysteme für Betriebs- und Personalräte zu verbessern und den Bedarf an entsprechender Weiterbildung zu ermitteln. Die Umfrage steht zum Download unter www.dgb-bremen.de online oder kann bei

der TBS angefordert werden. Infos: TBS der Arbeitnehmerkammer Bremen, Tel. 0421/36 301 956, Fax 0421/36 301 999.

••• Der **DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt** verleiht am 6. Juni im Rahmen des 15. Internationalen Filmfestes Emden (2. bis 9. Juni) zum siebten Mal seinen **Filmpreis „Die Sinne“**. Die mit 5000 Euro dotierte Auszeichnung geht an einen vom Emdener Publikum gewählten „gesellschaftlich engagierten Film“. Nominiert

sind in diesem Jahr fünf europäische Produktionen. Am 4. Juni lädt der DGB außerdem zum Filmgespräch „Zwischen Dogma und Matrix“ ein. Referent Martin Lindwedel führt die Teilnehmer dabei durch die Filmgeschichte und zeigt, wie technische Entwicklungen die Sehgewohnheiten und den Blick auf die Realität verändert haben. Anmeldung zum Filmgespräch: Willi Grix, Arbeit und Leben Emden, Tel. 0 49 21 / 610 13.

Infos: www.filmfestemden.de

Für mehr Beitragsgerechtigkeit

Die Halbwertzeit von Gesundheitsreformen ist in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch gesunken. Inzwischen kann, wer will, die Stoppuhr zum Messen verwenden: Kaum war die Reform von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt Gesetz, wurde schon über den nächsten Reformschritt diskutiert.

Die Kostendämpfungsmaßnahmen, so sagen die Kritiker der Schmidtschen Reform, seien nicht mutig genug, Impulse für einen qualitätsorientierten Wettbewerb kaum vorhanden. Stattdessen sei dem Druck der Pharma-Lobbyisten,

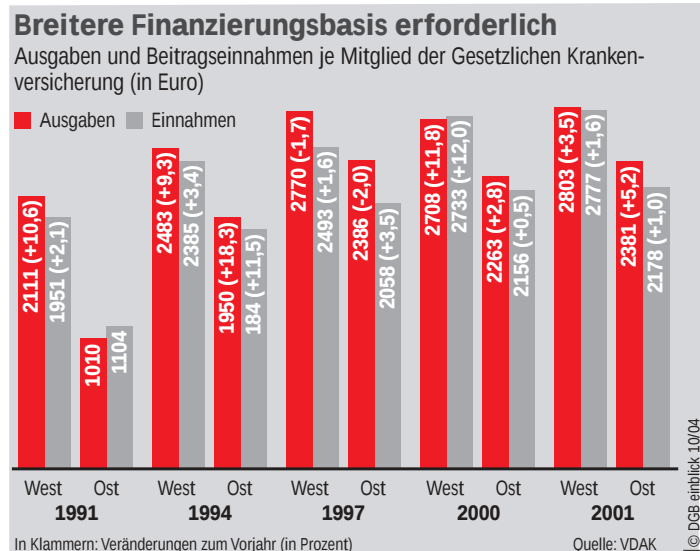
Arbeitseinkommen, Zinsen, Mieteinnahmen oder Aktiengewinnen rühren. Die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sollen so auf eine breitere Finanzierungsbasis gestellt, der einzelne Beitrag gesenkt werden. So könn-

ohne weiteres anschließen. Die Grünen wollen weiter darüber diskutieren, ob der Arbeitgeberanteil auf einen bestimmten Prozentsatz begrenzt werden soll.

CDU/CSU orientieren sich in ihren Vorstellungen vom Gesundheitsmodell der Zukunft an den Ergebnissen der Rürup- sowie der von CDU/CSU selbst berufenen Herzog-Kommission. Anders als bei den Modellen, bei denen sozialer Ausgleich im Mittelpunkt steht, wollen die VertreterInnen der Kopfpauschalen eine einheitliche Prämie für jeden erwachsenen Versicherten. Nach Rürup soll diese Kopfpremie im Monat rund 210 Euro betragen, Bezieher niedriger Einkommen erhalten einen steuerfinanzierten Zuschuss. 25 Milliarden Euro werden dabei jährlich an „Subventionen“ fällig. Die CDU will ihre einheitliche „Gesundheitsprämie“ nach einem Parteitage beschluss „so schnell wie möglich nach dem Regierungswechsel“ einführen.

Der DGB und das „Netzwerk Gesundheit“, in dem seit April 2003 eine Reihe von Wohlfahrts- und Sozialverbänden an einem Tisch sitzt, diskutieren inzwischen Details der „solidarischen Bürgerversicherung“. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer sieht in der „Bürgerversicherung die sozial gerechte Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung“. Dafür seien notwendig: schrittweise Anhebung der Versicherungspflichtgrenze, Einbeziehung anderer Einkommensarten, Anpassung der Beitragsbemessungsgrenze sowie die Ausweitung der Versicherungspflicht auf Selbstständige und Beamte. „Durch mehr Wettbewerb, eine bessere Versorgung und mehr Beitragsgerechtigkeit können die Sozialabgaben nachhaltig gesenkt werden.“ •

alle Modelle auf einen Blick:
www.einblick.dgb.de



Nicht nur steigende Arbeitslosenzahlen führen zu Löchern in den Haushalten der gesetzlichen Krankenkassen: Das strukturelle Missverhältnis von Einnahmen und Ausgaben je Mitglied macht deutlich, dass auf Dauer eine andere Finanzierungsbasis notwendig ist.

den kassenärztlichen Vereinigungen und dem Marburger Bund nachgegeben worden.

Doch seit geraumer Zeit regt sich Widerstand. Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Grüne, Gewerkschaften und selbst Teile der SPD wollen die Reform der Reform. Im Mittelpunkt steht die Bürgerversicherung: eine gesetzliche Pflichtversicherung, in die alle BürgerInnen entsprechend der Höhe ihrer Einkünfte einzahlen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Einkünfte aus

ten die Belastungen insgesamt gerechter verteilt und Bezieher kleinerer Einkommen sowie RentnerInnen entlastet werden.

Doch schon bei der Frage, wer zur Finanzierung der künftigen GKV beitragen soll, scheiden sich die Geister. So sollen nach dem Modell der Grünen künftig auch Beamte, Freiberufler, Selbstständige und PolitikerInnen in die neue Versicherung einzahlen. Doch über den Arbeitgeberbeitrag gibt's Streit. Außenminister Fischer modifizierte das Modell grüner Bürgerversicherungsvisionen an seiner Partei vorbei und entschied sich „für das Einfrieren und Ausbezahlen des so genannten Arbeitgeberbeitrags“. Allerdings mochte sich der Parteirat dem nicht

Grundsätze

DGB, SPD, Grüne und „Netzwerk Gesundheit“ haben sich im Herbst 2003 auf eine gemeinsame Grundlage für die Bürgerversicherung verständigt. „Wir wollen die Gesetzliche Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln. Sie ist eine sinnvolle Alternative für eine langfristige und sozial gerechte Reform der Finanzierung der Gesundheitsversorgung.“ Dabei gelten vier Grundsätze:

- 1. Die Weiterentwicklung der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung muss sich an den Prinzipien von Solidarität und Gerechtigkeit orientieren. Das Solidarprinzip bleibt Maßstab für die Finanzierung der Gesundheitsversorgung.**
- 2. Alle BürgerInnen sind an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu beteiligen.**
- 3. Die Belastung des Faktors Arbeit muss begrenzt, der Beitragssatz stabilisiert werden. Geprüft werden muss, ob und wie alle Einkommensarten bei der Finanzierung der Krankenversicherung berücksichtigt werden können. Die Mitverantwortung der Arbeitgeber bleibt Bestandteil der Finanzierungsgrundlagen der Bürgerversicherung.**
- 4. Ein fairer Wettbewerb um Qualität in der Gesundheitsversorgung zu vertretbaren Kosten ist anzustreben.**

kurz&bündig



Die IG Metall hat die Fachverbände des Handwerks aufgefordert, „verbindliche und rechtssichere Tarifverträge“ abzuschließen. Nachdem die Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD) ihre Beschwerde gegen einen Beschluss des Arbeitsgerichts Gera zurückgezogen hat, der der CGD die Tariffähigkeit abgesprochen hatte, sei der Weg zu seriösen Tarifverträgen frei, so IG Metall-Vorstand Wolfgang Rhode.



Die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF) hat einen Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr gegründet, der 2,5 Millionen Beschäftigte vertritt. Zum Präsidenten wurde Stefan Heimlich, Leiter der ver.di-Fachgruppe Straßenpersonenverkehr, gewählt.



Der DGB hat sich für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ausgesprochen, wenn das Land die politischen Voraussetzungen dafür erfüllt. Die alternativ von der CDU/CSU vorgeschlagene privilegierte Mitgliedschaft stelle nicht die sozialen, sondern nur die wirtschaftlichen Beziehungen in den Vordergrund, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer.



Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske ist durch den Streik seiner Gewerkschaft am Frankfurter Flughafen nicht in Konflikt mit seiner Funktion als Aufsichtsrat der Lufthansa geraten. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung.

DGB-Organisationsreform

Umsetzung wird extern evaluiert

Bis Ende Oktober will der DGB mithilfe einer externen Unternehmensberatung prüfen, ob die Ziele der auf dem DGB-Kongress im Mai 2002 beschlossenen Organisationsreform erreicht worden sind. Geprüft werden soll vor allem, inwieweit die Umsetzung der Kernaufgaben des DGB auf den verschiedenen Ebenen bereits erfolgt ist, wie die strukturelle Neuorientierung des DGB umgesetzt wurde und ob mit dem Aufbau ehrenamt-

licher Strukturen innerhalb der Regionen die Präsenz des DGB in der Fläche verbessert wurde.

Übertragen hat der DGB die Evaluierung der Bielefelder Unternehmensberatung NordWest Consult, die über Erfahrungen mit Restrukturierungsprozessen bei öffentlichen Verwaltungen, Kirchen und Verbänden verfügt. Auch der Zeitplan für die Evaluierung steht: Nach dem Kick-Off-Workshop am 11. Mai ist als nächster Schritt für

den Zeitraum vom 10. Juni bis zum 15. Juli eine repräsentative Umfrage geplant. Einbezogen werden neben den beteiligten Akteuren in der Bundesvorstandsverwaltung auch die Vorstandsmitglieder der DGB-Bezirke sowie die 94 Regionen. In einer anschließenden Bewertungsphase werden die Ergebnisse in Form von Soll-Ist-Vergleichen aufgearbeitet. Im September/Oktober sollen der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand und der Gesamtbetriebsrat mögliche Optimierungspotenziale diskutieren. •

EU-Fusionsrichtlinie

Falsche Rechtsgrundlage

Die von der EU-Kommission geplante Richtlinie zur grenzüberschreitenden Verschmelzung von Kapitalgesellschaften beruht auf einer falschen Rechtsgrundlage. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten im Auftrag von DGB und Hans-Böckler-Stiftung. Anders als die EU-Kommission ist der Berliner

Europarechtler Prof. Ingolf Pernice davon überzeugt, dass der EU-Rat die Richtlinie nicht per Mehrheit, sondern nur einstimmig beschließen kann. Das dürfte die Position der deutschen Regierung stärken, die wie der DGB dem Entwurf der EU-Fusionsrichtlinie ablehnend gegenübersteht. Er sieht vor, dass der Sitz der fusionierten Gesellschaft darüber entscheiden soll, welches nationale Mitbestimmungsrecht gilt. „Das lädt Unternehmen dazu ein, das teilhabeorientierte deut-

sche Mitbestimmungsmodell zu unterlaufen“, so DGB-Vorstand Dietmar Hexel. Der DGB fordert, dass die Mitbestimmung bei fusionierten Kapitalgesellschaften genauso geregelt wird wie bei den Europäischen Aktiengesellschaften. Dort soll die weitestgehende Mitbestimmungsregelung dann gelten, wenn vor der Fusion 25 Prozent der Beschäftigten unter diese Regelung fielen. •

www.dgb.de/themen/themen_a/z/abisz_doks/k/kurzgutachten.pdf

?...nachgefragt



Hanjo Lucassen, 59, ist Vorsitzender des DGB-Bezirks Sachsen sowie Mitglied der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag. Wochenlang hat Lucassen öffentlich über die Gründung einer „Sächsischen Arbeiterpartei“ nachgedacht. Einblick hat ihn gefragt: Ist die SPD noch ein Partner der Gewerkschaften?

Gemeinsame Wurzeln und Traditionen verbinden SPD und Gewerkschaften. Aber es gibt eine wachsende Distanz zwischen den jeweiligen Mitgliedschaften. Gerade in Ostdeutschland ist es der SPD nicht gelungen, eine nennenswerte Verankerung im gewerkschaftlichen Milieu zu erreichen. Das drückt sich in einer wachsenden Entfremdung aus. Die programmatische Entfernung wird größer. Die sächsische SPD hat im Gegensatz zur Bundespartei keinen

Passus zu Gewerkschaften in ihrem Grundsatzprogramm. Hinzu kommt eine wachsende Unzufriedenheit über die Agenda 2010, die weit tiefer in das soziale Gefüge unserer Gesellschaft eingreift, als bislang angenommen. Die Kürzung des Arbeitslosengeldanspruchs und die Einführung des Arbeitslosengeldes II betrifft in einem ungeahnten Maße auch die gesellschaftliche Mitte. Viele politisch Verantwortliche haben kaum noch ein Gefühl für die Sorgen und Ängste von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen. Durch die Unzufriedenheit wächst die Bereitschaft, auch über neue Parteien oder Wählerinitiativen nachzudenken. Die SPD reagiert auf diese Überlegungen mit einer Sprachlosigkeit, die erschrickt. Für die Gewerkschaften wird die SPD sicher ein wichtiger Partner bleiben. In Zukunft werden aber die Gewerkschaften wesentlich flexibler ihre politischen Ziele mit verschiedenen politischen Partnern durchsetzen müssen.

Folgen der Globalisierung

Das Reformtempo reicht nicht

Es gibt keinen Grund, das wirtschaftliche Wertesystem unter dem Druck des Raubtierkapitalismus preiszugeben. Aber Deutschland und Europa müssen für die Herausforderungen der Zukunft viel dramatischer umgebaut werden, als es derzeit geschieht, meint Eckhard Deutscher.

Die Reformdebatte wird zurzeit stark auf den Vorwurf einer Blockadehaltung der Gewerkschaften verkürzt. Dem lässt sich entgegenhalten, dass auch die Wirtschaft nur Einzelinteressen äußert, aber keine gesamtwirtschaftliche Verantwortung wahrnimmt. Genauso wäre es zu kurz gegriffen, die eigenen Erfahrungen wie zum Beispiel das deutsche Mitbestimmungsmodell zum Maßstab für andere Wirtschaftsregionen zu machen. Entscheidend für die Entwicklung der kommenden Jahrzehnte sind vier Megatrends:

ERSTENS Die Bevölkerungsentwicklung in Europa steht in krassem Gegensatz zu der anderer Regionen: Im Laufe der nächsten 25 Jahre wird die Bevölkerung in den reichen Ländern um 50 Millionen anwachsen, in den armen Ländern weltweit um zwei Milliarden. Bleibt es bei den gegenwärtigen Geburtenraten, wird die Bevölkerung Westeuropas bis zum Ende dieses Jahrhunderts um 75 Millionen schrumpfen. Fast die Hälfte der Einwohner wird über 60 Jahre alt sein. Die **Sozialkosten werden deshalb um ein Vielfaches höher sein** als heute. Schon in der nächsten Generation werden die ökonomischen Systeme der entwickelten Länder durch „Alterswellen“ umdefiniert werden müssen.

ZWEITENS Eine Studie des US-Verteidigungsministeriums vom Februar 2004 kommt zu dem Schluss, dass **Klimaveränderungen weitaus größere Gefahren bergen als der Terrorismus**. Der rasche Klimawandel könnte die Welt an den Rand der Anarchie bringen, wenn die betroffenen Staaten versuchen, ihre schwindenden Nahrungs-, Wasser- und Energiereserven mit nuklearer Aufrüstung zu verteidigen. Klimaveränderungen müssen zu einem herausragenden Thema werden, weil sonst Verteilungskonflikte erneut zu den beherrschenden Problemfeldern der Menschheit werden. Europa und die USA würden zu regelrechten Festungen werden, um Millionen von Migranten abzuhalten, die aus ihren umweltzerstörten Heimatregionen flüchten.

DRITTENS Schon heute bilden sich Konturen neuer Wirtschaftsräume heraus, **die mit der Wirtschaft Europas in heftige Konkurrenz treten werden**. Bis Ende dieses Jahrzehnts soll in

Amerika eine Freihandelszone entstehen, die von Alaska bis Feuerland reicht, mit einem Potenzial von 950 Millionen Menschen. Japan und China verhandeln seit zwei Jahren über eine gemeinsame Währungsunion, um die Märkte in Asien mit mehr als 2,5 Milliarden Menschen weiter zu dynamisieren. Indien wird sich dem anschließen. Dessen Erwerbsbevölkerung wächst in den nächsten 35 Jahren um 335 Millionen Menschen – so viel wie die gesamte arbeitende Bevölkerung der EU und der USA zusammen. Wenn sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen, wird der



Dr. Eckhard Deutscher, 55, ist Exekutivdirektor bei der Weltbank in Washington/USA.

EU-Anteil an der Weltproduktion in den nächsten 20 Jahren von heute 18 auf 10 Prozent zurückgehen. Die Europäische Union mit 453 Millionen Menschen ist mit dem Problem konfrontiert, **sich wettbewerbsfähig für die neuen Anforderungen der globalen Märkte aufzustellen**. Und gewissermaßen vor der Haustür liegen geopolitische Herausforderungen durch die vom Welthandel ausgeschlossenen Länder Afrikas. Die Folgeprobleme sind Migrationen. Europa wird auch darauf reagieren müssen.

VIERTENS Das Modell der sozialen Marktwirtschaft und der Mitbestimmung wird sich nur mit einer global wettbewerbsfähigen Wirtschaft durchsetzen. Der **weltweite Systemwettbewerb wird nicht zuerst durch Modelle, sondern durch Konkurrenz entschieden**. Langfristig wird das Modell erfolgreich sein, das ein Konzept der nachhaltigen Entwicklung mit situationsangepassten Strukturreformen und das soziale Inklusionsprinzip mit internationalen Wettbewerbserfolgen verbindet. Ein solches Konzept ist machbar – bei entsprechendem politischen Willen.

Mit anderen Worten: Deutschland hat vor dem Hintergrund der globalpolitischen Entwicklung an Modellcharakter für andere Wirtschaftsregionen verloren, auch wenn das ordnungspolitische Modell einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft auf globaler Ebene Zukunftsfähigkeit besitzt. **Das wirtschaftliche Wertesystem muss keineswegs preisgegeben werden** unter dem Druck des Raubtierkapitalismus. Aber noch größere Reformanstrengungen mit viel höherer Reformgeschwindigkeit sind in Deutschland erforderlich, um sich für die Anforderungen der Zukunft fit zu machen. •

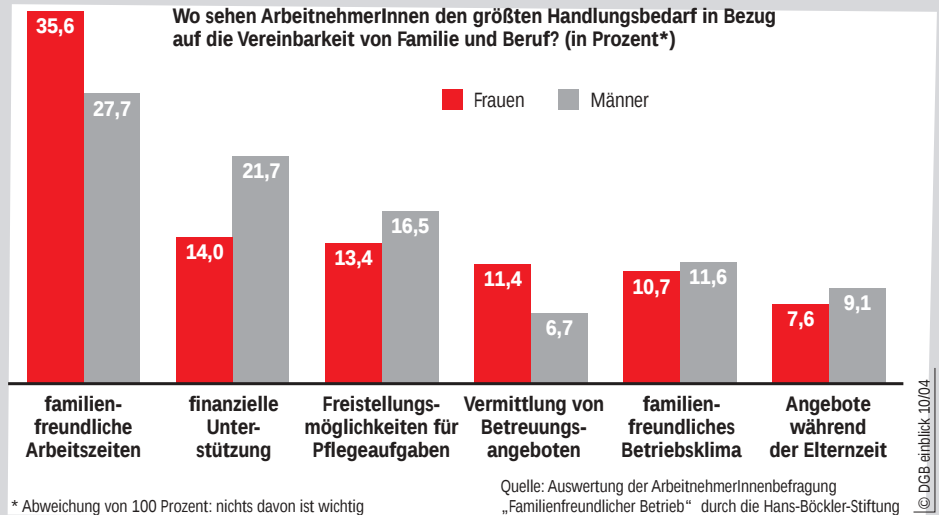
Kritik von Links

Für viele Kritiker ist „Globalisierung“ nur ein beschönigendes Wort für die weltweite Vorherrschaft des Kapitals, Ausdruck einer aggressiven US-Strategie. „Sie liegen daneben – und könnten sich mit George Bush verbünden. Nichts würde ihm leichter fallen, als eine flammende Rede gegen die Globalisierung zu halten“, warnt der renommierte US-Ökonom und überzeugte Keynes-Anhänger Lester Thurow in der April-Ausgabe der HBS-Zeitschrift „Mitbestimmung“.

Ein Signal zur Entwarnung ist das nicht. Im Gegenteil: Die Globalisierung werde zu tief greifenden Veränderungen führen, das politische Gewicht der Nationen werde abnehmen. Regierungen, warnt Thurow, würden sich gerne als Fluglotsen ihrer nationalen Ökonomien verstehen, aber es gelinge ihnen immer weniger, diese zu kontrollieren. Stattdessen sollten die Staaten versuchen, sich „als Flughafenbauer zu verstehen“. Die Landebahnen müssten für ausländische Unternehmen so einladend sein, dass sie gerne einschweben. Voraussetzungen für den Erfolg im globalen Wettbewerb sind für Thurow eine intakte Infrastruktur, ein funktionierender Rechtsstaat, öffentliche Sicherheit und ein Klima, das innovative Forschung fördert.

FAMILIENFREUNDLICHER BETRIEB: Andere Arbeitszeiten gefordert

Wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, sehen die ArbeitnehmerInnen den größten Handlungsbedarf bei der Durchsetzung familienfreundlicher Arbeitszeiten. Das zeigt eine von DGB und Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene Umfrage: 35,6 Prozent der befragten Frauen und 27,7 Prozent der Männer sehen familienfreundliche Arbeitszeiten als vordringlichstes Handlungsfeld. Wird nach den beiden wichtigsten Handlungsfeldern gefragt, gilt das sogar für 56,9 Prozent der Frauen und 47,2 Prozent der Männer.



personalien

... **Margot Gudd**, 50, bis zum 19. April im Vorstand der IG Bauern-Agrar-Umwelt für die Bereiche Gartenbau, Forstwirtschaft und Frauen sowie die Region Niedersachsen/Bremen zuständig, ist am 13. Mai aus dem Vorstand ausgeschieden. Ob die Funktion im elfköpfigen Vorstand wieder besetzt wird, entscheidet ein außerordentlicher Gewerkschaftstag am 4. September.

... **Prof. Dr. Dieter Döring**, 65, ist am 1. April aus dem aktiven Dienst der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt/M. (AdA) ausgeschieden. Er setzt seine Lehr- und Forschungstätigkeit an der AdA fort. Turnusgemäßer Vorsitzender der AdA ist seit dem 1. Mai **Prof. Dr. Otto Ernst Kempn**, 61.

14 TAGE

24.5. DGB-Thüringen, „Im Mittelpunkt steht der Mensch“, Start der Infotour zur Bürgerversicherung und zum Arbeitslosengeld II, Sömmerda

25.5. DGB, Tagung „Gesundheit als Ressource – Gesundheitsförderung als Herausforderung für einen modernen öffentlichen Dienst“, Dortmund

28.-31.5. DGB-Jugend, „Our Europe – Europe That's Us“, Interkulturelle Tage, Berlin

28.-31.5. IG BAU, „Solidarität sprengt alle Grenzen“, Bundesjugendtreffen, Rosdorf (bei Göttingen)

1.6. DGB Nordrhein-Westfalen, DGB-Dialog NRW „Europa wählt – mit welchen Folgen

für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?“, Düsseldorf

1.-17.6. International Labor Organisation (ILO), Internationale Arbeitskonferenz 2004, Genf

2.6. Jubiläumsfeier „50 Jahre Hans-Böckler-Stiftung“, Düsseldorf

3./4.6. DGB-Bezirk Hessen – Thüringen und Arbeitskreis Kirche und Arbeitswelt der Evangelischen Kirche, Tagung „Bürgerversicherung oder Kopfpauschale?“, Hofgeismar

6.6. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Vergabe des DGB-Filmpreises, Emden

7.6. DGB-Bezirk Hessen – Thüringen, Diskussion „Wirtschaftspolitik in Europa“, Frankfurt/M.

Tipp

Buch: Thorsten Schulten, Solidarische Lohnpolitik in Europa, Zur politischen Ökonomie der Gewerkschaften, VSA-Verlag, Hamburg 2004, 362 Seiten, 19,80 Euro

Über die Tarifpolitik wird noch auf längere Zeit auf der nationalen Ebene entschieden. Aber die begonnene grenzüberschreitende Vernetzung der Tarifpolitik, die Verständigung auf gemeinsame Kriterien für die Entwicklung der Tarifforderungen und der Ausbau europäischer Gewerkschaftsstrukturen eröffnen die Chance zur Rückkehr zu einer solidarischen Lohnpolitik in Europa.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlhoff, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüßon, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38. **Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.**



Schlusspunkt

„Wer Geld vom Arbeitsamt will, muss zuvor eine Beraterfirma gründen.“

Nachrichten aus Pardon Nr. 1, Mai 2004; die Satirezeitschrift der 60er und 70er Jahre wurde reanimiert.

Richtungsentscheidung am 13. Juni

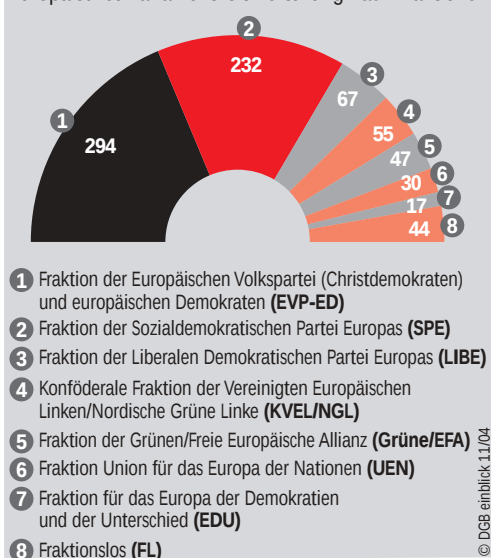
Europa – sozial oder wirtschaftsliberal

Bei der Europawahl am 13. Juni geht es um eine entscheidende Weichenstellung: Wird die erweiterte Europäische Union als sozialer Raum oder als Wirtschaftsraum mit marktliberaler Ausprägung gestaltet? Doch die Prognosen zur Wahlbeteiligung sind erschreckend: Befürchtet wird, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland unter 40 Prozent liegen könnte (1999: 45,2 %). DGB und Gewerkschaften werben deshalb nicht nur dafür, beim Urnengang das soziale Europa im Blick zu haben, sondern auch, überhaupt zu wählen.

Denn die Politik in Brüssel und Straßburg hat inzwischen einen erheblichen Einfluss auf Alltag und Arbeitsbedingungen in Deutschland. So basieren 60 bis 70 Prozent aller nationalen Gesetze auf europäischen Entscheidungen. Außerdem sind die Kontrollrechte des Europaparlaments gegenüber der EU-Kommission in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Und bei rund drei Viertel der europäischen Gesetzgebung ist das Parlament formell gleichberechtigter Partner des Ministerrats.

Schwarz dominiert

Europäisches Parlament: Sitzverteilung nach Fraktionen



Nach der EU-Erweiterung am 1. Mai haben die zehn Beitrittsländer so viele Abgeordnete ins Europa-Parlament entsandt, wie für die Legislaturperiode 2004 – 2009 vorgesehen sind. Deshalb hat sich die Zahl der Parlamentarier für kurze Zeit von 626 auf 786 erhöht, nach der Wahl am 13. Juni sinkt sie voraussichtlich auf 732.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat in einem Offenen Brief alle Europawahl-KandidatInnen aufgefordert, sich für die Umsetzung und Weiterentwicklung europäischer Arbeitnehmerrechte einzusetzen. Auch der DGB hat ein detailliertes Positionspapier zur Europawahl beschlossen. Während die wirtschaftliche Integration Europas schon weit fortgeschritten ist, hinkt die soziale

und politische hinterher. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer ist überzeugt: „Nur die Verbindung von sozialen Prinzipien, Nachhaltigkeit und gemeinsamer Wirtschaft und Währung wird die europäische Identität stärken. Es geht dabei nicht nur um ein bisschen mehr soziale Politik, sondern um das Vertrauen in das Sozialmodell Europa.“ Keine Partei, keine Regierung, keine Kommission könne es sich heute leisten, die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu ignorieren.

Trotz konservativer Mehrheit hat das EU-Parlament in der Vergangenheit auch immer wieder dazu beigetragen, soziale Mindeststandards zu verankern – etwa bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Ob das so bleibt, wird sich am 13. Juni zeigen. Vieles deutet darauf hin, dass die Konservativen noch mehr Boden gut machen – vor allem bei einer niedrigen Wahlbeteiligung. •

plusminusBERLIN

+ **Maria Böhmer, Fraktionsvize der CDU/CSU,** hat jetzt auch erkannt, dass Deutschland nur als kinderfreundliches Land eine Zukunft hat. Sie forderte anlässlich des Kindertages „Vielfalt“ durch individuellere und flexiblere Kinderbetreuung.

— **Angela Merkel (CDU) hat sich für eine Öffnung des Flächentarifvertrags ausgesprochen. Gegenüber der „Welt am Sonntag“ sagte die CDU-Fraktionsvorsitzende, sie werde vor einer Konfrontation mit den Gewerkschaften nicht zurückschrecken.**

inhalt

Seite 3

Bildungsfinanzierung

Zwei Jahre nach PISA wird zu wenig investiert

Seite 5

Demografische Entwicklung

Die Argumente für den Sozialabbau sind schwach

Seite 7

Reformdebatte

Sozialabbau führt nicht aus der Krise. Hans-Jürgen Urban, strategischer Kopf der IG Metall, fordert, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen



Der Surf-Tipp fürs Internet

<http://wahloamat.zdf.de>
Mit dem ZDF-Wahloamat zur Europawahl eigene Ansichten mit denen der Parteien vergleichen

www.einblick.dgb.de
Offener Brief des EGB an die Europawahl-Kandidaten

www.dgb.de
DGB-Positionen zur Europawahl 2004

Geringfügig Beschäftigte

Neues Bündnis

Geringfügige Beschäftigung wird zum Normalfall auf dem Arbeitsmarkt – zu Lasten von existenzsichernden Arbeitsverhältnissen. Ende März 2004 zählte die Bundesknappschaft insgesamt 7,2 Millionen Beschäftigte in 7,6 Millionen Arbeitsverhältnissen mit einem Einkommen unter 400 Euro. Um der weiteren Erosion des Normalarbeitsverhältnisses zu begegnen, hat der DGB – anknüpfend an Aktivitäten in den 1990er Jahren – ein neues „Bündnis geringfügige Beschäftigung“ ins Leben gerufen. Neben Gewerkschaften beteiligen sich daran unter anderem kirchliche Verbände wie die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) und die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland sowie der Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen. Einmütig sprechen sich die beteiligten Organisationen etwa gegen die neue Zumutbarkeitsregelung aus, nach der Arbeitslose jeden Job annehmen müssen – auch eine geringfügige Beschäftigung. In einem ersten Schritt will das Bündnis Fakten zu den Auswirkungen der Zunahme der 400-Eu-



Heinz Putzhammer, 63, im DGB-Vorstand zuständig für das Thema Zuwanderung, sieht nach einem vom DGB in Auftrag gegebenen Gutachten gute Chancen für ein zukunftsweisendes Zuwanderungsgesetz.

- Bekommt Deutschland jetzt ein modernes Einwanderungsrecht?
- Der DGB begrüßt die politische Einigung. Sie ermöglicht Regelungen, die in die richtige Richtung gehen und die Situation von Migranten verbessern. Wir können dabei aber nicht verschweigen, dass – wie auch bei anderen Reformen von Rot-Grün – die Unvernunft der Opposition dazu geführt hat, dass das Ergebnis nicht optimal ist. Leider ist die Umsetzung des Kompromisses durch den erbitterten Streit in CDU und CSU schon wieder in Frage gestellt.
- Und wenn die Union doch wieder aussteigt?
- Dann muss gemacht werden, was ohne Zustimmung des Bundesrates geht. Aus einem Gutachten, das wir in Auftrag gegeben haben, geht hervor, dass wichtige Teile des Gesetzentwurfs der Bundesregie-

rung auch ohne Bundesrat beschlossen werden können – gegebenenfalls modifiziert. Vorteil ist, dass dann sogar bessere Regelungen möglich sind. Vermieden werden muss aber, dass dabei der Streit zwischen Rot und Grün wieder aufflammt.

- Ist ein nationales Zuwanderungsrecht in der EU nicht überflüssig?
- Die EU setzt Rahmenbedingungen, sie macht nationale Gesetze nicht überflüssig. Richtig ist, dass sich mit der EU-Erweiterung der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften aus Drittländern reduziert – vor allem, wenn die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Aber er verschwindet nicht völlig. Deutschland muss auch in einer größeren Europäischen Union ein offenes Land sein, das im Interesse einer dynamischen und Beschäftigung schaffenden Wirtschaft attraktiv ist, z.B. für Forscher, Wissenschaftler und Experten aus aller Herren Länder. Und Deutschland muss auch in Zukunft Menschen, die in anderen Ländern politisch verfolgt werden, Zuflucht bieten entsprechend den internationalen Menschenrechtsverträgen.

ro-Jobs auf die regionalen Arbeitsmärkte zusammentragen und auswerten. Die Ergebnisse sollen im Herbst öffentlichkeitswirksam präsentiert werden. •

Mehr Infos: gfr@bvv.dgb.de

DIW-Wochenbericht

Die berufliche Mobilität steigt

Die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt hat in den vergangenen zehn Jahren stark zugenommen, teilt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem Wochenbericht 21/2004 mit. Die Zahl der ArbeitnehmerInnen, die innerhalb eines Jahres eine neue Arbeitsstelle angetreten haben, ist zwischen 1992 und 2002 um mehr als 30 Prozent auf knapp 6,3 Millionen gestiegen.

Diese Dynamik geht vor allem auf das Arbeitsplatzverhalten von Frauen und jüngeren ArbeitnehmerInnen in Westdeutschland zurück. So hat sich im Westen die Zahl der Frauen, die ihren Job innerhalb eines Jahres wechselten, mehr als verdoppelt. In der Gruppe der 16- bis 35-Jährigen ist der Anteil der StellenwechslerInnen von zwölf auf 19 Prozent gestiegen. •

geplant... beschlossen

Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des DGB hat auf seiner Sitzung am 1. Juni eine **grundlegende Reorganisation der Jugendbildungsarbeit des DGB beschlossen**. Das neue Konzept sieht unter anderem vor, die **DGB-Jugendbildungsarbeit künftig in der Jugendbildungsstätte Hattingen zu konzentrieren und das Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel zu schließen**. Abschließend wird der DGB-Bundesvorstand am 6. Juli darüber beraten.

Der DGB bereitet eine **Stellungnahme zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes** vor. Über die Novelle will der Bundestag noch vor der Sommerpause entscheiden.

Ausbildungspakt

DGB legt Kriterien-Katalog vor

Falls die Wirtschaft in einem Ausbildungspakt zusagt, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, verzichtet der Gesetzgeber darauf, die Ausbildungsplatzumlage einzuführen. So sieht es das im Bundestag beschlossene Ausbildungsplatzsicherungsgesetz vor. Ein solcher Pakt müsse zu verbindlichen, nachprüfbar vereinbarten führen und bestimmte Kriterien erfüllen, damit die Wirtschaft sich nicht ihrer Verpflichtung entziehen kann, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Der DGB hat dazu einen Sieben-Punkte-Katalog vorgelegt

(www.dgb.de). Die Gewerkschaften empfehlen unter anderem, die Belange strukturschwacher Regionen, zum Beispiel der neuen Bundesländer, gezielt zu berücksichtigen. Sie betonen ihre Bereitschaft, tarifvertragliche Vereinbarungen zur Lösung der Ausbildungskrise zu schließen. Unterdessen hat SPD-Fraktionschef Franz Müntefering gegenüber dem Wirtschaftsmagazin *Impulse* erklärt, er rechne außerdem damit, dass sich Bundesregierung und Wirtschaft bis Anfang Juli über einen Ausbildungspakt verständigen. •

GEW sieht 20-Milliarden-Loch

Deutschland droht in den nächsten Jahren nicht nur ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, sondern ab dem Ende des kommenden Jahrzehnts auch ein Akademikermangel. Das zeigt eine von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vorgestellte Studie zur Bildungsfinanzierung.

Ohne größere Anstrengungen im Bildungsbereich, bei Forschung und Entwicklung, hat Deutschland keine Chance, seinen Platz im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Darin sind sich die Kommentatoren des Wirtschaftsstandortes Deutschland einig. An der Realität hat das nichts geändert. Auch zwei Jahre nach dem schlechten Abschneiden Deutschlands in der internationalen Bildungsstudie PISA wird hierzulande zu wenig in Bildung investiert. 4,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fließen in Deutschland in öffentlich finanzierte Bildungseinrichtungen. Im OECD-Durchschnitt sind es 4,8 Prozent, in den beim PISA-Test führenden skandinavischen Ländern zwischen 5,5 und 6,4 Prozent. Zum Vergleich: 1975, zur Hochzeit der deutschen Bildungseuphorie, lag der Anteil der öffentlich finanzierten Bildungsausgaben in der damaligen Bundesrepublik mit 5,09 Prozent auf vergleichbarem Niveau. Seitdem sinken die Ausgaben allerdings – unterbrochen nur von einem kurzen Hoch Anfang der neunziger Jahre. Nach Berechnungen von Klaus Klemm, Bildungsforscher der Universität Essen und einer der Autoren der GEW-Studie, summiert sich der Rückgang auf fast 25 Prozent.

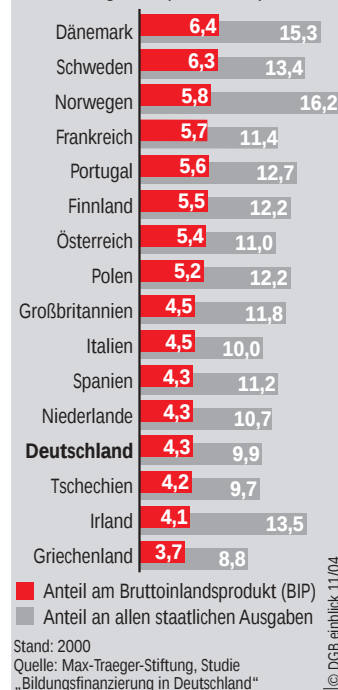
Auch im Bereich Forschung und Entwicklung liegt Deutschland zurück. Nur 0,8 Prozent des BIP wurden 2002 vom Staat in die Forschung investiert, weitere 1,7 Prozent von der Wirtschaft. Um das von der EU ab 2010 geforderte Drei-Prozent-Ziel für diesen Sektor zu erreichen, sind nach GEW-Berechnungen in den kommenden Jahren zusätzliche Investitionen von zehn Milliarden Euro jährlich

notwendig. Weitere zehn Milliarden müssten in den Bildungssektor investiert werden.

Die GEW begründet ihre Forderung nach massiven Investitionen vor allem mit den Defiziten des deutschen Bildungssystems, die bereits bei der Debatte um die PISA-Studie eine Rolle gespielt haben. Die Quote der Schulabbrecher von derzeit zehn Prozent müsse gesenkt werden, so die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange. Die Zahl

Deutschland abgehängt

Öffentliche Bildungsausgaben europäischer Länder im Vergleich zur Wirtschaftskraft und zu den staatlichen Ausgaben (in Prozent)



Mit einem Anteil von 4,3 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt Deutschland bei den öffentlichen Bildungsausgaben auf einem der hintersten Plätze in Europa. In Schweden, dem Sieger der internationalen Bildungsstudie PISA, liegt der Anteil bei 6,3 Prozent.

der Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung müsse auf über 40 Prozent gesteigert werden. Zudem fordert die GEW einen bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesstätten.

Ohne eine solide Gegenfinanzierung sind alle Forderungen nach Investitionen in den Bildungssektor chancenlos. In einem vom Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel verfassten Kapitel stellt die GEW in ihrer Studie deshalb auch konkrete Finanzierungsvorschläge zur Diskussion: Die Bundesregierung solle auf eine weitere Senkung der Steuersätze verzichten. Zudem fordert die GEW die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer oberhalb einer Freigrenze von 500 000 Euro, die Anhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer und eine kommunale Wertschöpfungssteuer als Ersatz für die Gewerbesteuer, zu der auch Selbstständige herangezogen werden müssten.

Kritisch bewertet die GEW hingegen die Möglichkeiten, finanzielle Ressourcen durch Umverteilung im System zu gewinnen. Dem in Fachkreisen diskutierten Vorschlag, Teile der im internationalen Vergleich hohen Ausgaben für die Sekundarstufe II für den Kindergartenbereich und die Grundschulen zu nutzen, lehnt sie ab. Ihm sei in der Praxis eine „enge Grenze gesetzt“, so Klaus Klemm. Auch die Einführung von Studiengebühren lehnt die GEW ab. Sie würden nur die Akademikerabschlagsquote, die bereits heute unter 20 Prozent liegt, weiter sinken lassen und damit den drohenden Akademikermangel verstärken. Bestätigt sieht sich die GEW dabei durch erste Daten der noch laufenden Rückmeldungen an den Universitäten in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Dort ist die Zahl der StudentInnen nach Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudenten stark zurückgegangen. Auch bei den Erstsemestern. •

„Uni plus“ kostet am meisten

Ein Jahr Grundschule kostet im Schnitt 3600 Euro, ein Jahr Hauptschule 4700 Euro, und das Gymnasium schlägt mit 5200 Euro zu Buche. Das sind einige der zahlreichen

Daten aus der GEW-Studie „Bildungsfinanzierung in Deutschland“. Sie zeigt nicht nur, wo das deutsche Bildungssystem unterfinanziert ist, sondern auch, welche Kosten jeder Schüler von der Grundschule bis zur Berufsausbildung verursacht.

Das sind je nach Abschluss zwischen 42 600 und 101 450 Euro.

Am teuersten ist der Bildungsweg „Uni plus“, bei dem nach der Grundschule und dem neunjährigen Besuch des Gymnasiums erst eine zweijährige Berufsausbildung im dualen System folgt und dann ein fünfjähriges Studium. Wer dagegen die Haupt- oder Realschule besucht, um danach eine dreijährige Berufsausbildung zu machen, kostet den Steuerzahler 49 950 Euro. Erfolgt die Berufsausbildung nicht im dualen System, sondern bei einem privat finanzierten Ausbildungsträger, fallen Kosten von 42 950 Euro an.



Im Internet

www.gew.de

Dieter Dohmen, Klaus Klemm, Manfred Weiß, Bildungsfinanzierung in Deutschland
Die GEW-Studie zum Download

Sprachkurs

Polnisch lernen

Lukrativer kann ein Angebot kaum sein: Beim Interkulturellen Sprachtraining Polnisch, das am 10. Juni in Frankfurt/Oder startet, werden Vokabeln und Grammatik sowie gesellschaftliche, historische und wirtschaftliche Hintergründe über das neue EU-Mitglied vermittelt. Für 20 Unterrichtstage müssen die TeilnehmerInnen nur Übernachtungskosten tragen – dank der Finanzierung aus der DGB-Grenzland-

initiative GRIPS.

Die Veranstaltungsblöcke finden vom 10. bis zum 13. Juni, vom 30. September bis zum 3. Oktober, vom 11. bis zum 14. November sowie vom 20. bis zum 23. Januar 2005 statt. Das fünfte Training ist noch nicht terminiert. Veranstaltungsort ist die Deutsche Angestellten-Akademie in Frankfurt/O., organisiert wird das Sprachtraining von der Unternehmensberatung Bollmann & Partner.

Tel. 0335/38 71 243

contact@bollmannundpartner.de

Böckler-Studien

Unter der Lupe

Gleich zwei von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichte Projektberichte befassen sich mit der Geldverteilung in der Bundesrepublik: Irene Becker und Richard Hauser haben die „Anatomie der Einkommensverteilung“ zwischen 1969 und 1998 untersucht, Holger Stein die Vermögensverteilung zwischen 1983 und 1998. Beide Studien basieren auf Einkommens- und Verbrauchsstichproben, beide kommen zu dem Ergebnis, dass Vermögen wie Einkommen zunehmend ungleich verteilt sind. Edition Sigma, ISBN 3-89404-983-9, 19,90 Euro und ISBN 3-89404-981-2, 18,90 Euro.

Tel. 030/623 23 63

und Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit. SchülerInnen ab 14 Jahre sowie AbsolventInnen aller Schulformen erhalten am 29. und 30. September in der DASA in Dortmund die Gelegenheit, sich unter dem Motto „Wie werde ich was?“ über Arbeitswelt, Berufsbilder und Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren.

Tel. 0231/90 71 24 58

www.baua.de/news/

DGB-Workshop

Innovationsmotor Gewerkschaften

Ob Arbeitsprozesse zu erfolgreichen Produkten führen, hängt wesentlich von der Gestaltung der Arbeit ab. Betriebsräte, Gewerkschafts- und Unternehmensvertreter zeigen im Workshop „Arbeit innovativ – Gewerkschaften als Motor und Partner für Innovation“ an konkreten Beispielen, wie sie erfolgreich Innovationsprozesse in Gang gesetzt haben und was die Erfolgsfaktoren sind. Die gewerkschaftliche Tagung findet am 23. Juni im Haus der KfW Bankengruppe Berlin statt.

Formlose Anmeldung:

sandra.stark@bvv.dgb.de

Fax 030/240 60 111

Studienfinanzierung

Wer soll das bezahlen?



Ohne einen Job könnten sich nahezu zwei Drittel der Studierenden in der Bundesrepublik ihre Ausbildung nicht leisten. 2002 erhielten gerade einmal 22

Prozent Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Dabei sollten Studierende ihre Rechte als ArbeitnehmerInnen kennen und durchsetzen. Hilfestellung leistet die Broschüre der DGB-Jugend „Studium. Bafög. Job“, die Bestandteil des Projekts „Students at Work“ ist. Nach Themenblöcken und Stichworten gegliedert enthält das 50-seitige Heft die wichtigsten Informationen zur Studienfinanzierung.

www.students-at-work.de

schaften und Kommunalpolitik an Bedeutung. Bei der wissenschaftlich-politischen Konferenz „Erneuerung von unten“, die Hans-Böckler-Stiftung, DGB Östliches Ruhrgebiet und IG Metall am 1. und 2. Juli in Dortmund veranstalten, werden konkrete Beispiele einer gelungenen regionalen Strukturpolitik präsentiert. An der abschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Arbeit und Region“ werden unter anderem NRW-Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) sowie der DGB-Vorsitzende Michael Sommer teilnehmen.

www.boeckler.de

nicole.faber@ruhr-uni-bochum.de

Jugendkongress

Wie werde ich was?

Um Ausbildung, Beruf und Zukunftschancen dreht sich alles beim 7. Jugendkongress von DASA (Deutsche Arbeitsschutzausstellung), Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Bundesarbeitsministerium, Bundesagentur für Arbeit

interregio

... Der **DGB-Bezirk NRW** hat im Mai seine **30jährige Partnerschaft** mit der israelischen Gewerkschaft Histadrut gefeiert. Am 20. Mai 1974 hatten der damalige Landesbezirk NRW und der Histadrut Bezirk Tel Aviv/ Jaffo einen Partnerschaftsvertrag unterzeichnet. Der DGB will auch künftig seine Kontakte nutzen, um sich für eine Fortsetzung des Friedensprozesses im Nahen Osten einzusetzen und mit Unterstützung des Landes NRW weitere Projekte in der Region zu realisieren. Infos im Internet: www.nrw.dgb.de

... Der **DGB Niedersachsen** hat die Landesregierung aufgefor-

dert, die geplante **Verkleinerung des Landtages** schnell umzusetzen. Dadurch könne das Land erhebliche Kosten einsparen, „ohne dass die Demokratie Schaden nehmen würde“, so der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle. Statt die Landtagsreform bis zur Wahl 2008 abzuschließen, hatte Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) eine Vertagung der Entscheidung auf die übernächste Legislaturperiode bis 2013 angekündigt. Derzeit umfasst der niedersächsische Landtag 183 Abgeordnete, davon 28 Überhang- und Ausgleichmandate.

Infos: Tina Kolbeck, Tel. 0511/126 01 33.

... Die vom **DGB Thüringen** mitgetragene Initiative für ein **Bildungsfreistellungsgesetz** im Freistaat hat die Ergebnisse ihrer Wahlprüfsteine zur anstehenden Landtagswahl am 13. Juni veröffentlicht. Die geforderte Freistellung für fünf Tage Bildungsurlaub im Jahr unterstützen SPD, PDS, Bündnis 90/Grüne und die Freien Wähler. Die CDU lehnt die Forderung ab, die FDP macht keine Angaben. SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne sind zugleich Mitglieder der Initiative. Infos auf dem inzwischen gestarteten Internet-Auftritt des Bündnisses:

www.bildungsurlaub-th.de

DGB-Konferenz

Erfolgreiche Strukturpolitik

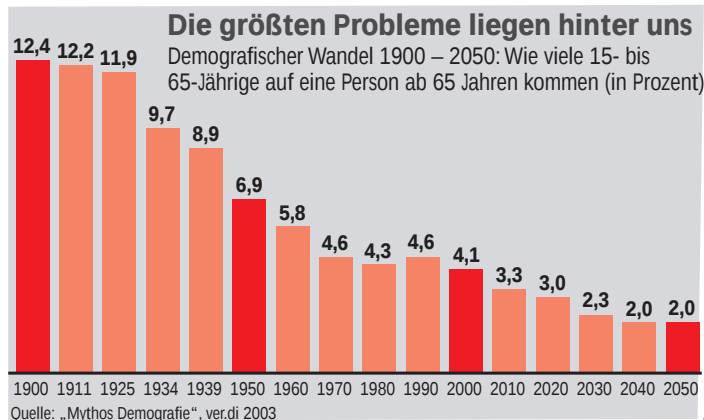
Der alte Leitsatz der Ökologiebewegung „Global denken – lokal handeln“ wird längst vielerorts praktiziert. So gewinnen etwa regionale Netze aus Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Gewerk-

Wenn Demografie zu Demagogie wird

Ob Rot-Grün, Schwarz-Gelb oder die Kommissionen von Hartz, Rürup und Herzog – in einem sind sich alle einig: Deutschland vergeist und schrumpft, immer weniger Beschäftigte müssen für immer mehr RentnerInnen aufkommen. Die demografische Entwicklung ist das entscheidende Argument für den Sozialabbau. Tatsächlich ist es ein äußerst schwaches Argument.

Johann Hahlen ist kein Wahrsager, sondern politischer Beamter. Trotzdem weissagte der Präsident des Statistischen Bundesamtes für 2050 große Not. Die Alterung der Gesellschaft werfe gewaltige Probleme auf. Und diese Entwicklung

Der Koblenzer Bevölkerungsstatistiker Gerd Bosbach wirft den modernen Kaffeesatzlesern aus Berlin „Prognosegläubigkeit“ vor – und listet in der Februar-Ausgabe der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* eine ganze Reihe von Argumenten



In der Vergangenheit hat Deutschland einen stärkeren Anstieg der Älteren bewältigt, als in den nächsten 50 Jahren erwartet wird. Der Sozialstaat ist aber in dieser Zeit nicht ab-, sondern ausgebaut worden.

sei „unausweichlich“, sagte Hahlen bei Vorstellung der 10. Bevölkerungsvorausberechnung vor einem Jahr. Seitdem gilt der Umbau von Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung als „zwingend notwendig“ (SPD-Fraktionschef Franz Müntefering), die Sozialsysteme wären sonst „nicht mehr bezahlbar“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder).

Der Münchner Soziologe Ulrich Beck ist über diese Rhetorik „bestürzt“, erklärte er am 6. Mai in der WDR-Sendung Monitor: „Ich habe den Eindruck, dass diese Art der Dramatisierung eigentlich eine Art Gedankenlosigkeit voraussetzt.“ Seit der Gründung des Deutschen Reiches ernährten immer weniger Junge immer mehr Alte, ohne das Deutschland daran zerbrochen wäre.

auf, die starke Zweifel an der Dramatik des demografischen Wandels wecken:

■ Vorhersagen der Bevölkerungsentwicklung sind nichts anderes als Modellrechnungen, die bekannte Trends fortschreiben. Strukturbrüche können sie nicht prognostizieren; eine Berechnung aus dem Jahr 1950 hätte weder den Pillenknicke noch den Babyboom, weder den Zustrom ausländischer Arbeitnehmer- und osteuropäischer AusiedlerInnen noch den Trend zu Kleinfamilie und Single-Dasein berücksichtigen können.

■ Zwei der wichtigsten Schrauben des Rechenmodells der Statistiker – die Kinderzahl pro Frau und die Zuwanderung von Ausländern – sind von der Politik direkt

beeinflussbar. Beispielsweise durch kinderfreundliche Familienpolitik.

■ Bevölkerungsprognosen sind unsicher. Für die 10. Vorausberechnung sind neun Varianten durchgespielt worden. Die Spannweite der Erwartungen reicht von 67 bis 81 Millionen Menschen, beträgt also 14 Millionen. Zudem ist die Lebensdauer der Berechnungen kurz. Sie beträgt nur vier Jahre, dann sind schon Korrekturen erforderlich.

■ Nicht nur das Verhältnis der Alten zu den Erwerbstätigen ist wichtig. Weil auch Kinder und Jugendliche ernährt werden müssen, spiegelt erst der Gesamtquotient, sprich das Verhältnis der Jungen und Alten zu den Erwerbstätigen, deren finanzielle Belastung wider. Während der Altenquotient bis 2050 um 77 Prozent steigt, klettert der Gesamtquotient nur um 37 Prozent. Das halbiert die Dramatik der Demografie. Berücksichtigt man, dass 2050 das Renteneintrittsalter höher sein wird als heute, verliert die demografische Entwicklung vollends jede Dramatik.

Ernst Kistler, Leiter des Internationalen Instituts für empirische Sozialökonomie (INIFES) in Stadthagen bei Augsburg, forderte deshalb Ende April auf einer Veranstaltung der IG Metall NRW die Gewerkschaften auf, „die von anderer Seite gestreuten Mythen und Falschinformationen zu zerstören“.

In den *WSI-Mitteilungen* 2/2004 schreibt Kistler, „dass die gegenwärtigen Probleme in den Sozialkassen vor allem einnahmeseitige Ursachen haben“. Die hohe Arbeitslosigkeit, die Zunahme sozialabgabenfreier Jobs, die schiefer werdende Einkommensverteilung, die lange zurückhaltende Lohnpolitik und die falsche Finanzierung der deutschen Einheit aus den Sozialkassen seien „viel mehr als der demografische Wandel Auslöser der gegenwärtigen Probleme“.

Lösbare Probleme

„Die Alterung der Gesellschaft kann bewältigt werden durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und eine höhere Erwerbstätigkeit, vor allem von Frauen und älteren Erwerbsfähigen“, heißt es in der ver.di-Broschüre „Mythos Demografie“. Als Beleg führen die AutorInnen an, dass die Zahl der Krippenplätze in Ostdeutschland vier Mal höher ist als in Westdeutschland – ein wesentlicher Grund dafür, dass 73 Prozent der ostdeutschen, aber nur 58 Prozent der westdeutschen Mütter erwerbstätig sind. Wären zudem familienfreundliche Arbeitsbedingungen gang und gäbe, ließe sich die Erwerbstätigkeit von Frauen weiter steigern.

Oft unterschlagen wird auch die Bedeutung der Produktivitätssteigerung für die Lösung der demografischen Probleme. Würde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf bis 2050 tatsächlich um durchschnittlich 1,8 Prozent steigen (Prognos-Studie), stünde am Ende eine Erhöhung um 135 Prozent. Zur Zeit wird jährlich ein Reichtum von 25 500 Euro pro Kopf geschaffen. Bei einer gleich bleibenden Erwerbsquote von 69 Prozent wird bis 2050 ein Wert von gut 52 000 Euro erwirtschaftet. Dass eine Erhöhung der Sozialabgaben unbezahlbar wäre, stimmt also nicht. Sie könnte durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden.

kurz & bündig

ver.di

Seit der Gründung der von Gesamtmetall finanzierten „Initiative für neue soziale Marktwirtschaft“ wimmelt es von neoliberalen Kampagnen gegen den Sozialstaat. Welche Strategie sie verfolgen, zeigt der von ver.di organisierte Kongress „Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten die Politik beeinflussen“ vom 25. bis 27. Juni in Frankfurt/M.



Die GdP hat sich für eine engere Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten bei der Terrorbekämpfung ausgesprochen. Entsprechende Pläne von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) müssten „zügig umgesetzt werden“.



Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entscheidet voraussichtlich noch in diesem Jahr über die Rechtmäßigkeit von Pensionskürzungen durch das Versorgungsänderungsgesetz. In erster Instanz wurden die Kürzungen als verfassungswidrig eingestuft. Geklagt hatten drei Bahnbeamte mit Unterstützung der Gewerkschaft TRANSNET.



Die IG Metall will die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in den Beitrittsländern intensivieren. „Tschechien und Ungarn haben zehn Jahre Erfahrung mit dem Kapitalismus, wir haben hundert Jahre Erfahrung damit“, sagte Werner Neugebauer, als bayrischer IG Metall-Vorsitzender, innerhalb der IG Metall für Ostkontakte zuständig.

Arbeitnehmerbegehren

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Die Gewerkschaften im DGB wollen über die Sommerpause mit einer Unterschriftenkampagne Druck auf die Politik machen. Nach der bislang größten bundesweiten Demonstration gegen Sozialabbau am 3. April wollen die Gewerkschaften der Bundesregierung zeigen, dass es eine Mehrheit für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit gibt. Bis in den Herbst hinein wollen sie bei ihren Mitgliedern und in der Bevölkerung mit der Unterschriftenkampagne für eine Umkehr der politischen Konzepte werben.

Am 1. Juni haben IG Metall und IG Bergbau, Chemie, Energie ihr Arbeitnehmerbegehren für eine andere, eine sozialere Politik gestartet. Mit Flyern und im Internet werben sie für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Den Auftakt machte die IG

Metall, für die deren Vorsitzender Jürgen Peters in Frankfurt auf die politischen Alternativen der Gewerkschaften hinwies. So forderte er die Rücknahme der verschärften Zumutbarkeitsregelung für Langzeitarbeitslose, wies auf die Bürgerversicherung als Alternative zur derzeitigen Krankenversicherung hin und verlangte gerechtere Steuertarife. Peters rief Verbände und Organisationen auf, sich dem Arbeitnehmerbegehren der Gewerkschaften anzuschließen. Ohne Ausnahme wollen die anderen Gewerkschaften in den nächsten Wochen folgen und den politischen Parteien auf



diese Weise zeigen, dass es an der Zeit ist, die notwendigen Reformen sozial gerecht zu gestalten. Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt: „Wir wollen einen Stimmungsumschwung in Wirtschaft und Gesellschaft bewir-

ken. Wir wollen ein Klima für einen sozial gerechten Reformprozess schaffen. Das Arbeitnehmerbegehren ist unsere Antwort auf die neoliberale Meinungsmache. Für eine Politik ohne sozialen Ausgleich gibt es keine Mehrheiten in Deutschland.“

www.arbeitnehmerbegehren.de
www.igbce.de

WSI-Studie

Tarife lassen Bündnisse zu

Tarifverträge sind kein Hindernis für betriebliche Bündnisse. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Nur fünf Prozent von 2500 befragten Betriebsräten führt das Fehlen einer Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung auf unzureichende Öffnungsklauseln im Tarifvertrag zurück. Weit häufiger scheitern betriebliche Bündnisse am Widerstand der Geschäftsführung.

Jeder vierte Betrieb mit Betriebsrat hat laut WSI eine Vereinbarung zur Sicherung von Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit geschlossen. In tarifgebundenen Betrieben ist das häufiger der Fall als in Betrieben ohne Tarifbindung. Die Autoren widerlegen damit die Behauptung, starre Flächentarifverträge verhindern betriebliche Bündnisse. Tarif-

vertragliche Regelungen ermöglichen vielmehr einen Interessenausgleich zwischen Belegschaft und Geschäftsführung.

Ausbildungsumlage

Antrag auf Befreiung

Der Arbeitgeberverband NiedersachsenMetall und die IG Metall wollen gemeinsam einen Antrag auf Anerkennung des Tarifvertrages zur Ausbildungsförderung gemäß Paragraph 13 des vom Bundestag

beschlossenen Berufsausbildungssicherungsgesetzes stellen, sollte das Gesetz die parlamentarischen Hürden überspringen. Danach haben tarifvertragliche Vereinbarungen Vorrang vor dem Gesetz, die Betriebe werden von der Ausbildungsumlage befreit. Die niedersächsischen Metall-Arbeitgeber und die IG Metall haben bereits seit 1996 eine freiwillige Vereinbarung, derzufolge sie sich für zusätzliche Ausbildungsplätze engagieren. Dank der gemeinsamen Initiative konnten sie im vergangenen Jahr 140 zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.

DGB-Broschüre

Eurobetriebsräte und EU-Erweiterung

Mit den praktischen, rechtlichen und politischen Folgen der Erweiterung der Europäischen Union für die Arbeit der Eurobetriebsräte befasst sich eine Broschüre des DGB. Das Heft unter dem Titel „Europäische Betriebsräte und EU-Erweite-

rung – Auswirkungen und Rechtslage“ kann per E-Mail (sabine.bobzin@bvv.dgb.de) oder per Fax (030 / 240 60 670) bestellt werden. Die Broschüre kostet je Exemplar zwei Euro plus Porto- und Versandkosten.

Reformstrategie der Gewerkschaften

Runter mit den Scheuklappen

Wie sollen die Gewerkschaften auf die Globalisierung reagieren, hat einblick in loser Folge auf dieser Seite gefragt? Sie brauchen eine eigene neoliberale Strategie, hat der FAZ-Journalist Nico Fickinger geantwortet. Hartmut Urban, strategischer Kopf der IG Metall, widerspricht.



Dr. Hans-Jürgen Urban, 43, ist Leiter des Funktionsbereichs Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen der IG Metall.

Ideologische Scheuklappen haben sie auf, der Wirklichkeit verweigern sie sich und im Blockieren politischer Reformen suchen sie ihr Heil. So werden sie beschrieben, die Gewerkschaften. Von Neoliberalen und Konservativen, und auch von „modernen“ Sozialdemokraten. So übermächtig ist diese Sicht, dass selbst **gewerkschaftliche Medien die radikalsten Vertreter dieses Mainstreams zu Gewerkschaftssatiren einladen**. Als gelte es, einer unterdrückten Minderheitenmeinung Gehör zu verschaffen, als würden uns nicht tagtäglich in Frankfurter und anderen Allgemeinen Zeitungen Klischees dieser Art um die Ohren gehauen.

Wie Begriffe doch trügen, ja lügen können. Was geschieht denn in Deutschland? Da tritt Hans Eichel an, um durch eine drastische Sparpolitik die Staatsschulden abzubauen. Wer nicht die Zukunft unserer Kinder „verfrühstücken“ wolle, müsse öffentliche Ausgaben zurückführen, Leistungen an Arbeitslose kürzen und Steuern auf Benzin und Tabak erhöhen. So geschah es. Und was ist die Folge? Der Nahverkehr verrottet, in öffentlichen Gebäuden regnet es durch, die Arbeitslosen werden immer ärmer – doch die Staatsschulden schnellen auf Rekordhöhe.

Oder nehmen wir **die „moderne“ sozialdemokratische Art, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen**. Renten und Gesundheitsleistungen müssten gekürzt werden, um die Lohnnebenkosten zu senken. Die Löhne müssten hinter der Produktivität zurückbleiben, um die Nachfrage nach dem Faktor Arbeit zu erhöhen. Die Fesseln des Kündigungsschutzes müssten gelockert werden. Der versprochene Lohn für diese „innovative Strukturreform“ sei mehr Beschäftigung.

Auch diese Rezepte wurden angewandt. Mit ähnlichem „Erfolg“. 2003 **stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen erneut** auf das Rekordniveau von 4,4 Millionen, die fiskalische Belastung der Staats- und Sozialkassen liegt bei fast 83 Milliarden Euro. Die wirkliche Zahl der fehlenden Arbeitsplätze liegt bei acht Millionen. Und wie reagiert die politische Klasse? „Durchhalten, bloß keine Abkehr vom Reformkurs!“ So tönt es aus der BDI-Zentrale, aus dem Kanzleramt und mitunter aus Gastkommentaren im *einblick*. Wer verweigert sich

hier eigentlich der Wirklichkeit? Fakt ist doch: **Die aktuelle Politik, für die die Agenda 2010 programmatisch steht, ist gescheitert**. Rot-Grün hat bei seinen selbst definierten politischen Kernprojekten, der Sanierung der öffentlichen Kassen und der Bekämpfung der Beschäftigungskrise, versagt. Arbeitnehmerrechte wurden eingeschränkt, den Arbeitslosen wurde der Gürtel enger gezogen, bei öffentlichen Ausgaben wurde der Rotstift angesetzt – und die Wirtschaft boomt nicht, sondern stagniert seit Jahren, die Arbeitslosigkeit verfestigt sich und die kleinen Sparerfolge werden durch Steuerausfälle und Zusatzausgaben infolge der Arbeitslosigkeit überkompensiert.

Wer Augen hat zu sehen, der sieht: **Die ausgefahrenen Trampelpfade einer prozyklischen Sparpolitik und des Sozialabbaus führen nicht aus der Krise**, sondern tiefer hinein. Nur über ausreichende Wachstums- und Beschäftigungsimpulse und eine Steuerreform können die zentralen Ursachen der aktuellen Staatsverschuldung beseitigt werden: die Kosten der Arbeitslosigkeit sowie die Steuerausfälle infolge von Wachstumsschwäche und der Begünstigung von Gewinnen und Vermögen. Dazu ist jedoch ein Paradigmenwechsel unverzichtbar!

Statt in die Krise hineinzusparen, müssen durch öffentliche Investitionen in die verkehrstechnische, soziale und ökologische Infrastruktur Angebotsbedingungen verbessert und Wachstumsimpulse freigesetzt werden. Um die Binnennachfrage zu stärken, sind kaufkraftsichernde Lohnsteigerungen und stabile Renten und Arbeitslosenleistungen notwendig. Um die defizitfinanzierten Finanzmittel einer antizyklischen Politik zu begrenzen, ist eine Steuerreform notwendig, die Unternehmensgewinne sowie hohe Vermögen und Erbschaften in die Finanzierung einbezieht. Und um die Sozialversicherungen gerechter zu machen, gehört eine universelle Bürgerversicherung auf die Tagesordnung.

Also: **Runter mit den ideologischen Scheuklappen und die Wirklichkeit zur Kenntnis genommen!** •

Die Debatte geht weiter

Kein anderer Beitrag hat so viele Reaktionen ausgelöst wie der über „Manager der Arbeitswelt“ von FAZ-Redakteur Nico Fickinger (*einblick* 9/2004).

„Ich finde es gut, dass jemand von der ‚Gegenseite‘ zu Wort kommt. Nur so kann man konstruktiv kritisieren“, hat uns Kurt Nikolaus, Vertreter der Erwerbslosen im Bundestarifausschuss von ver.di, geantwortet und sich zugleich dagegen verwahrt, dass ein Journalist als Vertreter der Erwerbslosen auftritt. Franz Gall aus Linz (Österreich) hat sich dagegen gewundert, „dass ein derartiger Unsinn kommentarlos abgedruckt wird“. Und Ramona Appel möchte solche Meinungen „nicht in einem Gewerkschaftsorgan lesen. Nicht einmal als Meinung getarnt“. Volker Euskirchen meint hingegen, dass es nachvollziehbar sei, „dass wir in unseren Publikationen auch Menschen mit anderen Meinungen Platz einräumen“. Allerdings müsste das auch als solche dargestellt und kommentiert werden. Zudem vermisst er „eine Leserbriefecke“.

Leserbriefe gibt es im *einblick* nicht. Dem Wunsch von Volker Euskirchen kommt die Redaktion trotzdem gerne nach: Auf unserer Homepage veröffentlichen wir alle Mails, die uns zum Beitrag von Nico Fickinger zugegangen sind.

www.einblick.dgb.de

DIES & DAS

coupon

einblick PER E-MAIL Schneller zum einblick

22-mal pro Jahr erscheint der *einblick* als Printausgabe, immer montags. Wer den *einblick* früher lesen möchte, kann ihn künftig bereits am **Freitag vor dem Erscheinen per E-Mail** (pdf-Datei) erhalten. Komplett mit allen Seiten zum Lesen am Bildschirm und zum Ausdrucken. Wer sein *einblick*-Abo auf E-Mail-Versand umstellt, ist nicht nur früher informiert, sondern hilft auch der Redaktion beim Sparen. Denn jedes Abo, das per Post verschickt wird, kostet den Verlag 10 Euro pro Jahr für Porto und Vertrieb. Deshalb gilt: **Jeder bekommt den einblick nur einmal.** Wer auf das schnelle E-Mail-Abo setzt, wird nicht zusätzlich per Post beliefert.

Änderung des einblick-Abos

- ☐ Ich möchte den *einblick* in Zukunft früher erhalten. Bitte stellt/stellen Sie mein Abo auf E-Mail-Versand um.
- ☐ Ich möchte den *einblick* nicht als E-Mail, sondern wie bisher in der Printversion erhalten.
- ☐ Das *einblick*-Abo soll ganz gestrichen werden.

1104

Bitte alle Felder ausfüllen:

E-Mail

Name, Vorname

Institution/Betrieb

Straße

PLZ, Ort

ID-Nummer (siehe Adressaufkleber)

Telefon

Gewerkschaft

Funktion

zurück an:
Redaktion einblick
Wallstraße 60
10179 Berlin
Fax: 030 / 30 88 24 20

oder Antwort-Coupon
im Internet nutzen:
www.einblick.dgb.de

14TAGE

9./10.6. Sitzung des Exekutivsausschusses des EGB, Brüssel

10.-13.6. ver.di-Jugend, Bundesjugendtreffen „Sommerspektakel – People, Party, Politics“, Loreley

10./11.6. Hans-Böckler-Stiftung, 2. Symposium „Gesundheitsökonomische Grundlagen für die Gesundheitspolitik“, Potsdam

13.6. Wahlen zum Europäischen Parlament

16.6. ver.di, Reihe „sicht. weisen“, „Umsetzung der EU-Anti-Diskriminierungsrichtlinien aus gewerkschaftlicher Sicht“, Berlin

16./17.6. IG Metall, Konferenz „Der Mittelstand: Motor oder Hemmschuh gesellschaftlicher Entwicklung?“, Berlin

17.6. Hans-Böckler-Stiftung, Abschlusskonferenz des Projekts „Umweltmanagement und integrierte Produktpolitik als Gestaltungsfelder von KMU und Trägern der Mitbestimmung“, Düsseldorf

17./18.6. DGB-Bezirk Nord, Projekt GRIPS, „Grenzüberschreitender Wachstumspol Stettin?“, Zinnowitz/Usedom

21./22.6. ver.di, Potsdamer Forum für Führungskräfte des öffentlichen Dienstes, Potsdam

22.6. DGB-Bezirk Nord, Verleihung des Medienpreises 2004, Schwerin

22.6. DGB, IG Metall und ver.di, Selbstverwalter-Tagung „Die Krankenkassen und die neuen Versorgungsformen im Gesundheitswesen“, Berlin

24./25.6. ver.di, Fachtagung „Ist Ethik regulierbar? Wertesysteme zwischen Ökonomie und Qualität“, Berlin

24./25.6. DGB-Bildungswerk, Konferenz für Betriebs- und Personalratsmitglieder „Hartz und der Kündigungsschutz“, Düsseldorf

Tipp

Buch: Nikolaus Geiler, Das 20-Milliarden-Euro-Spiel – Die Liberalisierung des Wasser- und Abwassermarktes, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2004, 184 Seiten, 12,80 Euro

Im Mittelpunkt steht eine ausführliche Darstellung der neoliberal geprägten Gedankenwelt wesentlicher Akteure in Berlin und Brüssel. Dabei geht es nach

Telekommunikation und Strom nun um Trink- und Abwasser und die europäischen Versorgungsmultis. Doch „Wasser ist keine Ware wie jede andere!“, proklamieren Umweltverbände und GlobalisierungskritikerInnen und geben ihrer Befürchtung Ausdruck, dass heutige hohe Umwelt- und Qualitätsstandards auf einem liberalisierten und privatisierten Wassermarkt verloren gehen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38. Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt.

„Brandenburg wird geil.“

Motto der Jungen Union Brandenburg zur bevorstehenden Landtagswahl am 19. September.

Ausbildungspakt

DGB: Pakt ohne Gesetz wertlos

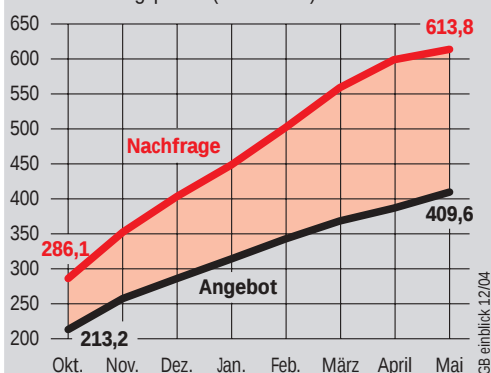
„Das Gesetz ist auf dem Weg, da kommen wir nicht von ab“, hat der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering noch Mitte April beteuert. Keine zwei Monate später schicken SPD und CDU/CSU das Berufsausbildungssicherungsgesetz in den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat. Dort soll es „in der Schwebe“ bleiben, nachdem es zum Ausbildungspakt zwischen Regierung und Arbeitgebern gekommen ist.

Das Versprechen der Wirtschaft, glaubt Müntefering, sei eine so konkrete Lehrstellen-Zusage, wie es sie „bisher noch nicht gegeben hat“. Bis zum Herbst sowie 2005 und 2006 wollen die Arbeitgeber 30 000 neue – nicht zusätzliche – Ausbildungsplätze schaffen, dämpfen aber selbst die Erwartungen. „Einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen kann niemand garantieren“, sagt der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Ludwig-Georg Braun.

Er bestätigt damit die Kritik des IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters, der keinerlei Anzeichen dafür

Riesige Lücke

Ausbildungsjahr 2003/2004: Ausbildungssuchende und Ausbildungsplätze (in Tausend)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

Ende Mai waren 126 900 Ausbildungsplätze noch unbesetzt. Ihnen standen 312 100 unvermittelte Lehrstellen-BewerberInnen gegenüber.

sieht, dass die Wirtschaft zu verbindlichen Zusagen bereit ist. Für Peters ist die Entscheidung, das Gesetz zur so genannten Ausbildungs-sicherungsabgabe auf die lange Bank zu schieben „eine schallende Ohrfeige für die Jugendlichen, die derzeit verzweifelt einen Ausbildungsplatz suchen“. Damit werde der Hinhaltetaktik der Arbeitgeber „in die Hände gespielt“.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hält einen Pakt ohne Gesetz für relativ wertlos: „Wer will, dass die Verbände nicht nur einen wolkigen Pakt vereinbaren, kann auf den Druck des Gesetzes nicht verzichten.“ Meinten es die Arbeitgeber ehrlich, müssten sie das Gesetz nicht fürchten. Darin steht nämlich, dass die Abgabe erst fällig

wird, wenn zu Beginn des Ausbildungsjahres nicht genügend Lehrstellen zur Verfügung stehen.

Der SPD-Bildungsexperte und DGB-Regionsvorsitzende von Siegen, Willi Brase, rät seiner Fraktion deshalb, „nicht leichtfertig auf das Gesetz zu verzichten“. Die SPD solle sich ihre Handlungsfähigkeit nicht nehmen lassen.

Der SPD-Abgeordnete und bayrische DGB-Vorsitzende Fritz Schöser hingegen hat nichts dagegen, dass nach Abschluss eines ordentlichen Ausbildungspaktes das Gesetz „erst mal nicht zur Anwendung kommt“. Auf welche Weise sichergestellt werde, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalte, sei ihm „ziemlich egal“.

Im Kanzleramt ist man froh, dass das Gesetz erst einmal nicht in Kraft tritt. Denn Aufwand und Ertrag stünden „in keinem vernünftigen Verhältnis“, so der zuständige Abteilungsleiter Günther Horzetzky.

plusminusBERLIN

+ Peter Paziorek, Umwelt-politischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, hat vor einer „Phantomdiskussion über neue Atommeiler“ gewarnt. Wegen der fehlenden betriebswirtschaftlichen Rentabilität und Akzeptanz in der Bevölkerung stelle sich diese Frage nicht.

— NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück, SPD, möchte auf Frauenförderung und ökologische Bedingungen als Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge verzichten. Sie seien als politisches Ziel wichtig, „gehören aber nicht in ein Vergabewesen“.

inhalt

Seite 3

Rot-Grün provoziert Klagewelle

Das ab 2005 geltende Alters-einkünftegesetz verstößt wegen der Doppelbesteuerung von Einkommen gegen die Verfassung

Seite 5

Deregulierung per Masterplan

Bundeswirtschaftsminister Clement will den Arbeitsschutz abbauen

Seite 7

Die Krise der Kerle

Arbeitslosigkeit entwickelt sich im wachsenden Umfang zu einem Problem der Männer, meint der Journalist Thomas Gesterkamp



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.cabin-power.de
Die neue Internetsite der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für die Kabinen-Crews der Airlines

www.einblick.dgb.de
Der Ausbildungspakt

Kompakt. Klasse.

Backmeister/Trittin/Mayer

Kündigungsschutzgesetz mit Nebengesetzen

Kommentar

Von Thomas Backmeister,
Rechtsanwalt, Fachanwalt
für Arbeitsrecht und für
Sozialrecht, Wolfgang
Trittin, Rechtsanwalt,
vorm. IG Metall, und Prof.
Dr. Udo Mayer, Hamburger
Universität für Wirtschaft
und Politik
3. Auflage. 2004
XIV, 1025 Seiten.
In Leinen € 66,-
ISBN 3-8006-3016-8



Der „Backmeister/Trittin/Mayer“

fasst die wichtigsten Rechtsvorschriften zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen in einer kompakten Kommentierung zusammen und erläutert sie präzise – nämlich das KSchG sowie in Auszügen: • ArbeitsplatzschutzG • BerufsbildungsG • BundeserziehungsgeldG • BetriebsverfassungsgG • BGB • HeimarbeitsG • HochschulrahmenG • Insolvenzordnung • MutterschutzG • Sozialgesetzbuch IX • Teilzeit- und BefristungsG • UmwandlungsgG

Im Vordergrund der praxisnahen Kommentierung steht die Rechtsprechung des BAG. Damit hat der Betriebsrat schnellen Zugriff auf die für ihn relevante Information.

Die 3. Auflage

enthält alle Änderungen des Kündigungsschutzgesetzes, der Insolvenzordnung und des Teilzeit- und Befristungsgesetzes durch das Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt (Agenda 2010).

Besondere Schwerpunkte sind dabei die:

- neuen Regeln der sozialen Auswahl und der Abfindungsanspruch bei betriebsbedingten Kündigungen.
- die jetzt zulässige Befristung von Arbeitsverhältnissen bis zu vier Jahren bei Neugründungen von Unternehmen.
- eine umfassende Darstellung des Bestandsschutzes, Informationsanspruch sowie Widerspruchsrechts der Arbeitnehmer bei Betriebsübergängen und Unternehmensumwandlungen.
- Kommentierung des § 111 BetrVG zur Mitbestimmung des Betriebsrats bei Betriebsänderungen.

Bitte bestellen Sie
bei Ihrem Buchhändler
oder bei:

**VERLAG
VAHLEN**
80791 MÜNCHEN
Telefax: (089) 3 81 89 - 402
E-Mail: bestellung@vahlen.de
Internet: www.vahlen.de
beck.de

einblick 12/04

POLITIK AKT

in eigener Sache

Aller guten Dinge sind drei – so oft haben wir einschließlich dieser Ausgabe unsere LeserInnen gefragt, ob sie den **einblick künftig früher und per E-Mail** haben möchten. Nach der Sommerpause geht es los: Wer den **einblick** als E-Mail haben will, wird von der Redaktion **ab der Ausgabe 14/2004 digital** beliefert. Wer das Kreuzchen vergessen, aber seine E-Mail-Adresse angegeben hat, bekommt den **einblick** ebenfalls elektronisch. Dieses Angebot gilt auch in Zukunft: Wer sich erst zu einem späteren Zeitpunkt entschließt, sein Abonnement auf die E-Mail-Version umzustellen, kann das jederzeit tun. Das Formular dazu steht auf der Homepage: www.einblick.dgb.de

eGovernment

DGB für gleiche Zugangsrechte

In den kommenden Jahren werden sich Verwaltungsvorgänge im öffentlichen Dienst durch den verstärkten Einsatz des elektronischen Datenaustauschs grundlegend wandeln. Zahlreiche Vorgänge, von der Einholung von Baugenehmigungen bis zur Anmeldung eines Gewerbebetriebs, werden schon bald elektronisch möglich sein. eGovernment bietet nicht nur die Chance, die öffentliche Verwaltung schneller und kostengünstiger zu organisieren, sondern es verändert auch die politi-

schen Entscheidungsprozesse selbst. Damit es nicht als Instrument missbraucht wird, um die Einflussmöglichkeiten einzelner Interessengruppen zu Lasten der Allgemeinheit zu stärken, ist ein gleicher Informationszugang aller BürgerInnen wichtig. Worauf es sonst noch ankommt, zeigen die Eckpunkte zur Gestaltung von eGovernment, die der DGB-Bundesvorstand Anfang Juni vorgelegt hat. •

www.einblick.dgb.de

Aktion für Demokratie

Patrioten zahlen Steuern

Die Einkommenssteuer wird schrittweise gesenkt, die Unternehmenssteuer ist bereits reduziert, ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und Arbeitslosen werden schmerzhafte Opfer zugemutet. Trotzdem entziehen sich große Unternehmen und vermögende Privatpersonen zunehmend ihrer Verpflichtung, über die Steuern einen angemessenen Beitrag für diese Gesellschaft zu leisten. Eine Initiative von Künstlern, Autoren und WissenschaftlerInnen will das verhindern. Unter dem Slogan „Patrioten zahlen Steuern in Deutschland“ kämpfen sie für einen Wandel des öffentlichen Bewusstseins. „Wer die mit öffentlichen Mitteln geschaffene Infrastruktur nutzt, wer den Schutz des Staates, seine Institutionen und nicht selten auch Subventionen in Anspruch nimmt, von dem kann

geplant... → beschlossen

Der 18. ordentliche Bundeskongress des DGB findet vom 20. bis 27. Mai 2006 im Congresscenter Estrel in Berlin statt. Bis zum 10. Februar 2006 können Anträge eingereicht werden. Das hat der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) vorgeschlagen. Der Vorschlag muss noch Anfang Juli vom DGB-Bundesvorstand beschlossen werden. Im Zuge der Vorbereitungen des Kongresses empfiehlt der GBV den Bezirken, die Bezirksdelegiertenversammlung bis zum 5. Februar 2006 durchzuführen.

Europawahl: SPD bei GewerkschafterInnen noch vorn

Stimmen bei der Europawahl vom 13.06.2004 (in Prozent)

Alle WählerInnen¹⁾



Gewerkschaftsmitglieder²⁾



1) vorläufiges amtliches Endergebnis der Europawahl 2004 / Bundeswahlleiter

2) alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z.B. auch Beamtenbund)

Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

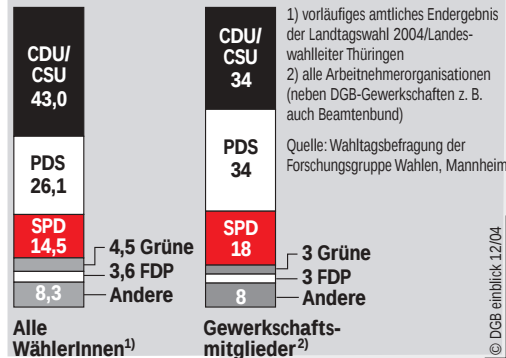
© DGB einblick 12/04

Bei der **Europawahl** gaben 32 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder ihre Stimme der SPD. Obwohl die Verluste der SPD bei den GewerkschafterInnen mit einem Minus von 13 Prozent gegenüber 1999 überdurchschnittlich hoch sind, liegen die Sozialdemokraten bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen noch knapp vor der CDU/CSU (30 Prozent) – als einzige der Personengruppen, deren Wahlverhalten die Forschungsgruppe Wahlen am Wahltag regelmäßig analysiert (u.a. nach Alter, Geschlecht, Beschäftigtenstatus).

GewerkschafterInnen im Trend: Bei der Landtagswahl in Thüringen landete die SPD auch unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen weit abgeschlagen auf Platz drei. Überdurchschnittlich hoch ist dagegen der Stimmenanteil der PDS: 34 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählten sie, ebenso viel votierten für die dort regierende CDU.

Thüringen-Wahl: CDU und PDS bei GewerkschafterInnen gleich auf

Stimmen bei der Landtagswahl in Thüringen vom 13.06.2004 (in Prozent)



© DGB einblick 12/04

dieses Land ein Mindestmaß an Solidarität erwarten“, heißt es in dem von Klaus Staack und Johanno Strasser initiierten Aufruf der „Akti-on für mehr Demokratie“. Zu den Unterstützern der Initiative zählen die Gewerkschaftsvorsitzenden Norbert Hansen (TRANSNET) und Konrad Freiberg (GdP).

www.staack.de

Bildungssystem

Schulstrukturen kein Tabuthema

Die Veränderung der bestehenden Schulstrukturen ist kein Tabuthema mehr, das zeigt eine von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) präsentierte Umfrage des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS). 44 Prozent der Bundesbürger befürworten, dass die Kinder auch nach der Grundschule gemeinsam unterrichtet werden. Nur 34 Prozent lehnen dies ab. Die Bürger würden damit „mehr Weitsicht zeigen als die meisten Politiker“, die trotz anders lautender Empfehlungen der Pisa-Studie an der in Deutschland üblichen frühen Trennung der Kinder in unterschiedliche Schulformen festhalten, so die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange.

Alterseinkünftegesetz

Rot-Grün provoziert Klagewelle

Das Alterseinkünftegesetz, dass am 1. Januar 2005 in Kraft tritt, dürfte kurz darauf die Gerichte beschäftigen: Die Bundesregierung kann nämlich den Vorwurf nicht entkräften, dass beim Übergang auf das neue Steuersystem, bei dem in Zukunft nicht mehr die eingezahlten Beiträge, sondern die ausgezahlten Renten versteuert werden, zahlreiche RentnerInnen zweifach besteuert werden. Das aber ist laut Bundesverfassungsgericht „in jedem Fall“ zu vermeiden. Ab 2005 werden 60 Prozent des

Rentenbeitrags steuerfrei gestellt (2025 ist er zu 100 Prozent steuerfrei) und 50 Prozent der Rente werden steuerpflichtig (2040 gilt das für 100 Prozent).

Trotzdem besteht für ArbeitnehmerInnen, die ab 2005 in Rente gehen, noch nicht die Gefahr der Doppelbesteuerung. Sie haben zwar weniger im Portmonee, wenn ihre Rente 1575 Euro im Monat übersteigt und deshalb steuerpflichtig wird, aber eine Doppelbesteuerung liegt hier nicht vor. Denn ihre Rente wurde zur Hälfte aus Ar-

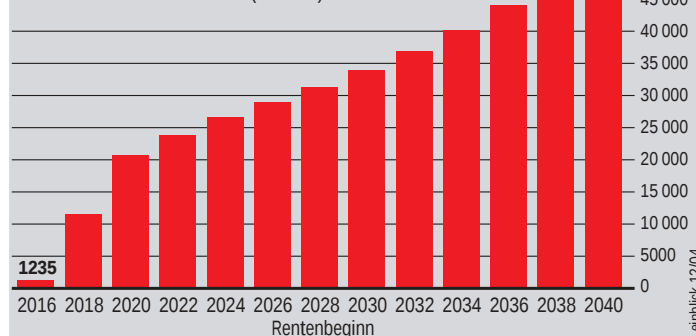
beitgeberbeiträgen finanziert. Und die waren steuerfrei.

Nach Berechnung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) trifft die Zweifachbesteuerung aber für ArbeitnehmerInnen zu, die ab 2016 in Rente gehen. Das Bundesfinanzministerium (BMF) bestreitet das energisch. Es bewertet den Grundfreibetrag und die Aufwendungen der RentnerInnen zur Kranken- und Pflegeversicherung als steuerfreien Rentenzufluss oder – anders ausgedrückt – erhöht die Rente um den Grundfreibetrag und die Versicherungsbeiträge. Das aber sei „steuersystematisch fragwürdig und verfassungsrechtlich unzulässig“, so der VDR. Beide Leistungen „stehen allen Steuerpflichtigen unabhängig vom Rentenbezug zu“.

Der VDR steht mit seiner Kritik nicht allein. Laut Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik sind Zweifachbesteuerungen „eher als Regel- denn als Ausnahmefall zu erwarten“. Auch aus DGB-Sicht ist die Gefahr der Doppelbesteuerung „offensichtlich“. Der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung sei zu kurz: „Wer im Jahr 2040 in Rente geht, hatte nur 15 Jahre Versicherungszeit, in denen die Beiträge voll steuerfrei waren.“

Wenn der Fiskus zweimal zuschlägt

Doppelt besteuerte Rente* eines Arbeitnehmers mit Durchschnittsverdienst (in Euro)



© DGB einblick 12/04

Mehr als 50 000 Euro muss ein Standardrentner mit Rentenbeginn im Jahre 2040 doppelt versteuern.

Betriebsräte-Seminare

Praktische Hilfen

Wie kann die Gleichstellung von Mann und Frau in die betriebliche Praxis umgesetzt werden? Welche Rechte hat der Betriebsrat? Diese Fragen aus dem Alltag der Interessenvertretung werden in den Seminaren der Reihe „Arbeitsrecht im Betrieb“ beantwortet. Der AIB-Verlag hat das Programm für die zweite Jahreshälfte 2004 fertig gestellt und weist gleichzeitig auf seinen Umzug zum 1. Juli nach Frankfurt/Main hin. •

marina.bergen@aib-verlag.de
www.aib-verlag.de

Gesundheitsreform

GKV wohin?

Wohl kaum jemand ist mit der Gesundheitsreform in ihrer aktuellen Form zufrieden. Diskussionsbedarf zum Thema Wettbewerb im Gesundheitswesen, zur Rolle der Selbstverwaltung sowie zur staatlichen Steuerung hat die „Gesellschaft für sozialen Fortschritt e.V.“ ausgemacht. Am 1. Juli lädt der Verein zu einer Veranstaltung „Zwischen Wettbewerb, Selbstverwaltung und Staat – Zur Zukunft der Steuerung der Gesetzlichen Krankenversicherung“ in die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) nach Berlin ein. Neben Expertenvorträgen steht eine Podiumsdiskussion auf der Tagesordnung. •



Anmeldungen:
SozialerFortschritt@t-online.de
Fax 0228/63 49 48

Broschüre Multimedia

Perspektivsuche

Vor wenigen Jahren war die Informationstechnologie- und Telekommunikationsbranche Boomsektor schlechthin. Inzwischen verlieren auch in diesem Bereich immer mehr Menschen ihren Job. Der zuständi-

ge ver.di-Fachbereich hat eigene Perspektiven zur Struktur- und Beschäftigungspolitik, zu Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Qualifizierung in der Branche entwickelt und in der Broschüre „Das Perspektivenkonzept für die TK-/IT-/DV-Branche“ veröffentlicht. Nicht nur für Multimedia-Beschäftigte ist eine weitere Publikation interessant: die von ver.di-innotec herausgegebene Basisinformation „Arbeitszeugnisse“.



Sie dechiffriert typische Zeugnisfloskeln und zählt auf, was auf jeden Fall in eine Beurteilung gehört. •

www.verdi-tk-it.de

www.verdi-arbeitszeugnisberatung.de

Zahlenkosmetik

Weniger Arbeitslose

Statistikmanipulationen ändern nichts an tatsächlichen Arbeitslosenzahlen. Zu diesem Ergebnis

interregio

••• Der **DGB Baden-Württemberg**, die SPD-Landtagsfraktion und der Landesbezirk des Beamtenbundes haben erstmals gemeinsam die **Verwaltungsreform der Landesregierung abgelehnt**. Die Pläne dienten lediglich dem Sparzwang des Landes und gingen auf Kosten der Bürger, so der DGB-Bezirksvorsitzende Rainer Bliesener. Außerdem habe die Regierung es abgelehnt, schriftliche Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung mit den Gewerkschaften zu treffen und lediglich auf mündliche Zusagen von Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) verwiesen. Die Verwaltungsreform soll zum 1. Januar 2005 in Kraft treten und sieht die Zentralisierung aller „Fach- und Sonderbehörden“ wie Versorgungs-

Europäischer Gewerkschaftsbund

Migration europäisch regeln

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) fordert in einem 20-Punkte-Aktionsplan eine einheitliche europäische Migrationspolitik. Bereits im Oktober 2003 hat der EGB-Exekutivausschuss diesen Aktionsplan beschlossen, der jetzt in Gestalt eines Faltblatts vom DGB-Bildungswerk veröffentlicht worden ist. Unter anderem setzt sich der EGB für eine europäische Staats-

bürgerschaft ein, bei der EU-Bürger und langzeitanässige Bürger aus Drittstaaten gleich behandelt werden. Ein weiterer Schwerpunkt des Aktionsplanes liegt in der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung aller Beschäftigten – unabhängig von Rasse, ethnischer Herkunft, Religion und Nationalität. •

www.migration-online.de

www.migration-online.de/europa

kommt die DGB-Broschüre „Mehr Schein als Sein? Zur statistischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, die im Mai in der Reihe Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik erschienen ist.

Mehrfach sind in letzter Zeit die Regeln für die statistische Erfassung von Arbeitslosigkeit verändert worden. Das hatte den erwünschten Effekt, weniger Arbeitslose ausweisen zu müssen. Dennoch bilden diese Zahlen nicht die Realität ab. Zu den Verschönerungen der Statistik trägt unter anderem die Anfang

2004 veränderte Erhebungsmethode bei, ebenso der Umstand, dass TeilnehmerInnen an Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos gelten. Darüber hinaus zählen Jugendliche mit Kindergeldanspruch und ohne Job nun nicht mehr zu den Arbeitslosen, sondern lediglich zu den Arbeit Suchenden. Alles in allem errechnet sich so eine „stille Reserve“ von rund zwei Millionen Menschen. •

ingo.kolf@bvv.dgb.de

Ratgeber JAV-Wahlen

Planungshilfe

Für die bevorstehenden Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen hat der ran-Verlag aktuelle Materialien erstellt. Seit Mitte Juni ist die JAV-Wahlmappe mit Formularen, Musterschreiben, Stimmzetteln, Gesetzestexten, Wahlkalender und CD-Rom (27 Euro) sowie das Buch zur JAV-Wahl mit einer leicht verständlichen Zusammenfassung der Wahlvorschriften (14,50 Euro) erhältlich. Alle für die JAV-Wahlen relevanten Regeln des novellierten Betriebsverfassungsgesetzes sind in den Materialien berücksichtigt. •

Tel. 0221/973 28 0

info@ranverlag.de



Deregulierung per Masterplan

Als Teil des „Masterplans für Bürokratieabbau“ will Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) den Arbeits- und Gesundheitsschutz abbauen.

Anfang 2003 hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, seinen „Masterplan für Bürokratieabbau“ vorgelegt, darunter einige Regelungen, mit denen er den Arbeits- und Gesundheitsschutz zurückfahren will.

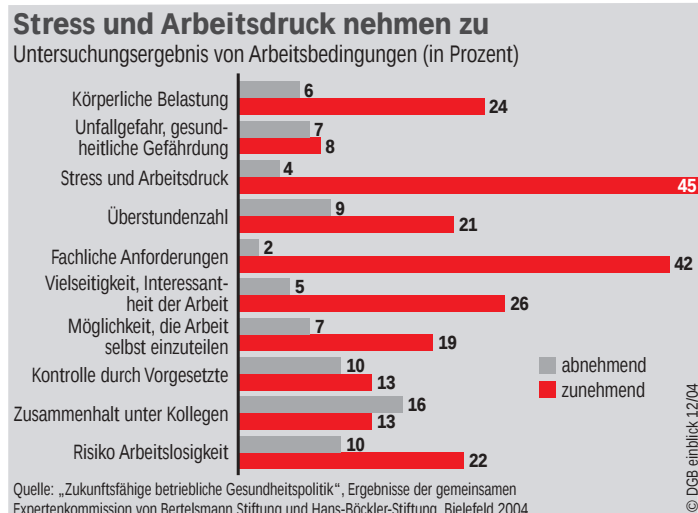
wie „Weg mit dem Arbeitsschutz“. Das Arbeitsschutzsystem wird grundsätzlich in Frage gestellt, einmal mehr sollen die Risiken des Arbeitslebens privatisiert werden. Die bayrische Landesregierung hat das im Herbst 2003 auf den Punkt gebracht. Sie schlug vor, die gesetzliche Unfallversicherung abzuschaffen und sie durch private Versicherungen zu ersetzen. Gewerkschaften wie Arbeitgeber haben sich zu die-

Sie wollen die Konzentration auf eine Institution in Gestalt der Berufsgenossenschaften und der Unfallkassen. Diese seien am ehesten in der Lage, sich „praxisnah auf die unterschiedlichen betrieblichen Gegebenheiten“ einzustellen.

Das sehen die Gewerkschaften indes anders. Wolfgang Hien, zuständiger Referent in der Abteilung Sozialpolitik der DGB-Bundesvorstandsverwaltung, kritisiert zum einen das Verfahren, mit dessen Hilfe der Bundeswirtschaftsminister seine Vorstellungen durchsetzen will. Da die Durchführung der Gewerbeaufsicht Ländersache ist, greife Clement in verfassungsrechtlich bedenklicher Weise in Länderhoheit ein. Zum anderen vermutet Hien hinter den ministerialen Aktivitäten den Versuch, „politischen Druck“ auszuüben. Und „ohne Gewerbeaufsicht“, befürchtet Hien, ist dem „realen Abbau des Arbeitsschutzes in den Betrieben Tür und Tor geöffnet“.

Die Gewerkschaften sehen ebenfalls Reformbedarf beim deutschen Arbeitsschutzrecht – doch ist die Blickrichtung eine andere. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen auf dem Gebiet der betrieblichen Prävention erhebliche Defizite. Die Hauptprobleme: Arbeitsintensivierung, Zeitdruck, Konkurrenz, Flexibilisierung und Prekarisierung. Belastungen, die schleichend das Niveau der gesundheitlichen Gefährdung in den Betrieben erhöhen.

Es herrscht Übereinstimmung bei ver.di, IG Metall und DGB, dass der Staat in Sachen Arbeits- und Gesundheitsschutz eine besondere Fürsorgefunktion hat. Er muss versuchen, sie „im Spektrum zwischen Beratung und Kontrolle praktisch zu realisieren“, findet auch Wolfgang Rohde, der sich im IG Metall-Vorstand um die Zukunft des Arbeitsschutzsystems sorgt.



Die Zunahme von Arbeitsunfähigkeitstagen geht einher mit Produktionsausfall und dem Ausfall der Bruttowertschöpfung. Den Grund für den zunehmenden Arbeitsausfall zeigt eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung. Danach führen erhöhter Druck und die Gesundheitsreform zwar zunächst zu weniger Krankmeldungen. Längerfristig ist aber wohl mit ersten Folgen zu rechnen, da Arztbesuche bis zum letzten Moment hinausgeschoben werden.

So fordert der Wirtschaftsminister ernsthaft die „Befreiung der Betriebe von bürokratischen Bestimmungen der geltenden Arbeitsstättenverordnung“. Zudem soll die Aufsicht nicht mehr den staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern obliegen, sondern die Berufsgenossenschaften sollen das künftig alleine erledigen. Clement möchte die „Zusammenführung des staatlichen und berufs-genossenschaftlichen Vollzugs im Arbeitsschutz.“ Aus dem Ministerdeutsch übersetzt heißt das so viel

sem Zeitpunkt entschieden gegen diesen Eingriff in den Arbeitsschutz gewandt. Vergeblich, wie es scheint.

Anfang des Jahres ist die staatliche Gewerbeaufsicht wieder unter Beschuss geraten. Der vielstimmige Chor, dass allgegenwärtig Vorschriften die Wirtschaft behindern würden, hat die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände veranlasst, sich in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder für die Abschaffung der staatlichen Arbeitsschutz-Aufsicht einzusetzen.

Gemeinsame Erklärung (Auszüge)

DGB und BDA sind der Auffassung, dass es zur weiteren Förderung betrieblicher Gesundheitspolitik keiner neuen gesetzlichen Regelungen bedarf.

Die betriebliche Umsetzung der Vorgaben des Arbeitsschutzgesetzes bietet Chancen für die Mitarbeiterentwicklung bzw. die Entwicklung von Leistungsvermögen und Verantwortungsbewusstsein. BDA und DGB befürworten daher einen integrierten Arbeitsschutz. Sie fordern die Unternehmen auf, das Arbeitsschutzgesetz mit Leben zu füllen. Dies erfordert die aktive Mithilfe der Arbeitgeber, Führungskräfte und Vorgesetzten einerseits und aller Beschäftigten andererseits.

Es fehlt im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nicht an gesetzlichen Regelungen. Verbesserungsbedarf besteht hinsichtlich der effizienten Anwendung. Dringlichste Aufgabe für die Akteure ist es, praxistaugliche Handlungshilfen zu entwickeln, die insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen mit angemessenem Aufwand in die Lage versetzen, erfolgreiche betriebliche Gesundheitspolitik zu betreiben. Das Erfahrungswissen im Betrieb, einschließlich das der Arbeitnehmer, ist in die Gestaltung der Arbeit einzubeziehen.

kurz & bündig



Die Pläne des Hamburger Senats, die Berufsschulen in die Trägerschaft einer wirtschaftsdominierten Stiftung zu geben, sind laut einer Studie der GEW-nahen Max-Traeger-Stiftung verfassungswidrig. Diese „Privatisierung“ unterliefe den im Grundgesetz festgeschriebenen staatlichen Bildungsauftrag.



Der Bundes-SeniorInnenausschuss von ver.di hat den Entwurf für ein senienpolitisches Programm vorgelegt. Das Papier enthält Positionen zu einem breiten Themenspektrum von der Altenpflege bis zur Wohnungspolitik. Bis zum 15. September können ältere Mitglieder Änderungen vorschlagen.

www.verdi.de/senioren



Die Gewerkschaft der Polizei bereitet sich unter dem Motto „Mit Sicherheit am Ball“ bereits auf die Fußball-WM 2006 in Deutschland vor. Geplant ist ein gewerkschaftliches Betreuungskonzept für die mehreren tausend Einsatzkräfte, das sich an Erfahrungen der EXPO 2000 in Hannover orientieren soll.



Die IG Metall Nordrhein-Westfalen hat der nur zweijährigen Ausbildung zum Kfz-Service-mechaniker ausnahmsweise zugestimmt. Begründung: Alle Azubis haben nach bestandener Abschlussprüfung das Recht, ihre Ausbildung um 1,5 Jahre zu verlängern, um Kfz-Mechatroniker zu werden.

Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel vor Schließung

Neuausrichtung der Jugendbildungspolitik

Braucht die DGB-Jugend neben Hattingen noch eine zweite Bildungsstätte? Am 6. Juli will der DGB-Bundesvorstand über die Neuausrichtung der Jugendbildungspolitik entscheiden. Während der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) und das DGB-Bildungswerk den Standort Oberursel zum Jahresende schließen wollen (einblick 11/2004), setzen sich die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen für den Erhalt ein. Ihrer Meinung nach kann das Haus der Gewerkschaftsjugend trotz des Sanierungsbedarfs des Gebäudes erhalten werden.

Nach einem Gutachten des seit Anfang 2003 für Oberursel zuständigen DGB-Bildungswerks kostet die dringend notwendige Modernisierung des Gebäudes 9,25 Millionen Euro. 4,9 Millionen Euro davon müssten in den Neubau eines Bettenhauses fließen. Diese Investitionen seien notwendig, um mit einem zeitgemäßen Standard die Auslastung der Bildungsstätte zu erhöhen.

Weil der DGB zu Investitionen in dieser Größenordnung nicht bereit ist, hat der GBV am 1. Juni beschlossen, die Jugendbildungsarbeit in Hattingen zu konzentrieren und dort zu erweitern. Für diese Entscheidung hatte sich im Vorfeld auch Bundesjugendsekretär Christian Kühbauch ausgesprochen. „Wir wollen Jugendbildungsarbeit betreiben und nicht in Immobilien investieren“, so Kühbauch. Selbst bei einer abgespeckten Lösung, bei der lediglich das so genannte Torhaus saniert wird, müsste der DGB 3,4 Millionen Euro an Eigenmitteln aufbringen.

Auch der Vorstand des DGB-Bildungswerks hatte sich Anfang Juni für eine Schließung von Oberursel ausgesprochen. „Wir können nicht alles fortführen, was in den 50er Jahren begonnen wurde“, so der stellvertretende Geschäftsführer Wolfgang Lettow. 850 000 Euro erhält das Bildungswerk pro Jahr vom DGB. Ab 2007 könnte der Betrag im Rahmen



„Rettet Böckler“: Junge Gewerkschaftsmitglieder kämpfen für den Erhalt des Hauses der Gewerkschaftsjugend in Oberursel.

der mittelfristigen Finanzplanung um 200 000 Euro sinken.

Um Oberursel zum Jahresende schließen zu können, will das DGB-Bildungswerk den 29 Beschäftigten bis Ende Juni kündigen. Verhandlungen über einen Sozialplan wurden bereits aufgenommen. Gegen dieses Vorgehen wehren sich die Beschäftigten und die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. Sie argumentieren, dass für Oberursel eine Sanierung in dieser Größenordnung nicht erforderlich sei. „Für Jugendseminare braucht man kein Wellness-

Hotel im Fünf-Sterne-Standard“, so Elke Loeptien, ehrenamtliche Mitarbeiterin in Oberursel und Sprecherin der Initiative. Der Standort könne mit wesentlich geringeren Investitionen erhalten werden. Zudem appellieren die jungen Gewerkschaftsmitglieder an den DGB, dass vor der Entscheidung am 6. Juli über die Neuausrichtung der Jugendbildungsarbeit keine Fakten durch die Kündigung der Beschäftigten geschaffen werden. •

www.digitalsixun.com/haushaus/index.html

Sparpolitik des Berliner Senats

GdP und GEW starten Volksbegehren

In der seit Monaten anhaltenden Auseinandersetzung um die Sparpolitik des rot-roten Berliner Senats drohen die Landesbezirke der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den beiden Regierungsparteien SPD und PDS mit einem Volksentscheid zur Durchsetzung von Neuwahlen. Die Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich müssen zurückgenommen, die Privatisierungsvorhaben beim Landesbetrieb Krankenhäuser und den Berliner Verkehrsbetrieben aufgegeben und die Risikogarantie zu Lasten der Steuerzahler für die in eine Schieflage geratene Berliner Bankgesellschaft widerrufen werden,

oder das Abgeordnetenhaus wird aufgelöst. So lautete die Forderung auf den Unterschriftenlisten, für die beide Gewerkschaften seit dem 4. Juni gemeinsam mit der „Initiative für ein soziales Berlin“ werben. Die übrigen Gewerkschaften beurteilen die Politik des rot-roten Senats in Berlin ebenfalls kritisch, halten sich aber beim Volksbegehren zurück. „Was ist die Alternative nach einer Abwahl des SPD/PDS-Senats?“ warnt ver.di-Geschäftsführer Roland Tremper. Von anderen Regierungskonstellationen hätten die ArbeitnehmerInnen noch weniger zu erwarten. •

www.volksbegehren-soziales-berlin.de

Zukunft der Arbeit

Die Krise der Kerle

Mini-Jobs und Ich-AGs kanalisieren die weibliche „Erwerbsneigung“ in einen prekären Niedriglohnsektor. Frauen deshalb zu den einzigen VerliererInnen der Hartz-Gesetze zu erklären, greift dennoch zu kurz. Meint der Journalist Thomas Gesterkamp.

Ein „Mangelwesen der Natur“, gar eine „Krankheit namens Mann“ machte der Spiegel vor ein paar Monaten in einem Bericht über neue Erkenntnisse der Genforschung aus. Die Aufregung über das Y-Chromosom, aber auch das durch FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher im letzten Jahr ausgelöste Sommertheater einer vermeintlichen Machtübernahme der Frauen in den Medien bedienen ein Gefühl wachsender Irritation. Weibliche Fernsehpräsenz, garniert mit ein paar reichen Verlegerwitwen, als Beleg dafür, wie überflüssig die Männer geworden sind? So lässt sich prima ignorieren, wer in den Führungsetagen der Wirtschaft nach wie vor das Sagen hat. Frauenförderung, Quote? Nicht nötig, wir haben doch Elke Heidenreich statt Reich-Ranicki!

Die fortbestehende männliche Dominanz in den Spitzenpositionen von Wissenschaft, Technik und Industrie **verdeckt die Probleme der ganz normalen „Arbeitsmänner“**. Statt fester Anstellung droht lebenslange Probezeit, die einst stolzen Ernährer haben Schwierigkeiten, ihrer Familie verlässliche Perspektiven zu sichern. Die „wilden Kerle“ der Schwerindustrie sind die Verlierer des Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft. Die weibliche Arbeitslosenquote ist im letzten Jahrzehnt mit 10,8 Prozent (2003) fast konstant geblieben, die männliche von 7,1 auf 12,4 Prozent im Jahr 2003 gestiegen. Allerdings bleibt bei diesem Vergleich die überwiegend von Frauen gefüllte „stille Reserve“ unberücksichtigt; ebenso die Tatsache, dass ihre Beschäftigung stärker auf Teilzeitarbeit oder Mini-Jobs basiert.

Die „Vollbeschäftigung“, die Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und seine Mitstreiter als Ziel bemühen, war stets eine Vollbeschäftigung für Männer. Vollzeitarbeit für beide Geschlechter hat es zumindest in Westdeutschland nie gegeben. Jenseits von Sonntagsreden weiß das auch die Politik. Betrachtet man einzelne Instrumente des Hartz-Konzeptes, lässt sich erkennen, worum es eigentlich geht: um die Kanalisierung der angeblich zu hoch geratenen weiblichen „Erwerbsneigung“ in einen prekären Niedriglohnsektor. So ist bei der „Ich-AG“ die Einzahlung in die Rentenkasse obligatorisch, die Krankenversicherung hingegen wird als „freiwillig“ eingestuft. Offenbar gehen die Initiatoren davon

aus, dass viele Ich-Agentinnen ohnehin nur „geringfügige“ Einkünfte erwirtschaften und sich auf die soziale Sicherung ihrer Ehepartner stützen können. Ganz ähnlich funktionieren die „Mini-Jobs“: Finanzielle Anreize lenken Frauen in Jobs unter 400 Euro und **befrieden so die Geschlechterkonkurrenz am Arbeitsmarkt** – ein Verfahren, das sich in parasitärer Weise auf die Möglichkeit der Mitversicherung von Angehörigen verlässt.

In der Logik der Gleichstellungspolitik ist es leicht, Frauen zu den Hauptverliererinnen der Hartz-Gesetze zu erklären und Männern die Rolle der weniger Betroffenen – oder gar der Profiteure – zuzuweisen. **Empirisch aber entwickelt sich Arbeitslosigkeit in wachsendem Umfang zu einem männlichen Problem.** Selbst in den neuen Bundesländern, einst eine Hochburg der Frauenerwerbslosigkeit, sind inzwischen genauso viele Männer ohne Job. Im sächsischen Hoyerswerda kommen auf 100 Männer im Alter von 18 bis 29 Jahre nur noch 83 Frauen. Junge Frauen verlassen deutlich häufiger die strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands und bauen sich im Westen eine neue Existenz auf.

„Uneducated, unemployed, unmarried“ – ohne Ausbildung, ohne Job, ohne Liebe, formuliert der Londoner Economist: Die Krise der Arbeit ist vor allem eine Krise der Kerle. Die Basis, auf der sie ihr Selbstbild aufgebaut haben, bröckelt; soziale Deklassierung und biografische Verunsicherung sind die Folgen.

Hat der weinerliche Alarmismus des Feuilletons also doch seine Berechtigung? Liegt es am Ende wirklich an den Genen? Schirrmacher & Co. arbeiten sich schlicht am falschen Phänomen ab. Auf den bildfixierten Märkten der Eitelkeit wie dem Fernsehen mögen Frauen an Einfluss gewonnen haben. Viel interessanter aber ist zum Beispiel, dass in deutschen Haupt- und Sonderschulen doppelt so viele Jungen wie Mädchen sitzen. 60 Prozent der GymnasiastInnen sind weiblich, unter den StudienanfängerInnen überwiegen ebenfalls die Frauen. Professuren indes sind nach wie vor Männersache, ebenso die Schlüsselpositionen in Unternehmen.

Das Neue ist: Beide Geschlechter sind jetzt mit jenen unterbrochenen Berufsbiografien konfrontiert, die für Frauen schon immer „normal“ waren. **Die Hartz-Gesetze lassen sich nicht in das Schema „männliche Täter, weibliche Opfer“ pressen**, sie nivellieren das Geschlechterverhältnis auf prekärer Basis: Auch Männer werden in die Selbstständigkeit abgedrängt, müssen sich mit Niedriglöhnen, Mini-Jobs oder befristeter Beschäftigung auseinander setzen. •



Thomas Gesterkamp, Journalist in Köln, hat sich in seinem Buch „Gutes Leben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe“ (Klett-Cotta, 2002) ausführlich mit der „Krise der Kerle“ beschäftigt.

Mini-Jobs für alle?

Mini-Jobs werden zum Normalfall auf dem Arbeitsmarkt – zu Lasten von existenzsichernden Arbeitsverhältnissen. Ende März 2004 zählte die Bundesknappschaft insgesamt 7,2 Millionen Beschäftigte in 7,6 Millionen Arbeitsverhältnissen mit einem Einkommen unter 400 Euro. Durch die Mini-Jobs werden Frauen wieder zunehmend in die Rolle der Zuverdienerinnen gedrängt.

Nach wie vor ist der Frauenanteil hoch: So sind im Westen 65,5 Prozent aller Mini-Jobber und im Osten 56,8 Prozent weiblich. Doch immerhin gibt es bereits über 2,2 Millionen Männer, die – zum Teil als Nebenjob – in einem geringfügigen Arbeitsverhältnis stehen. Die Verdrängung existenzsichernder Arbeitsverhältnisse dürfte sich noch beschleunigen, wenn ab 2005 die neue Zumutbarkeit greift und Langzeitarbeitslose die Vermittlung in nahezu jede Beschäftigung – auch in Mini-Jobs – akzeptieren müssen.

DIES & DAS

coupon

einblick PER E-MAIL Schneller zum einblick

22-mal pro Jahr erscheint der *einblick* als Printausgabe, immer montags. Wer den *einblick* früher lesen möchte, kann ihn künftig bereits am **Freitag vor dem Erscheinen per E-Mail** (pdf-Datei) erhalten. Komplett mit allen Seiten zum Lesen am Bildschirm und zum Ausdrucken. Wer sein *einblick*-Abo auf E-Mail-Versand umstellt, ist nicht nur früher informiert, sondern hilft auch der Redaktion beim Sparen. Denn jedes Abo, das per Post verschickt wird, kostet den Verlag 10 Euro pro Jahr für Porto und Vertrieb. Deshalb gilt: **Jeder bekommt den einblick nur einmal.** Wer auf das schnelle E-Mail-Abo setzt, wird nicht zusätzlich per Post beliefert.

Änderung des einblick-Abos

- ☐ Ich möchte den *einblick* in Zukunft früher erhalten. Bitte stellt/stellen Sie mein Abo auf E-Mail-Versand um.
- ☐ Ich möchte den *einblick* nicht als E-Mail, sondern wie bisher in der Printversion erhalten.
- ☐ Das *einblick*-Abo soll ganz gestrichen werden.

1204

Bitte alle Felder ausfüllen:

E-Mail

Name, Vorname

Institution/Betrieb

Straße

PLZ, Ort

ID-Nummer (siehe Adressaufkleber)

Telefon

Gewerkschaft

Funktion

zurück an:

Redaktion einblick
Wallstraße 60
10179 Berlin
Fax: 030 / 30 88 24 20

oder Antwort-Coupon
im Internet nutzen:
www.einblick.dgb.de

personalien

... **Olivier Höbel**, 47, Erster Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Braunschweig, zuvor Bezirkssekretär für Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Bezirksleitung Hannover der IG Metall, ist vom Vorstand der IG Metall zum Leiter des Bezirks Berlin – Brandenburg – Sachsen berufen worden. Er folgt **Hasso Düvel**, 59, der am 1. Juli in Vorruhestand geht.

... Das Kuratorium der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) hat auf Vorschlag des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands am 14. Juni DGB-Vorstandsmitglied **Dietmar Hexel**, 54, als Nachfolger von **Wolfgang Jäger**, 49, in den HBS-Vorstand berufen.

14TAGE

21.6. DGB-Bezirk Hessen – Thüringen, Tagung „Integrationsvereinbarung nutzen – Betriebskultur gestalten!“, Heppenheim

22.6. DGB, IG Metall, ver.di, Selbstverwalter-Tagung „Die Krankenkassen und die neuen Versorgungsformen im Gesundheitswesen“, Berlin

22.6. DGB-Bezirk Hessen – Thüringen, Tagung „Arbeitsschutz in der Zeit- und Leiharbeit“, Heppenheim

22.6. DGB-Jugend Thüringen, Kick-Off-Veranstaltung des Projektes „Come in Contract – Misch dich ein“ zur Ausbildungsplatzsituation, Erfurt

23.6. DGB-Bezirk Nord, Diskussion „Die Europäische Union

nach dem 1. Mai 2004 – Ende gut, alles gut?“, Kiel

23.6. DGB, Tagung „Arbeit innovativ – Gewerkschaften als Motor und Partner für Innovation“, Berlin

24./25.6. ver.di, Tagung „Lichtblicke – Ist Ethik regulierbar?“, Berlin

29.6. DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen, ISA-Consult, Tagung „Sozialplangestaltung und Gleichstellungspolitik – Handlungsfelder für Betriebs- und Personalräte“, Düsseldorf

1./2.7. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall, Konferenz „Erneuerung von unten – Arbeit, Politik und Gewerkschaften in der Region“, Dortmund

1./2.7. ver.di, Genderpolitische Fachtagung für Betriebs- und Personalrätinnen, Magdeburg

Tipp

Buch: Friedrich Schmidt-Bleek (Hrsg.) Der Ökologische Rucksack, Wirtschaft für eine Zukunft mit Zukunft, S. Hirzel Verlag, Stuttgart 2004, 232 Seiten, 18 Euro

Wer die ökologischen Folgen einzelner Produkte reduzieren will, muss den Material- und Energieverbrauch von der Herstellung über den Transport bis zur Entsorgung in den Blick nehmen. Mehr Wohlstand und Schonung der natürlichen Ressourcen müssen dabei nicht unbedingt im Widerspruch zueinander stehen. Das zeigt das Buch von Friedrich Schmidt-Bleek, dem Erfinder des MIPS-Konzepts (Material-Input pro Einheit).

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:**

einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen

Redaktion: Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüßon (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de

Layout: zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Aufhören heißt Untergang, und das wünschen wir Ihnen nicht.“

Aufforderung von BDI-Präsident Michael Rogowski während der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 15. Juni an Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Reformpolitik fortzusetzen.

DGB-Trendbarometer 2004

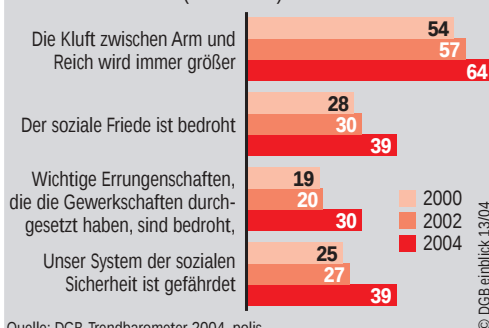
Arbeitnehmer zunehmend verunsichert

Eine wachsende Zahl von ArbeitnehmerInnen empfindet die Entwicklung von Wirtschafts- und Arbeitsmarkt als persönliche Bedrohung. Das ist das hervorstechendste Ergebnis des DGB-Trendbarometers 2004.

Im Abstand von zwei Jahren lässt der DGB Wahrnehmungen, Einstellungen und Bewertungen von ArbeitnehmerInnen zu politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen erfragen. Trotz – oder wegen – der Agenda 2010 mit zunehmend negativen Einschätzungen. Eine große Mehrheit der ArbeitnehmerInnen ist pessimistisch und stellt sich darauf ein, dass sich bei der Entwicklung der Wirtschaftslage, auf dem Arbeitsmarkt und in Sachen Ausbildungsplätze nichts Wesentliches ändern wird. Der Anteil derjenigen, die die derzeitige Wirtschaftslage und die Zukunftsaussichten positiv beurteilen, ist auf rund zehn Prozent geschrumpft.

Persönliche Bedrohung nimmt zu

Wirtschafts- und Arbeitsmarkt 2004: Einschätzung der ArbeitnehmerInnen (in Prozent)



Quelle: DGB-Trendbarometer 2004, polis

Das Gefühl einer persönlichen Bedrohung wächst, immer mehr Menschen fürchten um den sozialen Frieden. Arbeit, Ausbildung und soziale Sicherung werden als die wichtigsten Aufgaben für die nächste Zukunft angesehen.

Machten sich bei der Befragung 2002 bundesweit noch 36 Prozent der Beschäftigten Sorgen um ihren Arbeitsplatz, sind es heute bereits 43. Nur noch eine Minderheit von 44 Prozent fühlen sich einigermaßen sicher, nicht von Arbeitslosigkeit getroffen zu werden – im Osten gerade einmal 20 Prozent. Das heißt im Umkehrschluss: 80 Prozent der ArbeitnehmerInnen in den neuen Bundesländern haben Angst um ihren Arbeitsplatz.

Beinahe zwangsläufig sind die Befürchtungen für das gesellschaftliche Klima: Meinten 2002 57 Prozent, „die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer“, sind es jetzt 64 Prozent. Den „sozialen Frieden bedroht“ sehen 39 Prozent, 2002 waren es noch 30 Prozent. Und eine Gefährdung der sozialen Sicherheit – 2002: 27 Prozent – sehen heute 39 Prozent.

In einem Klima zunehmender Verunsicherung ist die überwiegende Mehrheit unzufrieden mit der Bundesregierung. Aber auch der Opposition traut nur eine Minderheit eine erfolgreichere Politik zu. So schlussfolgert polis, das vom DGB beauftragte Institut, dass die Bevölkerung zwar um die Notwendigkeit von Reformen wisse. Allerdings sei für die Menschen nicht zu erkennen, dass es dafür überzeugende Pläne gebe. „Selbst wenn sie bereit sind, sich überzeugen zu lassen, wird ihnen die Hoffnung von einer öffentlichen Debatte und Berichterstattung genommen. Ohnmächtig bleibt die Hoffnung, dass am Ende doch noch Vernunft einkehrt.“

plusminusBERLIN

+ **Karl Lauterbach,** Berater der Bundesregierung, fordert, die Konfrontation mit Lobbygruppen zu suchen. „Es gehört zu den gefährlichsten Missverständnissen, dass die Wähler der Neuen Mitte nur erreichbar seien, wenn man ihnen Entlastungen verspricht. Was sie verlangen, ist eine Vision von sozialer Gerechtigkeit.“

– **Der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck,** hat die Gewerkschaften für ihre Kritik am Arbeitslosengeld II gescholten. Er verstehe sie „in Form und Pauschalität“ nicht. Die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln seien von der CDU durchgesetzt, er verstehe nicht, dass die Gewerkschaften Rot-Grün verantwortlich machen.

inhalt

Seite 3

Globalisierung macht erpressbar

Die 40-Stunden-Woche bei Siemens – Signal für längere Arbeitszeiten?

Seite 5

Familienpolitik ist Standortpolitik

Der DGB macht mit Pilotprojekten Politik für die Familie

Seite 7

Der Schmusekurs ist vorbei

Für das europäische Sozialmodell müssen die Gewerkschaften ihre Konfliktfähigkeit stärken



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.tarifarchiv.de
Daten und Fakten zum Streit um die Arbeitszeit



Jürgen Prott
Kolleginnen

Verwaltungsangestellte in Gewerkschaftsbüros
(Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung)
2004 - 223 Seiten - € 24,80
ISBN 3-89691-566-5

Allen Fortschritten in der Gleichberechtigung zum Trotz treten sie öffentlich kaum in Erscheinung: Kolleginnen. Warum bleiben in Gewerkschaften arbeitende Frauen weitestgehend unsichtbar, in Funktionen im Hintergrund? Die berufssoziologische Studie geht auf der Grundlage von 80 Intensivinterviews mit Verwaltungsangestellten zweier Gewerkschaften (IG BCE, ver.di) den Lebenserfahrungen, Arbeitsbedingungen und beruflichen Ansprüchen dieses Personenkreises an der Nahtstelle zwischen Mitgliederbetreuung und vertrauensbasierter Zusammenarbeit nach.



Jürgen Prott
Öffentlichkeit und Gewerkschaften

Theoretische Ansätze und empirische Erkenntnisse
(Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung)
2004 - 253 Seiten - € 24,80
ISBN 3-89691-558-4

www.dampfboot-verlag.de



Journalisten-Verband

Rauswurf nach Wahlen

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hat nach den Auseinandersetzungen um die Vorstandswahlen in Berlin und Brandenburg die beiden Landesverbände ausgeschlossen. Die Journalisten-Gewerkschaft, die nicht Mitglied im DGB ist, hatte zuvor die gerade neu gewählten Vorstände der beiden Landesverbände zum Rücktritt aufgefordert. Hintergrund dafür waren womöglich satzungswidrige Mitgliederbewegungen unmittelbar vor den Wahlen. So sei eine Gruppe von über vierzig Mitgliedern, die kurz vor den Wahlen in Brandenburg der Gewerkschaft beigetreten waren, unmittelbar danach – wiederum kurz vor den Vorstandswahlen – in den Landesverband Berlin übergetreten. Der DJV-Bundesvorstand hatte zunächst versucht, die Konflikte durch Gespräche zu lösen. Neben dem Verdacht der Wahlmanipulation haben verbandsinterne Kritiker dem stellvertretenden Vorsitzenden des DJV-Brandenburg, Torsten Witt, eine „rechtsradikale Vergangenheit“ und Kontakte zum NPD-Anwalt

Stopp der CBL-Praxis

Kämmerer überfordert

Den Kommunen drohen nach Meinung der Gewerkschaft ver.di erhebliche finanzielle Risiken, weil Ende Juni nach dem Senat auch das amerikanische Repräsentantenhaus das so genannte Cross-Border-Leasing (CBL) für illegal erklärt hat. Geht es nach dem Willen des Repräsentantenhauses, sollen auch Verlustzuweisungen für CBL-Verträge entfallen, die vor März 2004 geschlossen wurden. Amerikanische Investoren, die von deutschen Städten Messehallen, U-Bahnen und Kläranlagen übernommen haben, um sie anschließend unter Verlust an die

Städte zurückzuvermieten, könnten Schadensersatz verlangen, fürchtet Thomas Herbing, zuständiger Referent im ver.di-Fachbereich Gemeinden. „Kein Kämmerer kennt die Verträge im Detail“, so Herbing. Auch die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung als Ersatz für das Cross-Border-Leasing in die Diskussion gebrachten Private-Finance-Initiativen bewertet ver.di als sehr kritisch. Welche Risiken von dem neuen Finanzierungsinstrument ausgehen, bei dem die notorisch klammen Kommunen Aufgaben auf Zeit an private Dienstleister übertragen, lasse sich kaum kalkulieren. •

Dienstleistungsrichtlinie

Sozialstandards gefährdet

Der DGB lehnt den Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer Dienstleistungsrichtlinie ab. In dem Mitte Januar veröffentlichten Entwurf hatte Brüssel das Herkunftslandprinzip als Hauptinstrument eingeführt. Gesetzliche Hemmnisse sollten beseitigt, auf Maßnahmen zur Harmonisierung solle verzichtet werden. Demnach sind Dienstleistungsunternehmen nur den Gesetzen des jeweiligen Herkunftslandes verpflichtet. Das soll dem Willen der Kommission folgend auch für Kontrollen gelten. Ein portugiesisches Unternehmen in Deutschland etwa könnte nur von Portugal aus kontrolliert werden. Mehr noch: Deutschen Behörden wäre die Kontrolle untersagt.

Der DGB kritisiert, dass der Kommissionsentwurf den sozialen und umweltpolitischen Zielen der EU widerspricht. Die Richtlinie greife destruktiv in bereits getroffene Vereinbarungen der EU-Sozialgesetzgebung ein. Nach Ansicht des DGB muss das Herkunftslandprinzip zumindest an die Vereinbarung gemeinsamer Grundsätze geknüpft werden. Geschieht das nicht, verabschiede sich die EU vom Ziel gemeinsamer sozialer Standards. •

Siemens löst neue Standortdebatte aus

Globalisierung macht erpressbar

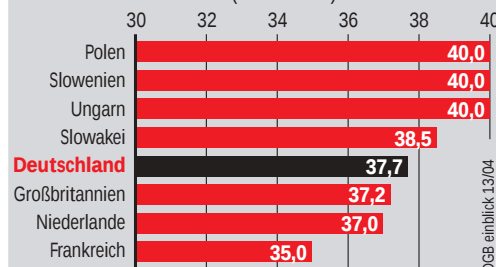
Der Fall Siemens ist zusammengeschrumpft auf ein Stichwort: „Rückkehr zur 40-Stunden-Woche“. Denn Faktenkenntnis stört nur, wenn die mediale Keule gegen die IG Metall geschwungen werden soll: „Die 35-Stunden-Woche, die ‚Heilige Kuh‘ der Gewerkschaften, ist faktisch schon geschlachtet“, behauptet die Deutsche Presse-Agentur (dpa).

Vereinfachungen, Verwechslungen der tarifpolitischen Hintergründe und Falschmeldungen beherrschen die Debatte. Zum Beispiel die

schluss „könnte der Anfang vom Ende des Flächentarifvertrags sein“. Dabei beruht er auf einem Flächentarifvertrag, nämlich dem Metall-

Deutschland im Mittelfeld

Durchschnittlich tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit 2003 (in Stunden)



Eine generelle Verlängerung der Arbeitszeiten in Deutschland hätte laut WSI-Tarifarchiv „beschäftigungspolitisch höchst problematische Konsequenzen“.

der Welt, wonach bereits 100 Unternehmen mit der IG Metall über eine 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich verhandeln. „Das stimmt nicht“, dementiert IG Metall-Sprecherin Ingrid Gier. „Fakt ist, dass eine Handvoll Anträge vorliegt.“ Der Spiegel spekuliert, der Siemens-Ab-

schluss „könnte der Anfang vom Ende des Flächentarifvertrags sein“. Dabei beruht er auf einem Flächentarifvertrag, nämlich dem Metalltarifabschluss vom 16. Februar, der in Paragraph 2 abweichende Regelungen zulässt, „um Beschäftigung zu sichern und zu fördern“.

Eine ganz andere Grundlage für Abweichungen bietet Paragraph 6 des Tarifvertrags zur Beschäftigungssicherung von 1994. Danach können „in

besonders gravierenden Fällen, z.B. zur Abwendung einer Insolvenz“ Sonderregelungen vereinbart werden.

Der entscheidende Unterschied ist, dass die IG Metall bei Abweichungen nach Paragraph 2 als Gegenleistung nicht nur Beschäftigungsgarantien fordert, sondern

auch Investitionen in die Zukunft des Unternehmens. Sie hat damit eine längst vergessene Juso-Forderung – nämlich die nach Investitionslenkung – realisiert. Dieser Punkt war denn auch der schwierigste in den Verhandlungen mit Siemens. Er allein dürfte verhindern, dass der „Einzelfall“ Siemens (IG Metall-Chef Jürgen Peters) zum „Generalfall“ wird.

Dass Siemens zum „Eisbrecher“ (CDU-Chefin Angela Merkel) und die Rahmenvereinbarung für die 105 Siemens-Standorte zum „Signal für längere Arbeitszeiten“ (Berliner Zeitung) hochstilisiert wird, passt selbst Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser nicht: „Es kommt jetzt nicht darauf an, flächendeckend etwas zu schaffen, was viele gar nicht brauchen.“

Siemens ist der erste spekulative Praxistest der im Februar vereinbarten Tariföffnungsklausel – und etwas mehr. IG Metall-Vize Berthold Huber sagt, man könne nicht die Augen schließen vor der Gefahr, dass jetzt auch andere Arbeitgeber die 40-Stunden-Woche herbeizwingen wollten. Die IG Metall werde aber „schon aus Selbstachtung“ an der 35-Stunden-Woche festhalten. •

Sechs Wochen umsonst arbeiten

Der Siemens-Ergänzungstarifvertrag, den die IG Metall NRW am 24. Juni für Bocholt und Kamp-Lintfort abgeschlossen hat, verlangt den 4500 Beschäftigten viel ab:

■ **Das Weihnachts- und Urlaubsgeld (125 Prozent eines Monatslohns) wird durch eine erfolgsabhängige Gewinnbeteiligung ersetzt: Bei Zielerreichung beträgt sie 45 Prozent eines Monatslohns.**

■ **Der Prämienlohn wird auf Zeitlohn umgestellt, was Einbußen von 12 Prozent ausmacht.**

■ **Die Spätschichtzulage wird von 15 auf 8 Prozent gekürzt.**

Alles in allem verzichten die Beschäftigten auf 15 bis 20 Prozent ihres Jahreseinkommens. Franz Tölle, IT-Koordinator der IG Metall, drückt es so aus: „Sie arbeiten anderthalb Monate umsonst.“

Die Erhöhung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 1760 Stunden im Jahr – das entspricht einer 40-Stunden-Woche – ist dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Die Opfer der Siemensianer reduzieren den Kostenvorteil von 215

Millionen Euro, den eine Produktionsverlagerung nach Ungarn in den nächsten fünf Jahren gebracht hätte, erheblich. Dennoch bleibt eine Differenz von 50 bis 75 Millionen Euro. Auf diesen Vorteil verzichtet Siemens.

Zudem – und dieser Punkt war für die IG Metall entscheidend – hat sich das Unternehmen zu Investitionen verpflichtet. Bereits 2004/2005 sollen 30 Millionen Euro fließen – in die Forschung und Entwicklung von Produkten der dritten Mobilfunkgeneration (UMTS).

Lösung gesucht

Die Vernichtung von 2000 Arbeitsplätzen hinnehmen oder drastische Einkommensverluste akzeptieren – die IG Metall hatte nicht wirklich eine Wahl. Am 1. Juli wären bei Siemens in Bocholt und Kamp-Lintfort die ersten Maschinen demontiert und nach Ungarn transportiert worden.

Die IG Metall ist ein Stück weit erpressbar. Sie müsse sich deshalb „anders aufstellen“, fordert der Bochumer Bevollmächtigte Ludger Hinse. Sein Vorschlag: europaweit geltende Branchentarifverträge abschließen. Diese Idee sei aber bislang nicht aufgegriffen worden, weil die nationalen Gewerkschaftsvorstände keine Tarifkompetenzen abgeben wollten.

IG Metall-Vize Berthold Huber nennt einen anderen Grund: Es gebe für solche Tarifverträge „keine gemeinsame Ausgangsbasis“, zum Beispiel sei die Produktivität in West- und Osteuropa zu verschieden. Auch WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck hält europäische Tarifverhandlungen für eine „Illusion“. Die osteuropäischen Gewerkschaften sollten aber unbedingt in die europaweite Koordinierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik einbezogen werden.

Vorrangig fordert die IG Metall eine politische Lösung: In der EU müssten Mindeststeuersätze und Mindestsozialstandards gelten.

www.igmetall.de/siemens

ver.di-Qualitätsmanagement

Potenziale erschließen

Kaum etwas ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte – das gilt auch für die Gewerkschaftsarbeit. Der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg hat zwei Jahre lang erprobt, wie sich die Arbeit optimieren lässt. Zentrales Ergebnis des Projektes „Qualitätsmanagement in ver.di“ ist eine Arbeitshilfe zur Qualitätssteigerung der Gewerkschaftsarbeit. Die als

pdf-Datei erhältliche Publikation stellt etliche Beispiele aus Betriebsgruppen, Bezirken, der Rechtsschutzabteilung sowie anderen Gewerkschaftsbereichen vor, in denen die Arbeitsqualität erhöht wurde, zum Beispiel durch eine bessere Erreichbarkeit und durch gezielte interne Abstimmungsprozesse. •

www.verdi.de/projekte/qualitaetsmanagement

DGB-Jugendcamp

Politische Freizeit

Zu einem Jugendcamp lädt die DGB-Jugend Thüringen vom 15. bis 18. Juli auf das Rittergut Lützen-sömmern ein. Auf dem Programm stehen neben Diskussionen über Politik und Gewerkschaften eine Exkursion zur KZ-Gedenkstätte Mittelbau Dora in Nordhessen und eine Schreibwerkstatt. •

Anmeldungen: 0361/59 61 460
jugend@dgb-thueringen.de

Böckler-Broschüre

Alternative Versicherung

Freiberufliche KünstlerInnen oder JournalistInnen haben es gut: Sie können sich seit 1983 über die Künstlersozialkasse kranken-, renten- und pflegeversichern. Für das Gros sozialversicherungspflichtiger Selbstständiger existiert ein vergleichbares System nicht. Die Sozialwissenschaftlerin Anna Frankus und der Wirtschaftswissenschaftler Uwe Fachinger haben jetzt ein alternatives Konzept der Alters-, Kranken- und Pflegeversorgung für diese Gruppe entwickelt. Ausgangspunkt ihrer Untersuchung war die Situation von Honorarlehrkräften, die oftmals trotz Versicherungspflicht finanziell gar nicht in der Lage sind,

neben der Krankenversicherung auch Zahlungen in die Rentenkasse zu leisten. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie gibt es unter dem Titel „Selbstständige im sozialen Abseits“ für 13 Euro in der Edition der Hans-Böckler-Stiftung. •

Bestellnr. 13113
mail@setzkasten.de

Sachverständigenrat

Ende einer Dienstzeit

Fünf Jahre lang, vom 1. März 1999 bis zum 29. Februar 2004, war Prof. Dr. Jürgen Kromphardt Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der DGB hatte den Ökonomen seinerzeit für das Gremium vorgeschlagen und dankte ihm zum Ende seiner Dienst-

„Das neue Europa“ ist noch nicht in allerbesten Verfassung. Das Papier, das die Staats- und Regierungschefs am 18. Juni beschlossen haben, lasse zu wünschen übrig, kritisiert John Monks, der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), im Interview mit **einblick-MAGAZIN zwölf**: „Vorschläge zur Stärkung der Rolle der EU wurden abgeschwächt, die nationalen Regierungen haben sich in vielen Fragen ein Vetorecht gesichert.“ Der DGB-



Vorsitzende Michael Sommer schlägt in dieselbe Kerbe; er führt die erschreckend niedrige Beteiligung an der Europawahl auf das Brüsseler Demokratiedefizit zurück – und fordert, dass das EU-Parlament den EU-Kommissionspräsidenten wählt. Dass die neue EU ist noch nicht das Europa der Bürger ist, bedauern auch Piotr Kupczyk und Magdalena Mazik aus Polen und die Lettin Iventa Flesnere.

Das **einblickMAGAZIN** „Das neue Europa“ schielt nicht nur auf die „große Politik“. Wir haben einem Europaabgeordneten in Brüssel über

die Schulter geschaut, einen ehemals illegal in Deutschland lebenden Inder besucht, mit deutsch-polnischen Grenzgängern gesprochen und das Thema Job-Verlagerung nach Osteuropa unter die Lupe genommen. Im Serviceteil leuchtet das Europa-ABC den Info-Dschungel: Was Sie schon immer über die EU wissen wollten – wir erklären es. Von „Acquis Communautaire“ über „Lissabon-Strategie“ bis „Zoll“. Im Bericht über den Nordosten Polens verraten wir, wo genau der letzte Urwald Europas liegt. Und weil so viel Europa des Guten zu viel sein kann, lautet das „Schlusslicht“-Plädoyer: „Rettet das Ausland!“

Kostenlose Einzel Exemplare sind ab sofort in allen DGB-Büros erhältlich. Größere Stückzahlen können bei der einblick-Redaktion bestellt werden: Tel. 030/30 88 240, Fax 030/30 88 24 20, redaktion@einblick.info

zeit im März mit einer wissenschaftlichen Veranstaltung in Berlin. Die dort gehaltenen Referate der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Jürgen Krupp und Werner Meißner, von DGB-Bundesvorstandsmitglied Heinz Putzhammer sowie die Stellungnahmen von Kromphardt, die er als Minderheitsmeinung in die Jahresgutachten

des Sachverständigenrates eingebracht hat, sind jetzt unter dem Titel „Zur Rolle und Verantwortung der Wirtschaftswissenschaft in der Politikberatung“ in der Schriftenreihe *Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik* des DGB veröffentlicht worden. •

030/240 60 727
carina.ortmann@bvv.dgb.de

interregio

... Der **DGB Hamburg** hat gemeinsam mit „Arbeit und Leben“ der Hansestadt das **Beratungsprojekt „handicap“** gestartet. Ein vierköpfiges Team soll Betriebs- und Personalräte über die Möglichkeiten zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen für ArbeitnehmerInnen mit Behinderung informieren. Im Vordergrund stehen dabei die Mitbestimmungsmöglichkeiten des 2001 in Kraft getretenen Sozialge-

setzbuches IX („Teilhabe und Rehabilitation behinderter Menschen“). Infos: Tel. 040/28 40 16 50
handicap@hamburg.arbeitundleben.de

... Der **DGB Niedersachsen** unterstützt die von mehreren Stadt-elternräten gestartete **Volksinitiative** zum Erhalt der Lernmittelfreiheit. Die Initiative will die vom niedersächsischen Landtag Ende 2003

beschlossene Einführung eines Leihsystems für Schulbücher kippen, bei denen die Eltern für die Anschaffungskosten aufkommen müssen. Bis Juni 2005 sind 70 000 Unterschriften erforderlich, damit sich der Landtag mit dem Anliegen der Volksinitiative befassen muss. Unterschriftenlisten stehen zum Download auf der Homepage der Initiative bereit. www.ol.ni.schule.de/stadtalternrat-OL/volksini

Familienpolitik ist Standortpolitik

Der DGB-Bundesvorstand hat eine Projektgruppe eingerichtet, deren vorrangiges Ziel es ist, die gewerkschaftliche Präsenz im Projekt „Allianz für die Familie“ der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, zu verstärken.

Die Initiative des DGB-Bundesvorstandes zielt darauf ab, drei Musterregionen zu schaffen, in denen der DGB treibende Kraft bei der Gründung „Lokaler Bündnisse für Familien“ ist. Dazu haben sich Anfang Juni drei ausgewählte DGB-Regionen im norddeutschen Leer getroffen. In einem gemeinsamen Workshop wurden die inhaltlichen Schwerpunkte und Vorgehensweisen abgestimmt. Von den Erfolgen und Erfahrungen sollen künftig weitere Regionen profitieren.

Einig sind sich die Beauftragten in den beteiligten Regionen Trier, Heilbronn und Zwickau in ihrem Eintreten für eine Familienpolitik, die in alle Bereiche des Lebens hinein wirkt: Eine höhere Geburtenrate, frühestmögliche Förderung, qualifizierte Bildung und Erziehung sowie eine höhere Frauenerwerbsquote sollen im Zentrum des Bemühens der drei Musterregionen stehen.

Aktuelle Studien und Gutachten belegen schon heute die positiven Auswirkungen familienfreundlicher Maßnahmen. Familien, Kommunen und Unternehmen – die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt – pro-

fitieren von einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik.

Ganz vorne auf der Wunschliste bei den Betroffenen steht dabei die familienfreundliche Arbeitszeit. Die Beschäftigung liegt damit denn auch nicht ganz von ungefähr im Fokus der drei Pilotregionen. In

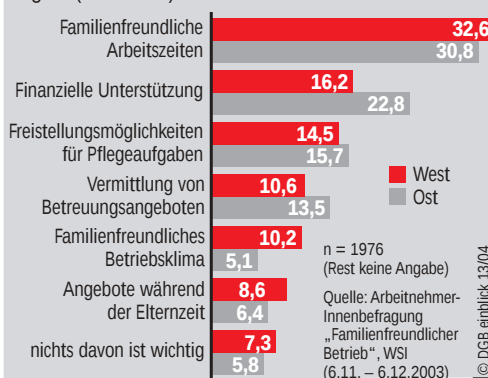
pe geht es um die Realisierung familienfreundlicher Arbeitszeiten.

In Zwickau will der DGB stärker in die Betriebe hineingehen: Bei VW Mosel möchte man eine stärkere Sensibilisierung der Betriebsräte zum Thema familienfreundlicher Betrieb erreichen.

Zu einem ganz ungewöhnlichen Projekt haben sich Betriebsräte in Trier zusammengefunden. Im Indus-

Nachholbedarf

Bereiche mit dem größten Handlungsbedarf nach Region (in Prozent)



Neueste Studien zeigen, dass familienfreundliche Maßnahmen in Betrieben auf Platz eins der Wunschliste der Beschäftigten stehen. Sie lenken den Blick der Gesellschaft auf die Anforderungen einer zeitgemäßen Familienpolitik – in Ost und West.

Heilbronn ist der DGB in zwei Arbeitskreisen aktiv. Im Arbeitskreis Familienservice-Einrichtungen wird zurzeit erforscht, wie Unternehmen beim Auf- und Ausbau familienfreundlicher Servicemaßnahmen helfen. In der zweiten Arbeitsgrup-

piegebiet Monaise mit kleinen und mittleren Unternehmen wollen sie eine überbetriebliche Kindertagesstätte durchsetzen. Unterstützung kommt von der Stadtverwaltung, der Agentur für Arbeit und den örtlichen Unternehmen. •

?...nachgefragt



Die DGB-Regionsvorsitzende **Sabine Zimmermann, 43**, engagiert sich in Vogtland-Zwickau für ein DGB-initiiertes „Lokales Bündnis für Familie“. **einblick** hat sie gefragt, worin der besondere Bedarf besteht.

„Im Zwickauer Land hat ein lokales Bündnis zum Wohle von Familien schon erfolgreich in die Kommunalpolitik eingreifen können. Wir konnten die Kinderbetreuungszeiten für Arbeitslose auf dem früheren Niveau erhalten. Nach einer

Richtlinie des Landkreises vom Jahresanfang sollten Kinder von Arbeitslosen nur noch Anspruch auf vier-einhalb Stunden Kitabetreuung haben. Wie sollen sich Arbeitslose dann um einen neuen Arbeitsplatz kümmern? Der DGB hat sich dem Frauenbündnis angeschlossen, gemeinsam haben wir erfolgreich gekämpft. In diesem Zusammenhang wurde aber auch deutlich, dass so etwas nicht allein im Verantwortungsbereich von Frauen und deren Netzwerken liegt. Erst durch die Zusammenarbeit derer, die ein Problembewusstsein für die Engpässe von Familien mitbrachten, konnten wir erfolgreich sein.“

Ausgezeichnet

Familiengerechte Personalpolitik gewinnt zunehmend an Bedeutung: Mit Zertifikaten zum Audit Beruf und Familie hat die Gemeinnützige Hertie-Stiftung insgesamt 34 Unternehmen und Institutionen ausgezeichnet. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, und die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, überreichten die Auszeichnungen für das Engagement zur Verbesserung familiengerechter Arbeitsbedingungen im Namen der Hertie-Stiftung.

Schmidt und Clement tragen seit Anfang des Jahres gemeinsam die Schirmherrschaft. Mit dem Audit Beruf und Familie wurde ein strategisches Managementinstrument geschaffen, mit dessen Hilfe die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert und in den Betrieben verankert werden soll. Beim Audit werden bereits umgesetzte familiengerechte Maßnahmen begutachtet sowie Potenziale aufgezeigt und Zielvereinbarungen getroffen.

Seit 1999 haben rund 90 Unternehmen und Institutionen mit über 250 000 Beschäftigten das Audit durchlaufen. Dabei wurden über 140 Ideen familienfreundlicher Maßnahmen zusammengetragen.

kurz&bündig

DGB

Auch mehrere Monate nach der Einführung verschärfter Regeln für Arbeitslose kennen viele Betroffene noch immer nicht ihre neuen Pflichten und verlieren dadurch ihr Recht auf Unterstützung. Die DGB-Broschüre „Agentur für Arbeit: Neuer Name – Neue Regeln“ schafft Abhilfe. Einzelexemplare sind kostenlos.
buhs@toennes-gruppe.de

ver.di

Das Landesarbeitsgericht Mainz hat der mit ver.di konkurrierenden Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) den Status als Tarifpartner am Flughafen Frankfurt-Hahn abgesprochen. Die Richter entsprachen damit einem Eilantrag der Arbeitgeber, die bereits mit ver.di einen Haustarifvertrag abgeschlossen hatten.

GEW

Die GEW hat gefordert, die Zahl der ausländischen Sonderschüler bis 2010 zu halbieren. Ausländische Kinder würden doppelt so häufig zu Sonderschulen geschickt wie deutsche SchülerInnen. Meist seien fehlende Deutschkenntnisse der Grund für die Lernschwäche und nicht eine tatsächliche Lernbehinderung.



Die GdP fordert beim Abhören von Wohnungen mehr Rechte für die Polizei. Der Gesetzentwurf von Justizminister Otto Schily folge „sklavisch den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts“, das die Möglichkeiten für den so genannten großen Lauschangriff eingeschränkt hat.

Betriebsräteinitiative

Globalisierung ist keine Erfindung

In ihrer grundsätzlichen Kritik an der Agenda 2010 sind sich die Gewerkschaften einig. „Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten sind der falsche Weg“, heißt es in einem Anfang Juni von der IG Metall initiierten Arbeitnehmerbegehren, für das auch ver.di, IG BAU, IG BCE, GEW und NGG – zum Teil in modifizierter Form – Unterschriften sammeln. In der Frage, wie weit sie in ihrer Kritik an der Politik der rot-grünen Bundesregierung gehen sollen, verfolgen die Gewerkschaften hingegen unterschiedliche Strategien.

„Globalisierung ist keine Erfindung von Wirtschaftswissenschaftlern, sondern ein Prozess, der real stattfindet“, heißt es in einem Ende Juni von Betriebsräten aus dem

Organisationsbereich von IG BCE, TRANSNET und NGG entwickelten Aufruf. Unter dem Slogan „Macht Politik sozial gerecht!“ erklären die Betriebsräte der drei Gewerkschaften, „Deutschland braucht Erneuerung“. Zu einer Reformpolitik, die die soziale Balance behält, gebe es „keine Alternative“. Zugleich fordern die Betriebsräte, dass der Sozialstaat weiterentwickelt wird: „Wenn mehr Flexibilität und Risikobereitschaft erforderlich sind, muss es auch einen Sozialstaat geben, der die Menschen schützt.“

Trotz der unterschiedlichen Bewertung der Reformpolitik der Bundesregierung sei der Aufruf nicht gegen das von der IG Metall initiierte Arbeitnehmerbegehren gerichtet, betont Ralf Blauth, Vorsitzender

des Konzernbetriebsrates der Degussa AG und einer der Initiatoren. Die Betriebsräte wollten aber das Bild der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit korrigieren. „Wir werden zu stark als Mahner wahrgenommen. Dem wollen wir unsere Erfahrungen bei der Gestaltung des industriellen Wandels in den Betrieben gegenüberstellen“, betont der Degussa-Betriebsratsvorsitzende. Im Übrigen sei die Initiative für Betriebsräte aus anderen Gewerkschaften offen. Blauth ist auch Sprecher der Betriebsräteinitiative zum Erhalt der Tarifautonomie. „Wir waren nur deshalb erfolgreich, weil wir einig aufgetreten sind“, so Blauth. •

www.einblick.dgb.de
Macht Politik sozialgerecht!
Aufruf der Betriebsräteinitiative von IG BCE, TRANSNET und NGG

Fragen an ...

Nach nur einer Spielzeit haben sich die Ruhrfestspiele Ende Juni von ihrem Festspielleiter Frank Castorf getrennt. Unter Castorf, hauptberuflich Intendant der Berliner Volksbühne, waren die Zuschauerzahlen in Recklinghausen dramatisch eingebrochen, von 50 000 auf 22 000. Hat



das von den Gewerkschaften mitgegründete Theaterfestival noch eine Zukunft, hat einblick DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock, 56, gefragt.

- Mit der Trennung von Frank Castorf hat der Aufsichtsrat die Notbremse gezogen. Ist das das Ende der Ruhrfestspiele?
- Im Gegenteil. Wir wollen die Voraussetzung schaffen, dass die Ruhrfestspiele wieder Boden unter die Füße bekommen. Dazu muss die Akzeptanz erhöht werden, damit die Zuschauerzahlen wieder steigen.
- Die Gesellschafter der Ruhrfestspiele, DGB und die Stadt Recklinghausen, werfen Castorf vor, in Recklinghausen ein Nischenprogramm aufgeführt zu haben, das ausschließlich auf ein junges Publikum zielt. Wussten sie nicht, wen sie verpflichtet haben?
- Wir wussten natürlich, was Castorf hier in Berlin macht. Deshalb haben wir ihn frühzeitig gebeten,

ein Programm zu entwickeln, das nicht nur ein junges, intellektuelles Publikum anspricht, sondern auch die bisherigen Zuschauer mitnimmt. Das ist leider nicht gelungen. Viele traditionelle Festspielgänger fühlen sich verprellt. Sie wurden als kleinbürgerlich und miefig abgestempelt.

- Durch den massiven Zuschauerrückgang sinkt der künstlerische Etat der Ruhrfestspiele für das kommende Jahr von 2,1 auf eine Million. Ist damit noch ein anspruchsvolles Programm zu finanzieren?
- Das ist eine echte Herausforderung. Mit einem geringeren Etat kann man auch nur weniger Veranstaltungen anbieten. Trotzdem wollen wir versuchen, zusammen mit Jürgen Flimm, dem neuen Intendanten der Ruhrtriennale, ein spannendes Programm zu entwickeln.
- Es gab auch erhebliche Reibungsverluste zwischen den Ruhrfestspielen und der Ruhrtriennale. Muss die Konstruktion, nach der die Ruhrfestspiele Teil der Ruhrtriennale sind, verändert werden?
- Das Verhältnis muss neu justiert werden. Beide Festspiele müssen zeitlich entzerrt werden. Und wir müssen analysieren, was der bestehende Kooperationsvertrag mit der Ruhrtriennale den Ruhrfestspielen gebracht hat.

Gestaltung des europäischen Sozialmodells

Der Schmusekurs ist vorbei

Die Erfolge konservativer Parteien bei den nationalen und der Europawahl haben zu einer Machtverschiebung in der EU geführt. Um ihre Einflussmöglichkeiten in der EU nicht zu verlieren, müssen die Gewerkschaften ihre europäische Handlungs- und Konfliktfähigkeit stärken, meint Reiner Hoffmann.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist es keineswegs ausgemacht, ob es gelingt, das europäische Gesellschaftsmodell für den globalen Wettbewerb zukunftsfähig zu machen. Im Gegenteil, die aktuelle Situation gibt wenig



Foto: Horst Wagner

Anlass zu Optimismus. Die politische Landkarte in Europa hat sich in den letzten vier Jahren **deutlich in Richtung Mitte-Rechts verschoben**. Dies wird spürbare Auswirkungen auf die neue Zusammensetzung der EU-Kommission haben. Dort drohen wirtschaftsliberale Positionen und orthodox-marktwirtschaftliche Dogmen die Oberhand zu gewinnen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben gezeigt, dass es nicht gelungen ist, die Bedeutung Europas für den Alltag der Menschen positiv deutlich zu machen. Vor allem ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose sind nicht an die Urnen gegangen, trotz der Wahlaufrufe der Gewerkschaften. Dies zeigt, dass sich die Gewerkschaften schwer damit tun, deutlich zu machen, dass Europa nicht nur Risiken beinhaltet, sondern auch Chancen bietet.

Politische **Instrumente zur Gestaltung der Zukunft Europas stehen durchaus zur Verfügung**, sie müssen aber intensiver als bisher genutzt werden. Der Europäische Verfassungsvertrag – sofern er die Ratifizierung in den Mitgliedsstaaten überlebt – gibt den Gewerkschaften zusätzliche Handlungsmöglichkeiten. Die rechtsverbindliche Integration der Grundrechtecharta, die transnationale Streiks anerkennt, und die Verankerung des sozialen Dialogs gehören dazu. Daher kann es für die Gewerkschaften trotz berechtigter Kritik im Detail keinen Zweifel daran geben, diese Verfassung zu unterstützen. Sie als neo-liberal abzutun, wäre falsch.

Der europäische Regulierungsrahmen und die zukünftige Verfassung bieten Möglichkeiten, die um zehn Mitgliedsstaaten erweiterte Union zu gestalten. Dabei werden allerdings die Widersprüche und potenziellen Konflikte zunehmen. **Mit der Erweiterung der EU haben die sozialen Disparitäten zugenommen**. Und die Massenarbeits-

losigkeit bietet offensichtlich einen gesunden Nährboden für marktradikale Heilmittel, wonach die Wettbewerbsfähigkeit und die Maximierung der Gewinne alles und das europäische Sozialmodell nichts bedeuten. Es ist deshalb keineswegs sicher, dass wir einen Absenkungswettbewerb mit Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und Niedrigsteuern verhindern können.

Reiner Hoffmann, 49, ist stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

In wenigen Wochen wird die Debatte über die neue Sozialpolitische Agenda 2006 – 2010 der EU eröffnet. **Eine Chance, die die Gewerkschaften nicht ungenutzt lassen dürfen**. Welche Vorstellungen bringen wir in die Debatte über

die Erneuerung der Sozialpolitik in Europa ein? Welche Vorstellungen entwickeln wir von einem Sozialstaat, der supranationale Konturen aufweist? Aus nationalen Erfahrungen wissen wir, dass sich der Sozialstaat nicht frei von Konflikten entwickelt, sondern Konflikte im Gegenteil geradezu eine Existenzbedingung für ihn sind. Aber wie können wir **unsere europäische Konfliktfähigkeit entwickeln und behaupten**, damit die von der irischen Präsidentschaft in die Diskussion gebrachte „Partnerschaft für den Wandel“ mit Leben erfüllt wird? Eine solche Partnerschaft setzt den Gestaltungswillen und die Konfliktbereitschaft der Gewerkschaften voraus. Voreilige Bündnisse mit Teilen der sozialen Bewegungen, die in der EU vor allem ein Herrschaftsinstrument der Unternehmen sehen, werden uns dabei nicht weiterhelfen. Notwendig ist stattdessen eine Auseinandersetzung darüber, wie wir den sozialen Dialog auf europäischer Ebene stärken können. Dazu gehört **eine offene Bilanzierung und die Identifizierung bisheriger Defizite**. So kann es beispielsweise keine europäischen Verhandlungen mit den Arbeitgebern mehr geben, wenn es uns nicht zugleich gelingt, diese mit nationalen Verhandlungen zu verzahnen. Wie können wir unsere Tarifpolitik zukünftig effektiver koordinieren oder auch europäisch synchronisieren, um unsere Konfliktfähigkeit zu stärken? Und wie halten wir es mit den Europäischen Betriebsräten?

Unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen ist es keine Selbstverständlichkeit, dass wir auf die europäischen Institutionen bauen können, um das europäische Sozialmodell abzusichern. Nur wenn wir unsere europäische Handlungs- und Konfliktfähigkeit stärken, werden wir die ArbeitnehmerInnen für das Projekt Europa gewinnen. •

Neuer Schwung durch Verfassung

Die von der EU-Regierungskonferenz Ende Juni verabschiedete Europäische Verfassung wird von den Gewerkschaften positiv bewertet. Sie ist „ein großer Schritt vorwärts für Europa“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, „auch wenn die Beschlüsse der EU-Regierungschefs hinter den ehrgeizigeren Zielen des Konventes zurückgeblieben sind“.

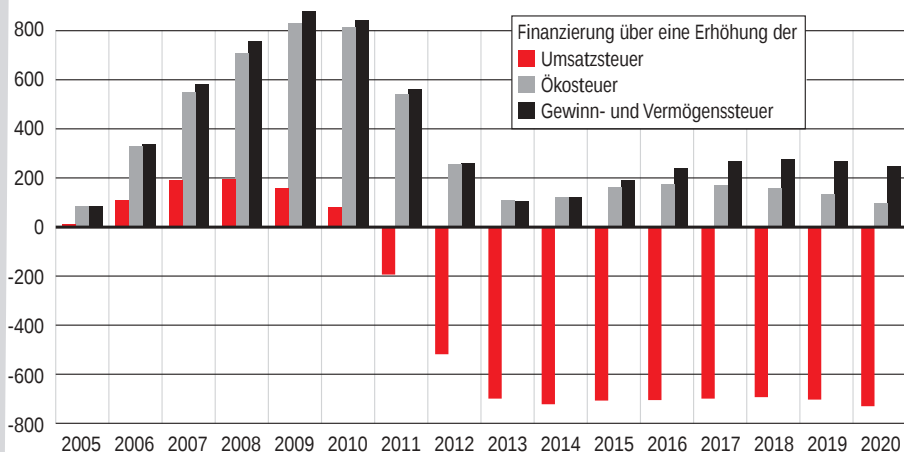
Der DGB begrüßt insbesondere, dass die europäische Grundrechtecharta rechtsverbindlich in die Verfassung aufgenommen worden ist. Positiv sei auch die Festbeschreibung der Geschlechtergleichheit, die Stärkung der Sozialpartner sowie die Integration einer Sozialklausel in den Verfassungstext. Im Vergleich zum Vertrag von Nizza sei die neue EU-Verfassung eindeutig eine Verbesserung, auch wenn noch mehr hätte erreicht werden können.

Ob die Verfassung von den Bürgern akzeptiert wird, werde sich bei den Ratifizierungsverfahren in den verschiedenen EU-Staaten noch zeigen müssen. Für den DGB ist die Verabschiedung der europäischen Verfassung „nicht das Ende, sondern der Beginn eines Prozesses. Jetzt gilt es, weiter am sozialen Europa zu arbeiten und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern und auszubauen.“

SOZIALVERSICHERUNG: Steuerfinanzierung bringt kaum Arbeitsplätze

Über die Sozialversicherungssysteme werden pro Jahr über 50 Milliarden Euro an Leistungen finanziert, für die keine Beiträge entrichtet wurden. Würden die versicherungsfremden Leistungen über Steuern finanziert, würden kurzfristig bis zu 800 000 Arbeitsplätze entstehen. Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) ermittelt. Mittelfristig läge der Vorteil aber nur bei rund 200 000 Arbeitsplätzen. Werden die Mittel über eine höhere Umsatzsteuer aufgebracht, ist der Arbeitsplatz-effekt langfristig sogar negativ.

Zuwachs an Arbeitsplätzen durch die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen über Steuern (in Tausend)



Quelle: WSI-Standortbericht 2004

© DGB einblick 13/04

49 TAGE

6.7. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Parafiskalische Modelle der Familienförderung – neue Wege zur Finanzierung familienpolitischer Leistungen?“, Berlin

6.7. DGB Baden-Württemberg, Tagung „Arbeiten am Netz“, im Rahmen der Initiative „Circus Sociale“, Karlsruhe

7.7. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachkonferenz „Konkrete Umsetzung einer solidarisches Bürgerversicherung: Eine Zwischenbilanz“, Berlin

8.7. DGB Bayern, Diskussion „Arbeitslosengeld II: Sozialer Kahlschlag! Bürokratischer Fehlschlag?“, München

12.7. ver.di, Workshop „Lebensbegleitendes Lernen: Von

der Kita bis zur Rente“, Frankfurt/Main

14.7. DGB Baden-Württemberg, Arbeitstagung für Frauenvertreterinnen „Frauen stärken“, Stuttgart

15./16.7. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung“, Bochum

15.-18.7. DGB Thüringen, Jugendcamp, Rittergut Lützensömmern

19.7. DGB Berlin-Brandenburg, Veranstaltung „Widerstand/Der 20. Juli/Identifikation“, Berlin

7.8.-3.9. DGB Baden-Württemberg, Jugendcamp, Markelfingen am Bodensee

personalien

... **Werner Hoffmann**, 57, *metall*-Redakteur, ist Mitte Juni vom Vorstand der IG Metall zum Redaktionsleiter der IG Metall-Publikationen *metall* und *direkt* berufen worden. Er hatte dieses Amt seit September 2003 kommissarisch inne.

... **Fritz Schösser**, 57, Vorsitzender des DGB-Bayern und SPD-Bundestagsabgeordneter, hat Ende Juni erklärt, bei der nächsten Bundestagswahl nicht mehr für die SPD zu kandidieren. **Hanjo Lucassen**, 60, DGB-Bezirksvorsitzender und SPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen, hat bereits am 9. Juni wegen politischer Differenzen auf eine Kandidatur bei den Landtagswahlen am 19. September verzichtet.

... Die Bundesregierung hat die Mitglieder für die am 1. Juli begonnene sechsjährige Amtsperiode des

Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit berufen. Als Arbeitnehmervertreter gehören dem 21-köpfigen Verwaltungsrat an: die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ursula Engelen-Kefer**, 61, DGB-Abteilungsleiter **Wilhelm Adamy**, 54, sowie die Vorstandsmitglieder **Isolde Kunkel-Weber** (ver.di), 50, **Kirsten Rölke** (IG Metall), 55, **Veronika Keller-Lauscher** (IG BCE), 56, **Ernst-Ludwig-Laux** (IG BAU), 54, und **Michaela Rosenberger** (Gewerkschaft NGG), 44. Stellvertretende Mitglieder der Arbeitnehmergruppe sind die stellvertretende GEW-Vorsitzende **Ursula Herdt**, 62, sowie die DGB-Bezirksleiter **Stefan Körzell** (Hessen – Thüringen), 41, und **Peter Deutschland** (DGB Nord), 59.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlfeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüßon, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24 - 0, Fax 030/30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46 - 240, Fax 030/85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211/9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.

Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Der nächste einblick erscheint am 23. August.



Schlusspunkt

„Bierdeckel-Sammlung von Friedrich Merz wird CDU-Programm“

Die Wochenchronik des Online-Dienstes Saarkurier vom 28. Juni über die Steuerpläne der CDU

polis-Studie: Kritik an den Gewerkschaften nimmt zu

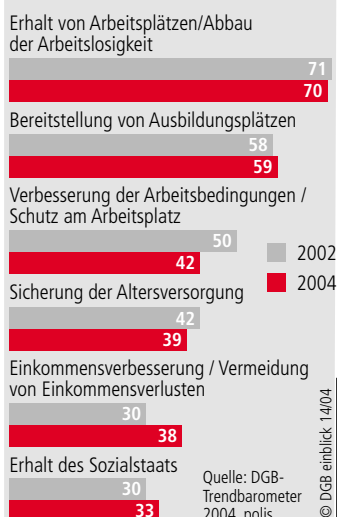
Sicherheitsanker in schwieriger Zeit

In schwieriger Zeit vertrauen Gewerkschaftsmitglieder zu einem hohen Prozentsatz ihren Organisationen. Zwar hat das Ansehen der Gewerkschaften auch unter ihren Beitragszahlern gelitten, dennoch können sich die Umfragewerte nach wie vor sehen lassen. Denn 92 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder halten laut dem diesjährigen DGB-Trendbarometer des Meinungsforschungsinstituts polis ihre Organisation für unverzichtbar oder sind der Meinung, dass sie so wichtig sind, dass man Mitglied einer Gewerkschaft sein sollte.

Dabei erwartet eine deutliche Mehrheit der ArbeitnehmerInnen von den Gewerkschaften, dass sie sich „aktiv“ in die Regierungspolitik einmischen. Gründe dafür sind die allgemeine Wirtschaftslage und die „Agenda 2010“. Mit Blick auf das Reformpaket des Kanzlers erwarten 61 Prozent eine solche Einmischung. Die Ablehnung der Agenda ist deutlich gewachsen: 42 Prozent der Befragten lehnen sie ab, 35 Prozent erwarten, dass die Gewerkschaften öffentlich

Arbeit und Sozialstaat vorrangig

Die wichtigsten Themen für Gewerkschaften (Angaben in Prozent)



Nach Meinung der Befragten die sechs wichtigsten Themen für die Gewerkschaften: Während in der Vergangenheit Ausbildung bei den Erwartungen kaum eine Rolle gespielt hat, ist heute der Umweltschutz kein Thema mehr.

Druck für eine Änderung des Reformkurses machen. Und 60 Prozent im Osten halten es sogar für

richtig, wenn das mit Demonstrationen und Streiks geschieht.

Spurlos gehen die schwierigen Zeiten, die nahezu alle großen Institutionen erfasst haben, auch an Gewerkschaften nicht vorbei. So ist die Zahl der ArbeitnehmerInnen, die die Arbeit der Gewerkschaften positiv beurteilen, im Trendbarometer 2002 noch deutlich größer als die der Kritiker gewesen. 2004 äußerten sich mit über 53 Prozent erstmals die Mehrheit der Arbeitnehmer kritisch über die Gewerkschaften. Besonders ausgeprägt ist die Kritik in den fünf ostdeutschen Bundesländern. Wollten 2002 nur 29 Prozent uneingeschränkt der Forderung zustimmen, die Gewerkschaften sollten „flexibler sein und schwierige wirtschaftliche Situationen stärker berücksichtigen“, so stimmen dieser Forderung heute 37 Prozent zu. Gleichzeitig finden 57 Prozent, die Gewerkschaften seien „veraltet und schwerfällig“ gegenüber 47 Prozent in 2002.

Allen Kritikern zum Trotz: Immer noch hält eine große Mehrheit bei Mitgliedern und Nichtmitgliedern den Einsatz der Gewerkschaften gegen Arbeitslosigkeit und für den Erhalt des Sozialstaates für richtig. Deutlich weniger Menschen als 2002 würden aus der Gewerkschaft austreten. 35 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder könnten sich vorstellen, „aktiv“ in ihrer Gewerkschaft mitzuarbeiten. Ergebnisse, die auch durch andere Umfragen bestätigt werden. So hielten nach einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Stern im Juni 71 Prozent aller Bundesbürger Gewerkschaften für unverzichtbar. •

plusminusBERLIN



Der Klimaschutzexperte der SPD-Fraktion, Ulrich Kelber, hält die Klimafreundlichkeit der Atomenergie, von der Kernkraftlobbyisten neuerdings reden, für „ein Märchen“. Bei Förderung, Verarbeitung und Transport von Uran würden „in großem Stil“ Treibhausgase freigesetzt.



Der entwicklungspolitische Sprecher von CDU/CSU, Christian Ruck, hat Entwicklungsministerin Wiczkorek-Zeul kritisiert, die das deutsche Massaker an den Hereros 1904 in Namibia als Völkermord bezeichnet hatte. Das könne den Steuerzahler Milliarden Euro kosten.

Seite 3

Der Protest gegen Hartz IV kommt auf Touren

Angetreten ist Schröder mit dem Slogan „Fördern und fordern“. Wird daraus „Fordern statt fördern“?

Seite 5

Flächendeckendes Netz

Die Gründung einer „Anwalts-GmbH“ soll den DGB-Rechtsschutz stabilisieren.

Seite 7

In guten wie in schlechten Zeiten

Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen die Gewerkschaften Fraueninteressen stärker berücksichtigen – meint Christiane Wilke von der IG Metall



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.arbeitnehmerbegehren.de

Informative Site zum Arbeitnehmerbegehren der IG Metall mit Links zu den Initiativen der anderen Gewerkschaften

www.einblick.dgb.de
Im Wortlaut: „Arbeit schaffen“.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer antwortet dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering zum Verhältnis Gewerkschaften und Parteien.

Die IG Bergbau, Chemie, Energie ist die drittgrößte Gewerkschaft unter dem Dach des Gewerkschaftsbundes.

Sie setzt sich für die Interessen ihrer circa 800.000 Mitglieder in den Branchen Bergbau, Energie, Chemie, Energie, Leder, Kautschuk, Kunststoff, Glas und Keramik ein.

Die IG Bergbau, Chemie, Energie setzt sich für Mitbestimmung und Beteiligung nicht nur auf betrieblicher Ebene ein.

Für die Abteilung Wirtschaftspolitik/Industriegruppen suchen wir zum nächstmöglichen Termin

eine Gewerkschaftssekretärin/ einen Gewerkschaftssekretär

Ihr Aufgabenfeld besteht aus:

- Sie beraten intern und extern über betriebs- und volkswirtschaftliche Fragestellungen im weiteren Sinne
- Sie vertreten die wirtschaftspolitischen Positionen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie im gewerkschaftlichen Raum und nach außen
- Sie analysieren wirtschaftliche Sachverhalte, erstellen hierzu Informations- und Bildungsmaterial und arbeiten an Veröffentlichungen mit
- Sie organisieren Arbeitstreffen, Workshops und Tagungen im Rahmen der Kommunikationspolitik der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Sie besitzen eine fundierte wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung und verfügen möglichst auch über allgemeine Berufserfahrung.

Sie identifizieren sich mit den Zielen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und haben ein aktives Interesse an der Lösung wirtschaftspolitischer, insbesondere an konjunktur-, finanz- und steuerpolitischer Probleme.

Erwartet werden neben analytischen und empirisch-, statistischen Fähigkeiten auch soziale und kommunikative Kompetenz.

Haben Sie Interesse an diesem breit gefächerten Aufgabengebiet?

Dann senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an:

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Hauptverwaltung

Ressort Personal

Hans Eisenbeiß

Postfach 30 47

30030 Hannover



Rot-Grün dringt auf Mitbestimmung

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) stößt mit seiner Vorstellung von Unternehmensmitbestimmung in Europa, die sich weitgehend mit gewerkschaftlichen Forderungen deckt, auf europäischer Ebene noch auf Widerstand. Schröder will den Entwurf der EU-Richtlinie zur grenzüberschreitenden Verschmelzung von Kapitalgesellschaften mitbestimmungsfreundlicher gestalten. Der Entwurf sieht jetzt vor, dass EU-Staaten mit monistischer Unternehmensverfassung – sie kennen nur das Führungsorgan Verwaltungsrat – die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer einführen können, wenn diese Firmen mit einem dualistisch, sprich von Vorstand und Aufsichtsrat geführten Unternehmen fusionieren.

Diese Klausel hat die Bundesregierung bisher stets abgelehnt. Aus Regierungskreisen verlautet jetzt aber, dass die Regierung prüfen müsse, ob sie die Einführung der Drittelbeteiligung nicht doch mittrage, falls der Rat der Europäischen Union ihr mehrheitlich zustimme.

In der Frage der erforderlichen Mehrheit vertritt der DGB allerdings eine andere Rechtsposition. Seiner

Auffassung nach ist im Rat Einstimmigkeit erforderlich. Er stützt sich dabei auf ein Gutachten von Prof. Dr. Ingolf Pernice, dem Direktor des Walter-Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Berliner Humboldt-Universität. Pernice war zuvor ihm Juristischen Dienst der EU-Kommission tätig.

Insofern wäre es Rot-Grün theoretisch möglich, die umstrittene Verschmelzungsrichtlinie zu kippen.

Zumal der Richtlinienentwurf hinter das Gesetz zur Einführung der Europa AG (SE) zurückfällt. Danach können europaweit tätige Unternehmen ab 8. Oktober eine SE gründen, die den Erhalt der paritätischen Mitbestimmung ermöglicht. Dies geht nicht zuletzt auf die jahrelangen Bemühungen der deutschen Regierung zurück. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel hat ihr deshalb ausdrücklich „Lob und Anerkennung“ gezollt.

Mit der Europa AG steht erstmals eine einheitliche europäische Rechtsform zur Verfügung. Sie ermöglicht Kapitalgesellschaften die Expansion über Ländergrenzen hinweg, ohne Tochterfirmen gründen zu müssen, die nationalem Recht unterliegen. •

ineigensache

Danke – das tut gut, vermisst zu werden. All jene, die in den letzten Wochen nachfragten, ob sie eventuell aus dem Abo-Verteiler herausgefallen seien, können unbesorgt sein: Nach längerer Sommerpause kommt der einblick nun wieder alle 14 Tage frei Haus – per Post oder Mail. Denn mit einem Probelauf starten wir gleich voll durch. Wer uns in den letzten Wochen den Coupon von Seite 8 zugeschickt und um Belieferung per E-Mail gebeten hat, erhält mit dieser Ausgabe erstmalig den einblick als PDF-Datei: zum Lesen am Bildschirm oder selbst Ausdrucken. Parallel gibt's den einblick 14/04 aber auch noch per Post. Wenn nichts schief geht, für die E-Mail-Abonnenten zum letzten Mal – dafür werden diese aber auch schon ein, zwei Tage früher als die Abonnenten der Print-Ausgabe von uns mit News, Positionen und Service versorgt. Und die einblick-Redaktion legt erst wieder Mitte Dezember eine kleine Pause ein, um Tannenbäume zu schmücken, Zimtsterne zu backen und Böller zu kaufen – versprochen!

„Fordern statt fördern“

Der Protest gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe schwilt an, die Zahl der Demonstranten wächst von Woche zu Woche. Damit verhärten sich die Fronten, denn Bundeskanzler Schröder ist zu weiter gehenden Korrekturen an Hartz IV nicht bereit: „Mehr geht nicht. Mehr ist auch nicht nötig.“ Der DGB bemüht sich verstärkt um eine sachlich orientierte und differenzierte Haltung zum Arbeitslosengeld (Alg) II.

Mit 600 TeilnehmerInnen hat der öffentliche Protest gegen Hartz IV, den massivsten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik, Ende Juli in Magdeburg begonnen. Schon Mitte August gingen nach Polizeiangaben bundesweit rund 90 000 Menschen auf die Straße, die meisten und größten Kundgebungen fanden in Ostdeutschland statt. Doch auch im Westen wächst die Wut. Die DGB-Region Westpfalz in Kaiserslautern ruft ab September zu „Monats-Demos“ auf, die örtliche IG Metall will den Konflikt „in die Betriebe tragen“.

Dass der Aufruhr verebbt, ist vorerst nicht zu erwarten. Im Gegenteil. „Der Widerstand gegen Hartz IV wird an Dynamik gewinnen“, prophezeit der DGB-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Udo Gebhardt. Die Stimmung sei explosiv. Sie werde noch gefährlicher, „wenn die Langzeitarbeitslosen im Oktober ihre Leistungsbescheide für das neue Arbeitslosengeld II bekommen.“ Dann würden noch viel mehr Menschen aufschrecken.

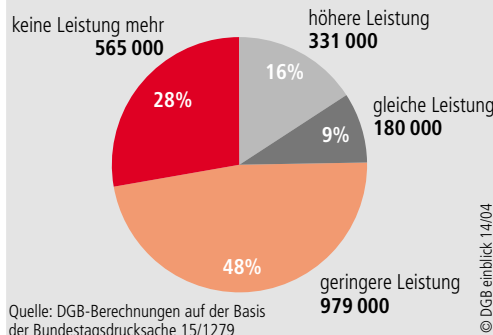
Hartz IV verändert die Republik: Nach einer Übergangsfrist bis 2006 werden 4,3 Millionen Menschen in 2,1 Millionen Haushalten von Hartz IV betroffen sein. Im positiven Sinne nur die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger, sie können künftig auf die Leistungen der Arbeitsverwaltung zugreifen.

Dass die erstmalige Auszahlung von Alg II vorgezogen und der Kinderfreibetrag erhöht worden ist, ist für den DGB-Landesvorsitzenden von Thüringen, Frank Spieth „ein erster Erfolg der Proteste“. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer

Ein Viertel geht leer aus

Arbeitslosengeld II: Was Arbeitslosenhilfe-EmpfängerInnen zu erwarten haben

ArbeitslosenhilfeempfängerInnen (Juni 2003): **2,05 Mio.** davon beziehen nach Hartz IV



Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hat erschreckende Auswirkungen auf die Betroffenen: Drei Viertel von ihnen erhalten weniger oder gar kein Geld mehr.

nennt Schröders Einlenken „klug und richtig“. Ausreichend sei es nicht. IG Metall-Vorstandsmitglied Kirsten Rölke: „Die Nachbesserungen haben den Betroffenen die Ängste vor dem, was auf sie zukommt, nicht wirklich genommen.“ DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer listet auf, welche Nachbesserungen noch erforderlich sind: Die Zuschläge für den Übergang von Alg I zu II müssten erhöht und länger gezahlt

„Warum heißt Hartz IV Hartz IV? Weil ein Hartz allein nicht so viel Unheil anrichten kann wie vier.“

Dieter Hildebrandt, Kabarettist

werden, die nicht anrechenbaren Freibeträge für die Altersvorsorge müssten steigen und – vor allem – die Zumutbarkeitsregeln entschärft werden. Dass jede Arbeit zumutbar ist, auch wenn sie 30 Prozent unter dem Tariflohn liegt oder nur ein bis zwei Euro Stundenlohn bringt, führe zu „Lohndumping“, so Engelen-Kefer.

Nach Auffassung des Hamburger DGB-Vorsitzenden Erhard Pumm ist das Absicht: „Durch Hartz IV soll die Arbeit billiger und der Arbeitnehmer williger gemacht werden.“

Der DGB-Vorsitzende von Mittelhessen, Ernst Richter, erinnert daran, dass Schröder mit der Agenda 2010 Mitte März 2003 die Losung „Fördern und Fordern“ ausgegeben hat. Jetzt sei zu befürchten, dass daraus „Fordern statt Fördern“ werde. Tatsächlich sieht Hartz IV auch vor, die Zahl der zu betreuenden Alg II-Bezieher auf 75 je Berater zu senken. Doch die organisatorischen Voraussetzungen für die verbesserte Eingliederung der Langzeitarbeitslosen fehlen noch immer.

Alg II-Bezieher haben zudem keinen Rechtsanspruch auf Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme wie berufliche Bildung, Mobilitätshilfen und Zuschüsse zu Bewerbungskosten. Vielleicht würden sie ja auch gar nichts nützen. Das Stellenangebot sinkt weiter, hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit festgestellt. Selbst Billig-Jobs sind rar: „Es gibt keine Hinweise für eine größere Nachfrage nach gering Qualifizierten.“

Infos, Beratung, Unterstützung

650 000 der 7,4 Millionen GewerkschafterInnen sind arbeitslos, weit über eine halbe Million länger als zwölf Monate. Alle DGB-Gewerkschaften sind darauf vorbereitet, sie zu unterstützen.

So hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) jetzt eine Online-Beratung ins Netz gestellt: www.verdi-erwerbslosenberatung.de Die IG Bauen-Agrar-Umwelt hat in einer einmaligen Brief-Aktion ihre arbeitslosen Mitglieder über Hartz IV und Arbeitslosengeld (Alg) II informiert und ihnen Hilfe beim Ausfüllen des Fragebogens angeboten.

Der DGB beantwortet im Internet die wichtigsten Fragen zu Alg II (z.B. „Wer bekommt ab Anfang 2005 wie viel?“) und gibt wertvolle Tipps („Wie lässt sich Vermögen retten?“): www.dgb.de Der DGB Berlin-Brandenburg hat einen elektronischen Briefkasten für Fragen zum Alg II eingerichtet: www.berlin-brandenburg.dgb.de Bundesweit ist in den DGB-Regionalbüros kostenloses Info-Material erhältlich: z.B. „Arbeitslosenhilfe gibt es nur bis Ende 2004 – und was dann?“ oder „Worauf kommt es jetzt an? Tipps, die bares Geld wert sein können.“ Empfehlenswert ist auch das Info-Angebot der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen: www.erwerbslos.de

Arbeitsrecht online

Neue Optik

Der Bund-Verlag präsentiert in diesen Tagen das bislang größte Arbeitsrechtsportal www.arbeitsrecht.de in neuer Optik. Um den Erfolg mit fast zwei Millionen Seiten-Zugriffe pro Monat und knapp 16 000 Newsletter-Abonnenten auch für die Zukunft zu sichern, war es „einfach an der Zeit“, so Geschäftsführer Christian Paulsen, „das anerkannte Portal für arbeitsrechtlich Interessierte weiterzuent-

wickeln“. Im Vordergrund standen bei der Umgestaltung eine verbesserte Navigation, modernes Design sowie ein deutliches Mehr an Information für jeden User. Dazu gehört etwa der erste Newsticker zu arbeits- und sozialrechtlichen Themen deutschlandweit. „Wer auf arbeitsrecht.de klickt, soll schnell und un-



kompliziert Antworten auf alle aktuellen arbeitsrechtlichen Fragen finden. Egal, ob im Forum beim Austausch mit anderen oder bei der Suche nach aktueller Rechtsprechung“, erläutert Paulsen. Wer darüber hinaus auf dem Laufenden gehalten werden möchte, kann den 14-täglichen E-Mail-Newsletter der Online-Fachredaktion abonnieren, der sich jeweils einem Thema widmet. Namhafte Autoren, darunter BAG-Richter, garantieren Information auf höchstem Niveau. •

www.arbeitsrecht.de
redaktion@arbeitsrecht.de

DGB - Tagung

Netzwerke in der Berufsbildung

Ohne Netzwerke funktioniert wenig in der gesellschaftspolitischen Arbeit. Deshalb lautet das Thema bei der DGB-Arbeitstagung 2004 für Arbeitnehmerbeauftragte in Berufsbildungsausschüssen „Qualität durch Vernetzung“. Am 2. und 3. September befassen sie sich in Berlin mit regionalen Berufsbildungsnetzwerken, Kommunikationsplattformen sowie der Reform des Berufsbildungsgesetzes. •

Tel.: 030/ 240 60-293

Infos für Betriebe

Ausbilden jetzt!

Wenn ein Betrieb keine Azubis aufnimmt, steckt nicht immer böse Absicht dahinter; manchem/r HandwerksmeisterIn mangelt es schlicht an Kenntnissen über die nötigen Voraussetzungen. Abhilfe schaffen können die Informationshefte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) aus der Broschürenreihe „Jetzt selbst ausbilden“. Unternehmen ohne Ausbildungserfahrung lernen, was sie vor der Einstellung der ersten Azubis zu beachten haben. Mit den kürzlich erschienenen drei neuen Themenheften (Bäcker, Konditor, industrielle Elektroberufe) umfasst die kostenlos erhältliche Reihe nun insgesamt neun Ausgaben. •

Tel.: 01805/ 262 302

E-Learning

Neue Seminare

Speziell für Betriebs- und Personalräte, Fach- und Führungskräfte bieten Technik & Leben aus Bonn sowie Arbeit, Bildung und Forschung aus Berlin Seminare zu den Themenschwerpunkten E-Learning und Wissensmanagement an. Neu ins Seminarprogramm 2004/2005 aufgenommen wurde eine dreitägige Veranstaltung zur Zusammenarbeit

bei der Einführung von E-Learning und Wissensmanagement. Sie findet vom 26. bis zum 29. September im ver.di-Bildungszentrum Clara Sahlberg in Berlin statt. •

Tel.: 0228/ 26 24 03
www.technik-und-leben.de
Tel.: 030/ 838 511 50
www.abfev.de

Workshop

Mobilität gestalten

Kommen MitarbeiterInnen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit? Mit dem Fahrrad? Bilden sie Fahrgemeinschaften? Solche Fra-

gen spielen im betrieblichen Alltag meist nur eine nachrangige Rolle. Mit einem eintägigen Workshop „Mitarbeitermobilität in der Betriebsratsarbeit“ am 24. September in Berlin wollen der ACE Auto Club Europa und der DGB das Thema Mobilitätsmanagement Betriebsräten und GewerkschafterInnen nahe bringen. Bei der Veranstaltung sollen Materialien und Mustervorträge erarbeitet werden, die auch Nicht-Verkehrsexperten in der betrieblichen Bildungsarbeit einsetzen können. Die Teilnahme ist kostenlos. • ACE: Tel.: 030/ 278 725-0 matthias.knobloch@ace-online.de DGB: Tel.: 030/ 240 60-305 gerrit.schrammen@bv.dgb.de

Internationale Tagung

Arbeitszeit – Lebenszeit

„Arbeitszeit und soziale Sicherheit in der Lebensperspektive“ heißt eine gemeinsame Tagung von Hans-Böckler-Stiftung, EU-Kommission und dem niederländischen SISWO-Institut am 9./10. September in Berlin. Diskutiert werden sollen Arbeitszeitmodelle sowie die ökonomischen und sozialen Anforderungen an eine moderne Arbeitszeitpolitik. •

Tel.: 0211/ 77 78-123
www.boeckler.de (Termine)

interregio

••• Der **DGB Baden-Württemberg** erinnert mit dem **Plakat** „10 Jahre neues Grundgesetz – Zeit für Taten“ an die Grundgesetzänderung, mit der sich die Bundesrepublik zur aktiven Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau verpflichtet hat. Zum zehnjährigen Jubiläum am 27. Oktober will der DGB-Bezirk mit Veranstaltungen eine Bilanz der Gleichstellungspolitik ziehen. Das Plakat kann für 0,50 Euro zuzüglich Verpackung und Versand bestellt werden.

renate.kotacka@dgb.de

••• Der **DGB NRW** will mit der landesweiten **Kampagne „Bildung ist Zukunft“** Chancengleichheit im Bildungssystem zum zentralen kommunalpolitischen Thema machen. In vielen Bereichen seien die Kommunen „für die Ausgestaltung der Bildungslandschaft vor Ort mit verantwortlich“, so der Bezirksvorsitzende Walter Haas. Mit Plakaten, Flyern und Arbeitsmaterial will der DGB im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen am 26. September auf Handlungsmöglichkeiten hinweisen. Alle Ma-

terialien als Download im Internet: www.nrw.dgb.de

••• Die **DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg** informiert mit einer **Broschüre** in Deutsch, Türkisch und Russisch über die rechtlichen Regelungen der Mini-Jobs. Besonders in typischen Mini-Job-Branchen wie der Gastronomie oder dem Reinigungs- und Baugewerbe seien viele ausländische ArbeitnehmerInnen der deutschen Sprache nicht mächtig. Als Download im Internet:

www.dgb-region-koeln.de/article.php?sid=330

GEWERKSCHAFTEN

DGB Rechtsschutz GmbH

„Eine Anwalts-GmbH wäre unschlagbar“

Seit März ist der Frankfurter Rechtsanwalt Wolfgang Apitzsch Vorsitzender des Aufsichtsrates der DGB Rechtsschutz GmbH. Einblick hat nach seinem Konzept für die Modernisierung des Rechtsschutzes und den Zielen der geplanten Anwalts-GmbH gefragt.

■ In den vergangenen Jahren war die Diskussion über den Rechtsschutz vor allem durch Kostenverteilung und die Schließung von Standorten geprägt. Wie sieht Ihr Konzept aus?

■ Das wichtigste Ziel ist, die DGB Rechtsschutz GmbH mittelfristig zu sichern. Wir haben ein flächendeckendes Netz von rund 130 Rechtsschutzbüros mit über 400 Rechtsschutzsekretären, mehr als 250 davon sind Volljuristen. Vergleichbares gibt es nirgendwo.

■ Trotzdem müssen Sie sparen, fünf Millionen im kommenden Jahr.

■ Dazu hat der Aufsichtsrat am 7. Juli ein Konzept beschlossen. Wir werden die Zahl der Beschäftigten verringern, indem frei werdende Stellen zum Teil nicht neu besetzt und befristete Stellen nicht verlängert werden. Zudem sollen einzelne Büros nur an bestimmten Werktagen oder bei Bedarf geöffnet werden. Aber die Zahl der Standorte wird nicht verringert.

■ Soll der Rechtsschutz in der Fläche präsent bleiben, brauchen Sie zusätzliche Einnahmen. Im Aufsichtsrat haben Sie die Gründung einer Anwalts-GmbH befürwortet.

■ Wir überlegen, ob die Volljuristen, die in der DGB Rechtsschutz GmbH beschäftigt sind, nicht auf einen Teil ihrer Arbeitszeit verzichten können, um in der frei werdenden Zeit in einer Anwalts-GmbH zu arbeiten. Diese Kanzlei könnte gegen Gebühren auch ArbeitnehmerInnen vertreten, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

■ Wie sieht das konkret aus?

■ Das müssen diejenigen entscheiden, die die Anwalts-GmbH gründen. Der Aufsichtsrat der Rechtsschutz GmbH hat die Diskussion darüber nur angeschoben. Aber

wenn ein Teil der Beschäftigten bereit ist, auf 20 Prozent ihrer Arbeitszeit und ihres Einkommens zu verzichten, um in der freigestellten Zeit in der Anwalts-GmbH zu arbeiten, würden die Kosten sinken. Dadurch könnte die Präsenz in der Fläche aufrechterhalten und Kündigungen mittelfristig vermieden werden.

■ Wie kommt die Anwalts-GmbH an Mandanten? Will die Rechtsschutz GmbH einen Teil ihrer Verfahren an sie abtreten?

■ Das ist ein häufig anzutreffendes Missverständnis. Die Gewerkschaftsmitglieder erhalten weiterhin Rechtsschutz über ihre Gewerkschaft und werden von der DGB Rechtsschutz GmbH vertreten. Aber häufig wenden sich auch ArbeitnehmerInnen an die Gewerkschaften, die nicht Mitglied sind und deshalb keinen Rechtsschutz bekommen. Die Gewerkschaften könnten diese ArbeitnehmerInnen an die Anwalts-GmbH vermitteln.

■ Wird die Rechtsschutz GmbH finanziell von der Anwalts-GmbH profitieren, zum Beispiel durch gemeinsame Räume?

■ Nein. Beide Gesellschaften müssen strikt getrennt werden. Die Anwalts-GmbH mietet die Räume, die sie benötigt. Und zwar nicht von der DGB Rechtsschutz GmbH, sondern vom jeweiligen Vermieter. Einen Kosteneffekt gibt es nur, wenn ein Büro teilbar ist und dadurch die Mietbelastung der DGB Rechtsschutz GmbH sinkt. Aber es wird keinen Geldtransfer zwischen Anwalts-GmbH und DGB Rechtsschutz GmbH geben.

■ Soll die Anwalts-GmbH bundesweit auftreten?

■ Das macht ihren Charme aus. Es würde eine Anwaltskanzlei entstehen, die flächendeckend präsent



Wolfgang Apitzsch, 58, ist seit dem 3. März 2004 Vorsitzender des Aufsichtsrats der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Pat Meise

ist, die auch bei größeren Massenentlassungen Anwälte zusammenziehen kann. Das kann kein anderes Anwaltsbüro.

■ Die Idee ist bereits zweimal im Aufsichtsrat diskutiert worden, ohne dass es eine Entscheidung gegeben hat. Warum tun sich die Gewerkschaften schwer damit?

■ Das liegt nicht an den Gewerkschaften, sondern an den zu lösenden Problemen. Die Rechtsschutzsekretäre, die sich an der Anwalts-GmbH beteiligen wollen, müssen sich erst organisieren. Die Arbeitnehmervertreter müssen für das Projekt gewonnen werden. Die Gewerkschaften müssen klären, ob ihr eigener Rechtsschutz durch die neue Gesellschaft tangiert wird. Die berufsrechtlichen Voraussetzungen müssen überprüft werden. Und schließlich müssen die schwierigen Steuerfragen geklärt werden.

■ Bis wann rechnen Sie mit einer Entscheidung?

■ Das ist schwer zu sagen, weil wir noch keine verbindliche Auskunft der Justiz- und der Steuerverwaltung haben. Aber wenn es zur Gründung der Anwalts-GmbH kommt, wäre ein Start der neuen Gesellschaft am 1. Januar 2005 hilfreich.

■ Es gibt auch kritische Stimmen.

■ Aber die Zustimmung wächst. In seiner letzten Sitzung hat der Aufsichtsrat bei nur einer Enthaltung beschlossen, das Konzept weiter zu verfolgen. Und die Zustimmung, die ich von außen erhalte, ist zum Teil sogar euphorisch: Das sei „eine tolle Idee“, ein „unschlagbarer Verein“.

Vertretung „Erster Klasse“

Die DGB Rechtsschutz GmbH darf keine Einnahmen machen, jeder Rückgang der Gewerkschaftsmitglieder wirkt sich negativ auf ihr Budget aus.

Um ständigen Personalabbau zu verhindern und die Qualität für die Gewerkschaftsmitglieder zu halten, muss die Rechtsschutz GmbH auf intelligente Weise Kosten sparen. Deshalb soll eine eigenständige Anwalts-GmbH gegründet werden.

Anders als die Rechtsschutz GmbH kann sie gegen Gebühr Betriebsräte vertreten – oder auch Arbeitnehmer, die nicht in der Gewerkschaft sind. Wie lassen sich mögliche Zeitkonflikte zwischen der Tätigkeit der Rechtsschutzsekretäre im DGB Rechtsschutz und in der Anwalts-GmbH lösen? Wie kann verhindert werden, dass es Rechtsschutz erster und zweiter Klasse geben könnte? Fragen, die vor der Gründung der Anwalts-GmbH gelöst werden müssen.

Anfang Juli hat dazu der Aufsichtsrat der DGB Rechtsschutz GmbH Qualitätsstandards für den Rechtsschutz festgelegt. Danach muss auch nach der Gründung einer Anwalts-GmbH ein „gleichwertiger Rechtsschutz der Gewerkschaftsmitglieder“ sichergestellt sein. Der Geschäftsbetrieb muss so organisiert werden, dass er „eine Vertretung ‚Erster Klasse‘ für alle Gewerkschaftsmitglieder“ sicherstellt.

kurz&bündig

GEW Die GEW unterstützt den Vorschlag eines „Erwachsenen-BAFöG“ in der beruflichen Weiterbildung. Entsprechende Empfehlungen hatte die vom Bundesbildungsministerium eingesetzte Kommission „Finanzierung lebenslangen Lernens“ in ihrem Abschlussbericht gemacht.

TRANSNET Die Bundesregierung hat auf Initiative von TRANSNET die bisher nur befristet gültige Ausbildungsverordnung „Kaufmannfrau für Verkehrsservice“ endgültig eingeführt. Die Gewerkschaft hat nun alle Bahnen aufgefordert, entsprechende Ausbildungsstellen einzurichten.

EuroCop, der Dachverband der europäischen Polizeigewerkschaften, befürchtet eine schwere Beschädigung von Europol, nachdem sich die EU-Innen- und Justizminister nicht auf einen neuen Direktor für die europäische Polizeibehörde einigen konnten. Damit drohe Europol „auf Monate hinaus“ führungslos zu bleiben, so EuroCop-Präsident und GdP-Vize Heinz Kiefer.

DGB Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand schlägt vor, dass die nächste Welle der DGB-Kommunikationskampagne im Oktober und November stattfinden und sich den Themen Arbeitszeiten und Arbeitnehmerrechte widmen soll. Abschließend beraten wird der DGB-Bundesvorstand darüber in seiner Sitzung am 7. September.

ver.di

Online-Hilfe für E-Lancer

Mit dem neuen Angebot „Ratgeber E-Lancer“ wendet sich ver.di an Selbstständige aus dem Bereich der Informationstechnologie. Unter www.ratgeber-e-lancer.de will ver.di für ProgrammiererInnen, BeraterInnen oder Web-DesignerInnen Antworten auf alle Fragen des IT-Berufsalltags geben. Der Ratgeber E-Lancer von Götz Buchholz ergänzt mediafon, das ver.di-Angebot, das Selbstständigen unter der Rufnummer 01805/754444 (12 Cent/Minute) mit Rat zur beruflichen Praxis zur

wort auf alle Fragen des IT-Berufsalltags geben. Der Ratgeber E-Lancer von Götz Buchholz ergänzt mediafon, das ver.di-Angebot, das Selbstständigen unter der Rufnummer 01805/754444 (12 Cent/Minute) mit Rat zur beruflichen Praxis zur

DGB-Workshop

Innovationspolitik in der Region

Beispiele guter Praxis stehen im Mittelpunkt des Workshops „Innovationspotenziale Regional – Gewerkschaften als Partner und Motoren für Innovationspolitik in der Region“. Der DGB will Projekte präsentieren, bei denen es auf gewerkschaftliche Initiative hin oder unter gewerkschaftlicher Beteiligung gelungen ist, regionale Innovationsprozesse anzustoßen. Vorgestellt werden am 30. September in der Berliner Niederlassung der Kreditanstalt für Wiederaufbau ehemals altindustrielle Regionen wie Dortmund und die Emscher-Lippe-Region. Im Mittelpunkt stehen außerdem die Wissenschaftsstadt Bremen und die DGB-Region



Uckermark in Brandenburg, die sich um neue Arbeitsplätze im Umweltsektor bemüht. •

Info: sandra.stark@bvv.dgb.de

BBiG-Reform

Think different

Auf Drängen der Gewerkschaften hat die Bundesregierung damit begonnen, das Berufsbildungsgesetz (BBiG) zu reformieren. Nach 35 Jahren ohne Anpassung an moderne Realitäten schien der Handlungsbedarf offenkundig. Doch bei dem im Frühjahr von der Bundesregierung vorgelegten Referentenentwurf ist nach DGB-Meinung vom ursprünglichen Reformanspruch nicht all zu viel übrig geblieben.

Um elementare Anliegen der Akteure der Berufsausbildung noch

berücksichtigen zu können, lehnt der DGB deshalb den gegenwärtigen Entwurf sowie den Zeitplan für das Verfahren ab.

Aus Sicht des DGB kommt es bei der notwendigen Reform des Berufsbildungsgesetzes unter anderem darauf an, das Ziel Chancengleichheit stärker zu verfolgen. Allen Jugendlichen müsse eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglicht und die Aus- und Weiterbildung verzahnt werden. Berufsausbildung sollte in einem zusammenwachsenden Europa außerdem internationaler werden. Die DGB-Jugend, die gemeinsam mit den Jugendverbänden der Gewerkschaften eine Kampagne zur BBiG-Re-

Seite steht. Internetangebot wie auch telefonische Beratung sind für Mitglieder und Nichtmitglieder der Gewerkschaft kostenlos. In den vergangenen drei Jahren haben die mediafon-ExpertInnen über 10 000 KollegInnen beraten, das neue Internet-Angebot soll die über 30 000 selbstständig tätigen IT-Spezialisten unterstützen. •

Hartz IV

Pfiffige Aktion

Der DGB Hessen hat Mitte Juli allen 46 hessischen Bundestagsabgeordneten den 16-seitigen Antrag auf Arbeitslosengeld (Alg) II zugesandt, „um Sie mit dem Ergebnis Ihrer Politik zu konfrontieren“, so der Bezirksvorsitzende Stefan Körzell. Es sei „demütigend“ für Arbeitslose, „diese intimste Ausforschung privater Lebensverhältnisse“ mitmachen zu müssen, um Alg II zu erhalten.

Diese Kritik teile sie „ausdrücklich nicht“, antwortete namens der SPD-Landesgruppe die Abgeordnete Erika Lotz. Auch vier CDU-MdB zeigten kein Verständnis für die DGB-Position. Von FDP und Grünen antwortete niemand. •

form durchgeführt hat, bedauert, dass der Referentenentwurf, der im Oktober zur ersten Lesung in den Bundestag soll, notwendige Reformvorschläge nur unzureichend aufnimmt. So findet etwa die Qualität der Ausbildung im Entwurf überhaupt keine Berücksichtigung.

Die Gewerkschaften wollen weiter ihren Einfluss geltend machen: In Gesprächen mit Abgeordneten und mit Aktionen im Umfeld der Anhörungen sowie der zweiten und dritten Lesung im Bundestag wollen sie erreichen, dass die Neuausrichtung des BBiG mehr als bisher eine zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung sichert. •

www.bbig-reform.de

In guten wie in schlechten Zeiten

Wollen Gewerkschaften auch in Zukunft eine Rolle spielen, müssen sie die Interessen der Frauen stärker berücksichtigen. Meint Christiane Wilke von der IG Metall.

Fast schien es, als könnte der Übergang zum 21. Jahrhundert gleichstellungspolitisch den Durchbruch bringen. Ob auf europäischer Ebene oder in der deutschen Politik, ob in den Gewerkschaften oder in Unternehmen: Gleiche Chancen für Männer und Frauen, Geschlechterdemokratie, Gender Mainstreaming waren plötzlich in aller Munde. Rot-Grün versprach nicht nur, mit dem Gender-Blick künftig alle Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf Frauen wie Männer zu checken, tatsächlich verbesserte die Bundesregierung auch Rahmenbedingungen – etwa mit der Novelle der Betriebsverfassung, dem Teilzeit- und Befristungs- oder dem Job Aktiv Gesetz. **Doch auf die Aufbruchstimmung folgte die Ernüchterung.** Nicht nur, weil sich Rot-Grün nicht an „heilige Kühe“ wie das Ehegattensplitting herantraute. Oder auf Drängen der Wirtschaft sich vom Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft verabschiedete. Massenarbeitslosigkeit, anhaltende Konjunkturlaute und die Krise der sozialen Sicherungssysteme: **Je mehr sich die Krisensymptome verdichteten, umso mehr wurde die Chancengleichheit der Geschlechter wieder zum Papiertiger und Material für Sonntagsreden.** Die Hartz-Gesetze sind dafür nur eines von vielen Beispielen.

Ein frauenpolitischer Roll-back auf allen Ebenen: Dass zum Ressort der Familienministerin auch die Frauenpolitik gehört, gerät in Vergessenheit. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist notwendig. Doch das als wichtigstes Anliegen der Frauenpolitik zu verkaufen, reduziert Frauen auf ihre Mutterrolle. Zu einer tatsächlichen Gleichstellung gehört viel mehr – von der eigenständigen Existenzsicherung bis hin zu mehr Chancen für Frauen, eine zukunftsfähige Ausbildung zu erhalten und in Führungspositionen zu gelangen. Gute Ansätze dazu verschwinden derzeit wieder in den Schubladen – leider auch bei den Gewerkschaften. Es ist immer das gleiche Lied: **In Krisenzeiten wird die Frauenfrage schnell wieder zum Nebenwiderspruch.**

Dabei war auch in den Gewerkschaften in Sachen Chancengleichheit viel in Bewegung geraten. So ist in der Satzung der IG Metall längst die Quote verankert: In den Gremien der IG Metall müssen Frauen grundsätzlich entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft vertreten sein. Und unsere Richtlinie zur Frauen- und Gleichstellungspolitik

macht die Verwirklichung der Chancengleichheit zur Querschnittsaufgabe.

Die Papierlage ist gut, doch wenn Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften insgesamt unter Druck stehen, gerät ein wenig in Vergessenheit, was sich die Gewerkschaften selbst auf ihre Agenda gesetzt haben. So wollten DGB und Gewerkschaften mit dem Aktionsprogramm „ChancenGleich“ das Engagement für Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt zur Sache der gesamten Organisation machen. Nach einem Jahr zeigt sich das gewohnte Bild: Bis auf wenige Ausnahmen sind es vor allem unentwegte Gewerkschafterinnen, die sich engagieren. Ein Desinteresse der Organisation mit möglicherweise fatalen Folgen. Denn:



Foto: privat

Christiane Wilke, 51, leitet den Funktionsbereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beim IG Metall-Vorstand.

Wollen Gewerkschaften in Zukunft noch eine Rolle spielen, können sie es sich nicht leisten, auf Frauen und deren Kompetenzen zu verzichten. Auch organisationspolitisch: Nach wie vor sind Frauen bei den Gewerkschaftsmitgliedern unterrepräsentiert. Dass wir für sie immer noch nicht sonderlich attraktiv sind, wundert nicht. Trotz aller Veränderungen und innovativen Ansätzen in Sachen Chancengleichheitspolitik hat sich am Image der Gewerkschaften als traditionelle Männerorganisationen noch nicht genug verändert.

Die klassische Klientel der Gewerkschaften, der männliche Facharbeiter und Familienvater, Alleinverdiener oder mit einer Ehefrau als Hinzuverdienerin, schwindet. Um auch in Zukunft als Gewerkschaften durchsetzungsfähig zu sein, müssen wir uns noch mehr um andere Arbeitnehmergruppen bemühen. Um Angestellte und um die vielen Menschen, die derzeit in die Niedriglohnbereiche abgedrängt werden. Die Mehrheit von ihnen ist weiblich – noch. Wenn sich die „Modernisierer“ ungebremst durchsetzen, werden bald prekäre Beschäftigungsverhältnisse der Normalfall auf dem Arbeitsmarkt sein. Deshalb: **Chancengleichheitspolitik muss in die Kernaufgaben der Gewerkschaften integriert werden – in guten wie in schlechten Zeiten.**

Hartz IV straft Frauen

Die neuen Regelungen zum Arbeitslosengeld II treffen Frauen besonders hart und rücken für viele eine eigenständige Existenzsicherung in weite Ferne. Die Frauenpolitikerinnen in den Gewerkschaften kritisieren insbesondere:

■ **Zwei Drittel derjenigen, die nach der Einführung von Alg II kein Geld mehr bekommen, werden Frauen sein. Beim Alg II zählt nicht mehr die eigene Leistung, sondern das Einkommen des Partners. Viele Frauen werden so finanziell noch stärker von ihren Partnern abhängig.**

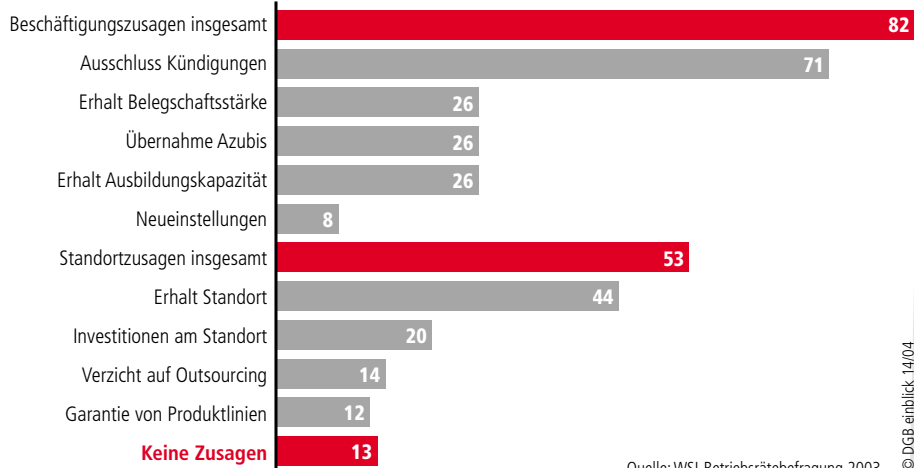
■ **Die künftig als zumutbar geltenden Minijobs sind heute schon eine Frauendomäne. Mehr als zwei Drittel der Minijobber sind weiblich. Künftig werden sie noch stärker in den Niedriglohnbereich hineingedrängt, wenn sie keine Leistungskürzungen riskieren wollen.**

■ **Minilöhne führen zu Minirenten, weibliche Altersarmut ist vorprogrammiert. Die Gewerkschaftsfrauen befürchten zudem, dass Frauen, die kein Alg II bekommen, auch bei Vermittlung, Beratung und Eingliederungsmaßnahmen leer ausgehen und stattdessen Alg II-BezieherInnen bevorzugt werden. Denn einen Rechtsanspruch auf Arbeitsförderungsmaßnahmen gibt es nicht.**

BETRIEBLICHE BÜNDNISSE: Meist ein Tauschgeschäft

Krisengeschüttelte Unternehmen sichern meist den Erhalt von Arbeitsplätzen oder Standorten zu, wenn die Belegschaften Konzessionen bei Arbeitszeit oder Einkommen machen. Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung herausgefunden. Solche Vereinbarungen gebe es in fast jedem vierten Betrieb mit Betriebsrat. In tarifgebundenen Firmen falle die Tauschbilanz für die Beschäftigten günstiger aus als in tariflosen.

Arbeitgeberzusagen in betrieblichen Bündnissen 2003 (in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2003

© DGB einblick 14/04

personalien

... **Claus Eilrich**, 55, bis August vergangenen Jahres Sprecher der IG Metall sowie Chefredakteur von *metall* und *direkt*, ist ab dem 1. September Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Peking.

... **Gabriele Schmidt**, 43, Leiterin des Fachbereichs Verkehr der Gewerkschaft ver.di in Nordrhein-Westfalen, soll am 9. September als Nachfolgerin von **Hartmut Limbeck**, 55, zur Landesbezirksleiterin NRW gewählt werden. Das haben die Delegierten der ehemaligen ÖTV vorgeschlagen, die als mitgliederstärkste Ursprungsgewerkschaft ein Vorschlagsrecht haben.

... **Alfred Geißler**, 47, Mitglied des Geschäftsführenden

Hauptvorstands der IG BCE, ist am 8. Juli von der Hauptversammlung der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) in den Aufsichtsrat berufen worden. Geißler folgt dem ehemaligen IG BCE-Vorstandsmitglied **Klaus Südhof**, 60.

... **Dieter Hillebrand**, 42, bisher Organisationssekretär in der DGB-Region Mülheim-Essen-Oberhausen, ist seit dem 1. Juli bis zur ordentlichen Delegiertenversammlung im September 2005 kommissarischer Vorsitzender dieser DGB-Region. Er folgt **Eckart Löser**, 62, der nach 24 Jahren als hauptamtlicher Funktionär beim DGB in die Ruhephase der Altersteilzeit geht.

14 TAGE

23.8. – 5.9. DGB-Jugend Hamburg, Unterschriftensammlung zum Volksbegehren „Bildung ist keine Ware“, Hamburg

27.8. DGB, Ausstellungseröffnung „40 Jahre DGB-Haus am Wittenbergplatz – Das DGB-Haus im Spiegel der Zeitgeschichte“, Berlin

27. – 29.8. IG BCE Jugendforum, Bildungszentrum Kagel-Möhlenhorst

28.8. DGB-Jugend, Podiumsdiskussion mit Künstlern bei der Deutschen Breakdancemeisterschaft „Hip-Hop: Traumjob oder Traum vom Job?“, Hannover

29.8. – 4.9. GEW, 24. Sommerschule „Umfang und Struktur des tertiären Bereichs“, Sylt

30.8. – 24.9. DGB-Jugend, Berufsschultour durch Thüringen

1.9. Antikriegstag

2./3.9. Hans-Böckler-Stiftung, Symposium „10 Jahre resonance.V.: Innovationsoffensive in Deutschland – ein Weg aus der Krise“, Braunschweig

2./3.9. DGB, Arbeitstagung für Arbeitnehmerbeauftragte in Berufsbildungsausschüssen: „Qualität durch Vernetzung“, Berlin

4.9. DGB Thüringen, Treffen des Thüringer Sozialforums, Erfurt

4.9. IG BAU, 5. Außerordentlicher Gewerkschaftstag, Mannheim

6.9. DGB, Symposium „Demokratie. Menschenrechte. Gewerkschaftsrechte – Eine globale Perspektive“, Berlin

6. – 10.9. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Kasseler Sommerakademie zur Gestaltung der Weltwirtschaft“, Hofgeismar

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlhoff, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüßon, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38. Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt.

„Reichen droht trocken Brot“

die tageszeitung (taz) am 16. August zur Forderung von SPD-, CDU- und Grünen-PolitikerInnen, angesichts der Proteste gegen Hartz IV den Spitzensteuersatz nicht wie geplant 2005 zu senken

Unternehmensmitbestimmung

Krawall statt Kooperation

Die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten großer Kapitalgesellschaften steht schon seit Monaten unter dem Beschuss von Wirtschaft, einigen Medien und den Oppositionsparteien. Jüngste Attacke: Rainer Brüderle, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, kündigte an, im September eine Bundestagsinitiative gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 zu starten.

Ein Erfolg der Initiative ist kaum zu erwarten – zumal auch Teile der CDU/CSU keinen Anlass sehen, das Gesetz zu ändern. Zudem wiederholt Brüderle nur die immer gleichen Behauptungen der Kritiker: Die paritätische Mitbestimmung sei nicht mehr zeitgemäß, zu bürokratisch und ein Standortnachteil, der ausländische Investoren abschrecke. Behauptungen, die sich leicht widerlegen lassen. So gehören immerhin 30 Prozent der Gesellschaften, die dem Gesetz unterliegen, mittelbar oder unmittelbar zu ausländischen Konzernen. Und die Stahlindustrie, geprägt von der Montanmitbestimmung, ist die am stärksten internationalisierte Industrie der letzten Jahre.

Aufsichtsräte: Die meisten haben nur 12 Mitglieder

Von den 763 mitbestimmten Unternehmen (ab 2001 Beschäftigte, nach Mitbestimmungsgesetz 1976)



Nur ein Fünftel der Aufsichtsräte hat die für Gesellschaften mit mehr als 10 000 Beschäftigten vorgeschriebenen 20 Mitglieder, ein Viertel von ihnen freiwillig.

Auch der Vorwurf, die meisten Aufsichtsräte seien mit 20 Mitgliedern zu groß, zieht nicht. Tatsächlich betrifft das nach dem Gesetz nicht mal ein Fünftel aller Aufsichtsräte. Und trotz paritätischer Besetzung haben die Anteilseigner durch die Doppelstimme des Vorsitzenden in strittigen Fragen das letzte Wort. Meist bemühen sich die Aufsichtsräte darum, den Stichtscheid des

Vorsitzenden zu vermeiden. Und genau das ist Brüderle ein Dorn im Auge: „Schluss mit Konsens“, forderte er in einem *stern*-Interview. Die Gewerkschaften hingegen halten Kooperation und lösungsorientiertes Vorgehen für den besseren Weg, so DGB-Vorstand Dietmar Hexel. Setzen sich die Kritiker durch, wäre der Dauerkrach zwischen Kapital und Arbeit programmiert. „Ständiger Streit, Streiks und Betriebsbesetzungen sind nicht so produktiv wie konstruktive Lösungen. Moderne Unternehmensführungen setzen auf den Menschen, seine Verantwortung und Beteiligungsbereitschaft. Deshalb gehören Arbeitnehmervertreter gleichberechtigt mit an den Tisch.“

Gefahr droht dem deutschen Modell der paritätischen Mitbestimmung derzeit vor allem aus Brüssel, etwa durch die neue EU-Richtlinie zu grenzüberschreitenden Fusionen (*einblick* 14/04). Wie es gelingen wird, die bewährte deutsche Praxis zu sichern und weiterzuentwickeln, ist noch nicht klar. Dass sich die Anforderungen an Unternehmensmitbestimmung in Europa ändern, andere Länder ihre Kultur einbringen, steht auch für Dietmar Hexel außer Frage. So müssten etwa auch ArbeitnehmerInnen anderer Länder in den Aufsichtsrat gewählt werden können. Es könne aber nicht sein, dass „gerade in den großen, global agierenden Unternehmen nur eine kleine Minderheit anonymer Kapitalgesellschaftler oder angestellter Manager über die Unternehmenspolitik und damit das Schicksal von Mehrheiten und Regionen allein entscheidet“.

inhalt

Seite 3

Nachsitzen

Vor lauter Fordern hat Rot-Grün bei Hartz IV das Fördern vergessen. Ob das bis zum Jahreswechsel anders wird, ist fraglich

Seite 5

Ende offen

So munter war die Debatte um den Mindestlohn noch nie: Die Gewerkschaften ringen um eine gemeinsame Position

Seite 7

Keine Alternative?

Der ver.di-Wirtschaftsexperte Michael Schlecht warnt davor, betriebliche Kostensenkungsprogramme auf die volkswirtschaftliche Ebene zu übertragen

plusminusBERLIN

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD)

hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der kleine Selbstständige im Falle der Insolvenz vor Altersarmut bewahren soll. Lebensversicherungen, die der Altersrente dienen, sollen bis zur Höhe von 930 Euro/Monat vor einer Pfändung geschützt werden.

Erwin Teufel (CDU), Ministerpräsident von Baden-Württemberg, will über den Bundesrat eine höhere Besoldung von Spitzenbeamten in den Regierungspräsidien durchsetzen. Untere und mittlere Beschäftigte sollen hingegen leer ausgehen, trotz Arbeitsverdichtung durch die Verwaltungsreform.



Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.boeckler.de/pdf/mitbestimmung_2004.pdf
Fakten und Argumente zur aktuellen Kritik der Mitbestimmung im Aufsichtsrat**

**www.einblick.dgb.de
DGB-Informationen zum Arbeits- und Sozialrecht: Hartz IV, Tipps und Hinweise**

Europäischer Wanderarbeiterverband

Rechte der Wanderarbeiter sichern

Für die 50 000 Entsendearbeiter und 200 000 Saisonarbeitskräfte aus den osteuropäischen Nachbarländern wurde auf Initiative der IG Bauen-Agrar-Umwelt der „Europäische Verband der Wanderarbeiter“ gegründet. Die neue, selbstständige Organisation soll die Rechte der WanderarbeitnehmerInnen sichern.

Die Gründung einer eigenständigen Interessenvertretung ist Folge einer polis-Studie im Auftrag der IG BAU. Ein wesentliches Ergebnis war dabei die grundsätzliche Bereitschaft von mehr als der Hälfte der Wanderarbeiter, einer Organisation beizutreten, die sich um ihre Rechte kümmert (*einblick* 9/2004). Die selbst gestellte Aufgabe des Verbandes liegt zunächst in der

Sicherung ihres „sauer verdienten Lohns“ hierzulande. „Besonderes Markenzeichen“ ist aber, so Matthias Kirchner, Generalsekretär der neuen Organisation, „die Betreuung der Mitglieder in ihrem Heimatland und überall in Europa. Denn längst gibt es Hunderttausende von Arbeitnehmern, die dorthin arbeiten gehen, wo es für sie Arbeit gibt.“

Die Mehrzahl der Entsendearbeiter aus Osteuropa und der Türkei arbeitet auf dem Bau, im Hotel- und Gaststättengewerbe und in Schlachthöfen. Außerdem helfen rund 200 000 Saisonarbeitskräfte überwiegend in der Landwirtschaft aus. Einen Mindestlohn sieht kaum einer von ihnen. Die meisten wis-

in eigener Sache

Kaum etwas ist erhebender, als wenn die eigene Arbeit von anderen zitiert wird. Das gilt für Tageszeitungen, das gilt natürlich auch für den *einblick*. Und doch ist nicht jede Fundstelle eigener Leistungen mit Freude verbunden. Wenn, wie jetzt in Thüringen geschehen, die NPD **einblick-Infografiken** verwendet, ohne dass wir die Möglichkeit zur Intervention haben, dann ist das Grund genug, die bislang pauschal per Impressum erteilte Nachdruckgenehmigung zu ändern:

Mit sofortiger Wirkung gilt die Nachdruckgenehmigung ausschließlich für die Gewerkschaften und den DGB.

Alle anderen Medien bitten wir um Verständnis: Für den Nachdruck bedarf es künftig der schriftlichen Erlaubnis des Verlags.

sen gar nicht, was ihnen zusteht, Sprachbarrieren kommen dazu. Mit Informationen in der jeweiligen Muttersprache, Hilfestellung bei Konflikten, Krankheit, günstigen Versicherungen und Rechtsschutz soll der Verband die gewerkschaft-

lichen Aufgaben erfüllen. Unterstützung anderer Gewerkschaften oder deren Mitglieder ist dabei willkommen. •

Tel. 069/9 51 19 93 0

www.migrant-workers-union.org
info@emwu.org

An Ihrer Gesundheit sollte nicht gespart werden!



Egal ob Sie gesetzlich versichert oder beihilferechtigt sind, die Kostenbeteiligung der Patienten steigt. Private Vorsorge wird immer wichtiger.

Seit Jahren bietet die Debeka sowohl Beamten als auch gesetzlich Krankenversicherten vielfältige Versicherungsmöglichkeiten, individuell abgestimmt auf den persönlichen Bedarf.

Möchten auch Sie von den hohen Leistungen und günstigen Beiträgen profitieren? Dann entscheiden Sie jetzt über Ihre persönliche Krankheitsvorsorge und sprechen Sie mit uns. Wir unterbreiten Ihnen einen Versorgungsvorschlag.

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.
Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.

Hauptverwaltung: Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18,
56058 Koblenz, Telefon (02 61) 4 98-13 99,
Fax (02 61) 4 98-4 14 02, Internet www.debeka.de

Die Debeka-Gruppe –
überzeugende
Testergebnisse!

Capital

4/04, 1/04, 25/03

Finanztest

12/03, 11/03, 10/03

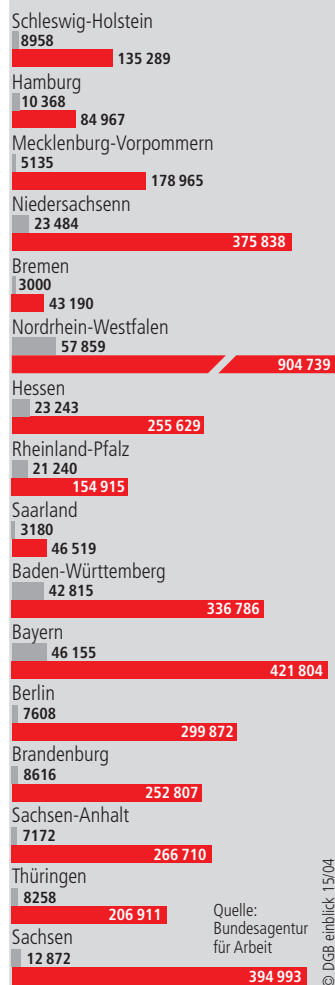
Rot-Grün sitzt nach

Vor lauter Forderung hat Rot-Grün das Fördern vergessen: DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer mahnte zuletzt Mitte Juli, die von der Bundesregierung versprochene Ausweitung der Förderung von Langzeitarbeitslosen „unverzüglich“ umzusetzen. Sechs Wochen später kritisierte Juso-Chef Björn Böhning, dass Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) noch immer kein konkretes Förderkonzept vorgelegt hat. Ob es zum Jahreswechsel 2005 steht, erscheint fraglich.

Zwar heißt es in der Online-Publikation „Erste Basisinformationen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende“ des Wirtschaftsministeriums (www.bmwi.de), dass künftig

Krasses Missverhältnis

■ Offene Stellen und ■ Arbeitslose nach Bundesländern (Juli 2004)



Selbst wenn es gelänge, alle 297 000 offenen Stellen mit Arbeitslosen zu besetzen, würde deren Zahl nicht einmal unter die Vier-Millionen-Grenze sinken. Auf eine Stelle kommen 15 Arbeitslose, in Ostdeutschland sogar 32.

jeder Berater in der Arbeitsagentur nur 75 Langzeitarbeitslose unter 25 Jahren (bzw. 150 ältere) betreuen soll. Aber wie viele so genannte Fallmanager dafür zusätzlich erforderlich sind, weiß niemand. Die Rede ist von bis zu 14 000. Noch beträgt das Verhältnis Berater – Arbeitslose 1 zu 360.

Die Fallmanager sollen mit den Arbeitslosen Eingliederungsvereinbarungen treffen. Erfahrungen mit diesen Vereinbarungen sammelt die Bundesagentur für Arbeit (BA) seit In-Kraft-Treten des Job-Aktiv-Gesetzes Anfang 2002. Ob es etwas gebracht hat, lässt sich nur vermuten: Die Abgänge aus der Arbeitslosenstatistik liegen trotz schlechter Konjunktur seit Monaten über Vorjahresniveau.

Junge Langzeitarbeitslose sollen künftig sofort in Arbeit oder Ausbildung vermittelt werden. Das klingt nach mehr, als es ist: Einen Rechtsanspruch haben die jungen Leute weder auf das eine noch auf das andere, und wie ihnen Arbeit oder Ausbildung flächendeckend angeboten werden soll, darüber denkt die BA erst im Herbst intensiv nach.

Auch die ab 2005 geltende neue Leistung, das „Einstiegsgehalt“ (ein Lohnkostenzuschuss für den Fall, dass das Arbeitseinkommen zur Deckung des Lebensunterhalts nicht ausreicht), ist eine Ermessensleistung. Sie muss aus demselben – 6,5 Milliarden Euro schweren – Topf finanziert werden wie die Ein-Euro-Jobs. Die BA will ab Oktober 100 000 solcher Zusatzjobs schaffen. Sie schätzt das Potenzial dieser gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten auf rund 350 000. Wie Minister

Clement auf 600 000 komme, könne sie leider nicht sagen, so eine BA-Sprecherin auf einblick-Anfrage. „Das kann nur das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit erklären“, ergänzte sie süffisant.

Die meisten Städte und Kreise werden die Langzeitarbeitslosen ab 2005 gemeinsam mit den lokalen Arbeitsagenturen betreuen. Über Art und Umfang der Integrationsangebote wird vor Ort entschieden. Die BA spricht nur Empfehlungen aus. Die liegen aber noch nicht vor. Damit sei spätestens im Oktober zu rechnen, heißt es in Nürnberg.

Dass die Regierung den ersten Teil ihres Fördern-und-Fördern-Konzepts vernachlässigt, hat sich herumgesprochen: Laut einer Focus-Studie halten 82 Prozent der Bevölkerung eine bessere Betreuung der Arbeitslosen für nötig. Dem ZDF-Politbarometer von August zufolge glaubt nicht einmal jeder Dritte, dass dank Hartz IV mehr Menschen einen Arbeitsplatz bekommen. Das bezweifelt auch der Wirtschaftsweisse Peter Bofinger. Hartz IV komme ihm vor „wie eine Bypass-Operation für einen Asthmakranken“, sagte er der *Berliner Zeitung*. Dem Patienten werde viel zugemutet, doch er profitiere nicht davon.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer lobt – trotz seiner harschen Kritik am Hartz IV-Gesetz, das für „Hunderttausende ein Verarmungsprogramm“ sei – dessen positive Seiten: Der Zugang von derzeit arbeitsfähigen SozialhilfeempfängerInnen zum ersten Arbeitsmarkt werde verbessert. „Das muss respektiert werden“, sagte Sommer am 27. August beim Runden Tisch in Leipzig, zu dem er und der Pfarrer der Nikolai-Kirche, Christian Führer, eingeladen hatte. Ehemalige Sozialhilfeempfänger erhalten zudem erstmals eine eigene Altersabsicherung und eine generelle Pflichtversicherung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegekasse. •

Nur Härtefälle werden überprüft

Die Koalition will am Hartz IV-Gesetz „nichts mehr“ ändern, hat Bundeskanzler Schröder entschieden. Deshalb bleibt auch die umstrittene 58er-Regelung bestehen. Danach haben 164 000 BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe über 58 Jahre mit der Bundesagentur für Arbeit vereinbart, auf eine Jobvermittlung zu verzichten – und im Gegenzug Arbeitslosenhilfe bis zum frühestmöglichen Rentenbeginn zu beziehen. Trotzdem erhalten die Betroffenen mit Abschaffung der Arbeitslosenhilfe 2005 das geringere Arbeitslosengeld II.

Wirtschaftsminister Clement will nur die Fälle prüfen lassen, in denen die Firmen der – über Sozialpläne ausgeschiedenen – älteren Arbeitnehmer nicht mehr existieren. Für alle anderen Betroffenen seien deren ehemaligen Arbeitgeber verantwortlich.

Medienpreis ausgelobt

Unter der Überschrift „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ lobt der DGB Hamburg erstmals einen Medienpreis für Printjournalisten der Hansestadt aus. Erstes Thema: Hartz IV und Arbeitslosengeld II. Bewertet werden Beiträge, die in der Zeit vom 1. September 2004 bis 15. Mai 2005 veröffentlicht werden.

www.dgb-hamburg.de

Workshop

Gerechtigkeitslücke

Nicht erst seit Hartz IV zweifelt ein Großteil der BundesbürgerInnen an sozialer Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft. Die politischen AkteurInnen setzen gleichwohl den Umbau des Sozialstaates unbeirrt fort. Die Hans-Böckler-Stiftung hat in jüngster Vergangenheit gleich mehrere Forschungsvorhaben zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit initiiert und gefördert. Resultate und offen gebliebene Fragen dieser Projekte sollen im Rahmen eines Workshops am 24. September in Frankfurt/Main diskutiert werden. •

Tel. 069/756 1840

Fax 069/75 21 41

DGB-Fachtagung

Arbeitsschutz wohin?

Reformbedarf allüberall, zum Beispiel auch beim Arbeitsschutz. Der geplante Bürokratieabbau in diesem Bereich ist aus Sicht des DGB nötig, doch dürfe dabei nicht das Niveau des Arbeitsschutzes in Frage gestellt werden. Unter dem Titel „Braucht der Arbeitsschutz noch eine staatliche Gewerbeaufsicht?“ lädt der DGB am 17. September zu einer Fachtagung nach Berlin. Nach einer Einführung durch DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer diskutieren Betriebsräte sowie VertreterInnen aus Politik und Unternehmen über die Perspektiven der staatlichen Arbeitsschutzaufsicht. •

Jana.Mramor@bvv.dgb.de

Fortbildung

Stress im Job

Stress und psychische Belastungen durch Arbeit sind keine Einzelfälle. Das stellen auch Betriebsärzte immer wieder fest. An sie richtet sich die zweiteilige Fortbildungsver-

anstaltung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) „Arbeitsbedingter Stress – Analysieren, Bewerten, Gestalten“. Neben einem Praxisteil, in dem die TeilnehmerInnen psychische Fehlbelastungen an konkreten Arbeitsplätzen einzuschätzen lernen, beschäftigen sie sich auch mit gesetzlichen Regelungen und fachlichen Grundlagen. Der erste Teil der Fortbildung findet am 4. und 5. Oktober, der zweite am 19. November in Berlin statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 330 Euro, Anmeldeschluss ist der 10. September. •

Tel. 030/515 48 42 92

DGB-Broschüre

Infos für Beamte

Beamtenrechtliche Regelungen ändern sich permanent – von der Besoldung über die Arbeitszeit bis zur Beihilfe: Die aktualisierte Neuauflage des Taschenbuchs „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“

Hans-Böckler-Stiftung & IKK

Versicherte stärken

Die Reformen der zurückliegenden Jahre haben das Gesundheitssystem weder effizienter noch für die Versicherten durchschaubarer gemacht. Der Bundesverband der Innungskrankenkassen (IKK) und die Hans-Böckler-Stiftung wollen deshalb mit einem gemeinsamen Projekt die IKK-Versicherten darauf vorbereiten, Entscheidungen über die eigene Gesundheitsversorgung

kompetent zu fällen. Damit, so hofft der IKK-Bundesverband, könnten die Versicherten die Tücken mancher Neuerungen, wie die Kostenerstattungskampagne durch Kieferorthopäden, selbst rechtzeitig durchschauen. Das Projekt ist auf zwei Jahre angelegt und wird in drei Innungskrankenkassen erprobt. •

Tel. 0211/77 78 148

bietet übersichtlich und präzise Infos und Hintergrund zu diesen Neueregungen und informiert auf 264 Seiten über alle wichtigen beamtenrechtlichen Fragen. Das Buch kostet für Gewerkschaftsmitglieder 5 Euro (plus 2 Euro Versandkostenpauschale), Nichtmitglieder zahlen 7,50 Euro (plus 2 Euro Versand). •

Tel. 0180/5 83 52 26

Fax 0180/5 32 92 26

www.beamten-informationen.de

Arbeit im Call Center

Gesundheitstipps

Über die spezifische Gesundheitsbelastung bei der Arbeit in Call Centern hat sich bisher kaum jemand Gedanken gemacht. Dabei kommen an diesen Arbeitsplätzen viele krank machende Faktoren zusammen: Zeitdruck, erhöhter Geräuschpegel, schwierige Kunden und unregelmäßige Arbeitszeiten. Jetzt liegt eine Sonderschrift „Gesünder arbeiten in Call Centern“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin vor, die sich an Unternehmen, Beschäftigte und AkteurInnen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz wendet. •

www.baua.de/prax/handlungshilfe-callcenter.htm

Integrationspreis

Gleiche Chancen

Die saarländische Landesregierung hat zum zweiten Mal den Integrationspreis „Chancen für alle im Arbeitsleben“ ausgelobt. Vorbildliche Integrationsprojekte sollen andere Unternehmen zur Nachahmung animieren. Teilnehmen können private und öffentliche Arbeitgeber mit Sitz oder Niederlassung im Saarland. Bewerbungsschluss ist am 1. Oktober; die beiden Erstplatzierten erhalten je 2500 Euro. • broschueren@soziales.saarland.de

interregio



••• Die **DGB-Jugend** geht in vielen Bezirken wieder auf **Berufsschultour**. An Infoständen und -bussen können sich Azubis vor Ort über ihre Rechte informieren. Der Kontakt mit der Gewerkschaftsjugend soll aber auch „das Grundprinzip Solidarität wieder stärker ins Bewusstsein rücken“, so die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, die ihre Tour unter dem Motto „Solidarity reloaded“ startet. Dort und in Thüringen sind die jungen GewerkschafterInnen bereits seit Ende August unterwegs, in anderen Bezirken laufen die Touren im September oder Oktober an. Termine und Standorte: www.einblick.dgb.de

••• „Berlin – zu Hause in Europa?“ heißt ein **Dokumentarfilm**, in dem Jugendliche aus Mittel- und Osteuropa, die für immer oder nur vorübergehend in Berlin leben, ihr Lebensgefühl in Deutschlands Metropole schildern. Am 20. September, 19 Uhr, wird der sehr persönliche Report der Filmemacherin Sabine Molter in der Berliner Urania (An der Urania 17, Berlin-Schöneberg, Nähe Wittenbergplatz) erstmals vorgeführt (Eintritt frei). Entstanden ist der Film im Rahmen der „Grenzlandinitiative für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Ostsee bis zu den Alpen“, kurz: GRIPS. Koordiniert vom **DGB Berlin-Brandenburg** haben die an die neuen EU-Staaten grenzenden DGB-Bezirke im Rahmen von GRIPS zahlreiche grenzüberschreitende Gewerkschaftsprojekte aufgelegt. www.grips.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

Mindestlohn

Ende offen

Die SPD will bis zum Herbst über die Einführung eines Mindestlohns entscheiden, nach den Worten von Müntefering „zusammen mit den Gewerkschaften und nicht gegen sie“. Der SPD-Gewerkschaftsrat hat im Frühjahr unter Leitung von SPD-Generalsekretär Klaus Uwe Benneter die Arbeitsgruppe „Einkommensgestaltung im unteren Bereich“ eingesetzt; der Rat tagt wieder am 29. November.

Der SPD böte ein Mindestlohn die Chance, die verschärfte Zumutbarkeitsregel, die Arbeitslose auch zur Annahme von Arbeit zwingt, die 30 Prozent unter Tarif bezahlt wird, zu entschärfen, ohne das Hartz IV-Gesetz zu korrigieren. Der DGB lehnt diesen Umweg ab.

Der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters spricht sich – anstelle ei-

So munter war die Debatte um den Mindestlohn noch nie: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sieht zwar derzeit keinen Handlungsbedarf, hält aber die von SPD-Chef Franz Müntefering angestoßene Diskussion für notwendig. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) ist strikt dagegen. Ebenso Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sowie CDU und FDP. Die Gewerkschaften haben „keine einheitliche Meinung“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

nes generellen Mindestlohns – für eine Orientierung am ortsüblichen Lohn aus, der für allgemeinverbindlich erklärt werden sollte. In dieselbe Richtung geht der Vorschlag des IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt. Er will den Schwellenwert, ab dem ein Tarifvertrag allgemeinverbindlich werden kann, senken. Noch müssen in diesem Fall die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50 Prozent der ArbeitnehmerInnen der jeweiligen Branche beschäftigen. 1999 waren von den 47 300 Tarifverträgen nur 588 oder 1,2 Prozent allgemeinverbindlich.

Für ver.di ist ein gesetzlicher Mindestlohn zumindest „kein Tabu“. Wer jeden Tag acht Stunden

arbeite, habe Anspruch auf einen Lohn, „der zum Leben reicht“, so ver.di-Vize Margret Mönig-Raane.

Etwas völlig Neues sind staatlich festgesetzte Löhne nicht. So schreibt das Entsendegesetz vor, dass ausländische Bau-Arbeitgeber die hierzulande üblichen Tariflöhne zahlen müssen. Auch für Heimarbeiter setzt der Staat Löhne fest. Dennoch existiert ein Unterschied zu dem gesetzlichen Mindestlohn von 1500 Euro brutto (8,67 Euro/Stunde), den die NGG fordert: Es gibt – tarifvertraglich vereinbarte – Stundenlöhne von weniger als 8,67 Euro. Insofern wäre ein Mindestlohn tatsächlich ein Eingriff in die Tarifautonomie. •

Fragen an ■■■



Branchenbezogene Mindestlöhne lehnt die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) ab, so ihr Vorsitzender Franz-Josef Möllenberg gegenüber einblick.

■ Die NGG fordert schon

seit langem einen gesetzlichen Mindestlohn. Die meisten DGB-Gewerkschaften sind dagegen. Habt ihr die besseren Argumente?

■ Wir meinen schon, und wir werden versuchen, die anderen davon zu überzeugen.

■ Wenn eine Gewerkschaft einen branchenbezogenen Mindestlohn forderte, würden die anderen das nicht verhindern, heißt es. Für IG BAU-Chef Klaus Wieseheugel ist das ein „Königsweg“.

■ Der Meinung sind wir nicht. Wenn es richtig ist, dass wir eine Mindestsicherung nach unten brauchen, um Lohndumping und Armut zu verhindern, dann kann das doch nur für alle gelten.

■ Einen Mindestlohn per Gesetz festzuschreiben bedeutet aber einen Eingriff in die Tarifautonomie, gegen den sich auch die NGG immer verwahrt hat.

■ Das werden wir auch in Zukunft tun. Und? Es gibt das Bundesurlaubsgesetz, das mindestens 24

Urlaubstage vorsieht – hat uns das gestört? Es gibt das Arbeitszeitgesetz, das 48 Arbeitsstunden pro Woche erlaubt, es gibt die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall – hat uns das gestört? Nein. Wir haben per Tarifvertrag bessere Regelungen vereinbart. Außerdem gibt es seit 11. Januar 1952 das Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen, das noch nie angewandt worden ist, wonach Entgelte dort festgesetzt werden können, wo das „zur Befriedigung der notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeitnehmer erforderlich erscheint“. Ich kann's auch salopp ausdrücken: Ich bin in der Eckkneipe nicht arbeitskampffähig, es wird immer so genannte tariffreie Zonen geben, aber dürfen wir deshalb die Beschäftigten dort im Regen stehen lassen?

■ Wäre es nicht besser, statt einen Einheitslohn festzulegen, den ortsüblichen Lohn zum Maßstab zu nehmen, wie's der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters vorgeschlagen hat?

■ Aber das ist doch noch viel schwieriger. Wir können nicht hunderte von Mindestlöhnen definieren. Mindestlohn ist Mindestlohn, es kann nur einen geben. Und damit haben unsere Nachbarn – Frankreich, Belgien, Niederlande – gute Erfahrungen gemacht.

Noch unentschieden

Eine knappe Mehrheit der Deutschen lehnt gesetzliche Mindestlöhne ab. Das hat eine Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des MDR am 26./27. August ergeben: 52 Prozent der Befragten halten sie nicht für notwendig, 37 Prozent sind dafür.

Arbeitnehmervertreter sind anderer Auffassung. Laut einer Befragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung hielten schon vor zwei Jahren 82,5 Prozent der Betriebsräte Mindestlöhne für sinnvoll.

In 18 der 25 EU-Mitgliedsstaaten sind Mindestlöhne gängige Praxis. Sie reichen von 121 Euro in Lettland bis 1403 Euro in Luxemburg. In den USA beträgt der Mindestlohn 5,15 Dollar/Stunde.

Nach Auffassung von Gerhard Bosch, Vizepräsident des Instituts Arbeit und Technik (IAT) im Wissenschaftszentrum NRW, würde ein Mindestlohn das Lohndumping abbremsen. Der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Wolfgang Wiegand, und der Vize-Chef des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Ulrich Walwei, befürchten hingegen, dass ein Mindestlohn die Arbeitslosigkeit steigen lässt. In Großbritannien jedoch sind nach NGG-Angaben seit Einführung von Mindestlöhnen eine Million neue Jobs entstanden.

kurz&bündig

ver.di

ver.di hat einen Musterarbeitsvertrag für Prostituierte entworfen. In einer Studie der Gewerkschaft hatten Beschäftigte im Bereich „sexuelle Dienstleistungen“ vertragliche Regelungen als Chance zur Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse angegeben. Den Musterarbeitsvertrag gibt es im Internet unter www.arbeitsplatz-prostitution.de

NGG

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat auf dem ersten „Ernährungsforum Ost“ seiner Gewerkschaft ein Sozialpartnerprojekt für die ostdeutsche Ernährungswirtschaft vorgeschlagen. Ein vergleichbares Kooperationsprojekt gibt es bereits in Nordrhein-Westfalen.



Die IG BCE Westfalen hat die BürgerInnen der Region für den 11. September zu einem „Kompetenztag“ eingeladen. An sechs Standorten stehen die Gewerkschaftshäuser Interessierten offen. Präsentiert werden neben einem Rahmenprogramm die Serviceleistungen der Gewerkschaft.
www.westfalen.igbce.de



Den im März in NRW gestarteten Modellversuch, Strafanzeigen online entgegenzunehmen, bewertet die Gewerkschaft der Polizei kritisch. Zwar würden mehr Straftaten zur Anzeige gebracht, durch mangelhaft dargestellte Sachverhalte entstehe allerdings zusätzlicher Ermittlungs- und Personalbedarf.

IG Metall

Mehr Gewicht auf Mitgliedergewinnung

Die 171 Verwaltungsstellen der IG Metall müssen dem Vorstand in Frankfurt/M. bis Ende September erstmals Geschäftspläne vorlegen. Sie sollen ein realistisches Bild der künftigen Mitgliederentwicklung abgeben, zunächst bis 2007 gelten und jährlich fortgeschrieben werden. Die Gewerkschaft wolle sich „einzig und allein“ auf die Aktivitäten und Themen konzentrieren, die der Mitgliedergewinnung und -bindung dienen, erklärte Paul Rodenfels, Bereichsleiter Organisation und Mitglieder, auf *einblick*-Anfrage. Es gebe zu viele Betriebe mit 200 Beschäftigten, die einen Organisationsgrad von unter 50 Prozent hätten. Um die seit Jahren rückläufige Mitgliederentwicklung abzu-

bremsen, zu stoppen und letztlich umzukehren, würden die Verwaltungsstellen Zielvereinbarungen mit ihren Bezirksleitungen abschließen, so Rodenfels. Gleichzeitig werde ein „beratendes Controlling“ eingeführt.

Mit kurzfristigen Erfolgen rechnet die IG Metall allerdings nicht, der erste Zwischenbericht soll erst dem nächsten Gewerkschaftstag im Herbst 2007 erstattet werden.

Die Gewerkschaft hat allein im vergangenen Jahr per saldo 4,5 Prozent oder 119 000 Mitglieder verloren. Dieser Trend dürfte sich – wenn auch abgeschwächt – fortgesetzt haben. In Nordrhein-Westfa-

len (NRW), dem größten IG Metall-Bezirk, betrug der Verlust im ersten Halbjahr 2004 drei Prozent. Der neue NRW-Bezirksleiter Detlef Wetzels, dessen frühere Verwaltungsstelle Siegen seit Jahren eine erfolgreiche Mitgliederentwicklung vorweist, hält die Mitgliedergewinnung für „die politischste Aufgabe überhaupt“. Es gehe darum, „die Zukunftsfähigkeit der IG Metall zu erhalten“.

So sieht es offenbar auch der Vorstand in Frankfurt/M.. Das Thema Geschäftspläne ist nicht dem Vorstandsbereich Werbung zugeordnet worden, sondern untersteht dem 2. Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber. ■

Fragen an

Ab dem 7. September verschickt der DGB-Bundesvorstand über 1000 Fragebögen an die Vorstandsmitglieder der 94 DGB-Regionen, der neun DGB-Bezirke sowie der Landesvorstände der Gewerkschaften. Die Umfrage ist Teil der Evaluation der im vergangenen Jahr abgeschlossenen Organisationsreform. *einblick* hat vorab Manfred Wotke, 50, Abteilungsleiter Organisation des Bezirks Nordrhein-Westfalen und Leiter der Projektgruppe „Ehrenamtliche Binnenstruktur der Regionen“, nach seinem Fazit gefragt.



■ Seit der Gründung der Regionen ist der DGB auf Orts- und Kreisebene nur noch ehrenamtlich aktiv. Politische Arbeit vor Ort ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement – funktioniert das auf Dauer?
■ Wir haben die Erfahrungen gemacht, dass es möglich ist, Menschen zu gewinnen, die auch über einen längeren Zeitraum ehrenamtlich für den DGB arbeiten. Dafür müssen aber mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. Zum einen müssen die ehrenamtlichen Orts- und Kreisverbände im Rahmen ihrer Zuständigkeit selbstständig arbeiten können, zumindest über einen kleinen Etat verfügen und Pressearbeit machen dürfen. Zum anderen ist es wichtig, dass die ehrenamtlichen Mandatsträger in die organisationsinternen Informationskanäle eingebunden werden.

■ Warum ist die Eigenständigkeit so wichtig?

■ Weil wir aktive Mitglieder gewinnen wollen, die in der Lage sind, dem DGB ein Gesicht zu geben. Ehrenamtliche Kreisvorsitzende, die gegenüber den lokalen Entscheidungsträgern politische Erklärungen auf Augenhöhe abgeben können, die sich gegenüber der Presse äußern können und die mit dazu beitragen, dass wir in den Städten und Kreisen kampagnenfähig sind.

■ Bei den Projekten zur so genannten Binnenstruktur der Regionen gibt es eine große inhaltliche Bandbreite. Wäre nicht ein einheitliches Profil notwendig?

■ Wir haben einen gemeinsamen inhaltlichen Rahmen, aber unterhalb dieser Ebene verbergen sich sehr unterschiedliche Anforderungen. Das war übrigens auch schon so, als wir noch hauptamtlich besetzte DGB-Kreise hatten. Die Arbeit des DGB muss die Anforderungen widerspiegeln, die aus der Region kommen. Um kampagnenfähig zu sein, muss der DGB zwar bestimmte Themen bundesweit angehen, aber genauso wichtig ist, dass die ehrenamtlichen DGB-Kreise und -Ortsgruppen die Chance haben, ihre Schwerpunkte an den Bedürfnissen der Region auszurichten. Dann können wir etwas für die Menschen bewegen. Dann wird der DGB angenommen.

Alternativen zur Agenda 2010

Mut zur Kehrtwende

Es gibt keine Alternative zur Agenda 2010 – dieser These stimmen inzwischen auch Teile der Gewerkschaften zu. Wirtschaftsexperte Michael Schlecht hält dagegen und warnt davor, die Logik betrieblicher Kostensenkungsprogramme undifferenziert auf die volkswirtschaftliche Ebene zu übertragen.

Trotz breiter Protestbewegung und Stimmverlusten bei den Wahlen hält die Regierung – abgesehen von Minikorrekturen – an der Agenda 2010 fest. Die Opposition unterstützt ihre Standfestigkeit. Die Wettbewerbsfähigkeit müsse weiter gesteigert, die Lohnkosten müssten gesenkt werden, lautet **die Logik jener, die sich auf die vermeintlichen Sachzwänge der Globalisierung berufen**. Die alltägliche Erfahrung scheint diese Schlussfolgerung nahe zu legen. Die Drohungen mit Produktionsverlagerungen ins Ausland nehmen zu. Folglich steigt der Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen. Seit Jahren werden Betriebsräten und Gewerkschaften betriebliche Kostensenkungsprogramme aufgezwungen.

So ist es überhaupt nicht verwunderlich, dass **viele Beschäftigte und auch Gewerkschaftsfunktionäre verunsichert sind**. Viele neigen dazu, die betriebliche Erfahrung der Kostensenkung auf die volkswirtschaftliche Ebene zu übertragen. Dann scheint der politische Ansatz von Rot-Grün zähneknirschend plausibel. Und: Man dürfe nicht immer nur „Nein“ sagen, sondern müsse um die soziale Ausgewogenheit der angeblich notwendigen Reformen ringen.

Der betrieblichen Alltagserfahrung steht jedoch die Tatsache gegenüber, **dass Deutschland Exportweltmeister ist**. Ein Zehntel aller weltweit exportierten Güter kommt aus Deutschland. 2002 und 2003 betrug der Exportüberschuss jeweils über 90 Milliarden Euro.

Die Verlagerung von Produktionsstätten als Form der Arbeitsteilung ist keine neue Entwicklung. Sie ist aber inzwischen zum Problem geworden, weil nicht gleichzeitig hierzulande durch Wachstum neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Kein Wunder: Die Binnennachfrage ist durch **zu geringe Lohnerhöhungen und staatliche Ausgabenstrangulierung** zu schwach.

Wäre die binnenwirtschaftliche Dynamik nicht am Boden, wäre die Arbeitslosigkeit nicht so hoch,



Michael Schlecht, 53, ist Bereichsleiter Wirtschaftspolitik des ver.di-Bundesvorstands in Berlin.

würden hinreichend Ersatzarbeitsplätze entstehen, dann wäre die Drohung der Abwanderung von Arbeitsplätzen nicht so brisant. Dann wäre es zum Beispiel im Fall Siemens nicht möglich gewesen, eine Kostensenkung um 30 Prozent durchzusetzen.

Die Verteidigung bedrohter Arbeitsplätze vor Ort ist eine notwendige, unmittelbare gewerkschaftliche Aufgabe. Keine Frage. Allerdings wird sie aufgrund wachsender Existenzangst und Erpressbarkeit immer schwieriger. Mit Lohnkostensenkungen wird das Grundübel der wirtschaftlichen Entwicklung, die schwache Binnennachfrage jedoch nur noch verschärft. **Ein teuflischer Kreislauf**. Nach den bisherigen Erfahrungen muss man Zweifel haben, ob allein mit verbesserter Betriebs- und Tarifpolitik – so notwendig dies ist – diese Entwicklung gestoppt werden kann.

Der entscheidende Hebel ist eine **fundamental andere Wirtschafts- und Finanzpolitik**. Die Binnennachfrage muss gestärkt werden mit einem staatlichen 40-Milliarden-Euro-Zukunftsprogramm. Der Staat muss mehr investieren in die Bildung, in Energieeinsparung und eine bessere Umwelt. Über eine halbe Million zusätzliche Arbeitsplätze kann so geschaffen werden. Finanziert werden muss dies, indem Reiche und Superreiche wieder einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Die weitere Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent 2005 kostet hingegen den Fiskus über 2,5 Milliarden Euro.

Durch Produktionsverlagerung gehen in Deutschland nach Schätzungen – amtliche Zahlen gibt es nicht – jährlich bis zu 50 000 Arbeitsplätze verloren. Mit einer starken Binnennachfrage ließe sich dieser Trend entschärfen. Mit über einer halben Million zusätzlicher Arbeitsplätze aufgrund kräftiger Zukunftsinvestitionen würde die **Abwanderung von Arbeitsplätzen ihre soziale Brisanz verlieren**. Die Beschäftigten hätten nämlich gute Chancen, schnell wieder einen neuen Job zu finden.

Die Auseinandersetzung um eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, sie zum **Gegenstand breiter Massenmobilisierung** zu machen. Das steht nicht im Widerspruch zu Gesprächen mit der Politik, sondern ist Voraussetzung für erfolgreiche Einflussnahme. Auch bei Tarifverhandlungen ist die Fähigkeit zum Arbeitskampf Voraussetzung für Verhandlungserfolge. •

Kurssuche

Gibt es eine Alternative zur Agenda 2010 und zu den Hartz-Reformen? Sind sie eine notwendige Antwort auf die Globalisierung? Oder leben wir in einer Zeit des gesellschaftlichen Rollbacks, mit Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche, flächen-deckenden Lohnsenkungen und einer Kannibalisierung der Sozialsysteme?

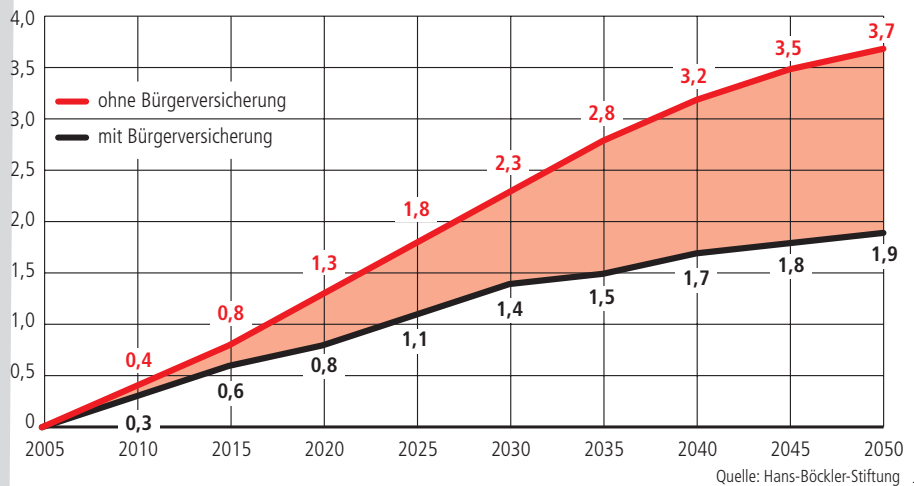
„Politik heißt, in Alternativen denken“ hat DGB-Vorsitzender Michael Sommer Ende August in einem stern-Interview erklärt und dabei die Hartz-Gesetze scharf kritisiert: „Hartz IV bedeutet in weiten Teilen die soziale Deklassierung von Menschen, Hartz IV ist für Hunderttausende ein Verarmungsprogramm“, so Sommer. Dem IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt, der seit langem für eine Unterstützung der Reformpolitik der Bundesregierung wirbt, ging diese Kritik zu weit. Der Vorsitzende der größten DGB-Gewerkschaft, Frank Bsirkse (ver.di), erklärte hingegen, die Gewerkschaften gehörten angesichts von Hartz IV „auf die Straße“.

Am 7. September stehen die Reformen im DGB-Bundesvorstand erneut auf der Tagesordnung. Am gleichen Tag trifft sich der Bundesvorstand, dem auch die Vorsitzenden der acht DGB-Gewerkschaften angehören, zu einem bereits seit längerem geplanten Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD).

BÜRGERVERSICHERUNG: Kurzfristig keine Beitragssenkung zu erwarten

Die von der Bundesregierung geplante Bürgerversicherung bringt keine kurzfristige Senkung der Krankenkassenbeiträge. Das ist das Ergebnis einer Studie des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (INFES) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Würden nicht sofort alle BürgerInnen erfasst, auch die Kapital- und Mieteinkommen belastet sowie die Beitragsbemessungsgrenze angehoben, sei 2015 nur mit einer Beitragsentlastung von 0,2 Prozent zu rechnen.

Beitragssatzsteigerung mit und ohne Bürgerversicherung (in Prozent)



© DGB einblick 15/04

personalien

... **Marco Frank**, 35, Studium der Sozialpädagogik und der Politikwissenschaft in Kassel, bis Ende 2003 Jugendbildungsreferent der Gewerkschaft ver.di in Hessen, ist seit dem 15. August politischer Referent für die Bereiche Berufsausbildung, Zivildienst sowie JAV-Arbeit in der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstands.

... **Rainald Thannisch**, 31, Studium der Volkswirtschaft mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung in Köln, bislang Assistent des Bundesgeschäftsführers der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Bonn, ist seit dem 15. August politischer Referent für Unternehmens- und Mitbestimmungspolitik des DGB.

... **Frank Teichmüller**, 60, seit 1986 Leiter des IG Metall-Bezirks Küste, will Ende des Jahres sein Amt an einen jüngeren Nachfolger abgeben. Das hat Teichmüller Ende August angekündigt. Bis Ende September will der Bezirk dem IG Metall-Vorstand einen Vorschlag für den Nachfolger machen.

14 TAGE

7.9. GEW, Expertengespräch „Finanzierung von lebenslangem Lernen“, Berlin

9./10.9. Hans-Böckler-Stiftung, Internationale Tagung „Arbeitszeit und soziale Sicherheit

in der Lebensperspektive“, Berlin

10.-12.9. IG BAU, 6. Bundesfrauen-Konferenz, Steinbach

11.9. DGB-Region Westpfalz, Seminar „Sackgasse Globalisierung?“, Hertlingshausen

11./12.9. DGB-Jugend Nord, Bezirksjugendkonferenz „Wir sind Helden“, Neumünster

14.9. DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Fachtagung „Novellierung des Berufsbildungsgesetzes“, Hannover

14.9. ver.di, Arbeitskammer des Saarlandes, „Basel II und Rating – Die Interessen der Arbeitnehmerseite“, Saarbrücken

15.9. DGB-Region Koblenz, Modellvarianten einer Bürgerversicherung, Diskussion mit Andrea Nahles (SPD), Neuwied

15.9. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Energieeffizientes Krankenhaus – für Kostensenkung und Klimaschutz“, Düsseldorf

15.9. ver.di, Veranstaltungsreihe sicht.weisen, „Regionale Innovationsnetzwerke und Gewerkschaften – Klügel, Falle, Zukunftsoption?“, Berlin

16.-18.9. IG BCE, Bundesangestelltentag „Die Zukunft kommt. Wir gehen ihr entgegen!“, Recklinghausen

17.9. DGB, Fachtagung „Braucht der Arbeitsschutz noch eine staatliche Gewerbeaufsicht?“, Berlin

18.9. Bündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“, 1. Hessisches Sozialforum, Frankfurt/M.

19.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüßon, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



Schlusspunkt

„Kein Zusammenhang zwischen Hartz IV und hoher Zahl ausgesetzter Hunde“

Pressemitteilung der Bundesregierung vom 24.08.2004 zu einem Artikel der BILD-Zeitung, nach der in Berlin Hunderte von Hunden ausgesetzt worden seien, weil die Tierbesitzer fürchten, wegen Hartz IV kein Geld mehr für die Haltung eines Hundes zu haben.

Ein-Euro-Jobs

„Nicht mit der Faust in der Tasche“

Fordern und Fördern von Langzeitarbeitslosen – das sind die erklärten gleichrangigen Ziele von Hartz IV und den „Ein-Euro-Jobs“. Doch noch existiert das Fördern nur auf dem Papier.

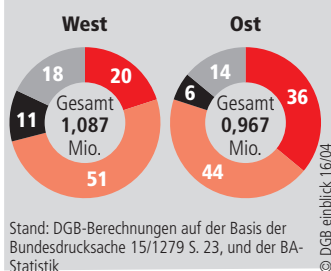
Bis zu 500 Euro pro Monat zahlen die örtlichen Arbeitsagenturen künftig den Anbietern so genannter Arbeitsgelegenheiten für jeden von ihnen beschäftigten Langzeitarbeitslosen. Wohlfahrtsverbände und kommunale Träger sollen damit deren Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Maximal 200 Euro „Mehraufwandsentschädigung“ erhalten die so Beschäftigten. Von der Restsumme müssen die Träger den Verwaltungsaufwand sowie die Qualifizierung und die oft notwendige psychosoziale Betreuung bezahlen. Die „Unterstützung für Menschen mit Vermittlungshemmnissen“, wie es im Amtsdeutsch heißt, ist aber nur allererste Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt; ein überzeugendes Konzept, wie Langzeitarbeitslose es nach der sechsmonatigen Maßnahme schaffen, einen Job im ersten Arbeitsmarkt zu ergattern, ist nicht in Sicht.

Auswirkungen von Hartz IV

Arbeitslosenhilfeempfänger im Juni 2003 (in Prozent)

davon beziehen nach Hartz IV:

- keine Leistung mehr
- geringere Leistung
- etwa gleiche Leistung
- höhere Leistung



Im Westen werden ab dem 1. Januar 20, im Osten 36 Prozent der Arbeitslosenhilfeempfänger keine Leistungen erhalten.

Weitgehend einig sind sich die Akteure, dass die „Beschäftigungsverhältnisse mit Mehraufwandsentschädigung“ zusätzlich und gemeinnützig sein müssen. Ob dieses Kriterium erfüllt ist, begutachtet die Agentur für Arbeit. „Dabei wird auch geprüft, ob bestehende Beschäftigungsverhältnisse nicht abgebaut oder gefährdet werden“, betont

Thorsten Mehler von der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg.

Für die Träger, vor allem Wohlfahrtsverbände, könnte sich aus der Verpflichtung zur Wiedereingliederung durchaus ein noch nicht exakt bezifferbares finanzielles Risiko ergeben. Denn was die einzelne Eingliederungsmaßnahme kostet, hängt von der individuellen Wiedereingliederungsvereinbarung ab. So erwartet Reiner Sans, Rechtsdirektor des Deutschen Caritasverbandes, keine bundesweit einheitliche Regelung, sondern „bunte Landschaften“. Mit einer Klärung noch offener Fragen rechnet die Arbeiterwohlfahrt. Vom Erfahrungsaustausch in Workshops auf lokaler Ebene verspricht man sich neue Ideen.

Neben grundsätzlicher Bereitschaft gibt es beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWW) gewisse Skepsis. Der DPWW stellt sich vor, junge Erwachsene, denen der Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht gelungen ist, in Jobs zu beschäftigen, die vormals Zivildienstleistende erledigten. Der Betreuungsbedarf sei dabei umfassend – von psychosozialer Beratung über Maßnahmen zur Existenz- und Wohnungssicherung oder Schuldenberatung bis hin zur Hilfe bei Suchtproblemen. Der DPWW, der bereits Anfang Oktober in Magdeburg ein Pilotprojekt für Ein-Euro-Jobber startet, fordert selbst Controlling-Instanzen, die die Ein-Euro-Jobs aufmerksam beobachten. Ulrike Bauer, Pressereferentin: „Wir werden uns nicht missbrauchen lassen. Wer bei uns im Dienst am Menschen arbeitet, soll das nicht mit der Faust in der Tasche tun.“

inhalt

Seite 3

Gender bringt Kommunen nach vorn

Besonders erfolgreich ist die Verwaltungsmodernisierung in jenen Kommunen, die sie mit Gender Mainstreaming-Prozessen verknüpfen

Seite 5

Die Gefährdung des bfw ist abgewendet

Interview mit Geschäftsführer Edgar Schramm über die Entwicklungsperspektiven des Berufsfortbildungswerks des DGB

Seite 7

Erst Betroffene wehren sich

Trotz wachsender Proteste gegen die Hartz-Reformen sollten die Gewerkschaften an ihrer differenzierten Position festhalten, rät DGB-Abteilungsleiter Hans-Joachim Schabedoth

plusminusBERLIN



Der Bundestagsabgeordnete Christian Lange (SPD) fordert, dass Abgeordnete in Zukunft selbst für ihre Rente sorgen. Sie sollten wie jeder Arbeitnehmer Beiträge an die BfA zahlen. Alternativ sei eine private Altersvorsorge denkbar.



Die Junge Union (JU) fordert die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht. Diese solle, so der JU-Vorsitzende Philipp Mißfelder, bei der Bundeswehr, im Zivildienst, bei Polizei, Feuerwehr oder Zoll abgeleistet werden.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.fse-esf.org
Europäisches Sozialforum 2004

www.einblick.dgb.de
Initiative für eine soziale Reformpolitik: ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske über Hartz IV und die Montagsdemonstrationen

Neustrukturierung der Rentenversicherung

Selbstverwaltung gefährdet?

Die Bundesregierung will die Rechte der Selbstverwaltung in der Rentenversicherung drastisch beschneiden. Das sieht ein Gesetzentwurf zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung vor. Den Interessenvertretern der Beitragszahler soll das Recht genommen werden, die Haushalte der Rentenversicherer allein zu beschließen – diese sollen künftig von den Aufsichtsbehörden genehmigt werden. Außerdem soll die Geschäftsführung der neuen *Deutschen Rentenversicherung Bund* – in ihr gehen die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) und der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) im kommenden Jahr auf – ein Veto gegen die Beschlüsse der Selbstverwaltung einlegen können.

Die DGB-Gewerkschaften und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) haben die Bundestagsfraktionen aufgefordert, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren. Wie aus der SPD-Fraktion verlautet, will sie dem entsprechen. Der Gesetzentwurf (Drucksache 15/3654 vom 24. August) soll Anfang Oktober den Bundestag und Anfang November den Bundesrat passieren. Ziel der Organisationsreform ist es, die Trennung der Rentenkassen in Arbeiter- und Angestelltenversicherungen aufzuheben und die Rentenversicherung effizienter zu organisieren. Der Gesetzgeber erhofft sich Einsparungen in Höhe von zehn Prozent der Verwaltungskosten, das sind 350 Millionen Euro. •

wiewardiewoche?



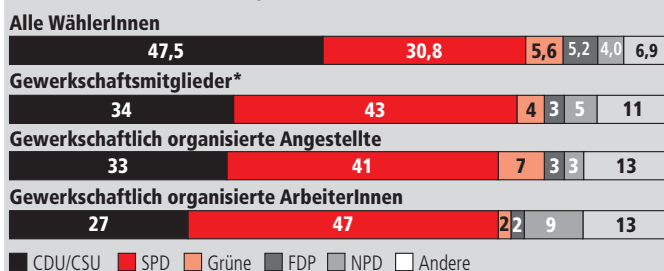
Martin Stuber, 40, Referatsleiter in der Abteilung Struktur- und Umweltpolitik des DGB, war ein Jahr lang in Elternzeit, um sich um seinen inzwischen zweijährigen Sohn zu kümmern. Einblick hat ihn gefragt, wie seine erste Arbeitswoche beim DGB war.

Auf den ersten Blick war die Woche gar nicht so außergewöhnlich. Ich habe an einem Positionspapier zum Lissabon-Prozess der EU gearbeitet, mich auf den aktuellen Stand der Verkehrspolitik gebracht, und es gab mehrere Bürobesprechungen. Eine Woche, wie sie viele Gewerkschaftssekretäre kennen, und trotzdem war es ganz anders als vor einem Jahr: Im ersten Lebensjahr meines Sohnes Fabio hatte ich Schwierigkeiten, mir genug Freiraum zu schaffen, um mitzukriegen, wie er sich entwickelt. Deshalb entschloss ich mich, eine Elternzeit zu nehmen. Ein Jahr lang war mein Tagesablauf durch Spielen, Kochen und Windelwechseln geprägt. Wir haben gemeinsam die Welt erkundet. Drei Monate nach Beginn meiner Elternzeit hat meine Freundin ihre Stelle verloren, ab da hatten wir natürlich einen finanziellen Engpass. Bereut haben wir die Entscheidung trotzdem nicht. Nicht nur weil sich in Deutschland extrem wenig Männer trauen,

zeitweise aus dem Job auszusteigen, um ihre Kinder bei den ersten Schritten zu begleiten, sondern auch weil die Elternzeit für mich eine Chance war, selbst noch einmal einen Schritt zurück zu treten, um auf ganz neue Gedanken zu kommen. Wie wichtig das ist, hatte ich zuvor bei einem Kollegen gesehen: Bei Hans Gabriel, der vor vier Jahren ein Sabbatjahr genommen hatte, als dessen Vertretung ich beim DGB anging. Ich habe erlebt, wie toll es ist, wenn jemand nach einem Jahr Auszeit mit frischen Ideen zurückkommt. Auch bei mir hat die Elternzeit Vieles verändert. Natürlich nehme ich an Fabios Alltag weiterhin teil, und sei es nur das Hinbringen zum Kinderladen. Privat wie im Job sind jetzt aber auch klare Prioritäten gefragt – denn es passieren immer unvorhergesehene Dinge. Das verlangt Flexibilität auf beiden Seiten. Keiner ist unentbehrlich. Aber wichtig ist, dass ich mir vorher überlege, wer meine Arbeit während der Auszeit übernimmt. Bei mir war das Gerrit Schrammen, der befristet vom DGB eingestellt worden ist. Das hat sehr gut geklappt. Während der Elternzeit hat die Bundesregierung ihren Entwurf zum Fortschrittsbericht der Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Dazu wie auch zum Bundesverkehrswegeplan hat der DGB Stellungnahmen formuliert, mit denen ich jetzt bruchlos weiterarbeite.

Saarland-Wahl: Trend nach rechts

Stimmenanteil bei der Landtagswahl im Saarland vom 5.9.2004 (in Prozent)



■ CDU/CSU ■ SPD ■ Grüne ■ FDP ■ NPD □ Andere

* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quellen: Amtliches Endergebnis der Landtagswahl vom 5.9.2004/ Landeswahlleiterin Saarland, Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Trotz Einbußen von 16 Prozent gegenüber der Landtagswahl 1999 bleiben die Sozialdemokraten im Saarland bei den Gewerkschaftsmitgliedern mit 43 Prozent stärkste Partei. Besonders krass waren mit einem Minus von 21 Prozent gegenüber 1999 die Verluste der SPD bei den gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen. Überdurchschnittlich hoch ist dagegen mit neun Prozent der Stimmenanteil, den die rechtsradikale NPD in dieser Gruppe gewinnen konnte.

Alg II-Formulare

Datenschutz ab 2005 verbessert

Langzeitarbeitslose, die Arbeitslosengeld (Alg II) beantragen, müssen weder den Namen ihres Vermieters noch dessen Bankverbindung angeben. Das erklärten Sprecher des Bundesbeauftragten für den Datenschutz (BfD) und der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf *einblick*-Anfrage. BfD und BA erarbeiten zurzeit eine „Ausfüllhilfe“, die alle Korrekturen der Alg II-Formulare enthalten und in den nächsten Tagen veröffentlicht werden soll.

Uneins sind sich beide Seiten noch in der Frage, ob Angehörige der Alg II-AntragstellerInnen ihr Einkommen ohne Weitergabe des Alg II-Formulars an ihren Arbeitgeber nachweisen können. Nach Meinung der Datenschützer würde eine neutrale Verdienstbescheinigung genügen. Die BA vertritt die Ansicht, dass durch die Pflicht der AntragstellerInnen, den BA-Vordruck zu nutzen, auch die Angehörigen dazu verpflichtet seien. Zudem benötige man Daten, zum Beispiel über den Zeitpunkt der Auszahlung, die in einer normalen Verdienstbescheinigung nicht enthalten seien.

Die Anträge selbst werden wohl erst im Frühjahr 2005 korrigiert, wenn die bereits gedruckte Auflage vergriffen ist. Auch die Internetfassung (www.arbeitsagentur.de), wird nicht vorab korrigiert. „Wir wollen niemanden verwirren“, so ein BA-Sprecher. •

Gender bringt Kommunen nach vorn

Besonders erfolgreich ist die Modernisierung der Verwaltung in jenen Kommunen, die sie mit Gender Mainstreaming-Prozessen verknüpfen. Das belegt eine Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, die auf dem 7. Schöneberger Forum im November präsentiert wird.

Seit Jahren ist die Debatte um die Neugestaltung des öffentlichen Dienstes in Bund, Ländern und Kommunen ein Dauerbrenner. Die Kernthemen aller Modernisierungsansätze sind weitgehend identisch: Es geht um transparente Leistungsbewertung und leistungsgerechte Bezahlung, um Karriere und Laufbahnen, um Aus- und Weiterbildung und um eine neue Führungskultur.

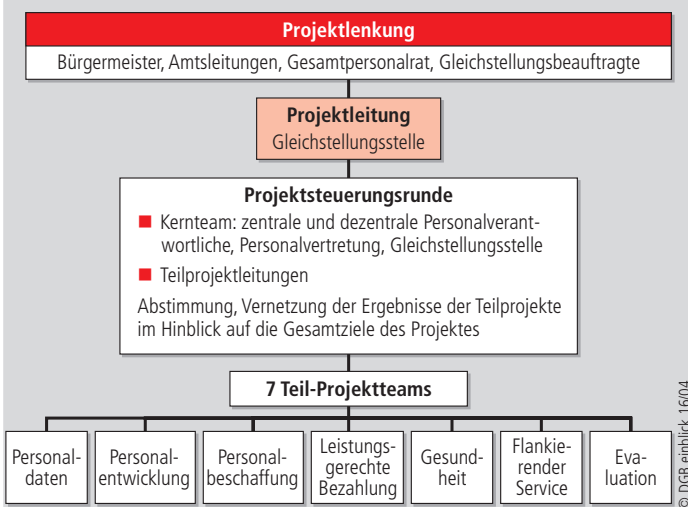
Verwaltungsreform mit Gender-Mainstreaming-Prozessen zu verzahnen, um so größer sind die Erfolgsaussichten für die Umsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. "Laufen dagegen erfolgreiche Verwaltungsmodernisierung und Gleichstellungsarbeit unverknüpft nebeneinander her, kommt die Gleichstellung der Geschlechter weniger gut voran. Dabei ist Chancen-

Mitarbeiterzufriedenheit, aber auch in verbesserter Kundenorientierung und Effizienz nieder. Voraussetzung für solche positiven Effekte sei, so Matschke, dass neben der Verzahnung mit der Verwaltungsreform Gender Mainstreaming als strategischer Prozess angelegt wird und alle Hierarchieebenen mit einbezogen werden.

Wie daraus eine „Win-Win-Situation“ wird, kann Matschke aus ihrer praktischen Arbeit belegen. Ende 2002 beschloss der Gemeinderat, das Stuttgarter Modell des Kommunalen Gender Mainstreaming Management, kurz KGMM, als neue Strategie für mehr Chancengleichheit zu erproben. Dafür wurden in einem Pilotbereich, dem Amt für öffentliche Ordnung, die Bedarfe der überwiegend weiblichen und wenigen männlichen Beschäftigten abgefragt. Erstmals wurden systematisch personalwirtschaftliche Daten geschlechtsspezifisch erhoben – wie Arbeitszufriedenheit und persönliche Lebenssituation, Fehlzeiten und Fluktuation, Personalstruktur, -ausstattung, -entwicklung und -beschaffung.

Aus den Ergebnissen dieser Gender Pilotstudie wurden elf Vorhaben entwickelt – von einem Stellenpool für RückkehrerInnen nach der Elternzeit über Kinderbetreuungsangebote in Notfällen bis hin zu geschlechtsspezifischen gesundheitsfördernden Maßnahmen. Spezielle Qualifizierungsangebote richten sich an den weiblichen Führungsnachwuchs, durch gezieltes Personalmarketing soll erreicht werden, dass sich mehr Männer auf vakante Stellen im Amt bewerben. Zurzeit werden die Projekte umgesetzt. Auch die Beschäftigten in den anderen Ämtern profitieren inzwischen vom KGMM-Projekt: Derzeit werden dort die personalwirtschaftlichen Daten mit dem Gender-Blick erfasst, um daraus konkrete Maßnahmen zu entwickeln. •

Stuttgarter Modell: Kommunales Gender Mainstreaming Management



Je stärker alle Hierarchieebenen in den Gender Mainstreaming-Prozess einbezogen sind, umso erfolgreicher lassen sich Maßnahmen zur Chancengleichheit umsetzen. Dem trägt das Stuttgarter Modell Rechnung. Aus der Auswertung einer Vielzahl von geschlechtsspezifischen Daten in einer Gender-Pilotstudie wurden elf Maßnahmen entwickelt. Die Verantwortung für die Umsetzung reicht von der Verwaltungsspitze bis in die Ämter hinein.

Einen weiteren Aspekt in diese Diskussion bringt die Studie „Gender Mainstreaming im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung“ ein.

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat Ursula Matschke, Leiterin der Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit der Stadt Stuttgart, den Stand von Verwaltungsreform und Gender Mainstreaming in über vierzig Kommunen untersucht. Ihr Fazit: „Je stärker es gelingt, die

gleichheit auch Aufgabe der Verwaltungen. Nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming sollen sie bei jeder Planung und Entscheidung die Auswirkungen auf beide Geschlechter berücksichtigen. Nicht nur die weiblichen Beschäftigten profitieren vom Abbau geschlechtsspezifischer Karrierehemmnisse oder flexiblerer Arbeitsorganisation. Matschkas Befragung zeigt: Solche Maßnahmen schlagen sich vor allem in höherer

Das 7. Schöneberger Forum

findet am 16. und 17. November 2004 in Berlin statt. Das Forum 2004 soll aufzeigen, wie die Gleichstellung von Männern und Frauen im Modernisierungsprozess des öffentlichen Dienstes verwirklicht werden kann.

Unter der Überschrift „Männer und Frauen im öffentlichen Dienst – Arbeiten im Spannungsverhältnis von Lebenszeit-, Laufbahn- und Leistungsprinzip“ diskutieren ExpertInnen sowie VertreterInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft die zentralen Eckpunkte der Erneuerung des öffentlichen Dienstrechts. In einem der Praxisforen wird Ursula Matschke, Leiterin der Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit der Stadt Stuttgart, auch die Ergebnisse der Studie der Hans-Böckler-Stiftung „Gender Mainstreaming im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung“ sowie das Stuttgarter Modell eines Kommunalen Gender Mainstreaming Management vorstellen.

Einige Anmeldungen für das Schöneberger Forum, das vom DGB und der Zeitschrift Der „Personalrat“ veranstaltet wird, sind noch möglich. Der Teilnahmebeitrag beträgt 175 Euro.

Infos zum Forum 2004 und zu den Teilnahmebedingungen sowie das detaillierte Programm: www.schoeneberger-forum.de/forum2004

DGB-Broschüre

Lehren aus PISA

Das miserable Abschneiden bundesdeutscher SchülerInnen beim internationalen PISA-Test löste helle Aufregung aus. Doch die bildungspolitischen Weichen wurden seither nicht in die notwendige Richtung gestellt. In einer Broschüre sind jetzt die wichtigsten Ergebnisse der Diskussionen über die PISA-Studie zusammengefasst: Dazu zählt der möglichst lange gemeinsame Unterricht aller SchülerInnen eines Jahrgangs. Die Handreichung wurde vom DGB, der GEW sowie der IG Metall unter dem Titel „Schule nach PISA – Wie Eltern sich engagieren können. Hintergründe, Gewerkschaftliche Positionen“ erarbeitet. Einzelexemplare gibt es kostenlos. •

DGB, Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
www.dgb-hamburg.de

Jahrestagung

Pflege wohin?

Nach Renten- und Krankenversicherung steht auch das jüngste soziale Sicherungssystem, die Pflegeversicherung, auf dem Prüfstand. Angesichts des rückläufigen Beitragsaufkommens bei gleichzeitig wachsendem Bedarf an Pflegeleistungen erscheint eine grundlegende Reform unumgänglich. „Die Zu-

kunft der Pflege“ ist so auch Thema der Jahrestagung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt. Die Veranstaltung findet am 14. und 15. Oktober in der Berufsgenossenschaftlichen Akademie für Arbeitssicherheit und Verwaltung in Hennef/Sieg statt. Über Perspektiven der Pflegeversicherung diskutiert auf dem Podium unter anderem DGB-Sozialexperte Heinz Stapf-Finé und Roland Eissen, Uni Frankfurt/M. •

Tel. 0228/69 68 28
www.sozialerfortschritt.de

Rechtsprechung

Den Überblick behalten

Jährlich werden in Deutschland von allen Instanzen der Arbeitsgerichte tausende von Sachverhalten neu entschieden. Da fällt es den Betriebsräten im Alltag nicht immer leicht, den Überblick zu behalten. Für Abhilfe sorgt die neue Loseblatt-Sammlung „Entscheidungen zum Arbeitsrecht von A-Z“, die im Oktober im Bund-Verlag erscheint. Die übersichtlich und klar gegliederte Sammlung aktueller arbeitsrechtlicher Rechtsprechung ist eine der umfangreichsten Entscheidungssammlungen als Loseblattwerk speziell für ArbeitnehmerInnen. Alle relevanten Leitsätze sowie wichtige, nicht veröffentlichte Entscheidungen hat Herausgeber Christian Schoof für die Interessenvertreter-



Europa-Leitfaden

Grenzenlos arbeiten

Nicht einmal ein halbes Jahr liegt die EU-Erweiterung zurück. Eine alltägliche Selbstverständlichkeit sind die Möglichkeiten für ArbeitnehmerInnen im größer gewordenen Europa noch nicht geworden. Deshalb hat der Europäische Gewerkschaftsbund, unterstützt von der Europäischen Kommission, einen Leitfaden ent-

wickelt, der eine Vielzahl wichtiger Fragen zum grenzenlosen Arbeiten in Europa beantwortet. Geklärt werden unter anderem Vorschriften aus dem EU-Vertrag, Aspekte des Aufenthaltsrechtes, Doppelbesteuerungsabkommen und die Anerkennung von Diplomen. •

Zum Download unter:
www.nrw.dgb.de/themen/Europa/Mobility_Guide/index

Innen alphabetisch nach Stichworten zusammengestellt.

Das Grundwerk (inkl. Ordner und CD-ROM) kostet 98 Euro, 3 Aktualisierungen (inkl. Update CD-ROM) 49,80 Euro; bei Festabnahme der ersten drei Aktualisierungen gibt's 20 Euro Rabatt. •

www.buchundmehr.de/entscheidungen.html

Gesundheitsreform 2004 beantwortet eine kostenlose Broschüre, die die Arbeitskammer und die Patientenberatung im Saarland zusammengestellt haben. •

Tel. 0681/40 05 444
info@arbeitskammer.de

Infobroschüre

Gesundheitsreform im Überblick

Für wie viele Versuche der künstlichen Befruchtung zahlt die Krankenkasse nach der Gesundheitsreform noch einen Zuschuss? Wie wird die Belastungsgrenze für Zuzahlungen ermittelt? Diese und viele andere Fragen rund um die

Gendertagung

Technik ist weiblich

Technikberufe werden für immer mehr junge Frauen attraktiv: Noch nie gab es so viele Studienanfängerinnen in den Ingenieurwissenschaften wie im Jahr 2004, dem Jahr der Technik. Es wird auch Zeit – schon jetzt zeichnet sich aufgrund der demographischen Entwicklung ein enormer Fachkräftemangel im technischen Bereich ab. „Innovationen – Technikwelten, Frauenwelten“ heißt eine Tagung am 21. Oktober im Deutschen Technikmuseum in Berlin, die die Bedeutung von Frauen in der Technikentwicklung herausstellen und diese mit ExpertInnen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft erörtern will. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Tagung wird in Kooperation mit der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB und dem VDI-Bereich Frauen im Ingenieurberuf von der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH veranstaltet. Die Teilnahme ist kostenlos. •

www.vdivde-it.de/gendertagung

interregio

••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** und das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg fordern, das künftige **Sozialticket** der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) zu einem zumutbaren Preis anzubieten. Die geplanten 39 Euro pro Monat seien bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenhilfe von 425 Euro „dramatisch überzogen“. Der Senat müsse durch Zuschüsse die monatlichen Kosten auf ein akzeptables Niveau senken, so die Forderung

von gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosengruppen. Die Erwerbslosen überreichen deshalb am 21. September 40 000 Unterschriften an die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS). Die BVG hatte das bisherige Sozialticket für 20,40 Euro Anfang des Jahres gestrichen, nachdem der Senat seinen jährlichen Zuschuss von 17 Millionen Euro eingestellt hatte. Infos: Dieter Pienkny, Tel. 030/2 12 40 110

••• Die **DGB-Region Elbe-Weser** lädt gemeinsam mit ver.di am 28. September zur **Diskussionsveranstaltung** „Lohnnebenkosten senken – aber wie?“ ins Kulturhaus nach Achim ein. Im Vordergrund steht das vor allem in den Unionsparteien diskutierte Kopfprämienmodell für die Krankenversicherung und seine Auswirkungen auf Familien, Rentner und Geringverdiener. Infos: DGB Elbe-Weser, Tel. 0 47 21 / 3 55 51

GEWERKSCHAFTEN

Zukunft des Berufsfortbildungswerks

„Die Gefährdung des bfw ist abgewendet“

Durch die massiven Mittelkürzungen bei der Bundesagentur für Arbeit ist das Berufsfortbildungswerk des DGB (bfw) in eine schwere Krise geraten. Einblick hat Geschäftsführer Edgar Schramm gefragt, welche Zukunft das bfw noch hat.

■ Im vergangenen Jahr hat das bfw einen Millionenverlust ausgewiesen. Ist das bfw in seiner Existenz gefährdet?

■ Die wirtschaftliche Lage ist durch die massiv veränderten Umfeldbedingungen außerordentlich kritisch. Im vergangenen Jahr haben wir unter Einbeziehung der Kosten für den Personalabbau einen Verlust von 15,5 Millionen Euro erwirtschaftet. 2004 rechnen wir nochmals mit einem Verlust von 18 Millionen. Das ist außerordentlich schwer zu verkraften. Aber mit den eingeleiteten Maßnahmen ist die Gefährdung des Unternehmens abgewendet, sofern es nicht zu weiteren Nachfrageeinbrüchen kommt.

■ Zu den Maßnahmen der Geschäftsführung gehört ein umfangreicher Personalabbau.

■ Wir haben im vergangenen Jahr 500 Stellen abgebaut. In diesem Jahr sind es bis jetzt weitere 350. Zudem haben wir in den letzten Wochen mit ver.di einen Notlagentarifvertrag vereinbart. Die Beschäftigten erhalten 2004 nur einen kleinen Teil ihres Weihnachtsgelds, 2005 gibt es keine Tarifierhöhung.

■ Wird es auch im kommenden Jahr einen Stellenabbau geben?

■ Ich gehe davon aus, dass die eingeleiteten Maßnahmen ausreichen, um die Zahl der Arbeitsplätze an die bisher bekannte Nachfrageentwicklung anzupassen. Allerdings wird ein Teil der Kündigungen erst im kommenden Jahr wirksam.

■ Wie viele Beschäftigte wird das bfw Ende 2005 noch haben?

■ Von den ursprünglich 2500 Beschäftigten, die im Bereich der beruflichen Weiterbildung arbeiten, werden wir bis Ende 2005 auf deutlich unter 1400 kommen. Parallel dazu ist bei allen Weiterbil-

dungsträgern die Zahl der TeilnehmerInnen in den Weiterbildungskursen, die von der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden, von 339 000 auf knapp über 150 000 zurückgegangen.

■ In den Gewerkschaften gab es Überlegungen, bei einer weiteren Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation eine Insolvenz des bfw in Kauf zu nehmen.

■ Ich glaube nicht, dass es Beteiligte gibt, die das bfw aus strategischen Überlegungen in Insolvenz gehen lassen wollten, um das Unternehmen von finanziellen Altlasten zu befreien. Ich glaube auch nicht, dass man das bfw aus der Insolvenz heraus erfolgreich in eine Zukunft führen kann, schon wegen des hohen Anteils der BA-Mittel, die dann vermutlich wegfallen würden. Aber alle Beteiligten haben eine Insolvenz durchaus für möglich gehalten.

■ Kernproblem ist der hohe Anteil von Weiterbildungsmaßnahmen, die nach dem SGB III gefördert werden.

■ Das bfw hat bis vor zwei Jahren 90 Prozent seines Umsatzes im SGB III-Bereich erwirtschaftet. Inzwischen liegt der Anteil im Westen bei rund 70 Prozent, im Osten bei 40 Prozent. Das hat nicht nur mit dem Rückgang bei der beruflichen Weiterbildung zu tun, sondern auch mit einem absoluten Zuwachs in den anderen Segmenten, zum Beispiel bei den Weiterbildungsmaßnahmen, die wir für die Bundeswehr durchführen, und im Bereich der firmenbezogenen Qualifizierung. Allerdings haben wir den Rückgang im SGB III-Bereich dadurch nur abschwächen können.

■ Wie hoch wird der Umsatz 2004?

■ Wir rechnen für das bfw insgesamt mit einem Umsatz von knapp



Edgar Schramm, 60, ist Geschäftsführer des Berufsfortbildungswerks des DGB (bfw).

120 Millionen Euro. 40 Millionen Euro davon entfallen auf den Geschäftsbereich außerhalb des SGB III.

■ Welche Marktsegmente will das bfw ausbauen, um die Abhängigkeit von der Bundesagentur für Arbeit weiter zu reduzieren?

■ Wachstumspotenziale sehen wir vor allem im Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitswesen. Um hier erfolgreich aufzutreten, haben wir eine eigene Spartenorganisation aufgebaut, die die Sachkompetenz des bfw in diesem Segment bündelt. Zudem wollen wir in Zukunft nicht nur als Weiterbildungsträger auftreten. Im vergangenen Jahr haben wir die weitblick-personalpartner GmbH gegründet, die den gesamten Sektor der Personaldienstleistungen abdeckt und Beschäftigte, die von Personalabbau in der Wirtschaft betroffen sind, über Transfergesellschaften in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Dadurch lassen sich auch Synergien für das bfw erzielen. Zudem ist das bfw seit Anfang dieses Jahres in fünfzig Bildungs- und Beratungszentren gegliedert, die an den Bedürfnissen des regionalen Marktes ausgerichtet sind.

■ Wo steht das bfw in drei Jahren?

■ In der Vergangenheit hat sich das bfw in hohem Maße der Zielgruppe der Arbeitslosen zugewandt. Jetzt konzentrieren wir uns stärker auf den Aspekt des lebenslangen Lernens, den Erhalt und die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen. Mittelfristig könnten beide Bereiche ein gleichgewichtiges Volumen einnehmen. •

Unternehmen für Bildung

Das Berufsfortbildungswerk des DGB (bfw) ist einer der größten Träger beruflicher Weiterbildung in Deutschland. Schwerpunkt des 1953 gegründeten Unternehmens war in der Vergangenheit die berufliche Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen für den ersten Arbeitsmarkt. 2003 wurden bundesweit 3400 Lehrgänge mit über 56 000 TeilnehmerInnen durchgeführt. Ein-schließlich des bfw Berlin, in dem die berufliche Weiterbildung für die neuen Bundesländer konzentriert ist, waren beim bfw bis Ende 2003 über 2000 MitarbeiterInnen beschäftigt. Durch den dramatischen Nachfrageeinbruch in Folge der Hartz-Reform, wird deren Zahl bis Ende 2005 auf unter 1400 sinken.

Neben dem Berufsfortbildungswerk gehören zur bfw-Gruppe die 1991 gegründete inab-Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft sowie die 2003 gegründete weitblick-personalpartner GmbH. Der Schwerpunkt der beiden Gesellschaften liegt in der beruflichen Erstausbildung, in der Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen in Beschäftigungsprojekten, in der Organisation von Transfergesellschaften und in Personaldienstleistungen.

www.bfw.de

Das Berufsfortbildungswerk des DGB (bfw) mit Projektbeispielen aus der Praxis

kurz&bündig



Die IG Metall Bocholt hat mit der Metallindustrie Ruhr – Niederrhein einen Tarifvertrag abgeschlossen, der den Betrieben die Möglichkeit gibt, ihre Beschäftigten je nach Auftragslage untereinander auszuleihen. Die IG Metall erhofft sich davon weniger betriebsbedingte Kündigungen und Zeitarbeit. Vergleichbare Tarifverträge gibt es bereits in vier anderen IG Metall-Verwaltungsstellen in NRW.



TRANSNET und das Land Brandenburg haben eine gemeinsame Erklärung über Qualitätsstandards im Schienenverkehr veröffentlicht. Zwar wolle die Landesregierung mehr Wettbewerb, aber keine „ruinösen Dumpingangebote“, so Verkehrsstaatssekretär Clemens Appel. TRANSNET strebt ähnliche Abkommen auch mit anderen Bundesländern an.



Die IG BAU hat auf ihrem außerordentlichen Gewerkschaftstag in Mannheim den Bundesvorstand verkleinert. Beim nächsten ordentlichen Gewerkschaftstag im September 2005 werden statt elf nur noch neun Vorstandsmitglieder gewählt.



Die GdP Berlin befürchtet, dass Sicherheitsprobleme in sozialen Brennpunkten der Bundeshauptstadt „klein geredet“ werden. Den Berliner PolizistInnen war vom Polizeipräsidenten untersagt worden, die Begriffe „Problemkiez“ und „gefährlicher Ort“ zu verwenden.

Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“

Mitglieder würden nur stören

10 Millionen Euro stellt der Arbeitgeberverband Gesamtmetall jedes Jahr der von ihm im Oktober 2000 gegründeten Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) zur Verfügung. Bis 2010, so lange läuft die Finanzierungszusage, sind das 100 Millionen Euro. Was die Gewerkschaften von der finanzstärksten und auch am besten aufgestellten Arbeitgeberinitiative zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung lernen können, zeigt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung über „Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“.

Der Berliner Sozialwissenschaftler Rudolf Speth beschreibt Entstehung und Arbeitsweise der Initiative und analysiert deren Kernaussagen. „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft“ lautet einer der Slogans. Ziel der Initiative sei der „Rückbau des Wohlfahrtsstaates zu einem Sozialstaat, der nur noch das Nötigste absichert“, so Speth.

Erfolgreich sei die INSM vor allem, weil ihr Gesamtmetall bei der Verfolgung des Ziels, ein reformgünstiges Klima in Politik und Medien durchzusetzen, eine „lange Leine“ lasse. Geführt werde die Initiative

nach den Regeln des professionellen Marketings: Konzept und Name der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ seien nicht vom Auftraggeber Gesamtmetall entwickelt worden, sondern von der Werbeagentur Scholz & Friends. Dort würden rund 40 MitarbeiterInnen für das Projekt INSM arbeiten. „Mitglieder, die sich mit eigenen Ideen an der Initiative beteiligen, würden nur stören“, so Speth. Sein Fazit: Erfolgreich sei die Initiative vor allem durch ihren professionellen Auftritt. „Wer im Politikgeschäft mitmischen will, kommt um professionelle Lobbyarbeit nicht herum. Das gilt auch für die Gewerkschaften.“

www.boeckler.de/pdf/fof_insm_studie_09_2004.pdf

2. Oktober

Protestzug nach Berlin

Am 2. Oktober soll in Berlin unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV – Wir haben Alternativen!“ demonstriert werden. Darauf verständigten sich VertreterInnen von Montagsdemonstrationen, Mitglieder örtlicher Gewerkschaftsgliederungen, von Sozialforen, Arbeitslosenorganisationen und linken

Gruppen am 11. September in Leipzig. Der DGB-Bundesvorstand kam in seiner September-Sitzung überein, für diese bundesweite Demonstration nicht zentral zu mobilisieren.

Auch andernorts in Europa wird es am ersten Oktober-Samstag Protestaktionen geben. So rufen in den Niederlanden alle drei Gewerkschaftsverbände (FNV, CNV, MHP) zu einer Demo in Amsterdam gegen Sozialabbau und Ausweitung der Arbeitszeiten auf. Ihr Motto: „Niederland verdient es besser“.

kums ferngeblieben waren, will Hoffmann die Region wieder mit den Ruhrfestspielen versöhnen. „Ich will den Menschen zuhören, ihre Empfindlichkeit verstehen lernen und auf diese reagieren.“ Wichtig sei, „dass die Menschen merken, dass es ihre Festspiele sind, und nicht nur die der Leute, die sie machen“. Dem Vorwurf, den Ruhrfestspielen drohe nach der Trennung von Castorf der Rückzug ins Provinzielle, hält Hoffmann entgegen, „dass die Ruhrfestspiele ein internationales Festival sind, bei dem die Menschen in der Region der Welt begegnen können“. Ende November will er dem Aufsichtsrat sein Konzept für die Festspiele 2005 präsentieren.

Die Berufung sei „eine gute Lösung“ hatte nach der Aufsichtsratsentscheidung neben den Gesellschaftern auch NRW-Kultusminister Michael Vesper (Grüne) erklärt. Ob Hoffmann die Ruhrfestspiele über deren 60. Geburtstag im Jahre 2006 hinaus leiten wird, ist noch nicht entschieden. Klar ist aber, dass es keine Doppelintendanz von Ruhrfestspielen und Ruhrtriennale mehr geben wird. Beide Festivals werden räumlich und zeitlich entzerrt, wollen aber im Bereich Marketing und Kartenverkauf kooperieren.

Ruhrfestspiele Recklinghausen

Neuer Intendant bis 2006

Zweieinhalb Monate nach der vorzeitigen Trennung von Frank Castorf haben die vom DGB und der Stadt Recklinghausen getragenen Ruhrfestspiele mit dem Theaterregisseur Frank Hoffmann einen neuen Festspielleiter für die kommenden zwei Jahre verpflichtet. Hoffmann, Leiter des Théâtre National du Luxembourg, war zur Zeit von Hansgünther Heyme bereits dreimal mit eigenen Inszenierungen bei den Ruhrfestspielen Recklinghausen vertreten, zuletzt 2003 mit Thomas Bernhardt's Stück „Theatermacher“.

Hoffmann, der die Ruhrfestspiele als „das neben Bayreuth wichtigste Festival Deutschlands“ sieht, will in der kommenden Spielzeit verstärkt auf Tanz und Tanztheater setzen. Das Schauspiel solle dennoch weiter im Mittelpunkt stehen, „mit einem breit gefächerten Programm von prominent besetzten Klassikern bis zur Uraufführung von Stücken junger Autoren“, so der neue Festspielleiter gegenüber *einblick*.

Nach dem Eklat um Frank Castorf, dessen Spielzeit vor allem große Teile des Ruhrgebietspubli-

Hartz IV und die Montagsdemonstrationen

Erst Betroffene wehren sich

Seitdem die Zahl der Betroffenen steigt, wächst der Widerstand gegen die Hartz-Reformen. Hans-Joachim Schabedoth rät den Gewerkschaften, an ihrer differenzierten Kritik festzuhalten. Pauschale „Weg mit Hartz“-Rufe schaden der Glaubwürdigkeit.

Erst die eigene Betroffenheit nährt die Protestbereitschaft. **Seit Verkündung der Agenda 2010 haben die Gewerkschaften auf deren Webfehler aufmerksam gemacht** – zunächst vor weitgehend tauben Ohren. Ganze 90 000 haben im Mai 2003 den Regierungspolitikern und den Draufsattlern der Union ihre Widerstandsbereitschaft signalisiert. So viele, wie seit Wochen an fast jedem Montag. Dazwischen liegen die eindrucksvollen Demonstrationen vom November letzten Jahres und die 500 000 TeilnehmerInnen am 3. April.

Monatelang schien es, als seien die gewerkschaftlichen Kritiker so etwas wie die „Geisterfahrer auf der Autobahn“. Aber jetzt hat der Protest neue Beine bekommen. Jetzt sehen immer mehr, dass nicht alles gut ist, was uns Politik und veröffentlichte Meinung anpreisen. Wie geht es mir, wenn ich arbeitslos werde? Bei dieser Frage wird für viele konkret, warum die Gewerkschaften schon seit Monaten auf wirkliche Arbeitsmarktreformen drängen und bloße Zumutungen als Selbstzweck ablehnen.

Zuerst haben sich die Befürworter der Hartz-Gesetze nur peinlich berührt geführt, weil Demonstrationen an Montagen „Montagsdemonstrationen“ genannt werden. Dann waren sie erstaunt, dass es Proteste auch ohne offiziellen Gewerkschaftsauftritt gibt. Erste Korrekturen sind erreicht: Verbesserung beim Auszahlungstermin des Alg II und bei den Vermögensfreibeträgen für Kinder. Und – erstaunlich genug – **die Politik will jetzt noch einmal neu über weitere Korrekturen nachdenken**. Allerdings nicht sofort, sondern erst nach Wirksamwerden der Gesetze. Es bleibt also noch genug Gelegenheit, die verheißenen Wunderwirkungen in der Praxis zu überprüfen: Über vier Millionen Arbeitslose bei nicht einmal 400 000 offenen Stellen – aber die klare Ansage, den Verlierern im Wettbewerb um offene Stellen die Unterstützung zu kürzen. Da soll sich das Volk nicht aufregen?

Hartz I – IV kann unternehmerisches Versagen und politische Kurzatmigkeit nicht korrigieren. Deshalb werden die Proteste weitergehen. Denn die Ansage, später alles noch einmal zu überprüfen, korrigiert ja nicht, was an politischer Enttäuschung und sozialer Deklassierung

bereits wirksam geworden ist. Im Gegenteil: Es ist peinlich, wenn uns die Bürokraten des Sozialstaats erklären wollen, warum Arbeitssuchende in Ostdeutschland 14 Euro weniger wert sind als westdeutsche Arbeitslose. Will man wirklich wochenlang warten, um das zu ändern? Braucht man wirklich die ersten handfesten Belege für Apartheid auf dem Arbeitsmarkt? Die neuen Zumutbarkeitsregeln diktieren Arbeitslosen eine bis zu 30 Prozent schlechtere Bezahlung. Das soll gerecht sein? Das soll Deutschland retten? Was ist denn mit den 58er-Regelungen, die viele tausend Menschen betreffen? Das sind nur einige der notwendigen Änderungen.

Ob wir weiterkommen, wenn pauschal „Weg mit Hartz IV“ gerufen wird, muss trotzdem bezweifelt werden. Ein Teil der Reformen stellt richtige Weichen. Wir werden uns deshalb weiter die Mühe machen müssen, zwischen sinnigen und unsinnigen Aspekten zu unterscheiden. Bei allem berechtigten Ärger würde eine pauschale Zurückweisung der Reformen die Durchsetzungschancen Ihrer Kritiker nicht verbessern. Diese verlor nur an Glaubwürdigkeit.

Die Gewerkschaften sind nicht der Vormund ihrer Mitglieder. Deshalb können und werden sie ihnen **nicht vorschreiben, wer sich wann, wo und wie an Kundgebungen beteiligt**. Wenn Gewerkschaften in ihren regionalen und betrieblichen Arbeitszusammenhängen zu eigenen Veranstaltungen aufrufen oder sich an Aufrufen anderer beteiligen, muss aber sichergestellt sein, dass Rechts- und Linksextremisten nicht als Trittbrettfahrer mitwirken.

Aus den Erfahrungen der Kohl-Ära und aus den zurückliegenden Monaten rot-grüner Regierungspraxis wissen wir, dass gute Argumente von Politikern **um so eher gehört werden, wenn sie nicht nur von Gewerkschaftern vertreten werden**. Deshalb setzen wir unsere Unterschriftenaktion „Für eine soziale Politik!“ fort. Und wir begrüßen, wenn sich Betroffene auf Montagsdemonstrationen engagieren. Ob das in der Konsequenz bedeutet, eine Demonstration stets durch die nächstgrößere abzulösen, dezentralen Aktivitäten zentrale folgen zu lassen, lässt sich nicht so schematisch beantworten, wie es manch neuer Vormund dezentraler Bürgerproteste wünscht. Gespräche am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft können genauso wichtig sein, um Druck auf die Politik zu entfalten. ●



Dr. Hans-Joachim Schabedoth, 52, ist Leiter der Grundsatzabteilung des DGB.

Korrekturen notwendig

Die Gewerkschaften unterstützen die Reform des Arbeitsmarktes, die auf eine bessere und schnellere Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zielt. Zugleich kritisieren sie weiter die schwerwiegenden Fehler des Hartz IV-Gesetzes, die zu erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen führen werden. Das ist die Kernbotschaft einer Erklärung des DGB-Bundesvorstands zur Debatte um die Arbeitsmarktreform.

Insbesondere fordert der DGB, dass die Freibeträge bei der Anrechnung von Vermögen angehoben werden, dass über 58jährige Alg II-Empfänger, die zuvor Arbeitslosenhilfe bezogen haben, einen Vertrauensschutz für vor der Reform getroffene Vereinbarungen erhalten, und dass bei der Zumutbarkeit von Beschäftigungsverhältnissen tarifvertragliche Regelungen und bei deren Fehlen der ortsübliche Lohn nicht unterschritten werden.



Im Internet

www.einblick.dgb.de
Erklärung des DGB-Bundesvorstands vom 7. September 2004 zur Debatte um die Arbeitsmarktreform

www.dgb.de/homepage_kurztexel/Textelan_begehren.html
Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik

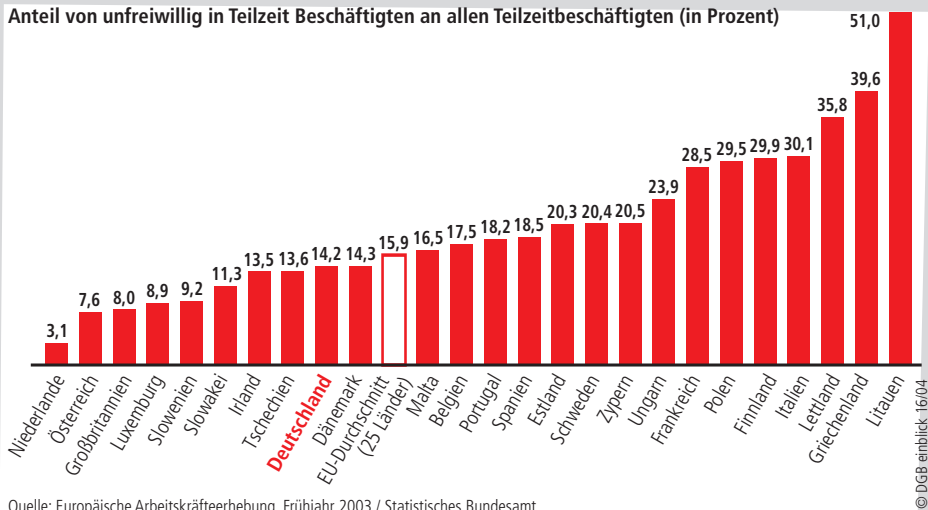
DIES & DAS

die DGB grafik

TEILZEITBESCHÄFTIGTE: Jede/r Siebte sucht einen Vollzeitjob

Jede/r siebte Teilzeitbeschäftigte in Deutschland hätte gern eine volle Stelle. Für sie ist Teilzeit das kleinere Übel, um nicht in die Arbeitslosigkeit abzurutschen. In Deutschland liegt der Anteil unfreiwilliger Teilzeit knapp unter dem Durchschnitt der 25 EU-Staaten von 15,9 Prozent. Den geringsten Anteil haben die Niederlande: Fast die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet in Teilzeit, aber nur 3,1 Prozent von ihnen unfreiwillig. Schlusslicht ist Litauen: Dort suchen 51 Prozent der Teilzeitbeschäftigten einen Vollzeitjob.

Anteil von unfreiwillig in Teilzeit Beschäftigten an allen Teilzeitbeschäftigten (in Prozent)



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, Frühjahr 2003 / Statistisches Bundesamt

© DGB einblick 16/04

14 TAGE

21.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Beschäftigungsfähigkeit in der Wissensgesellschaft“, Münster

24.9. DGB und ACE, Workshop „Mitarbeitermobilität in der Betriebsratsarbeit“, Berlin

24.9. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Beiträge zur Anatomie des Gerechtigkeitsproblems. Aktuelle Forschungsergebnisse“, Frankfurt/M.

25.9. IG BAU, „Tag des Malers“, Duisburg

27./28.9. DGB Hessen, Tagung des Europäischen Gewerkschaftsnetzwerks, „EU – nach der Erweiterung“, Frankfurt/M.

27./28.9. ver.di-innotec,

Fach- und Informationsmesse für Betriebsräte der Logistik- und Verkehrsbranche, „Betriebsrat aktiv – mehr bewegen“, Berlin

28.9. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Erwartungen der Beschäftigten an einen familienfreundlichen Betrieb“, Berlin

29.9. NGG, Gründungskongress der Plattform „Ernährung und Bewegung“, Berlin

29.9. NGG Bayern, Betriebsratstagung „Geiz macht arbeitslos: Handelsmarken kontra Markenartikel“, Nürnberg

29.9.-3.10. DGB-Jugend und attac, Herbstakademie „Das neue Europa: Privatbesitz – Betreten verboten?“, Flecken Zechlin

30.9. ver.di Saar und Arbeitskammer des Saarlandes, Fachtagung „Behinderte Menschen in Beruf und Gesellschaft“, Kirkel

30.9. TBS Nordrhein-Westfalen, Abschlusstagung „Wissen zum Greifen nah – und doch ... (so fern)? – Von den Chancen und Schwierigkeiten der betrieblichen Wissensnutzung“, Oberhausen

30.9. DGB, Workshop „Stärken entdecken – Kräfte bündeln. Gewerkschaften machen Regionen erfolgreich“, Berlin

30.9. DGB und HBS, 1. DAX- und MDAX-Konferenz für Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten, Berlin

2.10. DGB Nordrhein-Westfalen, „Fossil oder Zukunftsmodell?“, Selbstverwaltertagung GKV/GRV, Köln

personalien

••• **Uwe Foullong**, 46, bis zur ver.di-Gründung Sekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), seither Leiter des Bereichs Koordination im Fachbereich Finanzdienstleistungen von ver.di, soll am 1. Dezember Leiter des Fachbereichs werden. Das haben die Delegierten der ehemaligen HBV vorgeschlagen. Die Entscheidung muss vom Mitte Oktober tagenden Gewerkschaftsrat bestätigt werden. Foullong folgt **Hinrich Feddersen**, 60, der nach 32 Jahren Gewerkschaftstätigkeit in den Ruhestand geht.

••• **Klaus Mehrens**, 61, Leiter des IG Metall-Bezirks Frankfurt/M., scheidet zum Jahresende aus seinem Amt. Bis Mitte Oktober will der Bezirk dem IG Metall-Vorstand einen Nachfolger vorschlagen.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsön (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



Schlusspunkt

„Das Arbeitslosengeld II reicht, um nicht nur ein menschenwürdiges, sondern auch ein gutes Leben zu führen.“

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) in einem Interview mit der Sächsischen Zeitung vom 10. September über die Folgen der Hartz-Reform

Aufbau Ost

DGB: Es ist genug Geld da

Hatte Bundespräsident Horst Köhler Mitte September mit der Aussage für Aufregung gesorgt, die Menschen in Deutschland müssten sich mit ungleichen Lebensverhältnissen abfinden, so setzte er Ende des Monats noch einen drauf: „Gleichheit wäre fast unnatürlich“, sagte er – ausgerechnet in Mecklenburg-Vorpommern, dem ärmsten Bundesland.

Auch der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Manfred Stolpe, ist bemüht, die Probleme der neuen Länder wegzudefinieren – und sei es mit Rechentricks: Das Wirtschaftswachstum Ostdeutschlands habe 2003 über dem Westdeutschlands gelegen. Das stimmt – allerdings nur, wenn man, wie Stolpe, die Wirtschaftsentwicklung Berlins und der Bauwirtschaft Ost außer Acht lässt.

Außerdem hinkt Stolpe der Zeit hinterher. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ist aktueller: „In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat Ostdeutschland mit der konjunkturellen Entwicklung im

Armenhaus Ost

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2003 (in Euro)

Hamburg	44 500
Bremen	35 300
Hessen	31 800
Bayern	29 900
Baden-Württemberg	29 500
Nordrhein-Westfalen	25 800
Saarland	24 400
Schleswig-Holstein	23 300
Berlin	23 000
Niedersachsen	22 900
Rheinland-Pfalz	22 900
Sachsen	17 800
Thüringen	17 600
Brandenburg	17 500
Sachsen-Anhalt	17 500
Mecklenburg-Vorp.	17 100

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Krasse Ungleichheit: Das Bruttoinlandsprodukt der neuen Bundesländer beträgt nur 17 600 Euro je Einwohner – und liegt damit 10 100 Euro unter dem der alten. Die Wirtschaftskraft Ost beträgt 63,5 Prozent der Wirtschaftskraft West.

Westen nicht mithalten können“, heißt es im jüngsten IWH-Konjunkturbarometer.

Im 15. Jahr des Aufbaus Ost gilt, was der DGB schon im 14. festgestellt hat: „Die Angleichung der Lebensverhältnisse kommt nicht von der Stelle.“ Dennoch fordert niemand im DGB mehr Geld für den Aufbau Ost. Es sei nicht zu wenig Geld da, erklärte Vorstands-

mitglied Heinz Putzhammer, es werde nur nicht zielgenau eingesetzt. Die Solidarpakt-Mittel würden „oft zweckentfremdet“: zur Haushaltssanierung statt zum Aufbau der Infrastruktur.

Der DGB-Landesvorsitzende von Thüringen, Frank Spieth, hat dafür ein gewisses Verständnis: Die Ost-Länder steckten in einem Dilemma. Weil dort nach wie vor mehr verbraucht als hergestellt werde, hätten sie „faktisch keine andere Wahl“, als einen Großteil der Transferleistungen in den konsumtiven Bereich zu lenken.

Trotzdem ist auch Sachsens DGB-Vorsitzender Hanjo Lucassen der Meinung:

„Das Geld für den Aufbau Ost reicht.“ Die Mittel für den Solidarpakt II (156,5 Milliarden Euro) sollten jedoch anders abfließen als geplant: Nicht gleichmäßig über die Jahre 2005 bis 2019, sondern anfangs nach dem Motto „nicht kleckern, sondern klotzen“. Dafür spricht sich auch Ingo Schlüter, für Mecklenburg-Vorpommern zuständiger DGB-Vize Nord, aus: „Die beste Infrastruktur nützt nichts, wenn keine engagierte Ansiedlungspolitik folgt.“ Eine Beibehaltung der bisherigen Förderung fordert ebenfalls Thüringens DGB-Landeschef Udo Gebhardt. Und für den DGB-Vorsitzenden von Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz, muss beim Aufbau Ost „weiterhin auf der gesamten Klaviatur gespielt werden“.

Der Finanzausgleich von Bund und Ländern ist 2002/2003 jedoch schon um 1,4 auf 21,8 Milliarden Euro zurück gegangen. •

plusminusBERLIN



Die Frauenministerkonferenz der Länder hat kritisiert, dass die Sozialreformen zu Lasten der Frauen gehen. Die Politikerinnen fordern eine eigenständige Existenzsicherung der Frauen, so die Vorsitzende der Konferenz Regina Görner (CDU).



Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hat im Kabinett eine von Arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) vorgelegte Verordnung gestoppt, mit der geduldeten Flüchtlingen und Asylbewerbern die Möglichkeit gegeben werden sollte, zu arbeiten.

inhalt

Seite 3

Unruhe der Anständigen

Sachsens DGB-Vorsitzender Hanjo Lucassen fordert eine offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien

Seite 5

Weder Nabelschau noch Nörgelrunden

Gewerkschaften nutzen verstärkt Supervision bei der Lösung interner Arbeitskonflikte

Seite 7

Fundamentalopposition wäre falsch

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und IG Metall-Funktionär Klaus Brandner rät den Gewerkschaften, sich nicht aus der Reformdebatte zu verabschieden



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.osnabrueck.de/php/online-rechner/alg2-eingabe.htm

Online-Rechner der Uni Osnabrück für die Ermittlung von Leistungsansprüchen beim Arbeitslosengeld II

www.einblick.dgb.de

„Sozial ist, was Beschäftigung schafft“ Entwurf des Leitantrags „Wachstum, Arbeit, Wohlstand“ für den CDU-Parteitag im Dezember (Auszüge)

Akademie der Arbeit

Fortführung gefährdet

Statt 560 000 Euro will das Land Hessen in Zukunft pro Jahr nur noch 313 000 Euro für die in Frankfurt/M. ansässige Akademie der Arbeit (AdA) zur Verfügung stellen. Durch die Sparmaßnahmen der CDU-Landesregierung ist die Weiterführung der gemeinsam von DGB, der Stadt Frankfurt und dem Land getragenen Akademie gefährdet. Weder der DGB, der mit 1,3 Millionen Euro bereits den größten Teil der Kosten trägt, noch die Stadt können den Rückzug des Landes mit eigenen Mitteln kompensieren.

Die 1921 gegründete, an die Universität Frankfurt angegliederte Akademie ist eine der renommiertesten Weiterbildungseinrichtungen, die Studienmöglichkeiten ohne Abitur bietet. In ihren elf Monate dauernden Kursen vermittelt die AdA Basiswissen im Bereich Arbeits- und Sozialrecht, Politik, Ökonomie und Verwaltungswissenschaften und bereitet ihre AbsolventInnen auf die Übernahme von Leitungsfunktionen in ehrenamtlichen Organisationen und Verbänden, aber auch bei den Gewerkschaften vor. Zu ihren Absolventen gehören der spätere Arbeitsminister Walter Riester (SPD) und der heutige IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters.

Ob die mögliche Schließung der AdA verhindert werden kann, soll wegen der laufenden Haushaltsberatungen bis Ende Oktober entschieden werden. Geprüft wird dabei auch eine Beteiligung des Bundes am Trägerkreis der Akademie. „Der DGB will die Akademie der Arbeit erhalten, sie ist eine einmalige Einrichtung“, so DGB-Vorstand Dietmar Hexel gegenüber *einblick*. „Sie ist gegründet worden, um den schnellen Veränderungen durch Bildung zu begegnen“, so die damalige Begründung. Das gilt heute um so mehr. Aber wir brauchen für ihren Erhalt das Land Hessen. Ein stärkeres finanzielles

Engagement des DGB ist wegen unserer eigenen Haushaltslage ausgeschlossen.“

Um den Beginn des 70. Jahreskurses nicht durch die ungeklärte Finanzlage zu gefährden, wird er vom Frühjahr auf den Herbst 2005 verschoben. Gleichzeitig soll die Qualität erhöht werden. Eine bereits Mitte August geschlossene Rahmenvereinbarung mit der Fachhochschule Frankfurt stellt sicher, dass die Absolventen der AdA nach Abschluss des Kurses in Studiengänge der Fachhochschule wechseln können. •

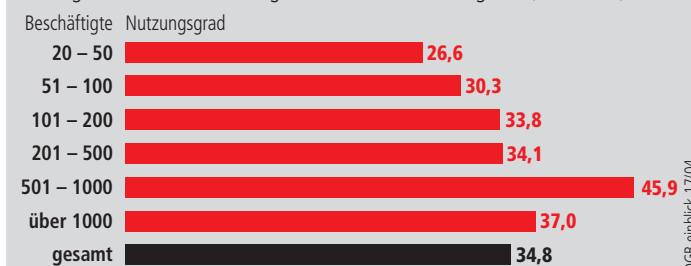
Ausbildungsplatzbilanz

Entwicklung weiter negativ

Der auf drei Jahre abgeschlossene Ausbildungspakt zwischen Wirtschaft und Bundesregierung ist bereits im ersten Jahr gefährdet. Zwar haben sich die beteiligten Verbände wie auch die Politik um zusätzliche Ausbildungsplätze bemüht, die Versorgung geht jedoch weiter zurück: Den 714 524 BewerberInnen standen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lediglich 455 038 Ausbildungsplätze im dualen System gegenüber. Ende August fehlten rechnerisch 259 486 Plätze – auf drei ausbildungsbereite Jugendliche kommen nur zwei betriebliche Ausbildungsstellen. Erneut sank die Zahl der angebotenen Plätze im Vergleich zum Vorjahr um rund

Öffnungsklauseln unterschiedlich genutzt

Nutzung von tariflichen Öffnungsklauseln nach Betriebsgröße (in Prozent)



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2002

© DGB einblick 17/04

Gut ein Drittel aller Betriebe nutzt die tariflichen Öffnungsklauseln, die eine Anpassung der tariflichen Regelungen an die betrieblichen Erfordernisse ermöglichen. Klein- und Mittelbetriebe weisen jedoch eine unterdurchschnittliche Nutzung auf. Das hat eine Betriebsrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) ergeben. Öffnungsklauseln gestatten es, Arbeitszeiten zu variieren, zu verlängern oder zu verkürzen, Berufsanfängern weniger Einkommen zu zahlen, Jahressonderzahlungen, Tarifierhöhungen und Urlaubsgeld auszusetzen oder zu kürzen sowie Grundvergütungen abzusenken. Außerdem können in einigen Branchen wie der Druckindustrie und dem Einzelhandel Kleinbetriebe weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie geringere Entgelte zahlen.

30 000. Die Schere zwischen der Anzahl der BewerberInnen und den Lehrstellen hat sich damit weiter geöffnet.

Zwar hat die Wirtschaft ihre Zusage eingehalten, im „Jahresdurchschnitt 30 000 neue Ausbildungsplätze“ zu schaffen, gleichzeitig wurden aber vor allem im handwerklichen Bereich so viele Lehrstellen abgebaut, dass es zu einer insgesamt negativen Bilanz kommt. Wirtschaft und Bundesregierung haben damit zumindest vorläufig ihre Zusage nicht eingehalten, „... allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein

Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten.“

Für die Gewerkschaften ist der vorläufige, negative Abschluss des Vermittlungsjahres Anlass, sich über die weitere Strategie für die duale Ausbildung zu verständigen. Immerhin hat der Ausbildungspakt zwischen Wirtschaft und Politik dafür gesorgt, dass Gespräche über tarifliche Vereinbarungen wie bei der IG Metall sowie nahezu unterschriftsreife Ausbildungstarifverträge wie zwischen der Gewerkschaft TRANSNET und der Deutschen Bahn AG zu den Akten gelegt wurden. Denn der Ausbildungspakt sollte es ja richten. •

Arbeitsschutz

Mängel kosten 18 Milliarden

Der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz weist erhebliche Mängel auf. Pro Jahr müssen die Sozialversicherungsträger 17,7 Milliarden Euro für erkrankte oder durch Krankheit erwerbsunfähig gewordene ArbeitnehmerInnen aufbringen, deren Gesundheitsschädigung vermeidbar gewesen wäre,

wenn die Unternehmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur betrieblichen Gesundheitsprävention nachkommen würden. Das ist das Ergebnis von zwei Forschungsprojekten des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen. 15 Milliarden Euro der vermeidbaren Belastung der Sozialversicherungssysteme entfallen auf die medizinische Versorgung und das Krankengeld der betroffenen ArbeitnehmerInnen, weitere 2,7 Milliarden Euro auf die Rentenversicherung.

Ohne diese Mehrbelastung könnten nach Berechnungen des DGB die Beiträge zur Sozialversicherung um 1,8 Prozentpunkte gesenkt werden. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat vor dem Hintergrund dieser Zahlen die Unternehmen aufgefordert, ihre gesetzliche Verpflichtung zum betrieblichen Gesundheitsschutz Ernst zu nehmen. Ein wirksamer Arbeitsschutz sei „kein Hemmnis für unternehmerische Kreativität, sondern ein wichtiger Beitrag zur Modernisierung Deutschlands“. •

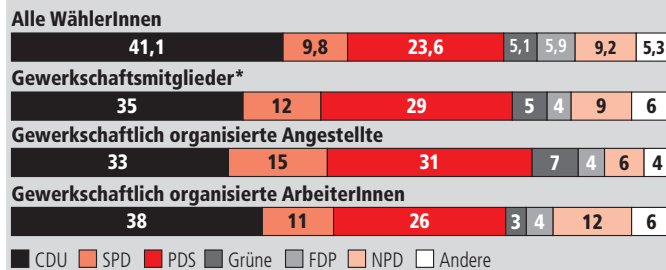
„Unruhe der Anständigen“

Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg ist es den rechtsextremen Parteien gelungen, große Teile ihres Wählerpotenzials zu mobilisieren. Gestärkt durch den Erfolg treffen sie bereits Vorbereitungen, um 2006 in den Bundestag zu ziehen.

Noch am Wahlabend verkündeten die Kommentatoren, dass die Erfolge von NPD und DVU nicht überbewertet werden dürften. Die NPD hätte schon in vielen Landtagen gesessen und sei bald wieder verschwunden. Doch diese Einschätzung greift zu kurz. So hat die NPD gegenüber der Kommunalwahl vom Juni 2004 den Stimmenanteil der rechtsextremen Parteien fast verdoppelt. In der sächsischen Schweiz erhielt die NPD 15,2 Prozent der Stimmen. Besonders erschreckend: Mehr als 20 Prozent der ErstwählerInnen und sogar ein Viertel der jungen Männer wählten NPD. •

Neun Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für NPD

Stimmenanteil bei der Landtagswahl in Sachsen vom 19.09.2004 (in Prozent)



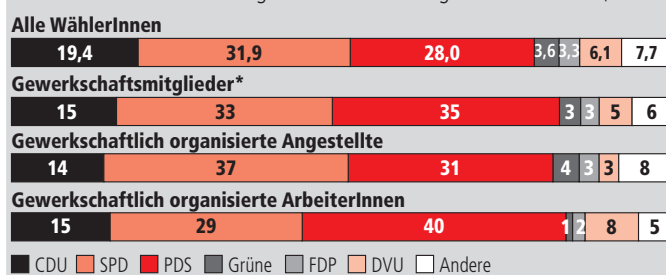
* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quellen: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl vom 19.09.2004/Landeswahlleiter Sachsen
Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 16/04

DVU bei GewerkschafterInnen unterm Schnitt

Stimmenanteil bei der Landtagswahl in Brandenburg vom 19.09.2004 (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quellen: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl vom 19.09.2004/Landeswahlleiter Brandenburg
Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 16/04

?...nachgefragt



Haben die demokratischen Organisationen in Sachsen versagt? Nach den Ursachen des NPD-Erfolgs und der Strategie der Gewerkschaften gegen die rechtsextreme Partei fragte einblick Hanjo Lucassen, den DGB-Vorsitzenden von Sachsen.

9,2 Prozent für die rechtsextreme NPD in Sachsen – das war ein politischer Schock. Bereits bei den Kommunalwahlen haben die zersplitterten Rechten über 100 000 Stimmen bekommen, was bei der aktuellen Wahlbeteiligung zum Einzug in den Landtag gereicht hätte. Diese Warnung wurde leider zu wenig ernst genommen. Mit der Verdoppelung der Stimmen auf 192 000 habe ich auch nicht gerechnet. Seit 1997 provoziert die NPD in Sachsen mit Aufmärschen am 1. Mai. In Leipzig sollte das Völkerschlachtdenkmal zum Aufmarschgebiet werden. Aus dem Widerstand dagegen hat sich mit Unterstützung des DGB und der Musikgruppe „Die Prinzen“ ein alljährlich stattfindendes „Rockkonzert in

den Mai“ entwickelt, an dem bis zu 20 000 Menschen teilnehmen.

In dieser Zeit wurden auch die Projektstage für Demokratie und Courage entwickelt. Jugendliche gehen in Schulen, informieren und führen Aktionen zu Toleranz, Zivilcourage und zur Funktionsweise der Demokratie durch. Rund 1000 Projektstage finden jährlich statt. Sie gibt es heute in vielen Bundesländern, sogar in Frankreich und in den Niederlanden. Doch wie bei vielen derartigen Projekten läuft gerade jetzt die Förderung über das EU-Programm CIVITAS aus.

Es sind aber nicht nur Jugendliche, die es aufzuklären gilt. Die Akzeptanz von extremen Rechten reicht weit in die Gesellschaft hinein, und leider sind auch Gewerkschaftsmitglieder anfällig. Deshalb müssen wir als Gesellschaft insgesamt fähig werden, selbstbewusst, wehrhaft und entschieden dem braunen Gedankengut entgegenzutreten. Wir dürfen nicht wegsehen und nicht tolerieren, wenn ganze Regionen von Rechten bestimmt werden. Wir brauchen nicht den kurzen „Aufstand der Anständigen“ sondern eine ständige „Unruhe der Anständigen“.

Handlungsfeld für Gewerkschaften

Gewerkschaften sind keine Inseln – die rechtsextremen Parteien werden auch von Mitgliedern gewählt. Für Furore sorgte 1998 eine Studie von Infratest/dimap, die unter Gewerkschaftsmitgliedern ein hohes rechtsextremes Wählerpotenzial ausmachte. Und dass bei der Wahl in Brandenburg GewerkschafterInnen eher unterdurchschnittlich für die DVU stimmten, ist kein Grund zur Beruhigung.

Der DGB-Bundeskongress 1998 setzte eine Kommission ein, die die Entwicklung des Rechtsextremismus analysierte und Handlungsperspektiven erarbeitete. Begründet wurde der vom DGB-Bezirk Sachsen eingereichte Antrag damit, dass sich Neonazis immer mehr gewerkschaftlicher Politikfelder bemächtigen und rechte Gruppierungen und Parteien auf militante Weise zunehmend den öffentlichen Raum beherrschten.

In ihrem Abschlussbericht empfahl die DGB-Kommission nach dem Mainstreaming-Konzept bei politischen Entscheidungen immer auch die Frage zu stellen, inwieweit diese rechtsextremes Gedankengut befördern können. Strategien gegen rechtsextreme Parteien zeigt auch eine Studie von Hans-Böckler-Stiftung und Otto-Brenner-Stiftung, die im Oktober erscheint.

Mehr Infos:

www.dgb.de, Themen von A-Z,
Stichwort Rassismus

BetriebsräteTag

Netzwerke bauen

„Veränderungen gestalten - Beschäftigung sichern“ ist das Motto des Bonner BetriebsräteTags 2004. Die Fachtagung am 23. und 24. November bietet Betriebsräten Gelegenheit zum „netzwerken“. Mit Vorträgen, Praxisberichten und Talkrunden zu den Themen Veränderungsmanagement, Beschäftigungssicherung und Kompetenzentwicklung will die zweitägige Veranstaltung zum überregionalen und branchenübergreifenden Austausch beitragen. •

Tel. 0228/268 40 66
info@betriebsraetetag.de

IT-Qualifizierung

Prüfen lernen

Auch ExpertInnen können Unterstützung brauchen, und so richtet sich die Fachtagung „Prüfungen in der IT-Qualifizierung“, die am 15. und 16. Oktober in Hannover stattfindet, vor allem an IT-SpezialistInnen. Informiert wird unter anderem über die Zukunft des Prüfungswesens nach der Reform des Berufsbildungsgesetzes, über die privatwirtschaftliche Personalzertifizierung von IT-Spezialisten sowie über Prüfungen im System der IT-Aus- und Weiterbildung. Veranstal-

ter sind AQUA-IT, ein Projekt der IG Metall für PrüferInnen im ITK-Bereich, und KIBNET, Kompetenzzentrum IT-Bildungsnetzwerke, ein gemeinsames Projekt von IG Metall und BITKOM, dem Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien. Anmeldungen bis 8. Oktober. •

Tel. 069/66 93 20 30
gabi.hurtig@igmetall.de

Workshop

Fonds zum Energiesparen

Energiesparen gehört nach wie vor zu den nicht ausgeschöpften Ressourcen. Bei einem Workshop, den der DGB, die Hans-Böckler-Stiftung, das Wissenschaftszentrum NRW und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gemeinsam am 7. Oktober in Berlin veranstalten, werden ExpertInnen über ein „Organisations- und Finanzierungskonzept für einen Energieeffizienz-Fonds in Deutschland“ diskutieren. Der Fonds wird dabei als geeignetes Instrument betrachtet, innovative Energiespar-Programme und -Kampagnen zu entwickeln. Sinn und Nutzen eines Energieeffizienz-Fonds untersuchen das Wuppertal Institut und Partnerforscher in einem Forschungsprojekt, das die Böckler-Stiftung beauftragt hat. •

horst.heuter@bw.dgb.de



Arbeitsrecht im Betrieb

Angebote zum Jubiläum

Vor 25 Jahren wurde die Zeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* (AiB) gegründet. Mit einer monatlichen Auflage von über 26 000 Exemplaren ist AiB heute anerkannte Marktführerin auf dem Gebiet der Fachinformationen für Betriebsräte. Zum 25. Jubiläum hat der AiB Verlag einen Flyer herausgegeben, der die gesellschaftliche, gewerkschaft-

liche und arbeitsrechtliche Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts Revue passieren lässt. Der Verlag bietet all jenen, die AiB noch nicht kennen, ein dreimonatiges kostenloses Probe-Abo an. Unter den ersten hundert ProbeleserInnen werden 25 Preise – vom Tunesien-Urlaub über Bücher und Konzertkarten bis zu Pralines und Biokost – verlost. •

Bestellungen:
presse@bund-verlag.de

ver.di-Fachtagung

Väter fördern

Wer als Mann versucht, die Vaterrolle mit der Berufsausübung unter einen Hut zu bringen, hat es auch nicht leichter als eine Frau, die sich gleichermaßen um Arbeit und Kinder kümmern will. Über neue Ansätze einer familienfreundlichen Personalpolitik wird bei der Fachtagung „Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem – oder familienfreundliche Personalpolitik (auch) für Väter?“ des ver.di-Bereichs Genderpolitik am 3. November in Hannover diskutiert. •

Tel. 030/69 56 11 73
Fax 030/69 56 30 90
gender-politik@verdi.de

Jugendseminare

„Streber“ werden

Wie erwerbe ich Zivilcourage? Wie drücke ich mich gut und verständlich aus? Wie baue ich Vorurteile ab? Diese und viele andere Themen werden in Seminaren und Workshops des gewerkschaftlichen Jugendbildungsprogramms „Der Streber“ im DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen behandelt. Angesprochen sind Jugendliche im Alter zwischen 15 und 26 Jahren, die sich für Politik, Gesellschaft und Kultur interessieren. •

Tel. 0 23 24/59 52 00
www.streber-online.de

interregio

••• Der **DGB Hessen** hat als Mitglied des Bündnisses „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ auf dem 1. Hessischen Sozialforum am 18. September in Frankfurt/M. die **Hessische Sozialcharta** mit unterzeichnet. Das Bündnis fordert darin die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher sowie eine bedarfsdeckende Grundsicherung. Ein Jahr nach Verkündung des drastischen Sparpaketes durch Ministerpräsident Roland Koch (CDU)

soll so ein Zeichen gegen Sozialabbau gesetzt werden. Neben dem DGB gehören dem Bündnis Caritas, Diakonisches Werk, AWO sowie 20 weitere Verbände an. Infos: Franz Segbers, Diakonisches Werk, Tel. 069/7 94 72 02

••• Das Forum Soziale Technikgestaltung des **DGB Baden-Württemberg** bietet mit dem **Online-Modellprojekt** „TREWIRA Mössingen“ Jugendlichen einer Mössinger Realschule die Möglichkeit, elektronische Bewerbungsverfahren

kennen zu lernen. Bei 33 am Projekt beteiligten Arbeitgebern können sich die Schüler online über Ausbildungsberufe informieren und sich anschließend auf konkrete Stellen bewerben. Infos: Welf Schroeter, Tel. 0 74 73/2 27 50

••• „Was macht eine Wirtschaftsregion erfolgreich?“. Dieser Frage widmet sich eine gemeinsame **Tagung** des **DGB Sachsen-Anhalt** und des Instituts für Europäische Forschungen und Projekte (IEFP) am 24. November im Kultur-

haus Wolfen. Faktoren wie natürliche Ressourcen, Verkehrsstruktur, Kapitalangebote, Kostenvorteile und Arbeitskräftepotenziale seien wichtig, aber sie reichten allein nicht aus, damit eine Region prosperiert. Entscheidend sei ein intensiveres Zusammenwirken von Unternehmen, Gewerkschaften, Verwaltungen, Hochschulen und Politik. Wie das gefördert werden kann, soll auf der Tagung diskutiert werden. Infos:

www.sachsen-anhalt.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

Supervision in der Gewerkschaftsarbeit

Weder Nabelschau noch Nörgelrunden

Zunehmend entdecken die Gewerkschaften Supervision als Instrument zur Analyse und Lösung von Konflikten in der Gewerkschaftsarbeit.

Die MitarbeiterInnen eines Landesfachbereichs von ver.di hatten eine klare Vorstellung: Sie meldeten bei ver.di-Personalentwicklerin Eva Serafin aus der Bundesverwaltung Bedarf an einem Angebot zur Teamentwicklung an. Doch im Gespräch stellte Serafin fest, dass den Beschäftigten mit einer anderen Methode besser zu helfen wäre. „Eine Gruppensupervision förderte die Probleme der MitarbeiterInnen – unterschiedliche Auffassungen bei der Vorbereitung von Tarifverhandlungen – zutage und trug zur Lösung bei“, stellt Eva Serafin fest.

Supervision, Coaching, Teamentwicklung: Bei ver.di gehören Angebote zur Konfliktanalyse und -beilegung im Arbeitszusammenhang inzwischen zum Alltag. Dass die Gewerkschaft seit Anfang 2002 ein stimmiges Konzept in der Personalentwicklung verfolgt, hängt mit der Fusion von ÖTV, HBV, DAG, IG Medien und DPG zu ver.di zusammen. „In einigen Vorläufergewerkschaften wurden Supervision und Coaching eingesetzt, doch die Voraussetzungen unterschieden sich stark“, so Serafin. Die Fusion erwies sich als optimaler Anlass, ein einheitliches Programm zu etablieren. Gemeinsam mit einer externen Supervisorin konzipierte die ver.di-Personalentwicklerin das „SuCoTe-Programm“, das für Supervision, Coaching, Teamentwicklung steht.

Anfangs gab es Vorbehalte. Eva Serafin: „Das Gros der Beschäftigten hat nicht unbedingt auf Supervision gewartet.“ Zum Selbstverständnis „gestandener GewerkschaftssekretärInnen“ schien ein solches Angebot nicht zu passen. Doch eine Auswertung Ende 2003 ergab ein anderes Bild: 250 ver.di-Beschäftigte, darunter achtzig Führungskräfte, hatten bis zu diesem

Zeitpunkt ein Angebot aus dem SuCoTe-Programm wahrgenommen, dreißig Beratungsprozesse liefen

„Das Gros der Beschäftigten hat nicht unbedingt auf Supervision gewartet.“

noch. Die Nachfrage ist gleich bleibend stark, so Serafin. „Wer die erste Hemmschwelle überwunden hat, erkennt schnell den Nutzen unserer Angebote.“ Denn Supervision in der bei ver.di angebotenen Form hat nichts mit Nabelschau oder Nörgelrunden zu tun. Im Mittelpunkt steht die Lösung Arbeitsplatzbezogener Probleme.

Auch DGB-Vorstand Dietmar Hexel kennt die Vorbehalte gegenüber Supervision. „Der Begriff weckt Assoziationen, die nichts mit den harten Fakten der Gewerkschaftsarbeit gemein zu haben scheinen. Da hilft nur gezielte Aufklärung und praktisches Erproben. Gewerkschaftsarbeit ist auch Kommunikations- und Klärungsarbeit. Supervision kann sie verbessern. Wer es gemacht hat, weiß: Es hilft.“

Vor zwei Jahren hat die „Deutsche Gesellschaft für Supervision“ (DGSv) eine Projektgruppe „Supervision und Gewerkschaften“ gebildet, der neben SupervisorInnen der DGSv die GewerkschafterInnen Dietmar Hexel, Eva Serafin und Willi Zielak (IG BAU) angehören. Drei Arbeitshypothesen galt es zu überprüfen. Erstens: Der Bedarf an Supervision in Gewerkschaften ist höher als das qualifizierte Angebot. Zweitens: Supervision kann Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten viel bieten, sofern die SupervisorInnen sich auf die Besonderheiten der Organisation einlassen und „Feldkompetenz“ erwerben.

Drittens: Das Synergiepotenzial von Supervision und Gewerkschaftsarbeit ist hoch.

Nach vier Treffen sah die Projektgruppe diese Hypothesen als weitgehend bestätigt an: „GewerkschafterInnen arbeiten mit der eigenen Person. Sie sollen Werte und Visionen verkörpern, müssen schwierige soziale Konflikte aushalten und Vereinbarungen aushandeln. Supervision hilft bei der Selbstvergewisserung und -klärung, bearbeitet Ambivalenzen und Unsicherheiten und mildert gesundheitliche Belastungen“, heißt es im Zwischenbericht der Projektgruppe.

Dietmar Hexel hat die Erfahrung gemacht, dass die meisten Probleme, die in Organisationen wie den Gewerkschaften oder in Betrieben auftauchen, wenig mit Fakten

„Gewerkschaftsarbeit ist auch Kommunikations- und Klärungsarbeit. Supervision kann sie verbessern.“

zu tun haben. „Sehr oft sind verschiedene Sichtweisen auf Probleme und die emotionale Befindlichkeit Ursache für Konflikte“, so Hexel.

Angemessenes Konfliktmanagement gehört auch bei der IG Metall zum Angebot im Bereich Personalentwicklung. „Bis 1998 lief bei uns ein Projekt Organisationsentwicklung, zu dem Supervision für Hauptamtliche gehörte“, sagt Susanne Scholtyssek vom Fachbereich Personal/PE. Die jetzigen Angebote – neben Konflikttraining gibt es Potenzialanalysen, Coaching bei der Übernahme neuer Aufgaben, Schulung der Kommunikationsfähigkeit – enthielten allesamt Elemente von Supervision; der Begriff selbst wird jedoch kaum verwendet. •

Fachtag in Hannover

Tiefer in das Thema Supervision und Gewerkschaften können Interessierte bei einer Veranstaltung am 5. November in Hannover einsteigen: Unter dem Titel „Anschlussfähigkeit“ bringt die Projektgruppe „Supervision und Gewerkschaften“ der Deutschen Gesellschaft für Supervision (DGSv) ExpertInnen aus dem Bereich der Supervision wie aus den Gewerkschaften zusammen.

Bei dem vom DGSv, dem DGB-Bundesvorstand und der Hans-Böckler-Stiftung veranstalteten Fachtag wird die Projektgruppe ihre zentralen Arbeitsergebnisse vortragen und zur Diskussion stellen. Darüber hinaus sollen in zwei parallel tagenden Foren konkrete Ideen zur Institutionalisierung von Supervision in Gewerkschaften, in Betriebs- und Personalräten zusammengetragen werden.

Der Fachtag richtet sich an SupervisorInnen mit Erfahrungen im Bereich Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenvertretung sowie an MultiplikatorInnen aus dem Bereich Interessenvertretung der Arbeit.

DGSv

Tel. 0221/92 004 13

Fax 0221/92 004 29

info@dgsv.de

www.dgsv.de

kurz&bündig

ver.di

Der ver.di-Bezirk Berlin/Brandenburg wird sich nicht mehr an der Montagsdemonstration „Weg mit Hartz IV“ beteiligen. Grund seien wiederholte Verletzungen von Absprachen und Hetze gegen ver.di durch einen Teil der Mitorganisatoren der zweiten Berliner Demo „Montags gegen Agenda 2010“. Kurz nach der ver.di-Entscheidung hat sich auch attac von den Montagsdemonstrationen zurückgezogen.

GEW

Die GEW fordert als Reaktion auf die neuesten OECD-Bildungsstudien statt „föderaler Kleinstaaterei“ eine konzentrierte Aktion aller Bundesländer. Drei Jahre nach PISA fehle noch immer ein gemeinsames Konzept. Ein erster Schritt seien mehr staatliche Fortbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen.

DGB

Der DGB hat 50 000 Euro für die Kinder von Beslan gespendet, in deren Schule Anfang September das blutige Ende eines Geiseldramas mehr als 400 Menschenleben gekostet hat.



Die IG Metall hat Unternehmen zur Abkehr vom „Jugendwahn“ bei der Personalauswahl aufgefordert. Der demographische Wandel erfordere mehr Toleranz gegenüber älteren Mitarbeitern. Dazu gehöre auch eine altersgerechte Arbeitszeitgestaltung. Zudem müsse die Politik „sinnvolle Anschlusslösungen“ für das 2009 auslaufende Altersteilzeitgesetz schaffen.

DGB-Aktionsprogramm ChancenGleich

Netzwerk-Konferenz für Betriebsräte

Ende 2004 läuft das im Juli letzten Jahres gestartete Aktionsprogramm ChancenGleich von DGB und Gewerkschaften aus. Ein Zwischenresümee soll auf einer Netzwerk-Konferenz am 11./12. November in Berlin gezogen werden. Eingeladen sind insbesondere Betriebsräte, die sich in betrieblichen und überbetrieblichen Netzwerken für mehr Chancengleichheit in der privaten Wirtschaft engagieren.

Sich für gleiche Chancen von Frauen und Männern einzusetzen, gehört seit der Novelle der Betriebsverfassung ausdrücklich zu den Aufgaben von Betriebsräten. DGB

und Gewerkschaften haben eine Reihe von Projekten zu Handlungsfeldern wie Arbeitszeitgestaltung, Restrukturierungsmaßnahmen, Sicherung und Förderung der Beschäftigung, Qualifizierung und Personalplanung aufgelegt, um Betriebsräten Impulse zu geben und sie zu unterstützen. Einige von ihnen werden auf der Konferenz vorgestellt. Es soll aber nicht nur Bilanz gezogen werden. In der Konferenz geht es vor allem auch darum, konkrete Vereinbarungen zu treffen, wie die begonnenen Aktivitäten fortgesetzt und die regionalen und betrieblichen Akteure in Zukunft unterstützt



und vernetzt werden können. „Das Aktionsprogramm soll nachhaltig wirken“, so Maria Kathmann, die beim DGB für ChancenGleich verantwortlich ist.

Betriebsräte können sich für die Veranstaltung nach Paragraph 37.6 BetrVG freistellen lassen. Anmelde-schluss ist der 18. Oktober. ●

DGB Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik
Tel. 030/240 60 246
Maria.Kathmann@bvv.dgb.de
www.chancengleich.de

Fragen an ...

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di verliert massiv Mitglieder. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ist die Mitgliederzahl um 80 000 gesunken, auf 2,53 Millionen. einblick hat den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske gefragt, wie er den Trend umkehren will.



Foto: Jürgen Seidel

■ ver.di leidet unter Mitgliederschwund. Was sind die Ursachen?

■ Die sinkende Mitgliederzahl ist in erster Linie ein Resultat des Arbeitsplatzabbaus in den Branchen, in denen ver.di einen hohen Organisationsgrad hat. In der Druckindustrie lässt sich das analog beobachten: Sieben Prozent weniger Arbeitsplätze entsprechen sieben Prozent weniger Mitgliedern. Einen massiven Stellenabbau gibt es auch in anderen Branchen: Im privaten Bankgewerbe sind in den vergangenen vier Jahren 13 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet worden, im Versicherungsgewerbe waren es allein 2003 1,5 Prozent. Betroffen sind vor allem ältere KollegInnen. In dieser Altersgruppe hat ver.di die meisten Mitglieder. Post und Telekom haben im Zuge der Privatisierung über 200 000 Arbeitsplätze abgebaut. Das ist bei Unternehmen, die zu über 90 Prozent organisiert sind, nicht spurlos an uns vorbeigegangen. Und im Handel arbeiten bereits über 50 Prozent der Beschäftigten Teilzeit, jeder Dritte ist geringfügig beschäftigt.

■ Gibt es nur externe Gründe?

■ Ein Grund ist auch die Beitragsanpassung: Viele, die noch eine „Rechnung offen“ hatten, treten aus, wenn sie die Beitragsrückstände beglichen haben. Letzten Endes führen Beitragsanpassungen zwar zu mehr Austritten, aber auch zu einem höheren Durchschnittsbeitrag.

■ Die ver.di-Gründung sollte eigentlich die Voraussetzungen schaffen, um neue Mitglieder in bislang kaum organisierten Bereichen zu gewinnen. Ist das Konzept gescheitert?

■ Auf keinen Fall –, ich halte die Idee einer Konzentration der Kräfte nach wie vor für richtig. Das zeigen übrigens auch die Mitgliederzuwächse in den Bereichen, wo wir in Konkurrenz zu Gewerkschaften außerhalb des DGB stehen: Im Kabinenbereich bei der Lufthansa haben wir zum Beispiel trotz der Konkurrenz zu UFO im vergangenen Jahr 18 Prozent Mitglieder gewonnen. Und die Zahl der bei ver.di organisierten JournalistInnen ist seit Jahresbeginn um 3,5 Prozent gestiegen. Das zeigt, dass wir mit unserem Konzept auf dem richtigen Weg sind.

■ Die Zuwächse in diesen Bereichen können die Verluste in anderen Branchen nicht kompensieren. Muss ver.di seine Ressourcen nicht stärker auf die Mitgliederwerbung konzentrieren?

■ Die Verteilung der Ressourcen wird gerade überprüft. In Zukunft wird es mehr Geld für die Betreuung vor Ort geben. Dazu gehört auch das klassische Werbegespräch. Bei einem Pilotprojekt an der Uni Gießen haben wir auf diesem Weg 43 Prozent Mitglieder gewonnen.

Verhältnis SPD und Gewerkschaften

Fundamentalopposition wäre falsch

Nach wie vor gilt: SPD und Gewerkschaften verfolgen die gleichen Ziele. Dennoch schlagen sie verschiedene Wege ein, weil sie die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen unterschiedlich analysieren. Das meint der SPD-Abgeordnete und IG Metalller Klaus Brandner. Er warnt die Gewerkschaften davor, Fundamentalopposition zu betreiben. Sie verspielen sonst ihre Chance, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und mitzugestalten.

„Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine Demokratie. Mit ihnen verbinden uns gemeinsame Geschichte und gemeinsame Ziele. Sie bestimmen ihre Aufgaben selbst. Ihre freie Bestätigung ist für uns unantastbar. Wo immer Arbeitnehmerinteressen berührt sind, sollen die Gewerkschaften an gesellschaftlichen und politischen Aufgaben mitwirken. Wir respektieren ihre parteipolitische Unabhängigkeit.“

So heißt es im Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gewerkschaften und SPD anerkennen und respektieren also wechselseitig ihre Unabhängigkeit und Eigenverantwortung. Die SPD ist keine Gewerkschaftspartei und die Gewerkschaften sind keine sozialdemokratischen Richtungsorganisationen.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben eine über hundertjährige gemeinsame Geschichte. Tarifautonomie, Kündigungsschutz, Teilhabe, Arbeitnehmerrechte, sozialer Rechtsstaat, Internationalismus sind deren Grundpfeiler. Wir haben gemeinsam viel für die Menschen erreicht. Jetzt müssen wir daran arbeiten, **dass wir in einer schwierigen Zeit dieses historische Bündnis erhalten.**

In den letzten Monaten konnte man immer wieder hören und lesen, das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaft sei zerrüttet. Der Ton ist sicherlich rauer geworden. Das ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung jedoch nicht das erste Mal so. Die Beziehung von SPD und Gewerkschaften war immer geprägt von harten Auseinandersetzungen. Wenn die SPD in der Rolle der Regierungspartei konkret handeln musste, kam es häufig zu intensiven Diskussionen zwischen Partei und Gewerkschaften, manchmal auch zum Streit.

Die Differenzen über die Agenda 2010 der Bundesregierung sind nicht nur Auseinandersetzungen über den richtigen politischen Weg. Meiner Meinung nach offenbaren sie ganz deutlich, dass SPD und Gewerkschaften die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen unterschiedlich analysieren. Deswegen kommen sie trotz gleicher Ziele nahezu zwangsläufig zu unterschiedlichen Lösungen.



Klaus Brandner, 55, ist wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und 1. Bevollmächtigter der IG Metall Gütersloh.

Wir müssen großen Herausforderungen begegnen. Unser Sozialstaat ist gewachsen als Antwort auf nationalen Kapitalismus, auf Industrialisierung und lange Lebensarbeitszeiten. All dies gibt es so nicht mehr. Die konjunkturelle Entwicklung und der internationale Konkurrenzdruck der deutschen Wirtschaft, die demographische Entwicklung und der strukturelle Wandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt **verlangen nach neuen Antworten.**

Meiner Auffassung nach hat die Bundesregierung mit der Agenda 2010 die richtige Richtung eingeschlagen. Es geht darum, wie wir trotz der Veränderungen Wohlstand für alle und soziale Gerechtigkeit dauerhaft sichern können. Es geht also darum, unsere Sozialsysteme zukunftsfähig zu machen, sie zu reformieren, nicht darum, sie abzuschaffen. Die Gewerkschaften müssen ihrem gesellschaftspolitischen Auftrag gerecht werden, den Wandel nicht nur zu beklagen, sondern ihn aktiv mitzugestalten. Die Gewerkschaften dürfen sich nicht auf eine Fundamentalopposition zurückziehen, denn sonst verspielen sie ihre Chance, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und mitzugestalten.

SPD und Gewerkschaften müssen in einen konstruktiven Dialog treten. Sie müssen eine gemeinsame Diskussion über die Zukunft führen, über die Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung, die Probleme einer modernen Industriepolitik, die Zukunft von Arbeit, Tarifautonomie und Mindestlöhnen, darüber wie wir unser Bildungssystem gerecht und modern gestalten können, wie wir unser Gesundheitssystem zukunftsfähig machen können. Sie müssen diese Auseinandersetzungen konstruktiv und zielorientiert miteinander führen. ●

Gespanntes Verhältnis

Historisch wird es genannt, das Bündnis von SPD und Gewerkschaften. Doch seit der Agenda-Rede von Bundeskanzler Schröder ist ihr Verhältnis gespannt – bis zum Zerreißen. Anfang April 2003 brachte der DGB in Berlin, Köln und Stuttgart 500 000 Menschen gegen die so genannten Arbeitsmarktreformen auf die Straße.

Auf der Basis des SPD-Wahlprogramms von 2002 hatten sich die Gewerkschaften noch für die Wiederwahl der SPD-geführten Koalition stark gemacht. Auch der Koalitionsvertrag entsprach ihren Vorstellungen. Dass die politische Praxis von der Theorie abweichen kann und ein Umdenken erforderlich macht, wissen sie. Aber kritikloses Hinnehmen von „Basta“-Politik? Nein danke! Wichtig bleibt aber eine differenzierte Auseinandersetzung mit den politischen Reformvorhaben. Deshalb gibt es keinen bundesweiten Aufruf zu Protestkundgebungen gegen Hartz IV.

Trotz heftiger Kritik – wechselseitige Beschimpfung inklusive – ist der Gesprächsfaden nie abgerissen. Denn „wir sind auf euren Erfolg angewiesen wie ihr auf unseren“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer an die Adresse von SPD-Chef Müntefering. Aber auch wenn beide Seiten versöhnliche Töne anschlagen: Von einem Schulterchluss sind sie weit entfernt.

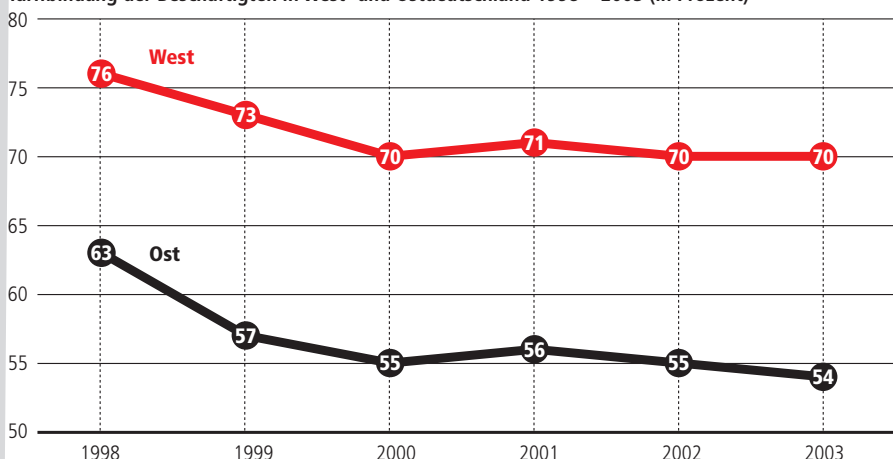
DIES & DAS

die DGB grafik

TARIFBINDUNG: Flucht aus Tarifverträgen gestoppt

70 Prozent der Beschäftigten im Westen und 54 Prozent im Osten haben 2003 in einem Betrieb mit Tarifbindung gearbeitet, für sie galten Branchen- oder Firmentarifverträge. Diese Zahlen haben sich seit 2000 kaum verändert: Die Tarifbindung hat sich – nach dem Rückgang in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – stabilisiert. Das ist das Ergebnis einer Arbeitgeberbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit. Von Tarifflicht könne aktuell keine Rede sein.

Tarifbindung der Beschäftigten in West- und Ostdeutschland 1998 – 2003 (in Prozent)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2003

© DGB einblick 17/04

14 TAGE

5./6.10. ver.di, Fachtagung „Gesünder leben im Betrieb – Geschlechterblick im Arbeits- und Gesundheitsschutz“, Hannover

5.-10.10. Otto-Brenner-Stiftung, Internationale Sommerakademie „Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland“, Imshausen

6./7.10. ver.di, Personalräte-Forum „Personalratsarbeit und die Zukunft des öffentlichen Dienstes“, Magdeburg

7.10. DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen, Düsseldorfer Kamingespräche „ach SPD ...“ mit jungen GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen, Düsseldorf

7.10. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Ener-

gieeffizienz-Fonds – Organisations- und Finanzierungskonzept für einen Energieeffizienz-Fonds in Deutschland“, Berlin

7./8.10. ver.di, online-Chat Beamtenbesoldung, www.verdi.de

8./9.10. GEW, Workshop „Nachwuchsarbeit in der GEW“, Rothenburg/Fulda

8./9.10. IG BAU, BundesesseniorInnen-Konferenz, Steinbach

8.-10.10. ver.di-Jugend, Antirassismuskonferenz „Ausgrenzung beginnt auch im Kopf“, Gladbach

9.10. DGB Thüringen und Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Tagung „Handlungsmöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement, Gotha

13.10. DGB-Region Saar, Fachtagung „Reform des Berufsbildungsgesetzes“, Kirdel

15.10. DGB-Bezirk Bayern, Kongress „Perspektive Bayern gestalten“, mit Jutta Almendinger (IAB)

und Heiner Flassbeck, München

18.10. DGB Schleswig-Holstein Nord, Fachtagung „Pioniere und Ignoranten – Altersorientierte Personalentwicklung in mittelgroßen Betrieben“, Flensburg

Tipp

Buch: Hermann-Josef Arentz, Sozialstaat im Härtestest, Droste Verlag, Düsseldorf 2004, 224 Seiten, 16,95 Euro

Der Rheinische Kapitalismus ist ein Kind der Union. Wenn die CDU eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit erlangen will, darf sie das „Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft“ nicht aus dem Auge

verlieren – das sind die beiden zentralen Thesen des Ende September erschienenen Buchs von Hermann-Josef Arentz. „Neoliberal und CDU passen nicht zusammen“ warnt Arentz, seit 2001 Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft der CDU (CDA). Im Verhältnis der CDU zu den Gewerkschaften mahnt der christ-soziale Politiker mehr Ehrlichkeit an.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Diese Ausgabe enthält eine Beilage der Otto-Brenner-Stiftung.



Schlusspunkt

„Ein für seine Fremdenfeindlichkeit berühmter Touristenort, das ist wie eine Metzgerei, die von wütenden Vegetariern geführt wird.“

Der Berliner Tagesspiegel am 21. September über den sächsischen Fremdenverkehrsort Reinhardtsdorf. Bei der Landtagswahl hatten in dem 1600 Einwohner zählenden Ort 23 Prozent für die NPd gestimmt.

Betriebliche Tarifpolitik

Kein Vertrag ohne Mitglieder-Bonus

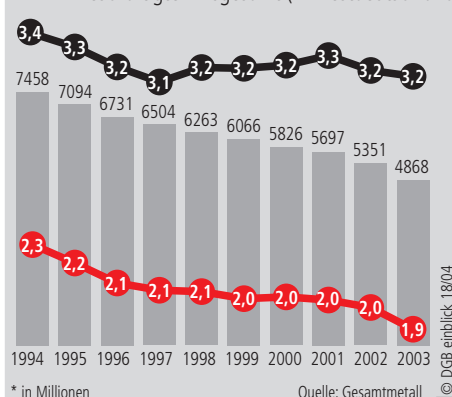
Im IG Metall-Bezirk Nordrhein-Westfalen entwickelt sich eine Idee zur gängigen Praxis: Keine betriebliche Tarifein- und andererseits mehr ohne Mitglieder-Bonus. Will ein Unternehmen vom Flächentarif abweichen, stimmt die IG Metall dem – nach strenger Prüfung der Abweichungsgründe – nur zu, wenn ihren Mitgliedern im Betrieb exklusiv ein Vorteil eingeräumt wird. Einen Mitglieder-Bonus fordert die IG Metall auch, wenn ein tarifgebundenes Unternehmen in einen OT-Verband (ohne Tarifbindung) flüchtet und einen Anerkennungsvertrag abschließen will.

IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzel: „Wir sehen nicht mehr ein, dass unsere Mitglieder, die dazu beigetragen haben, dass es überhaupt einen Tarifvertrag gibt, genauso behandelt werden wie die Beschäftigten, die dazu gar nichts beigetragen haben.“ Die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft solle sich lohnen.

Abweichungen nach unten kann es aus zwei Gründen geben: „um Beschäftigung zu sichern und zu

Tendenz fallend

Metall- und Elektroindustrie (ME): ■ tarifgebundene Firmen und — deren Beschäftigte* sowie — ME-Beschäftigte* insgesamt (in Westdeutschland)



Die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie ist stärker rückläufig als die der Beschäftigten insgesamt.

fördern“ (§ 2 Metalltarifvereinbarung 2004) und „zur Abwendung einer Insolvenz“ (§ 6 Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag).

Die Palette der Vorteile, die sich die IG Metall für ihre Mitglieder vom Arbeitgeber vertraglich zusichern lässt, ist bunt. „Da kennt die Phantasie keine Grenzen“, erklärt NRW-Bezirkssekretär Oliver Burkhard, „ob mehr Urlaub, mehr Altersvorsorge oder mehr vermögenswirksame Leistungen – alles ist drin.“

So hat die IG Metall Gummersbach mit der Maschinenbaufirma Bühler Bindler in Bergneustadt einen Sanierungstarifvertrag ausgehandelt, der eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich vorsieht. Gleichzeitig erhalten die IG Metall-Mitglieder während der zweijährigen Laufzeit des Vertrags insgesamt 5000 Euro pro Jahr, um diesen Nachteil teilweise auszugleichen. Im Stahlbetrieb Bochumer Verein erhalten die Mitglieder sogar eine Jahressonderzahlung in Höhe eines Monatslohns.

Und die Motorenfabrik Groschopp in Viersen bei Mönchengladbach, die von der 30- zur 35-Stunden-Woche zurückgekehrt ist (mit Teillohn ausgleich), wird während der Laufzeit des Tarifvertrags „grundsätzlich auf den Ausspruch betriebsbedingter Kündigungen bei Mitgliedern der IG Metall verzichten“.

Rund ein Dutzend abweichender Tarifvereinbarungen mit Mitglieder-Bonus hat die IG Metall NRW bereits abgeschlossen. Von entscheidender Bedeutung ist deren Akzeptanz in der Belegschaft. Und die macht die IG Metall am Mitgliederzuwachs fest. Für den IG Metall-Vorstand in Frankfurt/M. ist diese Art betrieblicher Tarifpolitik „ein notwendiger und wichtiger Anstoß“, so Armin Schild, Bereichsleiter Tarifpolitik. Die Zahl abweichender betrieblicher Vereinbarungen nehme zu. „Wo wir uns darauf einlassen, muss es unseren Mitgliedern etwas bringen.“

plusminusBERLIN



Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Grüne) fordert Geschlechtergerechtigkeit beim Abschluss von Versicherungen. In der EU dürften die Kosten einer Schwangerschaft nicht auf den Krankenversicherungsbeitrag angerechnet werden.



Der scheidende CDU-Fraktionsvize Friedrich Merz hat eine neue Logik im Kampf gegen den Kündigungsschutz entdeckt. Die hohe Arbeitslosigkeit zeige, dass der bestehende Kündigungsschutz ohnehin niemanden vor Entlassung schützen könne.

inhalt

Seite 3

Weniger Kündigungsschutz wäre falsch

Die im CDU-Leitantrag geforderten Eingriffe in das Arbeits- und Tarifvertragsrecht schaden der Union, warnt CDA-Vorsitzender Hermann-Josef Arentz

Seite 5

Mehr Schutz für geliehene Zeit

DGB fordert wirksamen Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten

Seite 7

Unnötig in der Defensive

Statt neoliberalen Theorien hinterher zu laufen, sollten die Gewerkschaften die Erfolglosigkeit der Reformagenda offen legen, rät der ehemalige Kanzlerberater Albrecht Müller



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.tbs-netz.de

Der neue Internetauftritt des bundesweiten Netzwerks arbeitsorientierter Technologie-Beratungsstellen für Betriebs- und Personalräte

www.lohnspiegel.de

Einkommen online prüfen

Liegt mein Einkommen im Branchenschnitt? Was kann ich verdienen, wenn ich in ein anderes Unternehmen wechsle? Diese für ArbeitnehmerInnen zentrale Frage will ab Mitte kommenden Jahres das neue Internetportal www.lohnspiegel.de beantworten. Gespeist werden soll es von tausenden von ArbeitnehmerInnen, die seit Mitte Oktober per Fragebogen anonym Daten zu ihrem eigenen Arbeitseinkommen zur Verfügung stellen können. Erfragt werden nicht nur Lohn und Gehalt, sondern auch persönliche Basisdaten wie Alter, Geschlecht und Ausbildung sowie Kerndaten zur Branche, zur ausgeübten Tätigkeit und zu den Wegezeiten.

Vorbild für den neuen europaweiten Lohnspiegel, der von mehreren Forschungsinstituten und Gewerkschaften aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Polen und Spanien getragen wird, ist das niederländische Internetportal www.loonwijzer.nl. In der Ende 1999 gestarteten Datenbank stehen bereits 70 000 Datensätze zur Einkommens- und Arbeitssituation zur Verfügung. Um zu statistisch verlässlichen Aussagen zu kommen, sollen allein in Deutschland in den kommenden drei Monaten 10 000 verwertbare Fragebögen eingegangen sein.

Ob das Ziel erreicht werden kann, hängt wesentlich davon ab, ob die Gewerkschaften bei Ihren Mitgliedern nachhaltig für das neue Internetportal werben. Die Federführung für die europaweite Ein-

Personalmanager bewerten Flächentarif positiv

Welcher Aussage stimmen Sie zu? (in Prozent)



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, Archiv Betriebliche Vereinbarungen

© DGB einblick 18/04

Der Flächentarifvertrag hat bei Personalverantwortlichen durchaus kein Negativ-Image. Zu diesem überraschenden Ergebnis kommt eine Studie der Universität Duisburg-Essen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Im Rahmen einer Telefonumfrage befürwortete die überwiegende Mehrheit der 1000 befragten Personalmanager den Flächentarifvertrag mit seinen vorhandenen Flexibilisierungsmöglichkeiten. Betriebsvereinbarungen erfreuten sich deshalb großer Beliebtheit. Fast jeder Betrieb hat zumindest eine, im Schnitt sind es 14.

Werner Nienhüser, Heiko Hoßfeld, Bewertung von Betriebsvereinbarungen durch Personalmanager, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2004, 120 Seiten, 9,90 Euro

kommensdatenbank liegt bei der Universität Amsterdam. Projektpartner in Deutschland ist das WSI-Tarifarchiv. •

www.lohnspiegel.de

Beamtenrechtsreform

Leistung statt Altersstufen

Statt der Dauer der Betriebszugehörigkeit, des Familienstands und des Lebensalters soll in Zukunft die individuelle Leistung und die wahrgenommene Funktion ausschlaggebend für die Bezahlung von Beamten sein. Das ist der Kern eines Eckpunktepapiers zur Reform des Beamtenrechts, auf das sich Anfang Oktober nach sieben Monate dauernden Verhandlungen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), die Gewerkschaft ver.di und der Deutsche Beamtenbund verständigt haben.

TRANSNET, GdP und GEW, die die Mehrheit der Beamten im DGB organisieren, waren an den Verhandlungen nicht beteiligt. Vor allem der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg kritisierte das Eckpunktepapier scharf. Es sei ein Dokument obrigkeitstaalichen Denkens. Kritisiert wird von den ÖD-Gewerkschaften vor allem, dass im Eckpunktepapier die auf dem Verord-

nungsweg bereits eingeführte 40-Stunden-Woche für Beamte legalisiert wird. ver.di und Beamtenbund hatten dem zugestimmt, weil die frei werdenden Mittel zum Aufbau eines Versorgungsfonds für die Beamten genutzt werden soll. Den Ländern, die zum Teil den Beamtenstatus auf einen Kernbereich reduzieren wollen, geht die Reform nicht weit genug. •

www.einblick.dgb.de

Eckpunkte zur Reform des Beamtenrechts

EU-Arbeitszeitrichtlinie

Bereitschaft soll Ruhezeit sein

Die Doom-Gruppe, der Gewerkschaften aus Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Deutschland angehören, hat sich gegen die geplante Neufassung der EU-Arbeitszeitrichtlinie ausgesprochen. Darin will die EU-Kommission so genannte inaktive Bereitschaftsdienstzeiten einführen: Zeiten, in denen Beschäftigte während eines Bereitschaftsdienstes inaktiv sind,

sollen nicht mehr als Arbeitszeit gewertet werden. Das würde die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zur Bewertung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit auf den Kopf stellen. •

Sozialgerichte

Harte Kritik an Hartz-Reform

Zwei Sozialgerichte verurteilen die verschärften Meldepflichten für Arbeitslose (Hartz I). Seit Juli 2003 müssen sich Beschäftigte unverzüglich bei der Arbeitsagentur melden, sobald sie von ihrer Kündigung erfahren; andernfalls drohen ihnen Leistungskürzungen.

Nach einem Bericht der *Frankfurter Rundschau* hat das Sozialgericht Frankfurt/Oder deshalb das Bundesverfassungsgericht angerufen. Seiner Auffassung nach wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt. Wenn das Arbeitslosengeld, das durch die Eigentums-garantie des Grundgesetzes geschützt ist, gekürzt werde, bedürfe es einer besonderen Rechtfertigung. Begrün-

geplant... beschlossen

Hartz IV kommt unter die Lupe: Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) hat zur Begleitung des Evaluierungsprozesses der Hartz IV-Gesetze eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Ihr gehören die Abteilungen Arbeitsmarktpolitik und Internationale Sozialpolitik, Arbeits- und Sozialrecht sowie Strategische Planung an. Die Gewerkschaften werden in den Prozess einbezogen. Hintergrund: Die Bundesregierung wird eine so genannte Monitoring-Gruppe einsetzen, die die arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Effekte der Hartz IV-Gesetze bewerten soll, zum Beispiel die Auswirkungen von Arbeitslosengeld II.

det wird die neue Meldepflicht damit, dass den Betroffenen schnell ein neuer Job vermittelt werden soll.

Das Sozialgericht Aachen kritisiert, dass im Gesetz nichts darüber steht, wann befristet Beschäftigte sich „spätestens“ melden müssen. Dort heißt es nur, sie müssten das „frühestens“ drei Monate vor Ablauf der Befristung tun. •

Gewerkschaften in der Schusslinie

Die CDU macht sich die Gewerkschaften zu Gegnern. Würde Wirklichkeit, was ihr Vorstand im 79-seitigen Leitantrag zum Parteitag Anfang Dezember in Düsseldorf fordert, verlören die Arbeitnehmerorganisationen ihr wichtigstes Handlungsfeld, die Tarifautonomie. Tarifverträge würden unverbindliche Preisempfehlungen.

Auf drei Wegen attackiert die Partei die Tarifautonomie:

Erstens: Erweiterung des so genannten Günstigkeitsprinzips. Bislang darf laut Tarifvertragsgesetz von Tarifstandards abgewichen werden, wenn der Arbeitgeber beispielsweise mehr Lohn und Gehalt zahlen will. Das ist tatsächlich günstiger für die Beschäftigten. Ist es auch günstiger, wenn er ihnen weniger zahlt, dafür aber eine „Beschäftigungssicherung“ in Aussicht

stellt? Die CDU glaubt das. Und ihr Motto – lieber weniger Lohn als gar keine Arbeit – klingt plausibel. Doch ob der Arbeitgeber die Beschäftigungssicherung tatsächlich erhöht, nachdem er den Arbeitnehmern in die Tasche gegriffen hat, wäre kaum beweisbar.

Dass Betriebsrat und Belegschaft jeweils mit Zwei-Drittel-Mehrheit einem Abbau tariflicher Leistungen zustimmen müssen, ist Augenwischerei: Beide sind erpressbar. Be-

triebsräte dürfen nicht zu Streiks aufrufen, sind der schwächere Verhandlungspartner.

Auf tarifliche Leistungen haben zudem strenggenommen nur die Mitglieder der Vertragsparteien Anspruch, also nur die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten. Würden Nichtorganisierte über die Ansprüche der Organisierten abstimmen, wäre das eine Vertragsänderung zu Lasten Dritter. Die aber kennt das deutsche Recht nicht. Dass den Tarifparteien ein „Widerspruchsrecht“ gegen betriebliche Bündnisse und deren Beschlüsse eingeräumt wird, lässt auch keine Freude aufkommen: Betriebsrat und Gewerkschaft würden

im Zweifelsfall gegeneinander ausgespielt.

Zweitens: Abschaffung des so genannten Tarifvorbehalts. Dieser Vorbehalt – verankert im Betriebsverfassungsgesetz – besagt, das alles, was per Tarifvertrag geregelt wird, nicht per Betriebsvereinbarung geregelt werden kann. Aber das sieht die CDU anders – und will den Konflikt um Lohn und Leistung in die Betriebe tragen. Wohl wissend, dass Betriebsräte nicht dieselbe Durchsetzungskraft haben wie Gewerkschaften.

Drittens: Die Christdemokraten möchten, „dass die Arbeitszeitverkürzungen der Vergangenheit teilweise wieder rückgängig gemacht werden“, selbstverständlich ohne Lohnausgleich.

Um den Kündigungsschutz weiter zu entwerten, hat sich die CDU noch mehr einfallen lassen: Erstens soll der Kündigungsschutz für Neueingestellte erst nach drei Jahren Beschäftigung gelten. Zweitens soll er erst in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten greifen. Drittens soll es Arbeitgebern und Arbeitnehmern freigestellt werden, schon bei Vertragsabschluss festzulegen, ob im Falle einer Kündigung der eine eine Abfindung zahlt und der andere auf eine Kündigungsschutzklage verzichtet. Wohl jeder Arbeitnehmer würde – aus Angst, den Job nicht zu kriegen – eine solche Klausel unterschreiben. Der Arbeitgeber könnte ihn willkürlich feuern, vor Gericht käme dieser Fall nie. Viertens: Arbeitnehmer ab 53 Jahren sollen überhaupt keinen Kündigungsschutz mehr haben.

Und wo sie schon einmal dabei ist, möchte die CDU auch gleich den Rechtsanspruch auf Teilzeit abschaffen und bei der Berechnung der Größe des Betriebsrates Teilzeitbeschäftigte nicht mehr voll zählen, sondern nur noch „entsprechend ihrer Arbeitszeit“ berücksichtigen – und die Auszubildenden gar nicht mehr. ●

Fragen an



Auch intern ist der Leitantrag für den CDU-Parteitag auf heftige Kritik gestoßen. „Ist die CDU noch sozial?“ hat einblick den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Hermann-Josef Arentz, gefragt.

- Der Leitantrag sieht massive Eingriffe in das Arbeits- und Tarifvertragsrecht vor. Kann die CDU mit neoliberalen Positionen Wahlen gewinnen?
- Die CDA wird auf dem Parteitag eine Reihe von Änderungsanträgen einbringen. Die Eingriffe beim Kündigungsschutz können so nicht stehen bleiben.
- Die CDU will den Kündigungsschutz für Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten abschaffen. Für neu Eingestellte soll er eingeschränkt werden.
- Die Forderung, in den ersten drei Jahren eines Arbeitsverhältnisses keinen Kündigungsschutz mehr zu gewähren, halte ich für falsch. Die Überlegung, den Beschäftigten bei der Einstellung eine Abfindung für den Fall eines Verzichts auf den Kündigungsschutz anzubieten, schießt weit über das Ziel hinaus.
- Laut Leitantrag sollen Tarifverträge durch betriebliche Vereinbarungen ersetzt werden können.
- Tarifverträge sollen nur dann durch betriebliche Bündnisse ersetzt werden, wenn zwei Drittel der Arbeitnehmer zustimmen. Das passiert heute bereits in vielen Betrieben, zum Teil mit Duldung der Ge-

werkschaften. Trotzdem bin ich der Auffassung, dass Abweichungen vom Tarifvertrag grundsätzlich durch die Tarifvertragsparteien gebilligt werden müssen. Entweder durch Öffnungsklauseln im Tarifvertrag oder durch Zustimmung der Tarifparteien.

■ Die CDU kritisiert auch das ihrer Meinung nach zu hohe Lohnniveau. Die Arbeitszeitverkürzungen der vergangenen Jahre sollen rückgängig gemacht werden, ohne Lohnausgleich.

■ Das wird ja vielerorts bereits praktiziert, mit Zustimmung der Gewerkschaften. Was ich am Leitantrag kritisiere ist die Unterstellung, dass in der Vergangenheit Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich stattgefunden habe. Das ist nicht der Fall. Bei einer Ausweitung der Arbeitszeit muss deshalb mehr Geld bezahlt werden. Allerdings muss man auch die Betriebe sehen, denen es schlecht geht. Wo es zur Rettung von Arbeitsplätzen unumgänglich ist, werden die Beschäftigten länger arbeiten müssen.

■ Deutschland leidet unter einer schwachen Binnennachfrage. Halten Sie eine Senkung der Arbeitnehmerinkommen für richtig?

■ Die generelle Aussage, dass Arbeit in Deutschland zu teuer ist, ist falsch. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die heutigen Arbeitskosten Beschäftigung von ungelernten Arbeitskräften verhindern. Wir brauchen neue Instrumente, um gering Qualifizierte wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, zum Beispiel den Kombilohn.

Böckler-Workshop

Rente wohin?

Noch vor wenigen Jahren galt die gesetzliche Rente als sicher – mittlerweile ist nur noch eines sicher: Das Rentenrecht ändert sich schneller, als die Versicherten ihre Vorsorge umstellen können. Das betrifft auch die betriebliche Altersversorgung. Über deren aktuelle Entwicklung informiert die Hans-Böckler-Stiftung bei einem Workshop am 5. November in Frankfurt/M. Im Mittelpunkt der Veranstaltung des Arbeitskreises „Zukunft der Sozialpolitik“ stehen Forschungsprojekte, die sich mit der betrieblichen Altersversorgung befassen. •

erika-mezger@boeckler.de

ver.di-Broschüre

Kampagnen planen

Ursprünglich bezeichnete der Begriff „Kampagne“ die Zeit, die ein Heer im Feld verbrachte. Heute denkt niemand mehr an die militärischen Wurzeln dieser Aktionsform, die auch für GewerkschafterInnen zum professionellen Einmal-eins gehören. Obwohl Kampagnen den politischen Alltag prägen, ist nicht immer klar, warum manche Aktionen gut laufen, andere aber scheitern. ver.di hat eine Broschüre herausgegeben, die detailliert beschreibt, wie Kampagnen erfolgreich geplant und umgesetzt werden können. Von der Entwicklung einer Strategie über den Ablaufplan bis zum richtigen Umgang mit den Medien findet sich in der 40-seitigen Handreichung alles, was GewerkschafterInnen brauchen, um Kampagnen vorzubereiten. Angereichert ist die Publikation mit zahlreichen Praxisbeispielen, etwa über die Schlecker-Kampagne 1994/95, bei der es der damaligen HBV gelungen ist, in vielen Filialen der Drogeriemarktkette Betriebsräte zu gründen. Kosten: 2,50 Euro plus Versand •

barbara.scheiter@verdi.de



Mit dem Schwerpunkt Betriebsratsqualifizierung ist die **erste Ausgabe der „bildungszeitung“** auf den Markt gekommen. Künftig will das DGB-Bildungswerk zweimal jährlich, Mitte Januar und Anfang Mai, eine Ausgabe mit einem aktuellen Themenschwerpunkt veröffentlichen. Die Bildungszeitung ist kostenlos.

www.dgb-bildungswerk.de
Fax 0211 143 01 500

interregio

••• Der **DGB Baden-Württemberg kritisiert** den schrittweisen Ausstieg der Landesregierung aus der Förderung der Kontaktstellen „Frau und Beruf“. Noch im Juni habe der damalige Landeswirtschaftsminister Walter Döring (FDP) anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Kontaktstellen deren Beitrag zur Förderung von Frauenerwerbstätigkeit „heftig gelobt“, jetzt kürze sein Nachfolger Ernst Pfister (FDP) die Fördermittel um 25 Prozent. Damit sei die Existenz aller neun Kontaktstellen gefährdet, so DGB-Landesfrauensekretärin Uta Engelhardt. Es sei zu befürchten, dass jetzt auch die Träger der Kontaktstellen ihr Engagement kürzten. Infos: Uta Engelhardt, Tel. 0711 / 20 28 306

••• Der **ver.di-Landesbezirk NRW** hat eine **Kooperation** mit der Verbraucherzentrale NRW vereinbart. ver.di-Mitglieder können bei allen 54 Beratungsstellen der Verbraucherzentrale im Land kostenlos das Informationssystem „Infothek“ nutzen. Zudem erhalten sie einen Vorteilspreis auf die Bücher

Streitgespräch

Dauerbrenner Gesundheitsreform

Die Diskussion um die Reform des Gesundheitssystems ist zum Dauerbrenner geworden. Zugespitzt hat sich innerhalb der CDU/CSU die Auseinandersetzung um die Kopfpauschale, die seit kurzem von ihren Anhängern als „Gesundheitsprämie“ verkauft wird. Die DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main lädt

am 3. November zum Streitgespräch „Bürgerversicherung oder Kopfpauschale?“ ein. Miteinander diskutieren werden die Gesundheitsexperten Horst Seehofer (CSU) und Gudrun Schaich-Walch (SPD) sowie der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. •

www.hessen.dgb.de/frankfurt

Politische Fachtagung

Antisemitismus und Linke

Er ist kein ganz neues Phänomen, der Antisemitismus in der deutschen Linken, der oft als Antizionismus oder Anti-Israel-Haltung

daher kommt. Doch kritische Diskussionen darüber finden bisher nur selten statt. Die Hans-Böckler-Stiftung will mit einer Fachtagung zur systematischen Aufarbeitung der historischen Entstehung und aktuellen Entwicklung des „linken Antisemitismus“ beitragen. Die Veranstaltung findet vom 26. bis 28. November in Berlin-Pichelsee statt und setzt sich sowohl aus wissenschaftlichen Referaten und Diskussionen wie auch aus Filmpräsentationen zusammen. •

ralf-guthoff@boeckler.de
(Anmeldung)
normangeissler@web.de
(Programm)

Ausbildungsratgeber

Chancen für Hauptschüler

Trotz des Ausbildungspaktes zwischen Bundesregierung und Wirtschaft fehlen in diesem Herbst weitaus mehr Lehrstellen als im Vorjahr. In welchen Ausbildungsberufen HauptschulabsolventInnen dennoch Chancen haben, vermittelt der komplett überarbeitete Ratgeberband „Berufsstart für Hauptschüler“. Vorgestellt werden auf 118 Seiten insgesamt 39 Berufe vom Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik bis zum Zweiradmechaniker.

Reinhard Selka (Hrsg.), Berufsstart für Hauptschüler, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2004, 118 Seiten, 9,90 Euro •

GEWERKSCHAFTEN

Arbeitszeitkonten

Mehr Schutz für Zeitguthaben gefordert

Dass Beschäftigte ihren Arbeitgebern Kredite in Form von Zeitguthaben gewähren, ist fast an der Tagesordnung. Geht die Firma Pleite, verlieren die Betroffenen oft beides: Job und Guthaben. Der DGB fordert deshalb einen besseren Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten.

Niemand weiß, wie viel Zeit – sprich Lohn und Gehalt – die Beschäftigten auf ihren Arbeitszeitkonten angespart haben. Unbekannt ist auch, wie viele Zeitwerte durch Insolvenzen vernichtet werden. Bekannt werden nur spektakuläre Einzelfälle: Allein bei der Pleite von Babcock-Borsig vor zwei Jahren haben 150 Beschäftigte Zeitguthaben im Wert von bis zu 100 000 Euro verloren.

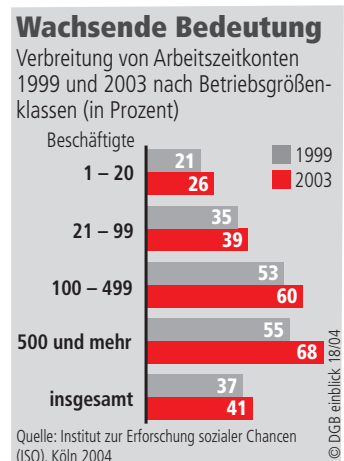
Und die Zahl der Pleiten steigt. 2002 wurden 37 579 Unternehmen zahlungsunfähig, 2003 sogar 39 320. Alle 13 Minuten meldet eine Firma Insolvenz an. Berücksichtigt man, dass gleichzeitig für 41 Prozent aller Beschäftigten ein Arbeitszeitkonto geführt wird, das möglicherweise nicht insolvenzgeschützt ist, lässt sich erahnen, in welchem Umfang ArbeitnehmerInnen Kredite in den Kamin schreiben müssen.

Auf Gleitzeitkonten werden in der Regel bis zu 40 Arbeitsstunden angesammelt, auf Jahresarbeitszeitkonten rund 150 Stunden, auf Langzeitarbeitszeitkonten können es auch Zeitguthaben im Wert von mehreren Jahresgehältern sein.

Unbestritten ist die Bedeutung von Arbeitszeitkonten, denn sie erhöhen die betriebliche Flexibilität. „Zum einen dadurch, dass teuer bezahlte Überstunden vermindert werden können, und zum anderen dadurch, dass die Entkopplung von Arbeits- und Betriebszeiten erleichtert wird“, stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg fest: „Auf diese Weise lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöhen.“ Das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) weiß: Firmen mit Arbeitszeitkonten können „be-

darfsorientierter arbeiten“ und „flexibler auf Auftragsschwankungen reagieren“.

Laut Arbeitsministerium NRW hängt die Akzeptanz flexibler Arbeitszeitmodelle auf Seiten der Beschäftigten „nicht zuletzt davon ab,



Die Verbreitung von Arbeitszeitkonten steigt kontinuierlich – quer durch alle Betriebsgrößen. Mittlerweile werden für 41 Prozent aller Beschäftigten Arbeitszeitkonten geführt.

ob sie die Gewissheit haben, dass ihre Ansprüche im Insolvenzfall auch abgesichert sind“. Für das WSI ist der mangelhafte Insolvenzschutz der Zeitguthaben ein „erhebliches Hindernis“ für deren Fortentwicklung.

Bislang gibt es nur zwei Arten von Guthaben, die insolvenzgeschützt sind: Falls ein Konto sowohl eine Mindestlaufzeit von 27 Monaten als auch einen Mindestumfang von 7245 bzw. 6090 Euro (West/Ost; inklusive Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) hat, muss es laut Flexi-Gesetz (§ 7d SGB IV) insolvenzgeschützt sein – wie, das überlässt der Gesetzgeber den Tarif- und Betriebsparteien. Beim

Paragraph 7d handelt es sich entgegen einer weit verbreiteten Meinung „nicht um eine Kann-Bestimmung, obwohl keine Sanktion formuliert ist“, betont das Institut Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen.

Um einiges restriktiver ist Paragraph 8a Altersteilzeitgesetz (ATG), der im Rahmen von Hartz III eingeführt und seit dem 1. Juli in Kraft ist: „Führt eine Vereinbarung über die Altersteilzeitarbeit zum Aufbau eines Wertguthabens, das den Betrag des Dreifachen des Regelarbeitsentgeltes übersteigt, ist der Arbeitgeber verpflichtet, das Wertguthaben gegen das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit abzusichern.“ Und zwar „in geeigneter Weise“, wozu eine Rückstellung in der Bilanz nicht zählt, weil sie Teil der Insolvenzmasse ist.

Der DGB fordert, dass für alle Arbeitszeitkonten, die nicht – wie die Gleitzeitkonten – vom Insolvenzgeld abgedeckt sind, ein obligatorischer Insolvenzschutz entsprechend Paragraph 8a ATG gilt. Das betraf ganz besonders die Jahresarbeitszeitkonten. Der Gesetzgeber würde damit vor allem in kleinen und nicht tarifgebundenen Unternehmen einen Innovationschub auslösen.

Vom Anspruch auf Insolvenzschutz dürfe nur durch Tarifverträge, die einen Ausgleichszeitraum für Zeitguthaben von bis zu zwölf Monaten vorsehen, abgewichen werden, heißt es in einem Eckpunkte-Papier, das der DGB-Bundesvorstand Anfang Oktober beschlossen hat. Abweichungen durch Einzelarbeitsverträge oder durch Betriebsvereinbarungen in nicht tarifgebundenen Unternehmen will der DGB ausschließen. •

Verwalten und regulieren

Arbeitszeitkonten dokumentieren die tatsächliche Arbeitszeit und sind die Voraussetzung dafür, dass die tatsächliche und die vertragliche Arbeitszeit ausgeglichen werden können. Von den 41 Prozent der Beschäftigten mit Arbeitszeitkonto (45 % Männer, 37 % Frauen) führen die meisten ein Überstundenkonto oder ein Konto zur Verwaltung ihrer selbstgesteuerten variablen Arbeitszeitverteilung. Für 78 Prozent von ihnen sind Ausgleichszeiträume oder Obergrenzen für Plusstunden vereinbart worden. Wo Ausgleichsregelungen gelten, werden die Zeitguthaben meist in Freizeit ausgeglichen.

Übrigens: Beschäftigte ohne Zeitkonto leisten im Schnitt eine Stunde mehr unbezahlte Überstunden pro Woche als Beschäftigte mit Zeitkonto.



Im Internet

www.arbeitszeiten.nrw.de
Die Landesinitiative
Moderne Arbeitszeiten
des Ministeriums für
Wirtschaft und Arbeit
Nordrhein-Westfalen (NRW)

www.mwa.nrw.de
(Klick auf Service/
Publikationen/Broschüren)
„Insolvenzicherung von
Arbeitszeitguthaben:
Rahmenbedingungen,
Absicherungsmodelle,
Entscheidungskriterien“
Broschüre des Wirtschaftsministeriums NRW

www.flexible-arbeitszeiten.de
Internetportal des
Instituts der deutschen
Wirtschaft, Köln

kurz&bündig



Die IG BCE informiert aktive Mitglieder seit Mitte Oktober monatlich mit dem E-Mail-Newsletter IG BCE aktuell. Das neue Angebot fasst aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Themen zusammen und bietet Links zu Hintergrundberichten im Internet. www.igbce-aktuell.de



Die IG BAU und das globalisierungskritische Netzwerk attac wollen künftig stärker kooperieren. Gemeinsame Themen seien der Protest gegen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie und der Einsatz für ein gerechtes Steuersystem.



Die GEW hat sich gemeinsam mit dem Bundeselterrat, der Bundesschülerkonferenz, den Lehrerverbänden im Deutschen Beamtenbund und dem Präsidium der Kultusministerkonferenz zur Rechtschreibreform bekannt. Eine Rückkehr zur alten Schreibweise sei „unverantwortlich“, urteilen übereinstimmend alle fünf Organisationen.



IG BAU und IG BCE haben gemeinsam mit den Arbeitgebern des Bundesverbandes Baustoffe, Steine und Erden sowie dem Naturschutzbund Deutschland eine Erklärung zur Rohstoffnutzung unterzeichnet. Darin verpflichten sich die vier Organisationen zur Einhaltung der Grundsätze des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit bei der Rohstoffgewinnung. Zudem sind lokale Arbeitskreise geplant.

Sozialwahl 2005

Gewerkschaften wollen Selbstverwaltung stärken

Die Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Renten- und Unfallversicherung wählen im kommenden Jahr wieder ihre VertreterInnen in die Selbstverwaltung. Gewählt wird per Briefwahl, Stichtag ist der 1. Juni 2005. Bis zu diesem Tag müssen die Wahlunterlagen beim jeweiligen Sozialversicherungsträger eingegangen sein.

Die Selbstverwaltung hat Aufsichts- und Haushaltsrechte. Wer wählt, bestimmt also über die zukünftige Politik seiner Versicherung mit. Dabei wird unterschieden zwischen Friedens- und Urwahlen:

Eine Friedenswahl findet statt, wenn nur so viele KandidatInnen vorgeschlagen werden, wie Mandate zu besetzen sind. Die Ergebnisse der Friedenswahlen werden am 14. Februar bekannt gegeben.

Findet bei einem Sozialversicherungsträger eine Urwahl mit aktiver Wahlhandlung statt, legt der jeweilige Wahlausschuss ab dem 11. April Kandidatenlisten aus. Darüber hinaus müssen die Sozialversicherungsträger den WahlbewerberInnen die Möglichkeit geben, über ihre sozialpolitischen Vorstellungen zu informieren.

DGB und Gewerkschaften sind mit verschiedenen Listen an den Wahlen beteiligt. Der DGB will im Laufe der nächsten Monate mit einer eigenen Kampagne ausführlich über seine sozialpolitischen Ziele und seine KandidatInnen informieren und seine Mitglieder für die Wahl 2005 mobilisieren. Sie sollen ihre Stimmen für die KandidatInnen der DGB-Gewerkschaften abgeben. Denn nur deren KandidatInnen seien ausreichend über die Probleme und Nöte der Versicherten und Beschäftigten im Gesundheitswesen informiert. •



10 Jahre QFC

Chemieförderung schafft Arbeitsplätze

Das mitteldeutsche Chemie-dreieck mit seinen gigantischen Industriekombinaten war einst wesentlicher Wirtschaftsmotor der DDR. Mit der Wende vor 15 Jahren setzte dann ein beispielloser Umsteuerungsprozess ein. Ökonomisch nicht überlebensfähig, ökologisch heruntergewirtschaftet erlebte die Region Abwicklung, Abriss und Umstrukturierung. Doch heute weist die Statistik wieder 45 000 Industriearbeitsplätze aus.

Wesentlichen zum Erfolg beigetragen hat die Chemieförderung in Sachsen-Anhalt. Sie begann vor zehn Jahren mit der Gründung des Qualifizierungsförderwerk Chemie (QFC) durch die damalige Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik. Ziel des QFC war es, den rasanten Marsch in die Marktwirtschaft sozial zu flankieren. Dazu wurde gemeinsam mit der Treuhandanstalt der Förderfonds Chemie geschaffen. Mit Hilfe des Fonds des

Landes Sachsen-Anhalt werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, berufliche Weiterbildung und Umschulung gefördert. Bislang wurden so mehr als 8000 Beschäftigte unterstützt, rund 31 Millionen Euro flossen in die Förderung.

Zudem wurden unter der Regie des QFC in Ausbildungsverbünden zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze realisiert. In diesem Jahr wird bereits der 1000. Auszubildende gefördert. •

IG Metall

Defizit gestiegen

Trotz höherer Mitgliedsbeiträge ist das Defizit der IG Metall im vergangenen Jahr gestiegen, von 8,4 Millionen Euro 2002 auf 10,8 Millionen Euro 2003. Den Mitgliedsbeiträgen von 450 Millionen Euro sowie Zinserträgen von weiteren 29,7 Millionen Euro standen Ausgaben von 490 Millionen Euro gegenüber. Das berichtet der IG Metall-Infodienst *direkt* in seiner aktuellen Ausgabe.

Ursache des Defizits ist der anhaltende Mitgliederrückgang. Um den Einnahmerückgang aufzufangen, hatte der IG Metall-Vorstand bereits Mitte 2003 Sparmaßnahmen beschlossen. Sonst sei das Defizit noch höher ausgefallen, so IG Metall-Hauptkassierer Bertin Eichler in *direkt*. Um weitere Einschnitte zu vermeiden, will sich die IG Metall künftig stärker auf die Gewinnung und Bindung von Mitgliedern konzentrieren. Die 171 Verwaltungsstellen müssen dazu bis Ende September erstmals ein Konzept vorlegen (*einblick* 15/2004).

In ihrem Finanzbericht legt die IG Metall auch offen, wozu die Beitragseinnahmen verwandt worden sind. Mit 153 Millionen Euro ging knapp ein Drittel (31,2 Prozent) an die Verwaltungsstellen. 20,8 Prozent der Einnahmen wurden für die Vorstandsverwaltung aufgewendet, 13,4 Prozent für die Streik-Rücklage sowie 12,8 Prozent für Unterstützungsleistungen für die Mitglieder und den DGB-Rechtsschutz. Weitere 7,1 Prozent flossen an die internationalen Metallarbeiterbünde EMB und IMB sowie an den DGB. •

Reformdebatte

Gewerkschaften sind unnötig defensiv

Seit gut zwanzig Jahren wird in Deutschland „reformiert“. Soziale Leistungen wurden gekürzt, die Steuern gesenkt oder – wie die Vermögens- und Gewerbesteuer – gestrichen. Die Löhne stagnieren. Die Riester-Rente wurde eingeführt, die Ladenöffnungszeiten wurden mehrmals gelockert. Hartz I, II, III, IV. Wo sind die versprochenen Arbeitsplätze? Nach der Angebotsökonomischen Theorie müssten Investitionen und Wachstum geradezu explodieren. Aber der Erfolg geht gegen Null, meint der ehemalige Kanzlerberater Albrecht Müller.



Albrecht Müller, 66, war Redenschreiber von Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD). Von 1973 bis 1982 leitete er die Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Seit 1992 (!) dümpeln wir mit einer Wachstumsrate von im Schnitt 1,24 Prozent vor uns hin. Deutschland rutscht immer weiter in die Rezession. Über die wirklichen konjunkturellen Ursachen dieses Desasters reden die Meinungsführer nicht, stattdessen um so mehr über Reformen. **Unsere Eliten sind wie Drogenabhängige. Statt nachzudenken wird nachgelegt.** Sie glauben an den Reformstau als der eigentlichen Ursache unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten und an Struktur-reformen als alleinseligmachende Therapie. Das ist bar jeder Vernunft.

Die Gewerkschaften haben immer wieder zum Richtigen geraten. Aber das hilft wenig; die Neoliberalen besitzen die Hegemonie über das Denken. Weil die meisten Menschen wenig Ahnung von gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen haben und eine Menge Vorurteile und Klischees mit sich herum-schleppen, fällt es den neoliberalen Strategen und den dahinter stehenden Protagonisten leicht, ihre Glaubenssätze unter die Leute zu bringen. Sie streuen mit Erfolg, die Globalisierung sei ein gänzlich neues Phänomen, wir hätten ein demographisches Problem, Konjunkturprogramme seien Strohfeuer, die kein Wachstum bringen würden, Arbeit sei zu teuer, Vollbeschäftigung sei nicht mehr erreichbar und es gebe einen Trend zur Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Sie haben es geschafft, die hohen Schulden dem Sozialstaat anzuhängen. **Eine tolle strategische Leistung, ein dreistes Stück Gehirnwäsche.**

Den neoliberalen Strategen ist es nicht nur gelungen, die veröffentlichte Meinung zu prägen. Sie prägen auch die innere Willensbildung aller vier im Bundestag mit Fraktionen vertretenen Parteien. Auch

einige Gewerkschafter sind den Lügengeschichten auf den Leim gegangen. Sie beten die Klischees nach und übernehmen selbst solche Parolen, die das ohnehin lädierte Image der Gewerkschaften weiter beschädigen. Von der „Lobby der Arbeitsplatzbesitzer“ und ähnlichen Selbstzweifeln ist auch in Papieren von Gewerkschaftern die Rede. Auch wegen dieser grotesken Selbstkasteiung erscheinen die Gewerkschaften als unzeitgemäß, als Blockierer und Besitzstandswahrer. Sie sind in der Defensive, obwohl sie viele Fakten auf ihrer Seite haben und ihre Gegenspieler in Politik und Wirtschaft sich immer wieder als Versager erweisen.

Was wären Ansätze für eine offensive Strategie? Erstens die Profilierung als Kraft der Vernunft und Effizienz. So wichtig die Forderung nach einer gerechteren Politik ist, **die Gewerkschaften sollten zuallererst die Dummheit und Erfolglosigkeit der Reformagenda sichtbar machen.** Sie stehen heute für Gerechtigkeit und für Vernunft. Sie stehen zweitens für Verfassungstreue, während die Meinungsführer einschließlich des Bundespräsidenten offensichtlich von dem Sozialstaatsgebot des Artikel 20 wenig halten.

Zu offensiven Strategie gehört drittens, **die Manipulationen zu durchleuchten, mit denen die herrschenden Kreise dem Volk den Kopf zu waschen angetreten sind.** Wie anders wollen die Gewerkschaften ihre eigenen Mitglieder davor bewahren, den Neoliberalen zu glauben? Diese Immunisierung gelingt nur, wenn wir die Methoden der Manipulation sichtbar machen.

Viertens: Die strategisch wichtige Immunisierung muss sofort geschehen. Das ist bisher nicht gut gemacht worden. Nicht bei Gründung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und auch nicht als Konter zur Anti-Gewerkschafts-Kampagne vom November 2002.

Man muss fünftens intern für Klarheit sorgen. Das ist schwierig. Aber wie wollen Gewerkschaften mit Funktionären neuen Boden gewinnen, die die Lügen der Neoliberalen nachplappern? ●

„Wir sind nicht mehr wettbewerbsfähig? Eine Lüge. Wir müssen sparen, damit es der Wirtschaft wieder besser geht? Ein Denkfehler. Wir werden immer älter, der Generationenvertrag trägt nicht mehr? Eine Legende. Wir leben über unsere Verhältnisse? Ein Mythos. Die Deutschen werden immer weniger? Eine sinnlose Dramatisierung. Wir müssen länger arbeiten? Ein Trugschluss. Die Reformen bringen uns wieder nach vorne? Ziemlich falsch.“

Die „40 Denkfehler, Mythen und Legenden“, mit denen Albrecht Müller in seinem



zornigen, aber kurzweilig geschriebenen Buch „Die Reformlüge“ abrechnet, haben den Autor auf die Spiegel-Bestsel-

lerliste gebracht. Und bei den Wirtschaftsbüchern steht die bislang umfassendste Abrechnung mit der herrschenden neoliberalen Politik auf Platz vier.

Der Standort Deutschland, schreibt Müller, sei besser als sein Ruf. Die Schwarzmalerei habe nur einen Sinn: „Mit dem Gerede von Krise und Reformstau wollen Wirtschaft und Politik uns einreden, wir müssten bewährte soziale Strukturen opfern. Doch damit gewinnen wir keine neuen Arbeitsplätze.“

Albrecht Müller, Die Reformlüge, 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren, Droemer Verlag, München 2004, 416 Seiten, 19,90 Euro

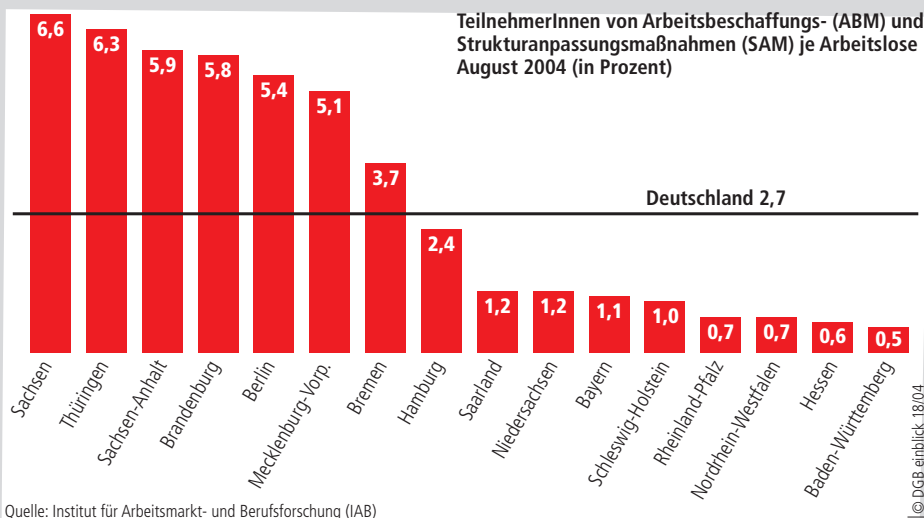
DIES & DAS

die DGB grafik

ABM-STELLEN: Vor allem im Osten genutzt

110 000 Arbeitslose sind zur Zeit in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beschäftigt, vor allem in den neuen Bundesländern. Der DGB fordert, dass die Einführung der neuen staatlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen, bei denen Arbeitslose eine Mehraufwandsentschädigung von ein bis zwei Euro erhalten, nicht zur Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse und ABM-Stellen führt. Vorrang habe die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt.

www.einblick.dgb.de – Kriterien des DGB zur öffentlich geförderten Beschäftigung



personalien

... **Jutta Blankau**, 49, Rechtschutzsekretärin beim DGB, seit 1989 Juristin, dann Tarifsekretärin in der Bezirksleitung Küste der IG Metall, soll Leiterin des IG Metall-Bezirks werden. Das hat eine Bezirkskommission am 6. Oktober dem IG Metall-Vorstand vorgeschlagen. Der bezirksintern zunächst favorisierte 1. Bevollmächtigte der IG Metall Kiel, **Wolfgang Mädels**, 54, hatte zuvor erklärt, dass er im Interesse eines reibungslosen Übergangs für die Funktion des Bezirksleiters nicht mehr zur Verfügung stehe. Jutta Blankau, die Ende des Jahres **Frank Teichmüller**, 61, folgen soll, wäre die erste Frau an der Spitze eines IG Metall-Bezirks.

... **Susanne Rohmund**, 38, Leiterin der Wirtschaftsredaktion der Schweizer Illustrierten in Zürich, wechselt zum 1. November als Chefin vom Dienst (CvD) in die metall-Redaktion der IG Metall.

... **Dr. Regina Görner**, 54, von Mai 1990 bis September 1999 Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, dann Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im Saarland, gehört der am 9. Oktober gebildeten neuen Landesregierung nicht mehr an. Die Zuständigkeit für die Ressorts Frauen und Familie wurden dem Innenministerium zugeordnet, der Bereich Gesundheit und Soziales dem Justizministerium.

14 TAGE

19.10. DGB-Bayern, Fachkonferenz „Ältere und Gesundheit“, München

20.10. ver.di, Veranstaltungsreihe sicht.weisen „Zerrbild oder Spiegelbild? Gewerkschaften in aktuellen Umfragen und veröffentlichter Meinung“, Berlin

21.10. DGB und VDI/VDE/IT, Tagung „Innovationen – Technikwelten, Frauenwelten“, Berlin

21./22.10. DGB, Workshop „Mehr Erfolg in der Gewerkschaftsarbeit vor Ort“, Hannover

23.10. DGB Bremen, „Bremer Sozialgipfel“, Diskussionsforum über die Zukunft des Sozialstaates

25./26.10. IG Metall, Konferenz zum Arbeitnehmerbegehren „Unsere

Alternativen für die Zukunft“, Berlin
28.10. DGB Sachsen-Anhalt, Tagung „Gewerkschaften – Auslaufmodell oder Gegenmacht?“, Magdeburg

28.10. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitstagung „Zeitarbeit“, Düsseldorf

29.10. IG BCE, TRANSNET und NGG, Betriebsrätekonferenz „Macht Politik sozial gerecht!“, Berlin

29.10. DGB NRW, Tagung „Binnenstruktur des DGB“, Düsseldorf

29.10. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Löhne, Verteilung und Wachstum“, Berlin

31.10.-5.11. DGB, Seminar „Mitbestimmung im Handwerk“, Hamburg

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüßon, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



Schlusspunkt.

„Die Wirtschaft im Euro-Raum schwimmt im Geld. Droht uns ein Inflationsschub?“

Interviewfrage von Patrick Welter, Redakteur der wirtschaftsnahen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) am 13. Oktober in einem Gespräch mit Guy Quaden, Gouverneur der Belgischen Nationalbank

Mitbestimmung

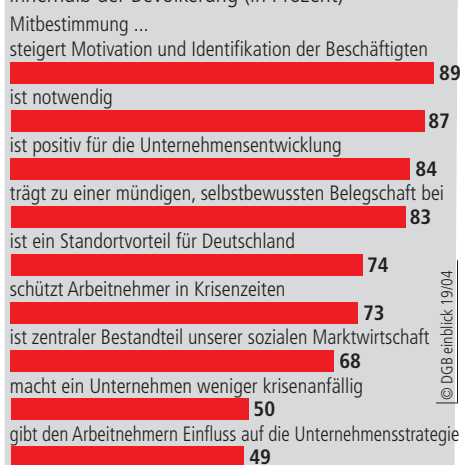
Breite Front gegen Abschaffung

Beifall gab es für Michael Rogowski nur von der FDP: Kaum hatte der scheidende Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) die Unternehmensmitbestimmung als „Irrtum der Geschichte“ bezeichnet, meldeten sich zahlreiche Befürworter der Mitbestimmung zu Wort. „Die Mitbestimmung hat Deutschland nicht schwach gemacht, sondern gestärkt“, erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Gegenwind gab es für Rogowski auch aus dem Unternehmerlager: Er sei mit der Mitbestimmung immer gut gefahren, so DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp, und die Vorstandsvorsitzenden von Porsche und EnBW, Wendelin Wiedeking und Utz Claas, stimmten zu.

Auch Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), will die Mitbestimmung keinesfalls abschaffen. Sie müsse aber an die Veränderungen einer globalisierten

Deutsche pro Mitbestimmung

Ansichten zur Unternehmensmitbestimmung innerhalb der Bevölkerung (in Prozent)



82 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Mitspracherechte der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften nicht verringert werden.

Welt angepasst werden, orakelte er. Eine gemeinsame Kommission von BDA und BDI arbeitet bereits seit Monaten an einem umfassenden Vorschlag zur Modernisierung der Mitbestimmung. Bevor ihr Abschlussbericht veröffentlicht wird, müssen noch im November die Prä-

siden von BDA und BDI zustimmen. Nach dem, was bisher in der Öffentlichkeit verlautete, schweben den Wirtschaftsverbänden einschneidende Veränderungen der Unternehmensmitbestimmung vor. Es zeichne sich eine einvernehmliche Linie für eine „vereinbarungs-offene Regelung“ ab, so BDA-Hauptgeschäftsführer Reinhard Göhner, Vorsitzender der Kommission. Nach diesem Modell könnten in den Unternehmen auf der Grundlage gesetzlicher Optionen eigenverantwortlich Abkommen zur Mitbestimmung getroffen werden. Komme es zu keiner Vereinbarung im Unternehmen, solle die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmerbank als „gesetzliche Basislösung“ greifen. Ganz streichen möchte die Kommission die Montanmitbestimmung.

Ziehen die Arbeitgeber ihre Fundamentalposition durch, dürfte sich das politische Klima in Deutschland nachhaltig verändern. „Die ArbeitnehmerInnen lassen sich nicht an den Katzentisch verbannen“, droht DGB-Vorsitzender Michael Sommer. Am 16. November werden die Gewerkschaften zusammen mit Betriebsräten und Politikern mit der Aktion „Pro Mitbestimmung“ in Berlin ein Zeichen setzen. Mit dabei sind der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering sowie Reinhard Bütikofer, Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. •

www.boeckler.de/fix/unternehmensmitbestimmung

plusminusBERLIN

SPD und Grüne wollen mehr Demokratie wagen. Die Parteivorsitzenden Franz Müntefering (SPD) und Reinhard Bütikofer (Grüne) präsentierten ein dreistufiges Modell, das einen bundesweiten Volksentscheid ermöglichen soll.

Die Junge Union will Flächentarife abschaffen und den Kündigungsschutz bei Neueinstellungen außer Kraft setzen. Einstimmig folgte sie auf ihrem Deutschlandtag dem Leit-antrag, der von David MacAllister, MdL in Niedersachsen, eingebracht wurde.

inhalt

Seite 3

Erste Eckpunkte stehen

Wenn die Tarifparteien ihr Tempo beibehalten, könnte die Grundstruktur des neuen Tarifrechts für den öffentlichen Dienst Ende des Jahres stehen

Seite 5

Fusion längerfristig möglich

Norbert Hansen, Vorsitzender von TRANSNET, hält eine Fusion seiner Gewerkschaft mit der zum Deutschen Beamtenbund gehörenden Verkehrsgewerkschaft GDBA längerfristig für möglich

Seite 7

Strategiewechsel überfällig

Gewerkschaften sollten sich europaweit stärker auf die Durchsetzung von Mindeststandards und ihre Präsenz in transnationalen Unternehmen konzentrieren, fordert Wolfgang Weinz von der IUL in Genf



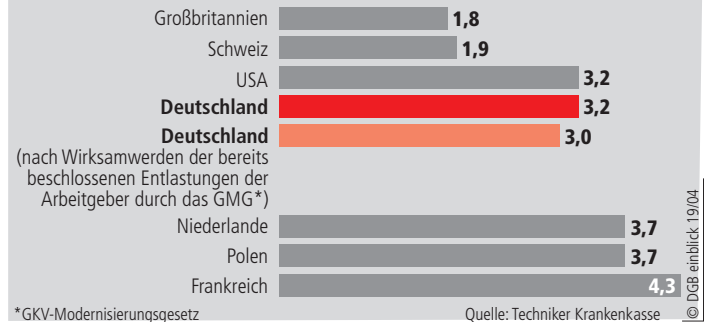
Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.doktor-azubi.de
Internetberatung der DGB-Jugend für Auszubildende**

**www.einblick.dgb.de
Gemeinsame Erklärung von Sozialverband VdK, Sozialverband Deutschland, Katholische Arbeitnehmerbewegung und DGB zur öffentlich geförderten Beschäftigung**

Kein Standortnachteil

Belastung der Arbeitgeber durch die Krankenversicherungskosten der Beschäftigten in Relation zum Wert der erzeugten Güter und Dienstleistungen (in Prozent)



Bei der Belastung der Arbeitgeber durch die **Krankenversicherungskosten** ihrer Beschäftigten liegt Deutschland mit 3,2 Prozent der Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen (Produktionswert) international im Mittelfeld. Durch die bereits vom Gesetzgeber beschlossenen Entlastungen sinkt die Belastung der Arbeitgeber in den kommenden Jahren sogar noch weiter, auf 3,0 Prozent des Produktionswertes und damit unter die Belastung der Unternehmen in den USA. Das zeigt eine Ende Oktober veröffentlichte Studie der Techniker Krankenkasse. Die Klagen der Arbeitgeber über zu hohe Belastungen durch Krankenversicherungskosten seien unbegründet.

Umsetzung der EU-Richtlinien

Diskriminierung schadet

Das geplante Arbeitsrechtliche Antidiskriminierungsgesetz (AADG) könnte eine Welle von Schadenersatzprozessen gegen Arbeitgeber auslösen. Davor haben Arbeitsrechtler der internationalen Kanzlei Lovells gewarnt. Um einen Imageschaden zu verhindern, sollten Unternehmen vorbeugen und mögliche Diskriminierungstatbestände abbauen. Wie Fälle bei Londoner Investmentbanken gezeigt hätten, könnten Klagen wegen Diskriminierung sogar international Aufmerksamkeit erregen.

Bislang liegt für das AADG nur ein Referenten-Entwurf vor. Das AADG beruht auf verschiedenen EU-Gleichbehandlungsrichtlinien. Da die Bundesregierung bei der Umsetzung der Richtlinien in Verzug ist, hat die EU-Kommission ihr bereits mit einer Klage gedroht. Der Entwurf sieht sieben neue Diskriminierungsverbote vor: Benachteiligungen wegen Rasse, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung sollen künftig ge-

ahndet werden. Das AADG soll für individualrechtliche Vereinbarungen wie Arbeitsverträge und für kollektivrechtliche, etwa Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen, gelten. Verboten sind nicht nur unmittelbare sondern auch mittelbare Benachteiligungen. •

Kündigungsschutz

Für Einstellungen irrelevant

Wo es keinen Kündigungsschutz gibt, nimmt die Beschäftigungsdynamik nicht zu. Zu diesem Ergebnis kommt das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in einer Mitte Oktober veröffentlichten Studie zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen (IAB-Kurzbericht 15/2004). Die Änderungen des Schwellenwertes im deutschen Kündigungsschutz während der zweiten Hälfte der 90er Jahre hätten weder auf die Zahl der Einstellungen noch der Kündigungen einen messbaren Einfluss gehabt. •



Recht und Praxiswissen
immer sofort parat!

Für die erfolgreiche Arbeitnehmervertretung – die PC-Betriebsratspraxis

Umfassendes Know-how zur Betriebsratsarbeit, aktuelle Gesetze sowie hilfreiche Muster-Betriebsvereinbarungen auf einer CD-ROM!

Aktuell und zuverlässig:

- Betriebsratslexikon
- Kommentar zum aktuellen Betriebsverfassungsgesetz
- Mustertexte für die Betriebsratsarbeit und über 350 Steuerformulare
- Arbeitsrechtslexikon
- Sozialversicherungslexikon
- Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie über 50.000 Gerichtsurteile
- 100 Muster-Betriebsvereinbarungen

❖ Am besten gleich anrufen und die CD-ROM zum Gratis-Test anfordern!



Profitieren Sie nach dem Test von unserem günstigen Preis-Leistungs-Verhältnis: Erstnutzung nur 148,00 EUR, Update (4-mal jährlich) je 52,00 EUR (jeweils zzgl. Versand u. MwSt).



Sie erreichen uns per Telefon: 0 18 05/46 24 68,
Fax: 0 18 05/53 97 10, per E-Mail: service@lexisnexis.de
oder per Post: LexisNexis Deutschland GmbH,
Feldstiege 100, 48161 Münster
www.lexisnexis.de

Erste Eckpunkte stehen

Noch fehlt die Gehaltstabelle, nach der Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst in Zukunft bezahlt werden sollen. Aber am 22. Oktober hat die Bundestarifkommission bereits erste Eckpunkte für das neue Tarifrecht gebilligt, auf die sich ver.di mit der Bundesregierung und dem Verband der kommunalen Arbeitgeberverbände verständigt hat.

Das neue Tarifrecht für den öffentlichen Dienst soll nicht nur schlanker und transparenter als der über 40 Jahre alte Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) sein, sondern auch gerechter. Arbeiter und Angestellte sollen nach einheitlichen Kriterien entlohnt werden. Die fast 17 000 Eingruppierungsmerkmale des BAT sollen durch fünfzehn

Entgeltgruppen mit jeweils sechs Erfahrungs- und Entwicklungsstufen abgelöst werden. Statt der Dauer der Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst ist in Zukunft die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit maßgeblich für die Bezahlung. Gender Mainstreaming soll ebenso Aufnahme in das neue Tarifrecht finden wie Elemente leistungsbezo-

gener Bezahlung. Ziel der Tarifreform ist nicht eine Senkung der Personalkosten, sondern eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Die Chancen, dass sich die Tarifparteien trotz der noch ausstehenden Verhandlungen über die materielle Ausgestaltung der neuen Entgeltgruppen bis Jahresende über das neue Tarifrecht verständigen, stehen nicht schlecht. Daran hat auch der im Frühjahr vollzogene Ausstieg der Länder aus den Tarifverhandlungen nichts geändert. Im Gegenteil: „Die Verhandlungen laufen seither glatter“, so ein ver.di-Vertreter gegenüber einblick. •

Fragen an ■■■



Bis Ende des Jahres sollen die Verhandlungen über ein neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst abgeschlossen sein. Wer gehört zu den Gewinnern, wer zu den Verlierern der Reform, hat einblick ver.di-Verhandlungsführer Kurt Martin, 58, gefragt.

- Der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) soll durch ein neues Tarifrecht ersetzt werden. Was ist das Ziel?
■ Wir haben eine veraltete Tarifstruktur, die aus den 60er Jahren stammt. Wir brauchen ein Tarifsyst- em, das sich der veränderten Wettbewerbssituation stellt, damit wir die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erhalten können.
- Das neue Tarifrecht soll klarer und schlanker sein. Wie sieht die neue Gehaltstabelle aus?
■ So weit sind wir noch nicht. Die Arbeitgeber haben am 20. Oktober ihre Vorstellungen für die Eingruppierung der mittleren und der obersten Entgeltgruppe vorgelegt. Aber ihr Vorschlag ist vollkommen unzureichend. Trotzdem ist zu erkennen, dass auch die Arbeitgeber an dem gemeinsamen Ziel, Jüngere besser zu bezahlen, festhalten wollen. Und wir sind uns einig, dass die ArbeiterInnen bei der Reform keine Verlierer sein dürfen.
- Bei der Eingruppierung ist in Zukunft die ausgeübte Tätigkeit maßgeblich und nicht mehr die Beschäftigungsdauer und die Zahl der Kinder. Gehören Familien zu den Verlierern der Tarifreform?
■ Von der Abschaffung des Senioritätsprinzips pro-

fitieren vor allem die Jüngeren, also auch die Familien. Zudem wollen wir durchsetzen, dass der bisherige familienbezogene Anteil an den Gesamtpersonalkosten in die neue Gehaltstabelle eingebaut wird.

- Geplant ist auch eine neue Niedriglohngruppe, die 300 Euro unter der bisher niedrigsten Tarifgruppe liegt. Warum trägt ver.di diese Tarifsenkung mit?
■ Bis Ende der neunziger Jahre waren wir politisch in der Lage, Beschäftigte mit sehr niedriger Qualifikation im öffentlichen Dienst zu halten, zum Beispiel Reinigungskräfte in Krankenhäusern und Schulen. Aber auf Grund der heutigen Haushaltsschwierigkeiten werden diese Aufgaben zunehmend in Servicegesellschaften mit geringen Arbeitsentgelten ausgelagert. Diese Tätigkeiten wollen wir wieder in den öffentlichen Dienst zurückholen.
- Legalisiert ver.di damit nicht die Tarifsenkung, die Bund, Länder und Gemeinden durch das Outsourcing einfacher Tätigkeiten durchgesetzt haben?
■ Die Beschäftigten der neuen Entgeltgruppe 1 erhalten zwischen 1296 und 1440 Euro. Und sie fallen unter die Arbeitszeitregelung des öffentlichen Dienstes, haben Anspruch auf Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die Zusatzversorgung. Damit werden sie deutlich über dem Niveau vergleichbarer Referenztarifverträge liegen. Zudem kann die neue Tarifgruppe nicht zur Absenkung des Tarifniveaus der bereits im öffentlichen Dienst Beschäftigten missbraucht werden. Öffentliche Arbeitgeber, die die neue Tarifgruppe nutzen wollen, müssen außerdem eine spezielle Anwendungsvereinbarung mit dem jeweiligen ver.di-Landesbezirk schließen.

Weit vorangeschritten

Das Tempo, mit dem ver.di gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen eine grundlegende Reform des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst vorantreibt, ist hoch. Noch sind etliche zentrale Fragen ungeklärt, von der Eingruppierung bis zur Unkündbarkeit, von der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall bis zum Urlaubsanspruch. Aber wenn die Tarifparteien ihr Tempo halten, kann die Struktur des neuen Tarifsystems bis Jahresende stehen. Anfang 2006 könnte das neue Entgeltsystem eingeführt werden. 2007 die Zuordnung der Beschäftigten in das neue Eingruppierungssystem abgeschlossen sein.

Erste sensible Bereiche sind bereits geklärt: Die Arbeitszeit soll nicht über 38,5 Stunden im Westen bzw. 40 Stunden im Osten ausgedehnt werden. Aber durch Arbeitszeitkorridore sollen die Öffnungszeiten der Dienststellen ausgeweitet werden können, auf bis zu zwölf Stunden täglich. Bei der Eingruppierung soll der Bewährungs- und Zeitaufstieg zu Gunsten einer tätigkeitsorientierten Entlohnung abgelöst werden. Und ab 2006 soll es leistungsabhängige Gehaltsbestandteile geben.



Im Internet

**www.einblick.dgb.de
Eckpunkte zum Verhandlungsstand über das neue Tarifrecht**

DGB-Bildungszentrum

Vagabundierende Arbeit

In Westeuropa wird kaum noch ein T-Shirt, Plüschtier oder Turnschuh gefertigt. Die Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer ist insbesondere im Textilsektor seit langem gang und gäbe. Mit den Folgen der weltweiten Neuverteilung von Arbeitsplätzen befasst sich die Veranstaltung „Arbeit auf der Flucht? Strategien für den Erhalt von Arbeitsplätzen“, die am 18./19. November im DGB-Bildungszentrum Hattingen stattfindet. Veranstalter sind neben dem Bildungszentrum die Hans-Böckler-Stiftung, das Institut für Kirche und Gesellschaft und das Oswald-von-Nell-Breuning-Haus. •

www.hattingen.dgb-bildungswerk.de

ver.di-Broschüre

Gerechte Steuern

Die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden sind leer. Der „Staat“, das heißt vor allem seine BürgerInnen, müssen verzichten – auf öffentliche Infrastruktureinrich-

tungen, ausreichende Kinderbetreuung, gute Schulen. Die Gewerkschaft ver.di ist fest davon überzeugt, dass die staatliche Finanzknappheit kein Naturgesetz ist. In einer Broschüre stellt die ver.di-Abteilung Wirtschaftspolitik ein „Konzept zur Steuergerechtigkeit“ vor, das rund 45 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in die öffentlichen Kassen brächte. Hohe Einkommen, große Privatvermögen und wirtschaftlich gesunde Unternehmen sollen stärker in die (Steuer-)Pflicht genommen und gleichzeitig Steuerschlupflöcher und Privilegien abgebaut werden. •

Einzelexemplare:
wirtschaftspolitik@verdi.de
Download:
www.wipo.verdi.de

Hans-Böckler-Stiftung

Forschung im Überblick

Was bedeutet in Zeiten von Hartz IV soziale Gerechtigkeit? Welche Perspektiven hat der Sozialstaat? Um solche Fragen kreisen aktuelle Forschungsprojekte der Hans-Böckler-Stiftung. Die 72-seitige Broschüre „Soziale Gerechtigkeit in Deutschland – Forschungs-

WSI-Tarifarchiv

Verdienstübersicht

Transparenz über tarifliche Grundvergütungen von rund 150 Berufen und Tätigkeiten aus rund 50 Branchen und Tarifbereichen schafft eine aktuelle Broschüre: Zum dritten Mal hat das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung Tarifverdienste dokumentiert. Die Übersicht unter dem Titel „Wer verdient was?“ macht die enormen Unterschiede deutlich: So erhält ei-

ne sächsische Friseurin einen Tariflohn von 705 Euro monatlich, ein Ingenieur in der chemischen Industrie kommt auf eine Grundentgelt von bis zu 3720 Euro monatlich.

WSI-Tarifarchiv, Wer verdient was? Reihe: Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 56, Düsseldorf 2004, 91 Seiten, 12 Euro. •

www.boeckler.de/fix/wer-verdient-was

keit in Deutschland – Forschungsinitiativen für eine innovative Sozial- und eine gerechte Verteilungspolitik“ gibt einen Einblick in ein Themenfeld, das in den letzten Jahren einer zunehmenden Neubewertung unterliegt. Die Publikation handelt die anhaltende Chancengleichheit von Männern und Frauen ab, zeigt auf, dass Armut und prekäre Lebenslagen zunehmen und erläutert Ansätze für eine neue soziale Gerechtigkeit. Die Broschüre kann kostenlos angefordert werden (Bestell-Nr. 30270). •

Fax 0211 / 40 800 90 40
mail@setzkasten.de

Tagung in Berlin

Altersarmut

Wer längere Zeit arbeitslos ist, muss sich auf erhebliche Abstriche bei der Altersrente einstellen. Gleichzeitig belastet die andauernde Massenarbeitslosigkeit aber auch die Versorgungskassen. Um „Arbeitslosigkeit und Alterssicherung – Wechselwirkung aus individueller und gesellschaftlicher Sicht“ geht es bei einer Tagesveranstaltung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte am 15. November in Berlin. •

Anmeldungen:

Fax 0228 / 63 49 48

SozialerFortschritt@t-online.de

interregio

... Der **DGB Koblenz** will „**Eltern als Berufswahlbegleiter**“ für ihre Kinder fit machen. Auf einer gemeinsam mit Schulen organisierten Veranstaltung informieren am 30. November neben dem DGB auch Vertreter von Industrie und Handwerk sowie Berufsschulen und der Agentur für Arbeit über die richtige Berufswahl, wichtige Termine und die richtigen Bewerbungsstrategien. Zielgruppe sind Eltern und Schüler der Klassen 7 bis 10. Die richtigen Entscheidungen seien in der „unübersichtlichen Ausbildungssituation für die Jugendlichen ohne die Unterstützung ihrer Eltern nicht mehr zu leisten.“ Infos: www.dgb-koblenz.de/aktuell.html

... Der **DGB Mark Brandenburg** lädt gemeinsam mit der AG für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD Brandenburg zur Lesung des Buches „**Die Reformlüge**“ von Albrecht Müller am 2. Dezember ins „Alte Rathaus“ nach Potsdam ein. Müller, Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Brandt und Schmidt, rechnet dabei mit „40 Denkfehlern, Mythen und Legenden“ der aktuellen Reformdiskussionen ab (einblick 18/04). Weitere Lesungen 2004: 5. November in Erlangen, 23. November in Dortmund, 3. Dezember in Braunschweig. Infos: www.region-mark-brandenburg.dgb.de. Lesungen: www.droemer.de

... Der **DGB Thüringen** will als Mitveranstalter des **14. Thüringer Antifaschistischen Ratschla-** ges am 5. und 6. November in Gotha aus Anlass der Wahlerfolge der Rechtsradikalen in Brandenburg und Sachsen noch stärker auf die Gefahr von Faschismus in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen aufmerksam machen. Zu den Themen der sieben Workshops gehören deshalb auch „Fußball und Nationalismus – zwei Seiten einer Medaille?“ und „Antisemitische Debatten um den Nahost-Konflikt“. Geplant sind auch Vorträge, Lesungen und ein „Stadtrundgang gegen das Vergessen“. Infos: Julika Bürgin, Tel. 0361 / 2 17 27 11

Betriebsräte

Digitale Infos

Zunehmend nutzen Betriebs- und Personalräte das Internet für ihre Arbeit. Die Hans-Böckler-Stiftung hat für diesen Personenkreis auf ihrer Website ein Infopaket zusammengestellt – von Links zu rund 250 Interessenvertretungen bis zu Service- und Informationsangeboten. Zum Beispiel finden sich dort eine Marktübersicht über die Software für Interessenvertretungen, Online-Angebote der Gewerkschaften und Handreichungen für Betriebsrats-Netzwerke. •

www.boeckler.de/fix/betriebsratspraxis

GEWERKSCHAFTEN

TRANSNET-Gewerkschaftstag

„Eine Fusion ist perspektivisch möglich“

„Kreativ handeln“, unter diesem Motto steht der Gewerkschaftstag von TRANSNET vom 7. bis 11. November in Berlin. Ihr Vorsitzender Norbert Hansen hält eine Fusion mit der zum Deutschen Beamtenbund gehörenden Verkehrsgewerkschaft GDBA längerfristig für möglich.

■ Der Gewerkschaftstag von TRANSNET ist der einzige Kongress in diesem Jahr. Welche Botschaft soll vom ihm ausgehen?

■ Wir haben unseren Gewerkschaftstag unter das Motto „kreativ handeln“ gestellt. Das bringt zum Ausdruck, was Gewerkschaftsarbeit tatsächlich ist: nämlich kreativ. Und das ist auch die Botschaft. Wir müssen aus der Defensivrolle



Norbert Hansen, 52, tritt auf dem Gewerkschaftstag in Berlin zur Wiederwahl als Vorsitzender von TRANSNET an.

heraus. Wir müssen den teilweise unflätigen Angriffen etwas entgegensetzen.

■ Die Gewerkschaften stehen unter massivem Druck. Die Arbeitgeber fordern drastische Einschnitte bei den Tarifgehältern und der Arbeitszeit. Welche Strategie hat TRANSNET, um ihre Mitglieder zu schützen?

■ Über Strategien sollte man in der Öffentlichkeit nicht reden. Dann sind es keine Strategien mehr. TRANSNET hat im Rahmen von Beschäftigungssicherung viel erreicht. Nur ein Beispiel: Trotz massiver Umstrukturierungen hat es bei der Deutschen Bahn AG keine betriebsbedingten Kündigungen gegeben. Das wollen wir auch für die Zukunft erreichen.

■ TRANSNET fordert einen Branchentarifvertrag für alle Beschäftigten im Schienenbereich. Wie soll er durchgesetzt werden?

■ Wir brauchen dazu beide Arbeitgeberverbände. Den, der für die DB AG handelt, und den, der für

die anderen Unternehmen agiert. Außerdem brauchen wir die Zustimmung aller in diesem Bereich handelnden Gewerkschaften. Zurzeit laufen die Verhandlungen, ich rechne aber mit sehr schwierigen Gesprächen. Zudem benötigen wir die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags. Dazu ist auch die Zustimmung der BDA erforderlich. Und wie dieser Verband über Tarifverträge denkt, wissen wir.

■ In der letzten Zeit hat es erhebliche Kritik der Gewerkschaften an der Politik der Bundesregierung gegeben. Teilst du die Kritik?

■ Kritik hat es gegeben – an Einzelpunkten. Es ist richtig, Kritik zu üben, denn die Gewerkschaften sind kein Wahlverein. Wir dürfen allerdings nicht vergessen, auch unsere Alternativen zu präsentieren. Hier müssen wir aktiver werden.

■ Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wird auf dem Gewerkschaftstag reden. Was sind deine Erwartungen an ihn?

■ Da gäbe es sicher eine ganze Menge Dinge. Machen wir es konkret an einem Beispiel fest: Ich erwarte, dass er ein klares Bekenntnis zur Mitbestimmung ablegt – auf betrieblicher und auf Unternehmensebene. Die Angriffe, die hier von Union, FDP und Wirtschaftsverbänden gefahren werden, sind unerträglich.

■ TRANSNET hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihr Organisationsgebiet zu erweitern. Trotzdem ist der weit überwiegende Teil der Mitglieder bei der Bahn beschäftigt.

■ Unser Organisationsbereich umfasst weit mehr als die Deutsche Bahn – übrigens im Einklang mit dem DGB. Die Deutsche Bahn ist aber der mit Abstand größte Arbeitgeber

in der Verkehrswirtschaft, deshalb haben wir dort die meisten Mitglieder. TRANSNET hat eine gute und solide Zukunft. Wir sind vor allem auch bei den nicht-bundeseigenen Bahnen, gut aufgestellt.

■ Seit zwei Jahren führt TRANSNET die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der zum Beamtenbund gehörenden Verkehrsgewerkschaft GDBA. Wie soll die Kooperation weiterentwickelt werden?

■ Diese Kooperation hat sich bewährt, wir werden sie ausbauen. Ich halte perspektivisch auch eine Fusion für möglich.

■ TRANSNET setzt stärker als andere Gewerkschaften auf eine Europäisierung der Gewerkschaftspolitik. Ist langfristig die Gründung einer EU-weiten Gewerkschaft realistisch?

■ Ich glaube, dass auch die anderen DGB-Gewerkschaften den Fokus auf eine Europäisierung setzen, und das ist richtig so. Wir können die Arbeitswelt nicht nur national betrachten. Die Arbeitgeber sind mit ihren Planungen oft schneller als wir. Wir müssen hier das Tempo erhöhen. Ob eine europäische Verkehrsgewerkschaft Sinn macht, werden wir noch zu klären haben. Zunächst einmal werden wir die ETF, die Europäische Transportarbeiter-Föderation, weiter stärken.

■ TRANSNET fordert seit langem mehr Investitionen in den Schienenverkehr. Warum ist es so schwierig, hierfür mehr Unterstützung zu finden?

■ Das ist schwer zu beurteilen. Rot-Grün hat hier sehr gute Ansätze geliefert und die Investitionen deutlich erhöht. Jetzt stagniert das, die Gelder sollen sogar gekürzt werden. Machen wir uns nichts vor: Deutschland ist ein „Autoland“. Wenn Kürzungen anstehen, dann wird nicht bei der Straße zuerst gespart. Wir müssen aber erkennen, dass wir ein integriertes Verkehrssystem brauchen. Das ist die Zukunft, für die wir streiten. •

Transport, Service, Netze

TRANSNET steht für „Transport, Service, Netze“. Mit der Wahl des neuen Namens hat die ehemalige Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) im Jahr 2000 auch nach außen ein Zeichen gesetzt, dass sie nicht ausschließlich Bahnbeschäftigte sowie MitarbeiterInnen der Bundesbahn und der Reichsbahn organisiert. TRANSNET hat 280 000 Mitglieder (Stand: 31.12.2003), die in den Branchen Personen- und Güterverkehr, Fahrwegbau, Service und Dienstleistungen sowie Telekommunikation und IT organisiert sind.

Auf dem Gewerkschaftstag werden die Delegierten neben der Wahl des Vorstands über Anträge zur Arbeitsmarktpolitik, zu Europa, zur Tarif- und zur Verkehrspolitik abstimmen.

Im europapolitischen Leitantrag fordert die TRANSNET eine Stärkung der sozialen Dimension in der EU. Die positiven Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes und der gemeinsamen europäischen Währung seien enorm und die globale Marktwirtschaft verfüge über Ressourcen für einen beispiellosen materiellen Fortschritt, heißt es im Entwurf des Leitantrags. Derzeit wiege aber die Erkenntnis bestehender Ungleichheiten schwerer.

kurz & bündig



20 Auszubildende des Dachdecker- und Steinmetzhandwerks

haben Ende Oktober im Rahmen des Projekts „Gemeinsam handeln, gemeinsam Verantwortung tragen“ Renovierungsarbeiten im ehemaligen KZ Buchenwald durchgeführt und so an die Verfolgung von GewerkschafterInnen im „Dritten Reich“ erinnert. Getragen wird das Projekt von der IG BAU, den Dachdeckerinnen Niedersachsen/ Bremen und Thüringen sowie den Sozialkassen.



ver.di und die britische Gewerkschaft Unison haben eine enge Kooperation vereinbart. Beide Organisationen erkennen gegenseitig ihre Mitglieder an. Zudem wollen ver.di und Unison bei Tarifverhandlungen in internationalen Unternehmen kooperieren.



Die IG Metall-Jugend informiert mit der 74 Seiten starken Broschüre „Praktika im Ingenieursstudium“ Studierende über ihre Rechte und Möglichkeiten bei einem studienbegleitenden Praktikum. Download unter: jugend.igmetall.de/content.studium/index.html



Die GEW lädt am 5. und 6. November zur Konferenz „Auf dem Weg zu einer guten Schule für alle“ nach Berlin ein. Die Veranstaltung mit internationaler Beteiligung will Menschen zusammenbringen, die „die Tabuisierung der Strukturfrage“ an deutschen Schulen nicht mehr mittragen wollen.

1-Euro-Jobs

Was geht, was geht nicht?

Der DGB hat Anforderungen an öffentlich geförderte Beschäftigung wie zum Beispiel die so genannten 1-Euro-Jobs formuliert. Bei diesen Arbeitsgelegenheiten für Bezieher von Arbeitslosengeld II handelt es sich um Arbeiten ohne Arbeitsvertrag gegen eine geringe Aufwandsentschädigung. Daraus können unmittelbar keine eigenen Rentenansprüche aufgebaut werden. Deshalb müssten sie Ultima Ratio bleiben und dürften keinesfalls bessere Fördermöglichkeiten verdrängen, heißt

es in der jüngsten Ausgabe der DGB-„Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“ (ISA). • www.dgb.de/themen/hartz/hartz4.htm (Publikationen)

Berufsbildung

DGB präsentiert eigenen Entwurf

Die Vorschläge der Bundesregierung zur Modernisierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) gehen dem DGB-Bundesvorstand nicht weit genug. Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock hat deshalb in Berlin einen eigenen Entwurf zur BBiG-Reform vorgelegt. Danach sollten

verbindliche Qualitätsstandards für die Aus- und Weiterbildung in das Gesetz aufgenommen werden. Das könne „durch Auditierung und ein zertifiziertes Qualitätsmanagement geschehen“, erklärte Sehrbrock.

Zudem solle das Prinzip bundesweit einheitlicher und anerkannter Ausbildungsberufe erhalten bleiben, um die Mobilität der Beschäftigten zu gewährleisten. Auch die Fortbildungsabschlüsse müssten bundesweit gelten. Der Dschungel von mehr als 2000 Fortbildungsregelungen müsse dringend gelichtet werden. Der BBiG-Entwurf des DGB (77 Seiten) ist abrufbar unter www.dgb.de/themen/bildung/materialien/berufsbildungsgesetz.pdf. •

Bundestagswahl 2006

IG Metall kündigt Alternativen an

Die IG Metall will zur Bundestagswahl 2006 einen „autonomen Standpunkt“ formulieren. Das kündigte ihr Vorsitzender Jürgen Peters an. In einem Zukunftsprogramm will die IG Metall die Ziele des von ihr initiierten Arbeitnehmerbegehrens bündeln und mit ihm „für politische Alternativen werben“. Seiner Organisation sei es in den vergangenen zwei Jahren nur unzureichend gelungen, die politischen Alternativen der Gewerkschaften „in die Köpfe und Herzen der Menschen zu tragen“, erklärte Peters selbstkritisch.

DGB-Vorsitzender Michael Sommer hatte im August auf dem Höhepunkt des Streits der Gewerkschaften mit der Bundesregierung über die Hartz-Reformen gesagt, mit ihm werde es 2006 für die SPD „keine Wahlauftritte, keine Wahlaufrufe und keine Wahlempfehlungen geben“. Der DGB-Nord hat sich für den Wahlkampf in Schleswig-Holstein klar positioniert. Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) suche den Dialog, statt Politik per Dekret anzuordnen, erklärte der Vorsitzende des DGB Nord, Peter Deutschland. DGB-Chef Sommer

nahm Ende Oktober in Schleswig an einer Veranstaltung der Nord-SPD teil. Sommer: „Wenn mich eine andere Partei zu einer Veranstaltung über soziale Gerechtigkeit einlädt, komme ich selbstverständlich auch“. Der Kieler Landtag wird im Februar 2005 neu gewählt.

Das Verhältnis von DGB und SPD im Norden der Republik wird in Nordrhein-Westfalen aufmerksam verfolgt. Er sei für die Verteidigung der wichtigsten Bastion der SPD „sehr wichtig“, sagte der Landesvorsitzende der SPD in NRW, Harald Schartau. Der neue Landtag von Düsseldorf wird im Mai 2005 gewählt. •

Wahlkampf NRW

DGB fordert die Parteien heraus

Der DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen hat bereits weit vor den Landtagswahlen im Mai 2005 „gewerkschaftliche Anforderungen an die nächste Legislaturperiode“ formuliert. Im Mittelpunkt stehen die Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, der Ausbau des Standorts NRW, der Arbeitsmarkt und die öf-

fentliche Daseinsvorsorge. Die SPD NRW hat darauf bereits positiv reagiert und die DGB-Positionen an ihre Untergliederungen verschickt, verbunden mit der Aufforderung, sie vor Ort zu diskutieren.

Vor der Landespressekonferenz kritisierte der DGB-Bezirksvorsitzende Walter Haas Mitte Oktober sowohl SPD als auch CDU. Die Regierungspartei leide „nicht nur unter einem Vermittlungsproblem“, sagte Haas mit Blick auf die Auseinandersetzungen um die Agenda

2010. „Es sind auch erhebliche handwerkliche Fehler gemacht worden, die dringend korrigiert werden müssen.“ Bringe die SPD den Mut dazu auf, werde sie das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen. Die CDU, so Haas, fordere in ihrem Leitantrag zum Parteitag Anfang Dezember in Düsseldorf „weniger Sozialstaat, weniger Arbeitnehmerrechte, mehr Markt in allen Lebensbereichen“. Diese Vorstellungen könnten „keine Alternative zur Politik der Regierung“ sein. •

Zukunft des europäischen Sozialmodells

Ein Strategiewechsel ist überfällig

Schwache Gewerkschaften und das niedrige Tarifniveau in den meisten Beitrittsländern Mittelosteuropas erzwingen einen Strategiewechsel der Gewerkschaften in ganz Europa. Wolfgang Weinz fordert, dass sich die Gewerkschaften stärker auf die Durchsetzung von Mindeststandards und auf ihre Präsenz in transnationalen Unternehmen konzentrieren.

Der politische Umbruch der Jahre 1989/90 ist in Mittelosteuropa vielfach als „Rückkehr nach Europa“ verstanden worden – einem Europa der Freiheit und des Wohlstands. Aber der Beitritt ist **unvollständig und mit einer schweren sozialen Hypothek belastet**. Die „Rückkehrer“ müssen den Eindruck gewinnen, dass sich mit dem Ende des Kalten Krieges das europäische Sozialmodell als das erweist, was es in der Hauptsache wohl immer war: Kampf- ansage und Systemalternative zum Kommunismus.

Die Westeuropäer erleben ein propagandistisch orchestriertes Sozialdumping „im Interesse“ der Standortsicherung und des Sozialstaats, während auf der Seite der Beitrittsländer die Instrumente und Strukturen sozialpolitischer und gewerkschaftlicher Arbeit fehlen. Atomisierte Arbeitnehmervertretungen, fehlgeleitete Ressourcenverwendung und falsche Prioritätensetzung sind nur Stichworte der organisationspolitischen Mängelliste in den meisten Beitrittsländern. Reputation und Verfassung der Gewerkschaften nach 1945 und nach 1989 könnten unterschiedlicher kaum sein. Das Ende des Faschismus hinterließ im Westen eine moralisch wie politisch gestärkte Gewerkschaftsbewegung, während mit dem Ende des Kommunismus im Osten jede sozialdemokratische Programmatik dem Stigma des abgewirtschafteten Kollektivismus ausgesetzt ist. Handlungsfähige Akteure für den sozialen Dialog existieren in den meisten Ländern Mittelosteuropas genauso wenig wie Tarifvertragsstrukturen.

Das rettende europäische Sozialmodell – die „Zivilisierung des Kapitalismus“ – **unterliegt einem historischen Konstruktionsfehler**. Da sich die sozialen Sicherungssysteme unterschiedlich entwickelt haben, gibt es kein homogenes europäisches Leistungs- und Versorgungssystem. So wie die Sozialpolitik nach wie vor Domäne der nationalen Regierungen bleibt, so gehört die Tarifpolitik in die exklusive Zuständigkeit nationaler Gewerkschaften.

Das EU-Konzept des Sozialen Dialogs bedarf angesichts dieser Realität einer Revision. Der Soziale Dialog lässt sich weder vom EGB noch von der EU-Kommission verordnen, sondern nur gewerkschaftliche Stärke wird die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch bringen. Die Achillesferse ist die labile betriebliche Interessenvertretung und die Abwesenheit einer sek-



Dr. Wolfgang Weinz, 51, ist Projektkoordinator der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) für Mittelosteuropa, Afrika und Asien.

toralen Tarifpolitik in Mittelosteuropa. Dies ist das Resultat erfolgloser Organisationsarbeit und führt zu mindestens zwei Schlussfolgerungen: Erstens zur notwendigen Konzentration auf strategische Unternehmen und Branchen, um wirksame Rekrutierungsoffensiven durchzuführen. Und zum Zweiten müssen die Beziehungen zwischen der existierenden betrieblichen Vertretung und der Branchengewerkschaft in Mittelosteuropa zu einer konstruktiven Allianz entwickelt werden. Dies geht nur, wenn sich alle Akteure bewusst machen, was an gewerkschaftlichen Netzwerken vorhanden ist und warum diese Ressourcen für die Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung existentiell sind.

Die EU-Erweiterung um die ärmsten Länder des Kontinents ist auf eine gefährliche Weise unvollendet. Die Gewerkschaften können nicht darauf warten, dass der Aufholprozess in zwei Dekaden zu einer Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse führt. Dies wäre selbstmörderisch. **Sie müssen einen pro-aktiven Ansatz entwickeln**, der auf ihren eigenen Handlungsinstrumenten aufbaut. So ist z.B. ein Sozialer Dialog, der zum Monolog mutiert, wenig hilfreich. Und die Gewerkschaften müssen mit Nachdruck dafür sorgen, dass mit dem Beitritt ratifizierte Standards umgesetzt und eingehalten werden. Denn bei den neuen EU-Ländern handelt es sich vielfach nicht um Niedriglohn-, sondern um Niedrigkostenländer. Der zweite Aspekt liegt in der Überwindung des Widerspruchs zwischen Rhetorik und Realität. Weil transnationale Unternehmen **Flaggschiffe der Globalisierung und der weltweiten Standardsetzung** sind, ist die Arbeit dort die Grundlage für die überfällige Internationalisierung der Arbeitsbeziehungen. Nur so können die Gewerkschaften Regelungsmechanismen durchsetzen, um dem mörderischen Unterbietungswettbewerb innerhalb und außerhalb Europas ein Ende zu setzen. •

Projekte zur EU-Erweiterung

***SPIRIT** heißt ein gerade gestartetes Projekt, das ArbeitnehmerInnen diesseits und jenseits der alten EU-Grenze fit machen soll für die Veränderungen durch die Erweiterung. Zielgruppe der grenzüberschreitenden Qualifizierungsinitiative sind ArbeitnehmerInnen in den Grenzregionen des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg zu Polen und Tschechien.*

Im Rahmen eines Qualifizierungsprogramms wird zunächst der Bedarf der Unternehmen, des Arbeitsmarktes und spezifischer Arbeitnehmergruppen ermittelt und danach in Qualifizierungsmodule umgesetzt. Um die Projektergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wird ein Internet-Portal aufgebaut.

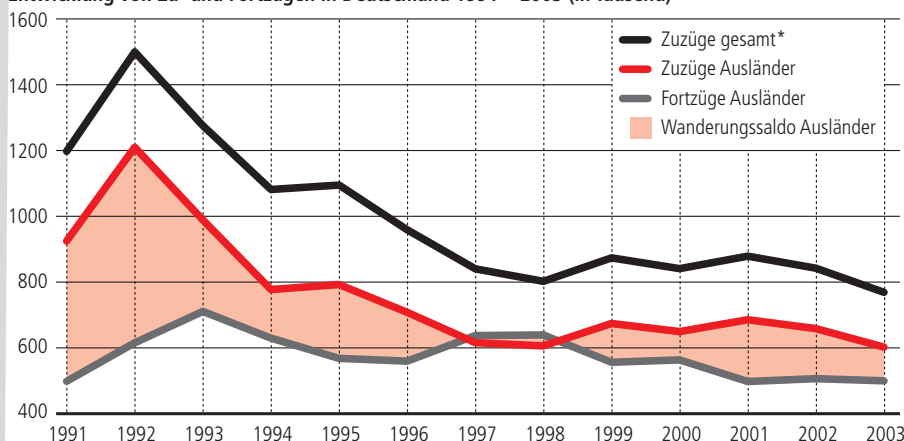
Träger des von der EU geförderten zweijährigen Projektes sind das DGB-Bildungswerk Berlin-Brandenburg „Wilhelm Leuschner“ e. V. sowie deutsche, polnische und tschechische Partnerorganisationen.

Einen neuen E-Mail-Newsletter zu Lebens- und Arbeitsbedingungen in der EU bietet der Bereich Migration und Qualifizierung beim DGB-Bildungswerk an. Er kann abonniert werden unter www.migration-online.de/europa-newsletter

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG: Zuwanderung weiter rückläufig

Einem längerfristigen Trend zufolge geht die Zahl der Zuzüge ins Bundesgebiet Jahr für Jahr um neun Prozent zurück. Die Zahl der Zuwanderer ausländischer Herkunft macht dabei drei Viertel der Zuzüge aus. Ohne Zuwanderungsüberschüsse und Nachkommen der ersten Zuwanderergenerationen würde sowohl die Bevölkerungszahl dramatisch abnehmen wie auch das Durchschnittsalter deutlich steigen – mit allen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme.

Entwicklung von Zu- und Fortzügen in Deutschland 1991 – 2003 (in Tausend)



* Die Gesamtzahl umfasst Deutsche (einschließlich Spätaussiedler und Rückkehrer nach Auslandsaufenthalten) und Ausländer.
Quelle: Jahresgutachten 2004 des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration

© DGB einblick 19/04

14TAGE

2.11. DGB-Thüringen, Diskussion „Die Finanzierbarkeit der relativen Vollbeschäftigung – oder das Gesetz von der Erhaltung der Arbeit“, Erfurt

2.11. DGB-Thüringen, „Personalentwicklung im Betrieb – betriebliche Praxis und neue Konzepte“, Gotha

3.11. DGB-Nord, Konferenz „Arbeitsmarktpolitik in Europa – von den Nachbarn lernen?!“, Flensburg

3.11. ver.di, Fachtagung „Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem – oder familienfreundliche Personalpolitik (auch) für Väter?“, Hannover

3.11. DGB, attac und

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, „Aufstehen gegen Steuerflucht!“, Start des internationalen Netzwerks „Steuergerechtigkeit in Deutschland“, Berlin

3./4.11. Otto-Brenner-Stiftung, Jahrestagung „Den Sozialstaat neu denken – Herausforderung für die deutschen Gewerkschaften“, Berlin

4.-6.11. GEW-Herbstakademie „Jongleure der Wissensgesellschaft – Die Profession in der Weiterbildung im Wandel“, Weimar

5.11. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Aktuelle Erfahrungen und Reformprobleme in der betrieblichen Altersversorgung“, Frankfurt/M.

5.11. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachtag „Anschlussfähigkeit“ der Projektgruppe „Supervision und Gewerkschaften“ der Deutschen Gesellschaft für Supervision, Hannover

5.11. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Europäische Betriebsräte – Macht und Ohnmacht einer europäischen Arbeitnehmervertretung“, Frankfurt/M.

5./6.11. GEW, Konferenz „Auf dem Weg zu einer guten Schule für alle“, Berlin

7.-11.11. T R A N S N E T, „Kreativ handeln“, 17. ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin

11./12.11. DGB, Netzwerk-Konferenz ChancenGleich, Berlin

11./12.11. ver.di IT-Forum „Die EU-Erweiterung: Chancen und Risiken im vereinten Europa für die IKT-Branche“, Leipzig

Tipp

Buch: Viola Falkenberg, Im Dschungel der Gesetze, Leitfaden Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Falkenberg Verlag, Bremen 2004, 212 Seiten, 22,90 Euro

„Tue Gutes und rede darüber“ – getreu diesem Motto müssen auch ehrenamtliche GewerkschafterInnen und Betriebsräte ihr Wirken in der Öffentlichkeit kund tun. Was sie dabei beachten müssen und was sie dürfen, steht „Im Dschungel der Gesetze. Leitfaden Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“. Dabei ist der Ratgeber nicht einfach ein weiterer unter den Vielen, stattdessen berücksichtigt er die Perspektive des Betriebsrates und befasst sich mit Mitarbeiterzeitungen.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsön (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



Schlusspunkt.

„Abschied von der Toskana“

Buchtitel des Parteienforschers Franz Walter über die SPD in der Ära Schröder, Verlag für Sozialwissenschaften

IG Metall NRW

Offensive „besser-statt-billiger“ gestartet

Der größte IG Metall-Bezirk, Nordrhein-Westfalen, hat eine Modernisierungsoffensive gestartet. Ihr Slogan: „besser-statt-billiger“. Ihr Ziel: Öffentlichen Druck erzeugen, der von den Unternehmern mehr erwartet, als „billiger“ zu werden, nämlich „besser“. Die Kampagne soll bis 2007 laufen.

Ihr Hintergrund: Intern gibt auch die IG Metall NRW zu, dass die Gewerkschaften in der Defensive sind. Der öffentlich propagierten – und mit Schlagworten wie „Globalisierung“ und „EU-Osterweiterung“ begründeten – Verzichtsideologie hat sie kaum etwas entgegensetzen. Das Credo „Arbeit muss billiger werden“ geistert durch alle Polit-Talkshows. Und verfehlt seine Wirkung nicht: Die Aufforderung an die Beschäftigten, auf Entgelt zu verzichten oder unbezahlte Mehrarbeit zu leisten, gilt allgemein als Patentrezept für den Arbeitsplatz-erhalt. Und wird kaum noch hinterfragt. Die Folge: Unternehmer, die von Tarifstandards abweichen wollen, verzichten bereits auf Begründungen: Sie sehen sich per se im Recht.



Das Logo der IG Metall-Kampagne: Mit „besser“ geht's aufwärts, mit „billiger“ abwärts.

Die Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland wird auf die Arbeitskosten verengt. Es regiert die phantasielose Kopf-ab-Denke: durch Personalabbau Kosten senken. „Diesen Kostenwettbewerb können wir aber nicht gewinnen“, sagt der nordrhein-westfälische IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzel, „jedes ‚billiger‘ wird im Zweifel durch ein ‚noch billiger‘ unterboten.“

Aus diesem Dilemma will Wetzel raus. Statt die 35-Stunden-Woche, den Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie, den Kündigungsschutz oder die Mitbestimmung nur zu verteidigen und so das Negative-Image der Gewerkschaften als Nein-

Sager zu verfestigen, will er den Spieß umdrehen – und auf die Verzichtsideologie eine positive Antwort geben: „Werdet besser statt billiger.“ Gemeint ist damit, durch mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie durch bessere Produkte und verbesserte Produktionsprozesse dem alten Gütesiegel „made in Germany“ zu neuem Glanz zu verhelfen.

Die IG Metall NRW will Beispiele guter Praxis publik machen und erfolgreiche Unternehmen, die heuern statt feuern, ins Rampenlicht rücken. Die Botschaft lautet: Besser statt billiger ist machbar. Bezirksleiter Wetzel: „Uns geht die Jammerei über den Standort auf den Geist. Wir sind um Welten besser als uns jetzt viele schlecht reden wollen.“

Wetzel bezeichnet die Kampagne als „Mitmach-Projekt“. Dass die IG Metall NRW alleine die öffentliche Meinung nicht ändern kann, weiß er: „Wir können nur Impulse geben und Signale setzen, den Ball ins Spiel bringen.“ Sein Aufruf zur Modernisierung richtet sich an Betriebsräte und Unternehmer, an Wissenschaftler und die Landesregierung NRW.

Auch der DGB sieht die Gewerkschaften „als Motor und Partner für Innovation“ (Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer). Er setzt dabei auf einen erweiterten Innovationsbegriff, der nicht nur auf Technik fokussiert, sondern auf so genannte weiche Faktoren wie Bildung, Qualifizierung und Teamfähigkeit, bessere Managementsysteme und Organisationsstrukturen. Im Internet stellt der DGB (www.dgb.de) zahlreiche betriebliche und regionale Projekte dazu vor. •

plusminusBERLIN



Marieluise Beck (Grüne) will gegen den Widerstand von Innenminister **Otto Schily (SPD)** ein **Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge durchsetzen**. Der unsichere Status der über 200 000 Menschen, müsse beendet werden.



FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper will die **Wissenschaftsministerkonferenz abschaffen**. Erforderlich sei „mehr Freiheit auf dem Bildungsmarkt“. **Ausbilder, Lehrerkollegien, Professoren und Studierende wüssten selbst, „was am besten ist“.**

inhalt

Seite 3

BDA und BDI haben nichts begriffen

Interview mit DGB-Vorstand Dietmar Hexel zur Unternehmensmitbestimmung

Seite 5

Altersarmut verhindern

Die Verbreitung der Betriebsrente lässt zu wünschen übrig, Gegensteuern tut Not. Experten diskutieren eine stärkere Verpflichtung zur Vorsorge

Seite 7

Erfolgsmodell mit Zukunft

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) lobt die Mitbestimmung als „Grundpfeiler unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung“



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bigbrotherawards.de
Datenschützer verleihen „Oscars für Datenkraken“

www.einblick.dgb.de
Das Konzept der Gewerkschaften zur Bürgerversicherung

Arbeitsmarktreform

Länger arbeitslos durch Hartz IV

Hartz IV könnte bei Arbeitslosen, die vor einer Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ihre berufliche Qualifikation verbessern müssen, zu einer Verlängerung der Arbeitslosigkeit führen. Darauf haben die Gewerkschaft ver.di und das Berufsbildungswerk des DGB (bfw) aufmerksam gemacht.

Ursache der längeren Arbeitslosigkeit ist der Neuzuschnitt der Kompetenzen der Behörden durch die Arbeitsmarktreformen, die ab 1. Januar wirken: Für Langzeitarbeitslose, die mindestens ein Jahr ohne Job sind, werden in Zukunft

anstelle der Bundesagentur für Arbeit (BA) die jetzt noch im Aufbau befindlichen örtlichen Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und regionalen Arbeitsagenturen zuständig sein. Weil die BA den Arbeitsgemeinschaften für jeden Arbeitslosen, der in den Bezug von Arbeitslosengeld (Alg) II rutscht, einen so genannten Aussteuerungsbetrag von 10 000 Euro überweisen muss, sei zu befürchten, dass es für Alg I-Bezieher kaum noch Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung geben wird. Denn der Aussteuerungsbetrag ist auch dann zu zahlen, wenn für den jeweiligen Arbeitslosen bereits eine Maßnahme zur beruflichen Weiterbildung angelaufen ist, die in den Zeitraum des Alg II-Bezugs hineinreicht. •

Auflösung der HWP

Kein Studium ohne Abitur mehr

Trotz monatelanger Proteste will der von der CDU gestellte Hamburger Senat die bislang eigenständige Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) auflösen. Die bundesweit einzige Hochschule für Studierende ohne Abitur soll in die Universität Hamburg integriert, der besondere Zugang für Studienbewerber ohne Abitur nur bis zum Beginn des Wintersemesters 2008/2009 garantiert werden. Das sieht ein Gesetzentwurf des parteilosen Hamburger Wissenschaftssenators Jörg Dräger vor. Für den Erhalt der HWP, an der unter anderem der frühere schleswig-holsteinische Mi-

nisterpräsident Björn Engholm (SPD), der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel sowie der langjährige DAG-Vorsitzende Roland Issen studiert haben, hatte sich auch der DGB eingesetzt. •

Job und Familie

Elterngeld als Lohnersatz

Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) will das bisherige Erziehungsgeld mittelfristig in ein Elterngeld mit Lohnersatzfunktion umwandeln. Den Entwurf für ein entsprechendes Gesetz werde sie im Frühjahr 2006 vorlegen, so die Ministerin. Der Bezugszeitraum des geplanten Elterngeldes soll das erste Lebensjahr des Kindes umfassen und unabhängig von der Dauer der dreijährigen Elternzeit sein. Voraussetzung für ein kürzeres Elterngeld mit Lohnersatzfunktion sei aber ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung und eine „familienfreundliche Unternehmenskultur“.

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer begrüßt die geplante Einführung eines Elterngeldes als Lohnersatzleistung, sie gewährleiste die finanzielle Unabhängigkeit des betreuenden Elternteils. Es sei aber von zentraler Bedeutung, dass das Elterngeld mindestens auf der Höhe des heutigen Erziehungsgeldes liege, um soziale Benachteiligungen zu vermeiden. Die Gewerkschaften würden den Gesetzgebungsprozess konstruktiv begleiten, so Engelen-Kefer.

Bereits seit geraumer Zeit fordern die Gewerkschaftsfrauen ein solches Elterngeld nach dem Vorbild Schwedens, wo es schon vor Jahrzehnten eingeführt wurde. Elterngeld als Lohnersatzleistung macht den befristeten Ausstieg aus dem Job während der Elternzeit auch für Männer attraktiv: 43 Prozent der schwedischen Väter beteiligen sich an der Elternzeit. •

Fragen an ...



Das Bundesentwicklungsministerium unterstützt mit Partnern wie dem DGB, der Friedrich-Ebert- und der Hans-Böckler-Stiftung einen neuen Studiengang in Kassel: „Labour Policies and Globalisation“, von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO

auf den Weg gebracht. Im einblick-Interview: Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD).

■ Was wollen die Beteiligten mit diesem Studiengang bewirken?

■ Unsere Entwicklungsarbeit soll dazu beitragen, die Globalisierung sozial gerecht zu gestalten. In diesem Denken leistet der neue Studiengang einen wichtigen Beitrag. Wir wollen mit diesem Studiengang erreichen, dass Gewerkschaftsmitglieder aus Entwicklungsländern weiter für ihre Arbeit qualifiziert werden. Bei den internationalen Finanzinstitutionen und bei der Welthandelskonferenz geht es oft um sehr komplizierte Detailverhandlungen. Da haben Entwicklungsländer nur eine Chance, wenn ihre Vertreterinnen und Vertreter gut ausgebildet sind und wenn es in ihren Ländern eine Zivilgesellschaft gibt, die sich ebenfalls mit diesen Themen auseinandersetzt.

■ „Soziale Gestaltung der Globalisierung“ hört sich gut an, andererseits muss aber Globalisierung hierzulande gerade als Begründung für soziale Demontage herhalten.

■ Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen sich international nicht gegeneinander ausspielen lassen. Ein Beispiel: Wir setzen uns für die Einhaltung der internationalen Kernarbeitsnormen der ILO ein – also: keine Zwangsarbeit, keine Kinderarbeit, keine Diskriminierung am Arbeitsplatz und das Recht auf die Arbeit freier Gewerkschaften. Wir haben durchgesetzt, dass die Kernarbeitsnormen der ILO heute in den Prinzipien der Weltbank verankert sind. Und sie sind fester Bestandteil unserer bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Ziel unserer Arbeit sind soziale und ökologische Regeln weltweit. Das ist im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern, aber es ist auch gut für die Beschäftigten in Deutschland, weil den Tendenzen zum Sozialdumping entgegengearbeitet wird.

■ Wir sind von der Umsetzung der ILO-Normen in ihren Mitgliedsländern noch weit entfernt. Wie kann ein Studiengang Kinderarbeit verhindern, wie für die Durchsetzung der Kernarbeitsnormen sorgen?

■ Letztlich können die ILO-Normen nur von den Menschen in den betreffenden Ländern – mit Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit engagierter Regierungen und internationaler Organisationen – durchgesetzt werden. Das aber wird nur gelingen, wenn es einheimische Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen und eine wache Zivilgesellschaft gibt, die sich um dieses Thema kümmern. Für genau diese Zielgruppe gibt es nun in Deutschland einen Studiengang, der in dieser Form weltweit einzigartig ist.

Im Interview: Dietmar Hexel, DGB-Bundesvorstand

BDA und BDI haben nichts begriffen

Gäbe es die Mitbestimmung nicht, müsste sie erfunden werden: Nur eine echte Teilhabe der Beschäftigten macht Unternehmen fit für die wissensbasierte Industriegesellschaft der Zukunft. Meint DGB-Vorstand Dietmar Hexel.

■ Die Angriffe auf die Unternehmensmitbestimmung drängen die Gewerkschaften in die Defensive. Macht es nicht Sinn, mit eigenen Modernisierungsvorschlägen in die Offensive zu gehen?

■ Die Mitbestimmung modernisieren? Natürlich! Doch wir müssen insgesamt über die Reform des Gesellschaftsrechts reden. Das heißt erstens, die Anzahl der Aufsichtsratsmandate, die jemand wahrnimmt, muss auf drei, höchstens fünf begrenzt werden. Es gibt auf Seiten der Anteilseigner Leute, die haben zehn Mandate und mehr.

■ Und auf Arbeitnehmerseite?

■ Unsere Leute haben in der Regel zwei, höchstens drei. Zweitens darf es keinen nahtlosen Wechsel des Vorstandsvorsitzenden in den Aufsichtsrat mehr geben. Weil er sonst das beaufsichtigt, was er vorher selbst „angerichtet“ hat.

■ Wie viel Zeit sollte zwischen beiden Posten verstreichen?

■ Drei Jahre, schlage ich vor. Dann wäre die Anstandsfrist gewahrt. Drittens muss allgemein die Arbeit im Aufsichtsrat qualitativ verbessert werden. Auf Seiten der Anteilseigner verstehen nicht alle etwas von dem Geschäft, das sie beaufsichtigen sollen. Unsere Leute dagegen kennen das Geschäft sehr gut, weil sie aus dem Unternehmen, der Branche kommen. Die Schwächen auf unserer Seite liegen beim Thema Managementstrategien.

■ Weitere Änderungsvorschläge?

■ Der Gesetzgeber sollte das passive Wahlrecht für ausländische Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten länderübergreifend tätiger Konzerne ermöglichen. Einige bürokrati-

sche Wahlvorschriften kann man kippen, damit das Wahlverfahren abgekürzt wird. Weiterhin ist die Grenze von 2000 Beschäftigten, ab der die Mitbestimmung gilt, nicht zeitgemäß. Die Unternehmen werden kleiner. Außerdem sollten wir genau im Blick haben, wie sich die so genannte Verhandlungslösung für die Europäischen Aktiengesellschaften (SE) bewährt. Bekanntlich kann bei Gründung einer SE über die Form der Mitbestimmung verhandelt werden, und wenn kein Ergebnis zustande kommt, gilt in den beteiligten Ländern weitest gehende Mitbestimmung.

■ Die monistische Unternehmensverfassung anderer EU-Länder kennt keinen Vorstand und Aufsichtsrat, sondern nur einen Verwaltungsrat, der Geschäftsführung und Aufsicht vereint. Könntest du dich mit einem monistischen System anfreunden?

■ Warum nicht? Wir müssen Erfahrungen mit dem monistischen System anderer europäischer Länder sammeln. Ich bin allerdings der Meinung, dass das dualistische eindeutig Vorteile hat. Aber man kann nicht sagen, dass das monistische nicht funktioniert.

■ Wo bleibt da die Mitbestimmung?

■ Man kann den Verwaltungsrat auch paritätisch organisieren. Ich bin sowieso der Meinung, dass wir – Stichwort echte Teilhabe – in dreißig Jahren alle in Leitungsgremien sitzen werden. Das mag für einige merkwürdig klingen. So wie es uns heute merkwürdig vorkommt, dass es früher Fronarbeit gab. In spätestens dreißig Jahren wird es uns erstaunen, dass heutzutage die Arbeitnehmer nicht mehr Verantwortung tragen und stets mitentscheiden. Schließlich sind sie es, die den Laden schmeißen. In der wissensbasierten Industriegesellschaft brauchen wir mehr Arbeitnehmersouveränität und mehr Teilhabe am Sagen – und am Haben.

■ Sollte sich der Aufsichtsrat ins

operative Geschäft einmischen?

■ Es ist vernünftig, dass der Vorstand das Geschäft macht und der Aufsichtsrat sich mit den Leitlinien und Zielen des Unternehmens beschäftigt. Ich würde es grundsätzlich bei der Trennung belassen. Man muss allerdings regeln, dass der Aufsichtsrat allen wichtigen Geschäften auch wirklich zustimmen kann: Wenn man nur Geschäfte ab einer halben Milliarde Euro für zustimmungspflichtig erklärt, gibt es



Dietmar Hexel, 54, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Mitbestimmung zuständig

nichts mehr mitzubestimmen. Im Übrigen: Der Zweck eines Unternehmens ist es nicht, Aktionäre reich zu machen. Das ist der wichtigste Streit, den man in jedem Aufsichtsrat zurzeit führen muss.

■ Seine Kontrollfunktion ist weniger wichtig?

■ Er hat – und das ist etwas ganz Anderes – vor allem Aufsicht zu führen und Rat zu geben. Er bestimmt den Zweck des Unternehmens. Er legt grundsätzlich fest, welche Investitionen wofür getätigt werden, welches die wichtigsten Märkte der Zukunft sein werden, wie erreicht werden kann, dass die Beschäftigten gern und engagiert im Unternehmen arbeiten – und wie hoch der Gewinn sein muss, um diese Ziele erreichen zu können. Außerdem achtet er auf hinreichendes Realkapital im Unternehmen und auf ein Klima der Innovation. Er darf diese Themen nicht dem Vorstand alleine überlassen.

■ Der Aufsichtsrat definiert also „gute Unternehmensführung“?

■ Ja. Denn ein Unternehmen ist nicht nur eine ökonomische Recheneinheit, sondern in erster Linie eine soziale Organisation mit „Eigensinn“.

■ Warum sollen dann nicht auch Verbraucherschützer in den Aufsichtsrat, wie es etwa der Grünen-Politiker Fritz Kuhn fordert?

■ Das ist eine gute Frage. Ich würde es allerdings nicht auf Verbraucherschützer münzen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die Allgemeinheit, die demokratische Bürgerschaft an den strategischen Unternehmensentscheidungen beteiligen. Wir sehen ja nicht erst bei Opel und Karstadt, dass unternehmerische Entscheidungen einer bestimmten Größenordnung direkte Auswirkungen auf eine Region, eine Stadt, das Umfeld haben. Wir haben diese Frage in den Gewerkschaften lange nicht mehr diskutiert, sollten das aber wieder tun.

■ Die Arbeitgeberverbände (BDA) und die Industrie (BDI) kritisieren die Mitbestimmung als nicht mehr zeitgemäß.

■ Glücklicherweise stellen BDA und BDI weder die Mehrheit der Bevölkerung noch die des Parlaments. Was nicht mehr in die Zeit passt, entscheidet keine kleine radikale Minderheit. Erstens. Zweitens ist die Behauptung von BDA und BDI falsch. Hätten wir die Mitbestimmung nicht, müssten wir sie dringend erfinden. Weil die wissensbasierten Unternehmen der Zukunft nur bestehen können, wenn sie das Wichtigste, was sie haben, die arbeitenden Menschen, wirklich ernst nehmen. Sie brauchen eine vernünftige Arbeitsumgebung, ein vernünftiges Einkommen und müssen sich mit der Unternehmensidee identifizieren können. Das alles erreicht man nur, wenn die Menschen beteiligt werden. Und wer beteiligt werden soll, will auch mitentscheiden. Wer also wirklich das Gold in den Köpfen schürfen will, muss auch über die Claim-Rechte verhandeln. BDA und BDI betreiben dagegen die Restauration. Sie haben von der zukünftigen, wissensbasierten Gesellschaft, die auf die menschliche Kompetenz setzt, nichts begriffen. Ihnen geht es um nackte Macht. ●

**www.einblick.dgb.de:
Langfassung des Interviews**

DGB-Bildungswerk

Neues Programm

Die Konferenz „Arbeitsrecht in der Betriebsrats-Praxis“ von DGB Rechtsschutz GmbH und DGB-Bildungswerk soll Betriebsräten Hilfen für die Beratung von KollegInnen über die Folgen der Hartz-Reformen geben. Namhafte ExpertInnen informieren am 2. und 3. Dezember in Düsseldorf über Hartz IV, Kündigungsschutz und Sozialplan. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 700 Euro. Das komplette Veranstaltungsangebot des DGB-Bildungswerks findet sich im gerade erschienenen Seminarprogramm 2005. Die Bandbreite der Seminare und Workshops reicht von europäischen Themen über Migration, Arbeit, Umwelt und Gesundheit bis hin zu Multimedia. •

www.dgb-bildungswerk.de

Hans-Böckler-Stiftung

Wege zu mehr Wachstum

Die bisherigen Rezepte gegen die Konjunkturlaute helfen nicht. Kürzungen bei den Sozialleistungen, Senkung der Spitzensteuersätze und allgemeine Lohnzurückhaltung haben nicht verhindert, dass die Arbeitslosenquote auf Dauerhöchststand stagniert und die Binnen-nachfrage schwächelt. Über „Wege

zu nachhaltigem Wachstum, Beschäftigung und Stabilität“ diskutieren am 25. November in Berlin ExpertInnen, GewerkschafterInnen und PolitikerInnen bei einem makroökonomischen Kongress von Hans-Böckler-Stiftung und DGB. Teilnehmen werden unter anderem Bundesfinanzminister Hans Eichel, James K. Galbraith von der University of Texas sowie der Wirtschafts-weise Peter Bofinger. •

Ralf-Guthoff@boeckler.de
Tel. 0211 / 77 78 123

DGB-Jugend

Neonazi-Codes entschlüsseln

Die Neonazi-Szene operiert gerne mit „Geheimcodes“: In Kleidungsmarken oder Zahlenkombinationen stecken Verweise auf die rechtsextreme Gesinnung. Auf 40 Seiten beschreibt und erläutert die Broschüre „Versteckspiel“ Codes der Neonazis und der rechten Szene. Im Auftrag der DGB-Jugend Saar, Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg hat die Berliner Agentur für soziale Perspektiven gerade eine regionalisierte Ausgabe des Themenheftes produziert. Das erste „Versteckspiel“-Heft wurde für die Region Berlin-Brandenburg zusammengestellt. Bei Interesse und Kooperationsbereitschaft erstellt die Agentur für weitere Regionen spezielle Ausgaben. Die Broschüre kos-

Ruhrfestspiele



Neue Spielzeit – neues Glück

Die Zukunft der Ruhrfestspiele Recklinghausen ist mindestens bis zum 60. Jubiläum im Jahr 2006 gesichert. Noch im Frühjahr schien die Zukunft ungewiss. Die Besucherzahlen waren in der Spielzeit unter Frank Castorf drastisch zurückgegangen, dem daraufhin von den Gesellschaftern der Ruhrfestspiele, Stadt Recklinghausen und DGB, gekündigt wurde. Zwar hat das Land NRW seine jähr-

lichen Zuwendungen um zehn Prozent auf etwas über eine Million Euro reduziert, doch Stadt und DGB geben eine Bestandsgarantie bis 2007, die mit je gut einer Million Euro unterfüttert ist. Außerdem haben Ensembles und Einzelkünstler dem neuen Leiter Frank Hoffmann angeboten, in der am 1. Mai 2005 beginnenden Spielzeit zu „moderaten“ Gagen zu arbeiten. •

www.ruhrfestspiele.de

Dokumentation

Familienfreundlicher Betrieb

Konzepte für eine familienfreundliche Arbeitswelt standen im Mittelpunkt einer Fachtagung von DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Bundesfamilienministerium Ende September in Berlin. Vorgestellt wurden unter anderem die Ergeb-

nisse einer ArbeitnehmerInnenbefragung des WSI zum „familienfreundlichen Betrieb“ sowie Beispiele guter Praxis aus Unternehmen und Kommunen. Die Dokumentation gibt's kostenlos. •

christina.stockfisch@bvv.dgb.de

tet 3 Euro plus 1 Euro Versand (zehn Exemplare 29 Euro inkl. Versand). •

Bestellungen Ausgabe Süd-West:
DGB-Jugend Saar
Tel. 0681 / 400 01 24
www.dgb-jugend-saar.de
Ausgabe Berlin-Brandenburg:
Agentur für soziale Perspektiven,
Tel. 030 / 610 76 462

MigrantInnen

Gleichstellung erleichtern

MigrantInnen sind in ihren Arbeitsverhältnissen rechtlich den „einheimischen“ KollegInnen gleichgestellt. Doch formale Vorgaben müssen mit Leben gefüllt werden, damit sie Wirkung zeigen. Einen Beitrag dazu leisten soll eine Materialsammlung zum Thema „Nichtdiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik im Betrieb“, die das ver.di-Ressort Migrationspolitik herausgegeben hat. Die Veröffentlichung enthält unter anderem einschlägige EU-Richtlinien, die ILO-Konvention zu WanderarbeiterInnen und die Florenzer Erklärung der europäischen Sozialpartner zur Gleichbehandlung am Arbeitsplatz. •

www.verdi.de
(Gruppen – ausländische ArbeitnehmerInnen/Migrationspolitik)

interregio

... **ver.di München** ruft am 17. November zum **Aktionstag** „Stoppt die Räuber“ auf. In mög-



lichst vielen Betrieben soll vor Ort mit kreativen Aktionen gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnsen-

kung demonstriert werden. Der Tag endet mit einer Aktionskonferenz, auf der weitere betriebsübergreifende Aktionen geplant werden. Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) sieht den Freistaat bei Arbeitszeitverlängerungen in einer Vorreiterrolle und hatte die Einführung der 42-Stunden-Woche im bayerischen öffentlichen Dienst als „Durchbruchschlacht für die gesamte Wirtschaft“ bezeichnet. Infos: ver.di Bezirk München, Tel. 089 / 5 99 77 0

... Der **DGB Sachsen-Anhalt** lädt gemeinsam mit dem Institut für Europäische Forschungen und Projekte am 24. November zur **Tagung** „Was macht eine Wirtschaftsregion erfolgreich?“ nach Wolfen ein. Statt Standortfaktoren wie Infrastruktur oder Kostenvorteilen soll der Ansatz einer stärkeren Vernetzung von Sozialpartnern, Verwaltung und Hochschulen diskutiert werden. Infos: Klaus Zimmermann, Tel. 0391 / 6 25 03 24

GEWERKSCHAFTEN

Betriebliche Altersvorsorge

Die völlige Freiwilligkeit bringt's nicht

Die gesetzliche Rente verliert dramatisch an Bedeutung, die betriebliche gewinnt – ein bisschen. Zu wenig, um für Normalverdiener die Gefahr der Altersarmut zu bannen. Gegensteuern tut deshalb Not.

Diether Döring, bis April diesen Jahres Professor für Sozialpolitik an der Akademie für Arbeit der Uni Frankfurt/M., teilt das Schicksal der antiken Cassandra: Er prophezeit die Wahrheit, seinen Ruf aber schenkt niemand Glauben. Schon vor neun Monaten, bei der öffentlichen Anhörung zum so genannten Renten-Nachhaltigkeitsgesetz, ließ der Rentenexperte die Bombe platzen: Seinen Berechnungen zufolge sackt das Bruttorentenniveau bis 2030 auf 33 Prozent ab. Anders ausgedrückt: Die ArbeitnehmerInnen von heute können im Alter nur mit einem Drittel ihres Einkommens rechnen.

Viel mehr als die Sozialhilfe ist für die künftigen RentnerInnen also nicht drin – und das nach 40 Jahren Beitragszahlung. Im öffentlichen Bewusstsein ist eine ganz andere Zahl: das Nettorentenniveau von 67 Prozent nach 45 Versicherungsjahren.

In Expertenkreisen werden Dörings Berechnungen nicht ernsthaft bestritten. Dass die rot-grüne Rentenpolitik trotzdem keinen Aufschrei auslöst, erklärt Döring so: „Ihre Wucht ist zwar größer als die von Hartz IV, sie wird aber nicht schlagartig umgesetzt, sondern schiebenweise.“

Dafür sorgt vor allem das – zwischenzeitlich in Kraft getretene – Gesetz zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Nachhaltigkeitsgesetz), ein zentraler Punkt der Agenda 2010. Danach richtet sich künftig die Rentenanpassung im Wesentlichen nach dem Verhältnis von Beitrags-

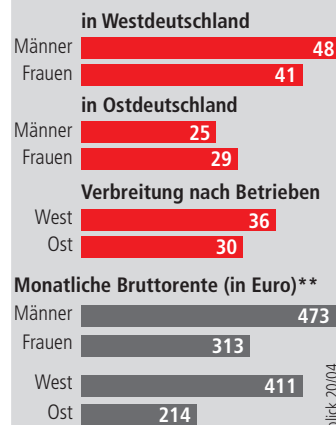
zahlern und Rentnern: Sinkt die Zahl der Beitragszahler, sinkt auch die Rentenanpassung – und umgekehrt. Letzteres ist jedoch blanke Theorie. 1960 kamen auf fünf Beschäftigte ein Rentner, 2030 werden es nur noch zwei sein.

Das alles wäre nicht so dramatisch, hätte die deutsche Alterssicherung keine Achillesferse: die betriebliche Altersversorgung.

Nicht einmal jeder Zweite

Verbreitung und Höhe der Betriebsrente 2003

Eine betriebliche Altersversorgung haben in der Privatwirtschaft (in Prozent)*



*InfraTest Sozialforschung, München

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

© DGB einblick 2004

Nur vier von zehn ArbeitnehmerInnen haben eine Betriebsrente. Notwendig wäre eine flächen-deckende Verbreitung. Sonst droht Altersarmut, ein nicht nur individuelles Problem: Ihre Bekämpfung ginge auf Kosten der Allgemeinheit.

Während im benachbarten Ausland die Betriebsrente 20 bis 30 Prozent der Gesamtrente ausmacht, beträgt ihr Anteil in Deutschland nur fünf Prozent. Das sind zwar Zahlen aus 1999, wesentlich verbessert haben dürften sie sich bis heute aber nicht.

Obwohl seit 1. Januar 2002 jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin einen Rechtsanspruch darauf hat, einen Teil seines/ihrer Einkommens auf ein Betriebsrentenkonto fließen zu lassen (Entgelt-

umwandlung), bestehe zwischen diesem Angebot und der Nachfrage „ein deutliches Missverhältnis“, hat der Frankfurter Sozialwissenschaftler Sven Dietrich festgestellt, der zurzeit im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung die betriebliche Altersversorgung in der Metall- und Elektroindustrie untersucht.

Im Herbst 2005 wird die Bundesregierung erstmals über die Verbreitung der Betriebsrente berichten. Zu erwarten ist ein Negativ-Bericht. Die IG Metall diskutiert deshalb jetzt schon Möglichkeiten, die Betriebsrente zu fördern. Sie hat Gesamtmetall bereits vorgeschlagen, den Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen, der Anfang 2005 ausläuft, künftig auch für die betriebliche Altersvorsorge nutzbar zu machen; dieser einzige bundesweit geltende Tarifvertrag der IG Metall sieht eine monatliche Zahlung von 26,59 Euro vor.

Im Gespräch ist zudem „ein doppeltes Obligatorium“, so Wolfgang Schroeder, Leiter des IG Metall-Bereichs Sozialpolitik. Danach wäre eine betriebliche Altersvorsorge sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Arbeitnehmer verpflichtend. Letzteres ist heikel. Denn ursprünglich sollte auch die Riester-Rente Pflicht sein. Das scheiterte nicht zuletzt am Widerstand der Bild-Zeitung. Das Blatt denunzierte das Vorhaben von Bundesarbeitsminister Walter Riester seinerzeit als „Zwangsrente“. Und damit war es politisch tot.

Eine andere, in Expertenkreisen diskutierte – softe – Möglichkeit, die Schwelle zum Vertragsabschluss zu senken, ist das so genannte Opt-out-Modell: Danach wären Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Abschluss eines Arbeitsvertrages zur Entgeltumwandlung verpflichtet – der Arbeitnehmer könnte aber nach Ablauf einer gewissen Zeit auch wieder aus der Altersvorsorge aussteigen. •

„Leever cash en der Täsch“

Gründe für die mangelhafte Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge gibt es viele. Zum einen fehlt das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Vorsorge, die so genannte Versorgungslücke wird unterschätzt; zum anderen wirkt der Slogan von CDU/CSU („Die Rente ist sicher“) nach, das heißt die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente wird chronisch überschätzt.

Manchen ist die Qual der Wahl zu groß: Wie viel soll ich in meine Zusatzvorsorge investieren? Soll ich betrieblich oder privat vorsorgen? Für welches Vorsorgeprodukt, für welchen Anbieter soll ich mich entscheiden? Die alte Werbe-Regel „keep it simple“ wird missachtet, die Komplexität der Entscheidung – gepaart mit mangelhafter Beratung – wirkt erschlagend, hat das Marktforschungsinstitut psychonomics, Köln, festgestellt.

Anderen fehlt für die zusätzliche Vorsorge schlicht das Geld. Und das Interesse der meisten Beschäftigten an einer Betriebsrente ist im Vergleich zur Barvergütung gering: Sie haben es „leever cash en der Täsch“, resümiert Peter Doetsch, gebürtiger Kölner und Vorstandsmitglied der Soka-Bau, der Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes.

kurz & bündig

ver.di

Die Gewerkschaft ver.di will wegen der geplanten Schließung von 105 der 503 Bundeswehrstandorte den Tarifvertrag für die Zivilbeschäftigten nachbessern. Dessen Laufzeit soll über das Jahr 2010 hinaus verlängert werden. Zudem fordert ver.di mehr Geld für Härtefälle und bei Abfindungen.



Die IG BAU hat in Niedersachsen-Bremen zu „Wochen der Unruhe“ aufgerufen, um gegen den geplanten Ausstieg des dortigen Baugewerbeverbandes aus der Tarifgemeinschaft des Deutschen Bauergewerbes zu protestieren. Mit spontanen Baustellenversammlungen sollen die Beschäftigten zum „Kampf um den Flächentarifvertrag“ motiviert werden.



Der TRANSNET-Vorsitzende Norbert Hansen will beitragswilligen ArbeitnehmerInnen als Einstieg eine Mitgliedschaft im DGB ermöglichen. Die häufig unklaren Zuständigkeiten der Einzelgewerkschaften erschweren vielen einen Zugang zur Gewerkschaft.

DGB

Der DGB lehnt eine mögliche Verschiebung der Zuständigkeit für das Beamtenrecht auf die Länder ab. Entsprechende Vorschläge hatte die gemeinsame Föderalismuskommission von Bund und Ländern gemacht. Der DGB befürchtet, dass finanzschwache Länder dem drohenden Wettbewerb um die „besten Beamten“ nicht standhalten könnten.

Hans-Böckler-Stiftung

WSI erhält Zwillingsinstitut

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) wird ab Januar 2005 ein eigenes Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung aufbauen. Direktor des Instituts soll Gustav Horn werden, der in den vergangenen vier Jahren den Bereich Konjunkturforschung am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin geleitet hat. Ob Horn, der als einer der renommiertesten keynesianisch orientierten Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland gilt, weitere KonjunkturforscherInnen des DIW in das neue Institut folgen, ist noch nicht entschieden.

Verstärkt werden soll das neue Institut außerdem durch drei Wissenschaftler des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts

Wer verdient was? Seit Anfang November steht der Fragebogen des neuen Internetportals

www.lohnspiegel.de im Netz (einblick 18/2004). Bis zum Frühjahr wollen die Initiatoren der kostenlosen online-Auskunft genug Daten gesammelt haben, um verlässliche Aussagen über die tatsächlich gezahlten Einkommen in allen Branchen und Berufen geben zu können. Koordiniert wird das Internetportal, an dem Forschungsinstitute und Gewerkschaften aus neun europäischen Ländern beteiligt sind, in Deutschland vom Tarifarchiv des WSI. Damit die Datenbank ein Erfolg wird, müssen möglichst viele ArbeitnehmerInnen ihr eigenes Einkommen in anonymisierter Form in ein Formular eingeben.



(WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, die bereits im Bereich Makroökonomie arbeiten. Das sieht ein Konzept vor, dem das Kuratorium der HBS bereits zugestimmt hat. Die Entscheidung des Vorstands stand bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch aus.

Das neue Institut erhält einen Jahresetat von einer Million Euro.

Es soll unabhängig von politischen Zielvorgaben der Gewerkschaften arbeiten und auch Forschungsaufträge von anderen politischen Institutionen und Verbänden bearbeiten können. Mit dem neuen Institut wollen die Gewerkschaften der nachfrageorientierten Ökonomie in der öffentlichen Debatte mehr Gehör verschaffen. •

DGB-Projekt für KMU

Familienfreundlichkeit ist machbar

Auch kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) können ihre Personalpolitik familiengerecht gestalten. Das zeigen die Beispiele aus Unternehmen, die im Rahmen eines DGB-Projektes für KMU entwickelt wurden. Bei dem im Sommer 2003 gestarteten und von der BGAG-Stiftung Walter Hesselbach geförderten Projekt unterstützen erfahrene BetriebsberaterInnen Betriebsräte und Unternehmensleitungen dabei, betriebliche Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erarbeiten. Das müssen nicht wie in den großen Vorzeigunternehmen Hunderte von Arbeitszeitmodellen oder eine eigene Kindertagesstätte sein. Dafür sind KMU eher als Großbetriebe in der Lage, die Maßnahmen genau auf die Bedürfnisse der Beschäftigten anzupassen.

So hat die Firma Hanning & Kahl, ein Metallbetrieb mit knapp 300 MitarbeiterInnen im ostwestfälischen Oerlinghausen, ihren MitarbeiterService „HAKAfit“ um Bausteine zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie erweitert. Was die Firma den Beschäftigten an Service-Dienstleistungen bietet, sucht seinesgleichen – von der Rückenschulung über Beratung in Rechts-, Renten- oder Steuerfragen bis hin zu Botendiensten.

Unterstützt durch BeraterInnen von der ISA Consult GmbH wurde eine Materialbox entwickelt, die alles Wissenswerte zu Anbietern von Betreuungsangeboten für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige in der Region bereit hält. „Bei Fragen rund um Pflege und Kinderbetreuung werden die Beschäftigten nun kompetent beraten oder ihnen Kontakte zu Betreuungseinrichtungen vermittelt“, so der Betriebsratsvorsitzende Lothar Specht.

Beim Fruchtsaftproduzenten EMIG in Calvörde, Sachsen-Anhalt, wurde der betriebliche Bedarf in

Sachen Work-Life-Balance in je einem Workshop für Beschäftigte und Führungskräfte ermittelt. Zentrale Frage in dem Unternehmen mit rund 320 Beschäftigten sei vor allem, so der Betriebsratsvorsitzende Thomas Michaelis, wie sich die Anforderungen eines Schichtsystems mit den Bedürfnissen von Eltern nach flexibler Arbeitszeit vereinbaren lassen. Einig sind sich Betriebsrat und Geschäftsleitung, dass die Beschäftigten mit individuellen Lösungen für Betreuungsprobleme unterstützt werden sollen.

Eine gute Vereinbarkeit von Job und Familie wurde in die Unternehmensziele aufgenommen, eine MitarbeiterInnenbefragung zur Arbeitszeit ist geplant. Auch eine Betriebsvereinbarung zum Thema ist in der Mache, sie soll noch im November auf einer Betriebsversammlung vorgestellt werden. •

Infos zum DGB-Projekt:
maria.kathmann@bvv.dgb.de

Arbeitnehmermitbestimmung

Ein Erfolgsmodell mit Zukunft

Die Mitbestimmung ist Teil des Fundaments, auf dem eine starke Wirtschaft gedeihen kann. Sie schlecht zu reden, erhöht die Attraktivität des Standorts Deutschland nicht. Meint Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD).

Wehklagen von Unternehmensvertretern, die Mitbestimmung sei ein wirtschaftsfeindliches Investitionshemmnis, sind nicht zum ersten und wohl auch nicht zum letzten Mal zu hören. Berechtigt sind sie dennoch nicht. Trotz eines weltweit rückläufigen Trends konnte Deutschland 2002 seine Investitionen aus dem Ausland von 33,9 Milliarden um zwölf Prozent auf 38,1 Milliarden US-Dollar steigern. Nach einer Studie lag Deutschland damit im EU-Vergleich vorn und weltweit auf Rang fünf. **Wie man angesichts solcher Zahlen zu der Einschätzung gelangen kann, die Mitbestimmung sei ein Hemmschuh für ausländische Investitionen in Deutschland oder gar ein „Irrtum der Geschichte“, ist nicht nachvollziehbar.**

Im Gegenteil: Die Mitbestimmung hat in der Geschichte der Bundesrepublik wesentlich dazu beigetragen, den sozialen Frieden zu wahren. Dieser soziale Frieden ist das Fundament, auf dem eine starke Wirtschaft gedeihen kann. Dank der Mitbestimmung wurde der notwendige Strukturwandel sozialverträglich ausgestaltet. Arbeitnehmervertreter haben in Aufsichtsräten Verantwortung für das Unternehmen getragen und die Interessen der Beschäftigten gewahrt. Die Mitbestimmung ist ein Grundpfeiler unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung, der sich in jahrzehntelanger Praxis bewährt hat. **Nicht zuletzt ist sie gelebte Demokratie in den Betrieben. Deshalb tritt die Bundesregierung weiter für die Mitbestimmung ein.**

Sozialer Frieden in den Unternehmen

Mitbestimmung ist wichtig, wenn es darum geht, Veränderungen in Unternehmen abzufedern, sie zu moderieren und an die Belegschaft zu vermitteln. **Sie führt zu tragfähigen Entscheidungen im Konsens. Diese Funktion ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders wichtig.** Nur so können auch die Beschäftigten ihre Ideen und Interessen in den Entscheidungsprozess zum Wohl des Unternehmens einbringen.

Begonnen hat dies mit der 1951 eingeführten Montanmitbestimmung, die der demokratischen Kontrolle der deutschen Rüstungsindustrie in der Nachkriegszeit diente. Heute steht die deutsche Wirtschaft vor anderen, nicht weniger schwierigen Herausforderungen. Unternehmerische Standortent-



Die Juristin Brigitte Zypries, 50, ist seit Oktober 2002 Bundesministerin für Justiz.

scheidungen, Fusionen, Unternehmensaufspaltungen oder Strategieveränderungen sind nicht durch die Mitbestimmung verhindert, sondern häufig zum Wohl der Beschäftigten und damit auch des Unternehmens optimiert und sozial abgefedert worden.

Nicht zuletzt wirkt die Mitbestimmung motivationsfördernd. So haben mitbestimmte Unternehmen einen stabileren Stamm zufriedener

Beschäftigter – und motivierte Beschäftigte sind unverzichtbar für den Unternehmenserfolg. Außerdem gibt es in mitbestimmten Unternehmen weniger Kündigungen. Die Bereitschaft, in firmenspezifisches Know-how zu investieren und sich mit dem Unternehmen zu identifizieren, ist in mitbestimmten Unternehmen größer.

Kein Standortnachteil

Wer behauptet, ausländische Investoren würden verschreckt, weil Unternehmensentscheidungen in Deutschland nicht ausschließlich unter dem Aspekt des Shareholder-Value getroffen werden, der irrt. Nicht nur die eingangs zitierten Zahlen der Auslandsinvestitionen stehen dagegen. Von etwa 800 mitbestimmten Unternehmen in Deutschland gehören rund 30 Prozent unmittelbar oder mittelbar zu ausländischen Konzernen, darunter Nestlé, Coca Cola, General Motors, Ford, AMD oder Intel. Ganz so abschreckend kann die deutsche Unternehmensmitbestimmung auf ausländische Investoren also nicht wirken.

Ausländische Manager haben ganz offensichtlich kein Problem mit der Mitbestimmung, weil für sie andere Faktoren wie Marktgröße und Marktdynamik, eine gute Infrastruktur und qualifizierte Arbeitskräfte ausschlaggebend sind.

Statt die Mitbestimmung schlecht zu reden, sollten wir gemeinsam dafür arbeiten, dass im Interesse von Unternehmern und Beschäftigten Deutschland auch in Zukunft ein attraktiver Investitionsstandort bleibt. Jede und jeder sollte dabei seine Verantwortung kennen. •

Rot-Grün pro Mitbestimmung

Seit 1998 setzt sich die rot-grüne Bundesregierung für die Arbeitnehmermitbestimmung ein – national wie international. So hat sie in den Verhandlungen zur Europäischen Gesellschaft (SE = Societas Europae) das deutsche Mitbestimmungs-niveau erfolgreich verteidigt.

Ziel von Rot-Grün war es, sicherzustellen, dass die Mitbestimmung nicht ausgehebelt werden kann, wenn Unternehmen aus verschiedenen europäischen Ländern gemeinsam eine SE gründen. Bei Gründung einer SE muss nun zuerst mit den ArbeitnehmervertreterInnen verhandelt werden. Können sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht einigen, kommt grundsätzlich die Mitbestimmung aus dem Unternehmen zur Anwendung, die am weitesten geht.

Derzeit wird in Brüssel die EU-Fusionsrichtlinie verhandelt, die grenzüberschreitenden Zusammenschlüsse von Unternehmen regeln soll. Die Bundesregierung hat im März 2004 einen eigenen Vorschlag zu dem in Brüssel diskutierten Entwurf der Richtlinie vorgelegt. Sie schlägt vor, die für die Mitbestimmung in der SE gefundene Verhandlungslösung auch bei grenzüberschreitenden Fusionen zu übernehmen.

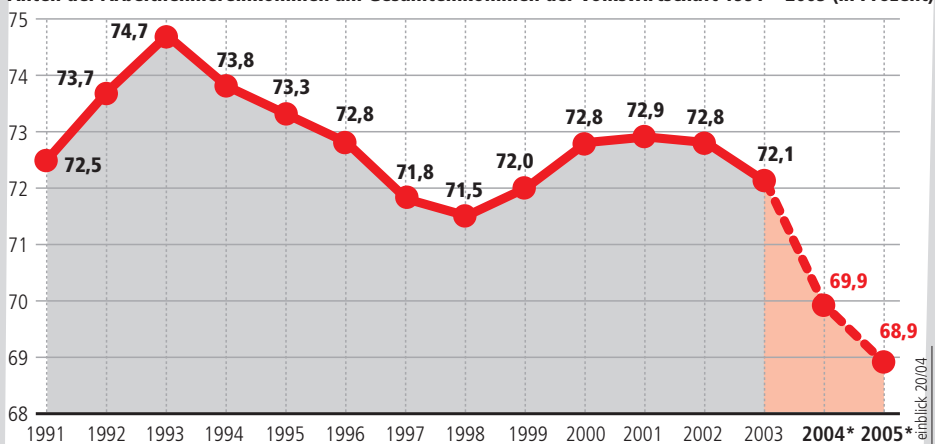
DIES & DAS

die DGB grafik

LOHNQUOTE: Wirtschaftsinstitute erwarten weiteren Rückgang

Die Lohnquote, der Anteil der ArbeitnehmerInnen am Einkommen der Volkswirtschaft, wird 2005 weiter sinken, auf 68,9 Prozent. Das haben die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten vorausgesagt. Ursache des Rückgangs sind nach einer Analyse der IG Metall vor allem geringe Lohnsteigerungen. Während der Verteilungsspielraum aus Produktivitätsanstieg und Preissteigerungsrate zwischen 2003 und 2005 um 7,4 Prozent wachsen soll, dürften die Tariflöhne nur um 3,8 Prozent steigen.

Anteil der Arbeitnehmerinkommen am Gesamteinkommen der Volkswirtschaft 1991 – 2005 (in Prozent)



* Prognose des Herbstgutachtens der Wirtschaftsinstitute

Quelle: IG Metall-Herbstanalyse, Teil 1: Gesamtwirtschaftliche Wachstumsaussichten 2004/2005, November 2004; Statistisches Bundesamt

© DGB einblick 20/04

personalien

... **Norbert Hansen**, 52, ist vom Gewerkschaftstag von TRANSNET als Vorsitzender seiner Gewerkschaft wiedergewählt worden. Neben den beiden stellvertretenden Vorsitzenden **Regina Rusch-Ziemba**, 49, und **Lothar Krauß**, 48, hat der Gewerkschaftstag erstmals auch die bislang vom Beirat gewählten drei weiteren Vorstandsmitglieder, **Alexander Kirchner**, 48, **Wolfgang Zell**, 53, und **Karl-Heinz Zimmermann**, 53, in ihren Ämtern bestätigt.

... **Jutta Blankau**, 50, Tarifsekretärin des IG Metall-Bezirks Küste, ist ab dem 1. Januar Leiterin des Bezirks. Mit Jutta Blankau, die dem langjährigen Bezirksleiter **Frank**

Teichmüller, 61, folgt, steht erstmals eine Frau an der Spitze eines IG Metall-Bezirks. **Armin Schild**, 43, seit 2001 Leiter des Funktionsbereichs Tarifpolitik der IG Metall, übernimmt am selben Tag die Leitung des IG Metall-Bezirks Frankfurt. Schild folgt **Klaus Mehrens**, 61, der den Bezirk sieben Jahre geleitet hat. Das hat der Vorstand der IG Metall am 8. November beschlossen.

... **Dieter Wesp**, 51, Sachbearbeiter im Bereich Internet/Extranet der IG Metall, ist seit dem 1. Oktober Leiter des neuen Ressorts Onlinemedien der IG Metall. Das Ressort ist dem Bereich 1. Vorsitzender zugeordnet.

14TAGE

16.11. Hans-Böckler-Stiftung, Aktion „Pro Mitbestimmung“, Berlin

16./17.11. DGB, Schöneberger Forum „Männer und Frauen im öffentlichen Dienst – Arbeiten im Spannungsverhältnis von Lebenszeit-, Laufbahn-, und Leistungsprinzip“, Berlin

17.11. DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenz „Einwanderungs- und Integrationspolitik unter der Lupe“, Berlin

17.11. IG Metall, Fachtagung „Zukunft der Unternehmensmitbestimmung“, Dortmund

17.11. Arbeitskammer des Saarlandes, Saarländische Armutskonferenz, Saarbrücken

18.-20.11. IG Metall, Vertrauensleutekonferenz „Eine andere Arbeitswelt ist möglich“, Sprockhövel

23.11. DGB Hessen – Thüringen, Diskussion „Mehr Soziale Sicherheit für Frauen“, Frankfurt/M.

24.11. DGB Sachsen-Anhalt und Institut für Europäische Forschungen und Projekte, Tagung „Was macht die Wirtschaftsregion erfolgreich?“, Wolfen

25.11. DGB Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, Tagung „Die Standortdebatte: Mythos und Realität“, Hannover

25.11. Hans-Böckler-Stiftung, Kongress „Wege zu nachhaltigem Wachstum“, Berlin

25./26.11. WSI-Herbstforum 2004 „Gute Arbeit – schlechte Arbeit. Für eine neue Diskussion zur Qualität der Arbeit“, Berlin

26./27.11. GEW, Forum „Die LehrerInnenbildung auf dem Prüfstand der OECD“, Bielefeld

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



Schlusspunkt

„Wer dem Rogowski länger zuhört, glaubt hinterher noch, dass vom Rasieren die Haare wachsen.“

Der Kabarettist Volker Pispers in der WDR-Sendung Mitternachtsspitzen vom 6. November

Wahl zum Blockierer des Jahres

Mit Stigmatisierung Druck machen

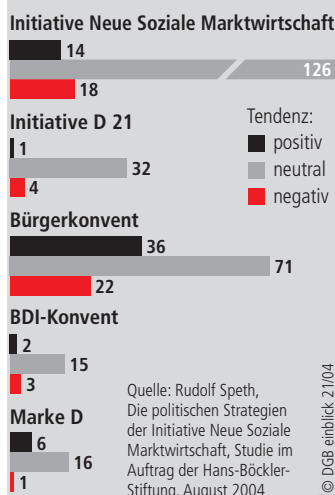
Wer in die Medien will, muss die Klaviatur des „Agenda Setting“ beherrschen. Wie man über einen selbst kreierten Anlass Stimmung gegen den Sozialstaat machen kann, will die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanzierte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ Ende November erneut unter Beweis stellen. Dann wird zum zweiten Mal der von ihr gekürte „Reformer des Jahres“ und der „Blockierer des Jahres“ präsentiert.

Ermittelt werden die Preisträger durch ein Wahlverfahren in Form einer „gelenkten Demokratie“. Die Hälfte der Stimmen dürfen die LeserInnen der FAZ-Sonntagszeitung abgeben, die andere Hälfte wird von einer durch die Initiative berufene Jury beigegeben.

2003 fiel die Wahl zum Blockierer des Jahres auf den IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters. Öffentlich abgestraft wurden von der Initiative aber auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, Ottmar Schreiner (2. Platz), sowie der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Hermann-Josef Arentz (4. Platz).

Stimmungsmache für den Sozialabbau

Erwähnung politischer PR-Kampagnen in Printmedien (1. Mai – 10. November 2003)



Die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist nicht die einzige PR-Kampagne, die Stimmung für einen Umbau des Sozialstaats macht. Aber sie ist neben dem Bürgerkonvent die einzige Kampagne, die auf größere Medienresonanz stößt.

Auf wen die Wahl in diesem Jahr fällt, stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest. Entscheiden durften

die FAZ-LeserInnen diesmal zwischen Hans Eichel („verletzt den EU-Stabilitätspakt“, so eine Wahlempfehlung der Initiative), Oskar Lafontaine („erfolgreicher Verzögerer der Agenda 2010“), Werner Müller („gefährdet mit Subventionen für alte Industriestrukturen die Zukunftsfähigkeit des Landes“) Andrea Nahles (ist „für die Bürgerversicherung“), Manfred Richter-Reichheim („Die Lobby der Ärzte ist aus Beton“), und Horst Seehofer. Der wegen seiner Kritik am Reformkompromiss von CDU und CSU geschasste Gesundheitsexperte ist zum zweiten Mal dabei. 2003 landete er auf Platz drei der Blockierer. Mit seinen Argumenten auseinandersetzen will sich die Initiative nicht. Statt dessen heißt es in der Wahlempfehlung: „Was der Individualist Seehofer treibt, weiß niemand“. Dass nicht einmal die – mehrheitlich konservativ eingestellten – LeserInnen der FAZ entscheiden dürfen, wen sie als Modernisierer und wen als Blockierer wählen wollen, rundet das Bild ab. Für beide Kategorien gibt es getrennte Kandidatenlisten.

Dass die Initiative trotz ihrer leicht zu durchschauenden Strukturen ein ernst zu nehmender Akteur der politischen Meinungsbildung ist, zeigt eine bereits im August erschienene Studie des Berliner Politikwissenschaftlers Rudolf Speth (einblick 16/2004). Sie sei vor allem deshalb wirkungsvoll, so Speth, weil sich ihre Geldgeber im Hintergrund halten. Gemanagt wird die Initiative von einer Werbeagentur. Nach den Regeln des Produktmarketings – nur dass es diesmal um den Abbau des Sozialstaats geht. •

plusminusBERLIN

Kerstin Müller, grüne Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, will „eine weltweite Konvention gegen das Klonen menschlicher Zellen“ durchsetzen. Die Bundesregierung reagiert so auf das Scheitern der Bemühungen um ein weltweites Klonverbot.

Der ehemalige Vorsitzende des deutschen Richterbundes und heutige sächsische Justizminister Geert Mackenroth (CDU) fordert eine Gerichtsgebühr. Sie soll „Prozesshansel abschrecken“. Einige „beanspruchen die Justiz missbräuchlich“.

inhalt

Seite 3

Konservativ-neoliberale Attacke

Die CDU/CSU will weitere Arbeitnehmerrechte abschaffen. Tarifverträge und Kündigungsschutz sind gefährdet

Seite 5

Quittung für richtungslose Werkelei

Weil die Politik Angst vor Reformen hat, scheitern Deutschlands SchülerInnen auch beim neuen PISA-Test

Seite 7

Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt

Der Kommissionsentwurf einer EU-Dienstleistungsrichtlinie muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden, meint DGB-Expertin Karin Allewelt

CHANCEN!GLEICH Power durch Betriebsrats-Netzwerke. Der sechste Infoservice zum Aktionsprogramm von DGB und Gewerkschaften



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.terredesfemmes.de
Kampagne „Nein zu Gewalt an Frauen“

Umverteilung von Arbeit

Branchenstimmung entscheidend

Das Konzept, die Arbeitszeit der Beschäftigten ohne Lohnausgleich zu reduzieren, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern, spaltet die Belegschaften der Betriebe. Das zeigt eine Mitte September veröffentlichte Umfrage der Gewerkschaft ver.di zur Arbeitszeitpolitik. An ihr hatten sich 25 000 Mitglieder beteiligt, 21 000 davon abhängig Beschäftigte.

45 Prozent der Befragten sind bereit, eine zeitweilige Reduzierung von Arbeitszeit und Einkommen zu akzeptieren, wenn dadurch Arbeitsplätze gesichert werden. 44 Prozent sind dagegen. Groß ist der Widerstand gegen eine Arbeitszeitreduzierung mit Lohnverzicht in den unteren Einkommensgruppen. 52 Prozent der Beschäftigten mit einem Nettoeinkommen von bis zu 1250 Euro sind gegen einen vorübergehenden Lohnverzicht. Bei einem Nettoeinkommen von mindestens 2200 Euro gilt das nur für 38 Prozent der Beschäftigten. Weniger wichtig ist hingegen die Tatsache,

dass im eigenen Betrieb in der nächsten Zeit mit Personalabbau zu rechnen ist. 47 Prozent der dort Beschäftigten sind zu einer Arbeitszeitreduzierung mit Einkommensverzicht bereit, 43 Prozent sind dagegen – nur unwesentlich mehr als Unternehmen ohne unmittelbar bevorstehenden Personalabbau. Wichtig für die Bereitschaft zum vorübergehenden Arbeitszeitverzicht ist hingegen die „Stimmung in der Branche“. So sind 60 Prozent der Beschäftigten im Kredit- und Versicherungsgewerbe und sogar 61 Prozent der befragten ArbeitnehmerInnen im Verlagssektor notfalls zu einer Reduzierung der Arbeitszeit bereit, aber nur 32 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel.

Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung, die einer Weiterentwicklung der Arbeitszeitpolitik von ver.di dienen soll, hat die Gewerkschaft als Buch präsentiert: Frank Bsirske u.a. (Hrsg.) „Es ist Zeit. Logbuch für die ver.di-Arbeitszeitinitiative“ (VSA-Verlag, 16,80 Euro). •

In Europa weit verbreitet

Mitbestimmung von Arbeitnehmern in Unternehmensorganen in den EU-Staaten

Land ¹⁾	staatliche Unternehmen	private Unternehmen	Zahl der Arbeitnehmervertreter	Unternehmensstruktur ²⁾
Dänemark	x	x	1/3 der Sitze	m
Deutschland	x	x	1/3 - 1/2 der Sitze	d
Finnland	x	x	nach Vereinbarung	m/d
Frankreich	x	–	1/3 bzw. 2 - 3 Sitze	m/d
Griechenland	x	–	2 - 3 Sitze	m
Irland	x	–	meist 1/3 der Sitze	m
Luxemburg	x	x	maximal 1/3 der Sitze	m
Niederlande	x	x	Sonderregelung ³⁾	d
Österreich	x	x	1/3 der Sitze	d
Portugal	x	–	1 Sitz	m
Schweden	x	x	2 - 3 Sitze	m
Spanien	x	–	2 Sitze	m
Malta	x	–	1 Sitz	m
Polen	x	–	meist 2 - 5 Sitze	d
Slowakei	x	x	1/3 - 1/2 der Sitze ⁴⁾	d
Slowenien	x	x	1/3 - 1/2 ⁵⁾	d
Tschechien	x	x	1/3 der Sitze	d
Ungarn	x	x	1/3 der Sitze	d

1) nur die 18 der 25 EU-Staaten mit Mitbestimmungsregelung

2) m = monistische Struktur; d = dualistische Struktur

3) Der Betriebsrat hat das Recht, der Hauptversammlung ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder zur Wahl vorzuschlagen.

4) private Unternehmen: 1/3 der Sitze; staatliche Unternehmen: 1/2 der Sitze

5) je nach Statut des Unternehmens

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Die Mitbestimmung ist in den EU-Staaten weiter verbreitet, als das in der aktuellen Debatte um die Zukunft des deutschen Mitbestimmungsmodells unterstellt wird: In 18 der 25 EU-Staaten sitzen ArbeitnehmervertreterInnen in den höchsten Unternehmensorganen. In elf EU-Staaten gilt das auch für private Unternehmen.

Fragen an ...

Am 1. Dezember nimmt der dreiköpfige Ombudsrat, an den sich Arbeitslose mit Beschwerden richten können, seine Arbeit auf. Mitglied ist neben der ehemaligen Familienministerin Christiane Bergmann (SPD) und dem früheren sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) auch der ehemalige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik, Hermann Rappe, 75. einblick hat ihn nach den Zielen des Ombudsrats gefragt.

■ Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hat dich in den Ombudsrat zur Arbeitsmarktreform berufen. Was sind deine persönlichen Erwartungen?

■ Zunächst einmal ist wichtig, dass der Ombudsrat nicht, wie in Teilen der Öffentlichkeit unterstellt, der grundsätzlichen Kritik an der Hartz-Reform dient. Deren Ziele teile ich ausdrücklich. Aber wir werden genau beobachten, wo es Fehler bei der Umsetzung gibt, um den Betroffenen zu helfen und um die Regierung zu beraten.

■ Gibt es Bereiche, in denen du bereits jetzt Korrekturen für notwendig hältst?

■ Dazu ist es noch zu früh, der Ombudsrat nimmt ja erst am 1. Dezember seine Arbeit auf. Aber wenn wir auf Grund der Eingaben der Betroffenen auf Bereiche stoßen, in denen sich die Fehler bei der Anwendung der neuen Arbeitsmarktgesetze häufen, werden wir hierfür Korrekturvorschläge machen.

■ Die Gewerkschaften haben kritisiert, dass Beschäftigte, die nach vielen Jahren Berufstätigkeit ihre Arbeit verlieren, bereits nach einem Jahr genauso behandelt werden wie diejenigen, die nie gearbeitet haben. Teilst du diese Kritik?

■ Auch diese Frage werden wir uns genau an-

sehen. Meiner Meinung nach muss jeder, der arbeiten kann, sich um Arbeit bemühen. Auch das ist eine Frage der Solidarität. Aber wir müssen prüfen, ob es beim Übergang auf das neue Arbeitslosengeld II Ungerechtigkeiten denjenigen gegenüber gibt, die lange Beitragszahler waren.

■ Gibt es weitere Punkte, die du dir kritisch ansehen willst?

■ Der Ombudsrat wird nicht nur Einzelfälle behandeln. Sondern wir werden vor allem beobachten, ob es in bestimmten Regionen, bei bestimmten Branchen oder Altersgruppen oder in Bezug auf bestimmte Gruppen, wie Frauen, Männer oder Jugendliche, eine Häufung gleichartiger Einsprüche gibt. Wenn wir feststellen, dass diese Einsprüche auf einen Webfehler im System zurückzuführen sind, werden wir dem Wirtschaftsminister und der Öffentlichkeit gegenüber Korrekturvorschläge machen.

CDU/CSU planen massive Einschnitte

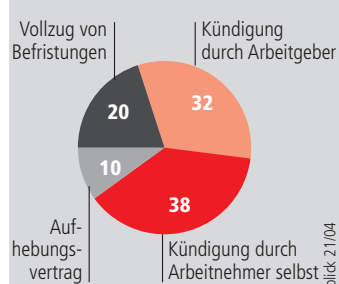
Im Abstand weniger Wochen treffen sich die Delegierten der beiden C-Parteien, um die politische Linie für die Zeit bis zur Bundestagswahl 2006 abzustecken. Mit christlicher Nächstenliebe haben die geplanten Angriffe auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften wenig zu tun.

Die bayrische CSU hat unlängst auf ihrem Parteitag beschlossen, dass sie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes voran treiben will. Sie will betriebliche Bündnisse an den Tarifparteien vorbei ermöglichen, bei der weder der jeweilige Arbeitgeberverband noch die Gewerkschaft ein Mitspracherecht haben. Management und Betriebsräte sollen alleine die Verträge aushandeln können. Endet ein Tarifvertrag, gibt es nach dem Willen der Christsozialen keine Nachwirkung. Neu eingestellte ArbeitnehmerInnen sollen im ersten Jahr keinen Anspruch mehr auf den Tariflohn haben. Befristete Arbeitsverhältnisse sollen über die Maximalgrenze von zwei Jahren hinaus möglich werden.

Mehr Kündigungen sollen den Unionsparteien zufolge künftig für mehr Beschäftigung sorgen: In Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten wollen sie gar keinen Kündigungsschutz mehr. Noch liegt die Schwelle bei zehn ArbeitnehmerInnen – nachdem bereits die rot-grüne Regierung den zu Kohls Zeiten herabgesetzten Kündigungsschutz zunächst wieder hergestellt und dann erneut verschlechtert hatte. Die CSU beschloss auf ihrem Parteitag, dass für die Beschäftigten größerer Betriebe beim Kündigungsschutz eine „verlängerte Wartezeit“ gilt. Die CDU ist präziser: Nachdem sie anfangs in ihrem Leitantrag zum Parteitag Anfang Dezember gefordert hatte, den Kündigungsschutz in solchen Betrieben für eine Frist von drei Jahren abzuschaffen, beugte sie sich

Die meisten Arbeitnehmer kündigen selbst

Anteilige Beendigungen von Arbeitsverhältnissen (in Prozent)

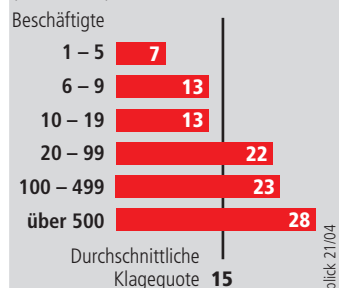


Quelle: WSI-Befragung zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen (2001), Berechnungen des WSI (gewichtete Ergebnisse, Stand 30.07.2004) © DGB einblick 21/04

Nur ein Drittel der etwa 2 Millionen Kündigungen jährlich werden vom Arbeitgeber ausgesprochen. Die deutliche Mehrzahl der Kündigungen geht von den ArbeitnehmerInnen aus (38 %). Einen großen Anteil nehmen aber auch die befristeten Beschäftigungsverhältnisse bzw. ihre Beendigung ein.

Mehr Klagen in größeren Betrieben

Klagequote nach Betriebsgröße (in Prozent)



Quelle: WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik (2003), Berechnungen des WSI (gewichtete Ergebnisse, Stand 30.07.2004) © DGB einblick 21/04

Anders als es Unternehmer und CDU/CSU gerne darstellen, kommen Klagen gegen Kündigungen verhältnismäßig selten vor. Geklagt wird fast ausnahmslos in größeren Unternehmen.

nun ihrem Arbeitnehmerflügel. Nach diesem Kompromiss entfällt für Neueinstellungen zunächst für zwei Jahre der Kündigungsschutz – wenn sich die ArbeitnehmerInnen bei der Einstellung damit einverstanden erklären. Gegen eine garantier-

te Abfindung sollen ArbeitnehmerInnen auch völlig auf den Kündigungsschutz verzichten können.

Argumente gegen die Verschärfung präsentierte die Hans-Böckler-Stiftung, die im Jahr 2003 mit ihrem Projekt „Regulierung des Arbeitsmarktes“ (REGAM) die Personalpolitik von 2000 repräsentativ ausgewählten Unternehmen untersuchte. Ergebnis:

■ Das Einstellungsverhalten von Unternehmen unterhalb der Anwendungsschwelle des Kündigungsschutzes unterscheidet sich nicht von solchen darüber.

■ Der Kündigungsschutz beeinflusst Entscheidungen in Betrieben nicht negativ.

■ Die Kündigungen verursachen keine hohen, für die Betriebe untragbaren Kosten.

■ Nur wenige Kündigungen ziehen eine Klage vor dem Arbeitsgericht nach sich.

Zudem hat bereits der erhöhte Schwellenwert unter Kohl zwischen 1996 und 1999 keinerlei Beschäftigungseffekte gebracht. Das belegt eine Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit. Die Beschränkung des Kündigungsschutzes auf Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten würde nach Hochrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung rund 9 Millionen Beschäftigte vom Kündigungsschutz ausschließen. Das entspricht 33 Prozent der Beschäftigten in den alten und 39 Prozent der Beschäftigten in den neuen Ländern. Darüber hinaus dürfte sich auch eine verlängerte Wartezeit deutlich bemerkbar machen. Eine Untersuchung des Instituts für Arbeit und Technik für den Zeitraum 1985 bis 1997 hat gezeigt, dass Beschäftigte mit einer Betriebszugehörigkeit von weniger als drei Jahren eher entlassen werden. Ihr Anteil bei den Arbeitgeberkündigungen lag stets über 50 Prozent. •

www.boeckler.de/cps/rde/xcchg/hbs/hs.xsl/510-30593.html

Neusprech

✱ **Wir wollen klare und faire Regeln für den Kündigungsschutz. Wir wollen die Rechtssicherheit für Arbeitnehmer erhöhen und mit klaren Regelungen für betriebsbedingte Kündigungen einen fairen Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sicherstellen.**

✱ **Wir wollen bei Neueinstellungen die Möglichkeit schaffen, bereits bei Vertragsschluss gegen Abfindung auf Kündigungsschutz zu verzichten (Abfindungsoption).**

✱ **Wir wollen die Höhe der Abfindungen bei betriebsbedingten Kündigungen nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit stärker differenzieren.**

✱ **Für Neueinstellungen wollen wir den allgemeinen Kündigungsschutz erst in Betrieben ab 20 Beschäftigten und nach verlängerten Wartezeiten greifen lassen. Der Schutz vor diskriminierenden und sittenwidrigen Kündigungen wird nicht angetastet und bleibt ebenso erhalten wie die geltenden gesetzlichen Kündigungsfristen.**

✱ **Wir wollen die Zahl der Arbeitsgerichtsprozesse durch klare Abfindungsregelungen verringern. Etwa 90 Prozent aller Arbeitgeberkündigungen führen zu einem gerichtlichen oder außergerichtlichen Abfindungsvergleich.**

Aus dem Leitantrag der CSU zu ihrem 69. Parteitag am 19./20. November 2004

DGB - Jugend

Hartz IV – Ratgeber für Junge

Der Countdown läuft: Wer auf Zuwendungen angewiesen ist und jetzt noch nicht den Antrag auf Arbeitslosengeld II abgegeben hat, wird Anfang 2005 womöglich ohne Geld dastehen. Die DGB-Jugend hat ei-

gens für Arbeitslose zwischen 15 und 25 Jahren eine Sonderausgabe von „Soli aktuell“ zum Thema „Hartz IV für Jugendliche“ herausgebracht. Sie enthält kompakt und gut verständlich aufbereitete Informationen zu Antragstellung, Ansprüchen auf ALG II, Ein-Euro-Jobs und anderem mehr. •

*daniela.linke@bvv.dgb.de
www.dgb-jugend.de
(Publikationen/Broschüren)*



IG BAU - Broschüre

Beitrag zur Nachhaltigkeit

Der Begriff Nachhaltigkeit hat Hochkonjunktur. Wurde er lange vor allem auf Energie- und Rohstoffnutzung bezogen, soll mittlerweile von der Bildungs- bis zur Wirtschaftspolitik alles nachhaltig werden. Die IG BAU geht dem Thema auf den Grund. In der reich bebilderten Broschüre „Dem Leben Zukunft geben“ führen die Autoren

zu den 300 Jahre alten Wurzeln des Begriffs. Auf Nachhaltigkeit wurde seinerzeit die sächsische Forstwirtschaft umgestellt. Die Broschüre (2 Euro Schutzgebühr) spannt den Bogen von diesen Anfängen bis zur Verabschiedung der Agenda 21 auf dem Umweltgipfel in Rio 1992. Der Hauptteil besteht aus Anforderungen zu den Bereichen Forstwirtschaft, Bauen und Wohnen, Wasserwirtschaft, Verkehr, Freizeit/Tourismus. •

*bundesvorstand.vbl@igbau.de
www.igbau.de*

interregio

••• Die **DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main** will mit der **Veranstaltungsreihe** „Talk und Kultur im Gewerkschaftshaus“ das neu renovierte DGB-Haus an der Wilhelm-Leuschner-Straße der Öffentlichkeit präsentieren. Am 14. Dezember lässt Gabriele Kentrup die Chansons „mit Berliner Schnauze“ der Kabarettistin Claire Waldoff aufleben, am 20. Januar 2005 präsentiert Kabarettist Erich Schaffner „Lieder und Gesprochenes“ zum Thema Krieg mit Texten von Goethe bis Brecht und am 24. Februar 2005 singt der Berliner „Songpoet“ Thorsten Riemann für die Frankfurter. Beginn ist jeweils um 20 Uhr, der Eintritt ist kostenlos. Infos: www.hessen.dgb.de/frankfurt

••• Das vom Forum Soziale Technikgestaltung des **DGB Baden-Württemberg** unterstützte regionale **Online-Projekt** TREWIRA gehört zu den Preisträgern des Landeswettbewerbs „Impulsprogramm doIT-regional“. Ausgezeichnet wurde das aktuelle Bildungsangebot des Netzwerks, durch das kommunalpolitisch Aktive an Möglichkeiten des E-Government herangeführt werden. Das Landesprogramm „doIT-regional“ soll „zukunftsweisende Medienprojekte im ländlichen Raum“ unterstützen. TREWIRA ist in der Region Neckar-Alb aktiv. Das Netzwerk setzt sich aus Gemeinden, Schulen und Weiterbildungsträgern der Region zusammen und wird vom DGB sowie

Datenkarte 2004

Fakten und Zahlen

Mit exakter Datenkenntnis lässt sich glänzen. Wer ins Gespräch die aktuelle Zahl der Gewerkschaftsmitglieder oder des Durchschnittseinkommens einstreuen möchte, braucht die Datenkarte der Hans-Böckler-Stiftung. Sie enthält u.a. Angaben aus den Bereichen Bevölkerung/Beschäftigung, Arbeitszeit, Arbeitsmarkt, Gewerkschaften sowie Ausbildungsmarkt. Daten für die Bundesländer können von der Internet-Seite www.boeckler.de/datenkarte als pdf-Dateien heruntergeladen werden. Die Datenkarte gibt es kostenlos. •

*Der Setzkasten GmbH
Fax 0211 / 408 00 90 40
mail@setzkasten.de*

GEW - Frauenkongress

Bildung ist weiblich

Immer mehr Frauen erreichen qualifizierte Bildungsabschlüsse; immer mehr Frauen arbeiten selbst im Bildungssektor. Doch auch hier sind

sie in Führungspositionen noch unterrepräsentiert, liegen die Durchschnittsverdienste unter denen männlicher Beschäftigter. Die GEW Baden-Württemberg will diesen Aspekt unter dem Titel „Bildung ist weiblich“ bei einem Frauenkongress am 14. und 15. Januar 2005 in Esslingen diskutieren. •

www.gew-bw.de/bildung_ist_weiblich.html

DGB - Jugend

Abenteuer inbegriffen

Die Lust auf Reisen in der Gruppe ist in kaum einer Altersgruppe so ausgeprägt wie bei Jugendlichen. Insofern dürften die neuen Reiseangebote der DGB-Jugend NRW ins Schwarze treffen. Ob Kanutrekking in Schweden oder Landhausurlaub in Schottland – für nahezu jeden Geschmack finden sich im Katalog „anders reisen 2005“ spannende Aktivurlaubsreisen. Die Preise beginnen bei 319 Euro, ein Frühbucherrabatt wird bei Anmeldungen bis zum 31. Dezember 2004 gewährt. Den Katalog gibt es kostenlos. •

*Tel. 0251 / 136 72 75
andersreisen@dgb.de
www.dgb-andersreisen.de*

Arbeit und Leben

Jugendprogramm 2005

Bildung, Spaß, Auseinandersetzung – das alles steckt im Jugendprogramm 2005 von „Arbeit und Leben“, der von DGB und den Volkshochschulen getragenen Arbeitsgemeinschaft zur politischen Bildung. Da finden sich Seminare, die sich mit dem Übergang von der Schule zur Arbeitswelt befassen, es gibt im Bereich Interkultureller Dialog Annäherungen an den Islam, der Sektor Medienwelten offeriert Einblicke ins Radio- oder Filmemachen. •

www.arbeitundleben.de

der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt. Infos: Welf Schröter, Tel. 0171 / 141 36 08.

••• Der **DGB Baden-Württemberg** hat den **Willi-Bleicher-Preis 2005** in Zusammenarbeit mit der GEW ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden Schulklassen oder Jugendgruppen mit vorbildlichen Projekten gegen Faschismus und Rechtsextremismus. Ob Text, Bild oder Video: Der Art der Beiträge sind dabei keine Grenzen gesetzt. Die eingereichten Ergebnisse wollen DGB und GEW im Internet dokumentieren und anderen Schulen für den Unterricht zur Verfügung stellen. Einsendeschluss ist der 28. Februar 2005. Infos und Bewerbungsunterlagen: www.dgb-bw.de

Quittung für richtungslose Werkelei

Das Ergebnis der Anfang Dezember erscheinenden zweiten internationalen PISA-Studie ist vernichtend. Erneut landet Deutschland unter den 32 beteiligten Industriestaaten nur auf einem der hinteren Ränge. Bildungsexperten wundere das nicht. Denn seit Erscheinen der ersten PISA-Studie hat die Politik nur Placebos verteilt.

Viele Jahrzehnte galt das deutsche Bildungssystem international als Vorbild. Bis vor drei Jahren die erste PISA-Studie erschien. In Deutschland, so das wichtigste Fazit, ist nicht nur die Quote von AbiturientInnen erheblich zu niedrig, sondern es gibt kein anderes Industrieland, dass sich einen so hohen Anteil an Schulversagern leistet. Kein weiteres Land, in dem sich die soziale Herkunft der SchülerInnen so massiv auf den Schulerfolg auswirkt.

Wirklich überraschend waren die damaligen Ergebnisse nicht: ExpertInnen wie der Hamburger Erziehungswissenschaftler Peter Struck hatten schon lange gewarnt, dass

das gegliederte deutsche Schulsystem nicht mehr zeitgemäß ist. „Unser Bildungssystem war erfolgreich in einem Obrigkeitsstaat, der Untertanen erzog. Aber es passt nicht zu einer demokratischen Gesellschaft.“ Doch diese Erkenntnis ist in der Politik noch immer nicht angekommen. Im Gegenteil: Seit PISA „entwickelt sich Schule in vielen Bundesländern wieder zurück“.

Während etwa Bayern Kinder von der ersten Klasse an wieder benoten will, schreiben Grundschüler beispielsweise in Nordrhein-Westfalen landesweite Vergleichsarbeiten. „Da werden Kinder wie Versuchskaninchen in Testsituationen gesteckt, die sie aus ihrem schon sehr offenen Unterricht gar nicht mehr kennen“, kritisiert der Essener Erziehungswissenschaftler Tassilo Knauf. Über den Sinn solcher Tests kann Knauf nur rätseln. „Wir kennen die Defizite, wozu sie wieder und wieder messen?“

PISA hat die deutsche Bildungspolitik verändert, aber nicht verbessert. „Es geht um Placebo-Effekte“, sagt Knauf. „Die Politik will nichts

verändern, weil sie Angst vor Reformen hat. Aber sie will Eltern zeigen, dass sie etwas tut.“ Aus Angst, alte Grabenkämpfe um die Gesamtschule wieder anzufachen, meiden PolitikerInnen aller Parteien eine Strukturdebatte und beschränken sich auf einen Minimalkonsens: Ganztagsbetreuung, Bildungsstandards und Frühförderung. Ein Konsens, der nach Ansicht der GEW-Schulexpertin Marianne Demmer nicht ausreicht. So setzt die Frühförderung bei Kindern vor der Einschulung an und ist häufig auf wenige Monate begrenzt. Kinder, die bereits in der Schule sind und eine Förderung brauchen, gehen hingegen leer aus. Auch schulische Ganztagsangebote sind ein leeres Versprechen. Zurzeit reicht das Angebot bundesweit noch nicht einmal für zehn Prozent aller SchülerInnen.

Bei den Bildungsstandards stellt sich für Demmer die Frage: „Nutzen wir sie, um Kinder zu fördern, oder um sie auszusortieren?“ Solange die Politik am gegliederten Schulsystem festhält, fürchtet sie, werden Bildungsstandards die soziale Selektion des Bildungssystems eher verstärken. „Wir tun immer noch so, als könnten wir gleichzeitig fördern und selektieren.“ Die Schulexpertin vermisst klare Ziele. „Niemand sagt, wir wollen ein integriertes Schulsystem, oder wir wollen die Abiturientenquote bis 2007 auf 50 Prozent eines Jahrgangs erhöhen.“ Aber nur dann könne man die Politik an ihren Zielen messen.

Dabei wird PISA inzwischen für fast alles benutzt. So sieht der Pädagogikprofessor Knauf in der Diskussion um ein früheres Einschulungsalter eindeutig wirtschaftliche Interessen. „Das ist absurd. Gerade die skandinavischen Siegerländer schulen spät ein. PISA wird nur vorgeschoben. Es geht einfach darum, dass die Leute früher ins Berufsleben einsteigen und länger arbeiten sollen.“

Drei Jahre nach PISA

PISA steht für „Programme for International Student Assessment“. Im Abstand von jeweils drei Jahren misst die PISA-Studie Leseverständnis, Kenntnisse in Mathematik und Naturwissenschaften von 15jährigen SchülerInnen in den 32 OECD-Staaten. Beim ersten Test im Jahr 2000 ging es vor allem um das Leseverständnis. Bei der aktuellen Studie PISA II, die Anfang Dezember offiziell präsentiert wird, stand Mathematik im Vordergrund. 2006 folgt PISA III mit dem Schwerpunkt Naturwissenschaften.

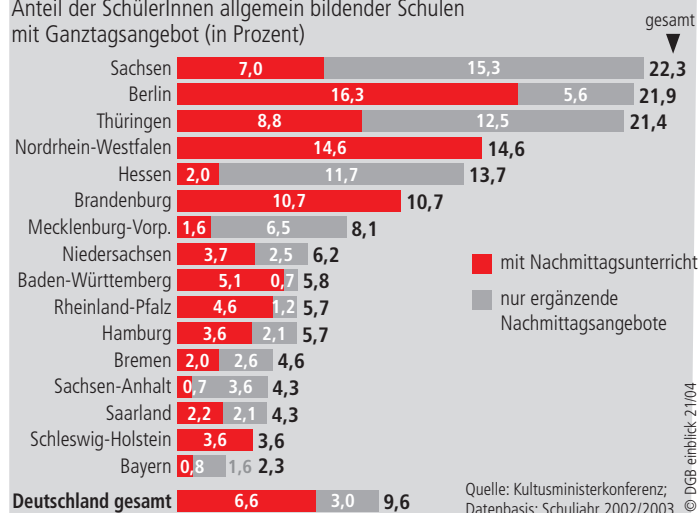
Nach PISA I stellt auch PISA II dem deutschen Bildungssystem ein verheerendes Zeugnis aus. In Mathematik verbesserten sich die deutschen SchülerInnen zwar auf Platz 17, liegen damit aber immer noch im unteren Mittelfeld. Beim Leseverständnis landete Deutschland auf Platz 20.

Auch in zwei anderen Punkten wiederholt sich PISA II: In keinem anderen Land ist der Leistungsunterschied zwischen starken und schwachen Schülern so groß wie in Deutschland, und in keinem anderen Land hängt Schulerfolg so sehr von der sozialen Herkunft ab. Wie selektiv und unflexibel das dreigliedrige Schulsystem ist, zeigt auch eine neue Studie der Universität Duisburg-Essen:

www.gew.de/studie_selektivitaet_und_durchlaessigkeit_im_deutschen_schulsystem.html
Studie der Arbeitsgruppe Bildungsforschung der Universität Duisburg – Essen

Schlecht versorgt

Anteil der SchülerInnen allgemein bildender Schulen mit Ganztagsangebot (in Prozent)



Im Gegensatz zu den Ländern, die beim PISA-Test erfolgreich abgeschnitten haben, sind Ganztagschulen in Deutschland die Ausnahme. Bundesweit gibt es noch nicht einmal für 10 Prozent aller SchülerInnen ein Ganztagsangebot. Nimmt man nur die Schulen in den Blick, in denen nachmittags auch unterrichtet wird, liegt die Ganztagsquote noch niedriger: bei 6,6 Prozent.

kurz & bündig

DGB

„Gewerkschaften als Motor und Partner für Innovation“

lautet das Motto eines internationalen Kongresses des DGB am 14./15. Dezember in Berlin. Im Mittelpunkt stehen Beispiele guter Praxis aus skandinavischen Ländern. Außerdem will der DGB seine innovationspolitische Agenda für das Jahr 2010 vorstellen.

sandra.stark@bvv.dgb.de



IG BCE und Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) haben

vor gesetzlichen Öffnungsklauseln in Flächentarifverträgen gewarnt. Beide Organisationen befürchten einen Verlust der „Friedens- und Schutzfunktion“ des Flächentarifvertrags.



TRANSNET startet zu Weihnachten eine Spendenaktion für

Kinder, die Opfer von ritueller Gewalt und Missbrauch geworden sind. Die Spenden gehen an die Stiftung der SPD-Sektenexpertin Renate Rennebach, die Kindern beim Ausstieg aus Sekten und Psychogruppen hilft.

Stichwort:

**TRANSNET-Weihnachtsaktion
Konto 3537397033
BLZ 100 200 00
Berliner Bank**

ver.di

„Bestimmt der Markt die Zukunft unserer Gesellschaft?“ fragt

eine Tagung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie am 10. Dezember in der ver.di-Zentrale in Berlin. Veranstalter sind neben ver.di u.a. die IG Metall, die IG BAU sowie attac.
www.verdi.de

Arbeitnehmerbegehren

Unterschriften übergeben

„Es gibt Alternativen zur gegenwärtigen Reform der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ – das ist die Botschaft der mehr als 700 000 Unterschriften, die die Gewerkschaften in den vergangenen Monaten im Rahmen des Arbeitnehmerbegehrens gesammelt haben. Am 25. November hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Unterschriften an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse übergeben.

In einem Begleitbrief fordert Sommer die Parteien auf, zu prüfen, ob die gegenwärtig diskutierten Reformen überhaupt geeignet sind, die angeblich damit verfolgten Ziele wie zum Beispiel die Sicherstellung einer bezahlbaren Gesundheitsver-

sorgung für alle zu erreichen. Die politische Debatte entzündete sich nicht an der Frage der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen, sondern sie erschöpfte sich „im Streit, ob die Vorhaben in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik tiefgreifend genug angelegt seien“. Mit der Übergabe wird die Unterschriftenaktion abgeschlossen. Die Auseinandersetzung

über die Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik werde aber weiter gehen, so Sommer. Dass sich im Rahmen des Arbeitnehmerbegehrens Hunderttausende an der Diskussion über die Reformen beteiligt haben, zeige, dass „die Argumente der Gewerkschaften in der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen“.

8. März 2005

Frauen bewegen Politik

„Frauen bewegen Politik“ lautet das Motto des DGB für den 8. März 2005. Der aktuelle Info-Brief „Frau geht vor“ ist als Reader zum nächsten Internationalen Frauentag aufgebaut. Die Botschaft der Beiträge von der Arbeitsmarktpolitik bis zum Ausbau der Tagesbetreu-

ung ist eindeutig: Frauen können etwas bewegen, wenn sie überzeugend und machtvoll auftreten. Und Frauen müssen etwas bewegen, denn beim Umbau des Sozialstaats droht ihr Interesse an einer chancengleichen Teilhabe unter die Räder zu kommen. Das Heft gibt es für einen mit 0,77 Euro frankierten Rückumschlag (DIN C4) bei der DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik, Postfach 11 03 72, 10833 Berlin.

?...nachgefragt



„Wochen der Unruhe“ hatten viele Firmen des Bauhandwerks in Niedersachsen und Bremen im November. Gewerkschaftssekretäre der IG BAU aus dem gesamten Bundesgebiet informierten die Beschäftigten auf den Baustellen über den aktuellen Tarifkonflikt im Bauhauptgewerbe. einblick fragte Organisator Carsten Burckhardt, 31,

Leiter der Organisations- und Jugendabteilung der IG BAU, nach Hintergrund und Strategie.

Mit unserer Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht“ kämpfen wir Baustelle für Baustelle um den Flächentarifvertrag. Der Anlass: Die Baugewerbeverbände in Niedersachsen und Bremen haben gedroht, die bundesweite Tarifgemeinschaft des Baugewerbes zu verlassen. Ihr Ziel: Sie wollen in Separat-Verhandlungen mit der IG BAU das Tarifniveau absenken. Keine Frage, dass wir uns darauf nicht einlassen. Als Strategie, um die Wortführer des Dumpingwettbewerbs zurück an den bundesweiten Verhandlungstisch zu bringen, starteten wir eine Tour zu den Baustellen in der Region. Vor Ort informierten wir in persönlichen Gesprächen die Arbeitnehmer über die Situation. Unser Einsatz war massiv: 35 Gewerkschaftssekretäre zogen in Teams los, um die Beschäftigten über ihre Rechte zu informieren. Innerhalb von acht Tagen be-

suchten sie 384 Baustellen von 231 Betrieben, sprachen mit 2419 Arbeitnehmern, und 120 von ihnen traten gleich in die IG BAU ein.

Nicht nur wegen der gelungenen Mitgliederwerbung war die Aktion für uns erfolgreich – die Arbeitgeber spürten die Unruhe in ihren Betrieben. Zum Teil deckten wir skandalöse Zustände auf – von Verstößen gegen Tariftreue-, Arbeitssicherheits- und Arbeitsschutzgesetze bis hin zu Verstößen gegen die allgemein verbindlichen Mindestlöhne. Bei einigen Betrieben reichte unsere Präsenz schon aus, um fortan den Tariflohn zu zahlen: Sie hätten angeblich die Tarifverträge nicht gekannt!

Dass ihre Gewerkschaft zu ihnen kommt, kam bei den Beschäftigten gut an. Auch die beteiligten Hauptamtlichen waren von der Aktion begeistert. Das persönliche Gespräch ist in der Gewerkschaftsarbeit eben durch nichts zu ersetzen. Mit Sicherheit war das nicht unsere letzte Aktion dieser Art. Damit wir uns trotz knapper personeller Ressourcen intensiver persönlich um Beschäftigte kümmern können, hat die IG BAU ihre Gewerkschaftsarbeit umstrukturiert. Einige Dienstleistungen wurden zentralisiert, damit die Kollegen vor Ort mehr Freiraum für die Betreuung haben. Künftig wollen wir uns auf Schwerpunktbereichen konzentrieren und mit mitgliedernahen Aktionen wie der Baustellentour auf die Beschäftigten zugehen.

Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt

Der kleine Unterschied

Dienstleistungsmärkte funktionieren nicht wie Warenmärkte. Der kleine, entscheidende Unterschied: Dienstleistungen werden von Menschen für Menschen erbracht. Was das für die EU-Dienstleistungsrichtlinie bedeutet, beschreibt DGB-Expertin Karin Alleweldt.

Kaum ein Vorschlag der EU-Kommission in jüngerer Zeit hat für mehr Furore gesorgt als die Richtlinie über „Dienstleistungen im Binnenmarkt“, selten gab es mehr Kontroversen über die praktischen Auswirkungen. Sowohl Verfechter wie auch Gegner der Richtlinie führen die Debatte zum Teil sehr emotional und ideologisch.

Auslöser dafür sind neben der Komplexität des Vorschlags vor allem auch die Wechselwirkungen zu anderen europäischen wie nationalen Regelungen, die selbst hartgesottene EU-Rechtsexperten ins Schwitzen bringen. **Paradoxe Weise ergibt sich die Komplexität aus dem Versuch, den Binnenmarkt für Dienstleistungen auf einem einzigen Prinzip aufzubauen, dem Herkunftslandprinzip.** Die Erbringung von Dienstleistungen soll im Wesentlichen nur noch den Gesetzen unterliegen, die am Ort der Niederlassung des Dienstleisters gelten. Doch dieses Regelungsprinzip ist in der Realität der EU-Politik und im EG-Vertrag nur eines unter anderen. Es funktioniert nur, wenn die Liste der Ausnahmen lang ist, und sie wird immer länger. Zu Recht ist die Verunsicherung groß.

Die Kommission will dem Binnenmarkt für Dienstleistungen zum Durchbruch verhelfen und die mühsamen Schritte der gemeinsamen Harmonisierungspolitik beschleunigen. Deshalb hat sie beschlossen, den Spieß umzudrehen und Harmonisierung als Ausnahme von der Regel zu definieren. Das Bemühen um gemeinsame Standards erscheint so nicht mehr nötig. **Gerade diese Standards sind jedoch unerlässlich,** sei es im Verbraucherschutz, bei den Arbeitsbedingungen, bei den Steuern. Es geht um Rechtssicherheit, um die Möglichkeit von Kontrollen vor Ort, die Weiterentwicklung von Sicherheits- und Qualitätsstandards, etwa beim Arbeitsschutz. Es geht schließlich um die Perspektiven für am Gemeinwohl orientierte öffentliche Dienstleistungen und vieles mehr.

Nicht die Durchsetzung des Binnenmarktes für Dienstleistungen ist ein Problem. Niemand profitiert von zu viel Bürokratie und Undurchsichtigkeit in den nationalen Bedingungen. Aber die eindimensionale und einseitige Art und Weise der vorgeschlagenen Strategie ist nicht akzeptabel. Wenn man die Ziele der EU-Verfassung ernst nimmt – und darin spielt der Binnenmarkt eine

wichtige, aber nicht die einzige Rolle – dann muss man zu einer ausgewogenen Politik kommen, die den verschiedenen gesellschaftlichen Interessen Rechnung trägt.

Soziale Bedingungen spielen dabei eine besondere Rolle. **Die Auffassung, dass Dienstleistungsmärkte wie Warenmärkte funktionieren, ist ein Irrglaube.** Auf dem Dienstleistungsmarkt spielen Menschen eine entscheidende Rolle – als VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen. „Grenzüberschreitende Dienstleistung“ heißt: Menschen müssen in einem anderen Land arbeiten und wollen dabei auf ihre heimischen Rechte nicht verzichten. Auf Dauer können davon aber auch die Bedingungen am Arbeitsort nicht völlig unberührt bleiben. Darauf muss der Richtlinienvorschlag eine ausgewogene, eine politische Antwort geben.

Es geht nicht darum, einige weitere Ausnahmen zu verhandeln. Wir müssen die Richtlinie vom Kopf auf die Füße stellen und vervollständigen. Dazu brauchen wir unter anderem substanzielle Verbesserungen der EU-weiten und der nationalen Entschebestimmungen sowie ergänzende Regelungen für Arbeitsbedingungen von LeiharbeiterInnen. Die EU muss einen qualitativen Rahmen für öffentliche Dienste setzen. Rechtssicherheit und gemeinsame Regeln bei der Registrierung von Unternehmen sind unverzichtbar. Es muss weiterhin Kontrollen am Arbeitsort geben, um den Arbeitsschutz zu gewährleisten und Illegalität sowie Scheinselbstständigkeit zu bekämpfen.

Wäre die Welt besser ohne Dienstleistungsrichtlinie? Die Debatte zeigt: Wir brauchen dringend politische Entscheidungen, wie wir den Binnenmarkt für Dienstleistungen ausgestalten, damit er den Menschen dient. Das können wir nicht dem Europäischen Gerichtshof überlassen. **Wir müssen ein Modell realisieren, das ganz anders ist als der Binnenmarkt für Autos oder Computer.** Dazu brauchen wir eine Richtlinie, die ganz anders aussehen muss als der vorliegende Entwurf. •



Karin Alleweldt, 47, ist Referatsleiterin in der Abteilung Internationale und europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand.

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Anfang 2004 legte EU-Kommissar Frits Bolkestein einen Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie „zum Abbau der bürokratischen Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit Europas“ vor, mit dem Ziel, den Markt für Dienstleistungen in der EU umfassend zu liberalisieren.

Insgesamt macht der Dienstleistungssektor in den meisten EU-Staaten rund 70 Prozent der Wirtschaftskraft aus. Dazu gehören so verschiedene Branchen wie die Bauindustrie, der Handel, die Wasserversorgung oder die Kulturbetriebe. Die Richtlinie hat Auswirkungen auf Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutzstandards.

Die Kommission schlägt die Einführung des so genannten „Herkunftslandsprinzips“ vor: Die Erbringung von Dienstleistungen soll künftig im Wesentlichen den Gesetzen und Standards unterliegen, die am Firmensitz des Dienstleisters gelten.



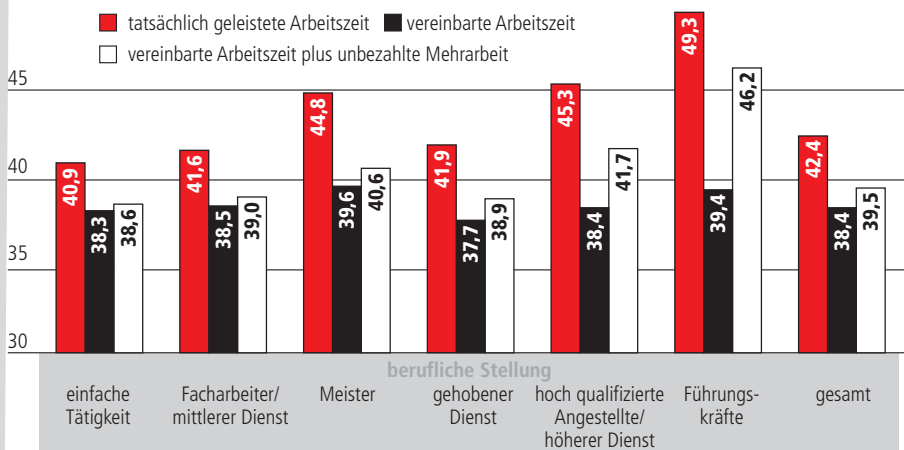
Im Internet

www.einblick.dgb.de
DGB-Position zur Dienstleistungsrichtlinie: Beschluss des DGB-Bundesvorstands vom 6. Juli 2004

ARBEITSZEIT: Viele arbeiten erheblich länger

Die ArbeitnehmerInnen arbeiten in Deutschland erheblich länger, als das in Teilen der Öffentlichkeit angenommen wird. Nach einer Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) liegt die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller ArbeitnehmerInnen bei 42,4 Stunden in der Woche. Die tariflich vereinbarte Arbeitszeit liegt hingegen bei 38,4 Stunden. Der Umfang der geleisteten Mehrarbeit steigt mit der Qualifikation der Beschäftigten. Rund ein Drittel der geleisteten Mehrarbeit werde nicht vergütet, so das DIW.

Tariflich vereinbarte und tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten 2003 (in Stunden)



Quelle: DIW-Wochenbericht 47/2004

© DGB einblick 21/04

Tipp

Buch: Berthold Vogel, Leiharbeit, Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform, VSA-Verlag, Hamburg 2004, 182 Seiten, 14,80 Euro

250 000 ArbeitnehmerInnen arbeiten nach Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei Leiharbeitsunternehmen. Damit stellen sie 2,4 Prozent aller Beschäftigten. Nicht viel im internationalen Vergleich, aber spätestens seit der Hartz-Reform zeigt die Tendenz nach oben, vor allem im Dienstleistungssektor.

Auch die Gewerkschaften haben die rasant wachsende Branche entdeckt und über Tarifverträge erste Mindeststandards durchgesetzt. Kein leichtes Unterfangen in Zeiten, in denen der Glaubenssatz, „dass jede Arbeit besser ist, als keine“ bis weit in die SPD hinein mehrheitsfähig ist.

In dem von Berthold Vogel herausgegebenen Band zeigen WissenschaftlerInnen des Hamburger Instituts für Sozialforschung, des Instituts Arbeit und Technik und des Instituts für Arbeitsmarktforschung die Entwicklungsperspektiven dieser Boombranche auf.

14 TAGE

30.11. DGB Hamburg, Fachtagung für Personal- und Betriebsräte „Was sind gute Arbeitsbedingungen in der heutigen Zeit?“, Hamburg

3.12. DGB Saar, „Das Saarland erhebt seine Stimme!“, Demonstration gegen den Sozialabbau, Saarbrücken

3./4.12. GEW, Konferenz „Gender macht Schule – Gender Mainstreaming in Bildungspolitik, Bildungspraxis und Organisationsentwicklung der GEW“, Fulda

4.12. IG BCE, Recklinghäuser Tagung, Recklinghausen

4.12. DGB Thüringen, Demonstration für soziale Gerechtigkeit, Erfurt

4.12. DGB-Region Main-Rhön, Kongress „Arbeitnehmer der Zukunft – rechtlos und

stets verfügbar?“, Schweinfurt

6.12. DGB Nord, ver.di, GEW, Hochschulpolitisches Forum „Bologna-Prozess und Hochschulreform – Konsequenzen für die Hochschulentwicklung in Hamburg“, Hamburg

7.12. DGB Thüringen, Betriebsräte- und ArbeitnehmerInnenkonferenz „Produktionsverlagerung, Zuwanderung, internationale Solidarität?“, Erfurt

8.12. DGB Thüringen, Diskussion „Britische Erfahrungen mit einem gesetzlichen Mindestlohn – Was können wir daraus lernen?“, Erfurt

10.12. DGB-Bildungswerk, „Im Mittelpunkt der Mensch – Migration in Zeiten der Globalisierung“, Tagung zum UN-Tag der Menschenrechte, Düsseldorf

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsön, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38.

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



Schlusspunkt.

„Wer die Muskeln spielen lassen will, soll sich ins Sportstudio begeben, aber nicht das Porzellan zerschlagen, von dem wir alle gemeinsam essen wollen.“

Martin Martiny, Arbeitsdirektor der Vattenfall Europe AG, bei der Veranstaltung der Initiative „Pro Mitbestimmung“ am 16. November in Berlin

Lissabon-Strategie

Durchwachsene Halbzeitbilanz

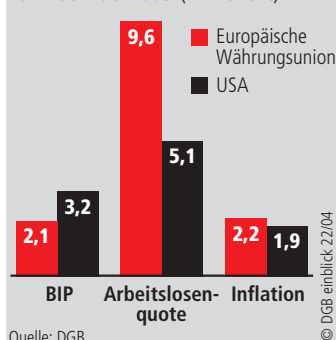
Im März 2005 ist Halbzeit – dann wollen die EU-Staats- und Regierungschefs eine erste Bilanz ziehen, was sie von den ehrgeizigen Zielen für das Jahr 2010 bislang erreicht haben, die sie auf dem Lissabonner EU-Gipfel im März 2000 formuliert haben. Aus Sicht der Gewerkschaften fällt die Halbzeitbilanz negativ aus. Lissabon drohe zu scheitern, heißt es in einer Entschließung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) vom 1. Dezember. „Schluss mit der gebetsmühlenartigen Beschwörung von unausgewogenen Strukturreformen, von Stabilität und nichts als Stabilität“, bringt der EGB seine Kritik plakativ auf den Punkt.

Ziel der Lissabon-Strategie ist es, bis 2010 die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Ein umfangreicher Maßnahmenkatalog für Wirtschaft, Beschäftigung, Bildung, Soziales und Umwelt sollte zu einem „dauerhaften Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größerem sozialen Zusammenhalt“ führen.

Fünf Jahre später sieht es kaum danach aus, dass es gelingt, diese

Mix entscheidend

Durchschnittlicher Anstieg von realem Bruttoinlandsprodukt (BIP), Arbeitslosenquote und Inflation von 1994 bis 2003 (in Prozent)



Der Vergleich von EU und USA zeigt: Die Konzentration der EU auf Geldstabilität bringt sie bei Wachstum und Beschäftigung ins Hintertreffen.

Ziele zu erreichen. Die jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) liegen deutlich unter den angestrebten drei Prozent. Die Beschäftigungsquoten in den meisten Mitgliedsstaaten stagnieren. Mit derzeit 63 Prozent ist die EU dem Ziel kaum näher gekommen, bis 2010 die 70-Prozent-Marke zu überschreiten. „Wenn die Lissabon-Strategie nur auf eine eng verstandene Wettbewerbsfähigkeit reduziert

bleibt, werden die Ziele kaum erreicht“, analysiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Der DGB fordert wie der EGB eine Ausrichtung auf ein qualitatives Wachstum und die Abkehr von einseitigen Strukturreformen. „Die meisten Strukturreformen gehen zu Lasten der Beschäftigten und haben die Wettbewerbsfähigkeit nicht gestärkt, sondern sind im Gegenteil ein Hindernis für Innovation und Produktivität“, sagt Reiner Hoffmann, stellvertretender EGB-Generalsekretär. Eine Einschätzung, die auch von einer hochrangigen Sachverständigenengruppe der EU unter dem Vorsitz des niederländischen Ex-Premiers Wim Kok geteilt wird. „Der Ruf nach weiteren Reformen wird nur zu oft als Deckwort für mehr Flexibilität verstanden und dies wiederum als Deckwort für die Schwächung der Arbeitnehmerrechte. Das ist falsch“, heißt es in ihrer Zwischenbilanz zur Lissabon-Strategie.

Zentrales Element für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik ist aus Sicht der Gewerkschaften ein konjunkturstabiler makroökonomischer Policy-Mix. „Das Tabu einer aktiven Nachfragepolitik muss gebrochen werden“, sagt Hoffmann.

Die Kok-Expertengruppe will die Sozialpartner stärker in die Umsetzung der Lissabon-Strategie einbeziehen. Die Gewerkschaften seien bereit, Partner des Wandels zu sein, „wenn sie verbindlich in die Zielbestimmung, Politikgestaltung und Umsetzung der Lissabon-Strategie einbezogen werden“, so Michael Sommer. •

inhalt

Seite 5

Öffentlicher Dienst vor Quantensprung

Die im Januar beginnende

Tarifrunde für den öffentlichen Dienst könnte

Geschichte schreiben: ver.di,

Bund und Kommunen sind

sich bereits weitgehend über

die Strukturen eines neuen

Tarifrechts einig

Seite 7

Wir brauchen eine Reform nach der Reform

Mit Gerechtigkeit hat die

Agenda 2010 nichts zu tun.

Erst wenn sich der Vorhang

nach dem rot-grünen Reform-

spektakel schließt, kommt

die Zeit für gerechte und

wirkliche Reformen, meint

Friedhelm Hengsbach

Der nächste einblick erscheint am 17. Januar 2005

plusminusBERLIN



Bundespräsident Horst Köhler will bei massiven Menschenrechtsverletzungen nicht wegsehen. Der Respekt vor anderen Kulturen dürfe nicht zu einer „pseudo-kulturellen Bemäntelung von Unterdrückung“ führen.



Dagmar Wöhr, wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, hat vor einer Klageflut durch das Antidiskriminierungsgesetz gewarnt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung beinhalte ein „Übermaß an Regulierungen“.



Der Surf-Tipp fürs Internet

portal.verdi.de

Der ver.di-internet-Auftritt im neuen Gewand

www.einblick.dgb.de

Gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen:

Erwartungen des DGB an die Reform der bundesstaatlichen Ordnung

NGG Stark in Zukunft

Die Gewerkschaft NGG braucht Verstärkung

Stellenausschreibung

Die Gewerkschaft NGG will wachsen! Wir sind eine starke Gewerkschaft und vertreten unsere Kolleginnen und Kollegen unter anderem in den Branchen Backgewerbe, Fleisch und Fisch, Getränke, Hotel- und Gaststättengewerbe, Milch, Süßwaren, Obst und Gemüse, Zucker, Tabak.

Wir wissen, dass es noch mehr Menschen gibt, die wir als Mitglieder gewinnen können. Wir bauen ein zentrales Werbeteam auf, das unsere Regionen in ganz Deutschland aktiv bei der Mitgliederwerbung unterstützt.

Dafür brauchen wir engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für bundesweite Werbeprojekte. Dafür brauchen wir Sie!

Bewerben Sie sich!

Wir erwarten:

- Abgeschlossene Ausbildung oder abgeschlossenes Studium
- Teamfähigkeit und den Willen, gemeinsam mit dem Werbeteam und den Kolleginnen und Kollegen in unseren Regionen Ziele zu erreichen
- Fähigkeit zum konzeptionellen Denken und strategischen Handeln
- Offenheit / Kontaktfreudigkeit / Soziale Kompetenz, kurz: Sie müssen Spaß daran haben, Menschen anzusprechen und Sie für unsere Sache zu begeistern
- Sichere PC-Kenntnisse (MS Windows, MS-Office)
- PKW-Führerschein
- Bereitschaft zu bundesweiten, auch längeren Einsätzen

Die Arbeitsbedingungen und die Vergütung richten sich nach den für die NGG-Beschäftigten geltenden Vereinbarungen. Die Beschäftigung wird zunächst auf 2 Jahre befristet.

Wir freuen uns über jede Bewerbung. Wir würden für diese Aufgabe gerne Kolleginnen gewinnen, deshalb sind Bewerbungen von Frauen besonders willkommen.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis zum 15.01.2005 an:
Gewerkschaft NGG, Personalabteilung,
Stichwort: „Stark in Zukunft“,
Haubachstr. 76, 22765 Hamburg

IG Metall

Lokale Aktionen gegen Siemens-Diktat

Einer neuen Tarifsituation sieht sich die IG Metall bei der Siemens AG gegenüber: Bei über 12 000 Beschäftigten im Flächentarif Metall will die Firma das 13. Monatseinkommen und das Urlaubsgeld streichen. Den rund 11 000 Beschäftigten in den ausgegliederten Siemens-Service-Gesellschaften sollen zudem die Fixbeträge zum Ausgleich von tariflichen Einbußen gestrichen werden. Außerdem hat Siemens vor, die Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden anzuheben sowie ein Kontingent von 50 Stunden für Qualifizierungsmaßnahmen einzuführen, für die es keinen finanziellen Ausgleich geben soll. Als Gegenleistung bietet Siemens nichts: keinerlei Beschäfti-

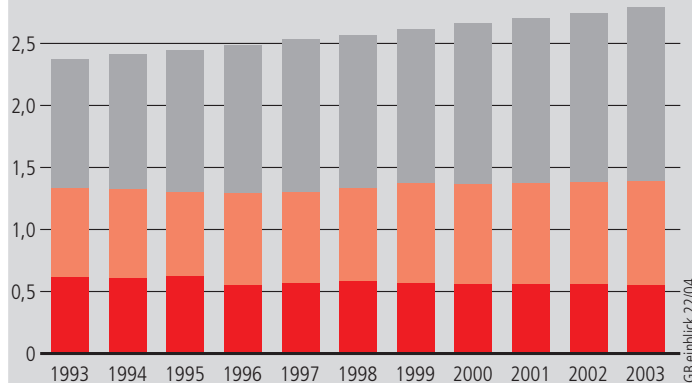
gungssicherung, keine andere Verbesserung von Tarifbedingungen.

Berthold Huber, der 2. Vorsitzende der IG Metall, kündigte an, die Vorstellungen von Siemens würden von der IG Metall „nicht akzeptiert“. Für den 16. Dezember ruft die Gewerkschaft die Beschäftigten der 36 Siemens-Niederlassungen zu lokalen Aktionen auf. Ihre Forderungen: „Erstens: Der Gehaltstopf wird nicht angetastet. Zweitens müssen die Beschäftigten ihr altes Einkommen erreichen können. Und drittens: Die Beschäftigten wollen Garantien für die Beschäftigung. Die Service-Gesellschaften sind in die Siemens AG zurückzuführen.“

Working poor: Weltweit mehr als 1,4 Milliarden

Beschäftigte (in Milliarden) mit einem Tageseinkommen von

■ weniger als einem Dollar ■ weniger als zwei Dollar ■ mehr als zwei Dollar



Quelle: ILO World Employment Report 2004 – 2005

Die Hälfte der Beschäftigten weltweit kann sich und ihre Familien von ihrem Einkommen nicht ernähren: Rund 1,4 Milliarden Erwerbstätige müssen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze von zwei Dollar pro Tag auskommen, 550 Millionen von ihnen verdienen weniger als einen Dollar täglich. Das zeigt der Weltbeschäftigungsbericht 2004 – 2005 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Um die weltweite Armut wirksam zu bekämpfen, fordert die ILO mehr Anstrengungen der Politik, menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Dem Bericht zufolge sind die 186 Millionen Menschen, die 2003 weltweit offiziell arbeitslos gemeldet waren, nur die „Spitze des Eisbergs“. Mehr als sieben Mal so viele Personen haben zwar Arbeit, leben aber unter der Armutsgrenze. Weltweit waren 2003 2,8 Milliarden Menschen beschäftigt, mehr als je zuvor. „Nicht nur der Mangel an Arbeit, sondern vor allem ihre geringe Produktivität ist Ursache der Armut“, so der ILO-Generalsekretär Juan Somavia. „Produktivitätswachstum ist zweifelsohne der Motor des Wirtschaftswachstums. Werden jedoch nicht gleichzeitig menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen, haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Chance, den Weg aus der Armut zu finden.“

Hartz IV schadet dem Arbeitsmarkt

Umfrage unter 3500 ArbeitnehmerInnen (in Prozent)

Viele Menschen werden sich schlechter stellen, ohne dass sich positive Effekte ergeben

Die Reform wirkt sich negativ auf den Arbeitsmarkt aus 70

Sie ist im Prinzip richtig 30

Sie hat keine Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation 24

Die Kürzungen gehen zu weit 15

Die Reform wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus 14

Sie ist ein Schritt in die richtige Richtung 14

Quelle: Online-Stellenbörse stellenbörse.de

© DGB einblick 22/04

Nicht einmal ein Fünftel der ArbeitnehmerInnen gehen von einer eindeutig positiven Wirkung der Hartz-Reformen für den Arbeitsmarkt aus.

Hartz IV

Umsetzung wackelt

Wenige Wochen noch, dann ist 2004 Geschichte. Geschichte ist dann auch die Arbeitslosenhilfe, die Langzeitarbeitslose erhielten. Mit 1-Euro-Jobs und Arbeitslosengeld II (ALG-II) droht ab 1. Januar 2005 eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und -löhne am ersten Arbeitsmarkt.

Dabei wird es für zahlreiche EmpfängerInnen von ALG-II nicht nur im sprichwörtlichen Sinne „um die Wurst“ gehen. Schon haben Tausende Ablehnungsbescheide erhalten. Andere fürchten, sich bald zwangsweise eine andere, billigere Wohnung suchen zu müssen, weil Miete oder Größe den vorgegebenen Rahmen überschreiten.

Zwischenzeitlich berichten Kunden der Arbeitsagentur über die Behandlung vor Ort. Und die tangiert mitunter deutlich den „Intimbereich“. So wusste die *Rheinische Post*, Lokalbeilage Bergische Morgenpost, Anfang Dezember von den Erlebnissen eines dieser „Kunden“ zu berichten. Nach beinahe getaner Arbeit, dem Ausfüllen des kompletten ALG-II-Fragebogens also, wollte die Beraterin vom Kunden noch wissen, wie viel Geld er denn aktuell bei sich trage.

Wie genau es um die Umsetzung der Reform bestellt ist, können wohl nur Insider mit Gewissheit sagen. So beteuert heute das Bundeswirtschaftsministerium, dass

alles rechtzeitig über die Bühne geht, während gerade gestern noch bis hinein in die BA-Spitze laut Zweifel geäußert wurden. Fakt ist, dass Ende November kaum die Hälfte der notwendigen Datensätze in das übereilt eingeführte neue Datenbanksystem eingegeben war. Immer wieder stürzte das gesamte System ab, stundenlang war der Zentralrechner in Nürnberg nicht erreichbar. Mittlerweile wurden die Betriebszeiten so ausgedehnt, dass selbst an Samstagen schonmal bei potentiellen ALG-II-Empfängern das Telefon klingelt. Bernd K. im Oberbergischen erfuhr so um acht Uhr früh, dass man nicht weiß, wie seine Unfallrente beim ALG-II ausgerechnet werden muss. Vorsorglich arbeitet die Bundesagentur an Aufanglösungen – falls „entgegen allen Erwartungen“ doch Abschlagszahlungen nötig sein sollten. Entgegen allen Erwartungen? Die eingesetzte Software wurde gerade eben erst durch eine neuere Version ersetzt, die alte wurde für zu viele Fehler verantwortlich gemacht.

In der Anfangsphase wurde 69 Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, die Betreuung der ALG-II-Empfänger völlig in eigene Regie zu übernehmen. Nach Ausschreibung erhielten überwiegend Kommunen den Zuschlag, in denen der Anteil der ALG-II-Empfänger unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Dennoch ist noch offen, ob die Bundesagentur nicht während eines Übergangs Aufgaben der Kommunen übernehmen muss.

Die sonst gemeinsam eingerichteten Arbeitsgemeinschaften werden wohl kaum ab Anfang des Jahres funktionsfähig sein. So wurden bis Ende November in rund 70 Kommunen die Gründungsvereinbarungen unterschrieben und in 80 ein Ratsbeschluss herbeigeführt. In 70 weiteren Kommunen gibt es bislang lediglich Absichtserklärungen.

Vom Prinzip „Fordern und Fördern“ ist man inzwischen scheinbar überall weit entfernt. So ist derzeit nicht mit einem besseren Betreuungsverhältnis zu Gunsten der Arbeitslosengeldempfänger zu rechnen. Und aus den so genannten Arbeitsangeboten an Langzeitarbeitslose droht ein neues Fiasko für den Arbeitsmarkt zu werden. In Hamburg sind die 1-Euro-Jobs zum zentralen Förderinstrument geworden, auch in Berlin wird – trotz anderslautender Beteuerungen – darüber nachgedacht, mit 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hineinzudrängen. In der Hauptstadt soll die Pflege von Grünanlagen, Wartungsarbeiten an Spielgeräten, die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit und die sprachliche Integration von Schülern nichtdeutscher Herkunft in die Hände von 1-Euro-Jobbern gegeben werden. Nach Plänen von Wirtschaftsminister Harald Wolf (PDS) sollen im kommenden Jahr rund 35 000 derartiger Jobs in der Stadt entstehen. Dabei hat die Partei des Wirtschaftsministers gerade ein Gutachten vorgestellt. Kernaussage: Hartz IV ist in mindestens zehn Punkten verfassungswidrig. •

Minijobs vernichten Arbeitsplätze

„Vieles ist schon geschafft, vieles bleibt aber auch noch zu tun.“ Das ist der Tenor einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) im Auftrag der Minijob-Zentrale gut ein Jahr nach der Einführung der 400-Euro-Jobs. Die im vergangenen Jahr eingeführten Jobs hätten ihr Ziel „teilweise erreicht“.

Die Befragung von 2500 Minijobbern habe ergeben, dass viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden seien. Allerdings habe die Integration der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt nicht im erwarteten Maße stattgefunden. Der Projektleiter des RWI, Michael Fertig, empfiehlt deshalb die Anhebung der Verdienstgrenze von 400 auf 800 Euro.

Dabei gibt es Indizien, denen zufolge zum Teil sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Minijobs umgewandelt worden sind. 15 Prozent der Minijobber waren der RWI-Studie zufolge vorher sozialversicherungspflichtig beschäftigt.



Im Internet

www.igmetall.de/themen/arbeitslosengeld_ii/
Muster-Widersprüche zu Bescheiden an BezieherInnen des künftigen Arbeitslosengelds II

Innovationstagung

Kreative Konzepte

Ohne Erfindungen, neue Produkte und innovative Arbeitskonzepte ist es schlecht um die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen bestellt. Dabei sind Neuerungen nicht nur eine Aufgabe für WissenschaftlerInnen. Auch Betriebsräte haben auf der Basis von Paragraph 92 a Betriebsverfassungsgesetz die Möglichkeit, innovative Konzepte für die Weiterentwicklung des Unternehmens einzubringen. Wie Neuerungen im betrieblichen Alltag etabliert werden können, ist Thema einer Innovationstagung im Bildungszentrum Oberjosbach vom 31. Januar bis 2. Februar 2005. WissenschaftlerInnen, Geschäftsleitungen, Betriebsräte und Beschäftigte diskutieren praktische Erfahrungen und erwünschte Entwicklungen. •
Tel. 069/85 00 32 19
Peter-Martin.Cox@tbs-hessen.de

Technikgestaltung

Arbeit der Zukunft

Eines steht fest: Die Arbeitswelt wird sich weiter wandeln und ständige Anpassungen der Beschäftigten nötig machen. Das Forum Soziale Technikgestaltung hat nun eine

allgemein verständliche Publikation herausgegeben, die einen Ausblick auf die bevorstehenden Entwicklungen der Arbeitswelt in der Informationsgesellschaft liefert. Für die Publikation wurde vorhandenes ExpertInnenwissen ins Allgemeinverständliche übertragen – für LeserInnen ohne Vorkenntnisse. Das Buch von Welf Schröter „Wie wir morgen arbeiten werden – Eine kleine Einführung in die Berufswelt der Informationsgesellschaft“ ist im Talheimer Verlag erschienen (120 Seiten, 10 Euro). •

schroeter@talheimer.de

Innovationskongress

Faktor Mensch

Große Veranstaltungen werfen lange Schatten voraus: Der ver.di-Bereich Innovations- und Technologiepolitik und die Arbeitnehmerkammer Bremen veranstalten vom 5. bis 7. April 2005 den Kongress „Menschen machen Innovationen“, zu dem 800 TeilnehmerInnen in Bremen erwartet werden. Schon jetzt können sich Interessierte auf der Kongress-Website (www.menschen-machen-innovationen.de) in eine Liste eintragen, um regelmäßig mit aktuellen Informationen versorgt zu werden. Auf der Website finden sich außerdem alle Programmaktualisierungen. •

www.verdi-innotec.de

Lidl-Schwarzbuch

Aufschwung durch Ausbeutung

Die allgemeine Krise des Einzelhandels kennt auch Profiteure: etwa den Discounter Lidl, der seit 1990 gewaltig expandiert ist und 2003 mit 33,36 Milliarden Dollar auf Platz 14 der weltweit umsatzstärksten Unternehmen lag. Hinter solchen Erfolgen steckt ein Konzept, das sich bei Lidl auf eine einfache Formel bringen lässt: Ausbeutung. In den zum Imperium des Neckarsulmer Unternehmers Dieter Schwarz gehörenden Billigsupermärkten sind Arbeitshetze und Gängelung der MitarbeiterInnen an der Tagesordnung. Ebenso Taschenkontrollen, fehlende Pausen, stän-



dige Überstunden sowie Entlassungen. Der Fachbereich Handel der Gewerkschaft ver.di hat im kürzlich erschienenen Lidl-Schwarzbuch „Billig auf Kosten der Beschäftigten“ Daten, Fakten und Hintergründe zu Unternehmen und Beschäftigten zusammengetragen. Aktive MitarbeiterInnen und ehemalige Beschäftigte liefern zudem tiefe Einblicke in den „ganz normalen“ Arbeitsalltag bei Lidl und Kaufland, einem weiteren Schwarz-Unternehmen. Das Buch kostet acht Euro (plus Versand). •

Fax: 030/69 56 31 60

manina.walter@verdigmbh.de

Internationale Tagung

Gleichstellung in der privaten Wirtschaft

Strategien für mehr Chancengleichheit von Frauen und Männern in der privaten Wirtschaft sollen auf einer internationalen Tagung von Hans-Böckler-Stiftung und DGB am 20./21. Januar 2005 in Berlin diskutiert werden. Während in der

Bundespolitik das Thema nach dem Scheitern eines Gleichstellungsgesetzes für die private Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle spielt, werden in den Unternehmen immer mehr Betriebsräte für Chancengleichheit aktiv. Neuen gleichstellungspolitischen Schwung erhoffen sich die betrieblichen AkteurInnen durch die Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie, die bis 2005 erfolgen soll. Vorge stellt werden auf der Tagung Erfahrungen mit Gleichstellungsinstrumenten und Institutionen aus anderen europäischen Ländern. Was sich davon auf Deutschland übertragen lässt, erörtern PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und betriebliche AkteurInnen. Die Tagungsbücherei beträgt 30 Euro (10 Euro ermäßigt), Anmeldeschluss ist der 20. Dezember. •

Tel. 0211/77 78 123
www.boeckler.de

interregio

••• **GEW** und **ver.di Thüringen** rufen gemeinsam mit der Landeselternvertretung sowie den Landesverbänden von SPD, PDS und den Grünen am 16. Dezember zum „**Tag der Grundschulhorte**“ auf. Die sechs Organisationen protestieren als Mitglieder des „Bündnisses zum Erhalt der Thüringer Grundschulhorte“ gegen die Pläne der Landesregierung, die Schulhorte aus der Landesverantwortung an kommunale oder freie Träger zu übergeben. Für das Bündnis ist die

Kommunalisierung der Horte reine Haushaltskosmetik“. Auf lange Sicht befürchtet es die Abtrennung der Horte von den Schulen, obwohl das „Thüringer Modell“ der angegliederten Schulhorte von der aktuellen OECD-Studie zur kindlichen Früherziehung ausdrücklich gelobt worden ist. Infos: Thomas Voß, Tel. 0361/21 17 100.

••• Der **DGB Hessen** und der **DGB Mittelthüringen** haben gemeinsam einen **Dokumentarfilm** zu den gesellschaftlichen Folgen

von Hartz IV und Agenda 2010 produziert. Im Mittelpunkt von „Reformen – ohne Volk. Basta!“ steht ein Erfurter Ehepaar, das nach 30 Jahren Berufstätigkeit Arbeitslosengeld II beziehen muss. Zu Wort kommen aber auch PolitikerInnen, GewerkschafterInnen oder PassantInnen von der Straße. Der 20-minütige Film kann als Schulungsmaterial oder für Kundgebungen beim DGB Hessen angefordert werden: Renate Gille, E-Mail: Renate.Gille@dgb.de, Tel. 069/27 30 05 52

GEWERKSCHAFTEN

Tarifrunde 2005

Öffentlicher Dienst vor Quantensprung

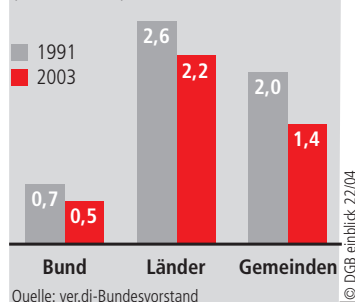
Am 20. Januar beginnen die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst, der wichtigsten Tarifrunde 2005. Nicht nur wegen der 2,6 Millionen unmittelbar betroffenen Beschäftigten, sondern auch, weil die seit zwei Jahren laufenden Verhandlungen über ein modernes Tarifvertragssystem für den öffentlichen Dienst kurz vor dem Abschluss stehen. Nehmen die Tarifparteien die letzte Hürde, kommt ein Tarifsystem zu Stande, das moderner ist als viele Tarifverträge in der Privatwirtschaft.

Noch sind die Verhandlungen zwischen ver.di, dem Bund und den Kommunen nicht abgeschlossen – die Länder hatten sich im April durch die Kündigung des Arbeitszeitarbeitsvertrags selbst aus den laufenden Verhandlungen katapultiert. Selbst zentrale Fragen wie die materielle Ausgestaltung der geplanten 15 Tarifgruppen des neuen Entgeltsystems, die Höhe der Jahressonderzahlung, in der das Weihnachtsgeld zusammengefasst werden sollen, und die Unkündbarkeit im öffentlichen Dienst sind nicht geklärt. Trotzdem stehen die Chancen nicht schlecht, dass sich die Tarifparteien in der nächsten Verhandlungsrunde vom 13. bis 15. Dezember auf die zentralen Eckpunkte des neuen Tarifsystems verständigen.

Profitieren würden von einer Einigung beide Seiten. Mit dem Ende des Bundesangestelltentarifvertrags (BAT) würde nicht nur ein 40 Jahre altes Tarifsystem abgelöst, in dem es über 17 000 Eingruppierungsmerkmale und ein kaum noch überschaubares Zulagensystem gibt, weil Hubschrauberpiloten wie Pferdeführer eingruppiert werden und Programmierer eine Zulage fürs Programmieren erhalten, da bei der Formulierung des BAT die EDV noch nicht erfunden war. Das neue Tarifvertragssystem würde auch alles enthalten, was zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der Attraktivität des öffentlichen Dienstes notwendig ist. Geplant ist ein Arbeitszeitkorridor, der eine vorübergehende Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 48 Stunden pro

Jede fünfte Stelle abgebaut

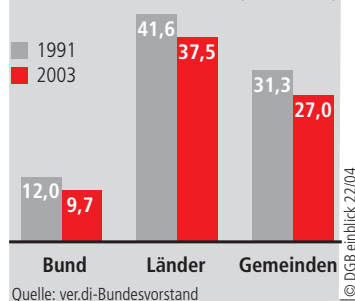
Beschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden 1991 – 2003 (in Millionen)



Seit 1991 ist die Zahl der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden von 5,2 auf 4,1 Millionen gesunken. Den größten Rückgang gab es mit einem Minus von 600 000 Arbeitsplätzen bei den Kommunen.

Deutlicher Ausgabenrückgang

Anteil der Personalkosten an den Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden 1991 – 2003 (in Prozent)



Der massive Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst hat zu einem spürbaren Rückgang des Anteils der Personalkosten geführt. In den Ländern, die vor allem für das personalintensive Bildungssystem und die Polizei zuständig sind, sank die Personalkostenquote von 41,6 auf 37,5 Prozent. Bei den Kommunen ging sie auf 27 Prozent zurück, beim Bund sogar auf unter zehn Prozent.

Woche ohne Mehrarbeitszuschläge möglich macht, wenn der Arbeitszeitausgleich innerhalb eines Jahres erfolgt. Das Senioritätsprinzip, nach dem ältere Beschäftigte unabhängig von ihrer Leistung höher bezahlt werden, soll zu Gunsten einer besseren Bezahlung Jüngerer abgeschafft werden. Zudem soll es auch im öffentlichen Dienst nach Leistung differenzierte Einkommen geben.

Das neue Tarifsystem ist trotzdem kein Wunschbaukasten der Arbeitgeber. Die geplanten Leistungszuschläge unterliegen der Mitbestimmung des Personalrates. Und sie müssen ausgezahlt werden, damit sie nicht zur Haushaltssanierung missbraucht werden. Die geplante neue Tarifgruppe I, mit der einfache Tätigkeiten in den öffentlichen Dienst zurückgeholt werden sollen (einblick 19/2004), wird es zudem nur geben, wenn die öffentlichen Arbeitgeber vor Ort einen entsprechenden Haustarifvertrag abschließen, in dem sie auf das Outsourcing einfacher Tätigkeiten verzichten.

Noch stehen die Detailergebnisse für beide Seiten allerdings unter Gesamteinigungsvorbehalt. Gelingt die Einigung in den bisher strittigen Fragen nicht, ist deshalb auch der Rest hinfällig. Zu den offenen Fragen gehört, wie die Tarifrunde 2005 mit den Strukturveränderungen verrechnet werden soll. Wenn sich beide Tarifparteien auf eine neue Entgeltstruktur einigen, macht es wenig Sinn, deren Höhe sofort in Tarifverhandlungen wieder in Frage zu stellen. Für ver.di ist es wichtig, dass der öffentliche Dienst trotzdem 2005 nicht von der Tarifentwicklung abgekoppelt wird. Denn die Angst der Beschäftigten, dass in ihr Portemonnaie gegriffen wird, ist groß. Kommt hingegen für sie 2005 materiell etwas oben drauf, würde die Zustimmung zum neuen Entgeltsystem sprunghaft steigen. •

Streikrecht für Beamte?

Wenn die Verhandlungsführer von Bundesregierung und Union, der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering und der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber, Mitte Dezember ihr Konzept zur Föderalismusreform vorstellen, wollen sie auch eine Änderung des Grundgesetzes vorschlagen. Artikel 38, Absatz 5 soll um zwei Wörter erweitert werden: Der Verfassungsgrundsatz, nach dem der öffentliche Dienst nach den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamten-tums zu regeln“ ist, soll um den Zusatz „und fortzuentwickeln“ ergänzt werden.

Zwei Worte nur, aber für die Beamten wäre es eine Revolution. Denn das, was für das Beamtenrecht seit dem 19. Jahrhundert gilt, hätte nicht mehr automatisch Bestandschutz. Das Beamtenrecht könnte modernisiert werden. Die Kriterien für die Eingruppierung und Bezahlung der Beamten könnten umfassend neu geregelt werden. Die Unkündbarkeit stünde genauso zur Disposition wie die einheitliche Bezahlung in den Bundesländern.

Beteiligt an den Gesprächen sind die Gewerkschaften nicht. Aber wenn es zu den geplanten Veränderungen des Beamtenrechts kommen sollte, wollen sie auch die Abschaffung eines anderen Ausnahmezustands durchsetzen: das bislang fehlende Streikrecht der Beamten.

kurz & bündig



Die IG Metall hat von der Bundesregierung ein Förderprogramm für die energetische Gebäudesanierung gefordert. Auf einer gemeinsamen Tagung mit IG BAU und IG BCE bezifferte IG Metall-Vorstand Wolfgang Rhode das Beschäftigungspotenzial der Branche auf 50 000 neue Jobs.



Mit einer gemeinsamen Umfrage unter Kraftfahrern wollen ACE und ver.di die „alltäglichen Probleme“ und die Verkehrssicherheit auf europäischen Straßen ermitteln. Die Fragen zur Sicherheit des eigenen Fahrzeugs und zum Zustand verschiedener Schnellstraßen können online beantwortet werden: www.verdi.de/postdienste_speditionen_logistik



TRANSNET hat zum zweiten Mal eine Wahl zum „Verkehrspolitischen Unding des Jahres“ gestartet. Nach der positiven Resonanz im vergangenen Jahr stehen bis Januar 2005 erneut fünf Begriffe zur Abstimmung im Internet, darunter die „On-Board-Units“ für die LKW-Maut und der „Bundesverkehrswegeplan“: www.transnet.org/. Kampagnen-Texte/Unding



Die GEW fordert als Konsequenz aus der Kita-PISA-Studie, dass künftig alle ErzieherInnen an Hochschulen ausgebildet werden. Bislang bieten sieben deutsche Universitäten entsprechende Studiengänge an.

Gewerkschaftliche Monatshefte

Einstellung zum Jahresende

Die seit Januar 1950 erscheinenden Gewerkschaftlichen Monatshefte (GMH) werden zum Jahresende eingestellt. Das hat der DGB-Bundesvorstand Anfang Dezember beschlossen. Zugleich wurde der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) beauftragt, ein Konzept für eine Nachfolgepublikation zu entwickeln, die „ein Forum für einen regelmäßigen Austausch zwischen Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft bietet“. Der DGB-Bundesvorstand reagiert mit dem Beschluss auf die in den vergangenen Jahren stark gesunkene Auflage der Theoriezeitschrift, die von ursprünglich über 5000 Exemplaren auf zuletzt rund 2700 Exemplare zurückgegangen ist.

Mit der Einstellung der Gewerkschaftlichen Monatshefte endet auch ein Stück Gewerkschaftsgeschichte: 55 Jahre war die Zeitschrift nicht nur ein Forum für WissenschaftlerInnen, die sich kritisch mit politischen und ökonomischen Positionen der Gewerkschaften auseinandergesetzt haben, sondern auch eine Bühne, auf der sich die politische Debatte der Bundesrepublik widerspiegelt hat. Ihren Höhepunkt hatten die Gewerkschaftlichen Monatshefte

in den sechziger und siebziger Jahren, als die Auseinandersetzungen um politische Grundsatzfragen noch über Zeitschriftendebatten ausgetragen wurden. Einzelne Veröffentlichungen führten auch zu heftigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Als Walter Fabian, Weggefährte Willy Brandts und von 1957 bis 1970 Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte, 1964 einen Aufsatz veröffentlichte, in dem die Anerkennung der DDR gefordert wurde, kündigte ihm der DGB. Erst nach massiver Kritik in den Medien wurde die Entlassung Fabians zurückgenommen.

Welche Form die Nachfolgepublikation der Gewerkschaftlichen Monatshefte haben wird, ist noch nicht entschieden. Für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer steht jedoch fest, dass der DGB auch in Zukunft „eine Plattform braucht, auf der die Gewerkschaften den Diskurs mit der Wissenschaft suchen“. Ziel des neuen Mediums müsse es sein, nicht nur Impulse in die Wissenschaft zu geben, sondern mit publizistischen Mitteln auch politische Debatten in den Gewerkschaften anzustoßen und zu begleiten. „Wir brauchen“, so Sommer, „ein Forum, das uns hilft, unsere eigene Position in Grundsatzfragen kritisch zu hinterfragen.“

„Außer schön sein – können wir auch schön nerven, wenn wir zu wenig Kohle kriegen, wenn wir angegrapscht oder für blöd verkauft werden“, das ist die Botschaft einer Werbepostkarte



der Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik des ver.di-Landesbezirks NRW. Die Postkarten werden in den kommenden Wochen in Szenekneipen in Nordrhein-Westfalen ausgelegt. Das Motiv gibt es in Kürze auch als Bildschirmschoner.



Ohne Innovationen hat der Standort Deutschland keine Zukunft. Aber abseits der Sonntagsreden wirkt der Blick auf Deutschlands Unternehmen ernüchternd. Investitionen in die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen werden aufgeschoben, Forschungs-etats radikal beschnitten. Und vor allem fehlt eine Betriebskultur, die Innovationen möglich macht.

„Ressource Mensch“ ist der Titel des einblickMAGAZIN 13.

Es zeigt nicht nur, wie die Betriebe durch die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen ihre eigene Zukunftsfähigkeit verbessern können, sondern auch, wie sie dazu das Wissen und die Kreativität der dort arbeitenden Menschen nutzen können. Denn Innovation braucht Freiräume, in denen sich neue Ideen entwickeln können.

Vorgestellt werden im einblickMAGAZIN nicht nur Schlüsseltechnologien der Zukunft, sondern auch Beispiele guter Praxis, die zeigen, wie Betriebs- und Personalräte den Wandel in ihren Unternehmen aktiv begleiten.

Kostenlose Einzel Exemplare des einblickMAGAZIN „Ressource Mensch“ gibt es in allen DGB-Büros. Größere Stückzahlen können bei der Redaktion bestellt werden:

Tel. 030 / 30 88 240, Fax 030 / 30 88 24 20, redaktion@einblick.info

Bilanz des Agenda-Jahres

Reformen nach der „Reform“

2004 war das Jahr der Agenda 2010. Mit Gerechtigkeit hat die Agenda nichts zu tun. Erst wenn sich der Vorhang nach dem rot-grünen Reformspektakel schließt, kommt die Zeit für wirkliche Reformen, meint Friedhelm Hengsbach.

Der Bundeskanzler spricht von der „wichtigsten, fundamentalsten und komplexesten Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik“. Er meint die Hartz IV-Münze, die zwei Seiten hat – die vereinfachte Verwaltung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, die im Arbeitslosengeld II zusammengefasst ist, und die beispiellosen Einschnitte in das soziale Netz, die der bürokratischen Veränderung angehängt wurden.

Die Reform der Arbeits- und Sozialverwaltung mag sich als vorteilhaft erweisen, falls die Kosten-Nutzenrechnung positiv ausfällt. Aber die beispiellosen Einschnitte in die Lebenslagen der Langzeitarbeitslosen sind weder gerecht noch treffen sie ihr Ziel. Sie wurden von Parlamentariern beschlossen, die wohl nie die Chance haben werden, arbeitslos zu werden oder Sozialhilfe zu beziehen.

Soziale Reformen werden nicht dadurch gerecht, dass die politische Klasse sie als solche etikettiert. Damit sie den Anschein des Gerechten erwecken, haben sich die Spitzen der Parteien angestrengt, den Gerechtigkeitsbegriff für die eigenen Interessen zu verzwecken. Eine neue, moderne, zeitgemäße Gerechtigkeit sollte an die Herausforderungen der Globalisierung, der demographischen Veränderung und der technischen Revolution angepasst werden. Die Bevölkerung sollte **von der Verteilungsgerechtigkeit Abschied nehmen**, weil materielle Güter nicht mehr umverteilt werden könnten und finanzielle Mittel dazu nicht mehr verfügbar seien. Statt dessen sollte die Chancengerechtigkeit, der gleiche Zugang zu den Bildungsgütern für alle in den Vordergrund rücken. Da die Menschen unterschiedliche Talente hätten und sich unterschiedlich anstrengten, sei es gerecht, dies durch abweichende Einkommen und Vermögen zu belohnen. Der Leistungsgerechtigkeit gebühre Vorrang vor der Bedarfsgerechtigkeit. Die Steuerung durch den Markt sei vorzugsweise gegenüber der Steuerungsform der Solidarität, die zum Trittbrettfahren verleite.

Trotz des Gefasels der Parteispitzen behält die Verteilungsgerechtigkeit den ersten Rang.

Zur Verteilung stehen nämlich nicht nur materielle Güter und Geld an,

sondern auch Zugangschancen, Verfügungsrechte und Machtstellungen. Die Verteilungsgerechtigkeit geht der Tauschgerechtigkeit logisch voraus. Denn bei einem rechtmäßigen Tausch von Gütern wird unterstellt, dass die Marktpartner das Recht haben, über die gehandelten Güter zu verfügen. Wird die Kette der Marktbeziehungen immer weiter zurück verfolgt, endet die Reihe bei einer als gerecht unterstellten Ausgangsverteilung.

Real gleiche Chancen sind **nicht schon dadurch gewährleistet, dass Startlöcher in einer Linie abgesteckt werden**, damit Hund und Kaninchen, Antilope und Eichhörnchen zur gleichen Zeit und vom gleichen Punkt aus loslaufen können. Die formal gleichen Bildungschancen haben weder die schulische Benachteiligung von Kindern aus einfachen Verhältnissen aufgehoben noch die Diskriminierung der Frauen bei der Ausbildung, im Beruf und beim Einkommen beseitigt.

Der Gerechtigkeitsbegriff enthält im Kern eine Vorvermutung der Gleichheit. „Gleiches ist gleich, Ungleiches ist ungleich zu behandeln“, sagen die Juristen und meinen damit eine formale Gleichheit. „Jedem das Seine“ oder: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ kennzeichnen eine verhältnismäßige Gleichheit. Moralische Gleichheit bestimmt das Recht einer jeden Person, von allen anderen als Gleiche anerkannt und behandelt zu werden. Sie ist die Grundlage politischer Beteiligungsrechte in einer demokratischen Gesellschaft. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichheiten be-



Friedhelm Hengsbach SJ, 67, ist Professor für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/M. und Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts.

dürfen einer Rechtfertigung, deren Gründe einzig in persönlichen Fähigkeiten und Leistungen liegen.

Aus einem solchen Gerechtigkeitsbegriff lässt sich folgern, dass **nicht diffuse ökonomische, biologische und technische Trends ein alternativloses politisches Handeln erzwingen**, wie der Kanzler der Bevölkerung einzureden versucht. Vielmehr sollten im Brennpunkt sozialer Reformen jene Veränderungen stehen, die in den Herzen und Köpfen der Menschen wahrgenommen werden – ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zu führen, die eigenen Entwürfe des guten und schönen Lebens in gelingenden Partnerschaften und mit Kindern zu verwirklichen, im Einklang mit der natürlichen Umwelt zu leben, eine faire Balance zwischen der Erwerbsarbeit und der Privatsphäre herzustellen.

Daraufhin sollten die politischen Entscheidungsträger zusätzliche Erwerbsgelegenheiten für die Arbeit am Menschen in kleinen und mittleren Unternehmen anregen, die auf den Binnenmarkt orientiert sind. Öffentliche und private Investitionen sollten die Nachfrage nach Bildungs- und Gesundheitsgütern stärken. Ein ehrgeiziger ökologischer Umbau der Wirtschaft sollte bewirken, dass die Nutzung der Privatautos mit einem Schienenverkehr entlang weiträumiger Achsen kombiniert wird.

Wenn sich der Vorhang nach dem rot-grünen Reformspektakel schließt, kommt die Zeit für gerechte und wirkliche Reformen. ●

Feldzug gegen den Sozialstaat

Im Herbst ist von Friedhelm Hengsbach im Herder Verlag das Buch **„Das Reformspektakel, Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient“** erschienen (190 Seiten, 9,90 Euro). Hengsbach kritisiert darin auch das ambivalente Verhalten der Gewerkschaften gegenüber der Bundesregierung. Einerseits würden sie sich an den Protesten gegen die „missratene Agenda“ beteiligen, andererseits würde die „Noch-Allianz mit der rot-grünen Koalition“ die Gewerkschaften in einen Spagat zwingen, „der sie davon abhält, sich zur Avantgarde einer anderen Politik zu machen“.

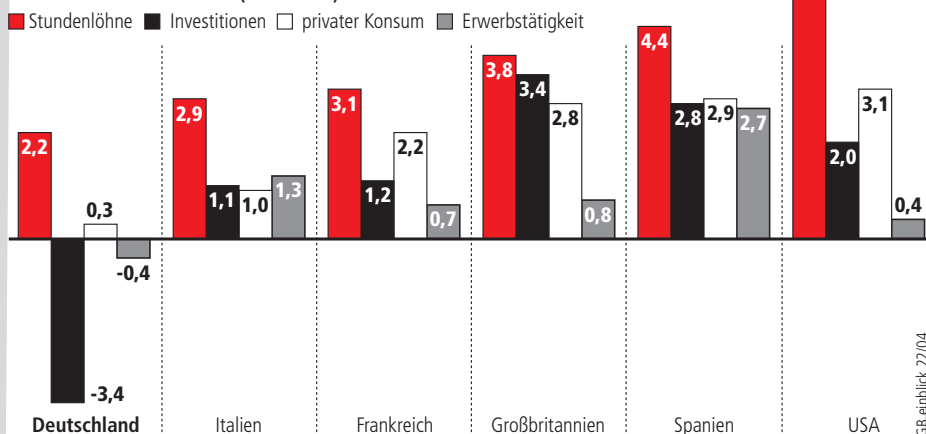
DIES & DAS

die DGB grafik

BESCHÄFTIGUNG: Deutschland braucht steigende Löhne

Zwischen 2000 und 2004 stiegen die Stundenlöhne in den großen EU-Ländern und den USA wesentlich stärker als in Deutschland. Gleichzeitig stieg dort die Zahl der Beschäftigten, während sie in Deutschland um 0,4 Prozent pro Jahr sank. In einem Sondervotum zum Jahresgutachten fordert der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger deshalb höhere Löhne. Deutsche Produkte hätten kein Problem, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Gravierende Absatzprobleme bestünden aber für Anbieter, die vorrangig den Inlandsmarkt bedienen.

Durchschnittliche jährliche Veränderung in den großen EU-Ländern und den USA 2000 – 2004 (in Prozent)



Quelle: Gutachten des Sachverständigenrats 2004/2005

© DGB einblick 22/04

Tipp

Buch: Peter Bofinger, Wir sind besser als wir glauben – Wohlstand für alle, Pearson Studium Verlag, München 2005, 284 Seiten, 19,95 Euro

Das deutsche Lohnniveau ist nicht wettbewerbsfähig. Vor allem bei den Geringqualifizierten ist eine Lohnabsenkung unvermeidbar. Die Kranken- und Rentenversicherungssysteme sind nicht mehr finanzierbar. Und die Staatsquote muss auf 40 Prozent reduziert werden. Kenntnisreich und fundiert weist Peter Bofinger, seit März 2004 einer der fünf Wirtschaftsweisen, die längst

zum Mainstream gewordene neoliberale Kritik am Modell Deutschland in ihre Schranken. Seine Diagnose: Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, sondern bleiben weit dahinter zurück. So gebe die deutsche Volkswirtschaft weniger aus als sie einnehme. Bei der Abgabenlast liege Deutschland im Schnitt aller EU-Länder, und die Steuerquote sei im internationalen Vergleich extrem niedrig. Bofingers Schlussfolgerung: „Die Politik muss ihren Reformkurs überdenken. Sie muss weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu Investitionen in die Zukunft.“

personalien

35 TAGE

••• **Dr. Eva-Maria Stange**, 47, seit 1997 Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, davor vier Jahre Vorsitzende der GEW Sachsen, kandidiert auf dem Gewerkschaftstag im April 2005 nicht für eine erneute Amtszeit. Stange, die vor ihrem Wechsel in die hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit Lehrerin für Physik und Mathematik war, will wieder an die Schule wechseln. Am 21. Januar will der GEW-Hauptvorstand einen Vorschlag machen, wer Stange, die als einzige Frau an der Spitze einer DGB-Gewerkschaft steht, als GEW-Vorsitzende folgen soll.

••• **Jan Jurczyk**, 43, Redakteur der ver.di-Zeitung *Publik*, ist seit dem 22. November Pressesprecher von ver.di.

14.12. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Talk und Kultur im Gewerkschaftshaus, „Chansons von Claire Waldoff – gesungen von Gabriele Kentrup“, Frankfurt/M.

14./15.12. DGB, Konferenz „Gewerkschaften als Motor und Partner für Innovation – In Deutschland von anderen europäischen Ländern lernen“, Berlin

16.12. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der HBS, Workshop „Der Plan, das Planen zu beenden“, Düsseldorf

7.1. DGB-Region Saar/Eifel, „Arbeitszeiten und Sozialcharta“, Diskussion mit EGB-Vizegeneralsekretär Reiner Hoffmann, Trier

14./15.1. GEW, Frauenkongress „Bildung ist weiblich?!“, Esslingen

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsön, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38. Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. **Der nächste einblick erscheint am 17. Januar 2005.**



Schlusspunkt

„Die derzeitige Entlohnung von durchschnittlich 50 000 bis 60 000 Euro pro Mandat ist nicht angemessen.“

Der ehemalige Bayer-Chef und heutige Multi-Aufsichtsrat Manfred Schneider laut dpa in der Sonntagszeitung der FAZ vom 28. November. Schneider ist Aufsichtsratsmitglied in sieben der 30 Dax-Unternehmen.